

MARTIN NONHOFF

Politischer Diskurs und Hegemonie

Das Projekt »Soziale Marktwirtschaft«

Politischer Diskurs und Hegemonie

Martin Nonhoff (Dr. phil.) lehrt Politikwissenschaft am Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen. Seine Forschungsschwerpunkte sind Politische Theorie, Diskurstheorie/Diskursanalyse sowie Sozial- und Wirtschaftspolitik.

MARTIN NONHOFF

Politischer Diskurs und Hegemonie

Das Projekt »Soziale Marktwirtschaft«



Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2006 transcript Verlag, Bielefeld

Zugl.: Erlangen-Nürnberg, Univ., Diss., 2005



This work is licensed under a Creative Commons
Attribution-NonCommercial-NoDerivatives 3.0 License.

Umschlaggestaltung: Kordula Röckenhaus, Bielefeld

Lektorat & Satz: Martin Nonhoff

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

ISBN 3-89942-424-7

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <http://www.transcript-verlag.de>

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis und andere Broschüren an
unter: info@transcript-verlag.de

Inhalt

Vorwort	7
1. Einleitung	9
2. Diskurs und Sprache: „Soziale Marktwirtschaft“ als diskursives Element	23
2.1 Diskurs, Diskursanalyse, Diskurstheorie	24
2.1.1 Diskurswissenschaft im Überblick	25
2.1.2 Diskursanalyse und Politische Wissenschaft	29
2.1.3 Grundzüge einer Diskurstheorie	32
2.1.4 Heuristische Einschränkungen	42
2.2 Zur Bedeutung des Zeichens „Soziale Marktwirtschaft“	45
2.2.1 Probleme des Verhältnisses von Sprache und Politik	47
2.2.2 Die metaphysische Begründung einer eigentlichen Bedeutung und ihr Scheitern angesichts der Strukturalität der Sprache	52
2.2.3 Die objektive Begründung einer eigentlichen Bedeutung und ihr Scheitern an der Kontextualität oder Kulturalität der Zeichen	60
2.2.4 Die Ursprungsbegründung einer eigentlichen Bedeutung und ihr Scheitern an der Pluralität der Ursprünge und der Autorität des Lesers	70
2.2.5 Die unvermeidbare Bedeutungspluralität der „Sozialen Marktwirtschaft“	78
2.3 „Soziale Marktwirtschaft“ im Netz diskursiver Elemente	79
3. Das Politische als diskursiver Raum der Hegemonie	91
3.1 Das Politische des politischen Diskurses	94
3.2 Das Allgemeine und der Konflikt	109
3.3 „Soziale Marktwirtschaft“ als leerer Signifikant	124
4. Hegemonie, Subjektivierung, Koordinierung	137
4.1 Zur Unterscheidung: Hegemoniale Formation-Formierung, hegemoniale Praxis, hegemoniales Projekt, Hegemonie	138
4.2 Hegemonie mit Gramsci	141
4.3 Hegemonie – eine Definition	148

4.4 Hegemonie und Subjektivierung	149
4.4.1 Subjekt und Diskurs	149
4.4.2 Politische Subjekte	167
4.4.3 Anmerkung zur Terminologie: Politisches Subjekt oder politischer Akteur?	168
4.4.4 Vom kollektiven Begehren zum gemeinsamen Willen	173
4.5 Hegemonie und Koordinierung	175
4.5.1 Institutionalisierung und institutionelle Gruppensubjekte	180
4.5.2 Diskurskoalitionen	188
4.6 Weitere Aspekte der Hegemonie	202
4.6.1 Ergänzungen zur Hegemoniedefinition	203
4.6.2 Hegemonie zweiter Ebene	204
5. Hegemoniale Strategie	207
5.1 Diskurs und Strategie	208
5.2 Hegemoniale Strategien	211
5.2.1 Kernstrategeme der Hegemonie	213
5.2.2 Antagonismus als politisch-diskursives Phänomen	221
5.2.3 Superdifferenzielle Grenzziehung als diskursives Grundlagenstrategem	230
5.2.4 Ergänzende hegemoniale Strategeme	233
5.2.5 Sekundäre hegemoniale Strategeme	234
5.2.6 Defensiv-hegemoniale und anti-hegemoniale Strategien	238
6. Soziale Marktwirtschaft als hegemoniales Projekt	241
6.1 Anmerkungen zur Methode der Diskursanalyse	242
6.2 Einzelanalysen	254
6.2.1 Alfred Müller-Armack: <i>Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft</i>	254
6.2.2 Ludwig Erhard: Drei Reden	293
6.2.3 CDU: Düsseldorfer Leitsätze	327
6.3 Überblicksanalyse	340
6.3.1 Resümee der Ergebnisse der Einzelanalysen	340
6.3.2 Entwicklung des hegemonialen Projekts „Soziale Marktwirtschaft“ in den 1950er Jahren	346
6.3.3 Das diskursive „Außen“ des hegemonialen Projekts „Soziale Marktwirtschaft“	369
7. Einfaches Fazit, doppelter Ausblick	379
Literaturverzeichnis	393

Vorwort

Bei der folgenden Studie handelt es sich um eine geringfügig überarbeitete und zum Teil gekürzte Fassung meiner Dissertation, die im Februar 2005 von der Philosophischen Fakultät I der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg angenommen wurde. Für die Ermöglichung dieser Dissertation und die intellektuelle Förderung möchte ich zuallererst meinem Doktorvater Prof. Dr. Jürgen Gebhardt danken, der mich am Institut für Politische Wissenschaft der FAU Erlangen-Nürnberg intensiv betreut, immer wieder herausgefordert und zu Präzision angetrieben hat. Mit ihm zusammen gilt mein Dank seinem Kolloquium, das es immer wieder auf sich nahm, meine Überlegungen zu diskutieren, und mir dabei wichtige Impulse gegeben hat. Nicht minder intensive Betreuung ließ mir nach meinem Wechsel ans Institut für Politikwissenschaft beziehungsweise ans Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen Prof. Dr. Frank Nullmeier zukommen, dem ich dafür meinen besonderen Dank ausspreche. Allen KollegInnen in Erlangen und in Bremen wie auch den Mitgliedern des Frankfurter Arbeitskreises für Politische Theorie und Philosophie danke ich für zahlreiche Gespräche und Anregungen. Sehr großen Dank schulde ich Johannes Angermüller – die Diskussionen mit ihm haben diese Arbeit stark beeinflusst – sowie Christine Stangl, Sven Talaron, Hans-Jörg Sigwart, Andreas Wagner, Achim Hurlmann, Eva Herschinger und Tanja Pritzlaff, die mein Manuskript lasen, mir wertvolle Hinweise gaben und Korrekturen anregten. Für verbleibende Ungenauigkeiten oder Fehler trage selbstverständlich ich allein die Verantwortung.

In den ersten Monaten wurde diese Dissertation zunächst durch die Promotionsförderung des Freistaates Bayern und anschließend durch die Studienstiftung des deutschen Volkes gefördert. Beiden Institutionen möchte ich hierfür mein Dank aussprechen.

Über all die Monate und Jahre hinweg erfuhr ich stete und liebevolle Unterstützung meiner Mitbewohner, meiner gesamten Familie und vor allem meiner Frau, wodurch mir alle Belastungen und Anstrengungen sehr viel leichter gemacht wurden. Ihnen gilt mein Dank ganz besonders. Widmen möchte ich diesen Band meiner Großmutter Berta Baumgärtner, deren finanzieller Hilfe sein Erscheinen zu verdanken ist, und meinem Großvater Dr. Bernhard Nonhoff.

Bremen, im Mai 2006

Martin Nonhoff

1. Einleitung

Daß die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland eine oder die Soziale Marktwirtschaft ist, kann heute als Allgemeinplatz gelten. Diese deskriptive Identifizierung der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung mit der Sozialen Marktwirtschaft geht üblicherweise einher mit einer affirmativen Haltung gegenüber der so bezeichneten Wirtschaftsordnung. Der positive Bezug auf die Soziale Marktwirtschaft und auch auf Ludwig Erhard, der gemeinhin als ihr Begründer gilt, ist über alle politischen Grenzen hinweg weit verbreitet. Die beiden Unionsparteien machten die Soziale Marktwirtschaft in den Jahren nach 1948 zu ihrem wirtschaftspolitischen Bekenntnis, und erst in jüngster Zeit wurde dieses Bekenntnis durch Überlegungen zur Notwendigkeit einer „Neuen Sozialen Marktwirtschaft“ nochmals bekräftigt. Daneben findet sich heute die Bezugnahme auf die Soziale Marktwirtschaft auch regelmäßig in programmatischen Schriften der SPD. Ebenso bildet die Soziale Marktwirtschaft für Bündnis'90/Die Grünen – in der Form der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft – und für die FDP einen maßgeblichen Orientierungspunkt. Doch nicht nur die Parteien, auch Verbände, Kirchen und zahlreiche zivilgesellschaftliche Gruppen berufen sich regelmäßig auf die Soziale Marktwirtschaft oder auf Ludwig Erhard. Der klingendste Name in diesem Zusammenhang ist wohl die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM), die seit einigen Jahren vor allem durch groß angelegte Medienkampagnen auf sich und die Notwendigkeit einer Neubelebung der Sozialen Marktwirtschaft aufmerksam macht. Doch die INSM ist nur eine von vielen Gruppen, die ähnliche Ziele verfolgen (vgl. Meck 2003). Neben den allgegenwärtigen affirmativen Bezugnahmen auf die Soziale Marktwirtschaft durch politische und gesellschaftliche Gruppen läßt sich anhand empirischer Untersuchungen auch eine „Konsensfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft“ in der breiten Bevöl-

kerung konstatieren (vgl. Föste/Janßen 1999). Hinzu kommt nicht zuletzt, daß die Soziale Marktwirtschaft, obwohl das Grundgesetz sich nicht auf eine bestimmte Wirtschaftsordnung festlegt (vgl. Papier 1999), spätestens im Zuge der Wiedervereinigung in der Präambel und im Artikel 11 des Vertrags über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion quasi-verfassungsrechtlich als bundesdeutsche Wirtschaftsordnung festgeschrieben wurde (vgl. Gutmann 1997; Willgerodt 1999: 116/17). Die Bezugnahme auf das Paradigma der Sozialen Marktwirtschaft ist also allgegenwärtig, auch wenn man dabei einschränkend berücksichtigen muß, daß diese allgegenwärtige Bezugnahme keineswegs bedeutet, daß sich alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte darin einig sind, was unter Sozialer Marktwirtschaft zu verstehen ist. Trotz dieser Einschränkung läßt sich aber feststellen, daß das, was als die diskursive Formierung der Sozialen Marktwirtschaft charakterisiert werden kann, heute insofern eine hegemoniale Stellung im wirtschafts- und sozialpolitischen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland einnimmt, als sich offenbar niemand, der im Rahmen dieses Diskurses auftritt, außerhalb dieses Paradigmas positionieren darf, wenn seine oder ihre Artikulation als politisch relevante Artikulation gelten soll.

Dies wirft die Frage auf, die den ersten Anstoß zu dieser Untersuchung gab, nämlich die Frage, wie sich die Hegemonie der Sozialen Marktwirtschaft etablierte, auf welche Weise das Projekt Soziale Marktwirtschaft so erfolgreich werden konnte. Folgt man diesem ersten Anstoß, so stellt sich auf der theoretischen Ebene rasch die allgemeine Frage danach, wie hegemoniale Praxis grundsätzlich funktioniert, auf welchen Strukturen und Mechanismen sie aufbaut und welche Faktoren für erfolgreiche Hegemonien kennzeichnend sind. Die gründliche theoretische Erörterung der hegemonialen Mechanismen, so die Überlegung, erlaubt es schließlich auch zu rekonstruieren, wie die Funktionsweise der hegemonialen Praxis im spezifischen Fall der Sozialen Marktwirtschaft zu verstehen ist. Folglich wird es das erste Ziel der folgenden Untersuchung sein, das komplexe Phänomen der Hegemonie theoretisch begreifbar zu machen. Im Anschluß hieran wird dann zweitens die Frage untersucht, wie das, was zunächst als hegemoniales Projekt und später als Hegemonie der Sozialen Marktwirtschaft bezeichnet werden kann, funktioniert. Solchermaßen das Funktionieren der Hegemonie zum Gegenstand der Untersuchung zu machen, bedeutet auch, daß es nicht primär darum gehen wird, die Entstehung der Hegemonie der Sozialen Marktwirtschaft in ihrer historischen Entwicklung zu rekonstruieren, wengleich der historische Kontext der späten 1940er und der 1950er Jahre eine wichtige Rolle spielen wird. Entscheidend ist jedoch, das hegemoniale Projekt bzw. die Hegemonie der Sozialen Marktwirtschaft als

spezifischen Fall eines allgemeinen hegemonialen Operationsmodus zu begreifen und im Zuge der Analyse der Sozialen Marktwirtschaft die Validität der theoretisch hergeleiteten Aussagen zu diesem Operationsmodus zu überprüfen.

Damit die theoretische Fragestellung nach dem Funktionieren hegemonialer Praxis gezielt verfolgt werden kann, ist es erforderlich, den hier zugrunde gelegten Begriff der Hegemonie in möglichst präziser Form einzuführen. Er zeichnet sich zunächst vor allem durch zwei Eigenschaften aus: Erstens ist Hegemonie eine bestimmte Art der Vorherrschaft, und zweitens ist sie ein diskursives Phänomen. Was bedeutet es also, *Hegemonie als diskursives Phänomen der Vorherrschaft* zu konzeptualisieren? Diese Begriffseingrenzung weist zunächst darauf hin, daß es nicht, oder jedenfalls nicht in erster Linie, um die Vorherrschaft eines Individuums oder einer Gruppe geht, wenn von Hegemonie die Rede ist. Vielmehr geht es um die Vorherrschaft einer bestimmten Konstellation gesellschaftlich geteilten Sinns bzw. die Vorherrschaft einer bestimmten Form dessen, was als diskursive Formierung bezeichnet werden kann. Eine solche Konstellation oder Formierung herrscht nicht im Sinne einer einmal etablierten und dann fixen Struktur vor, sondern man hat es mit einer sich kontinuierlich reproduzierenden Praxis zu tun. Mit anderen Worten läßt sich eine Hegemonie auch als die Vorherrschaft eines bestimmten Musters diskursiver (Re-)Produktion bezeichnen. Hegemonie wird also im folgenden nicht als Zustand, sondern als fortgesetzte Praxis begriffen. Ein solchermaßen dynamisches Verständnis beruht zum einen auf der Überlegung, daß diskursive Strukturen immer aufs Neue von Ereignissen erschüttert werden und somit zu Volatilität neigen, weshalb sie kontinuierlich reproduziert werden müssen; und zum anderen auf der Annahme, daß im Zuge dieses Reproduktionsprozesses ebenso kontinuierlich die diskursive Wahrnehmbarkeit dieser Muster hergestellt werden muß.¹

1 Es seien noch drei Erläuterungen zum hier verwendeten Begriff der Hegemonie hinzugefügt: Erstens bezieht er sich auf Phänomene der politisch-diskursiven Vorherrschaft in liberalen und pluralistischen Demokratien; über diesen politischen Kontext hinaus wird kein Verallgemeinerungsanspruch erhoben. Zweitens läßt sich sagen, daß sich, obwohl der Begriff des Diskurses sehr weit gefaßt werden wird, Hegemonie aufgrund ihrer Verschränkung mit dem symbolischen Raum des Diskurses von einer anderen Form der Vorherrschaft unterscheiden läßt, nämlich der Vorherrschaft durch Anwendung physischer Gewalt. Denn Gewalt stellt immer auch eine Grenze des Diskurses dar. Drittens schließlich unterscheidet sich die Lesart des Hegemoniebegriffs als Vorherrschaft eines bestimmten Musters diskursiver (Re-)Produktion maßgeblich von jenem Hegemoniekonzept, nach dem in der Lehre der Internationalen Beziehungen verbreitet von der Hegemonie

Um zu verstehen, wie im folgenden Diskurs und Diskursivität konzeptioniert werden, hilft es, einen kurzen Blick auf die frühe Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft zu werfen: Der Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“ geht auf Alfred Müller-Armack zurück, der ihn 1946 in seiner Abhandlung *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* erstmals an prominenter Stelle verwendete.² Allerdings fällt die Konzeption, die sich mit diesem Begriff verbindet, natürlich nicht vom Himmel. Die ideengeschichtlichen Wurzeln der „Sozialen Marktwirtschaft“ sind schon vielfach beleuchtet worden (vgl. in jüngerer Zeit z.B. Gutmann 1998; Reuter 1998; Grosseckler 1999; Löffler 2002: 40-86; sowie vor allem Quaas 2000) und sollen daher hier nur in knappster Form präsentiert werden. Von großem Einfluß waren insbesondere die Ideen des Ordo- und des Neoliberalismus, die sich neben Müller-Armack unter anderem mit den Namen von Walter Eucken, Friedrich August von Hayek, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow verbinden. Angesichts der Krisenanfälligkeit einer weitestgehend unregulierten Laissez-faire-Wirtschaft bestand der Kern des ordo-/neoliberalen Denkens darin, daß die grundsätzlich marktwirtschaftliche Ordnung eingebettet wird in einen staatlichen Rahmen,

eines Staates gesprochen wird (vgl. hierzu knapp Kallscheuer 1995: 174). Dieser Unterschied besteht nicht nur, weil Hegemonie im internationalen Staatensystem üblicherweise auch (keineswegs nur, aber auch) mit der Fähigkeit einhergeht, in ernst zu nehmender Weise Gewalt anzudrohen und sie gegebenenfalls exemplarisch anzuwenden. Er zeigt sich ebenso darin, daß die Vorstellung einer hegemonialen diskursiven Struktur nicht mit der Notwendigkeit eines hegemonialen Akteurs einhergeht. So *kann* es innerhalb einer hegemonialen diskursiven Formierung mitunter einen Ort für einen Hegemon geben, es *muß* aber nicht.

- 2 Wobei wohl dauerhaft unklar bleiben wird, was der Schöpfungsakt umfaßt (vgl. auch Quaas 2000: 43-47). Die Begriffskombination selbst könnte auch schon im nationalsozialistischen Reichswirtschaftsministerium zirkuliert sein. Eventuell wurde sie dort von Karl Günther Weiss – wie dieser selbst behauptete, am 12. Januar 1945 – erstmals für die Bezeichnung der geplanten Nachkriegswirtschaftsordnung vorgeschlagen. Weiss war zu dieser Zeit wissenschaftlicher Mitarbeiter des stellvertretenden Staatssekretärs Otto Ohlendorf und will den Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ niemand geringeren als Ludwig Erhard nahegebracht haben, als letzterer einen Termin im Reichswirtschaftsministerium wahrnahm. Auch wird berichtet, „eine reizende blonde Sekretärin im Reichswirtschaftsministerium, die ‚Schöne Helena‘ genannt“ (aber darüber hinaus in der verfügbaren Literatur namenlos bleibend), habe den Begriff erstmals an markanter Stelle zu Papier gebracht, und zwar zur Beschriftung eines – alsbald verschollenen – Kartons mit verschiedenen Drucksachen (vgl. Der Spiegel 1997: 97). Insofern mag sich der Müller-Armacksche Schöpfungsakt darauf beschränken, daß er den Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“, den er anderweitig gehört hatte (er war z.B. mit Ludwig Erhard seit 1940/41 bekannt), in einer Form diskursiv zirkulieren ließ, der eine wissenschaftliche und politische Rezeption erlaubte.

der das reibungslose Funktionieren des Marktes garantiert und dabei insbesondere gegen Wettbewerbsverzerrungen vorgeht. Allerdings sollte der Staat niemals unmittelbar in Wirtschaftsprozesse intervenieren, sondern sich im wesentlichen auf die Gestaltung der Wirtschaftsordnung beschränken, also Wirtschaftspolitik eher im Sinne einer Ordnungspolitik als im Sinne einer Prozeßpolitik betreiben (vgl. zu den Prinzipien der Ordnungspolitik v.a. Eucken 1952: 241-324). Innerhalb der Ideengeschichte kann als weiterer wichtiger Einfluß auf die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft die katholische Soziallehre bzw. allgemeiner die christliche Sozialethik gesehen werden, wobei man deren Rezeption insbesondere bei Müller-Armack, Röpke und Rüstow feststellen kann (vgl. Gutmann 1998: 62-63). Dies gilt vor allem hinsichtlich der anthropologischen Grundlegung, wo der Einfluß der christlichen Soziallehre dazu führt, daß neben das individualistische liberale Menschenbild das Bild des sozial gebundenen Menschen tritt. Die gesellschaftlichen Ordnungsprinzipien des Sozialkatholizismus, Subsidiarität und Solidarität, finden so Eingang in viele Lesarten – eine einheitliche Lesart gibt es nicht – der Sozialen Marktwirtschaft.

Das verbreitete Verständnis des Konzepts der „Sozialen Marktwirtschaft“ geht jedoch nicht nur auf ideengeschichtliche Einflüsse zurück, sondern auch auf politische Maßnahmen, die unter Bezug auf das Konzept umgesetzt wurden. Dabei ist insbesondere an die Wirtschafts- und Währungsunion im Juni 1948 zu denken, die vielen Interpretatoren als Beginn der Sozialen Marktwirtschaft gilt (vgl. z.B. Schlecht 1998: 37; von Hauff/Sauer 2004), insofern als mit der sich bald (aber nicht sofort) einstellenden Geldstabilität und der Freigabe vieler Preise zentrale Elemente einer funktionierenden marktwirtschaftlichen Ordnung etabliert wurden. Aber von nicht minderer Bedeutung sind die politisch-korporatistischen Reaktionen auf den Koreaboom bzw. die Korea Krise (vgl. Abelshauser 1983: 76-82) sowie die wichtigen sozialpolitischen Weichenstellungen der 1950er Jahre, allen voran die Rentenreformen von 1957, die bewirkten, daß in der öffentlichen Wahrnehmung die „Soziale Marktwirtschaft“ in einer Bedeutung Prominenz erlangte, die der vielzitierten Charakterisierung durch Alfred Müller-Armack aus dem Jahr 1956 entspricht: „*Sinn* der Sozialen Marktwirtschaft ist es, das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden“ (Müller-Armack 1966[1956]: 243, Herv. i.O.).

Ausgehend von der nun skizzierten frühen Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft wird es möglich, das hier zugrunde liegende Verständnis von Diskurs und Diskursivität genauer zu umreißen. Den Ausgangspunkt hierfür bildet das Konzept „Soziale Marktwirtschaft“ selbst. Auf den ersten Blick sieht es danach aus, als meine „Soziale Marktwirt-

schaft“ zweierlei: zum einen ein Konzept und das heißt, eine bestimmte symbolische Repräsentation einer vorhandenen oder einer zu schaffenden Wirklichkeit und zum anderen eine bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Praxis. Hierbei scheinen in der symbolischen Repräsentation im weitesten Sinne Zeichen zueinander in Beziehung gesetzt zu werden, in der Praxis hingegen Objekte oder Dinge.

Doch entscheidend für das hiesige Konzept der Diskursivität ist nun die Erkenntnis, daß Zeichen und Objekte eines gemeinsam haben: Sie gewinnen erst dann in spezifischer Weise Sinn und Bedeutung, *wenn* sie zueinander in Beziehung gesetzt und in der einen oder anderen Weise angeordnet werden, das heißt, sobald sie als different verstanden werden. Im Anschluß an die strukturalistische und poststrukturalistische Theorietradition – aber durchaus auch in einer gewissen Nähe zum Luhmannschen Sinnbegriff – ist es genau diese sinnstiftende Praxis der Differenzierung und der Relationierung, die im Zentrum des hier verwendeten Diskursverständnisses steht. Zeichen und Objekte können also als Äquivalente begriffen werden, wenn sie in ihrer jeweiligen Funktion als sinnhafte Elemente – und das heißt in ihrer Funktion als diskursive Elemente – untersucht werden. Es ist diese Form der Generierung von Sinn und Bedeutung, und zwar im gesellschaftlichen Rahmen, die den Kern des hier verwendeten Diskursbegriffs ausmacht. Diskurs läßt sich dementsprechend begreifen als eine komplexe gesellschaftliche Praxis fortlaufender Artikulation, in deren Verlauf Sinn und Bedeutung generiert werden, indem einzelne Elemente als differente und damit diskursive Elemente miteinander in bestimmter Weise in Beziehung gesetzt und angeordnet werden.

Aufbauend auf diesem Diskursverständnis läßt sich nun die obige Überlegung, daß sich Hegemonien diskursiv konstituieren bzw. daß sie diskursive Phänomene sind, dahingehend konkretisieren, daß im Zuge hegemonialer Praxis diskursive Elemente verschiedenster Art gemäß einem bestimmten Muster – dem im folgenden zu erarbeitenden Muster der Hegemonie – differenziert und angeordnet werden. Dabei sind alle hegemonialen Projekte und Hegemonien von der grundlegenden Relationalität, der Beweglichkeit und der Kontingenz jedes diskursiven Geschehens affiziert. Hegemonien sind, mit anderen Worten, nur denkbar, weil sich Sachverhalte auf diese oder jene Weise artikulieren lassen, weil sich Objekte in diesen oder jenen Zusammenhang miteinander bringen lassen und nicht zuletzt, weil sich soziale Kräfte auf diese oder jene Art miteinander verknüpfen lassen. Zugleich aber ist hegemoniale Praxis dadurch gekennzeichnet, daß sie trotz der Relationalität und Beweglichkeit diskursiver Formierungen eine relativ stabile Differenzordnung hervorbringt, die deswegen so stabil ist, weil sie von einer Vielzahl

von diskursiven Artikulationen unterstützt wird. In diesem Sinne läßt sich auch die Hegemonie der Sozialen Marktwirtschaft als Verstetigung eines komplexen Netzes von diskursiven Elementen im wirtschaftspolitischen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland begreifen.

Wir haben uns der Bedeutung der Hegemonie bislang über seine allgemeine, diskursive Funktionsweise angenähert. Um nun spezifischer beschreiben zu können, wie hegemoniale Praxis funktioniert, d.h. um zu erfassen, mit welcher Art von diskursiven Mustern hegemoniale Praxis operiert, ist es erforderlich zu verstehen, worin das Ziel³ hegemonialer Praxis besteht, was also eine erfolgreiche Hegemonie ausmacht. Dafür muß den beiden obigen Charakterisierungen der Hegemonie – „Vorherrschaft“ und „diskursiv“ – eine weitere hinzugefügt werden: Hegemonie ist – drittens – ein politisches Phänomen. Das bedeutet zum einen, daß sich Hegemonien, was schon im Begriff der „Vorherrschaft“ angelegt ist, im *Konflikt* mit alternativen hegemonialen Projekten konstituieren, wobei als hegemoniales Projekt jede hegemoniale Praxis bezeichnet wird, die sich (noch) nicht erfolgreich als Hegemonie etabliert hat. Es bedeutet aber zum anderen, daß in diesem Konflikt das *allgemeine* Wohlergehen einer bestimmten Bezugsgruppe verhandelt wird (oder ein Aspekt desselben, wie im Falle der Sozialen Marktwirtschaft die ökonomische Wohlfahrt). In diesem Sinne von „politisch“ kann eine hegemoniale Vorherrschaft dann als etabliert gelten, wenn sich im Verlauf eines spezifischen politischen Diskurses innerhalb der betroffenen Bezugsgruppe ein tatsächlicher gemeinsamer Wille⁴ zur Regelung gemeinschaftlicher Angelegenheiten herausbildet und als solcher auch diskursive Relevanz erlangt. Vereinfacht gesprochen werden hegemoniale Projekte dann zu Hegemonien, wenn es gelingt, mit der Hauptforderung, die ein solches Projekt kennzeichnet – etwa „Soziale Marktwirtschaft!“ – die politischen Forderungen einer genügend großen und differenzierten Zahl von politisch-gesellschaftlichen Kräften so „aufzufangen“, daß sich diese das Projekt zu eigen machen. Dadurch wird der Anspruch, am allgemeinen Wohlergehen orientiert zu sein, performativ immer mehr bestätigt und bekräftigt, im Idealfall so lange, bis die Erfüllung der Hauptforderung eines hegemonialen Projekts mit der Verwirklichung

3 Der Begriff „Ziel“ wird hier in Ermangelung eines besseren Begriffs gewählt. Da Hegemonien und hegemoniale Projekte in kontinuierlicher Praxis bestehen, kann es sich bei dem Ziel *nicht* um einen *Zielpunkt* handeln. Vielmehr ist mit Ziel eine Art Zustand gemeint, aber kein Zustand im statischen Sinne, sondern ein fließender Zustand.

4 Wobei gemeinsamer Wille bedeutet, daß es keine abweichenden Meinungen geben kann. Es geht bei Hegemonien, wie eingangs ausgeführt, ja um Vorherrschaft, nicht um totale oder umfassende Herrschaft.

des allgemeinen Wohls äquivalent gesetzt wird und die Infragestellung dieser Forderung die jeweilige Sprecherin oder den jeweiligen Sprecher innerhalb des betreffenden politischen Diskurses delegitimiert.

Nachdem der Begriff der Hegemonie nun einführend mit Hilfe der Attribute „diskursiv“, „politisch“ und „Vorherrschaft“ erläutert wurde, läßt sich das eingangs formulierte doppelte Untersuchungsziel nochmals wie folgt reformulieren: Erstens wird in theoretischer Weise erhellet werden, wie diskursive Muster, die im Zuge hegemonialer Praxis artikuliert werden, typischerweise aussehen. Um dabei zu erfassen, daß es sich bei einem solchen Muster um eine bestimmte Form des Arrangements diskursiver Elemente handelt, und um gleichzeitig zu verdeutlichen, daß man es nicht mit einem fixierten Muster, sondern sowohl mit einem dynamisch auf die Hegemonie hin orientierten Arrangement als auch mit dem Prozeß des Arrangierens zu tun hat, wird im folgenden der Begriff der hegemonialen Strategie verwendet. Von hegemonialen Strategien wird also gesprochen, um jene Formen der Formierung von diskursiven Elementen zu erfassen, die sich aus der rückwärts blickenden Perspektive bei bereits konstituierten Hegemonien typischerweise finden lassen. Diese Strategien und ihre einzelnen Bestandteile, die als hegemoniale Strategeme bezeichnet werden, zu rekonstruieren, wird letztlich das Ziel der theoretischen Analyse sein. Dabei wird sich als hegemoniale Strategie eine diskursive Strategie, das heißt eine Form der Formierung diskursiver Elemente, rekonstruieren lassen, die, indem sie eine klare Alternative zwischen dem Gemeinsamen und dem Anderen artikuliert, den angesprochenen gemeinsamen Willen in bezug auf die Herstellung des allgemeinen Wohlergehens ermöglicht und fördert.

Zweitens besteht das Untersuchungsziel im Anschluß an die theoretische Analyse dann darin, die Frühphase des hegemonialen Projekts bzw. der emergierenden Hegemonie um die „Soziale Marktwirtschaft“ (1946-1959) empirisch zu untersuchen, um das dortige Operieren der hegemonialen Strategie nachzuvollziehen. Diese diskursanalytische Studie soll die theoretische Rekonstruktion hegemonialer Strategien also überprüfen und gegebenenfalls ergänzen oder vertiefen.

Um keinen Mißverständnissen Vorschub zu leisten, möchte ich noch hervorheben, worum es mir im folgenden *nicht* geht: Es geht *nicht* darum, einen „Werkzeugkasten“ zur erfolgreichen Etablierung von Hegemonien zusammenzustellen. Ebenso wenig soll geklärt werden, *weshalb* sich bestimmte Hegemonien in bestimmten Kontexten konstituieren (es geht nicht um das *weshalb*, sondern um das *wie*). Beiden Unterfangen steht entgegen, daß es im diskursiven und sozialen Geschehen schlicht zu viele Unwägbarkeiten gibt, wodurch Aussagen in bezug auf Einzelfälle nahezu unmöglich werden. Diskursive Strukturen konstituieren sich

vor unterschiedlichsten Hintergründen und sie werden häufig in unvorhersehbarer Weise durch Ereignisse und Entscheidungen erschüttert und verschoben. Das verhindert positive prognostische Aussagen – etwa im Sinn von „dies und jenes wird zur Hegemonie führen“ – ebenso wie Aussagen darüber, warum sich in einem bestimmten Fall letztlich diese und nicht eine andere Hegemonie ausgebildet hat.

Ehe ich im Anschluß noch einen Überblick über die Kapitelfolge gebe, soll diese Untersuchung noch kurz vor ihrem disziplinären und ihrem theoretischen Hintergrund verortet werden. Als politische Phänomene fallen Hegemonien zweifelsohne in den Gegenstandsbereich der Politischen Wissenschaft. Gleichzeitig aber liegt es aufgrund der diskursiven Beschaffenheit von Hegemonien nahe, auf den Fundus der Diskurswissenschaften zurückzugreifen. Dabei tritt das nicht geringe Problem auf, daß die Diskurswissenschaften (also Diskurstheorie und Diskursanalyse, wobei diese beiden nicht völlig trennscharf sind) in der Politischen Wissenschaft im allgemeinen, aber vor allem in der deutschsprachigen Politischen Wissenschaft bislang nur wenig rezipiert wurden.⁵ Aus diesem Grund verfolgt die hier vorliegende Untersuchung auch das Ziel, der Politischen Wissenschaft das diskurstheoretische und diskursanalytische Instrumentarium nahezubringen und zur Theoretisierung und Analyse politischer Diskurse innerhalb der politikwissenschaftli-

5 Das Bemühen um eine Verknüpfung der deutschen Politischen Wissenschaft mit den Diskurswissenschaften ist allenfalls vereinzelt auszumachen, z.B. bei Karl-Werner Brand (1994), bei Reiner Keller (1997; 1998) oder auch jüngst bei Hurrelmann et al. (2005). Einige Untersuchungen von politikwissenschaftlichem Interesse finden sich auch in der Soziologie (vgl. z.B. Schwab-Trapp 2002). Einen Überblick über die (Nicht-)Auseinandersetzung von deutscher Politischer Wissenschaft und Diskurswissenschaften bietet Nullmeier (2001). Siehe hierzu genauer 2.1.2. Außerhalb Deutschlands gibt es einige wichtige Vorarbeiten, insbesondere Maarten A. Hajers wegweisende vergleichende Policy-Studie *The Politics of Environmental Discourse* (1995). Hajer formuliert für seine Analyse der umweltpolitischen Diskurse in Großbritannien und den Niederlanden ein Erkenntnisinteresse, das dem hiesigen in drei wichtigen Punkten entspricht (vgl. ebd.: 44): Zum einen untersucht er, wie ein bestimmtes Problemverständnis auf Kosten anderer Konzeptionierungen die Vorherrschaft erringen konnte. Des weiteren geht es ihm um eine Untersuchung der diskursiven Repräsentationslogik, was sich weitgehend mit dem hier formulierten Desiderat der Rekonstruktion des Funktionierens diskursiver Prozesse deckt. Schließlich fragt er nach der Konstituierung von „Bedeutungskonstellationen“, eine Frage, die auch hier thematisiert werden wird, wenngleich ich sie enger als Hajer mit der Frage nach dem komplexen Verhältnis von Diskurs und Subjekt verknüpfen werde. Bei aller Ähnlichkeit eines Teils der Fragestellungen werde ich im Vergleich zu Hajers wichtiger Pionierarbeit andere Wege der Beantwortung gehen und in zentralen Bereichen zu anderen Antworten kommen.

chen Disziplin anzuregen. Sie greift dazu verstärkt auf Theorien aus dem strukturalistischen, poststrukturalistischen und post-marxistischen Theorieraum zurück, die, obschon sie ihren avantgardistischen Status zu Beginn des 21. Jahrhunderts weitestgehend eingebüßt haben, bis heute in die Politische Wissenschaft bzw. die Politische Theorie kaum Eingang gefunden haben. Das bedeutet auch – dieser Hinweis sei hier gleich einleitend gegeben –, daß sich die Rede von der Diskurstheorie nicht auf die Habermassche Begriffstradition des Diskurses bezieht. Als wichtigste theoretische Inspirationsquelle des Folgenden müssen hingegen allen voran die diskurstheoretischen Schriften Ernesto Laclaus, von denen entscheidende Teile gemeinsam mit Chantal Mouffe verfaßt wurden, genannt werden (vor allem Laclau/Mouffe 1985; Laclau 1990; Laclau 1996; Butler et al. 2000; Laclau 2005). Laclaus und Mouffes Schriften sind für die hier verfolgten Fragestellungen deshalb von besonders hoher Bedeutung, weil es diese beiden TheoretikerInnen waren, die – unter anderen auf Antonio Gramsci rekurrierend (vgl. Mouffe 1979) – den komplexen Zusammenhang von Diskurs und Hegemonie in jüngerer Zeit überhaupt erst wieder ins Zentrum theoretischer Analyse gerückt haben. Neben Laclau/Mouffe kann natürlich kaum eine diskurswissenschaftliche Untersuchung ohne Bezug zu Michel Foucault auskommen, der auch hier eine wichtige Quelle bildet. Hinzu treten weitere Einflüsse aus dem (post)strukturalistischen Theorieraum (z.B. Lacan und Althusser), aber auch von AutorInnen, die eher zum „Kanon“ der Politischen Theorie gehören, insbesondere Carl Schmitt, Hannah Arendt und Claude Lefort, deren jeweilige Überlegungen zum Begriff des Politischen in die Erörterung der Frage, was einen politischen Diskurs und damit das diskursive Terrain der Hegemonie ausmacht, einfließen werden.

Die Kapittelfolge dieses Buches orientiert sich in ihrem theoretischen Teil (Kapitel zwei bis fünf) an den drei Attributen, mit denen das Konzept der Hegemonie eben verknüpft wurde: diskursiv, politisch, Vorherrschaft. In den Kapiteln zwei und drei wird untersucht, welche Konsequenzen es hat, Hegemonie als diskursives und als politisches Phänomen zu konzeptualisieren. Die Kapitel vier und fünf befassen sich dann mit den Kernaspekten der Hegemonie, d.h. mit dem hegemonialen Modus der Vorherrschaft und den strategischen Wegen zur Erreichung derselben.

Im zweiten Kapitel wird grundlegend erörtert, wie diskursive Mechanismen funktionieren, und dabei insbesondere die Funktion des diskursiven Elements „Soziale Marktwirtschaft“ in Augenschein genommen. Hierzu nehme ich nach einem Überblick über das breite Feld der Diskurswissenschaften zuerst eine theoretische Vertiefung des eben schon skizzierten Diskursverständnisses vor. Im Anschluß daran wird näher untersucht, wie sich diskursive Elemente verhalten, wobei ich die

diskursiv-sprachlichen Elemente (sprachliche Zeichen) hervorhebe, auch wenn Diskurs und Sprache nicht als deckungsgleich verstanden werden (Sinnproduktion geschieht nicht nur sprachlich, sondern, wie oben dargestellt, auch durch nicht-sprachliche Artikulationen, die etwa Objekte in bestimmter Weise miteinander in Beziehung setzen). Unter Bezugnahme auf das zentrale sprachliche Zeichen des hier interessierenden Diskurses, nämlich das Zeichen „Soziale Marktwirtschaft“, wird die umfassende Relationalität und Dynamik, die jedem Diskurs und seinen Artikulationen aneignet, detailliert herausgearbeitet. Ich werde zeigen, warum sich angesichts dieser diskursiven Relationalität und Dynamik eine „Eigentlichkeit“ von Sinn und Bedeutung weder durch den Bezug auf eine Art metaphysischer Essenz herstellen läßt, noch durch den Bezug auf eine unverrückbare Objektivität oder auf einen unhintergehbaren historischen Ursprung. Im Anschluß daran wird eine Skizze des Netzes der diskursiven Elemente, die sich um die „Soziale Marktwirtschaft“ anordnen, erstellt und auf dieser Grundlage eine Typologie der Beziehungsarten, die zwischen diskursiven Elementen auftreten, entworfen.

Nach der allgemeinen Erörterung diskursiver Funktionsmechanismen besteht der nächste Schritt, vorgenommen im dritten Kapitel, darin, die spezifische Gestalt desjenigen diskursiven Raums genauer zu betrachten, in dem Hegemoniephänomene zu verorten sind: Dies ist der Raum des Politischen. Es geht also darum herauszufinden, was einen politischen Diskurs als solchen auszeichnet. Hierzu muß die Frage danach, was das Politische ausmacht, beantwortet werden, denn ein Begriff des Politischen kann einen heuristischen Maßstab dafür liefern, unter welchen Bedingungen ein Diskurs als politischer Diskurs zu begreifen ist. Nach einer kurz gehaltenen Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Verständnis des Politischen bei Carl Schmitt und bei Hannah Arendt werde ich vorschlagen, den bei Schmitt vorzufindenden konfliktzentrierten und den bei Arendt festzustellenden bürgerschaftlich-gemeinwohlorientierten Begriff des Politischen komplementär zu lesen, obwohl diese beiden Begriffstraditionen häufig als miteinander unvereinbare Traditionen begriffen werden. Die komplementäre Lektüre führt zu der Überlegung, als politische Diskurse jene Diskurse zu begreifen, in denen ein (je spezifisches) Allgemeines⁶ in konflikthafter Weise verhandelt

6 Der Begriff des Allgemeinen wird als ein formaler Begriff eingeführt (vgl. 3.1), um das zu bezeichnen, was in verschiedenen theoretischen Kontexten verschiedene, aber jeweils interpretatorisch sehr aufgeladene Begriffe erfassen. All diesen Begriffen ist gemeinsam, daß sie eine Idealität des sozialen und politischen Zusammenlebens zu bezeichnen suchen. Als Beispiele lassen sich nennen: das Gemeinsame, das Gemeinschaftliche, das Ganze, das Gemeinwohl, das allen gerecht werdende, Gerechtigkeit.

wird. Im Anschluß hieran wird die vermeintliche Paradoxie, die in der Gleichzeitigkeit der per definitionem einheitlichen Allgemeinheit und des auf Differenz gründenden Konfliktes liegt, im Zuge einer Rekonstruktion einiger zentraler Aspekte des Denkens von Claude Lefort, Marcel Gauchet und Ernesto Laclau näher untersucht. Begreift man in Übereinstimmung mit diesen Denkern das Allgemeine als einen leeren Ort, der in der politischen Praxis immer aufs Neue symbolisch gefüllt werden muß, dann erscheint die vermeintliche Paradoxie weniger paradox, weil es im symbolischen Raum mehrere Kandidaten gibt, die miteinander um die Repräsentation des Allgemeinen ringen. So wird deutlich, daß das (leere) Allgemeine von den Konflikten, die sich aufgrund der Notwendigkeit seiner symbolischen Anfüllung ergeben, tatsächlich nicht zu trennen ist.

Das dritte Kapitel wird abgeschlossen durch die Untersuchung der Frage, wie es in Diskursen gelingt, das politisch „Gute“ zu signifizieren. Unter Rückgriff auf die Erläuterungen zum Politischen und auf das von Ernesto Laclau entworfene Theorem des leeren Signifikanten wird erläutert, daß das „Gute“ im politischen Diskurs nur signifiziert werden kann, wenn ein diskursives Element seine eigentliche Funktion, innerhalb des Differenzsystems Diskurs Sinn und Bedeutung zu generieren, verliert und statt dessen auf die Einheit und Vollkommenheit jenseits des Differenzsystems, also auf das „Allgemeine“ verweist.

Nachdem mit Hilfe des zweiten und des dritten Kapitels erhellt werden konnte, in welcher Weise Hegemonien als diskursive und als politische Phänomene zu begreifen sind, wendet sich das vierte Kapitel dem Kern des Hegemonieproblems zu und untersucht die Frage, was unter Vorherrschaft im Sinne der Hegemonie zu verstehen ist und wann sie als erreicht gelten kann. Nach einem kurzen Abschnitt zur begrifflichen Differenzierung des Begriffsfeldes um die Hegemonie wird zunächst unter Rückgriff auf den unbestrittenen Klassiker jeder Hegemonietheorie, Antonio Gramsci, die bereits oben erwähnte Überlegung, daß Hegemonie auf der Formierung eines gemeinsamen Willens in bezug auf ein Allgemeines beruhe, hergeleitet. Als zentrale Elemente dieser Formierung werden im folgenden die Subjektivierung durch ein hegemoniales Projekt und die Koordinierung dieser Subjektivierung (mit dem Ziel diskursiver Präsenz oder Wahrnehmbarkeit) ausgemacht.

Mit Blick auf die Subjektivierung erörtere ich zunächst die Problematik der Beziehung zwischen Subjekt und Diskurs. Diese Erörterung läuft darauf hinaus, Subjekte und Diskurse als gleichursprünglich zu verstehen. Das heißt, es wird zum einen angenommen, daß die Subjektivitäten von Individuen oder Gruppen diskursiv produziert werden, indem sie für diskursiv bereitgehaltene Subjektpositionen rekrutiert werden.

Zum anderen aber ist der Rekrutierungsprozeß, der ja nicht nach vorbestimmten Schemata abläuft, nur denkbar, wenn die Artikulationsentscheidungen der Individuen und Gruppen dabei als Faktor berücksichtigt werden. Für diese Entscheidungen spielt jedoch wiederum der Kontext der immer schon bestehenden Subjektivität eine Rolle. Somit besteht eine komplexe Wechselbeziehung zwischen Subjekt und Diskurs, die als Gleichursprünglichkeit verstanden werden soll. Ein gemeinsamer Wille verschiedener Individuen und Gruppen kann nun im Anschluß hieran dann als etabliert gelten, wenn diese sich durch dasselbe diskursive Projekt subjektivieren lassen, das heißt sich für die von diesem Projekt zur Verfügung gestellten Subjektpositionen rekrutieren lassen.

Die Koordinierung dieser Subjektivierung ist von hoher Wichtigkeit, weil es nicht einfach darauf ankommt, daß möglichst viele Individuen zu Subjekten eines hegemonialen Projekts werden, sondern vor allem darauf, daß damit auch ein möglichst hoher diskursiver Widerhall einhergeht. Damit dieser erzielt werden kann, müssen üblicherweise unterschiedlichste, jeweils diskurspezifische Voraussetzungen erfüllt sein, von denen nur eine darin besteht, daß sich möglichst viele Individuen für eine Subjektposition rekrutieren lassen. Weitere Voraussetzungen können die Anzahl ergänzen oder sie ganz ersetzen, so beispielsweise der Zugang zu den institutionellen Orten politischer Entscheidung, finanzielle Mittel, wissenschaftliche Kompetenz, klerikale Kompetenz, ein besonderer Bezug zum betreffenden Aspekt des Allgemeinen, Herkunft etc. Die koordinierte Subjektivierung verschiedener Individuen, denen die Erfüllung entsprechender Voraussetzungen diskursiv zugeschrieben wird, kann die diskursive Wahrnehmbarkeit steigern. Außerdem spielt, vor allem in Demokratien, die Koordinierung von Quantitäten (von Subjekten, von finanziellen Mitteln, des Zugangs zu den Orten der politischen Entscheidung etc.) eine wichtige Rolle. Weil also die gelungene Koordinierung aus zweierlei Sicht bedeutend ist, und weil Gruppen am ehesten in der Lage sind, Koordinierungsleistungen zu erbringen, sind – wiederum vor allem in Demokratien – Gruppensubjekte von hoher Bedeutung. Zwei unterschiedliche Arten der Gruppierung von Subjekten spielen in politischen Diskursen für die Ausbildung von Hegemonien eine wichtige Rolle und werden im vierten Kapitel in ihrer diskursiven Funktionsweise eingehend untersucht werden: institutionalisierte Gruppen und Diskurskoalitionen.

Im fünften Kapitel, mit dem der Theorieteil dieser Arbeit beendet wird, werden sodann die hegemonialen Strategien untersucht. Dabei diskutiere ich zunächst die Problematik, die sich daraus ergibt, den Begriff der Strategie diskurstheoretisch, d.h. vor allem ohne starkes Subjekt zu denken. Anschließend befaßt sich der Großteil des fünften Kapitels mit

der Herleitung der Strategeme der offensiv-hegemonialen Strategie, also der hegemonialen Strategie, die auf die Etablierung von Hegemonien hinzielt. Diese stehen im Zentrum, weil das hier eingangs formulierte Forschungsinteresse sich ja genau auf Fragen der Entstehung von Hegemonien, und insbesondere der Hegemonie der Sozialen Marktwirtschaft, richtet. Trotz dieses Schwerpunktes wird auch knapp auf die defensiv-hegemoniale Strategie und auf Möglichkeiten einer anti-hegemonialen Strategie Bezug genommen.

Im sechsten Kapitel schließlich wenden wir uns der Analyse des frühen Diskurses der Sozialen Marktwirtschaft zu. Am Anfang dieser Analyse stehen einige Anmerkungen zur methodischen Verknüpfung von Theorie und Empirie. Die Analysemethode kann im wesentlichen als poststrukturalistisch inspiriert gelten, geht es doch darum, innerhalb eines Korpus von Diskursbeiträgen, die aus der heutigen rückblickenden Sicht als maßgeblich für diesen Diskurs gelten dürfen, die Formierung eines spezifisch hegemonialen Beziehungsnetzes zwischen wichtigen diskursiven Elementen dieses Diskurses sowie die Dynamik der Beziehungen in diesem Netz zu rekonstruieren. Diese Rekonstruktion zielt darauf hin, den auf der theoretischen Ebene erarbeiteten Funktionsmechanismen der Hegemonie im Diskurs um das diskursive Element „Soziale Marktwirtschaft“ nachzuspüren, und dabei insbesondere das Operieren dessen, was im fünften Kapitel als Strategiemkomplex der offensiv-hegemonialen Strategie hergeleitet wird, empirisch nachzuweisen. Jedoch darf der Status dieses „Tests“ nicht überschätzt werden: Es kann einer solchen, relativ knappen, ersten empirischen Untersuchung nicht darum gehen, einen „Beleg“ für die Geltung der theoretischen Überlegungen zu finden. Das Ziel ist ein anderes: Es besteht zum einen darin, das spezifische „Wie“ des hegemonialen Projekts „Soziale Marktwirtschaft“ nachzuvollziehen, und zum anderen darin, die Plausibilität der theoretischen Erwägungen zum Phänomen der Hegemonie zu verdeutlichen. Die Diskursanalyse geht in zwei Schritten vor: Zunächst werden Texte von Alfred Müller-Armack, Ludwig Erhard und der CDU, die im Zeitraum von 1946 bis 1949 erschienen sind, einer detaillierten Einzelanalyse unterzogen; anschließend werden einige weitere Texte aus den Jahren 1949 bis 1959 überblickartig analysiert.

Den Abschluß bildet im siebten Kapitel ein knappes Resümee, ergänzt um eine knappe Erörterung weiterer Forschungsmöglichkeiten und um einen Ausblick auf die Hegemonie der Sozialen Marktwirtschaft in der Zeit um das Jahr 2000.

2. Diskurs und Sprache: „Soziale Marktwirtschaft“ als diskursives Element

Hegemonie, wie eben vorgeschlagen, als diskursives Phänomen zu begreifen, macht es nicht nur unerlässlich darzulegen, was im Rahmen dieser Untersuchung mit „Diskurs“ gemeint ist, sondern vor allem, näher zu erläutern, welche Mechanismen in Diskursen wirken und wie sie ineinander greifen. Diese für die Hegemonieanalyse in einiger Hinsicht noch propädeutische Aufgabe übernimmt das folgende Kapitel.

Mit dem Begriff des Diskurses soll, wie in der Einleitung noch vorläufig formuliert wurde, eine komplexe Praxis bezeichnet werden, im Rahmen derer sozialer Sinn generiert wird, indem verschiedenste Elemente zueinander in Beziehung gesetzt und damit als differente Elemente verstanden werden. In einem ersten Schritt (2.1) wird es nun darum gehen, diese grundlegende diskurstheoretische Überlegung zu vertiefen, einige Ab- und Eingrenzungen im mittlerweile sehr weiten Feld der Diskurswissenschaften vorzunehmen und die Grundlagen des hier zugrunde gelegten Diskursverständnisses zu explizieren. Anschließend (2.2) wird das Funktionieren diskursiver Bedeutungsmechanismen unter besonderer Berücksichtigung des diskursiven Elements „Soziale Marktwirtschaft“ ausführlich untersucht. Dazu wird es notwendig sein, einige grundlegende, in der Politischen Wissenschaft jedoch kaum rezipierte sprachwissenschaftliche und semiotische Erkenntnisse zur Funktion von (insbesondere: sprachlichen) Zeichen zu rekonstruieren. Zum Abschluß des Kapitels (2.3) wird zum einen der Sprach- und Artikulationsraum um die „Soziale Marktwirtschaft“ vorläufig skizziert, und zum anderen aufgezeigt, welche Arten von Beziehungen in politisch-diskursiven Räumen zum Tragen kommen.

2.1 Diskurs, Diskursanalyse, Diskurstheorie

Wer sich heute mit dem Feld von Diskurstheorie und Diskursanalyse befaßt, kann auf eine mittlerweile relativ lange und umfangreiche Tradition zurückgreifen. Diese Tradition ist jedoch weit davon entfernt, ein einheitliches Bild darzustellen. Die große Bandbreite der verschiedenen diskurswissenschaftlichen Heran- und Vorgehensweisen sowie das uneinheitliche Verständnis dessen, was als Gegenstand der Untersuchung dienen soll – der Diskurs –, machen einige Ein- und Abgrenzungen unabdingbar. Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei erstens darauf hingewiesen, daß der im folgenden zugrunde gelegte Begriff des Diskurses sich nicht mit demjenigen deckt, der in vielen deutschsprachigen Diskussionen der vielleicht prominenteste Diskursbegriff ist, nämlich der stark normativ orientierte Diskursbegriff der Habermasschen Diskurstheorie, der auch in die politische Theorie Habermas' Eingang gefunden hat.¹ Zweitens ist eine begriffliche Abgrenzung zwischen Diskurstheorie und Diskursanalyse hilfreich: Als Diskurstheorie kann jedes Projekt bezeichnet werden, das die diskursiven Strukturen und Prozesse in allgemeiner Weise zu erfassen und zu beschreiben sucht; das hier verfolgte Projekt entspricht zum Großteil einer speziellen Diskurstheorie, nämlich einer Diskurstheorie der politischen Hegemonie. Diskursanalyse hingegen untersucht das Funktionieren spezifischer Diskurse. Die Übergänge zwischen beiden sind oft fließend: Diskurstheorie bereitet Diskursanalyse vor und Diskursanalyse greift immer wieder auf diskurstheoretische Vorüberlegungen zurück. Beide, Diskurstheorie und Diskursanalyse, müssen als sich gegenseitig stützende Teile einer umfassenden Diskurswissenschaft begriffen werden.

Zum Zwecke ausführlicherer Ab- und Eingrenzungen wird nun zunächst ein knapper Überblick über die verschiedenen Richtungen in den Diskurswissenschaften gegeben, gefolgt von einer Darstellung des Verhältnisses von Diskursanalyse/Diskurstheorie und Politischer Wissenschaft. Im Anschluß werden – ausführlicher als dies bereits in der Einleitung geschehen ist – die wesentlichen Grundzüge des Diskursverständnisses, das dieser Arbeit zugrunde liegt, expliziert, gefolgt von einigen heuristischen Einschränkungen.

1 Vgl. v.a. Habermas (1982[1981]; 1983; 1984; 1985; 1991; 1998[1992]; 1999). Ich habe diesen Diskursbegriff an anderer Stelle in Grundzügen ausgeführt und mit dem hier vorgestellten verglichen (Nonhoff 2004).

2.1.1 Diskurswissenschaft im Überblick²

Zellig S. Harris' 1952 publizierter Aufsatz „Discourse Analysis“ gilt heute üblicherweise als Auftakt eines Großteils dessen, was sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts als Diskurswissenschaft etablieren konnte. Obgleich er mit seinem Projekt einer formalen Morphemdistributionsanalyse nur einen Teil dessen berührte, womit sich heute Diskurstheorien und Diskursanalysen befassen,³ skizzierte bereits Harris zwei Probleme, die verschiedenste Diskurswissenschaftler bis heute in der einen oder anderen Form umtreiben: „The first is the problem of continuing descriptive linguistics beyond the limits of a single sentence at a time. The other is the question of correlating ‚culture‘ and language (i.e. non-linguistic and linguistic behavior)“ (Harris 1952: 1; ganz ähnlich z.B. auch Stubbs 1983: 1). Das erste Problem macht deutlich, daß Diskursanalyse zwar innerhalb des breiteren Feldes der Linguistik zu verorten ist, daß sie sich aber nicht – wie etwa die Grammatik – mit der Analyse sprachlicher Strukturen und Prozesse innerhalb einzelner Sätze befaßt, sondern die größeren sprachlichen Formationen jenseits des Satzes – Texte im weitesten Sinne – sprachwissenschaftlich (also nicht philologisch oder hermeneutisch) untersucht (vgl. auch Watts 1994: 43). Einige DiskursanalytikerInnen sehen im formalen Kriterium „Sprache jenseits des einzelnen Satzes“ das einzige Kriterium zur Eingrenzung des Diskursbegriffs und setzen dabei Diskurs und Text weitgehend gleich (vgl. z.B. Salkie 1995: xi). Doch schon der zweite von Harris angesprochene Aspekt verweist auf den Unterschied zwischen dem Unterfangen der Textlinguistik und dem der Diskursanalyse. Wo Harris die Frage möglicher Korrelationsbeziehungen von Sprache und Kultur anspricht, könnte man heute allgemeiner formulieren: Während sich die Textlinguistik üblicherweise darauf konzentriert, die sprachlichen Strukturen innerhalb eines Textes ohne Rekurs auf den textäußeren Kontext zu analysieren, interessiert sich die Diskursanalyse genau für diesen Zusammenhang zwischen Text und dem Kontext in seinen verschiedensten Dimensionen (Intertextualität, Publikationskontext, situationaler Äußerungskontext usw.). Es geht der DiskursanalytikerIn demnach nicht – wie vielen LinguistInnen – um die Sprache als abstraktes

2 Der hier gegebene Überblick hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Zur Kurzübersicht vgl. z.B. die jüngeren Beiträge von Keller (1997), Angermüller (2001), Coupland/Jaworski (2001), Keller/Hirseland/Schneider/Viehöver (2001b; 2003b). Zur Vertiefung vgl. auch van Dijk (1985a), Bublitz (1999); Jaworski/Coupland (1999), Angermüller/Bunzmann/Nonhoff (2001), Keller/Hirseland/Schneider/Viehöver (2001a; 2003a).

3 Vgl. für einen knappen Überblick über die frühere Entwicklung der Diskursanalyse in Europa und Nordamerika van Dijk (1985b).

System (vgl. Johnstone 2002: 3). Wo die Grammatik das Funktionieren von Sprache in einzelnen, gezielt als Beispiel konstruierten Sätzen und die Textlinguistik das Funktionieren von Sprache in anwendungsfernen, dekontextualisierten Texten betrachtet, wendet sich die Diskursanalyse dem Unterfangen einer linguistischen Untersuchung von – so die übliche Formulierung im Rahmen der angloamerikanischen *discourse analysis* – „language in use“ zu (vgl. Brown/Yule 1983: 1; Gee 1999: 5; Jaworski/Coupland 1999: 6).⁴ Ganz ähnlich formulierte Michel Foucault, daß es der Diskursanalyse nicht um die Analyse der Sprache als System (*langue*) mit ihrer unendlichen Zahl von Performanzen gehe, sondern um „die stets endliche und zur Zeit begrenzte Menge von allein den linguistischen Sequenzen, die [tatsächlich, MN] formuliert worden sind“ (Foucault 1997[1969]: 42).

Während sich nun aber wohl die meisten DiskurswissenschaftlerInnen darauf einigen könnten, daß im weitesten Sinne Sprache jenseits des Satzes und *language in use* ihren Untersuchungsgegenstand bilden, endet hier auch schon die Gemeinsamkeit. Im wesentlichen lassen sich zwei Richtungen der Diskursanalyse ausmachen, denen zwei unterschiedliche Diskursbegriffe zugrunde liegen.⁵ Ein Großteil dessen, was im angloamerikanischen Raum (aber nicht nur dort) unter dem Etikett *discourse analysis* stattfindet, befaßt sich damit, wie in relativ begrenz-

4 Die auf den ersten Blick scheinbar ähnliche Überlegung, Diskursanalyse befasse sich – im Gegensatz zu den „künstlichen“ Beispielen der Grammatik oder der Textlinguistik – mit der „natürlichen Sprache“ (Stubbs 1983; van Dijk 1985b: 7; Watts 1994: 44), muß hingegen fragwürdig erscheinen, solange „natürlich“ als Gegensatz zu „menschengemacht“ verstanden wird. In diesem Sinne erscheint eine „natürliche Sprache“ geradezu als *contradictio in adiecto*; dies gilt um so stärker, je mehr man die hegemoniale Überformung jeder „language in use“ bedenkt. Ähnliches läßt sich über van Dijks Formulierung sagen, daß es der Diskursanalyse um eine „study of real language use, by real speakers in real situations“ gehe (van Dijk 1985c: 2), die Dominique Maingueneau zu Recht folgendermaßen kommentiert: „En réalité, une discipline ne peut se donner pour objet „l'usage réel de la langue“ sans préciser de quel point de vue elle construit ce „réel““ (Maingueneau 1995: 7).

5 Diese Zweiteilung folgt im wesentlichen Coupland/Jaworski (2001: 134), wurde aber auch schon viel früher festgestellt, etwa von Jürgen Erfurt (1988: 109). Freilich muß diese, wie jede Kategorisierung der Diskursanalyse (vgl. auch Keller 1997: 310-313; Keller et al. 2001b: 10-13; Angermüller 2001: 9), aus dem Blickwinkel einer gewissen diskursanalytischen Tradition – derjenigen Foucaults – ein Unterfangen darstellen, das nicht ohne Ironie bleibt, macht doch gerade Foucault darauf aufmerksam, wie kontinuierlich ein ganzes Arsenal zergliedernder, kategorisierender und ordnender Werkzeuge in Anschlag gebracht wird, um das „Wuchern der Diskurse“ unter Kontrolle zu halten (vgl. Foucault 1991[1972]). Bringen wir also den Diskurs der Diskursanalyse unter Kontrolle!

ten Reihen von Sätzen, von Äußerungen oder von Sprechakten Bedeutung generiert wird; Ziel ist die „Analyse unmittelbarer Kommunikationsprozesse“ (Keller et al. 2001b: 10). Dabei ist nochmals zu unterscheiden zwischen jenen AutorInnen, die Diskursanalyse im wesentlichen auf die Analyse gesprochener Rede (bzw. die Niederschrift gesprochener Rede) beschränken (am prominentesten vielleicht Coulthard 1977; vgl. auch Coulthard 1992; Renkema 1992; Watts 1994), und allen anderen, die jene Einschränkung nicht nachvollziehen und geschriebene wie mündliche Texte gleichermaßen als Diskurs analysieren (z.B. Brown/Yule 1983; Georgakopoulou/Goutsos 1997; Johnstone 2002; Nunan 1993). Das Ziel dieser Richtung der Diskursanalyse liegt zum einen in der Untersuchung formaler Aspekte von knappen Sprachsequenzen in spezifischen Kontexten, im einzelnen zum Beispiel der Funktion bestimmter Partikel oder bestimmter rhetorischer Figuren; wichtig ist in diesem Zusammenhang etwa die Frage, wie in Diskursen Kohärenz hergestellt wird (unter Einbeziehung des Äußerungskontextes und damit in Unterscheidung zur Kohäsion von Texten, vgl. z.B. Coulthard 1977: 10). Neben diesen formalen Aspekten geht es der Diskursanalyse mündlicher Kommunikation auf inhaltlicher Ebene um „die Untersuchung der Organisation von Sprecher- und Themenwechseln, um die Nutzung impliziten Referenzwissens, um Aushandlungsprozesse über Situationsdefinitionen [...] und um die sozialstrukturelle Prägung des Sprachgebrauchs“ (Keller et al. 2001b: 10). Grundsätzlich kann die angloamerikanische Diskursanalyse – mit ihren beiden Schwerpunkten der Text/Kontext-Analyse und der Konversationsanalyse – im wesentlichen als Teil der pragmatischen Linguistik gelten (vgl. Brown/Yule 1983: 26; van Dijk 1985b: 5).⁶

Die zweite Richtung der Diskursanalyse befaßt sich unter dem Etikett „Diskurs“ mit großflächigen, gesellschaftlichen Prozessen der Pro-

6 Zu ergänzen ist hier die eng mit Norman Fairclough verbundene *Critical Discourse Analysis*, die die bildungspolitische Anwendung der Diskursanalyse in den Vordergrund rückt (vgl. v.a. Fairclough 1995; 2001). Die *Critical Discourse Analysis* reflektiert zunächst die grundlegende Stoßrichtung der Diskursanalyse, indem sie „auf die Entwicklung eines Analyserahmens [zielt], der in systematischer Weise die Eigenschaften diskursförmiger Interaktionen und Texte mit Merkmalen der jeweiligen sozialen und kulturellen Kontexte verknüpft“ (Fairclough 2001: 347). Allerdings hat sie darüber hinaus die pädagogische Ambition, die Erkenntnis über das Funktionieren diskursiver Prozesse für die Verbreitung eines „kritischen Diskursbewußtseins“ zu nutzen, vor allem hinsichtlich der „diskursive[n] Praktiken, die in irgendeiner Weise menschlichen Bedürfnissen entgegenstehen“ (ebd.: 347/48). Die *Critical Discourse Analysis* wurde auch außerhalb Großbritanniens rezipiert, etwa durch die österreichische Sprachwissenschaftlerin Ruth Wodak (vgl. Fairclough/Wodak 1997).

duktion von Bedeutungen und Sinn und den hierdurch entstehenden Sinninformationen (vgl. z.B. Sarasin 2001: 60). Als eine der stärksten Ausprägungen der Diskursanalyse in diesem zweiten Sinne kann die „französische Schule der Diskursanalyse“ gelten (vgl. Guespin 1976: 7; Maingueneau 1994), die in Abgrenzung zur angloamerikanischen Ausprägung als „eigenständige[r] und intergrierte[r] Theoriezusammenhang“ gelten muß (Angermüller 2001: 10). Verschiedene Theoretiker, die alle in mehr oder weniger enger Verbindung zur wohl einflußreichsten französischen Denkschule der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – des Strukturalismus – stehen, schufen den „Nährboden“ der französischen Diskursanalyse, z.B. Jacques Lacan, Louis Althusser und nicht zuletzt Michel Foucault, dessen diskurstheoretisches Opus – allen voran die *Archäologie des Wissens* (Foucault 1997[1969]) – auch in Deutschland eine breite Rezeption erfahren und erheblich zur Prominenz der Diskursanalyse beigetragen hat (vgl. für viele Bublitz et al. 1999; Jäger 1993; Link 1986). Als zentrale Figur der französischen Diskursanalyse kann der Althussererschüler Michel Pêcheux gelten (vgl. v.a. Pêcheux 1982[1975]; Pêcheux 1990). Von ihrer schulförmigen Ausprägung zeugt auch die Institutionalisierung des Forschungsfeldes Diskursanalyse, z.B. in der Zeitschrift *Langages*.⁷ Das besondere Augenmerk der französischen Schule der Diskursanalyse galt einerseits über viele Jahre hinweg der Analyse gesellschaftlicher bzw. politischer Diskurse und damit auch der Ideologiekritik (vgl. Seidel 1985: 44), andererseits aber analysierte gerade Michel Foucault nicht politische Diskurse im engeren Sinn, sondern die Entwicklung und Etablierung historischer Wissensformationen im Bereich der Humanwissenschaften⁸ mit einem deutlichen Forschungsschwerpunkt im 17. und 18. Jahrhundert. Dies sind freilich nur unterschiedliche Schwerpunktsetzungen im Rahmen des gemeinsamen Interesses an der Erforschung des Funktionierens großer gesellschaftlicher Sinninformationen. Dieses auf die allgemeinen Strukturen diskursiver Praxis im sozialen und politischen Raum gerichtete Forschungsinteresse führte zur Formulierung zentraler, für die Politische Theorie relevanter Diskurstheorien, z.B. durch Michel Foucault in der *Archäologie des Wissens* (Foucault 1997[1969]), und insbesondere durch Ernesto Laclau

⁷ In den *Langages* sind seit den 1960ern regelmäßig Ausgaben erschienen, die der Diskursanalyse (und im besonderen immer wieder der politischen Diskursanalyse) gewidmet waren. Vgl. *Langages* No. 13 (1969), No. 23 (1971), No. 37 (1975), No. 41 (1976), No. 62 (1981), No. 81 (1986), No. 117 (1995), No. 119 (1995).

⁸ Neben anderen betrachtete Foucault die Entstehung von Biologie, Ökonomie und Philologie (Foucault 1997[1966]) sowie die Entwicklung der „Wissenschaft des Straßens“ (Foucault 1995[1975]) und der Kunst der Regierung (Foucault 2004a; 2004b).

und Chantal Mouffe (1985), die in verschiedener Hinsicht an Lacan, Althusser und Foucault, aber auch an Derridas Philosophie der Dekonstruktion anschließen.

Daß nun die pragmatisch-linguistische Diskursanalyse im Sinne einer Analyse spezifischer Fälle von *language-in-use* vor allem dem angloamerikanischen Raum zugeordnet wurde, während die Untersuchung von Diskursen im Sinne großflächiger gesellschaftlicher Sinnformationen mit der französischen Schule der Diskursanalyse in Verbindung gesetzt wurde, darf nicht zu dem Mißverständnis führen, wir hätten es grundsätzlich mit nationalen Wissenschaftskulturen zu tun. Dies verdeutlicht die Diskurstheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe: Der Argentinier Laclau und die Belgierin Mouffe haben im wesentlichen in Großbritannien gelehrt und publiziert, stellen aber den Zusammenhang von Diskurs und Gesellschaft vielleicht stärker in den Mittelpunkt ihrer Forschung als jede andere Form der Diskurstheorie/-analyse (vgl. aber z.B. auch Fairclough 1992: v.a. 62-100). Gleichzeitig haben der französische Strukturalismus und gerade die Foucaultschen Schriften im angloamerikanischen Raum eine umfassende Rezeption erfahren (und so wohl erst das Sprechen vom Poststrukturalismus erlaubt). Andererseits hat die französische Schule der Diskursanalyse solch wesentliche Impulse von der pragmatischen Linguistik erhalten, daß man von einer im Lauf der 1970er und 1980er Jahre vollzogenen „pragmatische[n] Wende der französischen Linguistik“ sprechen kann (Angermüller 2001: 12). In Deutschland schließlich finden wir sowohl Anwendungen, die unter Diskursanalyse die Untersuchung „authentische[r] mündliche[r] Diskurse auf der Grundlage von transskribierten audio-(visuellen) Aufzeichnungen“ verstehen (Becker-Mrotzek 1994: 87), als auch jene, die sich im wesentlichen der Text-Kontext-Analyse widmen (vgl. z.B. die Beispielanalysen in Jäger 1994), und schließlich jene, die sich der Analyse und Theoretisierung großflächiger gesellschaftlicher Sinnformationen widmen; letztere dominieren insbesondere in den Sozialwissenschaften (vgl. die verschiedenen Beiträge in Keller et al. 2001a; vgl. auch Link 1986), wohingegen die beiden erstgenannten eher in den Sprachwissenschaften beheimatet sind.

2.1.2 Diskursanalyse und Politische Wissenschaft

Daß sich die deutschen Sozialwissenschaften, die sich ja bereits dem Wortsinn nach mit dem Gesellschaftlichen befassen, eher für die Diskursanalyse als Analyse großflächiger Sinnformationen interessieren (und die aufwendige Kleinarbeit wie etwa in der Text-/Kontextanalyse gerne den Sprachwissenschaften überlassen), kann kaum überraschen.

Dies müßte eigentlich auch für die deutsche Politische Wissenschaft gelten, wenn es nicht eine eigenartige, weitgehende *Nicht*beziehung zwischen deutscher Politischer Wissenschaft und Diskurswissenschaft gäbe – abgesehen von der durchaus weit verbreiteten Rezeption der Habermasschen Diskurstheorie (z.B. Schmalz-Bruns 1995). „In der Politikwissenschaft, insbesondere der bundesdeutschen, sind Diskursanalysen [...] ein randständiges Thema. Weder ist ein Konzept diskursanalytisch verfahrenender Politikwissenschaft ausgearbeitet worden, noch läßt sich eine politikwissenschaftlich ausgerichtete Diskursanalyse ausmachen“, konstatierte Frank Nullmeier (2001: 285) noch vor nicht allzu langer Zeit. Freilich nehmen PolitikwissenschaftlerInnen – wenn auch beinahe ausschließlich an den Rändern ihrer Disziplin – durchaus auf Konzeptionen Bezug, die der Diskursanalyse verwandt sind oder zumindest verwandt erscheinen, so etwa auf „Wissen“ oder auf das Oppositionspaar „Ideen vs. Interessen“ (vgl. ebd.: 289-303, vgl. auch Keller et al. 2001b: 9/10). Grundsätzlich kann man demnach nicht davon sprechen, daß konstruktivistische oder interpretatorische Ansätze in der Politikwissenschaft keinen Widerhall fänden (vgl. zum Überblick Nullmeier 1997; Matthias Leonhard Maier 2003); eine ausgeprägte Rezeption diskurswissenschaftlicher Überlegungen blieb in Deutschland jedoch größtenteils aus (vgl. aber z.B. Brand 1994; Keller 1997; Keller 1998; Schwab-Trapp 2002).

Außerhalb Deutschlands sind eher Annäherungen von Politik- und Diskurswissenschaft festzustellen, wie z.B. die u.a. auf Foucault rekurrierende Untersuchung des Umweltdiskurses in Großbritannien und den Niederlanden, die Maarten A. Hajer (1995; vgl. auch Hajer 1997) vorgelegt hat, belegt. Hajer betont insbesondere die Notwendigkeit, im Rahmen einer politikwissenschaftlichen Diskurstheorie dem strategisch handelnden Subjekt und den politischen Institutionen einen größeren Stellenwert einzuräumen, als Foucault dies über weite Strecken seines Schaffens getan hat. Diese Konzentration auf das Subjekt und die Institution kann – und wir werden auf diese Problematik im vierten Kapitel ausführlich zu sprechen kommen – kaum überraschen, ist doch die Politische Wissenschaft stets mit der Frage befaßt, wer in wessen Namen und zu wessen Nutzen gemeinschaftliches bzw. politisches Handeln vorantreibt. Hajer wird in Deutschland gerne als derjenige (und häufig als der einzige) angeführt, der am ehesten den Weg zu einer politikwissenschaftlichen Diskursanalyse beschritten habe (vgl. Nullmeier 2001: 289; Keller 1997: 321); zudem hat seine Pionierarbeit auch erste Schritte politikwissenschaftlich-diskurswissenschaftlicher Forschung hierzulande inspiriert (so v.a. Keller 1998).

Grundsätzlich ist es jedoch äußerst erstaunlich, daß die vielleicht bedeutendste diskurstheoretische Schule, die aus der Politischen Theorie

hervorgegangen ist und institutionell innerhalb der Disziplin der Politischen Wissenschaft verankert ist (unter anderem seit vielen Jahren bei den *Summer Schools* der ECPR in Essex), in jüngeren Überblicksbeiträgen zum Verhältnis von Diskurs- und Politischer Wissenschaft (Nullmeier 2001; Matthias Leonhard Maier 2003) mit keinem Wort erwähnt wird: jene Schule, die sich mittlerweile um die bereits erwähnte Diskurs- und Hegemonietheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe gebildet hat. Im Anschluß an Laclau/Mouffe wurden insbesondere Studien zur diskursiven Konstituierung politischer Identitäten angefertigt und damit auch das Problem des politischen Subjekts erörtert (vgl. verschiedene Beiträge in Laclau 1994; Howarth et al. 2000). Aber die Laclau/Mouffesche Diskurstheorie wurde ebenso rezipiert für die Untersuchung von Nationalismus und Rassismus, Medienpolitik und Sozialpolitik (vgl. Torfing 1999: 189-241; vgl. zur Sozialpolitik v.a. Torfing 1998), oder auch für Analysen der Nordirlandproblematik (vgl. Clohesy 2000) oder der Ideologie grüner Parteien (vgl. Stavrakakis 2000). Nach einigen wenigen fruchtbaren theoretischen Rezeptionsansätzen (vgl. Rüdiger 1996; Marchart 1998; Hirsland/Schneider 2001) und einführenden Darstellungen (Stäheli 1999) werden Laclau/Mouffe in jüngster Zeit auch – wenngleich vorsichtig und nur in Einzelfällen – von der anwendungsorientierten deutschen Politikwissenschaft rezipiert, etwa in der Menschenrechtsdiskussion (vgl. Bonacker/Brodocz 2001).⁹

Man könnte nun einwenden, daß es wohl schon seine Gründe habe, wenn sich die Politische Wissenschaft so wenig auf die Diskurswissenschaft einließe, daß der Aufwand vermutlich höher sei als der Gewinn. Dem ist entgegenzuhalten, daß sich zahlreiche politische Phänomene – wenn nicht die allermeisten – letztlich nur als Phänomene verstehen lassen, wenn man ihre Sinndimension, also ihre diskursive Dimension berücksichtigt. So grundlegende politische Phänomene wie Repräsentation und eben auch Hegemonie, die hier besonders interessiert, sind hiervon betroffen. Es wäre also schlicht leichtfertig, sich des Erklärungspotentials der Diskurswissenschaften zu begeben. Hinzu kommt, daß natürlich auch die Diskurswissenschaft auf verschiedene Weise von der Politischen Wissenschaft profitieren kann, vor allem dann, wenn sie sich mit politischen Diskursen befaßt. So kann mit Hilfe der Politischen Theorie beispielsweise eine präzisere Vorstellung davon gewonnen werden, was einen Diskurs zum politischen Diskurs macht. Dieses Unterfangen wird

9 Ein knapper Überblick über die Diskurs- und Hegemonietheorie von Laclau/Mouffe läßt sich z.B. mit Hilfe von Howarth (2000: 101-125), Stäheli (2001[1999]), Jörke (2004) und Hetzel (2004) gewinnen. Als längere einführende Abhandlung ist besonders empfehlenswert Torfing (1999); vgl. auch Marchart (1998) und Smith (1998).

im folgenden dritten Kapitel in Angriff genommen werden. Weiterhin muß sie das nicht einfache Verhältnis von (politischer) Subjektivität und Diskursivität, das uns im vierten Kapitel beschäftigen wird, ergänzen um eine Gruppenperspektive und um institutionelle Perspektive. Hierzu gibt es wichtige Vorarbeiten, insbesondere in der Policy-Forschung, die Anschlußmöglichkeiten zur Diskurstheorie und Diskursanalyse offerieren. Allerdings kann die Politische Wissenschaft ihre Beiträge nur dann sinnvoll einbringen, wenn sie dies auf einer fundierten diskurs- und sprachwissenschaftlichen Basis tut. Der Erörterung dieser Basis dienen die folgenden Ausführungen.

2.1.3 Grundzüge einer Diskurstheorie

Führen wir zunächst die in der Einleitung vorgeschlagene, vorläufige Formulierung eines Diskursbegriffs für die politische Diskursanalyse genauer aus. Der Begriff des Diskurses wurde annäherungsweise gefaßt als eine komplexe Praxis fortlaufender Artikulation, im Zuge derer einzelne Einheiten zueinander in bestimmter Weise in Beziehung gesetzt werden, so daß sie als differente Einheiten Bedeutung erlangen. Die entstehenden Differenzen generieren Sinn, so daß der Raum der Diskurse als der Raum gesellschaftlicher Sinnproduktion gelten kann. Ohne mit ihr völlig deckungsgleich zu sein, lehnt sich diese Fassung des Diskursbegriffs an die Definition des Diskursbegriffes an, die von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe in *Hegemony and Socialist Strategy* vorgenommen wird: „[W]e will call *articulation* any practice establishing a relation among elements such that their identity is modified as a result of the articulatory practice. The structured totality resulting from this articulatory practice, we will call discourse“ (Laclau/Mouffe 1985: 105).

Grundlegend läßt sich damit sagen, daß der hier zugrunde gelegte Diskursbegriff – vorläufig erfaßt als „structured totality“ – in jenem Zweig der Diskurswissenschaften verankert ist, der Diskurse als großflächige Formationen, im Rahmen derer sich gesellschaftlicher Sinn konstituiert, begreift: Das Diskursive erfaßt „das Ensemble gesellschaftlicher Sinnproduktion, das eine Gesellschaft als solche begründet“ (Laclau 1979: 176) und Diskursanalyse läßt sich „als das Bemühen verstehen, die formellen Bedingungen zu untersuchen, die die Produktion von Sinn steuern“ (Sarasin 2001: 60). Um einerseits das Diskursverständnis und andererseits das Vorhaben der Diskursanalyse präziser zu fassen, wenden wir uns nun den folgenden vier Aspekten zu: Sinn und Bedeutung im Diskurs, Strukturalität und Ereignishaftigkeit des Diskurses, der Praxis der Artikulation, Zielsetzung und Vorgehensweise der (politischen) Diskursanalyse.

Sinn und Bedeutung. Wenn von gesellschaftlicher Sinnproduktion gesprochen wird, so wird dabei ein formaler Sinnbegriff zugrunde gelegt. Es geht nicht etwa darum, dem gesellschaftlichen Leben „einen Sinn zu geben“; entscheidend ist vielmehr die Frage, wann und auf welche Weise etwas „Sinn ergibt“. Mit Niklas Luhmann, dessen Systemtheorie ein ähnlich formaler Sinnbegriff zugrunde liegt, ließe sich formulieren, daß Sinn dazu dient, die unfassbar hohe Komplexität der Welt verfügbar zu machen und zu halten (vgl. Luhmann 1987[1984]: 94).¹⁰ Sinn in dieser formalen Hinsicht ist im wesentlichen durch zwei Attribute gekennzeichnet: Differenzierung und Instabilität (vgl. ebd.: 98-101). Sinn entsteht, indem differenziert wird, indem also verschiedene Elemente *als* verschiedene Elemente und damit erst als Sinnelemente ausgezeichnet werden. Sinn ist eine Folge der Differenzierung und eine Eigenschaft der differenziellen Relation; im Gegensatz hierzu wird im folgenden (und nicht im Anschluß an Luhmann) immer dann, wenn von „Bedeutung“ die Rede ist, diese verstanden als die Eigenschaft eines einzelnen, in Relation gesetzten Elements. Die Sinnhaftigkeit als Differenzierung ist insofern selbstreferentiell, als niemals bestimmte Differenzen vorgegeben sind; vielmehr erreichen sie „ihre operative Verwendbarkeit [...] allein aus der Sinnhaftigkeit selbst“ (Luhmann 1987[1984]: 101). Gleichzeitig aber sind die jeweils aktuellen Differenzierungen „basal instabil“, weil alles Aktuelle einen Horizont des Möglichen in sich birgt und selbst wiederum nur vor diesem (in Differenz zu diesem) Horizont des Möglichen Sinn ergibt.¹¹ Das Mögliche tritt nach Luhmann als das Ereignis der Information in den Raum des Sinns ein. Sinn ist also beweglich, aber gleichwohl „immer schon da“.

Strukturalität und Ereignishaftigkeit. Blickt man auf den Diskurs, so wird in der Folge des eben Ausgeführten deutlich, daß dieser einer „structured totality“ nicht im Sinne einer fixen Struktur gleicht, sondern daß es sich um eine *bewegliche Struktur* handelt (die aber gleichwohl oft relativ beständig sein kann). Die Beweglichkeit rührt daher, daß wir es

10 Luhmann beschränkt diese Funktion des Sinns auf psychische und soziale Systeme. Weil es der politischen Diskurstheorie unter Verwendung eines anderen Vokabulars im wesentlichen ebenfalls um diese „Systeme“ geht, stellt eine solche Beschränkung jedoch kein Problem dar.

11 Die Beziehung zwischen Aktuellem und Möglichem betont auch Foucault, der das zukünftig Mögliche zu einem zentralen Element des assoziierten Feldes macht, das die diskursive Aussagefunktion (wir kommen gleich auf sie zu sprechen) erst zustande kommen läßt: Das assoziierte Feld wird neben anderen auch „durch die Menge der Formulierungen konstituiert, deren *spätere Möglichkeit* die Aussage bewerkstelligt und die als ihre Konsequenz oder ihre natürliche Folge oder ihre Erwiderung nach ihr kommen läßt“ (Foucault 1997[1969]: 143, Hervorhebung MN).

mit einer temporalisierten Struktur zu tun haben, mit einer Struktur, die von Ereignishaftigkeit und damit von Kontingenz durchdrungen ist. Dieses Phänomen haben viele namhafte DiskurstheorikerInnen herausgearbeitet, zum Beispiel Foucault, Pêcheux und auch Laclau/Mouffe.

Foucault stellt die Gleichzeitigkeit von Strukturalität und Ereignishaftigkeit im Diskurs durch seine Differenzierung von Äußerung und Aussage dar. „Die Äußerung ist ein Ereignis, das sich nicht wiederholt“, schreibt Foucault (Foucault 1997[1969]: 148) und meint damit nichts anderes als daß eine Äußerung immer an einem bestimmten Ort zu einer bestimmten Zeit stattfindet, d.h. jeweils punktuell ist. Wird diese Äußerung reproduziert, wird sie dennoch im engeren Sinne nicht wiederholt (d.h. sie ist *nicht* mit der ersten Äußerung *identisch*), weil sie in einem neuen Kontext verortet wird (selbst wenn eine Äußerung nach ganz kurzer Zeit am selben Ort ein zweites Mal getätigt wird, findet sie eben das *zweite Mal* und damit in einem anderen Kontext statt). Anders die Aussage, deren Kennzeichen es ist, „daß sie nicht wie ein Ereignis behandelt werden darf“, eben weil sie wiederholt werden kann (ebd.: 152/53). Die Aussage, das „Atom des Diskurses“ (ebd.: 117), darf weder mit einem Satz noch mit einer Proposition und auch nicht dem „Inhalt“ eines Satzes bzw. einer Proposition verwechselt werden. Vielmehr bezeichnet Foucault die Aussage als eine *Funktion*, die darin besteht, daß sie eine Folge von diskursiven Elementen zu etwas anderem in Beziehung setzt (vgl. ebd.: 129).¹² Als derartige Funktion des In-Relation-Setzens ist sie wiederholbar, aber, wie Foucault einschränkt, nur „unter ganz strengen Bedingungen“ (ebd.: 153), denn sie ist eine „Funktion des *Anwendungsfeldes*, in das sie sich eingehüllt findet“ (ebd.: 152, Hervorhebung im Original). Die Wiederholbarkeit ist also begrenzt: Die Aussage ist nie „Aussage im allgemeinen“ (ebd.: 144), sie ist keine „ideale“ Funktion, die sich beliebig aktualisieren und wiederholen läßt, sondern nur in einem bestimmten Kontext. Während also die Wiederholbarkeit der Aussage die Strukturiertheit von Diskursen erlaubt, öffnet die *Begrenzung* der Wiederholbarkeit den Diskurs für die Ereignishaftigkeit der Äußerung und damit für den diskursiven Wandel.

Diese Ambivalenz der Aussage setzt sich fort, wenn wir das betrachten, was Foucault als „diskursive Formation“ bezeichnet (vgl. ebd.:

12 Foucault spricht an dieser Stelle anstatt von diskursiven Elementen von sprachlichen Zeichen. Auch sonst scheint Foucault in der *Archäologie des Wissens* auch dann, wenn er allgemeiner vom „In-Beziehung-Setzen von verschiedenen Elementen“ spricht (Foucault 1997[1969]: 80), sprachliche Elemente im Sinn zu haben. Wie später ausgeführt wird, ist die Reduzierung des Diskurses auf sprachliche Elemente einer der Kritikpunkte der Diskurstheorie von Laclau/Mouffe an Foucault. Diese Kritik nehme ich vorweg, indem ich hier und im folgenden von diskursiven Elementen spreche.

48-60, 156), denn diskursive Formationen bestehen aus Sequenzen oder Mengen von Aussagen. Somit kann die Aussage in dem Maße, in dem sie an der „Formationshaftigkeit“ des Diskurses teilhat, eben doch nicht ausschließlich als Funktion beschrieben werden. Man hat es mit einem seltsamen Zwitter zu tun: So ist die Aussage von einer besonderen Art der Formationshaftigkeit affiziert, einer Formationshaftigkeit, die nur erkennbar ist, insofern sie gleichzeitig den Charakter einer Funktion hat, die eine Veränderung im Prozeß der Sinnkonstituierung bewirkt. „Die Aussagen sind keine Wörter, Sätze oder Propositionen, sondern Formationen, die sich“, wie Gilles Deleuze in seiner Foucault-Monographie erklärt, „nur dann aus ihrem Korpus herauslösen, wenn die Subjekte der Sätze, die Objekte der Propositionen, die Bedeutungen der Wörter *ihre Natur verändern*, indem sie im ‚Man spricht‘ Platz nehmen und sich in der Dichte der Sprache verteilen“ (Deleuze 1997[1986]: 31). Wenig überraschend ist, daß sich die Spannung von Aussage und Äußerung bzw. die Ambivalenz der Aussage selbst auf die ganze diskursive Formation überträgt. Allerdings tendiert diese Ambivalenz bei der Übersetzung der französischen *formation*, die auch und vielleicht sogar vor allem den transitiven Bedeutungsaspekt der Formierung in sich birgt, in die deutsche oder englische, jeweils intransitiv zu lesende Formation/*formation* verloren zu gehen. Michel Pêcheux wies darauf hin, daß

[t]he notion of „discursive formation“ borrowed from Foucault has too often drifted toward the ideas of a discursive machine of subjection fitted with an internal semiotic structure and therefore bound to be repetitive. At the limit, this structural conception of discursivity would lead to an obliteration of the event through its absorption in anticipatory overinterpretation.

One should not pretend that any discourse would be a miraculous aerolite, independent of networks of memory and the social trajectories within which it erupts. But the fact that should be stressed here is that a discourse, by its very existence, marks the possibility of a destructuring-restructuring of these networks and trajectories (Pêcheux 1988: 648).

Diskursive Formationen-Formierungen (diesen Doppelbegriff möchte ich zur Verdeutlichung des Zwittercharakters der französischen *formation* im folgenden immer wieder verwenden) dürfen also nicht einfach als „unbewegliche Blöcke“ oder „statische Formen“ verstanden werden (Foucault 1997[1969]: 108). Sie sind immer auch durchdrungen von der Temporalität und der Plötzlichkeit des Ereignisses.¹³ Dies hängt eng

13 Dabei ist die Ereignishaftigkeit keine beliebige Eigenschaft von Diskursen, sondern eine äußerst beunruhigende Eigenschaft, weil sie die Sicherheit der fixen Struktur gefährdet. Aus diesem Grund stellen Diskurse immer auch Strategien zur Verfügung, „deren Aufgabe es ist, die Kräfte und

damit zusammen, daß sich in Diskursen diskursive Formation-Formierung und diskursive Praxis gegenseitig durchdringen: Eine diskursive Formation-Formierung bildet ein Bündel von Regeln für eine bestimmte diskursive Praxis und umgekehrt läßt sich ein Formierungssystem über die Beobachtung der Regelmäßigkeiten einer diskursiven Praxis beschreiben. „Als Gesamtheit von Regeln für eine diskursive Praxis ist das Formationssystem der Zeit nicht fremd“, schreibt Foucault (1997[1969]) und bringt damit die Temporalität und Ereignishaftigkeit eines Diskurses als nicht fortzudenkende Begleiterscheinung seiner Strukturalität zur Geltung. Wenn wir also von Diskursen im Sinne großflächiger Formationen sprechen, so ist dabei immer auch der Aspekt der Praxis und damit der Formierung mit zu denken, genauer: der kontinuierlichen, neuen Formierung von Sinn, indem diskursive Elemente differenziert und zueinander in Beziehung gesetzt werden (wodurch sie als Elemente eigentlich erst in Erscheinung treten). Mit anderen Worten: In Diskursen kreuzen sich die Ereignishaftigkeit der Differenzierung und die Strukturalität der Differenz.¹⁴

Artikulation. Genau diese Gleichzeitigkeit von Differenz und Differenzierung erfaßt der bei Laclau/Mouffe entlehnte Begriff der Artikulation (und der des aus Artikulationen bestehenden Diskurses). Wiederholen wir: „[W]e will call *articulation* any practice establishing a relation among elements such that their identity is modified as a result of the articulatory practice. The structured totality resulting from this articulatory practice, we will call *discourse*“ (Laclau/Mouffe 1985: 105). Mit Artikulation ist also wiederum ein formaler Begriff gemeint, der die Praxis des In-Beziehung-Setzens von Elementen und damit eine Praxis der Differenzierung beschreibt (der Akt des In-Beziehung-Setzens bedingt, daß die zueinander in Beziehung gesetzten Elemente als verschieden begriffen werden). Gleichzeitig greift jede Artikulation in eine immer schon vorhandene Struktur ein, denn die Identität der Elemente, die zueinander in Beziehung gesetzt werden (und damit auch die Differenz zwischen ihnen), wird im Zuge der Artikulation *modifiziert*, nicht *ex nihilo* neu geschaffen. Die Artikulation und damit der Diskurs – die strukturierte Totalität, die das (wie man hinzufügen möchte: immer vor-

die Gefahren des Diskurses zu bändigen [und] sein unberechenbar Ereignishaftes zu bannen“ (Foucault 1991[1972]: 11). Vgl. zum Begriff der diskursiven Strategie Abschnitt 5.1.

- 14 Die diskursive Gleichzeitigkeit von Strukturalität und Ereignishaftigkeit wird (trotz der angesprochenen Übersetzungsproblematik hinsichtlich der Formation/Formierung) auch in den deutschen Diskurswissenschaften thematisiert, so etwa wenn Hannelore Bublit (die sich freilich eng an Foucault anlehnt) Diskurse als „bewegliche Differenzstrukturen“ oder als „regelgeleitete Praktiken“ beschreibt (Bublit 2001: 239/256).

läufige) Ergebnis der Artikulationspraxis bildet – sind ohne diese immer-schon-daseiende, immer-unvollkommene und immer-weiter-perpetuierte Struktur undenkbar. Die Struktur geht der Artikulation immer voran und wird gleichzeitig durch diese stets aufs Neue, aber auch *als neue*, das heißt als niemals exakt gleiche reproduziert. Die strukturierte Totalität bleibt immer in Bewegung, auch wenn sie nie völlig im Fluß ist und auch angesichts zahlreicher Artikulationen immer ein relativ großes Maß an Stabilität aufweist. „[N]either absolute fixity nor absolute non-fixity is possible“, wie es Laclau/Mouffe (1985: 111) auf den Punkt bringen. Auch wenn demnach Bedeutungen und Sinn als relativ stabil gelten dürfen, sind sie doch grundsätzlich verhandlungsoffen (vgl. auch Torfing 1999: 85-87).

Die diskursive Logik gleicht gewissermaßen einer relationalen „Logik des zum-Teil“. Daß in Diskurse stets das Neue eindringt, ist nur möglich, weil die relationale Logik der Struktur immer unvollständig und für die Kontingenz des Ereignisses offen bleibt. Wir finden bei Laclau/Mouffe eine ähnliche Konzeption wie bei Luhmann: Während dieser das Aktuelle erst in Differenz zum Möglichen als sinnerfüllt begreift, gehen jene im Anschluß an Althusser von der „Überdeterminierung“ eines jeden diskursiven Elements aus, d.h. von einem ihm eigenen grundlegenden Bedeutungsüberschuß, den einzugrenzen der diskursiven Artikulation nur zum Teil und nur vorläufig gelingen kann. Das Terrain dieses Überschusses kann als das „Feld der Diskursivität“ bezeichnet werden (Laclau/Mouffe 1985: 111), das jeden Diskurs umgibt. Weil jedes diskursive Element als überdeterminiert verstanden werden muß, können Elemente artikulatorisch nicht nur rekonfiguriert werden, sondern auch in völlig neue Bezüge gestellt werden. Daß der Bedeutungsüberschuß zwar eingegrenzt, aber kein diskursives Element in seiner Bedeutung jemals *endgültig* fixiert sein kann, zeigt gleichzeitig, daß es immer *teilweise* Fixierungen geben muß – anderenfalls wären (angesichts eines völlig chaotischen Zustands des Fließens) Differenzen und damit sowohl Sinn als auch Bedeutung grundsätzlich unmöglich. Differenz benötigt einen (wenigstens temporär) fixen Kontrapunkt, selbst wenn dieser sich im Zuge einer Artikulation, das heißt im Zuge der Differenzverschiebung, bewegt: „Even in order to differ, to subvert meaning, there has to be *a* meaning“ (ebd.: 112, vgl. auch Howarth/Stavrakakis 2000: 7).

Diskurse bzw. Artikulationssequenzen haben folglich notwendigerweise die Funktion, den Fluß der Differenzen auf die eine oder andere Weise zu organisieren und so bestimmte Fixierungen vorzunehmen. Mit anderen Worten: Weil es immer um *Teil*-Fixierung geht, ist eine Artikulation einerseits ein Anzeichen für die Unmöglichkeit einer völligen

Fixierung von Differenzen. Andererseits zielt jeder Diskurs als Sequenz von Artikulationen darauf ab, der Teil-Fixierung eine bestimmte Form zu geben und bestimmte Differenzmuster zu stabilisieren. Diskurse bilden dabei Zentren aus, die den Ankerpunkt des Prozesses der Differenzierung und damit den Ankerpunkt des gesellschaftlichen Sinns bilden können. In Anlehnung an Lacans *points de capiton* (die Steppunkte, vgl. Lacan 1991[1966]: 27) bezeichnen Laclau/Mouffe diese Zentren als Knotenpunkte (*nodal points*) von Diskursen (Laclau/Mouffe 1985: 112).

Derartige Knotenpunkte spielen auch für die Konstituierung hegemonialer Formationen-Formierungen (so bezeichnet in Anlehnung an Foucaults Begriff der diskursiven Formation-Formierung) eine wichtige Rolle (vgl. auch Laclau/Mouffe 1985: 136; Laclau 2000: 53-59).¹⁵ Anders formuliert: Hegemoniale Formationen-Formierungen zeichnen sich durch eine bestimmte Regelmäßigkeit aus, in der sich Artikulationen um einen Knotenpunkt herum anordnen. Zwar kann dabei keine dieser Artikulationen mit einer vorangegangenen identisch sein (der Kontext ist nie in jeder Hinsicht gleich, und damit auch nie die Multi-Relationalität einer Artikulation), weshalb Artikulationen und ihre Auswirkungen eben ereignishaft und nie in Gänze vorhersehbar sind. Doch auch wenn zwei Artikulationen nie identisch (also gleich in jeder Hinsicht) sind, so können sie doch gleich in einer oder mancher Hinsicht sein, so etwa hinsichtlich der Beziehung eines bestimmten diskursiven Elements zum Knotenpunkt. Dies ist es, was trotz ihrer Ereignishaftigkeit als Regelmäßigkeit von Artikulationen bezeichnet werden kann. Diese Regelmäßigkeit, die keinesfalls mit exakter Reproduktion verwechselt werden darf, gestattet die Ausbildung von Artikulationsmustern bzw., um beim etablierten Begriff zu bleiben, ganz allgemein von diskursiven Formationen-Formierungen oder, spezifischer, von hegemonialen (diskursiven) Formationen-Formierungen. Wie im folgenden noch eingehender ausgeführt werden wird, ist auch das Konzept „Soziale Marktwirtschaft“ als ein Knotenpunkt zu begreifen, um den herum sich die hegemoniale Formation-Formierung des deutschen wirtschaftspolitischen Diskurses entwickelt hat.

Zwei wichtige Ergänzungen sind zum Begriff der Artikulation noch zu machen: Erstens darf der Begriff der Artikulation, der als formaler Begriff eingeführt wurde, um die Praxis des In-Beziehung-Setzens zu erfassen, nicht über diese formale Bedeutung hinaus strapaziert werden, indem wir ihm eine vielleicht naheliegende Konnotation als *rein*

15 Um die besondere Qualität von Knotenpunkten in hegemonialen Formationen-Formierungen präziser zu erfassen, hat Ernesto Laclau das Theorem des leeren Signifikanten entworfen, auf welches ich allerdings erst im dritten Kapitel genauer eingehen werde (siehe 3.3).

sprachliche Praxis zuschreiben. Denn „[i]f formalism strictly applies, this means that the *substantial* differences between the linguistic and the non-linguistic have [...] to be dropped“ (Laclau 1993: 21). Von Artikulationen ist zwar auch und im besonderen die Rede, wenn sprachliche Elemente bzw. sprachliche Zeichen miteinander in Beziehung gesetzt werden, allerdings ist die Rolle der Artikulation explizit *nicht* auf die sprachliche Artikulation eingegrenzt. Vielmehr erfaßt der Begriff der Artikulation auch das In-Beziehung-Setzen von dinglichen Einheiten bzw. Objekten, insofern Artikulation auch Objekte als Differenzen bzw. als sinnhafte Objekte hervorbringt (vgl. Laclau/Mouffe 1985: 108).¹⁶ Artikulation als Sinnproduktion erfaßt also sprachliche *und* tätige Sinnproduktion, auch wenn und gerade weil die Trennung zwischen Sprechen und Handeln keine klare ist, wie spätestens seit der Formulierung der Sprechakttheorien deutlich geworden sein sollte (vgl. Austin 1962). Hieraus folgt auch, daß Diskurs, sobald wir ihn als komplexe Praxis fortlaufender Artikulation begreifen, grundsätzlich nicht auf Sprache reduziert werden darf. Dies stellt einen wesentlichen Unterschied der Diskurstheorie Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes zu einem Großteil der übrigen Diskurswissenschaften dar. Insbesondere tut sich eine Kluft zu Foucault (1997[1969]: passim, z.B. 231) auf, der zwischen linguistischen, diskursiven Praktiken einerseits und allen nicht-linguistischen, nicht-diskursiven Praktiken andererseits trennt. Weil aber im Diskurs, verstanden als Sinnproduktion qua Differenzierung und Differenz, die Grenze zwischen Linguistischem und Nicht-Linguistischem, zwischen Sprechen und Handeln aufgehoben ist, wird im folgenden entgegen dieser Kategorisierung Foucaults keine Trennung zwischen diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken vollzogen (vgl. Laclau/Mouffe 1985: 107).¹⁷

Zweitens sei kurz darauf verwiesen, daß wir, indem wir Artikulation als Praxis beschrieben haben, scheinbar ein artikulierendes Subjekt mit gedacht haben. Hier deutet sich bereits die nicht unkomplizierte Rolle des Subjekts an: Zum einen muß seine Subjektivität grundsätzlich als Sinnelement oder als Arrangement von Sinnelementen gelten, das heißt das Subjekt konstituiert sich (im Gegensatz zum „Individuum“, das aber nie getrennt vom Subjekt gedacht werden kann) als eine Folge von Arti-

16 Es ließe sich auch formulieren, daß das Objekt als seiendes Objekt immer erst diskursiv generiert wird, was seine bloße physische Existenz außerhalb des Diskurses nicht grundsätzlich in Frage stellt. Allerdings begegnen wir Objekten stets nur als seienden Objekten: „[O]bjects are never given to us as mere existential entities; they are always given to us within discursive formations“ (Laclau/Mouffe 1990[1987]: 103).

17 Vgl. als Gegenstandspunkt zur hiermit vollzogenen Aufhebung der Trennung in diskursive und nicht-diskursive Praxis die Polemik von Eagleton (1991: 215-220).

kulationen und damit als ein Produkt des Diskurses. Zum anderen aber unterscheiden sich Subjekte maßgeblich von anderen Sinnelementen, weil Subjektivität stets mit Individuen oder auch mit Gruppen verbunden ist, die die Träger von Artikulationen und damit von Diskursen sind. An dieser Stelle muß es bei diesen vorläufigen Bemerkungen bleiben; ich werde aber auf die problematische Zwitterrolle des Subjekts im vierten Kapitel ausführlich zu sprechen kommen.

Zielsetzung und Vorgehensweise der (politischen) Diskursanalyse. Diskurse sind also gleichermaßen als großflächige Formationen-Formierungen, die gesellschaftlichen Sinn generieren, und als komplexe Artikulationspraxen, die den kontinuierlichen Wandel dieser Formationen-Formierungen bewirken, zu verstehen. Für Diskursanalysen aller Art heißt das, daß sie weder die strukturellen noch die dynamischen Aspekte von Diskursen aus den Augen verlieren dürfen: Einerseits gilt es, die Strukturen vergleichsweise stabiler Formationen-Formierungen, die sich im Fluß der Artikulationen herausbilden, zu rekonstruieren. Andererseits aber muß ein Verständnis des Wandels dieser Formierungen, ihres Entstehens und Vergehens, gewonnen werden. Nur durch die Verbindung dieser *beiden* Analyseebenen kann man dem allgemeinen *Funktionieren* von Diskursen nachspüren, und darum geht es hier letztlich: um eine funktionale Analyse von Diskursen, genauer von politischen Diskursen.

Die spezifische Funktion des politischen Diskurses, die hier interessiert, ist das Entstehen von Sinnformationen, die innerhalb einer politischen Ordnung relativ dauerhaft und mit hohem Wirkungsgrad „beste“ oder „vernünftigste“ politische Alternativen generieren, beziehungsweise wenigstens die „Unausweichlichkeit“, „Notwendigkeit“ oder „Natürlichkeit“ von langfristigem politischem Handeln produzieren. Die hierauf ausgerichtete Erforschung politischer Diskurse läßt sich – in Anlehnung an Laclau/Mouffe – im weitesten Sinn als Hegemonieforschung begreifen: In ihrem Zentrum steht die Rekonstruktion des allgemeinen Funktionierens von hegemonialen Formationen-Formierungen sowie der Beschaffenheit einzelner solcher Formationen-Formierungen (wie jener um die „Soziale Marktwirtschaft“).

Der Zugang zu den Formationen-Formierungen und zu ihrem Wandel ist nur über die Untersuchung der Artikulationen möglich, d.h. über jene Akte, die durch Relationierung einzelner Elemente diese zu bedeutungsvollen Sinnelementen machen und so Sinn generieren. Artikulationen können demnach – in Analogie zur bereits zitierten Feststellung Foucaults (1997[1969]: 117), daß die Aussagen die Atome des Diskurses seien – als die kleinsten Einheiten des Diskurses verstanden werden. Um die diskursive Funktion der Hegemonie zu untersuchen, wendet sich die Diskursanalyse also der Betrachtung von Artikulationen und Arti-

kulationssequenzen zu; sie vollzieht nach, zwischen welchen Elementen welche Arten von Relationen artikuliert werden; und schließlich fragt sie, welche Artikulationsmuster sich als relativ beständig erweisen.

Indem sie Artikulationen, Artikulationssequenzen, Artikulationsmuster und diskursive Formationen-Formierungen zum Untersuchungsgegenstand macht, betreibt Diskursanalyse im wesentlichen Oberflächenanalyse – was freilich nicht dahingehend mißverstanden werden darf, die Diskursanalyse betreibe oberflächliche Analyse. Doch im Gegensatz zum hermeneutischen Verfahren sucht die Diskursanalyse weder danach, was ein Autor „sagen wollte“, noch sucht sie nach einer tieferen Bedeutung jenseits der diskursiven Oberfläche. Foucault hob diesbezüglich hervor, daß die Diskursanalyse sich jeder Interpretation enthalte:

[S]ie fragt die gesagten Dinge nicht nach dem, was sie verbergen, was in ihnen und trotz ihnen gesagt wurde, nach dem Nicht-Gesagten, dem Gewimmel von Gedanken, Bildern oder Phantasmen, die sie bewohnen. Sondern umgekehrt, auf welche Weise sie existieren, was es für sie heißt manifestiert worden zu sein, Spuren hinterlassen zu haben und für eine eventuelle Wiederverwendung zu verbleiben; was es für sie heißt, erschienen zu sein – und daß keine andere an ihrer Stelle erschienen ist (Foucault 1997[1969]: 159).

Überhaupt nicht zu interpretieren muß in diesem Zusammenhang wohl eher als Zielvorgabe gelten, die nie vollständig zu erreichen ist, weil allein die Auswahl der Fälle, aus denen Artikulationen rekonstruiert werden, natürlich in gewisser Weise schon ein interpretatorisches Eingreifen bedeutet. Gleichwohl bleibt das Bemühen um ein deskriptives und gleichzeitig rekonstruierendes Verfahren leitend. Diskursanalyse interessiert sich nicht für die auf die Tiefe zielende, interpretatorische Frage, *welcher* Sinn im Text verborgen ist; vielmehr interessiert sie das Oberflächenproblem, *wie* Sinn generiert wird, d.h. welche Relationen zur Konstituierung von Sinn führen und welche Strategien die Sinnkonstituierung anleiten. Diese Relationen, ihre Artikulation und damit letztlich den Diskurs zu rekonstruieren und zu beschreiben, ist für das diskursanalytische Verfahren kennzeichnend (vgl. auch Foucault 1997[1969]: 41). Während man die Hermeneutik als rekonstruktiv-verstehende Methode bezeichnen kann, muß die Diskursanalyse als rekonstruktiv-deskriptive Methode verstanden werden (eine ähnliche Einordnung der Diskursanalyse nehmen Keller et al. 2003b: 11 vor).

Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß Diskursanalyse und Hermeneutik eine strukturelle Gemeinsamkeit haben: Wenn die Hermeneutik als interpretatorisches Verfahren danach fragt, welcher Sinn vorhanden ist, so bedingt die Rekonstruktion des Sinns stets auch eine Kon-

struktion des Sinns. Auf ähnliche Weise gehen auch, worauf Hannelore Bublitz (2001: 246) aufmerksam macht, in der Diskursanalyse Rekonstruktion und Konstruktion, Beschreibung und Fortschreibung von Diskursen Hand in Hand. Eng hiermit zusammen hängt die Problematik der Konstituierung eines angemessenen (Text-/Artikulations-)Korpus, der der Rekonstruktion eines Diskurses zugrunde gelegt wird (siehe dazu genauer 6.1). Aber insbesondere geht es auch um die Frage, weshalb ein Knotenpunkt als Knotenpunkt ausgemacht wird. Ein „Beweis“ für die „Knotenpunkthaftigkeit“ eines diskursiven Elements kann nicht erbracht werden, ist doch diese Zuschreibung selbst eine diskursive Zuschreibung – im Rahmen eines wissenschaftlichen Diskurses. Also muß es letztlich um Plausibilität gehen. Die Plausibilität der Behauptung, ein diskursives Element habe sich zum hegemonialen Knotenpunkt eines politischen Diskurses entwickelt, hängt im wesentlichen davon ab, ob es in einem bestimmten Kontext erfolgreich die „beste“ politische Alternative zu repräsentieren vermag. Hierzu gehört, wie im folgenden detailliert ausgeführt werden wird, einerseits das Vermögen dieses Elements, in irgendeiner spezifischen Form etwas wie das „Ganze“, das „Gemeinwohl“ oder die „Gerechtigkeit“ zu repräsentieren (so wie die Soziale Marktwirtschaft unter dem Slogan „Wohlstand für alle!“); es umfaßt aber andererseits auch, daß dieses Element regelmäßig in wirkmächtigen institutionellen Kontexten auftaucht (so wie „Soziale Marktwirtschaft“ im ersten Bundestagswahlprogramm und den Grundsatzprogrammen der ersten und langjährigen Kanzlerpartei CDU, oder auch im Vertrag zur Währungs- und Wirtschaftsunion zwischen BRD und DDR im Jahr 1990). Darüber hinaus liegt die Anerkennung der Plausibilität jedoch – und dies ist nicht zu vermeiden – in der Hand der LeserInnen von diskursanalytischen Studien.

2.1.4 Heuristische Einschränkungen

Die Erfindung der Sozialen Marktwirtschaft war zuallererst die (publikumswirksame) Erfindung dessen, was man für gewöhnlich einen Begriff nennt – des Begriffs der Sozialen Marktwirtschaft zunächst durch Alfred Müller-Armack im Jahr 1946. Oder um genauer zu sein: Der politische Diskurs der Sozialen Marktwirtschaft konnte sich erst konstituieren, nachdem die semantische Einheit, das sprachliche Zeichen „Soziale Marktwirtschaft“ in der Welt war. Der Diskurs ist durch dieses eine – aus zwei Worten bestehende – Zeichen weder festgelegt noch begrenzt, besteht er doch vielmehr aus einem komplexen beweglichen Beziehungsnetz ganz verschiedener Elemente. Aber der Eingang des Zeichens „Soziale Marktwirtschaft“ in die politische Sprache bildet zwei-

fellos eine notwendige Bedingung dafür, daß man vom politischen Diskurs der Sozialen Marktwirtschaft sprechen kann.

Dies hat Konsequenzen für das weitere Vorgehen in diesem Kapitel. Wir hatten eben festgestellt, daß die diskursanalytische Vorgehensweise Artikulationen untersucht und daß diese Artikulationen als Akte des In-Beziehung-Setzens keineswegs auf sprachliche Artikulationen beschränkt sind. Um jedoch die zentrale Rolle des sprachlichen Zeichens „Soziale Marktwirtschaft“ besser verstehen zu können, blenden wir beide Feststellungen zunächst aus.

Zum einen werden im folgenden die *sprachlichen* Artikulationen – das heißt: das In-Beziehung-Setzen von sprachlichen Zeichen – in den Vordergrund gerückt. Dies läßt sich damit rechtfertigen, daß der politische Diskurs, der sich in der Bundesrepublik Deutschland um den Knotenpunkt „Soziale Marktwirtschaft“ entsponnen hat, vor dem spezifischen Hintergrund einer liberalen Demokratie stattfindet. Aufgrund einer Vielzahl von institutionellen Vorkehrungen müssen wirkungsvolle Artikulationen in den politischen Diskursen liberaler Demokratien sprachliche Artikulationen sein oder doch wenigstens über eine maßgebliche sprachliche Dimension verfügen. Hierfür sprechen vor allem das Postulat der Rechtsstaatlichkeit und die damit einhergehende sprachliche bzw. schriftliche Fixierung politischer Handlungsanweisungen in allgemeinen und öffentlichen Gesetzen, aber auch das Postulat des liberal-demokratischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesses, der ja auf sprachlichen Mechanismen wie öffentlichen Diskussionen (in den Medien, in Partei- oder Bürgerversammlungen), parlamentarischen Debatten oder korporatistischen Verhandlungen beruht. Hinzu kommt, daß es sich bei den Handlungen, die direkt mit dem politischen Prozeß verknüpft sind, für gewöhnlich um performative Sprechakte handelt (am deutlichsten vielleicht die Handlung der Gesetzesverabschiedung und -verkündung oder die der Wahl), und daß nicht-sprachliche Handlungen, die von politischen (bzw. staatlichen) Institutionen ausgeführt werden, üblicherweise nur als Folge von Sprechhandlungen erfolgen.¹⁸ Aus diesen Gründen wird im Vordergrund jeder Untersuchung eines politischen Diskurses die Betrachtung seiner sprachli-

18 Natürlich spielen in der Politik nicht nur sprachliche Zeichen eine Rolle. Als markantestes Diskurselement gerade nationalstaatlich organisierter Politik kann vielleicht die Flagge gelten, deren Signifikationsreichweite in Kombination mit anderen Zeichen z.B. Roland Barthes in seinen *Mythen des Alltags* eindrucksvoll dargestellt hat (Barthes 1964[1957]). Allerdings sind es in der mediatisierten und verrechtlichten, d.h. in jedem Fall: der verschriftlichten Politik der gegenwärtigen liberalen Demokratien zuallererst und zum weitaus größten Teil sprachliche bzw. schriftliche Zeichen, mit denen wir es zu tun haben.

chen Artikulationen stehen. Allerdings bedeutet dies nicht, daß Institutionen, Objekte oder Sachverhalte im Rahmen des Diskurses der „Sozialen Marktwirtschaft“ keine Rolle spielen würden. Ganz im Gegenteil: Ohne den Sachverhalt des Wohlstands ist das Sprechen von der „Marktwirtschaft“ ebenso unverständlich wie das Sprechen von der „Sozialen Sicherung“ ohne das Objekt des hungernden und frierenden Körpers oder ohne die Institution der Sozialversicherung. Wichtig ist hierbei aber, daß diese Sachverhalte, Objekte und Institutionen mit sprachlichen Zeichen grundsätzlich eines gemeinsam haben: Sie konstituieren sich erst im Zuge artikulatorischer Differenzierung (d.h. diskursiv) als sinnhafte und damit als vermittelbare Sachverhalte, Objekte und Institutionen.¹⁹ Insofern sind Institutionen, Objekte und Sachverhalte auch dann nie ganz ausgeblendet, wenn nun vor allem sprachliche Zeichen betrachtet werden: Indem wir die Logik der Differenz und Differenzierung, die der Generierung des Sinns im Zuge sprachlicher Artikulation zugrunde liegt, genau untersuchen, untersuchen wir gleichzeitig eben jene Logik, die zur diskursiven (nicht notwendigerweise sprachlichen) Produktion von sinnhaften Institutionen, Objekten und Sachverhalten führt.

Zum zweiten hatten wir festgestellt, daß Artikulationen die kleinsten diskursiven Einheiten bilden. Die scheinbar noch kleineren Einheiten, nämlich jene Elemente, die eine Artikulation in Beziehung setzt, existieren genau genommen nur mit und in der Artikulation, weil erst diese sie als differente Elemente hervorbringt. Aber auch wenn man dies konzediert, kommt man dennoch aus heuristischen Gründe nicht umhin, immer wieder von einzelnen Elementen zu sprechen. Es ist – in gleichsam propädeutischer Absicht – notwendig, die Eigenschaften der Elemente eingehend zu untersuchen, das heißt, ihre grundlegende Relationalität und deren Konsequenz für die strategischen Möglichkeiten, die Diskurse bieten (und teils auch nicht bieten), auszuleuchten.

Das Element, um das es hier vor allem geht, ist natürlich der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“: Wie sich die Bedeutung dieses Begriffs konstituiert und wie um ihn herum Sinn produziert wird, soll im folgenden eingehend untersucht werden. Zwar wurde der analytischen Hervorhebung von Begriffen – namentlich durch Michel Foucault (Foucault 1997[1969]: 53/54, 83-93) – entgegengehalten, daß allein ihre regelmäßige Verwendung Diskurse weder konstituieren noch abgrenzen könne. Dennoch scheint es naheliegend, daß „einzelne Begriffe oder ‚Leitvokabeln‘ [...] als [...] diskursstrukturierende und Diskursströmungen be-

19 Hierbei ist zu ergänzen, daß wenigstens Sachverhalte und Institutionen ganz offensichtlich zahlreiche Elemente zueinander in Beziehung setzen und so für sich schon als diskursive Formationen-Formierungen gelten dürfen.

nennende Elemente aufgefaßt werden [können], die einen Teil der diskursiven Beziehungen widerspiegeln“ (Busse/Teubert 1994: 22) – solange man stets bedenkt, daß derartige Begriffe nichts anderes sind als diskursive Elemente, die ihren spezifischen Wert erst in spezifischen Artikulationen und Artikulationsmustern erlangen.

2.2 Zur Bedeutung des Zeichens „Soziale Marktwirtschaft“

Zeichen bedeuten etwas. Etwas steht für etwas anderes, aliquid pro aliquo, wie man im Anschluß an Augustinus formulierte. *Was* sie bedeuten können, hängt dabei allerdings untrennbar damit zusammen, *wie* sie bedeuten, das heißt, auf welche Weise ein Zeichen in der Lage ist, auf etwas anderes zu verweisen. Das „Was?“ und das „Wie?“ der Bedeutung des Zeichens „Soziale Marktwirtschaft“ werden im folgenden Abschnitt im Mittelpunkt stehen.

Üblicherweise finden sich auf die (meist nur implizit gestellte) Frage, was „Soziale Marktwirtschaft“ bedeute, drei verschiedene Arten von Antworten: (1) Zahlreiche Darstellungen in Wissenschaft und Politik sind durchdrungen von der Überzeugung, daß „Soziale Marktwirtschaft“ über eine bestimmte, eine eigentliche Bedeutung verfüge. (2) Nicht minder häufig ist die Auffassung aufzufinden, „Soziale Marktwirtschaft“ habe eine Vielzahl von begründbaren Bedeutungen, die parallel und/oder in zeitlicher Abfolge existieren, ohne daß sich eine eigentliche Bedeutung ausmachen ließe. (3) Schließlich findet sich auch die Auffassung, daß „Soziale Marktwirtschaft“ letztlich auf gar keine Bedeutung verweise, daß es sich um ein leeres Zeichen, um eine Leerformel handele.

Daß die Antwortmöglichkeiten (1) und (3) vor allem unter Einbeziehung einer zeitlichen Dimension nicht so weit auseinander liegen, wie es zunächst den Anschein hat, zeigt ein Beispiel. So beklagen die beiden Wirtschaftswissenschaftler Dieter Cassel und Siegfried Rauhut in einem Band über *50 Jahre Soziale Marktwirtschaft*, daß „[d]ie Idee der Sozialen Marktwirtschaft [...] weitgehend diskreditiert und zur Leerformel degeneriert [sei]“ (Cassel/Rauhut 1998: 24)²⁰ und propagieren gleichzeitig eine „Rückbesinnung auf die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft“ (ebd.: 25), um verschiedene wirtschaftliche Mißstände

20 Cassel/Rauhut stehen mit dieser Auffassung für weite Teile der ordoliberal inspirierten Wirtschaftswissenschaft. Aber auch von anderer, gewerkschaftsnaher Seite wurde erst kürzlich eine „fortschreitende programmatische Entleerung der Sozialen Marktwirtschaft“ konstatiert (Ptak 2004: 298). Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen auch Föste/Janßen (1999: 352/53).

zu bewältigen. Einerseits ist demnach in den Augen der beiden Autoren „Soziale Marktwirtschaft“ heute de facto eine Leerformel, d.h. ein Begriff, den jeder in beliebiger Weise verwendet und der genau deshalb bedeutungslos geworden ist. Andererseits aber steht dieser heutigen leerformelhaften Verweisung eine *eigentliche* Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“ gegenüber, sei es in der metaphysisch sublimierten Form, die sich im quasi-platonischen Sprechen von der „Idee der Sozialen Marktwirtschaft“ andeutet, oder sei es im weniger mystischen Bezug auf eine historisch-ursprüngliche Bedeutung. So stellte auch Ludwig Erhard selbst 1972 eine „geistige und moralische Substanz“ der „Sozialen Marktwirtschaft“ fest:

Gewiß hat sich die Soziale Marktwirtschaft seit 1948 gemäß den Anforderungen und den gegebenen Möglichkeiten wohl dem äußeren Erscheinungsbild nach, nicht aber in ihrer geistigen und moralischen Substanz gewandelt. Gerade das ist aber das Entscheidende (Erhard in: Erhard/Müller-Armack 1972: 19)!

Jenseits der Leerformel ruht also eine Substanz, das Entscheidende und Eigentliche der „Sozialen Marktwirtschaft“. Mit der „Degeneration“ zur Leerformel jedoch geht diese eigentliche Bedeutung verloren; auf sie und die durch sie repräsentierten Grundprinzipien gilt es sich rückzubesinnen. Die von Cassel/Rauhut repräsentierte Position ließe sich als die eines klaren Entweder-Oder beschreiben: Entweder hat ein Begriff eine klare, eine eigentliche Bedeutung oder er hat gar keine Bedeutung und ist damit eine Leerformel.

Die Gegenposition, die weitgehend der zweiten genannten Antwortmöglichkeit entspricht, geht dagegen eher davon aus, daß die Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“ sich nie auf eine eigentliche Bedeutung reduzieren läßt – ohne deswegen allerdings zur Leerformel zu werden. Im Gegenteil, sie müsse als das sich stets weiter entwickelnde Ergebnis eines dynamischen Prozesses gedacht werden (vgl. z.B. Borchardt 1981: 37). Als Grund hierfür wird beispielsweise angegeben, daß das theoretische, an sich geschlossene Konzept „Sozialer Marktwirtschaft“ (mit großem ‚S‘) sich im politischen, vor allem auf Wahlen ausgerichteten Diskurs mit der populären, aber völlig unverbindlichen Vorstellung einer „sozialen Marktwirtschaft“ (mit kleinem ‚s‘) vermengt habe (vgl. Hartwich 1996: 418). Sturm hingegen formuliert allgemeiner, daß es sich bei der Sozialen Marktwirtschaft eben von Beginn an um „eine politisch interpretierte und interpretierbare Ordnung“ (Sturm 1995: 84/85) gehandelt habe und „daß das heutige Verständnis der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ ebenso ein historisch-politisches Konstrukt [sei] wie seine ursprüngliche Interpretation“ (Sturm 1999: 196).

Auf der Basis einiger der oben ausgeführten diskurstheoretischen Grundannahmen – Ereignishaftigkeit des Diskurses, Instabilität von Sinn und Bedeutung etc. – ist die Vermutung plausibel, daß die besseren Gründe für die Annahme der zweiten Position sprechen. Ich möchte diese Plausibilität im folgenden argumentativ unterfüttern. Hierzu ist es erforderlich, die existierende politik- und sozialwissenschaftliche Forschung zum Verhältnis von Sprache und Politik stärker als bisher mit dem Kenntnisstand von Sprachwissenschaft und Semiotik abzugleichen. Daher werde ich nun zunächst einige verbreitete, aber problematische Annahmen zu „Sprache und Politik“ rekonstruieren, wobei sich die eben erwähnte Unterstellung von eigentlichen Bedeutungen als das zentrale Problem herauskristallisiert. Könnte man von eigentlichen Bedeutungen ausgehen, so würde jedoch der hier vertretene Diskursansatz grundsätzlich in Frage gestellt. Deshalb werden anschließend die drei möglichen Ansprüche auf Eigentlichkeit (der metaphysische, der objektive und der historische) eingehend untersucht und – v.a. unter Rekurs auf die strukturalistisch informierte Sprachwissenschaft und die Semiotik – letztlich verworfen. Als Beispiel greife ich dabei regelmäßig auf das Zeichen „Soziale Marktwirtschaft“ zurück, so daß auch die Mechanismen und Prozesse deutlich werden, die dieses für die vorliegende Untersuchung zentrale Zeichen in diskursiver Bewegung halten.

2.2.1 Probleme des Verhältnisses von Sprache und Politik

Daß Politik und Sprache miteinander in einer unauflösbaren Verbindung stehen, gilt als eine der ältesten Erkenntnisse der politischen Philosophie (vgl. hierzu einführend Stammen 1995: 443),²¹ deren Gültigkeit insbesondere für die liberalen Demokratien der Gegenwart immer wieder betont wird. Häufig findet sich in diesem Zusammenhang der Hinweis auf

21 So konstatiert natürlich bereits Aristoteles (NE 1253a/Aristoteles 1981: 4) die Gleichzeitigkeit von *zoon logon echon* und *zoon politikon*. Doch die Ideengeschichte nimmt durchaus nicht nur auf die europäische Tradition Bezug. Häufig findet sich z.B. der Verweis auf Konfuzius, der auf die Frage, was er tun würde, wenn man ihm die Regierung anvertraute, antwortet: „Unbedingt die Namen richtigstellen“, und dies solchermäßen begründet: „Stimmen die Namen und Begriffe nicht, so ist die Sprache konfus. Ist die Sprache konfus, so entstehen Unordnung und Mißerfolg. Gibt es Unordnung und Mißerfolg, so geraten Anstand und gute Sitten in Verfall. Sind Anstand und gute Sitten in Frage gestellt, so gibt es keine gerechten Strafen mehr. Gibt es keine gerechten Strafen mehr, so weiß das Volk nicht, was es tun und was es lassen soll. Darum muß der Edle die Begriffe und Namen korrekt benutzen und auch richtig danach handeln können. Er geht mit seinen Worten niemals leichtfertig um“ (Konfuzius 1998: 79).

das Zusammenspiel von Meinungs- und Pressefreiheit mit der demokratischen Wahl, oder darauf, daß nur in der Sprache Konsens hergestellt bzw. Kompromisse ausgehandelt werden könnten (vgl. z.B. Kaltenbrunner 1975: 7; Bergsdorf 1977: 41). Grundsätzlich aber müsse sich jede Politik wenigstens des Symbolwertes der Sprache bedienen, stellt Wolfgang Bergsdorf (1991: 19) fest.

In der Politik- und der Sozialwissenschaft setzt man sich also seit vielen Jahren regelmäßig mit dem Zusammenhang von Politik und Sprache auseinander.²² Dennoch läßt sich vor allem für die Politikwissenschaft feststellen, daß es kaum zur Rezeption der linguistischen und der semiotischen Forschung gekommen ist (eine Parallele zur Nichtbeachtung der Diskurswissenschaft).²³ Zwar ist es angesichts einer Vielzahl von Studien nicht mehr angemessen, grundsätzlich von einer „defizitären Bilanz“ des Forschungsfeldes „Sprache und Politik“ zu sprechen (so Schumann 1991: 14). Dennoch ist – trotz einzelner Versuche zur Etablierung einer „Politolinguistik“ (vgl. Burckhardt 1996) – der Mangel an interdisziplinärem Austausch zwischen Politischer Wissenschaft und Sprachwissenschaft immer wieder zu Recht beklagt worden (vgl. z.B. Latniak 1986: 29; Klein/Dickmannshenke 1996: vi). Und auch Ulrich

22 Dabei werden der Sprache, und vor allem den politischen Leitbegriffen, insbesondere zwei politisch relevante Funktionen zugeschrieben: zum einen die Funktion, das eine politische Gemeinschaft Verbindende zu repräsentieren und so Gemeinschaft, Einigkeit und Einheit erst zu vergegenwärtigen oder zu generieren bzw. Gefolgschaft zu sichern (vgl. für viele Bergsdorf 1977: 41; Edelman 1971: 9; 1972[1964]: 114; Lasswell/Leites 1968[1949]: 12/13; Sarcinelli 1987: 66); zum anderen die Funktion, politische Konflikte mit Worten auszutragen oder als Konflikte um Worte auszutragen (vgl. für viele Connolly 1983[1974]; Göhler et al. 2004; Greiffenhagen 1980; Lübke 1975[1967]). Ich werde auf diese beiden politischen Funktionen im dritten Kapitel ausführlich zu sprechen kommen, wenn ich untersuche, was das Politische an politischen Diskursen ausmacht.

23 Neben der Funktionsanalyse von (politischer) Sprache, auf die ich im folgenden ausführlich eingehe, wurden durch die sprachwissenschaftliche Forschung auch zahlreiche historische Analysen politischen Vokabulars vorgenommen. Im hiesigen Zusammenhang besonders hervorzuheben sind die wertvollen begriffsgeschichtlichen Arbeiten zu Struktur und Entwicklung des politischen Vokabulars in der Bundesrepublik Deutschland (vgl. z.B. Böke et al. 1996; Greiffenhagen 1980; Stötzel/Wengeler 1995), von denen für diese Untersuchung vor allem die Arbeiten von Martin Wengeler (1994; 1995; 1996) zur Entwicklung des wirtschaftspolitischen Vokabulars, und hierbei insbesondere zur „Sozialen Marktwirtschaft“, von großem Interesse sind (vgl. auch Greiffenhagen 1980: 447-480). Auch sind verschiedene Untersuchungen zur Sprachverwendung in den Programmen deutscher politischer Parteien vorgenommen worden, auf die im folgenden rekuriert werden kann (vgl. z.B. Ballnuß 1996; Hermanns 1989; Hermanns 1991).

Sarcinellis frühere Feststellung, die „Semiotik als Grundlagendisziplin der Politikwissenschaft [sei] noch kaum entdeckt“ (Sarcinelli 1987: 55, Fn. 4), ist leider noch heute weitestgehend gültig. Es ist vielleicht nicht nur, aber doch auch diesem Mangel an Interdisziplinarität geschuldet, daß sich in der politikwissenschaftlichen Forschung zu Politik und Sprache immer wieder Mißverständnisse andeuten, die damit zu tun haben, was Sprache – in der Politik wie auch anderswo – zu leisten imstande ist und was nicht. Dabei sind die folgenden drei Mißverständnisse besonders verbreitet.

Problematisch ist zum ersten die bei sehr vielen politik- und sozialwissenschaftlichen AutorInnen anzutreffende Ansicht, daß die politische Sprache (oder allgemeiner die politische Symbolik) dazu diene, die Wirklichkeit einzufangen – jedenfalls solange dabei von einer Art Ursprünglichkeitsverhältnis der Wirklichkeit ausgegangen wird, die der Sprache bzw. der Symbolik vorausginge, so etwa wenn Ulrich Sarcinelli von der verbreiteten „Wirklichkeitsresistenz“ der politischen Symbolik spricht (Sarcinelli 1987: 59). Aus diskurstheoretischer Sicht müssen Sprache und Symbolik als integraler Bestandteil einer immer nur diskursiv (und das heißt – auch auf die Gefahr einer Tautologie hin – symbolisch!) zu erfassenden und vermittelbaren Wirklichkeit gelten. Wirklichkeit wird zur sinnhaften und gesellschaftlich relevanten Wirklichkeit erst im Zuge von Differenzierung und Differenz, und funktioniert damit gemäß den selben Mechanismen wie Diskurs und Sprache. Ich komme hierauf im folgenden zurück, wenn ich zentrale Elemente der strukturalistischen und poststrukturalistischen Linguistik diskutiere. Es sei aber hier schon vermerkt, daß es *nicht* darum geht, die Existenz einer objektiven Wirklichkeit jenseits des (hier vornehmlich sprachlich gedachten) Diskurses zu bestreiten. Nur in einer bestimmten Weise wird „alles zum Diskurs“ (Derrida 1997[1967]: 424), nämlich insofern die diskursiv-symbolische Logik von Differenz und Differenzierung die Wirklichkeit grundsätzlich affiziert, und zwar die sprachliche wie die objektive Wirklichkeit (vgl. z.B. Bhaskar/Laclau 1998: 9). Daher kann es genau genommen nicht die Aufgabe des Diskurses sein, die Wirklichkeit zu vermitteln oder abzubilden. Diskurs *ist* Wirklichkeit.

An das erste Mißverständnis schließt ein zweites an, und zwar die weit verbreitete Annahme der Instrumentalität der Sprache. Die eben angesprochene Vorstellung, die Sprache diene als Instrument zur Vermittlung der Wirklichkeit, bildet nur einen Aspekt dieser Problematik. Der zweite Aspekt findet sich in der Auffassung wieder, Sprache könne als „Steuerungsinstrument“ (Sarcinelli 1987: 66) zur Vermittlung zwischen Subjekten oder Gruppen von Subjekten eingesetzt werden – etwa, wie Edelman (1972[1964]: 5) postuliert, zwischen den Eliten und der

Masse, wobei letztere Politik nur als „a passing parade of abstract symbols“ wahrnehme. Sicher läßt sich weder der eine noch der andere Aspekt völlig von der Hand weisen, stellt aber doch eine grobe Vereinfachung dar. Denn Artikulationen und insbesondere sprachliche Artikulationen stellen komplexe Relationen her. Kein einzelnes Element einer solchen Relation, nicht das Artikulierte und nicht der Rezipient der Artikulation, aber auch nicht der Artikulator ist für sich genommen in der Lage, den Sinn dieser Artikulation festzulegen. Keine sprachliche Artikulation und damit auch nicht die Sprache selbst kann daher in dem Sinn als Instrument fungieren, daß sie in nur eine Richtung (etwa vom Artikulator auf den Rezipienten) und in einer vorhersehbaren Weise funktioniert. Dies gilt um so mehr, als Artikulationen alle Elemente, die sie zueinander in Beziehung setzen (und hierzu gehört auch der Artikulator selbst!), durch eben diesen Akt in ihrer Bedeutung verändern. Die Komplexität und die Beweglichkeit von Artikulationen und Bedeutungen stehen einem einfachen Instrumentaldenken der Sprache entgegen.

Drittens schließlich ist, wie bereits kurz am Beispiel „Soziale Marktwirtschaft“ gezeigt wurde, die Ansicht weit verbreitet, Sprache erlaube die Generierung von Sinn in eindeutiger und einheitlicher Weise, berge mithin eigentliche Bedeutungen. Diese Auffassung fand sich in fast idealtypischer Weise in der politischen Sprachkritik, insbesondere konservativer Provenienz, der 1970er Jahre wieder.²⁴ Zudem wurde hier die Einheitlichkeit und Eigentlichkeit der Bedeutung mit einem präskriptiven Gehalt versehen: Begriffe müßten derart verwendet werden, daß sie eindeutig und präzise auf Dinge oder Sachverhalte verweisen und die Wahrheit zu repräsentieren vermögen. Prägnant formulierte diese Forderung etwa Helmut Kuhn (1975: 11): „Worte sind dazu da, Dinge zu bezeichnen. Sie sollen sagen, was ist; und sofern ihnen das gelingt, sagen sie die Wahrheit“. Jede Begriffsverwendung jenseits der „eigentlichen“ Bedeutung ließ sich dann als unzulässige politische Manipulation werten (vgl. z.B. Dietz 1975: 43). Es ging den Sprachkritikern zwar nicht unbedingt immer darum, eine „wahre“ Bedeutung zu konservieren; das Ziel bestand aber doch wenigstens darin, eine „Normalbedeutung“ zentraler politischer Begriffe als unhintergebar zu fixieren. Denn wenn zum Beispiel, wie etwa Hans Maier argumentierte, die Begriffe der deutschen Verfassung ihre Bedeutung gegenüber der „Ursprungszeit“ (Hans Maier 1977: 20) änderten, so führe diese Bedeutungspluralität

24 Einen Überblick hierzu bieten die Beiträge in Kaltenbrunner (1975) und Heringer (1982), einige Gegenpositionen finden sich in Fetscher/Richter (1976). Die deutsche Nachkriegstradition der politischen Sprachkritik ging vor allem auf das *Wörterbuch des Unmenschen* zurück, in dem Sternberger/Storz/Süskind (1968[1945]) die NS-Sprache der Kritik unterzogen.

nicht nur zu „wechselseitigen Verständnisschwierigkeiten zwischen Politikern, Wissenschaftlern, Literaten“ (ebd. 37), sondern habe weitreichende, destabilisierende Folgen für die gesamte politische Ordnung. „[O]hne Einhelligkeit im Sprachgebrauch“, schreibt Maier, „muß die Formkonstanz von Institutionen früher oder später verloren gehen“ (ebd. 25). Politische Konflikte, in denen tradierte Bedeutungen in Frage gestellt werden, sind vielen Sprachkritikern ein Greuel, weil es, wie etwa Heinrich Dietz anmerkte, „das Denken verunsichert, wenn das Übereinkommen über den traditionellen Sinn eines Schlüsselbegriffs nicht eingehalten wird“ (Dietz 1975: 21).

Das Zeichenverständnis der politischen Sprachkritik und das (meist nur implizit zum Tragen kommende) Zeichenverständnis derjenigen Kommentatoren des Diskurses der „Sozialen Marktwirtschaft“, die in der einen oder anderen Form von einer Fehlentwicklung der Bedeutung dieses Zeichens sprechen, ähneln sich strukturell stark. Würde man versuchen, dieses Zeichenverständnis systematisch (und idealtypisch) zusammenzufassen, so ließen sich folgende fünf Aspekte ausmachen: Erstens verweisen Zeichen auf eine eigentliche (d.h. allgemeingültige und einheitliche) Bedeutung. Daher können Zeichen auch richtig oder falsch gebraucht werden – falsch dann, wenn sie nicht unter Bezug auf die eigentliche Bedeutung Verwendung finden. Wenn die Bedeutung dem Zeichen als solchem aneignet, bedeutet dies zweitens, daß ein Zeichen selbstgenügsam ist, das heißt es erfüllt seine Funktion des Bezeichnens ausschließlich aus seiner eigenen Beziehung Zeichen–Bezeichnetes, unabhängig von anderen Zeichen. Drittens haben wir es mit einem triadischen Zeichenkonzept zu tun, bei dem im Prozeß des Bezeichnens Wort (das in diesem Verständnis eigentliche Zeichen), Konzept und Ding verbunden werden. Viertens besteht zwischen diesen drei Komponenten eine Folge hierarchisch geordneter Relationen der Abbildung, insofern das Wort das Konzept repräsentiert und dieses wiederum das Ding.²⁵ Fünftens schließlich geht die Sprachkritik offensichtlich von einer fixen Beziehung zwischen Wort und Konzept aus, wenn sie von einer „eigentlichen Bedeutung“ von Worten spricht; oder aber sie geht wenigstens von einer durch ursprüngliche Setzung und durch Konvention dauerhaft gefestigten Beziehung aus, wenn sie von „Normalbedeutung“ spricht.

Aus dieser Rekonstruktion der politischen Sprachkritik ergibt sich, daß jede Position, die postuliert, „Soziale Marktwirtschaft“ im besonderen und sprachliche Zeichen im allgemeinen hätten eine eigentliche Bedeutung, ein solches Postulat im wesentlichen auf drei Begründungen

25 Man könnte mithin sagen, daß sich in sprachkritischen Positionen immer wieder die für gewöhnlich als überholt angesehene Abbildtheorie der Zeichen wiederfindet (vgl. Kopperschmidt 1991: 78).

stützen könnte. Erstens ließe sich eine metaphysische Eigentlichkeit von Bedeutung behaupten, in dem Sinne, daß ein sprachliches Zeichen mit einer Idee im platonischen Sinne unauflösbar verbunden sei. Allerdings wird diese Behauptung explizit kaum aufgestellt und deutet sich eher implizit gelegentlich an, etwa im oben genannten Zitat von Cassel/Rauhut, daß „[d]ie Idee der Sozialen Marktwirtschaft [...] weitgehend diskreditiert und zur Leerformel degeneriert [sei]“ (Cassel/Rauhut 1998: 24). Zweitens ließe sich eine objektive Eigentlichkeit von Bedeutung behaupten, die sich aus der Beziehung von Zeichen mit den von ihnen bezeichneten objektiven Sachverhalten oder Dingen ergebe. Drittens findet sich regelmäßig der Hinweis, die eigentliche Bedeutung sei die historisch-ursprüngliche Bedeutung. Auf den folgenden Seiten werden diese drei Eigentlichkeitsansprüche eingehend untersucht.

2.2.2 Die metaphysische Begründung einer eigentlichen Bedeutung und ihr Scheitern angesichts der Strukturalität der Sprache

Die metaphysische Form des Eigentlichkeitsanspruches geht von der natürlichen Angemessenheit bestimmter Wörter (d.h.: sprachlicher Zeichen) für bestimmte Dinge, Sachverhalte oder Konzepte aus, damit und weil nur diese Wörter das Wesen der Dinge erfassen können, was wiederum das Ziel von Wörtern sei. Der vielleicht prominenteste Bezugspunkt einer solchen Auffassung ist Sokrates, der in Platons Dialog *Kratylos* von einer „Natur des Benennens und Benanntwerdens“ spricht (Platon 1994: 20 [387d]). Wer Worte einführen und ihren Gebrauch festlegen will – dazu befähigt ist allein der Gesetzgeber –, muß, „indem er auf jenes sieht, was das Wort wirklich ist, alle Worte machen und bilden, wenn er ein tüchtiger Bildner der Worte sein will“ (ebd.: 24 [389d]). Worte müssen also – in Entsprechung zur platonischen Ideenlehre – „die Idee des Wortes“ wiedergeben (ebd. [390a]). Dementsprechend muß sich die Natur der Dinge in den Worten, in ihren Silben und Buchstaben widerspiegeln, denn das Zeichen muß das Ding ebenso nachahmen wie ein Bild (vgl. ebd.: 76 [430e]). Es besteht eine quasi-organische Verbindung von Zeichen und bezeichnetem Ding – auch wenn es manchmal so scheinen mag, wie es Hermogenes zu Beginn des *Kratylos*-Dialogs behauptet, als ob Zeichen und Bezeichnetes nur durch Vertrag und Gewohnheit zueinander gehören.

Doch Platons Sokrates wird selbst am Ende des Dialogs unsicher, ob er nicht die Fähigkeit sprachlicher Zeichen überschätzt, wenn er ihnen auferlegt, universale Ideen wiederzugeben oder Dinge gleich einem Bild abzubilden. So resümiert er, daß man das Wesen der Dinge mit Worten

letztlich nicht erfassen kann (Platon 1994: 86 [438d]), sondern daß man die Dinge durch die Dinge selbst erkennen muß. Allerdings hat der platonische Sokrates keine Antwort auf die Frage, wie, wenn nicht mit Worten, der Zugang zu den Dingen möglich sei. So spricht er abschließend zu Kratyllos: „Auf welche Weise man nun Erkenntnis der Dinge erlernen oder selbst finden soll, das einzusehen sind wir vielleicht nicht genug, ich und du; es genüge uns aber schon, darin übereinzukommen, daß nicht durch Worte, sondern weit lieber durch sie selbst man sie erforschen und kennenlernen muß als durch die Worte“ (ebd.: 87 [439b]). Das Problem eines sprachlosen Erkennens der Dinge muß sich natürlich vor allem dann verschärfen, wenn es sich um „Dinge“ handelt, die für das gemeinschaftliche und das politische Leben von zentraler Bedeutung sind, über die sich also mehrere Menschen austauschen müssen. Dies gilt für das Zeichen der „Sozialen Marktwirtschaft“ ebenso wie für die wohl noch wesentlich diffuseren Zeichen des „Guten“ und des „Gerechten“, um deren Klärung es Platon vor allem geht (vgl. Platon 1994: 51-54 [411a-413d]). Es ist also, vor allem wenn politische Diskurse den Untersuchungsgegenstand bilden sollen, augenfällig, daß die platonische Variante der bereits oben genannten allgemeinen Zeichenformel „aliquid pro aliquo“, in der ein Wort in fixierter Weise für eine Idee steht, nicht weiterhelfen kann.

Eine radikal andere Anfüllung des „aliquid pro aliquo“ finden wir in der strukturalistischen Linguistik Ferdinand de Saussures, der das Zeichen als die Beziehung zwischen Signifikant (dem Bezeichnenden, d.h. einem Laut- oder Schriftbild) und Signifikat (dem Bezeichneten, d.h. einer Vorstellung) beschreibt (Saussure 1967[1916]: 78/79).²⁶ Dabei liegt der Unterschied zu Platon auf den ersten Blick weder im aliquid, dem Wort oder Zeichenträger, noch im aliquo, das auch bei Saussure – bei allen Unterschieden zwischen Idee und Vorstellung, ich komme hierauf zurück – eine im weitesten Sinne idealistische Qualität hat. Insofern unterscheiden sich beide Modelle vom aristotelischen und scholastischen Modell, in welchem das (materielle) Ding für das aliquo zumeist eine zentrale Rolle spielt. Saussure aber begreift beide Teile des Zeichens – die Vorstellung ebenso wie das Lautbild – als „psychische Eindrücke“.²⁷ Anders gewendet: Saussures Zeichenverständnis ist rein mentalistisch,

26 Vgl. zu Saussure u.a. Barthes (1981[1964]), Nöth (2000[1985]: 71-77), Prechtel (1994); speziell zum Verhältnis von Signifikant und Signifikat vgl. Wunderli (1981: 116-120).

27 Dies dürfte mit Blick auf die Vorstellung selbsterklärend sein. Mit Blick auf das Lautbild schreibt Saussure, daß es sich hierbei letztlich auch nur um „das innere Bild der lautlichen Erscheinung“ handelt, denn man könne ja auch etwa, ohne Laute von sich zu geben, mit sich selbst reden und verwende dann stumm die gleichen Lautbilder (Saussure 1967[1916]: 77).

die Materialität von Zeichenträgern spielt ebenso wenig eine Rolle wie die Dinglichkeit der Vorstellungen: „Das sprachliche Zeichen vereinigt in sich nicht einen Namen und eine Sache, sondern eine Vorstellung und ein Lautbild“ (Saussure 1967[1916]: 77).²⁸

Der radikale Unterschied zwischen dem Zeichenverständnis Saussures und dem Platons aber liegt in der Konzeption der Art der Beziehung zwischen dem Zeichenträger und dem Bezeichneten, also im pro des „aliquid pro aliquo“. Saussure verdeutlicht, daß sich eine notwendige, quasi-organische Einheit von Zeichenträger und Bezeichnetem in der Art, daß einem bestimmten Signifikat qua Natur nur ein bestimmter „richtiger“ Signifikant entspräche, nicht nachweisen läßt. Zwar sind ein Signifikant und ein Signifikat auch nach Saussure die untrennbaren Bestandteile eines Zeichens, so untrennbar wie etwa die Vorder- und die Rückseite eines Blattes Papier (vgl. ebd.: 134). Allerdings ist im Gegensatz zu Platons Überlegungen die Beziehung zwischen einem bestimmten Signifikant und einem bestimmten Signifikat nicht natürlichen Ursprungs und quasi-organisch, sondern beliebig. Dies heißt nicht, daß die Verwendung von Signifikanten für bestimmte Signifikate innerhalb einer gefestigten Sprachgemeinschaft in das Belieben eines einzelnen Sprechers gestellt wäre. Die Beziehung von Signifikant und Signifikat ist aber insofern beliebig, als sie unmotiviert ist: Es läßt sich kein natürlicher Zusammenhang zwischen den beiden Teilen eines Zeichens herstellen. Es gibt beispielsweise keine Notwendigkeit, die Vorstellung *Baum* mit dem Lautbild „Baum“ zu verbinden (vgl. ebd. 79/80). Schließlich erfordert das Funktionieren sprachlicher Zeichen gerade aufgrund der Arbitrarität der Bedeutung eine soziale Akzeptanz innerhalb einer bestimmten Gesellschaft – wodurch sich auch begründet, daß kein einzelner Mensch Signifikanten und Signifikate beliebig kombinieren kann, will er verstanden werden (vgl. ebd.: 135). Zeichen im Sinne einer Zusammenführung von Inhalts- und Ausdrucksebene beruhen demnach auf sozialer Konvention. In ganz ähnlicher Weise hat bereits Aristoteles in seiner Abhandlung über die Interpretation diese Auffassung verdeutlicht und sich damit in eine zwar nur teilweise, aber doch

28 Die Frage nach der Notwendigkeit eines dinglichen Bezugs für das Funktionieren von Zeichen, die im Zusammenhang mit der durch die politische Sprachkritik vertretene Sprachauffassung von Bedeutung zu sein scheint – wir erinnern uns: „Worte sind dazu da, Dinge zu bezeichnen“ –, soll daher aus zwei Gründen vorerst ausgeklammert werden: zum einen, weil Saussures Antwort in diesem Zusammenhang ein klares Nein ist, zum anderen aber, weil es in unserem Zusammenhang zunächst die „Idee der Sozialen Marktwirtschaft“ ist, die der Signifikant „Soziale Marktwirtschaft“ zu bezeichnen scheint, also – auf den ersten Blick jedenfalls – kein materielles Ding. Wir kehren jedoch zu diesem Problem zurück.

grundlegende Opposition zum platonischen Verständnis sprachlicher Zeichen gebracht: „[Ein] ‚Name‘ ist nun also eine übereinstimmungsgemäß etwas bezeichnende Lautform [...]. *Übereinstimmungsgemäß* meint, daß keine der Benennungen von Natur aus besteht, sondern erst dann dazu wird, wenn sie [Zeichen]²⁹ von etwas ist [...]“ (Aristoteles 1998: 99 [16a 19-28]). Mit Blick auf unseren Gegenstand bedeutet dies: Man kann in keinem Fall davon ausgehen, daß dem bloßen Laut- oder Schriftzeichen „Soziale Marktwirtschaft“ eine Essenz der „Sozialmarktwirtschaftlichkeit“ innewohne.

Allerdings ist mit diesem Ergebnis nicht viel gewonnen. Denn die Ausgangsfrage, ob die Funktion des Zeichens im Erfassen einer eigentlichen Bedeutung liege, d.h. in der Verknüpfung des Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ mit dem eindeutigen Signifikat „Soziale Marktwirtschaft“, ist unabhängig von der Frage, welcher Art die Beziehung zwischen Signifikant und Signifikat sei. Anders formuliert: Wenn man problemlos von einem eindeutigen und allgemeingültigen Signifikat der „Sozialen Marktwirtschaft“ ausgehen könnte, wäre es im weitesten Sinne gleichgültig, ob die Beziehung des Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ zu diesem Signifikat eine quasi-organische bzw. natürliche oder eine konventionelle darstellt. In jedem Fall wäre eine Verwendung des Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ dann im Sinne einer politischen Sprachkritik fehlerhaft, wenn er nicht auf das allgemeingültige Signifikat – die eigentliche Bedeutung, die „Idee der Sozialen Marktwirtschaft“ – verwiese.

Zweierlei steht einer solchen Kritik allerdings entgegen: die Relationalität der Bedeutung und der nicht eingrenzbare Verweisungsprozeß der Bedeutung. Die Relationalität von Bedeutung ist ein weiterer Aspekt des radikalen Unterschieds zwischen Platon und Saussure, diesmal in bezug auf das Verständnis von *aliquid* und *aliquo*, wo wir zunächst noch eine gewisse Ähnlichkeit festgestellt hatten. Die Eigentlichkeit der Bedeutung im platonischen Sinn kann nämlich nur behauptet werden, wenn es eine kontextunabhängige Bedeutung wäre, eine sich aus sich selbst konstituierende positive Bedeutung, die sowohl grundsätzlich, also im Sprachsystem, wie auch in jeder einzelnen sprachlichen Artikulation zum Tragen käme. Dies ist aber, wie Saussure herausarbeitet, aus zwei Gründen unmöglich. Denn erstens hängen Bedeutungen in den einzelnen Sprechakten (der *parole*) von der bestimmten Art und Weise ab, in der

29 Im griechischen Original heißt es an dieser Stelle „σύμβολον“. Die zitierte Übersetzung von Hans Günter Zekl schreibt „Ausdruck“, Hermann Weidemann übersetzt mit „Symbol“ (Aristoteles 1994: 4). Allerdings erscheint in unserem Zusammenhang „Zeichen“ die angemessenere und am wenigsten aufgeladene Übersetzung zu sein.

die Zeichen kombiniert und gereiht werden (Ebene der Diachronie); und zweitens ist jedes Zeichen Teil eines Sprachsystems (der *langue*) und hat innerhalb dieses Systems stets auch die Eigenschaft eines Wertes, von dem seine Bedeutung abhängt (Ebene der Synchronie, vgl.: Saussure 1967[1916]: 136). Werte ergeben sich ausschließlich dadurch, daß sie innerhalb eines Systems *in Relation zu anderen Werten* verortet werden. In ähnlicher Weise kann auch Bedeutung sich nur auf negative Weise, das heißt in einem Raum von Nicht-Bedeutung und Anders-Bedeutung konstituieren. Somit

stoßen wir also statt auf von vornherein gegebene Vorstellungen auf Werte, die sich aus dem System ergeben. Wenn man sagt, daß sie Begriffen entsprechen, so deutet man damit zugleich an, daß diese selbst lediglich durch Unterscheidungen bestehen, die nicht positiv durch ihren Inhalt, sondern negativ durch ihre Beziehungen zu den anderen Gliedern des Systems definiert sind. Ihr bestimmtestes Kennzeichen ist, daß sie etwas sind, was die andern nicht sind (Saussure 1967[1916]: 139/140).

Man erkennt in dieser Betonung der negativen Konstituierung von Bedeutungen aufgrund dessen, was ein Zeichen nicht bedeutet, die oben angesprochene zentrale diskursbegründende Funktion der Differenz. Werfen wir nun einen Blick auf unseren Gegenstand, so ließe sich diese Funktion folgendermaßen veranschaulichen: der Signifikant „Soziale Marktwirtschaft“ kann nicht aus sich heraus über eine eigentliche Bedeutung verfügen, sondern diese Bedeutung konstituiert sich allein deshalb, weil sie sich gegenüber „Planwirtschaft“, „freie Marktwirtschaft“ oder „Tauschwirtschaft“ abgrenzen kann; aber ebenso weil der Signifikant „Soziale Marktwirtschaft“ eben nicht auf „blühende Volkswirtschaft“, „unsoziale Betriebswirtschaft“ oder „flourierende Fischwirtschaft“ verweist; und schließlich auch, weil er nicht „Soziale Basarwirtschaft“, „Soziale Marktkneipe“ oder „Somalische Marktwirtschaft“ bedeutet. Zu dieser unvollendeten Liste der Abgrenzungen gegenüber Bedeutungen, die auf die eine oder andere Weise eine Ähnlichkeit zur „Sozialen Marktwirtschaft“ aufweisen, kommen nun die Abgrenzungen gegenüber offensichtlich unähnlichen Bedeutungen wie „gehen“, „Wörterbuch“, „schwarz“, „auf“ oder „Grünspan“ hinzu. Es wird schnell deutlich, daß sich diese negativen Abgrenzungen wohl endlos fortsetzen ließen. Selbst wenn man vorläufig den Aspekt der *parole* bzw. der jeweils neuen diskursiven Artikulation ausklammert und mit Saussure der synchronischen Sprachwissenschaft den Vorzug gibt, wird deutlich, daß auch auf der reinen Systemebene (sofern man hiervon sprechen darf) die Bestimmung der eigentlichen, durch das Zeichen „Soziale Marktwirtschaft“ signifi-

zierten Bedeutung ein äußerst schwieriges und umfangreiches Unterfangen von zweifelhaftem Erfolg darstellt, weil sie die genaue Kenntnis des gesamten Systems voraussetzt.

Saussure hat es dennoch für möglich gehalten, innerhalb des abgeschlossenen Differenzsystems der *langue* ein Signifikat „richtig“ zu bestimmen und so Bedeutungseindeutigkeit in der Relationalität zu erhalten (Saussure 1967[1916]: 138). Diese Auffassung kann jedoch einer kritischen Überprüfung nicht standhalten, denn es bleibt völlig unklar, wie ein Sprachsystem als völlig abgeschlossenes System zu denken oder als solches herzustellen wäre. Zudem wäre ein geschlossenes System auch ein fixiertes System, was den alltäglichen diskursiven Prozeß der Artikulation verunmöglichen würde. Bedeutungseindeutigkeit in der Relationalität ist deshalb unmöglich, weil Bedeutung nicht nur in der Relationalität, sondern fortwährend in einem nicht eingrenzenden Prozeß des Weiterverweisens bzw. der Relationierung generiert wird. Dieser Prozeß hat zwei Aspekte:

Erstens verweisen sprachliche Zeichen letztlich immer auf andere sprachliche Zeichen, oder genauer: Die bezeichnenden Teile der Zeichen, die Signifikanten, können nicht anders, als auf andere Signifikanten zu verweisen – ohne in diesem sich perpetuierenden Prozeß je einen letzten Schritt hin zum endgültigen Signifikat bzw. zur eigentlich-einheitlichen Bedeutung tun zu können. Bereits Charles Sanders Peirce, auf den der zweite breite Strang des semiotischen Denkens des 20. Jahrhunderts (neben Saussure) zurückgeht, hatte den Prozeß des Bezeichnens als niemals endend beschrieben, als Prozeß *ad infinitum* (vgl. Peirce 1960: 2.303; vgl. zur unbegrenzten Semiose bei Peirce: Eco 1991[1976]: 101-106). Jacques Derrida führte seinen Begriff der *différance* als „nicht-volle[r], nicht-einfache[r] Ursprung der Differenzen“ (Derrida 1988[1972]: 37), dem der Name „Ursprung“ nicht mehr zusteht, ein, um das unaufhörliche Spiel der Zeichen zu erklären. Das Spiel der *différance*, das existierende Differenzen (und damit Bedeutungen) immer aufs Neue destabilisiert, ergänzt, wenn man so will, die strukturelle oder räumliche Dimension des Bezeichnens um eine historisch-zeitliche Dimension: „[Wir] bezeichnen [...] mit *différance* jene Bewegung, durch die sich die Sprache oder jeder Code, jedes Verweisungssystem im allgemeinen ‚historisch‘ als Gewebe von Differenzen konstituiert“ (Derrida 1988[1972]: 38).

Vielleicht am einflußreichsten wurde der Aspekt der Bewegung im System jedoch von Jacques Lacan beschrieben, als er von einer „Signifikantenkette“ sprach (z.B. Lacan 1991[1966]: 22-32). Lacan nennt für eine solche Kette von Signifikanten die eingängigen Beispiele des Lexikons und der Grammatik, die beide nicht umhin können, die Bedeutung von Signifikanten durch neue, meist umfangreiche Kombinationen von

anderen Signifikanten zu erklären (ebd.: 26, vgl. zu den sprachwissenschaftlichen Überlegungen Lacans Lang 1973, zur Signifikantenkette v.a. 234-246; Teichmann 1983: 100-118; Pagel 1999[1989]: 37-53). Dies hat zur Folge, daß man auf der Suche nach dem Signifikat immer weiter an den sich ineinander kettenden Signifikanten entlang gleitet (vgl. Lacan 1991[1966]: 27) und sich Bedeutung nur diffus in Abgrenzung zu einem sich bewegenden Geflecht einer Vielzahl von Signifikanten konstituieren kann.³⁰ Es liegt angesichts sich verzweigender Verweise auf andere Signifikanten auch nahe, sich ein in verschiedene Richtungen ausdehnendes Netz von Signifikanten anstelle einer linearen Signifikantenkette vorzustellen (vgl. Lacan 1996: 48-58; Pagel 1999[1989]: 43; Teichmann 1983: 106/107).

Zweitens kommt nun aber, gerade weil auf der Ebene der *langue* der Zeichenprozeß auf dem Spiel der *différance* beruht und durch das Gleiten entlang der Signifikantenkette bzw. durch das Signifikantennetz nie zum Stillstand kommen kann, der Ebene der *parole* bzw. dem Moment der Artikulation eine sonderbare Zwitterrolle zu. Zum einen nämlich beschreibt die Artikulation einen diskursiven Punkt, an dem ein komplexes Relationsnetz von Differenzen punktuell etabliert wird. Mit anderen Worten: Die Artikulation verortet die diskursiven Elemente, in diesem Fall die sprachlichen Zeichen, in einem Hier und Jetzt, in einem Kontext, der es den Diskursteilnehmern üblicherweise (wenngleich oft unscharf) erlaubt, einen Sinn und eine Bedeutung des Artikulierten zu rekonstruieren. Es hat also den Anschein, als ob im Moment der Artikulation dem Gleiten des Signifikanten Einhalt geboten wird. Der Punkt, an dem ihm Einhalt geboten wird, ist aber kein notwendiger oder berechenbarer Punkt, an dem sich eine „eigentliche Bedeutung“ konstituieren würde; vielmehr ist er kontingent. Die Eigenschaft der Kontingenz mag gemildert erscheinen durch die Gewohnheit (vgl. z.B. Peirce 1960: 5.486-5.491;

30 Einen Beleg für dieses Gleiten liefert ironischerweise Platons Sokrates selbst im bereits oben zitierten Dialog *Kratylos*, in welchem er eine Vielzahl von Wörtern durch andere Wörter erklärt, so etwa indem die Seele als das erläutert wird, was das Sein leitet, das „Seileit“. „Und dann kann man es noch schön machen und ‚Seele‘ sagen“, spricht Sokrates (Platon 1994: 37 [400b]). Daß sich der Übersetzer ebenso wie Platon um eine Ähnlichkeit des Klangs der Wörter bemüht, kann hierbei nicht verdecken, daß der Signifikant „Seele“ durch die Signifikanten „Sein“ und „Leiten“ erklärt wird, die selbst bei einer Nachfrage wieder einer Erläuterung durch andere Signifikanten bedürften. Sokrates' bzw. Platons Erklärungsprozeß des Wortes durch das Wort bricht mehr oder weniger willkürlich mit der Feststellung ab, daß die nicht ableitbaren Wörter nichts anderes sein könnten als „Urbestandteile der übrigen sowohl Sätze als Worte“ (Platon 1994: 64 [422a]).

vgl. auch Eco 1991[1976]: 102)³¹, mit der – nichtsdestotrotz willkürlich – der Verweisungsprozeß regelmäßig an bestimmten Punkten angehalten wird, aber grundsätzlich kann Gewohnheit Kontingenz nicht beseitigen. Obwohl sie nun aber auf der einen Seite eine punktuelle Stabilisierung von Bedeutung ermöglicht, ist die Artikulation auf der anderen Seite der dynamische diskursive Mechanismus schlechthin. Wenn man über den einzelnen diskursiven Punkt (der vielleicht ohnehin als solcher nicht zu erfassen ist) die temporale Ebene des Diskurses mitdenkt, und wenn man weiterhin bedenkt, daß Artikulationen immer kleine Verschiebungen oder Modifikationen in der Identität diskursiver Elemente bewirken (weil der Kontext stets mindestens ein wenig abweicht), dann wird deutlich, daß angesichts der Bewegung des Diskurses durch Artikulationen von einer eigentlichen Bedeutung diskursiver Elemente im allgemeinen wie sprachlicher Zeichen im speziellen nicht die Rede sein kann.

Vielleicht könnte man eine Art diskursiver Unschärferelation postulieren: Zum einen gewinnt man, wenn man einen Punkt in seinem momentanen Kontext betrachtet, Aufschluß darüber, weshalb die Bedeutungen diskursiver Elemente und der durch sie generierte diskursive Sinn nicht in einem völlig chaotischen (Ent-)Gleiten entlang der Signifikantenkette (oder vielleicht allgemeiner: der Kette diskursiver Elemente) verloren gehen. Aber man kann sich bei der Betrachtung eines Punktes keinen rechten Aufschluß darüber verschaffen, daß derartige Punkte immer in temporal-diskursiver Bewegung stehen und daher nie die Stabilität aufweisen, die die punktuelle Betrachtung vermeintlicherweise herstellt. Umgekehrt aber gilt zum zweiten, daß die Betrachtung der diskursiven Bewegung, die durch *viele* Artikulationen vorangetrieben wird, ohne eine Berücksichtigung des Punktes *einer* Artikulation in ihrem Kontext nicht erklären kann, weshalb eine meistens ausreichende Verständigung der Diskursteilnehmer zustande kommt. Die Betrachtung des Diskurses gemäß eines solchen Modells diskursiver Unschärfe kann Aufschluß darüber geben, was diskursive Subjekte tun, wenn sie sich darum bemühen, das Spiel der *différance* durch Definitionen, Begriffsbildungen, Begriffsbesetzungen und ähnliches auszusetzen oder anzuhalten. Sie fertigen eine Art Photographie einer Bewegung an und blenden dabei die Zeitebene der Bewegung aus – Bedeutung wird gewissermaßen verräumlicht. Der Gegenstand auf der Photographie mag über lange Zeit verständlich bleiben, weil es seinen eigenen Kontext immer

31 Peirce spricht nicht, wie der erst später schreibende Saussure, von Signifikanten, sondern von einem unendlichen Ineinandergreifen einer Unzahl von Interpretanten (vgl. zu Peirce Nöth 2000[1985]: 59-70; speziell zu Stellung und Funktion des Interpretanten im Peirceschen Denken vgl. Eco 1991[1976]: 101-107).

mitbringt, insbesondere die Tatsache, daß er als Photographie bzw. Definition oder Begriffsbildung auftritt. Aber die Photographie kann nie erhellen, woher ein Gegenstand kommt, wohin er sich bewegt und warum er sich in Bewegung befindet. Eine Photographie kann weder verhindern, daß ein Gegenstand sich bewegt, noch daß er in einem völlig anderen zeitlichen und/oder räumlichen Kontext eine völlig neue Bedeutung annimmt. Ebenso muß jede Fixierung des Entlanggleitens an der Signifikantenkette immer temporär bleiben, denn die Signifikanten drängen auch jenseits dieses Punktes weiter und fordern eine fortgesetzte Reihe von signifikanten Verweisen ein.

Das Zeichen „Soziale Marktwirtschaft“ kann also sicherlich nicht auf eine eigentliche Bedeutung verweisen. Selbst Definitionen welcher Art auch immer können dies nicht bewirken. Das heißt wiederum nicht, daß „Soziale Marktwirtschaft“ bedeutungslos wäre, doch der Prozeß der Bedeutungsgenerierung ist komplex, er ist relational und artikulatorisch zu verstehen. Ihre Bedeutung ist eine Folge von Relationen, die sich in den Signifikantenketten bzw. Signifikantennetzen entwickeln, bleibt dabei aber stets diffus, brüchig und oft sprunghaft. Darüber hinaus läßt sich jede Bedeutung höchstens vorläufig und temporär im Rahmen des signifikanten Kontextes einer Artikulation fixieren.

Aus verschiedenen Gründen ist die metaphysische Begründung einer eigentlichen Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“ somit gescheitert. Wenn dennoch immer wieder der Eindruck erweckt wird, es ließe sich eine derartige eigentliche Bedeutung ausmachen, so kann das nur als Teil einer hegemonialen Strategie verstanden werden, die alle anderen Deutungen und die grundsätzliche Unsicherheit hinsichtlich der Bedeutung zu verdrängen sucht (vgl. zu hegemonialen Strategien ausführlich Kapitel 5). Diskursbeiträge, die von einer solchen eigentlichen Bedeutung ausgehen, tun nichts anderes als diese selbst im Rahmen der Signifikantenkette zu fixieren und dem Diskurs als Postulat zu injizieren.

2.2.3 Die objektive Begründung einer eigentlichen Bedeutung und ihr Scheitern an der Kontextualität oder Kulturalität der Zeichen

Obwohl die grundlegende Relationalität und Fragilität der Bedeutung sprachlicher Zeichen (und damit diskursiver Elemente im allgemeinen) nun geklärt ist, drängt sich offensichtlich ein Einwand auf, der sich schon im Rahmen der kurzen Skizze der politischen Sprachkritik anzeigte und den man in etwa wie folgt skizzieren könnte: „In Ordnung, wir akzeptieren, daß es die Relationalität im sprachlichen Zeichenprozeß nicht gestattet, von eigentlichen und einheitlichen Bedeutungen zu reden, aber

übersehen wir dabei denn nicht, daß Sprache die Bedeutung von Dingen, von realen Gegenständen beschreibt? Ist nicht die Notwendigkeit eines letztlichen Objektbezugs bei diesen ganzen ‚mentalistischen‘ Überlegungen zum Verhältnis von Zeichenträger und Bedeutung, von Signifikant und Signifikat, vergessen worden? Wenn wir von ‚Sozialer Marktwirtschaft‘ sprechen, schlägt sich das nicht nieder in einer Kombination äußerst realer, am wirtschaftlichen Wohlergehen unserer Volkswirtschaft meßbarer und durch die soziale Absicherung bestätigter Elemente, wie etwa die Monopolkontrolle oder die gesetzliche Krankenversicherung? Können wir also nicht die eigentliche Bedeutung eines Zeichens schlicht und ergreifend damit eindeutig und einheitlich fixieren, daß wir sie am real vorhandenen Objekt, am wirklichen Ding festmachen?“

Der Problematik dieses Einwandes können wir uns mit Hilfe einer häufig rezipierten Typologie annähern, die Walter Dieckmann (1975 [1969]) von Wörtern mit unbestimmtem Inhalt und deren Auswirkungen auf das politische Sprechen erstellt hat. In seiner Typologie unterscheidet er zwischen weitgespannten, abstrakten, komplizierten, unscharfen, relativen, mehrsinnigen und mehrdeutigen Wörtern (ebd.: 61-70). Hier interessieren vor allem die Typen des abstrakten und des komplizierten Wortes, weil Dieckmanns diesbezügliche Definitionen jeweils einen Bezug zur objektiven Wirklichkeit bzw. zu einem Referenzobjekt aufweisen. Abstrakte Wörter sind demnach von unbestimmtem Inhalt, da sie „etwas bezeichnen, was *in der materiellen Wirklichkeit* nicht existiert“ (ebd.: 62, Hervorhebung MN). Hier wird zum einen deutlich, daß Zeichen, um zu bedeuten, nicht notwendigerweise ein materielles Referenzobjekt benötigen. Zum anderen läßt sich aber vor der Folie einer solchen Definition ein lange bekanntes Problem erkennen, denn sie ist natürlich nicht nur auf jene Wörter (oder, um genauer zu sein, jene Substantive) anwendbar, die man für gewöhnlich abstrakt nennt. Neben zahlreichen Wörtern, die nicht in die Kategorie der Substantive fallen (viele Verben, Fragepartikel etc.), umfaßt das materiell nicht Wirkliche im Sinne eines nicht anhand der Sinne Wahrnehmbaren offensichtlich auch Substantive aus dem Bereich dessen, was früher wahrscheinlich existiert hat (z.B. Dinosaurier), des Mythischen (z.B. der Wolperdinger oder die Bundeslade) oder des Physikalisch-Spekulativen (z.B. Quarks und Strings). Die Wirklichkeit des mit diesen sprachlichen Zeichen Signifizierten läßt sich wohl nur mit Erklärungen anhand einer Kette weiterer Signifikanten verteidigen oder attackieren. Hinzu kommt aber ein Zweites: Dieckmann geht davon aus, daß die unbestimmten Abstrakta (wohl gemeint im „üblichen“ Sinne: Vernunft, Freiheit, Liebe, Haß etc.) sich dann ihrer in der politischen Sprache störenden Unbestimmtheit entledigen und eindeutig zu handhaben sind, wenn man sie definitorisch

festlegt (ebd.). Auf die Problematik der Definition zum Zweck der eindeutigen oder eigentlichen Bestimmung von Bedeutungen sind wir bereits eingegangen: Keine Definition – und sei sie in noch so großer Übereinstimmung gewonnen – kann etwas anderes sein als der von Lacan erwähnte Lexikonartikel, in dem eine Vielzahl von Signifikanten für die Festlegung der Bedeutung eines anderen Signifikanten verwendet wird. Durch eine Definition läßt sich das Drängen des Signifikanten, an der Kette oder im Netz der Signifikanten immer weiter zu gleiten, von Ring zu Ring, von Knotenpunkt zu Knotenpunkt, nicht anhalten. Ganz im Gegenteil: Je mehr sich eine Definition um die Exaktheit eines Begriffs bemüht, das heißt je ausführlicher, mit je mehr Worten sie ihn definiert, desto mehr läßt sie den Effekt des Gleitens ansteigen, weil sich ja immer mehr Anknüpfungspunkte für neue Signifikantenketten finden.

Kompliziert sind Wörter nach Dieckmann (ebd.: 62/63) dann, wenn sie „Ordnungen bezeichnen, die der unmittelbaren Erfahrungswelt des Durchschnittsbürgers entrückt sind“, z.B. „Demokratie“, „Sozialismus“ oder „Planwirtschaft“, auch „Soziale Marktwirtschaft“ ließe sich wohl – analog zur „Planwirtschaft“ – hier einordnen.³² Auch bei komplizierten Wörtern liegt dieser Lesart zufolge die Ursache des Verständigungsproblems nicht in der Sprache, sondern in der Wirklichkeit, genauer in der Komplexität der Wirklichkeit, die sich vom „Durchschnittsbürger“ nicht ohne weiteres in einem Wort fassen läßt. Doch wenn dem so wäre, müßten all jene, die keine „Durchschnittsbürger“ sind, sondern – als „Experten“ vielleicht – eine komplexe Wirklichkeit korrekt zu erfassen vermögen, komplizierte Wörter in eindeutiger Weise verwenden. Offensichtlich aber existiert eine solche Expertenübereinstimmung bei den für die Kategorie „kompliziert“ in Frage kommenden Wörtern in den Fällen „Demokratie“ oder „Soziale Marktwirtschaft“ (und nicht nur in diesen) nicht, denn es treffen ja kontinuierlich verschiedene Deutungen aufeinander. Das würde wiederum bedeuten, daß es niemanden gibt, der die komplexe Wirklichkeit in all ihren Facetten erfaßt. Wenn aber niemand die komplexe Wirklichkeit als Wirklichkeit erfassen kann, kann sie oder er nicht anders als zu versuchen, sie symbolisch bzw. durch (sprachliche) Zeichen zu repräsentieren und zu vermitteln, also zum Beispiel zu definieren – womit wir erneut bei einer Signifikantenkette angekommen wären. Somit hängt das Komplizierte nicht mit der komplizierten Wirklichkeit zusammen – auch wenn, wie ich weiter unten noch zeigen möchte, die Klassifizierung „kompliziert“ im Fall von zentralen Begriffen in politischen Diskursen (etwa „Soziale Marktwirtschaft“) durchaus sinnvoll sein kann.

32 Martin Greiffenhagen hat in seiner Anthologie umkämpfter Wörter genau diese Einordnung der „Sozialen Marktwirtschaft“ vorgeschlagen (vgl. Greiffenhagen 1980: 28).

Beleuchten wir nun aber die grundsätzliche Problematik, die Dieckmanns Aussagen zugrunde liegt, genauer und gehen wir mit Hilfe der Semiotik der Frage nach, inwieweit Zeichen auf wirkliche Referenzobjekte verweisen, inwieweit sie damit eventuell an Eindeutigkeit gewinnen und ob somit vielleicht doch noch die Eigentlichkeit der Bedeutung von Zeichen fixiert werden kann:

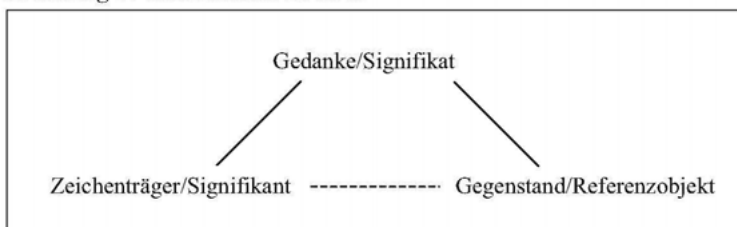
Wenn man von einer für die Zeichenfunktion notwendigen Beziehung des Zeichens zu einem Referenzobjekt ausgeht, so impliziert dies zwei Annahmen, die bereits am Beispiel der politischen Sprachkritik expliziert wurden: Die erste Annahme besteht darin, daß sich die Funktion des Bezeichnens in einem Raum abspielt, der aus Wort (das in diesem Verständnis eigentliche Zeichen), Konzept und Ding besteht. Gemäß der zweiten Annahme besteht zwischen diesen drei Komponenten eine Folge hierarchisch geordneter Relationen der Abbildung, insofern das Wort das Konzept repräsentiert und dieses wiederum das Ding. Im weitesten Sinne kann man daher auch von einem abbildtheoretischen Zeichenverständnis sprechen. Ein solches Zeichenverständnis entspricht im wesentlichen dem Zeichenverständnis, das bereits Aristoteles in seiner Abhandlung über die Interpretation ausgeführt hatte. Aristoteles spricht hierbei von Konzepten als Empfindungen in der Seele, und er fügt der Abbildungshierarchie Ding – Konzept – gesprochenes Wort noch die Schrift als Abbild des Wortes hinzu (vgl. zur Zeichentheorie des Aristoteles mit umfangreichen Literaturhinweisen Nöth 2000[1985]: 5/6):

Es sind also die gesprochenen Laute ($\varphi\omega\upsilon\eta$) Zeichen ($\sigma\upsilon\mu\beta\omicron\lambda\alpha$) der in der Seele ($\psi\upsilon\chi\eta$) hervorgerufenen Empfindungen ($\pi\acute{\alpha}\theta\eta\mu\alpha\tau\alpha$), und die Schrift ist wieder ein Zeichen der Laute. Und wie nicht alle dieselbe Schrift haben, so sind auch die Laute nicht bei allen dieselben. Aber das, wofür sie in erster Linie Zeichen sind, nämlich die Empfindungen der Seele, sind bei allen Menschen dieselben; und das, wovon diese Empfindungen Abbilder sind, nämlich die eigentlichen Dinge ($\pi\rho\acute{\alpha}\gamma\mu\alpha\tau\alpha$), ist ebenfalls gleich (vgl. Aristoteles 1998: 97 [16a 3-8]; Übersetzung nach Nöth 2000[1985]: 5).

Ich gehe an dieser Stelle nicht näher auf die Relation von Schriftlichkeit und Gesprochenheit der sprachlichen Zeichen ein, sondern nehme eine weitgehend ähnliche Funktion gesprochener und schriftlicher Sprachzeichen an.³³ Unter dieser Prämisse läßt sich das aristotelische Zeichenverständnis unter Zuhilfenahme der Terminologie der heutigen Semiotik in die Form eines semiotischen Dreiecks übertragen:

33 Dennoch ist die Annahme einer Hierarchie, die das Wort über die Schrift setzt, nicht unproblematisch. Vergleiche hierzu die Dekonstruktion genau dieser hierarchisierten Opposition von Wort und Schrift in Jacques Derrida *Grammatologie* (Derrida 1996[1967]).

Abbildung 1: Semiotisches Dreieck



Quelle: Nöth (2000[1985]: 140)

Die Darstellung der Zeichenfunktion in dieser Form eines Dreiecks ist dem semiotischen Dreieck von Ogden und Richards vergleichbar (vgl. Ogden/Richards 1949[1923]: 10/11; vgl. auch Eco 1991[1976]: 89/90; Nöth 2000[1985]: 139/140). Ogden und Richards gehen davon aus, daß sowohl zwischen Referenzobjekt und Gedanke als auch zwischen Gedanke und Zeichenträger eine kausale Verbindung besteht, während „[b]etween the symbol and the referent there is no relevant relation other than the indirect one“ (Ogden/Richards 1949[1923]: 11). Die oben zitierte Formel von Helmut Kuhn, daß Worte dazu da seien, Dinge zu bezeichnen, wird also prinzipiell bestätigt, aber doch etwas lockerer gehandhabt, da eben nur eine indirekte Verbindung zwischen Wort und Ding postuliert wird. Weil aber Wort und Ding über den Gedanken mit zwei *kausalen* Verbindungen verknüpft sind, also sehr festen Ableitungsbeziehungen, läßt sich wohl doch annehmen, daß man die eigentliche Bedeutung eines Wortes (also den mit ihr eigentlich verknüpften Gedanken) in eindeutiger Weise durch die Verbindung zum Objekt festmachen könnte. Die referenztheoretische Grundannahme lautet: Der Gegenstand führt zum Gedanken, der Gedanke zum Wort – deshalb bedeutet das Wort den Gedanken und der Gedanke den Gegenstand.

Nun verhält es sich in der Tat offensichtlich so, daß sprachliche Zeichen in Diskursen regelmäßig mit dem Ziel verwendet werden, auf etwas „da draußen“, ein konkretes Ding, ein „Wirkliches“ zu verweisen. Daß eine solche Sprechintention nicht ungewöhnlich ist, kann jedoch kein Beleg dafür sein, daß die Referenzobjekte die Bedeutung der verwendeten Zeichen in einer Weise determinieren würden, die das Sprechen von einer „eigentlichen Bedeutung“ erlauben würde. Dagegen spricht schon, daß – wie mehrfach ausgeführt – die Referenzobjekte, um als solche sinnhaft zu erscheinen, genau wie alle diskursiven Elemente der fluktuierenden Logik von Differenz und Differenzierung unterliegen. Es kommt aber noch hinzu, daß die Bedeutung, um die Eigentlichkeitsforderung zu saturieren, vom Objekt emanieren müßte, d.h. es müßte eine *feste* und *allein maßgebliche* Verbindung zwischen Objekt und Be-

deutung bestehen. Bei der Verifizierung der Annahme, daß sich eine eigentliche Bedeutung von Zeichen aus den Gegenständen ergebe, auf die sie verweisen, geht es also letztlich vor allem um die Frage: Ist der Bezug zum Referenzobjekt eine notwendige Bedingung der Bedeutungsfunktion sprachlicher Zeichen, sind also sprachliche Zeichen, um zu bedeuten, auf den sprachexternen Ankerpunkt angewiesen? Wenn Zeichen nämlich auch ohne diesen Bezug ihre Bedeutungsfunktion ausfüllen, läßt sich nicht schlüssig argumentieren, daß Zeichen eine eigentliche Bedeutung hätten, die vom Referenzobjekt herrühre.

Die Referenztheorie hat sich lange Zeit bemüht, den notwendigen Zusammenhang der Bedeutung von Zeichen und ihrem Referenzobjekt nachzuweisen. Bertrand Russell etwa vertrat als einer der prominentesten Vertreter der Referenztheorie die Ansicht, daß die Bedeutung eines Wortes ausschließlich das Objekt sein könne, auf das es direkt verweist (vgl. zu Russells Referenztheorie Martinich 1984: 133-148; Nöth 2000 [1985]: 152/153). Er setzte sich auch mit dem naheliegendsten Einwand gegen die Referenztheorie auseinander, der bereits im Zusammenhang mit der Dieckmannschen Typologie verdeutlicht wurde, nämlich dass zahlreiche sprachliche Zeichen nicht über ein konkret erfahrbares Referenzobjekt verfügen. Russell kommt nun etwa mit Blick auf die sogenannten „non-entities“ (wie „Apollo“ oder „Hamlet“; auch die „Quarks“ würden wohl in diese Kategorie fallen) zu dem wenig überzeugenden Schluß, daß diese letztlich eben auf nichts verweisen (Russell 1974[1905]: 156), weil sie nicht auf ein Objekt verweisen. Gegen diese Argumentation spricht vor allem eines: Zeichen, die auf nichts verweisen, würden aufhören, als Zeichen zu existieren, weil ein Zeichen ja genau durch diesen Verweisungszusammenhang besteht (aliquid pro aliquo). Abstrakta wiederum versucht Russell in den „objektiven“ Griff zu bekommen, indem er auch Konzepte oder Universalien als Objekte akzeptiert (vgl. Martinich 1984: 138); gemäß der obigen Argumentation muß dies jedoch über den Schritt der Definition immer wieder zu einem endlosen Spiel der Signifikanten führen. Schließlich sind es neben bestimmten Substantiven aber vor allem die anderen Wortarten, die einer Referenztheorie Probleme bereiten müssen, etwa Adjektive oder Verben. Hier ließe sich mit Russell argumentieren, daß auch Wörter, die Objekte oder Eigenschaften von Objekten zusammenfassen (wie viele Adjektive), oder Begriffe, die Objekte zueinander in Beziehung setzen (wie viele Verben), ihre Bedeutung letztlich aus dem Bezug auf die Referenzobjekte gewinnen (vgl. ebd.: 138/139).

Auf eine ähnliche Argumentation baute Dieckmanns Erläuterung der komplizierten Wörter, die deshalb kompliziert seien, weil sie eine komplexe Wirklichkeit repräsentierten, sprich: eine Vielzahl wirklicher Ob-

jekte zeichenhaft miteinander in Beziehung setzen. Diese Erklärung ist zwar schon bei Dieckmann am Insistieren der Signifikantenkette gescheitert, aber es läßt sich gerade am Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ neben der Signifikantenkette noch ein weiteres Problem aufzeigen, das mit der Konstruktion eines vermeintlich mehrere Objekte zueinander in Beziehung setzenden Zeichens entsteht. Zunächst treten alle Anzeichen der Signifikantenkette bzw. des Signifikantennetzes auf: Natürlich werden durch „Soziale Marktwirtschaft“ eine Vielzahl anderer Begriffe zueinander in Beziehung gesetzt – etwa die Begriffe „Wohlstand“, „Geldwertstabilität“, „Leistungswettbewerb“, „freie Preisbildung“ und „Monopolkontrolle“ –, aber auch diese Begriffe verfügen nicht über offensichtliche konkrete Referenzobjekte. Es scheint in jedem Fall notwendig, ein sehr weit verzweigtes Netz von Begriffen nachzuverfolgen, bis man bei Begriffen endet, die scheinbar konkrete Objekte bezeichnen, wie etwa „wohlgenährter Körper“ oder „Obdach“. Aber ist man erst einmal der Kette so weit nachgegangen, dann wird eines schnell deutlich: Die scheinbar konkreten Objekte sind nie bloße Objekte, sondern sie sind als sinnhafte Objekte stets verknüpfte Objekte, die im Zuge der Verknüpfung einen bestimmten Wert annehmen, der vom Kontext der jeweiligen diskursiven Artikulation abhängt. Dabei können Objekte im Zuge der Artikulation mit anderen Objekten, mit Zeichen, aber auch mit Subjekten verknüpft sein; ganz allgemein hängt die sinnhafte Beschaffenheit des artikulierten Objekts genauso vom (situationalen, politischen, sozialen, kulturellen etc.) Kontext der Artikulation ab wie die sinnhafte Beschaffenheit jedes anderen diskursiven Elements. Einfach gewendet: Der „wohlgenährte Körper“, über den eine Ernährungsberaterin spricht, ist ein anderer als der, den eine Beamtin des Sozialamts oder eine Sozialhilfe empfangende, alleinerziehende Mutter im Kopf hat, und wiederum ein anderer als der, über den man sich bei einem Wohltätigkeitsbankett des Rotary Clubs unterhalten mag. In jedem Fall ist das Referenzobjekt kein einfaches Objekt, von dem aus eine eindeutige bzw. eigentliche Bedeutung emanieren könnte, sondern immer ein situational, politisch, sozial, kulturell usw. gewertetes Objekt, das in seiner reinen, diskurs-externen Materialität nie in Erscheinung tritt. Wichtig ist ein Referenzobjekt oder auch ein Referenzsachverhalt nicht als Materie, sondern als ein in einem bestimmten diskursiven Kontext etabliertes Element. Umberto Eco spricht nicht von in diskursiven Kontexten etablierten Elementen sondern von kulturellen Einheiten, aber er verdeutlicht denselben Sachverhalt, indem er die Perspektive des Lesers bzw. des Empfängers eines Zeichens betrachtet. Damit der Leser eines Zeichens dieses versteht, ist es uninteressant, ob dem Wort ein faktisches Ding oder ein tatsächlicher Sachverhalt entspricht. „Aber er

muß wissen, welche kulturelle Einheit dem Inhalt eines Wortes entspricht“ (Eco 1991[1976]: 93). Das gilt nicht nur für den von Russell erwähnten „Appollo“ oder für Ecos Beispiel der „Transsubstantiation“; es gilt vor allem, was in unserem Zusammenhang entscheidend ist, für die Zeichen, die im Zentrum von politischen Diskursen stehen. Nicht umsonst ist für ein wenigstens diffuses Verständnis dessen, was „Soziale Marktwirtschaft“ bedeuten könnte, eine Sozialisierung im deutschsprachigen politischen Raum hilfreich (vgl. für einen Blick von außen auf das spezifisch Deutsche der Sozialen Marktwirtschaft Nicholls 2000; Foucault 2004b).

Eco weist auch noch auf einen weiteren entscheidenden Aspekt hin, der die Annahme einer notwendigen Beziehung zwischen Zeichen und Referenzobjekt und damit die Überlegung, eine eigentliche Bedeutung sprachlicher Zeichen von diesen Objekten abzuleiten, konterkariert. Es funktionieren nämlich auch jene Zeichen wunderbar ohne Referenzobjekt, denen man für gewöhnlich einen notwendigen Bezug zum Referenzobjekt nachsagt, etwa „Tisch“ oder „Hammer“. Daß der Objektbezug keine notwendige Bedingung für die Zeichenfunktion ist, zeigt sich am deutlichsten im Modus der Lüge, der in Umberto Ecos Erläuterung dessen, was er Referenten-Fehler nennt, eine zentrale Rolle spielt: „Eine Zeichenfunktion“, so Eco, „liegt immer dann vor, wenn es eine Möglichkeit zum Lügen gibt: das heißt, wenn man etwas signifizieren (und dann kommunizieren) kann, dem kein realer Sachverhalt entspricht“ (Eco 1991[1976]: 89, vgl. auch ebd.: 167). Wörter bzw. Sprachzeichen sind also im Gegensatz zur bereits mehrfach zitierten Formel von Helmut Kuhn genau *nicht* dazu da, Dinge zu bezeichnen. Vielmehr werden sie zu Sprachzeichen erst dadurch, daß sie auch ohne jeden Dingbezug oder sogar unter der Bedingung eines vorsätzlich vorgegaukelten Dingbezugs funktionieren.

Dies alles bedeutet jedoch nicht – wie man wohl nicht häufig genug betonen kann –, daß es für eine diskurstheoretische Herangehensweise keine äußere Welt jenseits des Diskurses gebe. Mit diesem „common misunderstanding“ (Torfing 1999: 94) sieht sich gerade die Diskurstheorie Laclau/Mouffescher Provenienz (aber nicht nur diese) immer wieder konfrontiert. Auf der Basis des semiotischen Dreiecks hält zum Beispiel Roy Bhaskar, der sich im Paradigma des kritischen Realismus verortet, die intransitive Dimension der Referenten entgegen; diese könne die Diskurstheorie nicht erfassen. Die Referenten, so Bhaskar, existierten unabhängig vom Diskurs (vgl. Bhaskar in Bhaskar/Laclau 1998: 12-14). Dies ist jedoch, wie Laclau verdeutlicht, keine valide Kritik an der Diskurstheorie, die ein Existieren der äußeren Welt (auch unabhängig vom Diskurs, selbst wenn das nicht viel *Sinn macht*) in keiner Weise

in Abrede stellt. Für die Diskurstheorie ist aber entscheidend (und insofern ist sie anthropozentrisch!), wie menschliche Subjekte die externe Welt differenzieren und klassifizieren, um sie mit Sinn zu versehen. Dabei gleicht die Differenzierung der Objekte der Differenzierung der diskursiven Elemente im allgemeinen (vgl. Laclau in Bhaskar/Laclau 1998: 14; vgl. auch Laclau/Mouffe 1985: 108/09). Insofern darf man nicht davon ausgehen, der Diskurs etabliere die Welt der Objekte, wohl aber kann man von einer diskursiv bedingten „instability of objects“ sprechen (Laclau/Mouffe 1990[1987]: 109).³⁴

Aus diesem Grund muß die Analyse politischer Diskurse von einem „objektiven“ Zeichenverständnis Abstand nehmen: Wenn sie etwa den Diskurs der „Sozialen Marktwirtschaft“ untersucht, muß sie diese diskursive Einheit stets als kontextuell verortetes Element – im Sinne Ecos als kulturelle Einheit – untersuchen. Die Diskurstheorie darf sprachliche Zeichen nicht in Abhängigkeit von Referenzobjekten begreifen – vielmehr befaßt sie sich in Anlehnung an die Semiotik „hauptsächlich mit Zeichen als sozialen Kräften“ (Eco 1991[1976]: 98). Kurz: Als politisch-diskursive Einheit ist die Bedeutung des Zeichens „Soziale Marktwirtschaft“ weder als quasi-metaphysische „Idee“ fixiert noch durch den Bezug auf Referenzobjekte, sondern sie entsteht und wandelt sich in Abhängigkeit von kulturellen, sozialen und politischen – und damit diskursiven – Kontexten.

Greifen wir an dieser Stelle nochmals die Dieckmannsche Typologie und speziell den Typ des komplizierten Wortes bzw. sprachlichen Zeichens auf. Es wurde gezeigt, daß man mit der theoretischen Geste, die Unbestimmbarkeit von Zeichen auf die komplexe Wirklichkeit zu reduzieren, aus zeichentheoretischer Sicht nicht weit kommt (zumal dann, wenn wie bei komplizierten Wörtern in politischen Diskursen eine Komponente der Dieckmannschen Mehrdeutigkeit, also der ideologischen Polysemie, stets mitschwingt). Zu sehr landen wir immer wieder bei der kontextbedingten Ereignishaftigkeit der Artikulation und bei der Logik der immer weiter drängenden Signifikantenkette; zu deutlich müssen wir erkennen, daß auch und gerade die Begriffe, die Dieckmann kompliziert nennt, in politischen Diskursen im Modus der Lüge gebraucht werden können, also gerade keinen Bezug zur Wirklichkeit benötigen – wie komplex auch immer diese sein mag. Auch und gerade

34 Eine weitere Kritik an der Diskurstheorie, die ebenfalls die vermeintlich mangelnde Berücksichtigung der materiellen Wirklichkeit hervorhebt, artikuliert Norman Geras (1987); vgl. zur Replik auf Geras den Aufsatz „Post-Marxism without Apologies“ von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (1990[1987]), der auch grundsätzlich als knapper Überblick über wichtige frühe diskurstheoretische Positionen lesenswert ist.

komplizierte Wörter sind im Rahmen ihres Kontextes als kulturelle Einheiten und als soziale Kräfte zu begreifen.

Allerdings läßt sich eine gewisse Überzeugungskraft der Unterscheidung zwischen verschiedenen Komplexitätsgraden von Wörtern nicht leugnen, wenn man beispielsweise „Soziale Marktwirtschaft“ und „Apfel“ nebeneinander stellt (dies gilt wohl wiederum nur innerhalb eines bestimmten Kontextes, hier des Kontextes politischer Diskurse; so mag innerhalb eines biologischen oder eines landwirtschaftlichen Diskurses der „Apfel“ durchaus genauso komplex sein wie die „Soziale Marktwirtschaft“). Das ist in unserem Zusammenhang von Bedeutung, weil es so scheint, als ob politische Diskurse für gewöhnlich um eine bestimmte Gruppe von Begriffen kreisen, die Dieckmann entweder als „abstrakt“ („Freiheit“, „Gerechtigkeit“ etc.) oder als „kompliziert“ („Demokratie“, „Soziale Marktwirtschaft“ etc.) klassifizieren würde; politische Diskurse kreisen eben für gewöhnlich nicht um den „Apfel“, die „Büroklammer“ oder den „Halbschuh“ (wenngleich gelegentlich um „schwarze Koffer“).

Es ist daher sinnvoll, die Kategorie des komplizierten Wortes gerade auch für die „Soziale Marktwirtschaft“ wenigstens aus heuristischer Motivation beizubehalten und gleichzeitig aus den weiter oben genannten Gründen die von Dieckmann als „abstrakt“ klassifizierten Wörter in der Kategorie „kompliziert“ einzuschließen – solange wir die Qualität der Kompliziertheit von der Bestimmung durch die komplexe Wirklichkeit ablösen. Grundsätzlich nehmen komplizierte Wörter keine andere Stellung ein als andere Wörter, insofern sie, der Logik der *différance* und der Logik der Artikulation folgend, notwendigerweise sowohl in das gesamte Sprachsystem als auch in eine nie gleichbleibende Signifikantenkette bzw. ein dynamisiertes Signifikantennetz eingebunden sind. Allerdings zeichnen sich Wörter wie „Demokratie“, „Freiheit“ oder auch „Soziale Marktwirtschaft“ durch einen geradezu explosiven Verweisungszusammenhang aus. Man muß zwischen der Räumlichkeit des Verweisens, der spezifischen Position eines Zeichens in dieser Räumlichkeit und der mit dieser Position zusammenhängenden Zeitlichkeit des Verweisens unterscheiden: Alle sprachlichen Zeichen sind Teile der gleichen kontinuierlich artikulierten und reartikulierten Struktur, der Sprache. Aber, auch wenn letztlich jedes Zeichen auf die Totalität der Sprache Bezug nehmen müßte, um sich als eindeutiges Zeichen zu konstituieren (ein unmöglicher, aber dennoch beständig stattfindender Prozeß), so befinden sich einzelne Signifikanten doch an unterschiedlichen Positionen in dieser Struktur. Komplizierte Zeichen lassen sich in der Art verstehen, daß sie im Rahmen des Zeichensystems dem Flottieren des Signifikanten eine wesentlich größere Zahl von primären Verknüpfungspunkten zur Verfügung stellen als andere Zeichen; gleichzeitig

sind sie häufig über diese primären Verknüpfungspunkte eng mit weiteren komplizierten Zeichen verbunden, von denen wiederum eine große Zahl von primären Verknüpfungen weiterführt.³⁵ Aufgrund des sehr eng geknüpften Netzes befinden sich komplizierte Zeichen auf einer zeitlichen Achse wesentlich schneller in einem äußerst „komplizierten“ Verweisungszusammenhang als andere Zeichen, so daß die spezifische Struktur des Sprachraums zu einer Geschwindigkeitserhöhung beiträgt (ähnlich wie man in einem eng geknüpften Straßennetz schneller von A nach B kommt als in einem rudimentär ausgebauten). Beide Aspekte, eng verknüpfter Raum und eine im Vergleich zu anderen Zeichen ungleich höhere Geschwindigkeit des Verweisens, konstituieren komplizierte Zeichen wie „Soziale Marktwirtschaft“. Mit einer zu erfassenden komplexen Wirklichkeit hat dies allerdings nichts mehr zu tun.

2.2.4 Die Ursprungsbegründung einer eigentlichen Bedeutung und ihr Scheitern an der Pluralität der Ursprünge und der Autorität des Lesers

Das Unterfangen, die eigentliche Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“ mit Hilfe des Referenzobjekts festzuzurren, ist also ebenso gescheitert wie das Unterfangen, selbiges mit Hilfe eines metaphysischen Grundes der Bedeutung zu erreichen. Aber es gibt offensichtlich noch einen letzten Einwand, der auf die Rettung der eigentlichen Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“ abzielt – der Verweis auf die „ursprüngliche Bedeutung“ dieser Leitvokabel. Dieser Einwand könnte in etwa lauten: „Genau genommen ist ja mit eigentlicher Bedeutung nicht das gemeint, was nun im Sinne einer metaphysisch-eigentlichen oder einer objektiv-eigentlichen Bedeutung widerlegt wurde, sondern es geht vielmehr um die *ursprüngliche* Bedeutung, so wie das Konzept eben von seinen Urhebern verstanden wurde. Diese vielleicht willkürlich gesetzte, aber doch originäre Bedeutung muß man dann als eigentliche Bedeutung verstehen und dementsprechend sollte sie für Diskurse maßgeblich sein, oder?“ Dieser Einwand nimmt also Bezug auf die schwächste Stufe der Eigentlichkeit, die historische: Ein Begriff hat eine bestimmte Bedeutung, weil er von seinen Erfindern, Urhebern und Autoren einst so ge-

35 Eine ähnliche Argumentation läßt sich bei William Connolly finden, der die „terms of political discourse“ als „cluster concepts“ identifiziert und dies am Beispiel von „politics“ selbst erläutert: „To make the concept of politics intelligible we must display its *complex* connections with a host of other concepts to which it is related; clarification of the concept of politics thereby involves the elaboration of the broader conceptual system within which it is implicated. We shall call a concept with these characteristics a cluster concept“ (Connolly 1983[1974]: 14, Hervorhebung MN).

dacht war. Von dieser Urheberintention abweichende Verwendungen gelten dann als falsch oder, gerade in politischen Diskursen, als interessegeleitet.

Um diese Ansicht zu überprüfen, muß man sich zwei Fragen stellen: Zum einen, ist es von der textempirischen Warte aus möglich, eine einheitliche, ursprüngliche Bedeutung zu rekonstruieren? Zum zweiten, kann ein an Ursprung und Urheber fixiertes Zeichenverständnis überhaupt Sinn ergeben? Vor der Untersuchung dieser Fragen noch eine Bemerkung vorweg: Es geht hier wiederum nicht um bestimmte empirische Sachverhalte, sondern es geht um die diskursive Relevanz und den Sinn dieser Sachverhalte. Daß nach der gesamten zur Verfügung stehenden Quellenlage und der übereinstimmenden Meinung der relevanten Wissenschaften Alfred Müller-Armack als der Erfinder des Begriffs „Soziale Marktwirtschaft“ gelten kann; daß die Konzeption Müller-Armacks sich dabei wohl aus verschiedenen Quellen speiste, vor allem aus dem Ordoliberalismus und der katholischen Soziallehre; daß die „Soziale Marktwirtschaft“ durch die Düsseldorfer Leitsätze der CDU von 1949 erstmals auf parteiprogrammatischer Ebene in die Arena des politischen Diskurses eingeführt wurde; daß sie sich unter der Regierung Adenauer/Erhard zum Leitbegriff deutscher Ordnungspolitik entwickelte; all das ist hier nicht Gegenstand der Diskussion. Es geht ausschließlich darum, ob diese Fakten hinreichend sind, um von einer historisch-eigentlichen Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“ zu sprechen, einer ursprünglichen, diskursiv nicht hintergehbaren Bedeutung.

Ein Ursprung ist qua Definition singular, und nur als einer kann ein Ursprung *eine* eigentliche Bedeutung generieren. Dies wirft freilich schon für die Beantwortung der ersten Frage, der Frage nach der Einheitlichkeit dieses Ursprungs aus textempirischer Sicht, Schwierigkeiten auf, die unschwer auszumachen sind, sobald wir uns die Vielzahl der im vorangegangenen Absatz genannten Sachverhalte in Erinnerung rufen. Denn diese Vielzahl deutet bereits an, daß wir es mit einer ebensolchen Vielzahl möglicher Ursprünge und vor allem mit einer Vielzahl „ursprünglicher Bedeutungen“ zu tun haben. Ohne an dieser Stelle die Diskursanalyse der Frühzeit des Sprechens von der „Sozialen Marktwirtschaft“ bereits vorwegzunehmen, läßt sich diese Pluralität möglicher Ursprünge recht leicht nachzeichnen (wir begnügen uns mit drei Beispielen):

Wählten wir den Ursprung eines ersten theoretischen Entwurfes, so müßten wir uns natürlich Alfred Müller-Armack zuwenden, auf den die erste gezielte Verwendung der Wortkombination „Soziale Marktwirtschaft“ im Jahr 1946 zurückgeht. Unter dem Titel „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ hatte Müller-Armack damals eine programmatische Schrift zur zukünftigen Wirtschaftsordnung des besetzten Deutsch-

lands verfaßt (Müller-Armack 1966[1946]). Diese Wirtschaftsordnung sollte sich als „eine neue dritte Form“ zwischen liberaler, als Laissez-faire verstandener Marktwirtschaft und Lenkungswirtschaft positionieren und erhielt den Namen „Soziale Marktwirtschaft“ (ebd.: 109). Grundsätzlich zeichnet sich diese „Soziale Marktwirtschaft“ dadurch aus, daß sie zwar eine auf dem Marktmechanismus basierende Ordnung ist, in der Angebot und Nachfrage die Preise bestimmen; daß sie aber gleichwohl regulierende Eingriffe staatlicher Wirtschaftspolitik zuläßt, solange sie „marktgerecht“ sind (ebd.: 115). Dabei verträgt sie sich sowohl mit der Umverteilung von Einkommen (vgl. ebd.: 114) als auch mit staatlichen Eingriffen in den Wettbewerb (vgl. ebd.: 116-120) und sogar – was nur scheinbar ein Widerspruch zum eben Gesagten ist – mit „gewisse[n] konstruktive[n] Verbesserungen“ der Marktpreise (ebd.: 120). Insgesamt ist die von Müller-Armack als „Soziale Marktwirtschaft“ skizzierte Wirtschaftsform wenig geneigt, „den Marktmechanismus als Ganzes kritiklos hinzunehmen“ (ebd.: 122).

Andererseits läge es auch nahe, bei Ludwig Erhard den Ursprung der Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“ zu suchen, kommt ihm doch (als Hauptverantwortlichem für die Währungsreform im Juni 1948 und als Wirtschaftsminister der Adenauer-Ära) nach der vorherrschenden Meinung der deutschen Wirtschaftswissenschaft „für die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft zweifellos das größte Verdienst“ zu (so etwa Schlecht 1981: 18). Damit würde man den Ursprung der „Sozialen Marktwirtschaft“ statt im ersten theoretischen Entwurf in der anfänglichen Nachkriegsimplementierung einer marktwirtschaftlich orientierten Politik suchen. Eine solche Ursprungssuche muß freilich ein Problem bewältigen: Ludwig Erhard sprach in den Jahren 1947/48 in keinem seiner maßgeblichen Aufsätze und keiner seiner einflußreichen Reden von „Sozialer Marktwirtschaft“, sondern für gewöhnlich einfach von „Marktwirtschaft“ oder „freier Marktwirtschaft“ (vgl. Erhard 1992: 19-95). Als die tragenden Prinzipien dieser freien Marktwirtschaft begriff er „Leistungswettbewerb und freie Preisbildung“ (ebd.: 24), eine explizit soziale bzw. sozialpolitische Komponente erwähnte er hingegen in diesen frühen Jahren allenfalls kursorisch. Erhards erste Ansätze einer praktischen „Sozialen Marktwirtschaft“ weisen also einerseits das Problem auf, daß ihnen dieses Etikett erst im Nachhinein angeheftet wird und daß sie demnach streng genommen keineswegs als Ursprung einer Bedeutung gelten können.³⁶ Zum anderen tun sich aber bereits hier Gräben zwischen der theoretischen Skizze Müller-Armacks und dem Verständnis Erhards auf. So räumte Erhard im Rahmen seiner „freien

36 Vgl. auch Hentschel (1999), der die Entwicklung der Legende von Ludwig Erhard als „Vater der Sozialen Marktwirtschaft“ überzeugend rekonstruiert.

„Marktwirtschaft“ etwa der Freiheit der Preise von Anfang an eine höhere Bedeutung ein als Müller-Armack ca. zwei Jahre früher. Daß sich aus dem kombinierten Denken Müller-Armacks und Erhards keine einheitliche Bedeutung „Sozialer Marktwirtschaft“ gewinnen läßt, wurde in den späten 1950er und frühen 1960er Jahren verstärkt augenfällig, als Müller-Armack eine zweite, gesellschaftspolitische Phase der Sozialen Marktwirtschaft einforderte (vgl. Müller-Armack 1966[1960]), ein Ansinnen, dem Erhard so kritisch gegenüberstand, daß man von einer „tendenzielle[n] Entfremdung zwischen dem Theoretiker der Sozialen Marktwirtschaft und dem politischen Praktiker Ludwig Erhard“ (Zinn 1992: 48) sprechen kann.

Ohne hiermit die Liste möglicher Ursprünge erschöpfen zu können, ließe sich der Ursprung der „Sozialen Marktwirtschaft“ aber auch in dem Moment erkennen, in welchem sie zum politisch langfristig relevanten Leitkonzept wurde. Dieser Schritt war erst mit der parteipolitischen Institutionalisierung getan, die mit der Übernahme des Begriffs „Soziale Marktwirtschaft“ in das erste Bundestagswahlprogramm der CDU, die Düsseldorfer Leitsätze vom 15. Juli 1949, erfolgte (CDU 1963[1949]). Wieder wird die „Soziale Marktwirtschaft“ als Mittelweg zwischen Planwirtschaft und „freier Wirtschaft“ verortet; der Vorrang des Marktes wird betont, aber gleichzeitig eine aktive staatliche Wirtschaftspolitik und Kontrolle des Marktes befürwortet. Neben die schon bekannten Leitprinzipien des Leistungswettbewerbs und der freien Marktpreise treten eine Reihe weiterer Prinzipien, von denen vielleicht am ehesten die Tariffreiheit sowie die Förderung und die gerechte Verteilung von Privatvermögen als Ergänzungen hervorzuheben sind (ebd.: 64/65). Gerade die Frage der Vermögensverteilung ist jedoch im Lauf der Erhardschen Umsetzung der „Sozialen Marktwirtschaft“ zugunsten der Anhebung des Wachstums und des absoluten „Wohlstands für alle“ zurückgetreten (vgl. Zinn 1992: 78/79).

Wo wollte man also den einen Ursprung suchen, der für die Eindeutigkeit und Eigentlichkeit eines Begriffs der „Sozialen Marktwirtschaft“ bürgen könnte? Die genannte empirische Vielfalt möglicher Ansatzpunkte muß letztlich in die Aporie des mehrfachen Ursprungs führen. Nun könnte man entweder einwenden, daß es eben nicht auf diese empirische Vielfalt der Ursprünge ankomme, sondern auf die Idee, die ursprünglich hinter dieser Vielfalt stand; daß diese Suche nach der „Idee der Sozialen Marktwirtschaft“ aber notwendigerweise an den Signifikationsbedingungen scheitern muß, wurde bereits aufgezeigt (abgesehen davon, daß sich auch in den genannten Texten bereits solche Spannungen andeuten, daß wohl kaum von *einer* Idee gesprochen werden kann). Oder aber man könnte auf den ideengeschichtlichen Ursprung verwei-

sen, auf den wiederum die „Soziale Marktwirtschaft“ für gewöhnlich zurückgeführt wird, das Konglomerat von Ordoliberalismus, Neoliberalismus und katholischer Soziallehre bzw. christlicher Sozialethik (vgl. z.B. Gutmann 1998). Es liegt aber nahe, daß ein solches Konglomerat von Wurzeln kaum für eine ursprünglich-eigentliche Bedeutung taugt. Dies wird etwa deutlich, wenn man sich die Schmähungen eines führenden Vertreters des Neoliberalismus, Friedrich August von Hayek, gegen das Attribut „sozial“ auch im Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“ in Erinnerung ruft. „Das Wort [„sozial“], schrieb Hayek (Hayek 1981: 113), „ist in der Tat zu einer der Hauptquellen der Konfusion im politischen Diskurs geworden und kann wahrscheinlich nicht länger für irgendeinen nützlichen Zweck in Anspruch genommen werden.“ Er bedauerte das Sprechen von der „Sozialen Marktwirtschaft“ ausdrücklich, obwohl es hierdurch einigen „seiner Freunde“ gelungen sei, die Art von liberaler Gesellschaftsordnung, für die er eintrete, dank dieses Wortgebrauchs „weiteren Kreisen schmackhaft zu machen“ (ebd.: 113/Endnote 26). Die Ordnung, die Hayek präferierte und für die nach seiner Aussage seine Freunde in Deutschland unter dem Namen „Soziale Marktwirtschaft“ eintreten, ist eine „spontane“ oder „katallaktische“ Wirtschaftsordnung möglichst ohne jede staatliche Lenkung und Maßregelung (vgl. ebd.: passim, v.a. 150/151). Demgegenüber betonte Oswald von Nell-Breuning, der wohl einflußreichste Verfechter der katholischen Soziallehre in Deutschland, in einem 1952 gehaltenen Grundsatzreferat,³⁷ daß mit dem Bekenntnis zur „Sozialen Marktwirtschaft“ stets auch die Überzeugung einhergehe, daß es möglich *und* erforderlich ist, die Wirtschaft zu lenken (Nell-Breuning 1956[1952]: 55). Ohne den Namen zu nennen, formuliert Nell-Breuning dennoch eindeutig gegen Hayek: „*Kurz: Katallaktik ist noch keine Wirtschaft; Wirtschaft ist wesentlich mehr als Katallaktik*“ (ebd.: 54; Hervorhebung im Original).

Es ist offensichtlich: Das Konglomerat möglicher Vorgänger der Konzeption der „Sozialen Marktwirtschaft“ ist nicht nur voller Reibungspunkte, sondern voller formidabler Gegensätze. Somit muß die Suche nach einer eigentlichen Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“ auch am ideengeschichtlichen Ursprung scheitern! Der kleine Blick in die Genealogie der Konzeption „Soziale Marktwirtschaft“ zeigt auf, daß es von einem (willkürlich gewählten) Anfang an eine Pluralität „Sozialer Marktwirtschaften“ gab. Wie man es auch betrachtet – es gibt stets noch einen weiteren Blickwinkel, eine weitere Facette, eine kleine Verschiebung, eine andere Bedeutungszuschreibung, die von der vor-

³⁷ Das besagte Grundsatzreferat war von besonderer Bedeutung, weil es im Jahr 1952 für den Wissenschaftlichen Beirat von Ludwig Erhards Bundesministerium für Wirtschaft geschrieben wurde.

hergehenden (oder nachkommenden) um einen Tick oder auch um Längen abweicht.

Doch neben dieses empirisch-genealogische Ergebnis tritt ein theoretischer Grund, dem von der Warte der Diskurstheorie gar nicht genügend Bedeutung beigemessen werden kann. Nehmen wir vorübergehend – und, wie aus dem eben Gesagten hervorgeht, recht willkürlich – an, Alfred Müller-Armacks früher Text „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ sei die einzig denkbare Quelle für eine eigentliche Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“. Wann im sich anschließenden politischen Diskurs würde sich diese Bedeutung herausbilden? Und wer wäre dafür verantwortlich: der Autor, der Text, die Leserin? Die letzte Instanz im Prozeß der Bedeutungszuschreibung wird wohl niemand anders als die Leserin sein können. Denn die Matadore des Ursprungs von Schriftlichkeit und Textualität, die SchriftstellerInnen und AutorInnen müssen ihre Texte freigeben, um in die Arena des Diskurses einzutreten. Ist aber der Text erst einmal publiziert, obliegt es der Leserin, ihn mit Bedeutung zu versehen. Diese muß dabei insofern stets vorläufig bleiben, als auch sie – infolge ihrer Diskursivität – wiederum einem Lese-prozeß unterliegen wird.

Mit dem heute weit verbreiteten Schlagwort vom „Tod des Autors“ versuchte Roland Barthes (2000[1968]) prägnant zum Ausdruck zu bringen, daß Bedeutung erst durch den Leser hervorgebracht werden kann. „Die Einheit eines Textes liegt nicht in seinem Ursprung, sondern in seinem Zielpunkt“, lautet Barthes’ zunächst aristotelisch anmutende Formulierung (ebd.: 192). Solchermaßen wäre auch die für die Eigentlichkeit der „Sozialen Marktwirtschaft“ notwendige Einheit nicht am Ursprung, sondern erst am Zielpunkt zu finden. Der aristotelische Anschein trägt allerdings, denn das Barthesche Text-Telos kann keine eigentliche Bedeutung qua Einheit stiften, vielmehr führt es zu einer unendlichen Pluralität möglicher „Einheiten“: Zum einen kann die Einheit immer nur die vorläufige Einheit sein, solange bis der Empfänger des Zeichens wieder Sender wird; und zum zweiten diffundiert der Zielpunkt durch die Pluralisierung der Leserschaft (gegenüber der vermeintlichen Einheit des Autors).

Man mag nun einwenden, daß es den Autor als empirisch vorhandenen Menschen doch wohl offensichtlich gegeben habe, daß er weiterhin nach allem Ermessen einen bestimmten Text mit einer bestimmten Absicht geschrieben habe und daß seine Auffassung von der Bedeutung des Textes deshalb auch maßgeblich sei. Die Existenz eines empirischen Schriftstellers soll in keiner Weise in Frage gestellt werden, ebenso wenig die Tatsache, daß ein Text mit größter Wahrscheinlichkeit der Feder oder der Tastatur dieses empirischen Autors entsprungen ist. Daß ein

Autor aber dennoch kein grundsätzlicher Maßstab für die Bedeutung von Texten sein kann, zeigt sich an zwei Punkten. Erstens gibt es offensichtlich eine äußerst große Anzahl von Texten, die auf keinerlei identifizierbaren Autoren angewiesen sind, um ihrer Bedeutungsfunktion nachzukommen, etwa Gesetzestexte, Werbetexte oder Bedienungsanleitungen. Zweitens nimmt der Autor, wie Michel Foucault eindrucksvoll gezeigt hat, für ähnliche Gruppen von Texten im Lauf der Zeit eine unterschiedliche Rolle ein: War bis in die frühe Neuzeit der Name des Autors unabdingbar für den Wahrheitswert einer naturwissenschaftlichen Abhandlung, so verlor sich dieser Bezug zum Namen später. Literarische Texte haben im Verhältnis zum Autoren eine entgegengesetzte Bewegung vollzogen, von der wohlgeleiteten Anonymität oder Quasi-Anonymität (etwa Homers) hin zu einer nahezu untrennbaren Verbindung mit dem Autor seit der späten Neuzeit (vgl. Foucault 1991[1972]: 20/21; 1997[1969]: 134-136; 2001[1969]: 1016/1017).

Man mag weiter einwenden, daß der Empfänger nichts völlig Beliebiges in ein Zeichen legen und daß der Leser nicht alles in einen Text „hineinlesen“ könne. Auch das ist nicht behauptet worden – weder der Tod des Autors noch die Stärkung der Position des Lesers führt zu dieser Art von Beliebigkeit. Es ist wohl wahr, Müller-Armacks oben erwähnte Schrift „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ als Kochrezept, als Telefonbuch oder als Lyrikband zu lesen, scheint den Text deutlich überzustrapazieren. Solchen Lesarten mangelt es an Plausibilität, aber nicht weil der Autor eine notwendige Lesart fixiert hätte, sondern weil Lektüre immer in einem Kontext stattfindet, der die Variationsbreite der Interpretation einschränkt. Eine völlige Beliebigkeit könnte nur vor dem Hintergrund einer *tabula rasa* in die Interpretation einziehen. Doch die Situation einer *tabula rasa* existiert niemals, weil ein Text immer in ein bereits vorhandenes diskursives Feld und damit in ein Feld diskursiv-kulturellen Wissens eintritt. Er ist ein Pastiche vorhandener Texte oder wird doch wenigstens stets vor dem Hintergrund des bereits Vorhandenen gelesen. Dabei drängt der Text die immer schon kulturell vorgebildete Leserin in einen bestimmten, nie völlig fixen, aber eben auch nicht völlig freien Interpretationskorridor. „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ etwa verweist auf bestimmte, einer bestimmt vorgebildeten Leserin bekannte, ökonomische und ordnungspolitische Konzeptionen (namentlich die Wilhelm Röpkes und Friedrich August von Hayeks, vgl. Müller-Armack 1966[1946]: 19), und nicht auf Gewürznelken und Zimt, auf Notrufnummern oder auf die Form des Sonetts. Umberto Eco hat in diesem Zusammenhang von der Textintention (die strikt von der Intention des Autors zu trennen ist!) gesprochen, die der Barthesschen Apotheose der Leserin etwas die Schärfe nimmt (vgl. v.a.

Eco 1996[1992]: 75-98). Doch nicht nur die stets gegebene Einbindung eines Textes in ein bereits vorhandenes Textgeflecht, auch die Tatsache, daß Leser stets Teil eines gemeinschaftlichen Interpretationsumfeldes sind,³⁸ schränkt die Möglichkeit von Willkür bei der Lektüre stark ein. Somit kann zwar, soweit es überhaupt – also nur vorübergehend – möglich ist, die Bedeutung eines Textes zu fixieren, nur die Leserin dies vollbringen; sie bewegt sich aber, will sie in ihrer Interpretation ernst genommen werden, in einem Plausibilitätskorridor.

Wir können damit festhalten, daß auch die Kategorie der ursprünglich-eigentlichen Bedeutung für eine Analyse politischer Diskurse keine Rolle spielen kann. Empirisch ist die Pluralität von Ursprüngen, die der Singularität des Ursprungs entgegensteht, offenkundig. Und theoretisch ließ sich zeigen, daß Bedeutung nicht am Ursprung, nicht beim Urheber entsteht, sondern im Zusammenspiel von Text und Interpretation durch die Leser.

Noch eine naheliegende Anmerkung vor dem Hintergrund der generellen Intention einer Analyse politischer Diskurse: Daß sich eine ursprünglich-eigentliche Bedeutung von „Sozialer Marktwirtschaft“ weder empirisch noch theoretisch fundieren läßt, bedeutet selbstverständlich nicht, daß nicht ein imaginärer Ursprung einen wichtigen Knotenpunkt im Netz eines politischen Diskurses bilden kann. Der Rekurs auf den Ursprung von Begriffen und Konzepten (oder die Etablierung eines Ursprungs) ist gewiß eine diskursive Strategie – eine Strategie mit durchweg hegemonialem Anspruch. Die eingangs zitierten Cassel/Rauhut etwa stellen auch die Forderung nach einer „Rückbesinnung auf die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft“ (Cassel/Rauhut 1998: 25) auf, weil nur so eine Vielzahl ökonomischer Mißstände zu beseitigen sei. Zwei Dinge sind dabei augenfällig: Erstens legen sie dieser Forderung nach einer Rückkehr zum Ursprünglichen offensichtlich eine äußerst selektive Wahrnehmung zugrunde. Denn zwei der zentralen Grundprinzipien der Frühkonzeption, (Markt-)Konformität und Subsidiarität, kritisieren sie selbst nur einige Absätze vorher als „diffuse wirtschaftspolitische Entscheidungsregeln“ und damit als „Konzeptionsdefekte“. Diese ursprünglichen Defekte haben nach Cassel/Rauhut zur Folge gehabt, „daß die gesamte Konzeption [der Sozialen Marktwirtschaft] Gefahr läuft, zu einer ‚Leerformel‘ zu degenerieren, auf die sich in der praktischen Wirtschaftspolitik jeder berufen kann oder zumindest

38 Siehe hierzu auch die Argumentation im *Reader Response Criticism*, wonach LeserInnen stets Teil von *Interpretative Communities* sind, die willkürliche Interpretationen zwar nicht unmöglich machen, aber zum intersubjektiven Scheitern verurteilen (vgl. Fish 1980; vgl. zum Reader Response Criticism Eagleton 1994[1983]: 40-54).

glaubt, sich zu Recht darauf berufen zu können“ (vgl. ebd.: 17-20, Zitat 20). Was also der Ursprung ist, zu dem zurückgekehrt werden soll, entspringt wohl eher strategischen Überlegungen der jeweiligen Gegenwart, auf deren Grundlage der Ursprung konstruiert wird. Zweitens verbinden sie die Rückkehrforderungen mit der an Erhards Frühschriften (und an Hayeks Mißbilligung des Beiworts „sozial“) erinnernden Überlegung, daß es notwendig sein könnte, von der „Sozialen Marktwirtschaft“ „zu einem ‚adjektivlosen‘ marktwirtschaftlichen System“ überzugehen (ebd.: 26, Fn. 34). Auch hier wird die Strategie, den Ursprung so zu konstruieren, daß er zum jeweiligen diskursiven Ziel paßt, deutlich. Solche und andere diskursive Strategien zu untersuchen, ist eine der Aufgaben der politischen Diskursanalyse (näheres hierzu im 5. Kapitel).

2.2.5 Die unvermeidbare Bedeutungspluralität der „Sozialen Marktwirtschaft“

Stellvertretend für diskursive Elemente im allgemeinen haben wir nun sprachliche Zeichen und insbesondere das Zeichen „Soziale Marktwirtschaft“ aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Diese Betrachtung hat verdeutlicht, daß die Rede von der „eigentlichen Bedeutung“ der „Sozialen Marktwirtschaft“ aus zahlreichen Gründen scheitert. Damit wird auch die diskurstheoretische Überlegung bestätigt, daß sich kein diskursives Element vollständig als fixes Element konstituieren kann – dies verhindern die strukturelle Relationalität, die artikulatorische Ereignishaftigkeit und die Kontextualität des Diskurses. Die Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“ läßt sich niemals endgültig fixieren, weder im Sinne einer metaphysischen „Idee der Sozialen Marktwirtschaft“, noch durch eine objektive Dinglichkeit, noch durch eine ursprüngliche Begriffsprägung. Das Signifikat des Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ steht in einer relationalen Abhängigkeit innerhalb des Systems der Sprache und kann somit nicht als „Eigenes“ signifizieren. Auch diffundiert das Signifikat des Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ unausweichlich in eine Signifikantenkette bzw. in ein Signifikantennetz. Artikulationen treiben einerseits den Prozeß des Gleitens voran, andererseits verorten sie das Zeichen punktuell vor einem Kontext; sie bringen damit den Prozeß des Gleitens auch ins Stocken und ermöglichen die Generierung von Bedeutung und Sinn – aber eben nur punktuell. Das Signifikat des Zeichens „Soziale Marktwirtschaft“ variiert damit – wie alle diskursiven Elemente – in Abhängigkeit von einem niemals verallgemeinerbaren (textuellen, situationalen, kulturellen, politischen etc.) Kontext der Artikulation.

Daß Bedeutung im Unklaren bleibt, hat nichts damit zu tun, daß ein Zeichen auf einen komplizierten und deshalb unklaren objektiven Sach-

verhalt verweist; vielmehr funktionieren Zeichen auch ohne jeden Bezug zur „Sache“. Ebenso wenig wie der Verweis auf eine objektive Bedeutung hilft der Hinweis auf die *ursprüngliche* Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“ weiter, denn eine solche ist weder empirisch aufzufinden, noch läßt sich theoretisch davon sprechen, Bedeutung würde am Ursprung entstehen.

Das Gleiten des Signifikanten und die Unmöglichkeit, diesem Gleiten durch die Fixierung am Objekt oder am Ursprung Einhalt zu gebieten, bewirken, daß das Zeichen „Soziale Marktwirtschaft“ seine Bedeutungsfunktion in unvermeidbar pluraler Weise erfüllt. Der Aufhebung dieser Pluralität widersetzt sich die „Soziale Marktwirtschaft“ als Zeichen, womit sie beispielhaft für jedes diskursive Element steht. Somit ist Cassel/Rauhuts Auffassung einer Degeneration der Idee der Sozialen Marktwirtschaft einem Mißverständnis dessen geschuldet, wozu sprachliche Zeichen und diskursive Elemente im allgemeinen in der Lage sind. Demgegenüber ist dem politischen Ökonomen Roland Sturm zuzustimmen, wenn er betont, „daß das heutige Verständnis der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ ebenso ein historisch-politisches Konstrukt [sei] wie seine ursprüngliche Interpretation“ (Sturm 1999: 196).

2.3 „Soziale Marktwirtschaft“ im Netz diskursiver Elemente

Wir haben nun in recht allgemeiner Weise ausgeführt, unter welchen Bedingungen sich die Bedeutung des Zeichens „Soziale Marktwirtschaft“ konstituiert. Hieran anschließend soll im folgenden ein grober Überblick darüber vermittelt werden, wie die „Soziale Marktwirtschaft“ konkret im Netz der Zeichen verortet ist (ohne daß damit die detaillierte Analyse der spezifischen diskursiven Formationen und Bewegungen vorweggenommen werden soll). Natürlich kann es hier nicht um eine umfassende Beschreibung des Zeichennetzes um die „Soziale Marktwirtschaft“ gehen, denn eine solche ist aus zwei Gründen nicht möglich: Erstens würde das Projekt einer umfassenden Beschreibung an der schier Quantität der Verweisungszusammenhänge, als Teil derer die „Soziale Marktwirtschaft“ auftritt und aufgetreten ist, scheitern. Doch Quantität ist nicht der einzige problematische Faktor. Ein mindestens ebenso großes Problem besteht in der oben beschriebenen Eigenschaft des Netzes, keine fixe, sondern eine temporalisierte Struktur zu sein, die aufgrund diskursiver Artikulationen beständig neue Möglichkeiten der Sinngenerierung – d.h. der Verknüpfung von Signifikanten – bietet und somit stets in (meist sanfter) Bewegung ist. Aus diesem Grund gilt für

das Folgende ein Caveat: Wenn nun das Zeichennetz um die „Soziale Marktwirtschaft“ skizziert wird, so handelt es sich im oben ausgeführten Sinn um die Photographie einer Bewegung. Diese Photographie kann natürlich die den Diskurs dynamisierenden Artikulationen, und von diesen insbesondere die hegemoniebildenden, nicht erfassen (der Versuch, dies zu tun, bleibt der Diskursanalyse in Kapitel 6 vorbehalten); sie ist somit nicht mehr als ein heuristisches Hilfsmittel, aber als solches sehr hilfreich, weil es uns eine erste konkrete Orientierung verschafft.

Ich „entwickle“ die „Photographie“ in zwei Schritten: In einem ersten Schritt werden einige unmittelbare Verweisungszusammenhänge des Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“, die in verschiedenen bereits vorliegenden Untersuchungen zur Semantik des Feldes zutage treten, rekonstruiert. Angesichts der soeben erwähnten Unendlichkeit diskursiven Verweisens mag sich eine solche Rekonstruktion dem Vorwurf einer willkürlichen Hervorhebung bestimmter Verweisungszusammenhänge unter Berücksichtigung eines willkürlich gewählten und eingeschränkten Textkorpus, bestehend nur aus wissenschaftlichen Texten, aussetzen. Diesem Vorwurf läßt sich mit dem mehr oder weniger pragmatischen Argument begegnen, daß die gewählten wissenschaftlichen Texte, auch wenn jeder für sich neue Relationen artikuliert, eine Art Aggregat anderer Texte darstellen, so daß zu hoffen ist, daß sie einen großen Teil der Semantik der „Sozialen Marktwirtschaft“ zu erfassen vermögen. Sie stellen ein geeignetes Anfangssample für die ohnehin stets vorläufige Rekonstruktion dar. Zu diesem pragmatischen tritt aber noch ein maßgebliches theoretisches Argument: Welche spezifischen Signifikanten den unmittelbaren und mittelbaren Verweisungszusammenhang der „Sozialen Marktwirtschaft“ konstituieren, ist letztlich von minderer Bedeutung, solange es gelingt, anhand eines Samples die allgemeinen Funktionen dieser Signifikanten festzustellen; diese kommen jedoch nicht in den einzelnen Elementen, sondern in den Relationen der Elemente untereinander zum Tragen. Eine Netzstruktur besteht immer aus Punkten und aus den Verbindungen zwischen den Punkten, ohne daß die beiden Elemente vollends zu trennen wären. Im Gegensatz zur unendlichen Vielfalt der Punkte des Netzes bzw. signifikanten Elemente lassen sich aber die Relationen zwischen den Elementen auf einige wenige Formen reduzieren. Demnach soll als zweiter Schritt die Ebene der Relationen zwischen den verschiedenen Punkten erörtert werden.

Beginnen wir aber mit einer Skizze der spezifischen Beschaffenheit der Verbindungspunkte des Signifikantennetzes um die „Soziale Marktwirtschaft“; diese Skizze kann sich auf drei Arten von Vorarbeiten stützen: Zum einen wird im Rahmen von linguistischen und politikwissenschaftlichen Untersuchungen zum Verhältnis von Sprache und Politik

häufig auf den Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ Bezug genommen. Hierbei werden implizit und in wenigen Fällen auch explizit Überlegungen zum Begriff und zum Begriffsfeld der „Sozialen Marktwirtschaft“ angestellt. Zum zweiten steht vor allem aus jüngerer Zeit sozialwissenschaftliches empirisches Material zur Verfügung, das untersucht, mit welchen anderen Begriffen „Soziale Marktwirtschaft“ von der Öffentlichkeit in Verbindung gebracht wird. Wirtschaftswissenschaftliche Literatur betrachtet das Phänomen „Soziale Marktwirtschaft“ fast nie unter semantischen Gesichtspunkten; exemplarisch ist es dennoch sinnvoll, auf diese Literatur zurückzugreifen, eben weil sie Verweisierungszusammenhänge der „Sozialen Marktwirtschaft“ oft paradigmatisch formuliert. Bei der Betrachtung der Positionierung des Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ im Signifikantennetz fallen nun wenigstens folgende sechs Aspekte auf:

a. Das spannungsreiche Doppelgestirn. Wenn im Laufe dieses Kapitels konstatiert wurde, daß die Erfindung der Sozialen Marktwirtschaft zuerst die Erfindung des Begriffs „Soziale Marktwirtschaft“ war, so gilt es nun, diese Aussage zu qualifizieren. Wie Petra Ballnuß (1996: 35) in ihrer Untersuchung über Begriffsbesetzungen in Parteiprogrammen festgestellt hat, kommt es in der politischen Sprache fast nie zu völlig neuen Wortbildungen, aber „es bestehen [...] vielfältige Möglichkeiten der Kreation neuer Wörter und Wendungen durch Kombination bereits vorhandener Wörter und Morpheme.“ Dies gilt auch im Fall „Soziale Marktwirtschaft“, deren „Erfindung“ natürlich nicht in der Kreation der dann zusammengefüigten Signifikanten „sozial“ und „Marktwirtschaft“ bestand, sondern genau im Akt des Zusammenfügens zum neuen signifikanten Doppelgestirn. Das Zentrum des sich relational ausformenden Signifikantennetzes konstituiert sich also nicht als monolithischer Zeichenträger, sondern bildet selbst eine zweipolige Relation. Dabei handelt es sich nicht um eine beliebige Relation, sondern um eine spannungsreiche Relation zwischen zwei bis dahin sehr konträren Bedeutungskontexten zugeordneten Signifikanten (vgl. Klein 1991: 52/53; unter Bezug auf Klein auch Ballnuß 1996: 64; Wengeler 1996: 397). Entsprechend verbinden sich um die „Soziale Marktwirtschaft“ die Signifikantennetze des „Sozialen“ und der „Marktwirtschaft“ zu einem Netz, in das sich dann zusätzlich Signifikanten eingliedern, die sich spezifisch der „Sozialen Marktwirtschaft“ zuordnen lassen.

b. Funktionale Benennungen. Der Signifikant „Soziale Marktwirtschaft“ wird häufig in Verbindung mit weiteren Signifikanten artikuliert, die nicht unmittelbar zur semantischen Dichte des Begriffs beitragen, sondern auf seine zentrale Funktion im Signifikantennetz bzw. im politischen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland verweisen. Als Beispiele

für derartige funktionale Benennungen können etwa die häufigen Charakterisierungen der „Sozialen Marktwirtschaft“ als „Schlüsselwort“ (z.B. bei Behrens et al. 1982: 224) oder „Leitvokabel“ (z.B. Busse/Teubert 1994: 22; Wengeler 1996) gelten. Einzelne funktionale Benennungen verknüpfen die Hervorhebung der hohen Bedeutung des Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ mit einer normativen Hervorhebung durch die Verbindung mit einem positiv konnotierten Signifikanten des Wirtschaftsvokabulars oder mit allgemeinen Hochwertbegriffen. So spricht etwa Hans Maier (1977: 46) vom „Schlüsselwort des Wiederaufbaus“, und auch die auf Alfred Müller-Armack selbst zurückgehenden Charakterisierungen der „Sozialen Marktwirtschaft“ als „irenische Formel“ oder „Integrationsformel“ werden gerne aufgegriffen (vgl. z.B.: Müller-Armack 1966[1962]: 300/301). Aber es finden sich auch negativ konnotierte funktionale Benennungen, so z.B. wenn „Soziale Marktwirtschaft“ als „Ideologie der sozialen Marktwirtschaft“ artikuliert wird (vgl. Klein 1989: 10).

c. *Verortung als ordnungspolitische Leitvokabel.* Als „Leitvokabel“ gewinnt die „Soziale Marktwirtschaft“ erst Sinn, indem sie regelmäßig in Differenz zu anderen möglichen Leitvokabeln artikuliert wird. „Planwirtschaft“ und „freie Marktwirtschaft“ wurden im ersten Bundestagswahlprogramm der CDU, den Düsseldorfer Leitsätzen von 1949 (vgl. Hintze 1995: 27-29), als alternative Leitvokabeln abgelehnt. In den *Gewerkschaftlichen Monatsheften* wird nur wenig später die „Soziale Marktwirtschaft“ in Abgrenzung zur „Sozialistischen Marktwirtschaft“ diskutiert (vgl. Weber 1950).³⁹ Doch um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Differenz bedeutet nicht notwendigerweise Kontrarität. Die „Soziale Marktwirtschaft“ z.B. steht auch in Differenz zu den Leitvokabeln „Neoliberalismus“, „Ordoliberalismus“ und „Katholische Soziallehre“,⁴⁰ obwohl hier häufig Beziehungen der Verwandtschaft bzw. der Äquivalenz artikuliert werden (vgl. z.B. Blum 1969; Gutmann 1998). Ähnliches gilt in anderen Kontexten für die gemeinsame Artikulation von „Sozialer Marktwirtschaft“ und „Globalsteuerung“ (vgl. z.B.

39 Der Begriff „Sozialistische Marktwirtschaft“ blieb zwar für mindestens ein Jahrzehnt in Gebrauch (vgl. auch Nemitz 1960), konnte sich aber letztlich nicht als Alternativbegriff zur „Sozialen Marktwirtschaft“ behaupten.

40 Daß mit „Neoliberalismus“, „Ordoliberalismus“ und „Katholischer Soziallehre“ für gewöhnlich wissenschaftliche und/oder moralische Paradigmen, und mit „Sozialer Marktwirtschaft“, „Planwirtschaft“ und „freier Marktwirtschaft“ für gewöhnlich umgesetzte Wirtschaftsordnungen bezeichnet werden, darf in diesem Zusammenhang nicht stören. Es ist leicht einsichtig, daß beide Gruppen als Leitvokabeln für die Bezeichnung von Wirtschaftsordnungen Verwendung finden können, zumal es beispielsweise durchaus üblich ist, von einer „neoliberalen Wirtschaftsordnung“ zu sprechen.

Sturm 1999: 198; Schlecht 1998: 41). Wie schon erwähnt, kann sicher keine Liste der Abgrenzungen vollständig sein, nicht einmal die wohl noch recht übersichtliche Liste der ordnungspolitischen „Leitvokabeln“. Allerdings läßt der Blick in diesen noch sehr eng gefaßten Ausschnitt des Signifikantennetzes bereits zwei zentrale Schlußfolgerungen zu:

Zum einen scheinen diskursive Artikulationen zwei verschiedene Arten von Beziehungen zwischen Signifikanten zu etablieren, und zwar treten neben die grundlegende Beziehung der Differenz zwischen zwei Signifikanten immer wieder verschiedene Überformungen dieser Differenz, im vorliegenden Fall als Kontrarität oder als Äquivalenz. Zum zweiten aber sind diese Überformungen alles andere als stabil und werden in verschiedenen Kontexten unterschiedlich artikuliert. Die meisten genannten Leitvokabeln sind sowohl in Kontrarität zu als auch als Äquivalenz mit der „Sozialen Marktwirtschaft“ artikuliert worden. Hierzu einige Beispiele: Der im CDU-Programm vorgenommenen Abgrenzung zur „freien Marktwirtschaft“ steht die liberale Überzeugung (auch immer wieder von Ludwig Erhard vertreten) gegenüber, wonach „Soziale Marktwirtschaft“ letztlich nur „freie Marktwirtschaft“ sein könne (vgl. Gutmann 1998: 51; Wengeler 1996: 397/98). Auch die Beziehung von „Ordoliberalismus“ oder „Neoliberalismus“ zur „Sozialen Marktwirtschaft“ wird gelegentlich als Kontrarität artikuliert (vgl. Lange-von Kulesa/Renner 1998). Wir können also festhalten, daß unterschiedliche Artikulationen nicht nur verschiedene Elemente in Relation zueinander setzen, sondern daß zudem nicht alle Relationen einfach nur Differenzrelationen sind und daß zwischen zwei Elementen verschiedene Relationen artikuliert werden können.

d. Ordnungs-, wirtschafts-, und sozialpolitische Konkretisierungen. Einen großen Anteil an der Sinngenerierung des Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ haben Artikulationen, die eine Verknüpfung von „Sozialer Marktwirtschaft“ mit ordnungs-, wirtschafts- und sozialpolitischen Konkretisierungen herstellen. Entsprechende Listen sind immer zu lang und nie erschöpfend, daher nur zwei Beispiele.

Verschiedene linguistische Untersuchungen stellen zwischen dem Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ und u.a. folgenden Signifikanten des ordnungs-, wirtschafts- und sozialpolitischen Vokabulars Äquivalenzrelationen fest: „freie Berufswahl“, „freie Preisbildung“, „Freizügigkeit“, „Geldwertstabilität“, „Gewerbefreiheit“, „Leistungswettbewerb“, „Marktwirtschaft“, „Monopolkontrolle“, „Niederlassungsfreiheit“, „Soziale Sicherheit“, „Sozialpartnerschaft“, „Sozialstaat“, „Tarifautonomie“, „Wettbewerb“, „Wettbewerbsordnung“. Mögliche Kontraritätsrelationen sind: „Kartell“, „Monopol“, „Sozialisierung“ und viele mehr (vgl. für viele die Aufzählung des Kernvokabulars der Sozialen Marktwirtschaft

Klein 1989: 10; für eine Einordnung der „Sozialen Marktwirtschaft“ im wirtschaftspolitischen Vokabular der Ära Adenauer Wengeler 1995; für mögliche Beziehungen im wirtschaftspolitischen Vokabular der Bundesrepublik die umfangreiche Liste bei Wengeler 1996: 89-91).

Ein ähnliches Resultat ergibt sich beim Blick in viele wirtschaftswissenschaftliche Darstellungen. Otto Schlecht, langjähriger Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, artikuliert in seiner knappen Zusammenfassung des Konzepts der „Sozialen Marktwirtschaft“ diese zusammen mit folgenden Signifikanten des ordnungs-, wirtschafts- und sozialpolitischen Vokabulars: „Wettbewerb“, „Marktprozeß“, „Konsumfreiheit“, „Innovation“, „effiziente Produktion“, „Leistung“, „sozialpolitische Leistungen“, „bewußte staatliche Gestaltung“, „Wettbewerbspolitik“, „Wohlstand“, sowie in Anlehnung an Walter Eucken konstituierende Prinzipien (vgl. Eucken 1952: 254-291) „Privateigentum“, „Haftungsregelungen“, „konvertibles und stabiles Geld“, „freie Preisbildung“, „offene Märkte“, „Vertrags- und Niederlassungsfreiheit“, „Konstanz und Verlässlichkeit der Politik“ (vgl. Schlecht 1998: 37/38). Auch das im Stabilitätsgesetz festgehaltene magische Viereck grundlegender gesamtwirtschaftlicher Ziele – „Geldwertstabilität“, „möglichst hohe Beschäftigung“, „außenwirtschaftliches Gleichgewicht“ und „angemessenes Wirtschaftswachstum“ – wird regelmäßig als mit der „Sozialen Marktwirtschaft“ äquivalent artikuliert (vgl. z.B. Hickel 1980: 452; Thieme 1994: 35-56).

e. Politische Verortung. „Soziale Marktwirtschaft“ war, wie dargestellt, immer ein politischer und politisch interpretierter Begriff. Somit verwundert es kaum, wenn sich im Signifikantennetz um den Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ immer wieder Signifikanten aus dem Vokabular der parteilich orientierten Politik finden. Typische Verknüpfungen sind die mit Eigennamen von Politikern (wie „Ludwig Erhard“ und „Alfred Müller-Armack“) oder mit den Namen politischer Parteien. Besonders die (Differenz-)Relationen des Signifikanten zu letzteren werden häufig durch Äquivalenz- oder Kontraritätsrelationen überformt, wobei die Beziehung zur „CDU“ üblicherweise und häufig auch die zur „FDP“ als Äquivalenzrelation artikuliert wurde, jene zur „SPD“ allerdings je nach Kontext sehr unterschiedlich. Nicht nur politische Parteien, auch andere politische Akteure werden in großer Regelmäßigkeit artikuliert mit der „Sozialen Marktwirtschaft“ verknüpft, insbesondere Gewerkschaften, Arbeitgeber-, Handwerks und Industrieverbände, sowie die Kirchen (vgl. Delhaes-Guenther 1998; sowie verschiedene Beiträge in Lenel et al. 1997: 655-784).

f. Verankerung im Wertgefüge. Schließlich zeichnen sich viele der in Frage kommenden Artikulationen dadurch aus, daß sie eine Verknüp-

fung zwischen dem Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ und einem oder mehreren der verbreiteten Hochwertbegriffe herstellen. Besonders erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang jedoch, daß die „Soziale Marktwirtschaft“, wie Wilga Föste und Peter Janßen in einer umfangreichen empirischen Untersuchung gezeigt haben, von großen Teilen der Bevölkerung mit den „Grundwerten einer offenen Gesellschaft“ – nämlich „Freiheit“, „Gleichheit“, „Verantwortung“ und „Gerechtigkeit“ – in enge Verbindung gebracht wird, daß „Soziale Marktwirtschaft“ zudem in der Lage ist, diese Werte in ausgeglichener Weise zu erfassen. Gerade die kontinuierliche Artikulation von „Sozialer Marktwirtschaft“ mit den genannten Grundwerten scheint die Konsensfähigkeit der „Sozialen Marktwirtschaft“ zum Ausdruck zu bringen (vgl. Föste/Janßen 1999: v.a. 72-142, 281-316). Aber die Verknüpfung mit normativ stark aufgeladenen Signifikanten wird auch schon in der bereits oben erwähnten Bezeichnung der „Sozialen Marktwirtschaft“ als „irenische Formel“ deutlich, die die „Soziale Marktwirtschaft“ mit der Beförderung des „Friedens“ verknüpft.

Das letzte Beispiel verdeutlicht, daß die Aspekte *b.* bis *f.* des Signifikantennetzes um die „Soziale Marktwirtschaft“ sich keineswegs gegenseitig ausschließen. Neben dem Fall der Verschmelzung von funktionaler Benennung und Verknüpfung mit Hochwertbegriffen wird dies besonders deutlich in den Fällen, in denen Begrifflichkeiten des wirtschafts- und ordnungspolitischen Vokabulars Wertcharakter erlangt haben. Das gilt in der Bundesrepublik vielleicht am stärksten für das im Stabilitätsgesetz von 1967 fixierte sogenannte magische Viereck aus „Geldwertstabilität“, „möglichst hoher Beschäftigung“, „außenwirtschaftlichem Gleichgewicht“ und „angemessenem Wirtschaftswachstum“ (vgl. Thieme 1994: 35-56). Die artikulatorische Verknüpfung des Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ mit den genannten Hochwertbegriffen scheint eine wichtige Rolle zu spielen, weil sich damit die Entwicklung des Begriffs „Soziale Marktwirtschaft“ selbst zum Hochwertbegriff andeutet (vgl. für eine Bestimmung von „Soziale Marktwirtschaft“ als eigenen Hochwertbegriff Fritz Kuhn 1991: 103). Auf diesen Aspekt wird zurückzukommen sein.

Zunächst jedoch wenden wir uns den Relationen zu, die in Signifikantennetzen – oder allgemeiner in Netzen diskursiver Elemente – hergestellt werden. Hierbei interessieren weniger die einzelnen Relationen als die Typen regelmäßig auftretender Relationen. Darauf, daß es nur eine relativ begrenzte Anzahl von diskursiven Beziehungsarten gibt, haben mehrere Autoren hingewiesen – wenn auch mit verschiedenem Vokabular und mit unterschiedlicher Betonung. Michel Foucault etwa stellt trotz der unendlichen Kombinierbarkeit sprachlicher Einheiten ein „Ge-

setz der Seltenheit“ der Aussagen, also der regelmäßigen Kombinationsmuster fest (vgl. Foucault 1997[1969]: 172-175). Ernesto Laclau und Chantal Mouffe gehen noch einen Schritt weiter und reduzieren die unbestimmte Seltenheit für den Fall des politischen Diskurses – und um diese Fälle geht es hier ja – auf eine konkrete Dualität von Beziehungsarten: die Beziehung der Differenz und die Beziehung der Äquivalenz (vgl. v.a. Laclau/Mouffe 1985: 127-134). Allerdings hat es, gerade im Anschluß an die eben vorgenommene Skizze des Signifikantennetzes um die „Soziale Marktwirtschaft“, den Anschein, als ob man mit nur zwei Beziehungsarten – Differenz und Äquivalenz – doch zu knapp kalkulieren würde. Ich möchte stattdessen eine Typologie von vier Typen von Relationen vorschlagen: Differenz, Superdifferenz, Äquivalenz und Kontrarität.

a. Differenz. Die grundlegende Beziehung zwischen allen diskursiven Elementen ist die der Differenz („x ist anders als y“; „Schalke ist anders als Dortmund“), weil diskursive Elemente erst durch diese Beziehung als erkennbare Elemente generiert werden. Ohne Differenz wären zwei Elemente miteinander identisch und somit letztlich nicht zwei, sondern nur ein Element.

Die Differenzrelation ist eine komplexitätsstiftende Relation, insofern als ein gedachtes, nur durch reine Differenzrelationen verknüpftes Netz diskursiver Elemente potentiell unendlich, unüberschaubar und ohne markante Orientierungspunkte wäre. (Anders als ein – unmöglicher, aber zur Veranschaulichung denkbarer – amorpher Raum ist ein von Differenzen durchzogener Raum ein strukturierter Raum, gleichwohl ist er kein übersichtlich strukturierter Raum, sondern eben nur eine unendliche Masse von Differenzen ohne markante Orientierungspunkte.) Wäre Differenz die einzige vorherrschende Beziehung zwischen Signifikanten, dann wären Veränderungen im Signifikantennetz nur durch das Hinzukommen völlig neuer Signifikanten denkbar, aber auch diese Veränderungen könnten nur rein quantitativer Art sein und nicht die Struktur des Netzes an sich durcheinander wirbeln. Offensichtlich führen jedoch Artikulationsereignisse kontinuierlich zu Verschiebungen im Signifikantennetz. Bestimmte Signifikanten werden, wie oben ausgeführt, als zusammengehörig artikuliert (etwa „Soziale Marktwirtschaft“ und „Wettbewerb“) oder auch als entgegengesetzt (etwa „Soziale Marktwirtschaft“ und „Kartell“); es können auch durchaus zwei Elemente in verschiedenen Kontexten einmal als zusammengehörig und dann wieder als entgegengesetzt artikuliert werden (etwa „Soziale Marktwirtschaft“ und „Wirtschaftssteuerung“). Es scheint sich demnach so zu verhalten, daß zahlreiche Artikulationen gleichzeitig eine Differenz artikulieren und diese auf die eine oder andere Weise überformen. Und so kann man da-

von sprechen, daß alle anderen Arten diskursiver Beziehungen gegenüber der Differenzrelation in einer Art parasitärem Verhältnis stehen: Sie sind von der vorherigen Existenz einer solchen Beziehung abhängig und überformen sie; gleichzeitig reduzieren sie Komplexität.

b. Superdifferenz. Der erste derart überformende Beziehungstyp läßt sich als Superdifferenz bezeichnen. Superdifferenzen bekräftigen Differenzen zwischen diskursiven Elementen und verfestigen damit diskursive Grenzziehungen, allerdings ohne daß die betroffenen diskursiven Elemente als Gegensätze irgendeiner Art artikuliert werden. Superdifferenzen bringen zum Ausdruck, daß sich zwei Elemente nicht nur voneinander unterscheiden, sondern daß sie darüber hinaus auch in keinerlei Zusammenhang stehen, auch nicht in einem negativen („x ist anders als y und hat auch nichts mit y zu tun“; „Fußball und Ballett sind doch nun wirklich zwei völlig getrennte Universen“). Superdifferenzrelationen reduzieren Komplexität in ganz entscheidender Weise, weil sie maßgeblichen Anteil an der grundlegenden Strukturierung des diskursiven Raums haben, indem sie Grenzen in das unendliche Netz von Differenzen einziehen. Erst aufgrund von Superdifferenzrelationen können sich überhaupt erst erkennbare, unterschiedliche Diskurse konstituieren. Im politisch-diskursiven Raum, vor allem in Demokratien, dienen Superdifferenzrelationen dazu, verschiedene Arenen politischer Diskursivität voneinander zu scheiden. Sie artikulieren, mit anderen Worten, die Grenzen zwischen verschiedenen politischen Diskursen, indem sie zum Beispiel spezifizieren und abgrenzen, welcher Aspekt des gemeinsamen politischen Strebens betroffen ist (z.B. Wohlstand oder Sicherheit) oder welcher Personenkreis adressiert wird und welcher nicht. Eine typische explizite Aussage dieser Art im zu untersuchenden Fall des Diskurses der Sozialen Marktwirtschaft könnte etwa lauten: „Ordnungs- und Wirtschaftspolitik zielt auf die Mehrung des materiellen Wohlstands, ihr Ziel liegt nicht in der Gewährleistung einer bestimmten Verteilung dieses Wohlstands.“

c. Äquivalenz. Der zweite überformende Beziehungstyp läßt sich – in Anlehnung an Laclau/Mouffe – als Äquivalenz bezeichnen. Mir scheint es wichtig hervorzuheben – und diesen Punkt machen Laclau/Mouffe nicht explizit – daß bei Äquivalenzrelationen üblicherweise ein drittes Element eine wichtige Rolle spielt, weil zwei Elemente zwar als grundsätzlich different, aber in Beziehung zu einem Dritten als äquivalent artikuliert werden („x ist anders als y, aber geht in Beziehung zu a mit y Hand in Hand“; „Schalke ist anders als Dortmund, aber beide sind die Heimat von Bundesligamannschaften“). Es können auch mehrere Äquivalenzrelationen ineinander greifen („v, w, x, y, und z sind alle voneinander unterschieden, aber in Beziehung zu a gleichbedeutend“), weshalb

man auch von Äquivalenzketten spricht (Laclau/Mouffe). Zur Komplexitätsreduktion kommt es, weil durch die Äquivalenzbeziehung viele Beziehungen zum Dritten zu einer gebündelt werden, die dann wiederum von mehr „Gewicht“ ist. Äquivalenzrelationen lassen Knotenpunkte entstehen und stellen so höheren Kontrast her. Verschiedene Intensitätsgrade von Äquivalenzbeziehungen lassen sich mit Begrifflichkeiten der Stilistik als Metaphern, Metonymien, Synonymen etc. beschreiben.⁴¹

d. Kontrarität. Der dritte überformende diskursive Beziehungstyp ist die Kontraritätsrelation; und auch bei dieser Relation spielt ein Drittes zumeist eine wichtige Rolle („x ist anders als y, und steht in bezug auf a in Kontrarität zu y“; „Schalke ist anders als Dortmund und beide stehen hinsichtlich des Ziels Meisterschaft einander im Weg“). Bei den diskursiv artikulierten Gegensätzen hat man es weder mit realen Gegensätzen ($A \leftrightarrow B$) zu tun, die nur durch die Zerstörung eines der entgegengesetzten Elemente und den Sieg des anderen zu beseitigen wären; noch aber handelt es sich um dialektische Widersprüche ($A \leftrightarrow A'$), die, weil das eine (stets begriffliche) Element sein „Gegenelement“ immer schon in sich trage, auf einer anderen (höheren) Ebene aufgehoben werden könnten und letztlich auf diese Aufhebung sogar hinstreben. Letzteres gilt um so mehr, als in diskursiven Artikulationen, wie oben ausgeführt, nicht nur sprachliche Begriffe, sondern auch reale Gegenstände und Subjekte durch Differenzierung mit sinnhaften Identitäten versehen werden – denn zwischen realen Gegenständen oder Subjekten können keine dialektischen Widersprüche begründet werden (vgl. Laclau 1979: 177-179; Laclau/Mouffe 1985: 109/110, 122-125). Diskursiv artikuliert Gegenstände sind stets kontingent (d.h. sie folgen keiner dialektischen Logik der Aufhebung) und prekär (d.h. sie können durch Artikulationen entweder verschoben oder durch völlig andere Gegensätze ersetzt werden). Kontraritäts- und Äquivalenzrelation können einander überlappen: „x und z sind (different aber) gleichbedeutend, insofern sie in bezug auf a in Kontrarität zu y stehen.“ („Schalke-Fans und Dortmund-Fans unterscheiden sich, aber beide freuen sich über eine Niederlage des FC Bayern.“) Auch Kontraritätsrelationen bringen Kontraste in die einförmige, sich scheinbar unendlich erstreckende diskursive Landschaft der Differenz.

Die „photographische“ Betrachtung hat uns somit wertvolle Hinweise darauf geliefert, welcher Art die Beziehungen sind, die sich in Dis-

41 Laclau/Mouffe (1985: 109/110) weisen explizit darauf hin, daß nur durch die diskursive Strukturierung der Wirklichkeit überhaupt Beziehungen zwischen Objekten oder sozialen Kräften bzw. Gruppensubjekten möglich sind, die als objektive Beziehungen unmöglich wären. Hierzu gehören insbesondere Äquivalenzbeziehungen (im sozialen Raum z.B. zu verstehen als Bündnisbeziehungen).

kursen im allgemeinen – das heißt nicht nur zwischen Signifikanten – konstituieren. Wir konnten eine Typologie diskursiver Relationen entwickeln, die eine wichtige Grundlage für die Theorie hegemonialer Strategien (Kapitel 5) und für die Analyse des hegemonialen Projekts „Soziale Marktwirtschaft“ (Kapitel 6) bildet.

Eine ganz entscheidende Komponente der Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“ konnte die Betrachtung der „Photographie“ des Signifikantennetzes jedoch nicht erhellen: Dabei handelt es sich um jene „normative“ Bedeutungskomponente, die bewirkt, daß „Soziale Marktwirtschaft“ als „Fahnenwort für die bundesdeutsche Wirtschaftsordnung“ (Wengeler 1995: 48) gilt; daß, mit anderen Worten, die Soziale Marktwirtschaft als „gute“, d.h. als produktive, effiziente und gerechte Wirtschaftsordnung verstanden wird. In der deutschen Linguistik hat es sich eingebürgert, diese Bedeutungskomponente als „deontische Bedeutungskomponente“ (in Ergänzung zur „deskriptiven Bedeutungskomponente“) zu bezeichnen; durch diese wird „der bezeichnete Sachverhalt als zu befürwortender oder als abzulehnender bewertet“ (Klein 1991: 61).⁴² Leider wird jedoch dabei die Existenz einer deontischen Bedeutungskomponente lediglich festgestellt, ohne zu erklären, welcher Mechanismus das Zustandekommen einer derartigen Komponente gestattet. Die im folgenden Kapitel vorgenommene Untersuchung des Politischen wird unter anderem dabei helfen, die noch fehlende Erklärung für das Zustandekommen positiv-deontischer Bedeutungskomponenten zu finden, jedenfalls solange es sich um herausgehobene diskursive Elemente handelt, denen ihre spezielle Rolle in *politischen* Diskursen zukommt; so wird es im besonderen auch möglich sein, die normative Komponente der „Sozialen Marktwirtschaft“ besser zu verstehen.

42 Die Bezeichnung „deontische Bedeutungskomponente“ geht zurück auf Hermanns (1986). Der Unterscheidung von deskriptiver und deontischer Bedeutungskomponente entsprechend, wird hinsichtlich des politischen Konfliktes um die Bedeutung von Wörtern auch unterschieden zwischen deskriptiver und deontischer Bedeutungskonkurrenz (vgl. Klein 1989; Klein 1991).

3. Das Politische als diskursiver Raum der Hegemonie

Auf dem Weg, Hegemonie als politisch-diskursive Form der Vorherrschaft zu erklären, wurden als erster Schritt im vorangegangenen Kapitel die hier relevanten Aspekte des Funktionierens diskursiver Prozesse erörtert. Als Movens der Diskurse haben wir dabei die unendliche Zahl von Artikulationen ausgemacht, die immer wieder aufs Neue das Geflecht der diskursiven Elemente arrangieren. Im Zuge dieses Arrangierens kommt es zugleich kontinuierlich zu Verschiebungen von Sinn und Bedeutung und zur Ausformung von Mustern oder Regelmäßigkeiten. Wenn Hegemonie als politisch-diskursives Phänomen bzw. als Phänomen politischer Diskurse analysiert wird, so bedeutet dies, daß wir ein spezifisches Muster diskursiver Praxis – das Muster der Hegemonie – suchen, welches sich vor einem Hintergrundmuster konstituiert, und zwar vor dem Hintergrundmuster des Politischen, dessen Vorhandensein einen Diskurs zum politischen Diskurs werden läßt.

Der Kategorie des Politischen ist bislang von Seiten der Diskurswissenschaften nur relativ geringe Aufmerksamkeit gewidmet worden. Zwar ist das Bemühen um eine Theorie und Methode zur Analyse politischer Diskurse keineswegs neu, doch im Anschluß an Louis Althusser 1971 publizierten Aufsatz „Idéologie et appareils idéologiques d’Etat“ (wieder abgedruckt in Althusser 1995: 269-314) stand dabei von Beginn an, insbesondere im wegweisenden Werk Michel Pêcheux (v.a. 1982 [1975]; 1990), der Zusammenhang von Ideologie und Diskurs im Zentrum des Interesses. Während die Konzentration auf die Ideologiekritik sich noch Mitte der 1980er Jahre als Spezifikum der französischen politischen Diskursanalyse beschreiben ließ (vgl. Seidel 1985: 44), läßt sich heute feststellen, daß auch außerhalb Frankreichs, etwa in Deutschland, die weitgehende Gleichsetzung von politischer Diskursanalyse und

Ideologiekritik fortgeschrieben wird. So behauptet etwa Siegfried Jäger (1994: 13), durch Diskurse würden „Ideologien umgesetzt“, und Paolo Donati (2001: 147) kann in einem jüngeren Handbuchartikel feststellen, daß in den meisten neueren Studien der politische Diskurs als der Ort verstanden wird, „an dem jene ideellen Elemente produziert werden, durch die die Realität sinnhaft verstanden und gestaltet wird. Dies [der politische Diskurs, MN] bedeutet nichts anderes als politische Ideologie.“ Eine Analyse politischer Diskurse hätte demnach ihr Hauptaugenmerk auf die Konflikte zu richten, die in Diskursen zwischen verschiedenen ideologischen Positionen sprachlich und interpretatorisch ausgetragen werden (vgl. ebd.: 147/148).

Da sich die meisten AnalytikerInnen politischer Diskurse auf den Topos der Ideologiekritik konzentrieren, gerät die Problematik einer klaren Konzeption des Politischen aus den Augen. Es wird, mit anderen Worten, nicht hinreichend deutlich, was das Spezifische eines politischen Diskurses ist. Hinter den Ausführungen einiger AutorInnen scheint die Auffassung zu stehen, daß es die Konfliktivität ist, die einen Diskurs zum politischen Diskurs macht, das heißt, das Aufeinanderprallen verschiedener Diskurse bzw. diskursiver Positionen (z.B. Donati 2001: 148; Seidel 1985: 44; Nullmeier 2001). Eine solche Konzeption könnte sich vielleicht auf die wenigen Passagen im Foucaultschen Werk beziehen, in denen sich eine Gegenläufigkeit von Diskurs und Gegendiskurs andeutet (vgl. z.B. Foucault 1995[1975]: 373-378; Foucault 1997[1976]: 123). Über den impliziten Verweis auf einen konfliktorientierten Begriff des Politischen hinaus bleibt jedoch eine eingehende Erörterung des Politischen an der Schnittstelle von Diskurswissenschaft und Politik aus. Wenn eine solche Erörterung nun unternommen wird, so vor allem mit dem Ziel, das diskursive Muster des Politischen, welches das Hintergrundmuster der Hegemonie bildet, zu rekonstruieren. Es geht, mit anderen Worten, darum herauszufinden, was einen Diskurs zum politischen Diskurs macht. Darüber hinaus möchte ich aber auch explizieren, welchen Begriff des Politischen ich dieser Untersuchung zugrunde lege.

Eine terminologische Anmerkung sei dieser Auseinandersetzung mit dem Politischen vorausgeschickt: Die Begriffe der Politik und des Politischen werden, wie im Laufe der Ausführungen in diesem Kapitel deutlich werden wird, von vielen AutorInnen synonym verwendet. Einen Weg aus dieser zwar verbreiteten, aber unbefriedigenden begrifflichen Unschärfe offeriert Ernst Vollrath:

Gesucht wird im Politischen ein Urteilsmaßstab, der es erlaubt, das, was politisch ist oder was als etwas Politisches bestimmt werden kann, von dem zu unterscheiden, was nicht politisch ist. Der Begriff des Politischen faßt also die

Modalität oder die Qualität, die politischen Charakter hat, philosophisch gesprochen: das Politischsein. Die Absicht ist es, an allen möglichen Phänomenen – an Personen ebenso wie an Institutionen, an Ereignissen ebenso wie an Prozessen, an allem also, was ‚Politik‘ genannt werden kann – das Vorkommen beziehungsweise die Abwesenheit, das Ausmaß wie den Mangel, die Angebrachtheit wie die Unangemessenheit von deren politischer Modalität oder Qualität mit Hilfe dieses Begriffs beurteilen zu können. Die Angemessenheit eines Begriffs des Politischen muß sich an dieser analytischen Kapazität zur Differenzierung ausweisen (Vollrath 1988: 315; vgl. hierzu ausführlich Vollrath 1987: 29-56).

Das Ziel Vollraths bei der Konzeptionierung des Politischen als Maßstab zur Beurteilung des Phänomens Politik besteht letztlich darin, ein Kriterium zur Unterscheidung „einer authentisch politisch qualifizierten Politik und einer unpolitisch-pervertierten Politik“ zu gewinnen (Vollrath 1990b: 287). Eine derartige ambitionierte Suche nach dem Eigentlichen des Politischen kann jedoch hier nicht das Ziel sein – zu sehr stünde sie im Gegensatz zu dem, was im vorangegangenen Kapitel über die Eigentlichkeit von Bedeutungen gesagt wurde. Deshalb werde ich zwar Vollraths Überlegung folgen, einen Begriff des Politischen als Kriterium der Differenzierung einzuführen. Aber es geht dabei nicht darum, anhand dieses Kriteriums in irgendeiner Weise das Wesen „authentischer“ Politik zu erforschen. Meine Absicht besteht vielmehr darin, ein *heuristisches* Differenzkriterium zu finden, anhand dessen sich ein Diskurs als politischer Diskurs auszeichnen läßt. Mit anderen Worten: Wenn man davon ausgeht, daß bestimmte Diskurstypen von bestimmten Regelmäßigkeiten geprägt sind (diese Annahme ist in den Diskurswissenschaften weit verbreitet), dann wird im folgenden nach der spezifischen Regelmäßigkeit politischer Diskurse gefragt. In diesem Sinne kann man das Politische als eine bestimmte Regelmäßigkeit oder Logik begreifen, deren Vorhandensein die Qualifizierung eines Diskurses als politischer Diskurs gestattet – ohne dabei darauf beschränkt zu sein, solche politischen Diskurse ausschließlich im Phänomenbereich dessen zu suchen, was üblicherweise als Politik oder als politisches System bezeichnet wird. Keineswegs ausgeschlossen werden soll dabei, daß tatsächlich Ideologiekritik und politische Diskursanalyse Gemeinsamkeiten aufweisen können; ebensowenig, daß entsprechend der Überlegungen einiger der genannten Autoren Konflikthafte ein wesentliches Merkmal politischer Diskurse ist. Gerade für Letzteres lassen sich zahlreiche Anhaltspunkte finden.

Zu Beginn der Suche nach diesen Anhaltspunkten steht im folgenden eine kurze Rekonstruktion der politischen Funktionen von Symbolik und Sprache, wie sie in der Politikwissenschaft regelmäßig diskutiert wer-

den. Hieran schließt sich ein genauerer Blick auf zwei Denktraditionen des Politischen in der politischen Philosophie an: das Denken Carl Schmitts, der im Konflikt zwischen Freund und Feind das entscheidende Element des Politischen sieht, und das Denken Hannah Arendts, in dem das gemeinschaftliche Handeln für die gemeinsame Zukunft die zentrale Rolle spielt (3.1). Anschließend wird unter Bezugnahme auf Claude Lefort, Marcel Gauchet und Ernesto Laclau begründet, weshalb diese beiden oft als unvereinbar geltenden Denktraditionen komplementär gelesen werden sollten (3.2). Schließlich wenden wir uns der am Ende des zweiten Kapitels aufgeworfenen Frage zu, wie die Leitbegriffe politischer Diskurse zu ihren „positiven“ normativen Bedeutungen kommen. Hierbei spielt das Laclausche Theorem des leeren Signifikanten eine entscheidende Rolle (3.3).

3.1 Das Politische des politischen Diskurses

Ich werde mich dem Politischen, insofern es einen Diskurs als politischen Diskurs auszeichnet, nun auf zwei Weisen annähern: zunächst über die spezifisch politischen Funktionen, die dem Komplex Diskurs/Sprache/Symbolik zugeschrieben werden, und anschließend über die Theorien des Politischen selbst.

Geht man der Frage nach den politischen Funktionen von Diskurs, Sprache und Symbolik nach, so fällt auf, dass insbesondere zwei Funktionen immer wieder thematisiert werden: erstens die Funktion, Symbole des Gemeinsamen bzw. der Gemeinschaft zur Verfügung zu stellen und so diese Gemeinschaft erst zu ermöglichen; und zweitens die Funktion, im Raum von Sprache und Symbolik Konflikte auszutragen und zu vermitteln. Daß politische Symbolik und politische Sprache als wesentlich für die Selbstvergewisserung politischer Gemeinschaften sind, daß sie mithin als Instrumente für die Herstellung sozio-politischer Einheit dienen, betont vor allem die ideengeschichtlich inspirierte und anthropologisch argumentierende Politische Theorie. „Die Selbsterhellung der Gesellschaft durch Symbole ist ein integraler Bestandteil der sozialen Realität“, formulierte etwa Eric Voegelin (1959: 49/50) und hob weiter hervor: „man kann sogar sagen ihr wesentlicher Bestandteil, denn durch eine solche Symbolisierung erfahren die Menschen die Gesellschaft, deren Glieder sie sind [...] als Teil ihres menschlichen Wesens.“ Ganz offensichtlich besteht die Funktion der politischen Symbolik also im Verweis darauf, was die Mitglieder einer Gemeinschaft in ihrer Substanz und in ihrem Streben eint, also auf ein Gemeinsames in bezug auf das menschliche Sein und auf das menschliche Sollen – in diesem Fall sogar des

„höchsten“ Gemeinsamen, der Gemeinschaft als menschliche Wesen. Entsprechend dieser anthropologischen Argumentation wird der Mensch in Anlehnung an Ernst Cassirer als *animal symbolicum* begriffen (vgl. Cassirer 1960[1944]: 40), an dessen jeweilige Erfahrung und individuelles Bewußtsein die Symbolisierung der gemeinsamen Ordnung gebunden ist. Zwar resultiert aus einer Vielzahl der Erfahrungsmodi und deren Symbolisierungen eine „Pluralität politischer Gesellschaften mit divergierender Selbstinterpretation, d.h. konkurrierenden Ansprüchen auf Repräsentation transzendenter Wahrheit“ (Gebhardt 1980: 53), die sich jedoch strukturell insofern gleichen, als sie stets auf eine „Interpretation der Gesamtexistenz des Menschen“ abheben (ebd.: 53/54). Im Extremfall kann es zur kriegerischen Konfrontation verschiedener dieser konkurrierenden Symbolisierungen kommen, weshalb im Raum des Politischen auch der Konflikt als wichtige Größe auftritt. Entscheidend ist aber die anthropologische Konstante – die „Menschenwesentlichkeit“ –, weshalb dem Aspekt des Gemeinsamen der Vorrang gebührt. Dies zeigt sich auch darin, daß die politische Symbolisierung an der Menschenwesentlichkeit normativ zu messen ist: „Normative Beurteilung von Symboliken, auch unterschiedliche, ist notwendigerweise eine Reflexion über die Wirklichkeit dessen, was Menschenwesentlichkeit ist“ (Gebhardt 1980: 59).

Wenn der Topos der symbolischen oder diskursiven Repräsentation des Gemeinsamen diskutiert wird, so geschieht dies jedoch keineswegs nur unter Rekurs auf ein anthropologisches Gemeinsames der Menschenwesentlichkeit. Tendenziell noch häufiger findet sich die Überlegung, daß nur auf der Basis sprachlichen Interagierens Gefolgschaft und Zustimmung zum gemeinschaftlichen politischen Handeln (oder doch wenigstens Gefügigkeit der politisch Beherrschten angesichts des Handelns der Eliten im Namen der Allgemeinheit) dauerhaft erzielt werden können. „Sprache ist Politik und Politik ist Sprache, weil politische Herrschaft zwar auch mit physischer Gewalt begründet werden kann, aber dennoch ohne Zustimmung der Beherrschten keinen andauernden Erfolg hat“, stellte Wolfgang Bergsdorf (1977: 41) fest. Ganz ähnlich formulierte Murray Edelman in der vielleicht bis heute einflußreichsten politikwissenschaftlichen Studie zu Politik und Symbolik: „Through language a group can not only achieve an immediate result but also win the acquiescence of those whose lasting support is needed“ (Edelman 1972[1964]: 114).¹ Entsprechend bezeichnet Ulrich Sarcinelli, der in

1 Auch Edelman verweist darauf, daß Zeichenstrukturen dazu dienen, den Menschen einen universalen Identifikationsgrund zu bieten: „the right, the true, the inevitable“. Aber Edelman bewertet diese Signifikanten des Allgemeinen nicht normativ, all diese Identifikationsgründe dienen seines Er-

mancher Hinsicht an Edelman anschließt, politische Symbolik als „unverzichtbares Steuerungsinstrument eines loyalitätssichernden Politikmanagements“ (Sarcinelli 1987: 66). Edelmans verschiedene Studien verfolgen im wesentlichen eine sozialpsychologische Argumentation (vgl. auch Sarcinelli 1987: 59-62): Weil die meisten Bürger Politik nur aus der Zuschauerperspektive kennen würden – als „a passing parade of abstract symbols“ (Edelman 1972[1964]: 5) –, komme der Sprache im wesentlichen die Funktion zu, über abstrakte Verdichtungssymbole, denen in der Lebenswelt der meisten keine Referenzobjekte entsprechen, die psychologischen Bedürfnisse der Menschen anzusprechen. Dabei kann Sprache eine beschwichtigende oder eine bedrohliche Wirkung haben (vgl. ebd.: 6-10) und sprachliche Zeichen werden mit Affekten und Emotionen konnotiert (vgl. ebd.: 116-124). Indem er die symbolische „evocation of arousal or quiescence in mass publics“ – und nicht die Befriedigung bestimmter Bedürfnisse durch einzelne Policies – als wesentliches Output politischen Handelns benennt, positioniert sich Edelman vor allem gegen die politische Systemtheorie etwa im Sinne Eastons (Edelman 1971: 4, 7). Entscheidend seien nicht die Fakten im Sinne einer Eastonschen „allocation of values“ (vgl. Easton 1965), sondern die menschlichen Erwartungen hinsichtlich der Zukunft und diese gestalten sich je nach den sprachlichen Äußerungen der politischen Eliten hoffnungsfroh, mißtrauisch oder feindselig. Um die Erwartungen aller Gruppen hoffnungsfroh, die Unsicherheit niedrig und die Zustimmung möglichst hoch zu halten, greifen politische Eliten daher auf positiv konnotierte, auf das Gemeinsame und das Ganze einer politischen Gemeinschaft verweisende Verdichtungssymbole zurück – die „symbols of the whole“, ein Konzept, das Edelman von Harold Lasswell übernimmt (vgl. Edelman 1971: 9). Lasswell, der als Pionier des quantitativen Studiums der politischen Sprache gelten darf, hatte schon in den 1940ern auf die große Bedeutung derartiger „key symbols“ – als Kernelemente des politischen Mythos – hingewiesen (vgl. z.B. Lasswell/Leites 1968[1949]: 12/13).

Daß zentralen Symbolen oder Begriffen im politischen Diskurs große Bedeutung zukommt, ist eine Überlegung, die von nahezu allen Untersuchungen zu Sprache und Politik gestützt wird. Häufig wird diesbezüglich allerdings nicht primär herausgestellt, daß solche Begriffe die politische Funktion des Verweisens auf ein allen Gemeinsames bzw. auf ein Ganzes haben, sondern eine zweite Funktion betont, nämlich daß Symbolik, aber vor allem Sprache auch das Austragen politischer Kon-

achtens in gleichwertiger Weise allein dazu, daß des Menschen „dubious acts are sanctified and his responsibility as an individual entity minimized“ (Edelman 1972[1964]: 129).

flikte ermöglicht und befördert. Helmut Lübke (1975[1967]: 97/98) hält etwa fest, daß „der Kampf gegen den politischen Gegner nicht zuletzt geführt [wird] als Kampf gegen seinen politischen Sprachgebrauch“, und auch von der „Geschichte als Sprachkampf“ ist die Rede (Leuenburger 1975), oder davon, daß „[s]ouverän ist, wer den Sachverhalt definiert“ (Schelsky 1974: 2). Offensichtlich gibt es zwei verschiedene Dimensionen des politisch-diskursiven „Kampfes um Wörter“ (Greiffenhagen 1980): Die eine Dimension steht in direkter Beziehung zur ersten politischen Funktion der Sprache bzw. der Symbolik, das heißt, es geht um den Konflikt, anhand welchen diskursiven Elements das gemeinsame Sein und Sollen bezeichnet wird. Ob etwa eine Wirtschaftsordnung, die allen Mitgliedern einer politischen Ordnung gerecht wird/werden soll, mit „Kapitalismus“, „freier Marktwirtschaft“, „Sozialer Marktwirtschaft“, „Sozialistischer Marktwirtschaft“ oder „Sozialismus“ signifiziert wird, stellt einen solchen Konflikt dar. Meistens ist jedoch die zweite Dimension eines Kampfes um Wörter gemeint, die dann zum Tragen kommt, wenn ein diskursives Element in relativ stabiler Weise das gemeinsame Sein und Sollen hegemonial signifiziert, dabei aber die detailliertere Deutung dieses Elements umstritten bleibt. Derartige Deutungskonkurrenzen bilden die Grundlage für das immer wieder diskutierte Unterfangen, Begriffe zu „besetzen“ (vgl. Biedenkopf 1982[1975]; Liedtke et al. 1991).

Der gewiß nur kursorische Blick in einige Untersuchungen zu Sprache/Symbolik und Politik liefert somit erste Hinweise darauf, daß sich im diskursiven Muster des Politischen zwei wesentliche Beziehungen wiederfinden: zum einen Beziehungen zum „Gemeinsamen“ oder „Ganzen“ einer Gemeinschaft, zum anderen Beziehungen der Konkurrenz oder des Konflikts. Es wird sich nun zeigen, daß auch dort, wo in der politischen Theorie das Politische verhandelt wird, eben diese beiden Aspekte immer wieder auftauchen, wenngleich in verschiedenen Traditionen bzw. mit unterschiedlicher Gewichtung.

Die Publikationen zur Eigenart und zur Rolle des Politischen in der Gegenwart sind Legion. Mit dieser Vielzahl geht eine entsprechende Vielfältigkeit der Standpunkte einher. Dies gilt zum einen für die Zielsetzung der Beiträge: Während etwa Ulrich Beck kühn die „Erfindung des Politischen“ anmahnt (Beck 1993), macht sich Jürgen Gebhardt lieber vorsichtig auf die „Suche nach dem Politischen“ (Gebhardt 1998). Gleichzeitig wird aber, wenn man die Überlegungen verschiedener AutorInnen kontrastiert, schnell deutlich, daß die AutorInnen wohl nicht alle vom selben Begriff des Politischen ausgehen. So spricht beispielsweise Thomas Meyer von einer „Transformation des Politischen“ (Meyer 1994) oder gar dem sich scheinbar anbahnenden „Ende des Po-

litischen“ (ebd.: 20), wo Chantal Mouffe noch kurz vorher „The Return of the Political“ (Mouffe 1993) konstatiert hat.²

Die gegensätzlichen Gegenwartsdiagnosen in bezug auf das Politische werden verständlich, wenn man die theoretischen Hauptbezugspunkte von Thomas Meyer und Chantal Mouffe betrachtet: Meyer bezieht seinen Begriff des Politischen vor allem aus dem Denken von Hannah Arendt, Mouffe aus dem Denken von Carl Schmitt (vgl. auch Mouffe 1999). Und in der Tat kann man wohl, wenn es um den Begriff des Politischen geht, von einer Art Arendt-Schmittischem Schisma der Politischen Theorie sprechen. Gebhardt (1998: 19) spricht in diesem Zusammenhang von einer „theoretisch grundierte[n] ideenpolitische[n] Kontroverse“ ähnlich dem sogenannten Historikerstreit – ohne daß diese Kontroverse aber explizit ausgetragen würde. Dem Schisma entsprechend können, so Gebhardt an anderer Stelle (2000: 140), zwei idealtypische Konzeptionen der Politik und des Politischen ausgemacht werden: „Ein herrschafts-, macht- und staatszentrierter Begriff der Politik lässt sich auf die kontinentaleuropäische Erfahrung des monarchischen Zentralstaates zurückführen, wohingegen ein bürgerschafts- und konsenszentrierter Politikbegriff auf die Idee und Erfahrung der sich selbst regierenden Bürgergemeinde rekurriert.“ Der Einfachheit halber werde ich im folgenden zwischen einem „realistischen“ (in Anlehnung an den Begriff der Realpolitik, für den Macht und Konflikt eine zentrale Rolle spielen³) und einem „bürgerschaftlichen“ Begriff des Politischen unterscheiden.⁴

Zentrale Elemente eines realistischen Begriffs des Politischen sind Staat(lichkeit), Souveränität, Macht(ausübung) und vor allem Konfliktivität. Neben Carl Schmitt werden mit dem realistischen Begriff des Politischen vor allem Machiavelli, Hobbes und Max Weber verbunden. Gerade Webers Überlegungen zur Politik sind nach wie vor prägend.

2 Auch in der jüngsten Vergangenheit ist wieder von der „Rückkehr des Politischen“ (Flügel et al. 2004) die Rede.

3 Ich lehne mich hier u.a. an Aleman (1994) an, der einen realistischen Begriff des Politischen im Sinne Machiavellis von einem normativen Begriff des Politischen im Sinne Aristoteles' unterscheidet.

4 Im Gegensatz zu dieser Zweiteilung unterscheidet Dolf Sternberger (1984[1978]) mit der aristotelischen Politologik, der machiavellischen Dämonologik und der augustinisch-marxistischen Eschatologik „drei Wurzeln der Politik“ (und macht dabei als normativ einzig tragbare die aristotelische Politologik aus). Eine Zweiteilung beschränkt sich demgegenüber im wesentlichen auf die Politologik und die Dämonologik. Eine anders gelagerte Dreiteilung des Feldes der Politik findet sich bei Étienne Balibar (1997), der Politik in den dreifachen ethischen Horizont der Emanzipation, der Veränderung und der Zivilität eingebettet sieht.

Ein wesentlicher Aspekt der Politik besteht diesen Überlegungen zufolge im „Streben nach Machtanteil“ (Weber 1997[1919]: 272) sowohl innerhalb eines Staates als auch zwischen Staaten. Damit einher geht notwendigerweise die Konfliktivität jeder Politik, wurde doch Macht in *Wirtschaft und Gesellschaft* definiert als „jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen“ (Weber 1980[1972, 1921/22]: 28).

Wie eben schon angedeutet, sind es aber vor allem die paradigmatischen Überlegungen Carl Schmitts, die den realistischen Begriff des Politischen heute prägen. Das dem Politischen Spezifische, stellt Schmitt in seiner Schrift *Der Begriff des Politischen* bekanntermaßen fest, „ist die Unterscheidung von *Freund* und *Feind*“ (Schmitt 1996[1932]: 26). Dabei muß der Feind keine besonderen Qualitäten aufweisen, kein ökonomischer Konkurrent und auch kein moralischer Bösewicht sein, es genügt die schlichte Andersheit. Das heißt gleichzeitig, daß die Freund-Feind-Logik des Politischen potentiell alle Bereiche menschlichen Seins – also auch die Ökonomie oder die Moral – durchdringen kann. Allerdings ist der Schmittsche Feind nicht der private Feind (der lateinische *inimicus*), sondern der öffentliche Feind (*hostis*), also eine Gesamtheit von Menschen, die einer anderen Gesamtheit in ihrer Andersheit gegenüber steht (vgl. ebd.: 29). Diese politische Andersheit kann im Extremfall immer zum unvermittelbaren Konflikt, d.h. zum Kampf auf Leben und Tod führen. „Die Begriffe Feind, Freund und Kampf erhalten ihren realen Sinn dadurch“, schreibt Schmitt (ebd.: 33), „daß sie insbesondere auf die reale Möglichkeit der physischen Tötung Bezug haben und behalten. Der Krieg folgt aus der Feindschaft, denn diese ist seinsmäßige Negierung eines anderen Seins.“ Dies bedeutet nicht, daß Politik den Krieg immer zum Ziel oder zum Inhalt habe, aber die „reale Möglichkeit“ des Krieges ist es, die menschliches Handeln als politisches Handeln konstituiert (vgl. ebd.: 34/35). Auf der Ebene des Politischen ist der Staat „die maßgebende Einheit“ (ebd.: 44), weil souveräne Staatlichkeit die Voraussetzung dafür ist, über den Ausnahmezustand entscheiden können, der wiederum die Bedingung dafür ist, Feind-Zuschreibungen mit allen Konsequenzen vornehmen zu können. Das Politische aktualisiert sich also zwischen Staaten. Demgegenüber ist, wie Ernst-Wolfgang Böckenförde (1988: 285) im Anschluß an Schmitt festhielt, „Politik innerhalb des Staates [...] anders als etwa Außenpolitik nur in einem sekundären Sinn politisch.“ Dies verschiebt insbesondere – und hierin besteht ein maßgeblicher Unterschied zu Max Weber – jede als Konflikt zwischen Parteien und Interessengruppen stattfindende Politik auf eine nur sekundär politische Ebene, solange hierbei nicht die „reale Möglichkeit“ einer Bürgerkriegslösung solcher Konflikte gegeben ist. Hinzu

kommt, daß die internen Konflikte den Staat als politische Einheit dann gefährden, wenn sie eine eindeutige Freund-Feind-Entscheidung des Staates verhindern. Daher ist es gerechtfertigt, wenn der Staat zum Zwecke der Eigenerhaltung als politische Einheit die innerstaatliche Befriedung und damit Homogenität erzwingt, auch durch innerstaatliche Feinderklärungen (Schmitt 1996[1932]: 46/47).⁵

Nach Carl Schmitt muß sich damit der einzelne Staatsbürger ebenso wie Vereinigungen von Staatsbürgern dem Willen des Staates, ja dem Staat selbst unterwerfen. Demgegenüber rückt das bürgerschaftszen-trierte Verständnis des Politischen den frei und gemeinschaftlich han-delnden Bürger (den politischen Bürger, den *citoyen*) in den Vorder-grund und begreift den Staat wie jede andere politische Ordnung letzt-lich als gemeinschaftliches Projekt von politischen Bürgern. Im Zentrum eines bürgerschaftlichen Begriffs des Politischen stehen die Freiheit – insbesondere die Freiheit der Rede –, das gemeinschaftliche Handeln für eine gemeinschaftliche Zukunft und die Orientierung dieses Handelns am Wohl der ganzen Gemeinschaft. Der bürgerschaftliche Begriff des Politischen steht in der Tradition der aristotelischen Lehre der Politik und der Ethik (vgl. Aristoteles 1981; Aristoteles 1985), wobei er sich sehr allgemein am griechischen Wortstamm von „Politik“ orientiert – *πόλις* bzw. *πολίτης*. Das Politische ist in diesem Sinne schlicht das Po-lisshafte, das heißt das gemeinschaftsgestaltende, gemeinschaftliche Handeln von Bürgern in einer Polis (bzw. im weiteren Sinn in einer po-litischen Gemeinschaft). In der Auseinandersetzung mit der politischen Philosophie des antiken Griechenland wird der bürgerschaftliche Begriff des Politischen im Mittelalter bei Thomas von Aquin und besonders bei Ptolomaeus von Lucca als städtische Lebensform freier Bürger (im Un-terschied vor allem zur königlichen Herrschaft) fortgeschrieben (vgl. Gebhardt 2000).

In der Moderne wieder aufgenommen findet sich dieser Begriff des Politischen in der republikanischen Verfassungstradition der USA und, daran anschließend, vor allem bei Hannah Arendt (vgl. zum Einfluß des amerikanischen Modells auf Arendt Heuer 1992: 283/84; Vollrath 1990a: 19). Wenigstens vier Grundüberlegungen prägen das politische Denken Hannah Arendts. Die erste dieser Überlegungen betrifft das ari-stotelische ζῶον πολιτικόν: Nach Arendt ist es eine eklatante Fehllektüre des aristotelischen Gedankens, wenn der *einzelne* Mensch als wesenhaft politisch verstanden wird. Politik ist vielmehr ein Resultat der Pluralität

5 Vgl. zu Carl Schmitts Begriff des Politischen neben dem genannten Beitrag von Böckenförde (1988) auch Brodocz (2002: 284-291), Ottmann (1990: 68-72), Flickinger (1990).

der Menschen, sie „entsteht im Zwischen und etabliert sich im Bezug“ (Arendt 1993: 11). Die Pluralität der Menschen ist eine maßgebliche Bedingung des Politischen, „sie ist nicht nur *conditio sine qua non*, sondern die *conditio per quam*“ (Arendt 2002[1958]: 17). Zweitens ist es bei der Suche nach dem Politischen entscheidend, nach dem Sinn und nicht nach dem Zweck von Politik zu fragen. Zwecke liegen außerhalb einer Sache selbst, weshalb Politik unendlich viele Zwecke haben kann. Der Sinn der Politik hingegen liegt in ihr selbst, im politischen Handeln (vgl. Arendt 1993: 123-133). Der Sinn von Politik aber kann – in Anlehnung an die politische Philosophie der Griechen – nur in der Freiheit liegen: „Was das Zusammenleben der Menschen in der Polis auszeichnet vor allen anderen Formen menschlichen Zusammenlebens [...], war die Freiheit“ (ebd.: 38; vgl. auch ebd.: 52). Politisch zu leben, heißt in Freiheit gemeinschaftlich zu handeln und dabei stets die Frage „Wie wollen wir leben?“ vor Augen zu haben (vgl. hierzu auch Bonacker 2002: 204), sowie im Angesicht dieser Frage die Freiheit immer auch als die Möglichkeit eines Neuanfangs zu denken (vgl. zur Natalität bzw. zum Neu-Anfangen u.a. Arendt 2002[1958]: 18, 306, 315-17). Dieser politischen Lebensform wird in der Gegenwart am ehesten die politische Ordnung der Republik gerecht, insofern als – wie Arendt in ihrer Analyse der amerikanischen und der französischen Revolution ausführt – „der Wille zur Freiheit unmittelbar zu der Begründung einer neuen bzw. neu entdeckten Staatsform führte, nämlich zur Konstitution der Republik“ (Arendt 2000[1965]: 39). Als freiheitliches Miteinander-Handeln und Miteinander-Sprechen aktualisiert sich das Arendtsche Politische im Gegensatz zum Schmittschen Politischen *innerhalb* einer politischen Ordnung, und nicht zwischen verschiedenen politischen Ordnungen, also etwa Staaten – ja Arendt schließt in Anlehnung an das antike griechische politische Denken die Außenpolitik sogar aus „der Politik im eigentlichen Sinne“ aus (Arendt 1993: 53). Drittens – und für die folgende Argumentation maßgeblich – steht das Politische stets in enger Relation zum Gemeinsamen. Dies gilt für den Sinn einer „politischen Politik“, insofern das Sprechen und das Handeln immer ein Gemeinsames ist. Aber es gilt auch für die Ziele, anhand derer das politische Handeln langfristig gemessen wird, und für die Prinzipien politischen Handelns bzw. für die Grundüberzeugungen, „die eine Gruppe von Menschen miteinander teilt“ (ebd.: 127). Wenn also Menschen in gemeinschaftlichem Reden und Handeln ein gemeinschaftliches Projekt, ein allen Gemeinsames verfolgen, dann kann dies nach Arendt als wesentlicher Ausdruck des Politischen gelten. „Im [Arendtschen, MN] Begriff des Politischen haben wir den Widerhall einer Gemeinschaftserfahrung, in welcher zuerst das Essentielle des Politischen entdeckt wurde“ (Gebhardt 1996: 74).

Viertens schließlich ist festzuhalten, daß in den Augen Arendts das Politische nicht allgegenwärtig ist, sondern sich nur selten aktualisiert. Notwendig ist das Politische nicht (vgl. Arendt 1993: 41). Im Gegenteil: Daß Menschen gerade angesichts ihrer Pluralität ein ihnen Gemeinsames freiheitlich und im gemeinschaftlichen Handeln – d.h. als gleiche und freie Bürger – verfolgen, dies sind die „wenigen großen Glücksfälle der Geschichte“ (ebd.: 42). In ihrer eigenen Gegenwart sah Hannah Arendt das Politische in äußerster Gefahr oder sogar weitgehend verloren, vor allem angesichts der „organisierte[n] Verlassenheit, in die der Totalitarismus die isolierten, nur noch in der Gleichschaltung Sicherheit findenden Massen zwingt“ (so eine Paraphrasierung des Arendtschen Denkens bei Nordmann 1994: 95).⁶

Wenn man nun den Arendtschen und den Schmittschen Begriff des Politischen kontrastiert, so scheint das Urteil nahe zu liegen, daß beide Begriffe „einander vollständig ausschließen“ (so Meyer 2000: 27). Es seien nur die drei vielleicht maßgeblichen Unterschiede nochmals betont: Erstens sieht Schmitt im Politischen eine formale Strukturlogik menschlichen Seins, die relationale Logik von Freund und Feind. Für Arendt hingegen ist das Politische eine Handlungslogik, die sich im gemeinschaftlichen Handeln freier Bürger aktualisiert. Mit diesem Unterschied geht einher, daß das Politische bei Schmitt als kontinuierlicher, potentiell alles durchdringender Faktor auftritt, bei Arendt hingegen ist das Politische selten und stets prekär. Zweitens ist das Schmittsche Politische gekennzeichnet durch seine unbedingte Nähe zum Konflikt (im Extremfall bis zur physischen Vernichtung des Feindes), während Arendt das Gemeinsame eines gemeinschaftlichen Projekts gerade im Anschluß an die Grundannahme menschlicher Pluralität hervorhebt und damit den Konsens betont. Drittens schließlich stellt Schmitt den nach innen homogenen (oder homogenisierenden) Staat als entscheidenden politischen Akteur in den Vordergrund, Arendt die plurale Gemeinschaft der Bürger. Entsprechend aktualisiert sich das Politische bei Carl Schmitt vor allem zwischen Staaten bzw. außenpolitisch, bei Hannah Arendt hingegen innerhalb der Republik (oder der Polis) bzw. innenpolitisch.

Es scheint also so, als ob Schmitt und Arendt in der Tat derart entgegengesetzte Vorstellungen vom Politischen entwickelt haben, daß diese kaum miteinander zu vereinbaren sind. Um so mehr müßte es überraschen, daß sich in den Standardverwendungsweisen der Begriffe der Politik und des Politischen in der deutschsprachigen Politischen Wissen-

6 Vgl. zu Arendts Verständnis des Politischen neben den im Text genannten Beiträgen auch Breier (1992: 133-155), Hansen (1993) und McGowan (1998: 34-95).

schaft – oft auch ohne engeren Bezug zu Schmitt oder Arendt – Elemente sowohl der realistischen Schmittschen als auch der bürgerschaftlichen Arendtschen Begriffstradition wiederfinden. Im Vordergrund scheint dabei tendenziell der realistische Begriff des Politischen zu stehen, so etwa, wenn Ulrich von Alemann (1994: 301) Politik als „öffentliche[n] Konflikt von Interessen unter der Bedingung von Macht und Konsens“ definiert. Zwar deutet sich hier das Gemeinsame, das Allgemeine noch im „Konsens“ an, aber vorherrschend ist doch der Verweis auf „Macht“ und „Konflikt“. Dieser Befund wird unterstrichen durch eine Umfrage unter deutschen Politikwissenschaftlern, die danach fragte, welche Grundbegriffe im Rahmen der Politischen Wissenschaft unverzichtbar seien: Hier wurden bei insgesamt 639 Begriffsnennungen mit großem Abstand Konflikt und Interesse als zentrale Begriffe genannt, gefolgt von Macht und Konsens (vgl. ebd.: 300). Gleichwohl findet sich aber auch immer wieder der Bezug zum gemeinsamen Handeln und zum Gemeinwohl, so z.B. bei Gerhard Lehmbruchs immer noch häufig zitierter Definition von Politik als „gesellschaftliches Handeln (d.h. Handeln, das zweckhaft auf das Verhalten anderer bezogen ist), welches darauf gerichtet ist, *gesellschaftliche Konflikte über Werte* (einschließlich materieller Güter) *verbindlich zu regeln*“ (1967: 17). Ähnlich, aber in der Formulierung etwas allgemeiner, begreift Fritz Scharpf (1973: 33) als das „Ausgangsproblem der Politik [...] die Möglichkeit kollektiven Handelns bei nicht voraussetzendem Konsens“. Auch die zum politikwissenschaftlichen Standardrepertoire zählende Erläuterung des Politikbegriffs anhand der englischen Begriffstrias *politics – policy – polity* nimmt mit *politics* auf Durchsetzung, Macht und Konflikt Bezug, während mit *polity* die Verfassung, die politische Ordnung als ganze und das Gemeinwohl angesprochen sind (und *policy* auf die Inhalte verweist, die mit Hilfe von *politics* zum Nutzen der *polity* umgesetzt werden sollen). Es finden also durchaus beide genannte Begriffstraditionen des Politischen Eingang in die Beschreibungs- und Erklärungsbemühungen des Phänomenkomplexes der Politik. Dieser Befund spricht dafür, daß sowohl im Schmittschen als auch im Arendtschen Begriff des Politischen eine gewisse Plausibilität und Erklärungskraft steckt. Um so mehr scheint es unangemessen, von einer völligen Unvereinbarkeit beider zu sprechen. Ich möchte daher vorschlagen, im Rahmen des Unterfangens einer Analyse politischer Diskurse den realistischen und den bürgerschaftlichen Begriff des Politischen komplementär zu lesen und werde eine solche komplementäre Lektüre im folgenden entwerfen. Daß dies keine erzwungene, sondern eine naheliegende Verbindung ist, zeigt sich daran, daß die beiden Begriffe des Politischen immer wieder aufeinander verweisen.

Nähern wir uns der Politizität des politischen Diskurses also zunächst über die realistische Begriffstradition: Demnach ist ein Diskurs dann ein politischer, wenn er von konfliktiven Beziehungen geprägt ist. Allerdings ist Carl Schmitts radikale Konzeptionierung des Konfliktes als Konflikt zwischen Staaten bis hin zur physischen Vernichtung des Feindes für das Verständnis politischer Diskurse nicht hilfreich. Hierfür möchte ich drei Gründe anführen.

Der erste Grund ist ein pragmatischer, der den spezifischen Gegenstand dieser Untersuchung betrifft, aber auch den Gegenstandsbereich der politischen Diskursanalyse, sofern sie Diskurse in liberalen und pluralistischen Demokratien untersucht. Die Frage danach, wie das Paradigma der Sozialen Marktwirtschaft im Denken der Bundesrepublik Deutschland eine derart dominante Position einnehmen konnte, daß legitimes ordnungs- und wirtschaftspolitisches Sprechen nur noch innerhalb dieses Paradigmas möglich ist, ist nämlich eine Fragestellung, die sich notwendigerweise vor dem Hintergrund des bundesdeutschen politischen Systems stellt, und zwar insoweit dieses System *normal*, und das heißt im Rahmen weithin akzeptierter Verfassungsnormen, funktioniert. Das bundesdeutsche politische System wird somit als liberaldemokratisches und pluralistisches System mit seinen zentralen normativen Entscheidungen als gegeben vorausgesetzt und die folgende Theoretisierung des politischen Diskurses kann insofern keine allgemeine Theorie des politischen Diskurses sein, als sie in diesen systemischen Vorannahmen ihre Grenzen findet. Zu den zentralen normativen Entscheidungen liberaler und pluralistischer Demokratien gehört aber auch die Austragung von Konflikten im Rahmen bestimmter Spielregeln, sowie die Änderung dieser Spielregeln nach bestimmten Spielregeln, im Normalfall gemäß der verfassungsmäßigen Ordnung. Diese Spielregeln schließen die physische Vernichtung politischer Gegner grundsätzlich und physische Gewalt gegen politische Gegner, die sich innerhalb der verfassungsmäßigen Ordnung bewegen, im Normalfall aus. Gegenüber diesem (sicherlich selbst diskursiv fixierten) Normalfall spielt ein hypothetischer Ausnahmefall, der die Spielregeln in Frage stellt und die Option der Konfliktlösung durch physische Vernichtung eröffnen könnte, normalerweise – und gewiß im Rahmen der hier vorliegenden Untersuchung – keine Rolle. Zum Normalfall gehört allerdings durchaus eine durch Spielregeln „gezügelmte“ Konfliktivität, wobei sich im Respekt für die Regeln performativ ein gemeinsames Projekt – und damit der bürgerschaftliche Aspekt des Politischen – anzeigt.

Zweitens ist Schmitts Beschränkung auf den Staat als Akteur des Konflikts und der damit einhergehenden Beschränkung des Begriffs des Politischen auf die zwischenstaatliche Sphäre Skepsis entgegenzubrin-

gen.⁷ Die Skepsis gegenüber der Staatszentriertheit beruht auf wenigstens zwei Gründen: Zum einen muß eine Konzeptionierung des Politischen, in deren Zentrum der Staat steht (bei Schmitt wie auch bei Weber), als typisch deutsche Wahrnehmung des Politischen gelten. Wie Ernst Vollrath (Vollrath 1987: 100-166; Vollrath 1990b) ausgeführt hat, findet sich eine derartige Betonung des Staats in der angelsächsischen Welt nicht. Zum zweiten aber übersieht Schmitt – der natürlich vor dem Hintergrund der Hochphase der europäischen Nationalstaaten schreibt – die historische Besonderheit der Epoche des Staatlichen auf internationaler Ebene. Ebenso aber, wie es vor den Staaten politische Einheiten (etwa die Polis) gab, spricht heute manches dafür, daß die Epoche des Staatlichen zur Neige geht. So haben etwa Michael Hardt und Antonio Negri in *Empire* (Hardt/Negri 2000) die gegenwärtige Formierung imperialer anstelle staatlicher Strukturen nachgezeichnet. Das Empire verfügt zwar auch über die Kompetenz, den Ausnahmezustand auszurufen, aber die folgenden Gewaltaktionen gehorchen nicht länger der Logik des Krieges, sondern eher der Logik von Polizeihandlungen. Zudem steht das Empire als Ordnung, die jenseits des Staates steht, unter dem Vorzeichen eines gemeinsamen moralisch-juridischen Projekts, das nur hegemonial etabliert sein kann, so daß sich auch hier wieder die zweite idealtypische, die bürgerschaftliche Tradition des Politischen andeutet.

Der dritte Grund für die Ablehnung des Schmittschen Konfliktverständnisses schließt an Michel Foucaults Überlegungen zur Macht bzw. zur Biomacht an. Foucault weist in seiner Diskussion der Disziplinar- bzw. Kontrollgesellschaft darauf hin, daß Macht über das Leben weit umfangreicher ausgeübt werden kann als Macht über den Tod (vgl. Foucault 1995[1975]; Foucault 1997[1976]). Denn die physische Vernichtung des Gegners hebt notwendigerweise jede Macht über ihn auf,⁸ während die Disziplinierung und Beherrschung des Gegners Macht zu multiplizieren vermag. Es kann demnach einem Akteur, dessen Ziel als politischer Akteur die Ausübung von Macht über andere ist, nur sehr bedingt daran gelegen sein, diese anderen physisch zu vernichten. Wenn man Macht als zentralen Aspekt des Politischen ansieht und gleichzeitig Macht als Beziehung zwischen Akteuren auffaßt, kann das Wesenhafte der Politik nur im Streben nach einer Hegemonie liegen, im Rahmen de-

7 Slavoj Žižek (2001: 261, Fn. 24) macht im Schmittschen Beharren auf der Vorrangstellung der Außenpolitik gar eine „Verleugnung der Politik“ aus.

8 Ähnlich wie Foucault argumentiert im übrigen auch Hannah Arendt, die in ihrer Diskussion der Macht des passiven Widerstands feststellt, daß dieser letztlich nur durch Massenmord überwunden werden kann, was aber „für den Sieger ein Pyrrhus-Sieg ist, weil ja niemand über Tote herrschen kann“ (Arendt 2002[1958]: 253).

rer die Gegner fortwährend kontrollierbar sind, nicht im Streben nach physischer Auslöschung der Gegner. Foucault spricht von Macht, aber ein ganz ähnliches Argument gilt mit Blick auf den Konflikt. Denn die Radikalisierung des Konflikts durch die Vernichtung des Feindes hebt nicht nur die Macht über diesen auf, sondern beendet auch den Konflikt, wodurch sich aber das Politische selbst beseitigen würde (vgl. hierzu auch die Kritik an der „Ultra-Politik“ Carl Schmitts bei Žižek 2001: 260). Sinnvoller ist es daher wiederum, die Radikalisierung des Konflikthaften nicht in der Vernichtung, das heißt nur punktuell aktualisiert zu sehen, sondern in dauerhafter Vorherrschaft und Kontrolle – und das heißt nichts anderes als Hegemonie. Der entscheidende Begriff, der den Begriffen des Konflikts und der Macht zur Seite gestellt werden muß, ist also der Begriff der *Hegemonie*. Das Herstellen von Hegemonien aber macht es aber notwendig, verschiedenste, auch gegnerische soziale Kräfte in ein gemeinsames politisches Projekt (die Nation, Wohlstand etc.) einzubinden, so daß sich Konflikte nur auf einer Ebene unterhalb oder jenseits dieses Projektes materialisieren. Aus drei Perspektiven ist daher nun erstens deutlich geworden, daß das Politische als Konflikthaftes nicht sinnvoll in der Schmittschen Radikalität (der gegenseitigen Vernichtung verfeindeter Staaten) gedacht werden kann, und zweitens, daß sich im konflikthaften Politischen das bürgerschaftliche Politische immer wieder bemerkbar macht. Die vielleicht wichtigste Konsequenz dessen besteht darin, daß ein Diskurs dann als politischer Diskurs gelten kann, wenn sich in ihm das konflikthafte Politische unter dem Vorzeichen der Hegemonie aktualisiert – und nicht unter dem Vorzeichen der Vernichtung.

Die zweite Bedingung, der ein Diskurs genügen muß, um als politischer Diskurs klassifiziert zu werden, besteht im Anschluß an die bürgerschaftliche Begriffstradition darin, daß regelmäßig ein Bezug dazu hergestellt wird, was bislang in Anlehnung an das Vokabular verschiedener AutorInnen als das Gemeinsame der durch diesen Diskurs angesprochenen Subjekte oder als das Ganze der angesprochenen politischen Gemeinschaft bezeichnet wurde. Es ist an dieser Stelle allerdings notwendig, die Begrifflichkeit dessen, worauf Bezug genommen wird zu modifizieren. Worum es geht, ist der Bezug zu einer sehr grundlegenden Variable, die in unterschiedlichen Gewändern auftreten kann: als das Gemeinsame oder das gemeinsame Projekt, als das Gemeinschaftliche oder das gemeinschaftliche Sein und Sollen, als das Ganze, als das Gemeinwohl, als das allen gerecht werdende. Die meisten dieser Begriffe sind seit geraumer Zeit in – zum Teil sehr unterschiedlichen – sozialen und politischen Denktraditionen beheimatet, entsprechend handelt es sich um komplexe und mit zahlreichen Interpretationen und Konnotationen belastete Begriffe. Um diese Belastungen zu vermeiden, wird für das

Folgende mit dem „Allgemeinen“ ein formaler Begriff eingeführt, der innerhalb verschiedener Denktraditionen für die dort prominenten Begrifflichkeiten stehen kann. Mit dem Begriff des Allgemeinen soll näherungsweise jene Form des sozial Horizonthaften erfaßt werden, die stets im Raum steht, wenn sich „wirkliche Gemeinschaft“ konstituiert, oder auch dann, wenn die Sicherung des „Gemeinwohls“ im Rahmen „gemeinschaftlicher Projekte“ in einer Weise geschieht, daß allen Teilen der Gemeinschaft „Gerechtigkeit“ widerfährt. Das Allgemeine verweist also auf das substantiell wie normativ Absolute, auf das Vollkommene und Unbefleckte des sozialen und politischen Zusammenlebens. Nach diesen begrifflichen Überlegungen kann die obige zweite Bedingung zur Einordnung von Diskursen als politische Diskurse nun reformuliert werden: Als ein politischer Diskurs soll nur ein Diskurs gelten, in dem ein Allgemeines der durch diesen Diskurs verbundenen Subjekte thematisiert, das heißt zum Gegenstand diskursiver Artikulationen gemacht wird.

Sich in dieser spezifischen Weise am Arendtschen Denken anzulehnen, bedeutet natürlich, ihren Begriff des Politischen zu modifizieren. Zwei dieser Modifikationen möchte ich hervorheben: In Verbindung mit der eben ausgeführten Betonung des Konflikthaften wird erstens deutlich, daß man es bei dem Allgemeinen des Politischen nicht mit einem Allgemeinen zu tun haben kann, das tatsächlich allen in einer politischen Ordnung Betroffenen ein unstrittiges Gemeinsames ist. Vielmehr ist das Allgemeine stets in irgendeiner Weise vom Konflikthaften affiziert. Das bürgerschaftliche Verständnis ist sich natürlich der Pluralität der politischen Subjekte bewußt (wie oben mit Blick auf Arendt ausgeführt) und auch der Tatsache, daß der Konflikt die „Grundkonstellation politischer Problemlagen“ bildet (Meyer 2000: 87). Aber das Entscheidende des Politischen ist im bürgerschaftlichen Verständnis der Konsens, nicht der Konflikt (vgl. Gebhardt 1998: 21). Der Konflikt tritt eher akzidentiell auf, bildet das lästige Supplement des Konsenses. Dabei wird übersehen, daß erst im Konflikt die Möglichkeit des Konsenses entsteht. Wenn der Konsens ein Ziel von Politik ist, vielleicht sogar ein Konsens hinsichtlich des Allgemeinen, dann ist dieser Konsens letztlich nicht erreichbar. Demgegenüber sind Konflikte kein Ziel, sondern ein ständiger Begleiter des Prozesses der Politik; sie müssen daher als wesentliches Element der Logik des Politischen gelten. Wenn wir diese ständigen Begleiter der Politik als zentrales Element des Politischen anerkennen, wird gleichzeitig die Überlegung Arendts, daß das Politische sich nur selten aktualisiere, in Frage gestellt (nur in Frage gestellt und nicht aufgehoben, weil die ubiquitäre Konflikthaftigkeit eben nicht ausreicht, um das Politische zu charakterisieren; hinzu kommt die Verbindung zum Allgemeinen). Das Allgemeine des bürgerschaftlichen und das Konflikthafte des reali-

stischen Begriffs des Politischen verbinden sich in einem Vorgang, der hinreichend komplex ist, um darauf in einem eigenen, dem folgenden, Unterkapitel genauer einzugehen.

Vorher allerdings möchte ich noch kurz auf eine zweite Modifikation zu sprechen kommen, die mit der Betonung des Allgemeinen im Arendtschen Verständnis des Politischen einher geht. Diese Betonung bringt es mit sich, daß das Strukturelement des diskursiv hergestellten Bezugs zum Allgemeinen vom Handlungsmoment des gemeinschaftlichen Handelns gelöst wird. Indem Hannah Arendt in der Freiheit der Bürger den Sinn des Politischen, den Sinn des gemeinschaftlichen politischen Handelns sieht, kommt es zu einer starken normativen Aufladung des Begriffs des Politischen. Die hierin anklingenden, komplexen Fragen der praktischen Philosophie gehen jedoch über den Anspruch einer Diskursanalyse weit hinaus. Wie oben ausgeführt, muß der Begriff des Politischen der Diskursanalyse vor allem als heuristisches Differenzierungskriterium zur Klassifizierung eines Diskurses als politischer Diskurs dienen. Dabei beschränkt sich die Diskursanalyse auf die Betrachtung dessen, was an der Oberfläche solcher Diskurse erscheint. Inwieweit dem Politischen darüber hinaus normative Eigenschaften aneignen (wie etwa die Erhaltung bürgerlicher Freiheit), ist aus der Sicht einer diskursanalytischen Untersuchung zunächst einmal zweitrangig.

Wenn im folgenden der wirtschaftspolitische Diskurs der Bundesrepublik Deutschland betrachtet wird, so wird er deswegen als *politischer* Diskurs in Augenschein genommen, weil in ihm (a) in der einen oder anderen Weise Bezüge zu einem Allgemeinen der Bundesrepublik hergestellt werden („soziale Gerechtigkeit“; „Wohlstand für alle“ etc.) und weil damit (b) Konflikte auf verschiedenen Ebenen generiert werden (der Konflikt darum, wie das Allgemeine verwirklicht werden kann; die Abgrenzung gegenüber einem Außen, sei dies ganz allgemein mangelnder Wohlstand oder spezieller der DDR-Sozialismus; und schließlich der Streit um die Bedeutung der Sozialen Marktwirtschaft). Inwieweit der „Sinn“ der Beteiligung an einem solchen Diskurs für die sich in ihm artikulierenden Bürgersubjekte den Sinn des Arendtschen Politischen trifft, das heißt in der Freiheit gemeinschaftlichen Handelns liegt, kann und soll im Zuge dieser Analyse nicht geklärt werden.

Wir können somit vorläufig den Begriff des Politischen, auf dem die hier vorgenommene politische Diskursanalyse aufbaut, wie folgt formulieren: Das Politische ist eine Form der Regelmäßigkeit, die sich in bestimmten Diskursen aufzeigen läßt oder nicht. Die Explizierung dieser Regelmäßigkeit erfolgt ausschließlich mit dem heuristischen Ziel der Klassifizierung eines Diskurses als politischer Diskurs. Es wurde ausgeführt, daß im Zentrum des realpolitischen Begriffs des Politischen Kon-

flikte stehen und im Zentrum des bürgerschaftlichen Begriffs des Politischen das gemeinschaftliche Handeln in bezug zum Allgemeinen. Bei beiden handelt es sich jedoch nicht um exklusive, sondern – unter Berücksichtigung der aufgezeigten Modifikationen – um sich ergänzende, *jeweils* notwendige Bedingungen des Politischen.⁹ Das Politische ist also zu begreifen als jene paradox erscheinende Logik, im Rahmen derer das Allgemeine konflikthaft verhandelt wird. Entsprechend ist ein Diskurs dann ein politischer Diskurs, wenn in ihm das Allgemeine konflikthaft verhandelt wird.

3.2 Das Allgemeine und der Konflikt

Wenn in die soeben vorgenommene Definition des Politischen das Etikett ‚paradox‘ aufgenommen wurde, so hat diese Paradoxie ihren Grund in der Gleichzeitigkeit von Pluralität und Einheitlichkeit. Sie liegt, mit anderen Worten, darin, daß an einem Konflikt mindestens zwei entgegengesetzte Pole beteiligt sind, daß aber gleichzeitig das Allgemeine *per definitionem* eine einzige unteilbare Kategorie darstellt. Wie jede Paradoxie fordert auch das paradoxe Verhältnis von Konflikt und Allgemeinem zu näherer Betrachtung heraus. Diese soll nun unter Rückgriff auf Überlegungen von Claude Lefort, Marcel Gauchet und Ernesto Laclau vorgenommen werden.¹⁰

Weil bei der Rekonstruktion dieser Überlegungen immer wieder die Bezugnahme auf einige grundlegende Begrifflichkeiten des französischen Freudianers Jacques Lacan erforderlich ist, sollen diese Begrifflichkeiten vorab geklärt werden, und zwar die Trias der Lacanschen Grundkategorien („Register“) des Imaginären, des Symbolischen und des Realen.¹¹ Mit dem Imaginären untrennbar verbunden ist das Spiegelstadium (vgl. Lacan 1991b[1966]), jener Moment im Leben eines Babys,

9 Für das Zusammendenken beider Aspekte spricht im übrigen auch die politische Ideengeschichte: So ist etwa im ersten großen Manifest des amerikanischen Republikanismus, den *Federalist Papers* (Hamilton et al. 1993 [1787/88]), eine der entscheidenden Fragen ja genau, wie angesichts des gemeinschaftlichen Zieles einer republikanischen politischen Ordnung die Konfliktivität des Politischen unter produktive Kontrolle gebracht (nicht: eliminiert!) werden kann. Und andererseits steht Machiavelli im *Principe* (Machiavelli 1990[1532]) zutage tretendes konfliktives Verständnis des Politischen ja unter dem Vorzeichen des 26. Kapitels, das heißt der gemeinschaftlichen Schaffung einer politischen Ordnung für ganz Italien.

10 Vgl. zum folgenden auch Dyrberg (1998) und Marchart (1998).

11 Ich stütze mich im folgenden vor allem auf Widmer (1997[1990]) und Pangel (1999[1989]); vgl. auch Lang (1973).

in dem es sein Spiegelbild als Abbild des Betrachters erkennt. In diesem Moment wird die eigene Gestalt, die vorher nur in Einzelteilen sichtbar war, plötzlich als Einheit und Ganzheit wahrgenommen. Das Kind erkennt gleichzeitig, daß es von anderen, zunächst vor allem von der Mutter, wahrgenommen wird. Die Folge ist der Wunsch zu gefallen, weshalb es zur Identifizierung mit dem Wunsch der Mutter, ein vollkommenes Kind zu haben, kommt. Auf die grundlegende Frage „Wer bin ich?“ zeigt sich die Antwort zuerst als (intaktes, vollkommenes) Bild in Anlehnung an das Spiegelbild. Weil die Frage aber von den anderen (von der Mutter) nur sprachlich beantwortet werden kann, kommt es zu einem Bruch: Zum einen gibt das Spiegelbild keine hinreichende Antwort mehr auf die Frage „Wer bin ich?“, zum anderen aber wird die Ganzheit der Spiegelung in der Sprache zerrissen. Kein sprachlicher Ausdruck reicht an die Vollkommenheit des Bildes heran.

Dennoch bleibt mit dem Eintritt in den Raum der Sprache die – nicht ausdrückbare – Vorstellung einer vollkommenen Ganzheit als Imaginäres vorhanden. Dieses Imaginäre induziert das grundlegende Begehren, ein Begehren nach Ganzheit, nach Fülle, nach Sein ohne Mangel. Das Imaginäre ist formlos, undifferenziert und nicht sprechbar. Sprechbar (oder allgemeiner: vermittelbar) wird es erst in der Ordnung des Symbolischen, das zum Träger dieses Begehrens nach dem Imaginären wird (vgl. Widmer 1997[1990]: 37). Das Symbolische ist nicht deckungsgleich mit der Sprache, auch wenn die Sprache einen wesentlichen Bestandteil des Symbolischen bildet (vgl. zur Bedeutung der Sprache in der Psychoanalyse Lacan 1991c[1966]; Lacan 1991a[1966]). Ob aber sprachlich oder nicht: Das Symbolische bildet einen Raum, der durch Differenzen zwischen den symbolischen Einheiten – Lacan nennt sie in Anlehnung an Ferdinand de Saussure Signifikanten (vgl. Saussure 1967 [1916]) – und durch Regeln zur Etablierung von Differenzen relativ strikt gegliedert und organisiert ist. Aber die symbolische Differenzstruktur ist niemals völlig fixiert, weil der Prozeß differentiellen Verweisens auf andere Signifikanten nie zum Stillstand kommen kann.¹² Gleichzeitig kann es keiner differenzdurchdrungenen Symbolisierung je gelingen, das Begehren nach dem ganzheitlichen Imaginären zu stillen, und so zeigt sich im Symbolischen stets ein grundlegender, ein für das Symbolische selbst konstitutiver Mangel an.

Doch nicht auf alles, so Lacan, hat man symbolischen Zugriff, einiges bleibt immer außen vor. Diese Grenze, die das Symbolische erfährt, nennt Lacan das Reale. Dieser Begriff, der in verschiedenen Bezügen Verwendung findet, ist vielleicht der schwierigste in Lacans Trias. Das

12 Vgl. die Erläuterung der Lacanschen „Signifikantenkette“ in 2.2.2.

Reale ist genau deshalb so schwer zu erfassen, weil es außerhalb des Symbolischen steht, es ist eigentlich das Unmögliche, eine Leerstelle, die sich aber dann anzeigt, wenn das Symbolische an seine Grenze stößt (jeder Mensch kennt die Momente, in denen kein Wort das erfassen kann, was es zu sagen gälte). Das Reale kann als dasjenige gelten, welches die Differenzierungen des Symbolischen erst erlaubt, indem es die Grenzen dieser Differenzierungen aufzeigt. Lacan selbst bezeichnet das Reale zum Beispiel als das, was beharrt, „was stets an der selben Stelle wiederkehrt“ (Lacan 1996: 56). Peter Widmer (1997[1990]: 24, 58) schlägt eine negative (im Rahmen der Differenzlogik durchaus sinnvolle) Beschreibung des Realen als all das vor, was weder symbolisch noch imaginär ist. Dabei erscheint gerade die Grenzziehung zum Imaginären, das ja auch nicht symbolisierbar ist, schwierig. Allerdings ist das Imaginäre zwar nicht symbolisierbar, aber es unterwirft sich in Ermangelung besserer Alternativen dem (zur Erfassung des Imaginären immer unzureichenden) Symbolischen. Anders das Reale: dieses unterwirft sich nie, es zeigt dem Symbolischen die Grenze auf. Das Imaginäre ist ein Un-einholbares, das Reale ein Unbestimmbares (vgl. Widmer 1997[1990]: 189/190).

Wenden wir uns nun von diesen Lacan-Prolegomena zurück zur Frage nach dem Verhältnis von Allgemeinheit und Konflikt im Politischen. Untersucht man diese Frage in Auseinandersetzung mit den genannten Autoren – Lefort, Gauchet und Laclau –, so wird die Bedeutung des psychoanalytischen Denkens für die politische Theorie rasch deutlich, zunächst insbesondere mit Blick auf die Konfliktivität als Aspekt des Politischen. Denn während die politische Theorie häufig von einer grundsätzlichen Lösbarkeit oder Aufhebbarkeit gesellschaftlicher Konflikte ausgeht (etwa in der künftigen kommunistischen Gesellschaft bei Marx oder in der idealen Sprechsituation des rationalen Diskurses bei Habermas), betont das psychoanalytische Denken die *Unaufhebbarkeit* des Konflikts (etwa in der Beschreibung der Dichotomie von Lebens- und Todestrieb bei Freud). Ein gemeinsamer Aspekt im Denken Leforts, Gauchets und Laclaus besteht nun darin, diese psychoanalytische Perspektive von der individuellen Psyche auf politische Gemeinschaften zu übertragen und sie so in die politische Theorie zu inkorporieren. Gauchet erläutert:

Wenn Marx aufzeigt, daß sich die Gesellschaft in ihrem tiefsten Inneren in einem Konflikt organisiert, so enthüllt Freud seinerseits, daß der Konflikt im Zentrum der Organisation des Ich steht. Während aber für Marx der gesellschaftliche Konflikt offenkundig auf eine Gesellschaft jenseits des Konflikts verweist, so ist der psychische Konflikt als letztes seelisches Organisationsprinzip für Freud ebenso offenkundig unauflösbar. Eben dieser Zug ver-

leiht dem Denken Freuds möglicherweise eine außerordentliche politische Tragweite, insofern er ein Denken der Unauflösbarkeit jenes Konfliktes ist, der die menschliche Psyche konstituiert (Gauchet 1990[1971]: 211).

In der Unauflösbarkeit des Konflikts und der Unaufhebbarkeit der gesellschaftlichen Teilung sehen Lefort und Gauchet eine ontologische Grundkonstante. Sie anzuerkennen oder abzulehnen bedeutet eine Entscheidung, die „uns mitten in das Zentrum des Rätsels des Politischen“ führt (Lefort/Gauchet 1990[1976]: 92). Teilung und Konfliktivität gelten dabei nicht als Effekt (etwa von ökonomischen Strukturen), sondern als ursprünglich.¹³ Diese ursprüngliche Teilung ist in doppeltem Sinne zu verstehen (vgl. Marchart 2001: 181): Oberflächlich betrachtet finden wir die Teilung wieder als die Konfliktivität innerhalb der Gesellschaft, also als Konflikte zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. Die zweite Teilung aber konstituiert die Gesellschaft erst als Gesellschaft, indem sie sie von einem Außen abtrennt. Diesem Außen geben Lefort und Gauchet den Namen ‚Macht‘ (vgl. Lefort 1990[1983]; Lefort/Gauchet 1990[1976]). Nur weil sich die Gesellschaft als pluralistische und von Konfliktlinien durchzogene Gesellschaft von der immer als Anderes wahrgenommenen Macht abgrenzt (vgl. Lefort/Gauchet 1990[1976]: 98), wird sie überhaupt erst zur Gesellschaft. Die Macht wird zur „instituiende[n] Instanz des gesellschaftlichen Raums“ (ebd.: 97).

Anders gesagt tritt die Macht als Form des Allgemeinen dem gesellschaftlichen Konglomerat von Partikularitäten gegenüber. Allerdings ist diese Zweiteilung nur die eine Seite der Medaille, denn die Macht instituiert nicht nur von außen das Konglomerat von Partikularitäten, sondern sie muß, damit sie diese Funktion übernehmen kann, auf irgendeine Weise auch innerhalb des Konglomerats präsent sein, d.h. repräsentiert werden. Diese Repräsentationsfunktion kann jedoch wiederum nur eine Partikularität – der Herrscher – übernehmen, was eine diffizile Aufgabe ist, denn das „Individuum (oder [die] Gruppe von einzigartigen Individuen), das die Allgemeinheit verkörpern soll, wird [...] unablässig dazu genötigt sein, die Spuren auszulöschen, durch die seine Partikularität von neuem sichtbar wird“ (Lefort/Gauchet 1990[1976]: 98).

Lefort differenziert drei politische Formen, die von einem je spezifischen Verhältnis von Allgemeinem und Partikularem und damit auch von einem je spezifischen Repräsentationsverhältnis gekennzeichnet

13 Die Ursprünglichkeit der Teilung ist keine chronologische Ursprünglichkeit. Vielmehr äußert sich das Ursprüngliche in der doppelten „Erfahrung einer Grenze“: der Unmöglichkeit, einen Ursprung zu vergegenwärtigen und die Unmöglichkeit, die Abwesenheit eines Ursprungs festzusetzen (vgl. Lefort/Gauchet 1990[1976]: 94-96).

sind: Monarchie, Demokratie und Totalitarismus. In einer Monarchie wird die Macht vom Fürsten repräsentiert. Der Fürst ist jedoch kein Despot, solange er die Macht nur repräsentiert und nicht sich mit der Macht gleichsetzt. Diese Repräsentation gelingt, so Lefort in Anlehnung an Kantorowicz (1957), durch die doppelte Körperlichkeit des Fürsten: „Dem Gesetz unterworfen und über dem Gesetz stehend, verdichtete sich im zugleich sterblichen wie unsterblichen Körper des Fürsten das Prinzip der Entstehung und Ordnung des Königreiches. Während seine Macht auf einen unbedingten, außerweltlichen Pol verwies, wurde diese in der Person des Fürsten zugleich zum Garanten und Repräsentanten der Einheit des Königreichs“ (Lefort 1990[1983]: 292). Indem der Fürst mit seinem sterblichen Körper den unsterblichen Körper der Macht verkörpert, verleiht er der Gesellschaft seines Königreiches erst körperliche Gestalt.

In der Demokratie löst sich nun der Ort der Macht, der gleichzeitig ein Ort des Allgemeinen ist, vom Bezug zum Außerweltlichen, das heißt zum Beispiel vom Bezug zu Gott oder zur souveränen Vernunft. Im Zuge dieser *invention démocratique* (Lefort 1981) kommt es zu einem entscheidenden Wandel:

Der Ort der Macht wird zu einer *Leerstelle*. [...] Die Machtausübung ist nun einem Verfahren unterworfen, das sie in regelmäßigen Abständen erneut ins Spiel bringt. Sie geht am Ende aus einem geregelten Wettstreit hervor, dessen Bedingungen dauerhaft fortgeschrieben sind. Dieses Phänomen schließt eine Institutionalisierung des Konflikts ein. Leer und unbesetzbar, so daß kein Individuum, keine Gruppe ihm kosubstantiell zu sein vermag, erweist sich der Ort der Macht zugleich als nichtdarstellbar. [...] Die Machtinstanz [wird] nicht mehr auf einen unbedingten Pol zurückbezogen. In diesem Sinne markiert sie eine Spaltung zwischen dem gesellschaftlichen *Innen* und *Außen*, die zugleich deren Beziehung begründet. Stillschweigend gibt sie sich so als rein symbolische Instanz zu erkennen (Lefort 1990[1983]: 293).

Indem in der Demokratie also der Ort der Macht zur Leerstelle wird, gibt sich die Instanz der Macht als rein symbolische Instanz zu erkennen. Die Demokratie zeichnet sich dadurch aus, daß sie den gesellschaftlichen Konflikt auf symbolischer Ebene als Kampf um die stets vorübergehende Besetzung der ihrerseits symbolisch zu verstehenden Macht institutionalisiert. Stets vorläufig und immer nur vorübergehend wird durch den Modus der demokratischen Wahl der leere Ort der Macht gefüllt (vgl. Lefort 1990[1983]: 295/96; Lefort/Gauchet 1990[1976]: 113-120). Zeitlich begrenzt und in Ermangelung einer außerweltlichen Absicherung ist jede Füllung des leeren Orts der Macht jedoch immer prekär – in der Demokratie kann es keine Gewißheit darüber geben, wie der leere Ort der Macht zu besetzen ist (vgl. Lefort 1990[1983]: 296).

Gleichzeitig aber ist der politische Wettstreit formal derart geregelt, daß er als rechtmäßig anerkannt wird und daß er sich selbst erhält (vgl. Lefort 1990[1979]: 49).

Anders beim Totalitarismus: Dieser muß zwar als enger Verwandter der Demokratie gelten, weil er die Leerstelle als solche erkennt (das Verschwinden einer außerweltlichen Machtinstanz!), aber gleichzeitig ist er ihr absoluter Gegensatz, weil er die Leerstelle nicht im Zuge einer symbolischen Institutionalisierung des Konfliktes offen hält, sondern weil er sie erneut – diesmal innerweltlich – besetzt. Im Gegensatz zum monarchischen Fürsten aber strebt der totalitäre Herrscher nicht danach, die Macht zu repräsentieren, sondern danach, mit der Macht identisch zu sein. Hieraus ergibt sich aber zwangsläufig ein Kurzschluß zwischen gesellschaftlichem Partikulum (dem totalitären Herrscher oder der Herrschaftspartei/-gruppe) und dem Allgemeinen der Macht. Es kommt zu einer Degradierung des allgemeinen Charakters der Macht, sobald sie vom ausschließlichen Eigentumsanspruch eines partikularen Akteurs okkupiert wird. „In dem Augenblick, wo die Macht überzeugt ist, das *zu sein*, was sie darstellen soll, ist sie in den Augen der gesellschaftlichen Akteure auf den Status des Partikularen zurückgeführt“ (Lefort/Gauchet 1990[1976]: 100). Die Preisgabe der Repräsentationsfunktion und das damit einhergehende Bemühen, von der Dimension des Symbolischen in die Dimension des Realen zu wechseln – d.h. als partikulare Einheit nicht das Allgemeine zu repräsentieren, sondern das Allgemeine zu sein – führen gleichzeitig zu einem Verschwinden des gesellschaftlichen Raumes. Dies ist zwingend: Wenn nämlich, wie ausgeführt, der gesellschaftliche Raum sich nur in Differenz zum Ort der Macht konstituiert, und wenn der Ort der Macht dann in einem totalitären Akt durch die Verschmelzung mit einer Partikularität in den gesellschaftlichen Raum zurückgeführt wird, dann muß der gesellschaftliche Raum unkenntlich werden und sich letztlich auflösen. Das reale Unterfangen des Totalitarismus bedroht damit Macht und Gesellschaft in radikaler Weise, denn der „gesellschaftliche Raum als symbolischer Raum existiert nur, insofern er kein wirklicher Raum ist“ (Lefort/Gauchet 1990[1976]: 103). Sowohl die Instanz der Macht als auch der gesellschaftliche Raum können ausschließlich auf der Ebene des Symbolischen existieren, niemals auf jener des Realen.

Weil das Politische nach Lefort und Gauchet nur existieren kann, wenn sich Gesellschaft – in Abgrenzung von und im Bezug zur Macht/ zum Allgemeinen – zu konstituieren vermag, muß der Totalitarismus als unpolitische Organisationsform gelten (vgl. Lefort 1990[1983]: 284). Das Politische erfordert demnach, wie bereits festgehalten, einen Bezug zum Allgemeinen (in der Form der Macht). Mit Lefort und Gauchet können

wir nun aber das Allgemeine, das wir oben in unsere Definition des Politischen eingeführt haben, in zweifacher Hinsicht genauer bestimmen: Erstens scheint es sich – wenigstens in Demokratien – beim Allgemeinen um eine Leerstelle, um einen leeren Ort zu handeln. Zweitens gehört das Allgemeine in das Reich des Symbolischen, niemals tritt es als reelles Allgemeines auf; beim Versuch der „Realisierung“ des Allgemeinen löst sich vielmehr die abgrenzende Beziehung zwischen Gesellschaft und Macht auf, wodurch aber das Allgemeine (als Macht) unkenntlich wird.

Es ist besonders der Entwurf der Macht als Leerstelle bzw. des Allgemeinen als einerseits leeres und andererseits in seiner symbolischen Anfüllung umkämpftes Allgemeines, den Ernesto Laclau fortschreibt und vertieft. Dabei nimmt er immer wieder auf Lefort Bezug (vgl. z.B. Laclau/Mouffe 1985: passim, 186/87). Zugleich schließt sein Denken aber auch unmittelbar an die obige Diskussion von Carl Schmitt und Hannah Arendt an, weil er als „anti-schmittianischer Schmittianer“ (Žižek 2001: 233) dem radikalen Konfliktverständnis Carl Schmitts eine komplexe Theorie des gesellschaftlichen Antagonismus entgegenstellt, die der Auseinandersetzung um das Allgemeine einen hohen Stellenwert einräumt. Indem er das Allgemeine, das Problem der Vermittlung zwischen Allgemeinem und Partikularem und damit das Verhältnis von Universalismus und Partikularismus explizit zum wichtigsten Thema der politischen Theorie der Gegenwart erklärt (vgl. Laclau 1996: passim, v.a. vii, 22-28; verschiedene Beiträge in Butler et al. 2000),¹⁴ hebt er sich trotz der Nähe zu Lefort und Gauchet auch von diesen ab, weil ihr Hauptinteresse Macht in ihrer Relation zur Gesellschaft galt und dabei das Allgemeine vor allem unter dem Vorzeichen der Macht eine Rolle spielte.

Bevor ich nun jedoch die Überlegungen Laclaus zum Allgemeinen rekonstruiere, ist eine terminologische Ergänzung zum Begriff des All-

14 Laclau sieht sich wie viele andere politische TheoretikerInnen der Gegenwart vor dem Dilemma, daß einerseits nach der Philosophiegeschichte des 20. Jahrhunderts Universalien theoretisch nicht länger aufrecht erhalten werden können, daß diese Universalien aber gleichzeitig in der politischen Praxis für alle emanzipatorischen Zielsetzungen unerlässlich sind. Eine sich politisch artikulierende Gruppe kann sich zwar, so Laclau, nur über ihre Differenz zu anderen Teilen der Gesellschaft als Gruppe herausbilden und verfügt damit über eine partikuläre Identität, sie kann aber gleichzeitig für Rechte der Gruppe innerhalb der politischen Gemeinschaft nur eintreten, indem sie an „universale Werte“ appelliert. Ein rein partikulares Verständnis von Gruppenidentität sanktioniert den gesellschaftlichen *Status quo*, da sie eine bestimmte Differenzformation als nicht veränderbares Absolutum begreift. Zu Veränderungen der gesellschaftlichen Anordnung von Gruppen kann es erst dann kommen, wenn Gruppen ihre bislang unerfüllten Ansprüche universal begründen (vgl. Laclau 1996: 48-51).

gemeinen unerlässlich: Was hier als das Allgemeine bzw. als Allgemeinheit bezeichnet wird, tritt in Laclaus englischsprachigen Schriften als *the universal* oder *universality* auf (vgl. v.a. Laclau 1996; 2000a; 2000b; 2000c). Das Deutsche bietet als Übersetzung hierfür sowohl das Universale/Universalität als auch das Allgemeine/Allgemeinheit. Beide Begriffe haben unterschiedliche Konnotationen: Während das Universale schon dem Wortstamm nach den Bezug zur völligen „Allumfassung“, läßt sich das Allgemeine eher im spezifischen Bezug denken. Nun weisen Laclau/Mouffe (1985: 137-140) selbst darauf hin, daß sich in den modernen Demokratien verschiedene politische Räume und damit verschiedene politische Diskurse überschneiden. Diese differenzierten Räume und Diskurse, so läßt sich im Anschluß hieran weiter formulieren, unterscheiden sich insbesondere dadurch voneinander, daß in ihnen jeweils nicht das totale und allumfassende Allgemeine thematisiert wird, sondern ein „spezifisches“ Allgemeines, zum Beispiel außenpolitische Sicherheit, ökonomische Prosperität oder eine gesunde Umwelt.¹⁵ Daß es – gerade in den komplexen pluralistischen Demokratien des „Westens“ – derart ausdifferenzierte Idealvorstellungen sozialen und politischen Zusammenlebens und entsprechend eine Pluralität politischer Räume gibt, läßt sich mit dem Begriff des Allgemeinen besser erfassen als mit dem des Universalen: Das Allgemeine *kann* auch ein Allgemeines der gesamten Menschheit oder der kosmischen Ordnung sein, aber im Gegensatz zum Universalen ist es das nicht zwangsläufig (und insgesamt wohl eher selten). Entsprechend sollen, wenn im folgenden von einem Bezug zum Allgemeinen die Rede ist, insbesondere auch all jene Fälle gemeint sein, in denen je ein spezifischer Aspekt des Allgemeinen angesprochen wird.

Ganz ähnlich wie Lefort die Macht beschreibt Laclau das Allgemeine (d.h. das Allumfassende, ein homogenes Vollkommenes im Sinne des allen gerecht werdenden) als einen leeren Ort. Doch anders als für Lefort, der in dieser Leere eine spezifische Eigenschaft von Demokratien gesehen hatte, ist für Laclau der leere Ort des Allgemeinen eine universelle Eigenschaft von Gesellschaft und damit ein wesentlicher Baustein einer sozialen und politischen Ontologie, in die wiederum psychoanalytische Konzeptionen einfließen. Denn das Entscheidende an der Leere des Ortes des Allgemeinen ist, dass sie zum konstitutiven Mangel von Gesellschaft wird (vgl. Laclau 1996: 28). Mit anderen Worten: Eine Gesellschaft ist *we-*

15 Die Spezifität des Allgemeinen darf dabei nicht als präexistent verstanden werden. Es handelt sich vielmehr um ein Emergenzphänomen, das infolge von diskursiven Artikulationen in Erscheinung tritt. Insbesondere Superdifferenzrelationen (vgl. oben 2.3) spielen hierbei eine Rolle.

sentlich unvollständig, es mangelt ihr an Fülle, an Vollkommenheit, an einem Allgemeinen, das die einzelnen tatsächlich zu *einer* Gesellschaft macht (vgl. Laclau 1990: 71/72);¹⁶ und das kollektive Begehren danach, den Mangel an Allgemeinem zu beheben, konstituiert Gesellschaft erst als solche (gleichzeitig wird es zum *Movens* politischer Diskurse).

Als Mangel tritt das Allgemeine zuallererst deshalb in Erscheinung, weil es als solches niemals greifbar ist. Stattdessen muß es supplementiert werden, es fordert eine Repräsentation seiner selbst ein. Die begrifflichen Anleihen bei Lacan sind auch in den Laclauschen Schriften offensichtlich: So begreift er das Allgemeine als Äquivalent zu einem horizonthaften Imaginären einer vom Allgemeinen durchdrungenen, idealen (gerechten, stabilen etc.) Gesellschaft, wobei das Imaginäre zu verstehen ist „not [as] one among other objects but [as] an absolute limit which structures a field of intelligibility and is thus the condition of possibility for the emergence of any object“ (also hier einer Identität von Gesellschaft und Allgemeinem) (Laclau 1990: 64). Das Imaginäre wird, wie dargestellt, erst in der Ordnung des Symbolischen sprechbar. Weil der Begriff des Lacanschen Symbolischen und der des Laclauschen (Laclau/Mouffeschen) Diskurses als weitgehend deckungsgleich verstanden werden können,¹⁷ kann man daher kurz formulieren: Das Allgemeine als Imaginäres muß durch den Diskurs supplementiert werden, um sich wirksam zu artikulieren. Es kann, mit anderen Worten, nur als „symbolisches Allgemeines“ diskursiv präsent sein.¹⁸

16 In einem kurzen Aufsatz (Laclau 1990: 89-92) spricht Laclau radikaler von der „Unmöglichkeit von Gesellschaft“ und bezieht sich auf die hegelianische Vorstellung der Gesellschaft als „structured totality [...] as an object having a positivity of its own, which it was possible to describe and define. In this sense, this totality operated as an underlying principle of intelligibility of the social order. The status of this totality was that of an essence of the social order which had to be *recognized* behind the empirical variations expressed at the surface of social life.“ Gegen solch ein umfassendes, auf einer Essenz beruhendes Modell von Gesellschaft wendet Laclau ein: „Against this essentialist vision we tend nowadays to accept the *infinitude of the social*, that is, the fact that any structural system is limited, that it is always surrounded by an ‘excess of meaning’ which it is unable to master and that, consequently, ‘society’ as a unitary and intelligible object which grounds its own partial processes is an impossibility“ (beide Zitate ebd.: 90).

17 „[W]hat, in our work, we have called ‘discourse’, [...] broadly coincides with what in Lacanian theory is called the ‘symbolic’“ (Laclau 2000a: 76/77).

18 Auch hier finden wir mithin einen Unterschied zu Lefort. Lefort hatte die Problematik des Allgemeinen im Feld zwischen dem Symbolischen und dem Realen angesiedelt. Schlüssig ist dies, legt man die Lacanschen Register zugrunde, jedoch nicht unbedingt. Zwar muß das Allgemeine, das

Somit muß auch das kollektive Begehren, den Mangel am (imaginären) Allgemeinen zu beheben, auf der Ebene des Symbolischen befriedigt werden. Die Eigenheit dieses Prozesses besteht nun darin, daß das Allgemeine, das als negative Größe bzw. Mangel *einen* einheitlichen Bezugspunkt bildet, im Raum des Symbolischen *eine Vielzahl* von unterscheidbaren partikularen Positivierungen hervorbringt. Es kommt also zu einer Art Kurzschluß zwischen der Einheit des Allgemeinen und der Pluralität des Partikularen (vgl. Laclau 1996: 34).¹⁹ Das bedeutet nichts anderes als daß das einheitliche Begehren nach dem nicht realisierten Allgemeinen in eine Pluralität von partikularen Forderungen übersetzt wird, die das Allgemeine in dieser oder jener Form konkretisieren und damit positivieren. Während das kollektive Begehren am Imaginären orientiert ist, sind die einzelnen Forderungen fest im Raum des Symbolischen verankert – eben weil es sich um Forderungen handelt, die sich gegenüber anderen Forderungen differenzieren lassen und somit konkret verortet werden können – und haben nur insofern eine imaginäre Konnotation als sie in Bezug zum imaginären Allgemeinen artikuliert werden. Nimmt man als Beispiel einen politischen Diskurs, in dessen Zentrum der Mangel an allgemeiner materieller Wohlfahrt steht, so kann das Begehren nach der Beseitigung dieses Mangels seinen Ausdruck in völlig unterschiedlichen Forderungen finden, so zum Beispiel: „Für Witwen und Waisen sollte es staatliche Fürsorge geben“, oder „Der Wirtschaftsprozess sollte möglichst wenig reglementiert sein, weil die Freiheit des

nicht „real“ zugänglich ist, symbolisiert werden; gleichzeitig aber ist es keine Eigenschaft des Allgemeinen, den Symbolisierungsprozeß zusammenbrechen zu lassen, wodurch sich das Reale anzeigen würde. Laclaus Konzeption, in der das Allgemeine im Feld zwischen dem Symbolischen und dem *Imaginären* verortet wird (statt im Feld zwischen dem Symbolischen und dem Realen), ist hier schlüssiger. Denn es ist das Imaginäre, das als das stets symbolisch Verfolgte, aber dabei immer Uneinholbare zu verstehen ist – und das Allgemeine wird ja kontinuierlich symbolisiert, wenn auch keine Symbolisierung je hinreichend ist, um es zu erfassen

- 19 Dieser Kurzschluß zeigt auf, daß im Raum des Politischen eine gegenseitige Abhängigkeit von Allgemeinem und Partikularem besteht, denn zum einen kann das Allgemeine in der Form eines Partikularen diskursiv in Erscheinung treten, aber zum anderen kann auch das partikuläre diskursive Element in politischen Diskursen nur dann eine bedeutende Rolle übernehmen, wenn es die eigene Partikularität transzendiert und zum Kristallisationspunkt universalisierender Effekte wird. Das Allgemeine des Politischen und das Partikuläre kontaminieren sich gegenseitig und zugleich untergraben sie einander: „[U]niversality exists only incarnated in – and subverting – some particularity but, conversely, no particularity can become political without becoming the locus of universalizing effects“ (Laclau 2000a: 56; vgl. auch Laclau 2000b: 209/10).

privaten Unternehmers Wohlstand sichert“, oder „Für das, was wir leisten, sind unsere Löhne zu niedrig“, oder „Das Ausbeutungsverhältnis zwischen KapitalhalterInnen und ArbeiterInnen muß beendet werden“. Bereits diese wenigen Beispiele verdeutlichen, daß die Vielzahl von Forderungen, die mit der Konkretisierung des kollektiven Begehrens nach dem diffusen Allgemeinen einher gehen, nicht nur unterschiedlich, sondern regelmäßig auch widersprüchlich und entsprechend konfliktträchtig sind.

Geht man nun über die grundlegenden Laclauschen Überlegungen hinaus, so lassen sich die infolge des Mangels an Allgemeinem auftretenden, den Mangel positivierenden Einzelforderungen in drei Arten von Forderungen einteilen. Die erste Art von Forderungen artikuliert eine notwendige Bedingung für die Behebung des Mangels an Allgemeinem; solche Forderungen bringen zum Ausdruck, daß das Allgemeine so lange nicht gewährleistet sei, wie dieses oder jenes nicht erreicht sei. Diese Art von Forderungen konkretisiert also einen Teilaspekt des Allgemeinen und ist damit grundsätzlich offen für die Ergänzung durch weitere gemeinwohlorientierte Forderungen, weshalb man sie kumulative Forderungen nennen kann. Die zweite Art von Forderungen formuliert eine notwendige Bedingung für die Behebung des Mangels an Gemeinwohl, die *zugleich* als eine hinreichende Bedingung für die Erfüllung anderer, am Allgemeinen orientierter Bedingungen artikuliert wird. Eine derartige Forderung kann man subsumtive Forderung nennen, weil sie zum Ausdruck bringt, daß dann, wenn sie selbst erfüllt wird, zugleich andere allgemein-orientierte Forderungen erfüllt werden. Mit einer Forderung der dritten Art schließlich wird eine hinreichende Bedingung für die Behebung des Mangels an Allgemeinem artikuliert und damit die Erfüllung *aller* Forderungen, die auf die Behebung dieses Mangels zielen, impliziert. Entsprechend haben wir es hier mit der höchstmöglichen Steigerung einer subsumtiven Forderung zu tun, die daher als umfassende Forderung bezeichnet werden soll.²⁰ Eine umfassende Forderung hat drei wichtige Eigenschaften: Erstens artikuliert sie stets ein symbolisches Äquivalent des Allgemeinen bzw. ein symbolisches Allgemeines – das Allgemeine wird also vollständig positiviert. Ein Beispiel für eine solche umfassende Forderung – und zugleich für den Kern einer hegemonialen Formation-Formierung (siehe hierzu Kapitel 4) – könnte lauten: „Solan-

20 Im vierten Kapitel arbeite ich heraus, daß subsumtive Forderungen, indem sie in das Terrain des anderen eindringen, bereits einen wichtigen Teil der hegemonialen Praxis ausmachen. Eine hegemoniale Formation-Formierung, d.h. die diskursive Struktur eines ausgereiften hegemonialen Projekts, konstituiert sich jedoch nur um umfassende Forderungen.

ge wir die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft [symbolisches Äquivalent des Allgemeinen] verwirklichen [in Kombination mit „solange“ Ausdruck des Forderns], wird auch jene allgemeine materielle Wohlfahrt [der imaginäre, obwohl hier symbolisierte Aspekt des Allgemeinen] existieren, nach der unser gesamtes Volk strebt [Ausdruck des kollektiven Begehrens].“ Zweitens bleibt auch eine umfassende Forderung immer eine partikuläre Forderung, insofern sie eine spezifische Forderung ist, die sich von allen anderen Forderungen unterscheidet, insbesondere natürlich von anderen umfassenden Forderungen. Das verdeutlicht drittens, daß eine umfassende Forderung, ohne es „tatsächlich“ sein zu können, immer dem Anspruch nach umfassend ist und diesen Anspruch im Rahmen hegemonialer Praxis durchzusetzen sucht. Ein solcher Anspruch kann aber nur erhoben werden, wenn anderen Forderungen, die ebenfalls als allgemein-orientiert artikuliert werden, eben diese Orientierung am Allgemeinen abgesprochen wird, wenn es also zu einer Zweiteilung des symbolischen Raums zwischen Pro-Allgemeinem und Contra-Allgemeinem kommt. Politische Konflikte werden dadurch derart forciert, daß man von Antagonismen sprechen kann. Im Detail komme ich auf diese diskursive Einrichtung von Antagonismen zurück, wenn ich im fünften Kapitel die Problematik hegemonialer Strategien verhandle.

Wenn wir eben davon sprachen, dass das imaginäre Allgemeine stets symbolisch supplementiert werden muß, was mit vielfältigen Forderungen geschieht, so ist dies nur einer von zwei Aspekten des Mangelcharakters des Allgemeinen. Der zweite Aspekt liegt darin, daß von den vielen symbolischen Repräsentanten keiner je das imaginäre Allgemeine dauerhaft und „tatsächlich“ erfassen kann. Entweder zielen Forderungen gar nicht auf das „ganze“ Allgemeine, wie dies bei kumulativen oder subsumtiven Forderungen der Fall ist. Oder aber es wird mit einer umfassenden Forderung ein symbolisches Äquivalent des Allgemeinen in den Diskurs eingeführt, das seiner Aufgabe, das – imaginäre – Allgemeine einzufangen, letztlich nicht gerecht werden kann. Obwohl das Allgemeine also natürlich stets irgendwie symbolisch erfaßt werden muß (etwa: //allgemeine materielle Wohlfahrt//²¹), läßt es sich in seiner ganzen Fülle und Vollkommenheit niemals symbolisieren. Jedes symbolisch konstituierte Allgemeine ist der Veränderlichkeit des diskursiv-sozialen Geschehens ausgesetzt, und kann damit kein „tatsächliches“ Allgemeines sein, sondern allenfalls das Ergebnis des nur auf den ersten Blick paradox erscheinenden Vorgangs einer stets prekären „relativen Universalisierung“ (Laclau 1996: 53, 65). Man könnte auch sagen, daß das All-

21 Die Schreibweise in // // soll das Imaginäre, letztlich nicht Symbolisierbare zum Ausdruck bringen.

gemeine, weil es nur als Mangel in Erscheinung tritt, in seiner positiven Form notwendigerweise uneindeutig bleibt. Daß das Allgemeine (das Gemeinwohl, die Gerechtigkeit etc.) nicht oder noch nicht realisiert sei, läßt sich also immer feststellen – nicht hingegen, wie es genau beschaffen ist. Und so läßt sich der leere Ort des Allgemeinen niemals endgültig besetzen. Das Allgemeine wird, wie es Judith Butler (2000: 39) formulierte, stets vom „not yet“ eingeholt. Somit ist das Allgemeine sowohl in seiner imaginären als auch in seiner symbolischen Form mangelhaft: Als imaginäres Allgemeines ist es niemals erreichbar, und als symbolisches Allgemeines reicht es nie hin.

Wie bereits angesprochen, ist es gerade diese Tatsache, daß das Allgemeine nur als Fehlendes oder Unzureichendes in Erscheinung tritt, die Konkurrenz und Konflikte um die Besetzung des leeren Ortes des Allgemeinen immer wieder auf Neue provoziert. Derartige Konflikte ergeben sich geradezu zwangsläufig, da das Allgemeine ja per Definition für alle gelten soll, also auch für jene, die andere Versionen des Allgemeinen artikulieren. Gerade die Offenheit der Symbolisierung des Allgemeinen führt also unweigerlich zu Konflikten darüber, mit welcher konkreten Forderung dem Begehren nach dem nicht realisierten Allgemeinen Ausdruck verliehen werden soll, bzw. darum, welcher Inhalt einer (stets partikularen) Forderung als symbolisches Äquivalent des Allgemeinen positioniert wird. Somit läßt sich, wiederum mit Laclau (1990: 81), eine Durchdringung von Allgemeinem und Konfliktivität feststellen: „This means that the question of power, the intrinsic impurity of antagonisms and struggles, penetrate the field of the universal itself.“ Solche Konflikte um die Besetzung des leeren Ortes des Allgemeinen bilden den Kern der Politik (vgl. ebd. und Laclau 1996: 59) und zeichnen gerade Demokratien aus (vgl. ebd.: 35).

Wir sind damit der Klärung des Rätsels, weshalb und wie im Politischen Allgemeines und Konflikt kurzgeschlossen werden, näher gekommen. Eingangs dieses Abschnitts habe ich darauf verwiesen, daß das besondere Problem darin besteht, daß es sich beim Allgemeinen *per definitionem* um eine unteilbare Kategorie handelt, der Konflikt hingegen Teilung bedingt. Dieses Problem ist jedoch nur ein scheinbares Problem, sobald verstanden wird, daß der leere Ort des Allgemeinen in der Tat unteilbar ist, aber als „negativer“ Ort eben nicht zugänglich ist, sondern einem Mangel gleichkommt, der eine symbolische Anfüllung einfordert. Das kollektive Begehren, den Mangel zu beheben, wird im Raum des Symbolischen bzw. im Diskurs in verschiedene partikuläre Forderungen übersetzt, die dann wiederum die Grundlage des politischen Konflikts bilden. Im Raum des Politischen ist also die gegenseitige Abhängigkeit von Konflikt und Allgemeinem nicht nur zufällig, sondern notwendig.

Es sind vor allem drei Arten des Konflikts um das Allgemeine, die in politischen Diskursen zum Tragen kommen. Die erste dieser Konfliktarten läßt sich als *pluralistischer* Konflikt um die Anfüllung des leeren Ortes des Allgemeinen bezeichnen. Pluralistische Konflikte sind hauptsächlich geprägt vom Hin und Her kumulativer und subsumtiver Forderungen, die in den Diskurs einfließen, u.U. zurückgewiesen, abgewandelt, wieder eingebracht und eventuell schließlich aufgegeben werden. Ein Beispiel für einen pluralistischen Konflikt wäre ein Konflikt darum, ob das Allgemeine einer wirtschaftspolitischen Ordnung mit „Kapitalismus“, „freier Marktwirtschaft“, „Sozialer Marktwirtschaft“, „Sozialistischer Marktwirtschaft“ oder „Sozialismus“ signifiziert wird.

Solche pluralistische Konflikte können dann zugleich überwunden und zugespitzt werden, wenn eine zweite Konfliktart ins Spiel kommt, und zwar die *antagonistische*. Der Zusammenhang von Hegemonie und Antagonismus wird im Zentrum stehen, wenn ich im fünften Kapitel hegemoniale Strategien diskutiere. Daher an dieser Stelle nur einige grundlegende Erläuterungen: Für die Entstehung von Antagonismen spielt die obige Überlegung eine zentrale Rolle, daß umfassende Forderungen den diskursiven Raum zweiteilen: So besteht der Kern einer umfassenden Forderung ja darin, daß die Erfüllung dieser Forderung alle anderen Forderungen, die mit Blick auf das Allgemeine artikuliert werden, ebenso erfüllt. Hierzu müssen verschiedene Forderungen unter „einem Banner“ miteinander äquivalent gesetzt werden. Laclau und Mouffe (1985) sprechen daher auch davon, daß (symbolische) Allgemeinheit das Resultat von immer ausgedehnteren „Äquivalenzketten“ sei. Das Schmieden solcher Äquivalenzketten kann als wesentlicher Bestandteil hegemonialer Praxis gelten, ist aber nur möglich, wenn all jenen anderen Forderungen, die selbst umfassende Forderungen sind, sowie jenen Forderungen, die *nicht* integriert werden können, die Orientierung am Allgemeinen abgesprochen wird. Ein Beispiel für einen Antagonismus wäre die hegemoniale Verbindung z.B. der „Sozialen Marktwirtschaft“ mit dem Allgemeinen, während Forderungen nach anderen Wirtschaftsordnungen in der einen oder anderen Form mit der Negation des Allgemeinen in Beziehung gesetzt werden (mangelnde Produktivität, ungerechte Verteilung o.ä.). Wenn eine umfassende Forderung (natürlich nur zeitweise) eine ausreichend große Äquivalenzkette um sich herum ausbilden kann, d.h. wenn ein symbolisches Allgemeines weitreichende Anerkennung gefunden hat, dann werden mit dieser Äquivalenzkette einerseits bestehende pluralistische Konflikte befriedet. Andererseits entsteht jedoch ein neuer, zugespitzter Konflikt, weil alle Forderungen, die in der umfassenden Forderung aufgehoben werden, en bloc jenen entgegengestellt werden, die ins Außen verbannt werden.

Die dritte Konfliktart, die für politische Diskurse typisch ist, findet auf einer anderen Ebene statt als die ersten beiden, denn sie kommt nicht während des Kampfes um die Symbolisierung des Allgemeinen zum Tragen, sondern dann, wenn dieser Kampf – vorläufig – entschieden ist: die *Deutungskonkurrenz* hinsichtlich desjenigen diskursiven Elements, welches das Allgemeine symbolisiert. Daß eine solche Konkurrenz nicht unter Verweis auf eine „eigentliche Bedeutung“ abgewendet werden kann, hat das vorangegangene Kapitel unter Bezugnahme auf die „Soziale Marktwirtschaft“ verdeutlicht. Ich komme auf die Deutungskonkurrenz am Ende dieses Kapitels nochmals zurück.

Die drei damit skizzierten Konfliktarten müssen sich im übrigen zu keinem Zeitpunkt gegenseitig ausschließen: Deutungskonflikte finden ohnehin häufig innerhalb hegemonialer, also antagonistisch strukturierter Formationen statt. Aber auch pluralistische Konflikte und Antagonismen dürfen nicht als sich gegenseitig ausschließende Konflikttypen verstanden werden. Wenn zum Beispiel im Rahmen hegemonialer Praxis eine soziale Kraft aus dem antagonistischen Lager herausgebrochen und in die „eigene“ Äquivalenzkette eingefügt wird (vgl. Laclau 2000c: 305), dann wird diese soziale Kraft im Prinzip als eigenständige Größe anerkannt, die nicht von Natur aus auf dieser oder jener Seite des Antagonismus zu finden ist, sondern eine Kraft in einem von mehr als zwei Polen bestimmten sozialen Feld ist (vgl. auch Laclau 2005: 131-33). Deutlich wird die Parallelität von pluralistischem Konflikt und Antagonismus aber vor allem dann, wenn sich eine hegemoniale Bewegung mit einer Gegenbewegung konfrontiert sieht, die dort Differenzen behauptet, wo die hegemoniale Bewegung Äquivalenzen artikuliert, die also genau die (auf Differenz beruhende) Pluralität der Konflikte hervorhebt (siehe hierzu auch die Diskussion der defensiv-hegemonialen Strategie in Kapitel 5).

Dank der Rekonstruktion einiger Überlegungen Claude Leforts, Marcel Gauchets und Ernesto Laclau ist es nun gelungen, ein deutlicheres Bild vom politischen Zusammenhang zwischen Allgemeinem und Konfliktivität zu zeichnen. Es zeigt sich, daß die obige Formulierung des Politischen, welche die auf den ersten Blick so unvereinbaren Positionen Schmitts und Arendts in Beziehung setzte und die Schmittsche Konfliktivität mit dem Arendtschen Bezug zum Allgemeinen kurzschloß, ohne weiteres aufrecht erhalten werden kann. Man muß sich dabei allerdings klarmachen, daß das Allgemeine, das im Diskurs auftaucht, das symbolische Allgemeine, nicht dasselbe Allgemeine ist wie jenes imaginäre Allgemeine, das diskursiv nur als leerer Ort und als Mangel, der das gesellschaftliche Begehren nach dem Allgemeinen auslöst, in Erscheinung treten kann; kein symbolisches Allgemeines kann diesen Mangel dauerhaft und in einer für alle Betroffenen befriedigenden Weise behe-

ben. Man muß das Allgemeine der obigen Definition des Politischen also differenziert betrachten. Dasselbe gilt für die politische Konfliktivität, deren diskursiv relevante Spielarten soeben erörtert wurden.

Schließlich muß die Definition des Politischen noch um einen wichtigen Aspekt ergänzt werden, der sich gerade bei Laclau immer wieder andeutet. Es gibt niemals die Notwendigkeit, einen bestimmten Kandidaten unter den Partikularitäten des symbolischen Raums zu erwählen, um das Allgemeine zu repräsentieren. Damit jedoch ist jede diskursive Symbolisierung des Allgemeinen von Kontingenz und Historizität durchdrungen. Weil es also zum einen nicht durch Notwendigkeit vorgegeben ist, welche partikulare Position zur Repräsentation des Allgemeinen „prädestiniert“ ist, und weil gleichzeitig der Konflikt zwischen partikularen Positionen um die Besetzung des leeren Ortes kontinuierliche Verschiebungen mit sich bringt, handelt es sich bei der Logik des Politischen um eine dynamische und dynamisierende Logik. Indem es ein imaginäres Allgemeines symbolisch (aber immer auch hegemonial) verfügbar macht, ist es das Politische, das, in den Worten Hannah Arendts, das Neu-Anfangen (und zwar ein je „besseres“ Neu-Anfangen) ermöglicht.²² Es ist aber auch das Politische, das den Modus des Konflikts bzw. des Antagonismus mit sich bringt. Beide Faktoren zusammen – Konflikt und Bezug zum Allgemeinen – machen das Politische zu jener Logik, die den Raum des Gesellschaftlichen zu verschieben und zu erschüttern vermag.

Unter Berücksichtigung einiger Modifikationen läßt sich nun die oben gewonnene Definition des Politischen neu formulieren: Demnach ist das Politische zu begreifen als jene dynamische Logik, im Rahmen derer im Raum des Symbolischen/des Diskurses über die partikulare Besetzung des leeren Ortes des Allgemeinen in konflikthafter Weise verhandelt wird. (Daß das Politische damit immer diskursiv ist, bedeutet nicht, daß jeder Diskurs ein politischer Diskurs ist. Ein Diskurs ist nur dann ein politischer Diskurs, wenn in ihm das Allgemeine – bzw. ein spezifisches Allgemeines – konflikthaft verhandelt wird.)

3.3 „Soziale Marktwirtschaft“ als leerer Signifikant

Am Ende des zweiten Kapitels sahen wir uns dem Problem gegenüber zu erklären, wie sich in politischen Diskursen das einstellt, was in der

22 Oder, wie Slavoj Žižek (2001: 273/74) feststellt: Politik ist nicht die Kunst des Möglichen, sondern gerade des Unmöglichen.

deutschen Sprachwissenschaft häufig als deontische Bedeutungskomponente von Begriffen bezeichnet wird. Die in 3.1 und 3.2 vorgenommenen Überlegungen zum Politischen und zum politischen Diskurs machen es nun möglich, die noch fehlende Erklärung zu finden, denn das Auftreten positiver deontischer Bedeutungskomponenten in politischen Diskursen steht in Zusammenhang mit der symbolischen Repräsentation des (imaginären) Allgemeinen.

Den entscheidenden Hinweis liefert Ernesto Laclau *Theorem des leeren Signifikanten* (vgl. Laclau 1996: 36-46).²³ Dabei erinnert der Begriff des Signifikanten natürlich an die strukturalistische Zeichentheorie. Zugleich aber scheint sie zu ihr im Widerspruch zu stehen, hatte doch, wie in Kapitel 2 ausgeführt, Ferdinand de Saussure (1967[1916]) das Zeichen als Zusammenspiel von Signifikant und Signifikat beschrieben – wobei ein Zeichen stets über *beide* Teile verfügt. Der Begriff des leeren Signifikanten scheint jedoch auf ein fehlendes Signifikat zu verweisen und ist deshalb auch vor dem Hintergrund der strukturalistischen Zeichentheorie erklärungsbedürftig.

Mit der Leere des Signifikanten ist allerdings weder das Fehlen eines Signifikats gemeint noch – was eine weitere Möglichkeit wäre – die Tatsache, daß der Signifikant durch Signifikantennetze gleitet und daher kein eindeutig fixierbares, eigentliches Signifikat hat. Vielmehr verweist der leere Signifikant auf ein *unmögliches* Signifikat und damit zugleich das Attribut „leer“ auf den Kollaps der grundlegenden *Funktion* von Signifikanten: des Bezeichnens. Denn im allgemeinen bezeichnen zwar Signifikanten, weil sie flottieren, nicht so eindeutig Signifikate, wie dies vielleicht aus sprachkritischer Sicht wünschenswert wäre; gleichwohl

23 Der Begriff des leeren Signifikanten erinnert an den Begriff der Leerformel, den Ernst Topitsch schon früh für jene Worte eingeführt hat, die „keinen angebbaren Sach- oder Normgehalt besitzen“ (Topitsch 1960: 234) und häufig dafür verwendet würden, Universalien zu bezeichnen. Allerdings finden Leerformeln – wie „das Sein“, „die kosmische Ordnung“ oder „die Dialektik“ – nach Topitsch v.a. Verwendung, um Aussagen gegen Falsifizierbarkeit zu immunisieren. Hieran schließt sich das sprachkritische Forderung an, daß solche Formeln grundsätzlich, aber mindestens in der Wissenschaft gemieden werden sollten. Demgegenüber theoretisiert Laclau den leeren Signifikanten als notwendiges Strukturelement von politischen Diskursen und verbindet mit diesem theoretischen Entwurf keinerlei sprachkritische oder anderweitig normative Forderung. Die Entwicklung des Konzepts des leeren Signifikanten stellt Laclau in den Mittelpunkt seines Aufsatzes „Why do empty signifiers matter to politics?“ (Laclau 1996: 36-46). Vor allem einigen Beiträgen von Urs Stäheli (1996; 1999) und André Brodocz (1998; 2000; 2003) ist die bislang eher sporadische Rezeption dieses wichtigen Konzeptes in Deutschland zu verdanken; vgl. auch Nonhoff (2001).

führt das Gleiten der Bedeutung durch das Signifikantennetz nicht dazu, daß flottierende Signifikanten außerhalb des Systems des Bezeichnens stehen. Demgegenüber besteht das Hauptmerkmal des leeren Signifikanten genau darin, daß er die *Grenzen* des Bezeichnens anzeigt und damit die Struktur von Bezeichnungsprozessen subversiv unterläuft: „An empty signifier can [...] only emerge if there is a structural impossibility in signification as such, and only if this impossibility can signify itself as an interruption (subversion, distortion, etcetera) of the structure of the sign“ (Laclau 1996: 37).

Um dies näher zu erläutern, rekurriert Laclau zunächst auf Saussure: Zeichensysteme sind Differenzsysteme, in denen die einzelnen Elemente ihre Bedeutung ausschließlich relational, im Verhältnis zur Totalität des Zeichensystems, konstituieren können. Die Bedingung der Möglichkeit des Bezeichnens besteht also darin, daß Zeichen ein System bilden. Diese Überlegung bleibt in ihren Grundzügen unverändert, wenn wir kein starres, sondern ein bewegliches, ein gleitendes Differenzssystem annehmen. Nun kommt aber hinzu, daß die Bedingung der Möglichkeit von Systemen darin liegt, Grenzen dieser Systeme zu bestimmen. Ein System als Zusammenhang von Elementen ist nur denkbar, wenn eine Grenze anzeigt, welche Elemente Teil des Systems sind und welche nicht. Ein Zeichensystem aber bildet hinsichtlich seiner Grenzen einen Sonderfall:

[I]f what we are talking about are the limits of a *signifying system*, it is clear that those limits cannot themselves be signified, but have to *show* themselves as the *interruption* or *breakdown* of the process of signification. Thus, we are left with the paradoxical situation that what constitutes the condition of possibility of a signifying system – its limits – is also what constitutes its condition of impossibility – a blockage of the continuous process of signification (Laclau 1996: 37).

Die Grenzen eines Zeichensystems können also nicht bezeichnet werden, sondern äußern sich allein durch den Punkt, an welchem der Prozeß des Bezeichnens ins Stocken gerät bzw. vollständig zum Erliegen kommt.

Wie kommen solche Grenzen zustande? Sie können sich nicht im Sinne „neutraler“ Grenzen aus der Natur dessen ergeben, was sie trennen. Denn in diesem Fall wäre die Beziehung zwischen Ein- und Ausgeschlossenem, in unserem Fall zwischen Bezeichenbarem und nicht Bezeichenbarem, eine natürliche Differenz. Weil ein Zeichensystem aber aus der Totalität der Differenzen besteht, bedeutet dies, daß die Grenzen zwischen zwei differenten Elementen nicht die Grenzen des Zeichensystems darstellen können. Wenn die Grenzen somit nicht auf natürlicher Differenz beruhen, so können sie sich als tatsächliche Grenzen nur durch

Ausschluß konstituieren. Ein Ausschluß muß dann stattfinden, wenn eine Aktualisierung des Ausgeschlossenen die Unmöglichkeit des durch die Grenzen gegebenen Systems bedingen würde; im vorliegenden Fall ist es das Prinzip der Nicht-Differenz, welches das eingeschlossene Differenzsystem bedroht. Weil die Grenze damit etwas ausschließt, was das Eingeschlossene grundsätzliche infragestellt, kann sie als antagonistische Grenze gelten. „True limits are always antagonistic“, wie Laclau formuliert (ebd.).

Für die Konstituierung eines von Differenz gekennzeichneten Zeichensystems, zu der eine solch antagonistische Grenzziehung notwendig ist, sind drei Begleiterscheinungen charakteristisch. Erstens ist das System der Differenzen durch eine tiefgreifende Ambivalenz gekennzeichnet. Diese Ambivalenz besteht darin, daß innerhalb des Zeichensystems Sinn und Bedeutung der diskursiven Elemente – wie mehrfach ausgeführt – nur aufgrund von Differenz existieren können, daß aber gleichzeitig all diese durch Differenz überhaupt erst konstituierten Elemente insofern miteinander äquivalent sind, als sie sich alle auf dieser Seite der Grenze des Ausschlusses, das heißt im Raum der Differenz, befinden. Es operiert also neben der Logik der Differenz auch die Logik der Äquivalenz, die die Elemente als dem Prinzip der Differenz zugehörig konstituiert. Hiermit wird wiederum deutlich, daß es sich bei dem systemkonstituierenden Ausschluß nicht um ein (durch Differenz) Bestimmtes, sondern eben genau um das nicht-differente (imaginäre) Allgemeine, das Universale oder, wie Laclau es hier nennt, das „reine Sein“ handeln muß (Laclau 1996: 38). Das Problem dabei ist, daß mit dem Ausschluß des „reinen Seins“ auch das reine Sein bzw. die Vollständigkeit und Vollkommenheit des symbolischen Systems selbst in Frage gestellt ist. Wir begegnen hier erneut dem konstitutiven Mangel, der das Symbolische kennzeichnet. Um dieser fundamentalen Infragestellung entgegenwirken zu können, ist es notwendig, das imaginäre reine Sein symbolisch einzufangen (ein Unterfangen, das letztlich unmöglich ist, aber dennoch kontinuierlich verfolgt wird). Hier deutet sich bereits an, was Laclau mit dem leeren Signifikanten meint: einen Signifikanten, der die Grenzen des Systems darstellt, der auf das Allgemeine²⁴ bzw. auf das reine Sein

24 Laclau spricht in dieser Passage nicht vom Allgemeinen, sondern vom Prinzip der Positivität. Weil sich aber beide – das Allgemeine wie die Positivität – durch die Aufhebung der Differenz auszeichnen, und weil Laclau in späteren Arbeiten (z.B. Laclau 2000a: 56/57) dazu übergeht, die Funktion des leeren Signifikanten mit der Bezeichnung des Allgemeinen („universality“ oder „universal“) zu beschreiben, verwende ich an dieser Stelle, der Terminologie der restlichen Ausführungen entsprechend, den Terminus des Allgemeinen.

verweist, d.h. jenen paradoxen Signifikanten, der notwendigerweise dem System der Differenz entstammt, aber die vollständige Auslöschung aller Differenz repräsentiert.

Die zweite Begleiterscheinung des Ausschlusses geht mit der ersten einher. Da das aus dem symbolischen System ausgeschlossen wird, was den differentiellen Charakter dieses Systems negiert, muß das Ausgeschlossene *per definitionem* einheitlich und vollkommen sein – genau wie das Allgemeine. Eventuelle Differenzen zwischen verschiedenen ausgeschlossenen Kategorien werden dabei durch Äquivalenzketten ausgelöscht. (So ist es zum Beispiel kein Problem, wenn der Signifikant „Gott“, der vielleicht am deutlichsten einen Gegenpol zu allen menschlichen Differenzierungen bildet, gleichzeitig rachesüchtiger und liebender Gott, gleichzeitig Vater, Sohn und Heiliger Geist ist. „Gott“ ist eins und damit nur „Gott“.)

Drittens schließlich emergieren leere Signifikanten, die die Funktion übernehmen müssen, das ausgeschlossene, nicht-differente, imaginäre Allgemeine in das differenzierte Zeichensystem, also ins Symbolische zurückzuholen. An der Stelle dessen, was das Geforderte einer umfassenden, am Allgemeinen orientierten Forderung ausmacht, findet sich also ein leerer Signifikant. Dadurch wird zugleich das Allgemeine bzw. das „reine Sein“ diskursiv verfügbar und ein Zeichensystem als vollständiges System konstituiert.

Warum aber „leerer“ Signifikant? Das Problem besteht darin, daß der betreffende Signifikant nicht eine Differenz bezeichnen soll, sondern jenen Ausschluß, der das Fundament aller Differenz bildet. Daher reicht eine weitere Differenz zu dieser Bezeichnung nicht aus. Vielmehr muß die differente Natur des Bezeichnens untergraben werden:

But if what we are trying to signify is not a difference but, on the contrary, a radical exclusion which is the ground and condition for all differences, in that case, no production of one more difference can do the trick. As, however, all the means of representation are differential in nature, it is only if the differential nature of the signifying units is subverted, only if the signifiers empty themselves of their attachment to particular signifieds and assume the role of pure being of the system – or, rather, the system as pure Being – that such signification is possible (Laclau 1996: 39).

Die Bezeichnung der Grenzen des Systems ist also nur dann möglich, wenn sich ein bestimmter Signifikant seiner Beziehung zu einem Signifikat (oder, wie man ergänzen möchte, zu anderen Signifikanten) entledigt, und eben keine Differenz mehr anzeigt, sondern das Allgemeine, das „reine Sein“. Damit fundiert dieser leere Signifikant auch das Sy-

stem als reines System, als unbefleckt von Ambiguität, im Sinne eines „system as pure Being“.²⁵ Mit Hilfe der Figur des leeren Signifikanten läßt sich also der Mechanismus erklären, der hinter jeder Signifikation des imaginären Allgemeinen steckt. Das Entstehen einer „positiven“ deontischen Bedeutungskomponente ist mit diesem Mechanismus eng verbunden: Indem er das Allgemeine symbolisch verfügbar macht und gleichzeitig das Zeichensystem begrenzt und ermöglicht, behebt der leere Signifikant in doppelter Weise einen konstitutiven Mangel (eine rein symbolische Operation, die in letzter Konsequenz unmöglich ist!) und erhält damit als Signifikant mit „Linderungsfunktion“ eine „positive“ deontische Bedeutungskomponente.²⁶

Ich möchte nun vorschlagen, „Soziale Marktwirtschaft“ als eben solchen leeren Signifikanten im ordnungs-, wirtschafts- und sozialpolitischen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland zu begreifen. Der Signifikant „Soziale Marktwirtschaft“ schließt diskursiv das deutsche System möglicher Wirtschaftsordnungen,²⁷ indem er eine abwesende gesell-

25 Das Theorem des leeren Signifikanten zeichnet sich im übrigen durch eine gewisse Nähe zur negativen Theologie der Mystik aus, für die die Unbenennbarkeit Gottes einen der zentralen Gegenstände darstellte. Dies gilt neben dem späteren Meister Eckhart insbesondere für die beiden aus dem 5. Jahrhundert stammenden Schriften *De divinis nominibus* und *De mystica/theologia* des Dionysius Areopagita (vgl. zur negativen Theologie bei Dionysius Areopagita Ruh 1990: 42–53). Laclau ist sich dieser theoretischen Verwandtschaft bewußt, sieht aber dennoch einen maßgeblichen Unterschied: Die negative Theologie setzt demnach verschiedene Strategien ein, um die Positivität einer inhaltlichen Füllung auf ein Minimum zu reduzieren, obwohl die Positivität letztlich nicht vermeidbar ist. Dem gegenüber läuft die hegemoniale Praxis, die den Gegenstand der Theorie vom leeren Signifikanten bildet, geradezu offensiv darauf hinaus, den leeren Ort des Allgemeinen mit einem bestimmten Partikulum zu füllen, dessen ganzes hegemoniales Projekt ja darin besteht, Allgemeinheit zu repräsentieren (vgl. Laclau 1998: 277).

26 Dieser Lesart, die leere Signifikanten ausschließlich als Träger „positiver“ deontischer Bedeutungskomponenten versteht, steht Sarasins Lesart gegenüber, die positiv wie negativ besetzte leere Signifikanten ausmacht (Sarasin 2001: 69). Gegen Sarasins Lesart spricht vor allem, daß negativ besetzte leere Signifikanten keine „Linderungsfunktion“ übernehmen könnten. Allerdings läßt sich die deontische Bedeutung jener Signifikanten, die Sarasin als negativ besetzte leere Signifikanten bezeichnet (etwa „Schwarze Haut“), damit erklären, daß sie in Kontraritätsrelationen zu (stets positiv besetzten) leeren Signifikanten artikuliert werden, d.h. in Kontrarität zum Allgemeinen selbst.

27 Ich möchte hier nicht mißverstanden werden: Daß „Soziale Marktwirtschaft“ das deutsche System möglicher Wirtschaftsordnung diskursiv schließt, bedeutet nicht, daß es nicht möglich wäre, anderen Wirtschaftsordnungen „das Wort zu reden.“ Der entscheidende Punkt ist aber – schließlich

schaftliche Vollkommenheit bezeichnet, jene perfekte Wirtschaftsordnung, die wenigstens alle Grundwerte²⁸ und alle gesamtwirtschaftlichen Ziele²⁹ vollkommen realisiert und damit sowohl allen Einzelnen als auch der Gesamtheit der Betroffenen gerecht wird. Eine derartige perfekte Wirtschaftsordnung befindet sich gleichwohl jenseits der Grenzen aller erfahrenen Wirtschaftsordnungen, die auf Differenzen und Austausch zwischen Akteuren, Grundwerten und gesamtwirtschaftlichen Zielen beruhen. Indem „Soziale Marktwirtschaft“ nun auf die Vollkommenheit jenseits des wirtschafts- und sozialpolitischen Diskurses verweist, holt sie diese Vollkommenheit in den von Differenzen geprägten diskursiven Raum und bezeichnet somit als Partikularität etwas, das nicht bezeichnet werden kann: das Allgemeine dieses Diskurses. Gleichzeitig repräsentiert die „Soziale Marktwirtschaft“ die reine Identität des ordnungs-, wirtschafts- und sozialpolitischen Diskurses der Bundesrepublik Deutschland, sie ist zum „Fahnenwort für die bundesdeutsche Wirtschaftsordnung“ (Wengeler 1995: 48) insgesamt geworden. Deshalb kann man vereinfacht auch vom „Diskurs der Sozialen Marktwirtschaft“ sprechen.

An dieser Stelle gilt es nochmals zu betonen, daß das ausgeschlossene Allgemeine ein imaginäres Allgemeines ist, das nicht tatsächlich verwirklicht, sondern nur symbolisiert werden kann. Es bleibt konstitutiv unerreichbar, weil es als symbolisches Allgemeines immer in das unaufhörliche Spiel der Differenz eingebunden, und damit nicht wirklich einheitlich-allgemein sein kann. Das zeigt sich bereits daran, daß sich in verschiedenen diskursiven Zusammenhängen beziehungsweise zur Formierung verschiedener hegemonialer Formationen eine Pluralität leerer Signifikanten entwickelt hat; nie war ein einzelner Signifikant in der Lage, das „umfassende Allgemeine“ befriedigend zu symbolisieren (weshalb wir auch in unseren Ausführungen immer wieder von einem spezifischen Allgemeinen gesprochen haben). Das imaginäre Allgemeine weicht also vor dem symbolischen Allgemeinen kontinuierlich zurück, bleibt aber in der Form des Mangels dennoch immer als Zukünftiges präsent; es ist, wenn man so will ein Allgemeines *à venir*. Das Imaginär-Allgemeine ist ein Uneinholbares, das sich gleichzeitig durch die Notwendigkeit wie durch die Unmöglichkeit adäquater symbolischer Reprä-

geht es um politisch-gesellschaftliche Hegemonien –, daß diskursive Positionen vorerst ausschließlich innerhalb der „Sozialen Marktwirtschaft“ verortet werden können, wenn sie ernst genommen werden wollen.

28 Im Sinne der oben (2.3) zitierten Untersuchung von Föste/Janßen (1999): Freiheit, Gleichheit, Verantwortung und Gerechtigkeit.

29 Im Sinne des „magischen Vierecks“: Geldwertstabilität, möglichst hohe Beschäftigung, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und angemessenes Wirtschaftswachstum.

sensation zeigt. Weil dieses Uneinholbare nicht angemessen dargestellt werden kann, folgt aber andererseits, daß jeder Signifikant, der es bezeichnen soll, konstitutiv unangemessen ist.

Daher stellt sich die Frage, wie es kommt, daß ein bestimmter und nicht ein anderer Signifikant in die Rolle des leeren Signifikanten schlüpft, der die Reinheit des Systems bewahrt und damit – als Repräsentant des Allgemeinen – eine hegemoniale Funktion übernimmt. (Warum „Soziale Marktwirtschaft“ und nicht einfach „Marktwirtschaft“ oder „Sozialistische Marktwirtschaft“ oder „Sozialismus“?) Dies ist eine komplexe und schwierige Frage, die auch nicht durch die Feststellung beantwortet werden kann, daß der betreffende Signifikant eben als Panazee für den konstitutiven Mangel des jeweiligen Systems verstanden wird. Denn: Wann ist das so und wann nicht? Wäre diese Frage einfach zu beantworten, könnte man eine Art universell einsetzbaren Werkzeugkasten für die Etablierung politisch-diskursiver Hegemonien entwerfen. Angesichts der Komplexität, der Ereignishaftigkeit und der Dynamik von Diskursen erscheint es aber offensichtlich, daß es kein derartiges universelles Werkzeug geben kann. Zwar ist die Konstituierung eines leeren Signifikanten sicherlich, wie Laclau (1996: 40) feststellt, eine Folge von Politik, aber die Ereignishaftigkeit politischer Diskurse verhindert einfache Aussagen der Art, daß diese oder jene Signifikanten immer als leere Signifikanten zum Bestandteil hegemonialer Formationen werden, oder daß Signifikanten immer diese oder jene Bedingungen erfüllen müssen, um zum symbolischen Repräsentanten des Allgemeinen zu werden.

Eine bessere Erklärung können wir finden, wenn wir bedenken, daß wir „[i]n der Empirie [...] niemals auf ‚reine‘ leere Signifikanten“ treffen (Stäheli 1999: 149). Dies gilt natürlich auch für den Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“, der trotz seiner Funktion als leerer Signifikant im Zuge von Artikulationen – wie oben ausgeführt – weiterhin zu einer Vielzahl weiterer Signifikanten in Relation gesetzt wird. Damit wird durchaus Sinn generiert und der Signifikant mit einer Bedeutung versehen, auch wenn diese nicht fixiert ist; somit ist der leere Signifikant „Soziale Marktwirtschaft“ niemals nur leerer Signifikant. Wenn also Ernesto Laclau (1996: 36) argumentiert, daß ein leerer Signifikant nicht mit einem flottierenden Signifikanten zu verwechseln sei, so muß man dies dahingehend konkretisieren, daß in bezug auf Signifikanten die Qualität des Flottierens eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für die Qualität der Leere darstellt. Jeder leere Signifikant ist empirisch auch ein flottierender Signifikant, aber nicht jeder flottierende Signifikant kann die Funktion eines leeren Signifikanten übernehmen. Die in Frage kommenden Signifikanten müssen, um ihrer Funktion der

Repräsentation des Allgemeinen gerecht werden zu können, in ihrer Funktion als flottierende Signifikanten in mannigfaltiger Weise artikulierbar sein. Daher kann man wohl sagen, daß nur die Signifikanten derjenigen Zeichen, die wir oben als komplizierte Zeichen eingeführt haben (2.2.3), als leere Signifikanten in Frage kommen (wobei wiederum nicht jeder Signifikant eines komplizierten Zeichens ein leerer Signifikant ist!). Wohl auch aufgrund der unauflösbaren Verknüpfung von flottierendem und leerem Signifikanten ist Ernesto Laclau nur kurze Zeit nach dem „Empty Signifiers“-Aufsatz dazu übergegangen, anstelle von „empty signifiers“ von „tentially empty signifiers“ zu sprechen (vgl. z.B. Laclau 2000a: 57; 2000b: 207).³⁰ Offensichtlich bildet auch „Soziale Marktwirtschaft“ einen (komplizierten) flottierenden Signifikanten, ohne daß dies seine Fähigkeit beeinträchtigt, auch als leerer Signifikant zu fungieren, das heißt als partikulares Element auf das Allgemeine und auf die Totalität des Diskurses zu verweisen und damit das diskursive System der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik zu schließen.

Aus zwei Gründen wäre es vielleicht präziser, anstelle eines leeren oder auch eines tendenziell leeren Signifikanten von einem *geleerten Signifikanten* zu sprechen (ich hatte dahingehend in Nonhoff 2001 argumentiert). Zum einen legt der „leere Signifikant“ einen objektiven Zustand nahe, während ein „geleerter Signifikant“ auf die Tatsache verweist, daß er geleert wurde – und damit auf die mit einem geleerten Signifikanten verbundenen hegemonialen Prozesse. Zum zweiten deutet sich im Partizip „geleert“ im Gegensatz zum Adjektiv „leer“ die Prozeßhaftigkeit an, die meines Erachtens mit leeren bzw. geleerten Signifikanten konstitutiv verbunden ist. Ein Signifikant wird geleert, um der Funktion der Bezeichnung der Totalität gerecht zu werden. Dies ist aber, wie dargelegt, ein äußerst flüchtiger Aggregatzustand, weil der Signifikant empirisch nicht leer bleiben kann, sondern als flottierender Signifikant auf verschiedene, auch konkurrierende Signifikate bzw. Signifikantenketten verweist. Ein geleerter Signifikant befände sich also begrifflich in der Schwebe zwischen seinen Funktionen als leerer und als hegemonial wieder angefüllter, flottierender Signifikant. Trotz dieser Vorteile einer Bezeichnung „geleerter Signifikant“ werde ich mit Blick auf die Wahrung einer einheitlichen und überschaubaren diskurstheoretischen Begrifflichkeit weiterhin vom „leeren Signifikanten“ sprechen.³¹

30 Vollständig leere Signifikanten, so Laclau nun, würden bedeuten, dass das Absolute seinen Ort gefunden hätte, und würden damit das Ende von Hegemonie und damit von Politik einläuten (vgl. Laclau 2000c: 305).

31 Abzulehnen ist hingegen die von Brodocz (2003) bzw. Bonacker/Brodocz (2001) vorgenommene Übersetzung des „leeren Signifikanten“ als „deutungsöffener Signifikant“. Ein deutungsöffener Signifikant ist nichts ande-

Dabei sollte jedoch die dynamische Funktion des Geleert-und-Angefüllt-Werdens stets mitgedacht werden.

Doch zurück zu der Frage, weshalb ein bestimmter Signifikant erfolgreich ist und ein anderer nicht. Das offensichtliche Nebeneinander der regulären Signifikantenfunktion, auf eine Bedeutung zu verweisen (wie instabil und dynamisch auch immer), und der Funktion des leeren Signifikanten, das imaginäre Allgemeine zu symbolisieren, bildet den Schlüssel zu einer Antwort auf diese Frage. Den zentralen Punkt diesbezüglich hat – in Anlehnung an Laclau – vielleicht am pointiertesten Slavoj Žižek formuliert:

Wie kann es aber einem partikularen Inhalt gelingen, einen anderen Inhalt in seiner Aufgabe, Platzhalter für das Allgemeine zu sein, zu verdrängen? Laclaus Antwort heißt *Lesbarkeit*: In einer konkreten Situation [wird ein] Signifikant einer abwesenden Fülle der Gesellschaft durch den partikularen Inhalt überstrahlt, der die alltägliche Erfahrung mitwirkender Individuen überzeugender ‚lesbar‘ macht, es ihnen also in einem höheren Maße erlaubt, ihre Lebenserfahrung zu einer konsistenten Erzählung zu organisieren. ‚Lesbarkeit‘ ist dabei natürlich kein neutrales Kriterium, sie hängt vom ideologischen Kampf ab: Die Tatsache, dass nach dem Zusammenbruch der vorherrschenden bürgerlichen Erzählung im Deutschland der 30er Jahre – die nicht in der Lage gewesen war, für die globale Krise einen zureichenden Grund anzugeben – der Antisemitismus der Nationalsozialisten diese Krise ‚überzeugender lesbar‘ machte als die sozialistisch-revolutionäre Erzählung, ist das zufällige Ergebnis einer Reihe überdeterminierter Faktoren. Oder, um es anders zu sagen, diese ‚Lesbarkeit‘ impliziert kein einfaches Wettbewerbsverhältnis zwischen einer Vielzahl von Erzählungen/Beschreibungen und einer außerdiskursiven Wirklichkeit, wobei die Erzählung eben gewinnt, die der Wirklichkeit am ‚adäquatesten‘ ist: Das Verhältnis ist zirkulär und selbstbezüglich; die Erzählung bestimmt schon vorher, was wir als ‚Wirklichkeit‘ erfahren werden (Žižek 2001: 243).

Žižek verdeutlicht hier zwei wichtige Punkte: Zum einen hängen die Erfolgchancen eines Signifikanten, als leerer Signifikant zu fungieren, davon ab, ob es diesem Signifikanten auf der Ebene der *partikularen* Bedeutung gelingen kann, die Erfahrungen von möglichst vielen der von einem Diskurs Betroffenen konsistent zu organisieren.³² Ganz ähnlich

res als ein Signifikant, dessen Bedeutung nicht fixiert werden kann – eben ein flottierender Signifikant. Die zentrale Funktion des leeren Signifikanten, nämlich auf ein nicht-differentes Allgemeines zu verweisen und damit die Funktion des Zeichenprozesses grundsätzlich zu untergraben, kann aber das Attribut der Deutungs Offenheit nicht erfassen.

32 Laclau selbst formuliert beispielsweise: „This does not mean, of course, that *any* discourse putting itself forward as the embodiment of fullness

hatte auch schon Harold Lasswell argumentiert, daß erfolgreiche Schlüsselbegriffe einen Bezug zur „common experience of millions of men“ herstellen (Lasswell in Lasswell/Leites 1968[1949]: 51). Zum anderen aber dürfen diese Erfahrungen nicht als unmittelbare Wirklichkeitserfahrungen mißverstanden werden. Die unmittelbare Erfahrung des Realen (die keineswegs in Abrede gestellt werden soll) deutet sich zwar an, wenn die Symbolisierung scheitert; sie spielt damit aber diskurstheoretisch nur die Rolle eines – zugegebenermaßen interessanten – Sonderfalls. Aber jede als sinnhaft erfahrene Wirklichkeit basiert auf Differenz und Differenzierung, weshalb es sich immer um artikulierte, das heißt um symbolisch bzw. diskursiv aufbereitete Erfahrung, handelt. Letzteres gilt um so mehr in politischen Diskursen, in denen sich eine Vielzahl diskursiver Subjekte artikulatorisch austauscht und für diesen Austausch unweigerlich auf sprachliche Artikulation angewiesen ist. Man kann mithin festhalten, daß der Signifikant „Soziale Marktwirtschaft“ in seiner Funktion als leerer Signifikant, das Allgemeine zu symbolisieren, wohl deshalb erfolgreich war, weil er als solcher für einen Großteil der diskursiven Subjekte lesbar war. Und das heißt nichts anderes, als daß er für die Betroffenen aufgrund ihrer (diskursiv organisierten) Erfahrungen das Versprechen barg und birgt, die abwesende Fülle des deutschen Wirtschafts- und Sozialsystems zu sichern. Daß solche Erfolge niemals notwendigerweise aus „allgemein-menschlichen“ Erfahrungen resultieren, läßt sich schon daraus ersehen, daß der hegemoniale Erfolg der „Sozialen Marktwirtschaft“ im wesentlichen auf den Raum der Bundesrepublik Deutschland beschränkt geblieben ist.³³

Signifikanten bleiben also, auch wenn sie entleert werden, in das Signifikantennetz eingebunden und verlieren ihre flottierenden, partikularen Bedeutungen nicht. Die Entleerung stellt sich vielmehr ein, wenn auf der partikularen Bedeutungsebene die Erfahrungen verschiedener Subjekte, die vom Diskurs betroffen sind, organisiert werden. Dabei läßt sich annehmen, daß ein Signifikant in seiner Funktion als leerer Signifi-

will be accepted. The acceptance of a discourse depends on its credibility, and this will not be granted if its proposals clash with the basic principles informing the organization of a group“ (Laclau 1990: 66). In ganz anderem Zusammenhang argumentiert Hajer (1995: 56-65) ähnlich, wenn er den Erfolg sogenannter „story lines“, die die zentralen Elemente von Diskursen organisieren, an die Erfahrung der Betroffenen bindet; allerdings ist Hajers Konzept der „story lines“ breiter gefaßt als das der leeren Signifikanten.

- 33 Frankreich etwa machte in den 1950er Jahren unter der „Planification“ eine vergleichbare Aufschwungserfahrung wie Deutschland unter der „Sozialen Marktwirtschaft“ (vgl. Hentschel 1999: 31/32); vgl. zum spezifisch Deutschen der Sozialen Marktwirtschaft auch Foucault (2004: 148-260).

kant wesentlich gestärkt wird, wenn er innerhalb des Signifikantennetzes in (Äquivalenz-)Relationen zu weiteren leeren Signifikanten artikuliert wird (was vor allem die oben ausgeführten Relationen zu den Hochwertbegriffen betrifft). Dies gilt wenigstens für unseren Fall: Nur solange „Soziale Marktwirtschaft“ auf andere leere Signifikanten verweist, die selbst ebenfalls auf ein nicht-differentes Allgemeines verweisen (so wie sicherlich die Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Verantwortung, Gerechtigkeit; ähnliches gilt mit Abstrichen für die gesamtwirtschaftlichen Ziele), kann sich dieser Leitbegriff der deutschen Wirtschaftsordnung als Signifikant einer diskursjenseitigen Vollkommenheit behaupten. Die politische Macht eines leeren Signifikanten kann sich nur dann entwickeln, wenn er in ein Netz von leeren Signifikanten eingebaut ist.

Ein weiterer Aspekt sollte nochmals betont werden: Aufgrund der Komplexität, die jedem leeren Signifikanten in seiner Funktion als flotrierender Signifikant aneignet, aber dabei vor allem aufgrund der Komplexität, die spezifisch durch die Verbindung zu weiteren leeren Signifikanten entsteht, verwundert es kaum, daß durch unterschiedliche Artikulationen der komplexe Verweisungszusammenhang „gewaltsam“ – gleichwohl unvermeidbar – reduziert wird, wodurch unweigerlich das entsteht, was oben (3.2) als Deutungskonflikt bezeichnet wurde. Daß diese Konflikte unvermeidbar mit der Entleerung des leeren Signifikanten einhergehen, bedeutet dabei nicht, daß man *essentially contested concepts* im Sinne W.B. Gallies zu tun hätte (vgl. Gallie 1956).³⁴ Es sind nicht die Begriffe, und erst recht nicht die Signifikanten, denen eine „Essenz“ der Umstrittenheit aneignet. Es ist der Ort der Repräsentation des Allgemeinen, mit dem die Umstrittenheit zwangsläufig verbunden ist. Welcher Signifikant letztlich diesen Ort einnimmt, ist von kontingenten diskursiven Entwicklungen abhängig, die allerdings vor dem Hintergrund von ihrerseits diskursiv geprägten Erfahrungen stattfinden.

34 Gallie vertrat die Ansicht, daß *essentially contested concepts* jede organisierte oder teilorganisierte menschliche Tätigkeit charakterisieren (vgl. Gallie 1956: 168). Der Streit um solche Begriffe, für die Gallie die Beispiele „christliches Leben“, „Kunst“, „Demokratie“ oder „soziale Gerechtigkeit“ – allesamt ganz offensichtlich in ihren diskursiven Kontexten leere Signifikanten! – diskutiert (vgl. ebd.: 180-187), ist demnach grundsätzlich nicht beilegbar; vielmehr gehört es zur angemessenen Verwendung dieser Begriffe, daß sich um die angemessene Verwendung endlose Diskussionen und Konflikte entwickeln (vgl. ebd.: 169). Im Anschluß v.a. an Gallie argumentierte William E. Connolly (1983[1974]: 30), daß der Streit um zentrale Begriffe des politischen Diskurses wesentlich für das Politische selbst seien: „[...] these contests are not just *about* the concepts of politics but are *part of* politics itself.“

Die Überlegungen zur Konfliktart des Deutungskonflikts können nun dahingehend präzisiert werden, daß der Konflikt um eine bestimmte Lesart eines geleerten, dann aber flottierenden Signifikanten im wesentlichen ein Ringen darum ist, auf welche anderen geleerten Signifikanten er verweisen soll. Wenn es zu einem solchen Konflikt zweiter Ordnung kommt (nach dem Konflikt erster Ordnung darum, welcher Signifikant überhaupt den Ort des Repräsentanten den Allgemeinen einnimmt), so ist dies ein Kennzeichen für eine erfolgreiche hegemoniale Praxis, denn es wird nun um die Bedeutung der zentralen umfassenden Forderung gestritten und nicht mehr um die Angemessenheit der Forderung selbst. Das heißt auch, daß im Gegensatz zu der hier mehrfach dargestellten Position, nach der die Deutungsoffenheit diskursiver Elemente (und insbesondere die von komplizierten sprachlichen Zeichen) den politischen Zusammenhalt gefährde, gerade die Nicht-Fixiertheit von Bedeutung die Integration konträrer diskursiver Positionen möglich macht.³⁵

35 Somit ist es gut nachvollziehbar, wenn Bergsdorf (1991: 24) argumentiert, daß „[d]ie Kritik an der mangelnden Präzision der politischen Sprache [...] als Kompliment für ihre Integrationsleistung verstanden werden“ kann. In ähnlichem Sinne sprechen z.B. Bonacker/Brodacz (2001), die mit dem Theorem des leeren Signifikanten arbeiten, davon, daß die Integration der internationalen Gemeinschaft gerade erst durch die grundsätzlich Deutungsoffenheit zentraler Begriffe wie der „Menschenrechte“ möglich wird. Maarten Hajer (1995: 61) stellt allgemein fest, daß „the power of a political text is not derived from its consistency [...] but comes from its multi-interpretability.“

4. Hegemonie, Subjektivierung, Koordinierung

Einleitend wurde der Begriff der Hegemonie eingeführt zur Bezeichnung einer bestimmten Art der politischen Vorherrschaft, die sich diskursiv konstituiert. „Hegemonie“ wurde also im wesentlichen mit drei Attributen versehen: diskursiv, politisch, Vorherrschaft. Die Attribute „diskursiv“ und „politisch“ erfordern im Anschluß an die Vorarbeiten zur Diskursivität und zum Politischen, die in den beiden vorangegangenen Kapiteln geleistet wurden, keine weitreichenden Erläuterungen mehr. So heißt *Hegemonie als diskursives Phänomen* zu begreifen vor allem folgendes: Es geht erstens nicht primär um die Vorherrschaft von Individuen oder Gruppen; vielmehr ist mit Hegemonie das Vorherrschen bestimmter Artikulationsmuster oder diskursiver Formationen-Formierungen, also bestimmter Konstellationen sozialen Sinns, gemeint. Zweitens heißt es, daß sich die grundlegende Eigenschaft des Diskurses, zugleich strukturiert und in Bewegung zu sein, auf Hegemonien überträgt. Und entsprechend würde es in die falsche Richtung führen, Hegemonie als einen Zustand zu verstehen; vielmehr hat man es mit einer diskursiven Praxis zu tun, die zugleich auf diskursiven Strukturen aufbaut und diese verschiebt. *Hegemonie als politisches Phänomen* zu begreifen geht mit der Überlegung einher, daß hegemoniale Praxis sich in die diskursive Struktur des politischen Raums – die Gleichzeitigkeit der Orientierung am Allgemeinen und der Konfliktivität – einfügen muß und diese auf spezifische Weise weiter entwickelt.

Das Attribut „Vorherrschaft“ ist hingegen bislang noch nicht oder nur zum Teil geklärt. Klar ist allenfalls, was in einer Hegemonie vorherrscht: Wie erwähnt, geht es um die Vorherrschaft bestimmter Arten diskursiver Formationen-Formierungen. Noch undeutlich ist aber bislang erstens, welcher Art diese diskursiven Formationen-Formierungen

sind, die das Gerüst der Hegemonie bilden, die man also als *hegemoniale Formationen-Formierungen* bezeichnen kann. Gänzlich ungeklärt ist aber vor allem zweitens, *wann* eine Hegemonie als etabliert gelten kann und wie hegemoniale Vorherrschaft funktioniert. Beide Unklarheiten sollen in diesem Kapitel beseitigt werden. Dabei geht es zunächst darum, den Begriff der hegemonialen Formation-Formierung zu präzisieren und einige weitere grundlegende Unterscheidungen einzuführen, die dabei helfen, das Begriffsfeld der Hegemonie zu strukturieren (4.1). Der näheren Beschreibung dessen, was bei der Konstituierung von Hegemonien geschieht, nähern wir uns dann zunächst mit Hilfe Antonio Gramscis, dessen Schriften bis heute die Grundlage jeder Hegemonieforschung bilden (4.2). Im Anschluß an die Gramsci-Lektüre wird das hier zugrunde gelegte Konzept der Hegemonie knapp ausformuliert (4.3), um es dann in den folgenden Abschnitten (4.4 bis 4.6) ausführlich zu erläutern.

4.1 Zur Unterscheidung: Hegemoniale Formation-Formierung, hegemoniale Praxis, hegemoniales Projekt, Hegemonie

Man muß zwischen politischen Artikulationen, einzelnen hegemonialen Artikulationen und hegemonialen Formationen-Formierungen – also komplexen Anordnungen von Artikulationen mit hegemonialen Effekten – unterscheiden. Als *politische Artikulationen* kann man all jene Artikulationen bezeichnen, in denen Forderungen in bezug auf das Allgemeine gestellt werden, in welcher Form und in welchem Ausmaß auch immer; politisch sind mithin alle Artikulationen, deren Gegenstand kumulative, subsumtive und umfassende Forderungen bilden. *Hegemoniale Artikulationen* sind eine Teilmenge politischer Artikulationen. Sie zeichnen sich dadurch aus, daß sie ins Terrain des Anderen eindringen, daß sie also von einem stets singulären Ort der Artikulation aus die Forderungen anderer in bezug auf das Allgemeine mit einverleiben. Daher kann jede Artikulation, in der eine subsumtive oder eine umfassende Forderung erhoben wird, als hegemoniale Artikulation gelten. Eine *hegemoniale Formation-Formierung* schließlich ist einerseits, wie jede diskursive Formation-Formierung, ein dynamisches und zugleich relativ stabiles Arrangement von Artikulationen. Andererseits ist sie insofern eine spezifische Formation-Formierung, als in ihrem Zentrum eine umfassende Forderung steht, die das kollektive Begehren nach dem Allgemeinen für das gesamte betroffene Kollektiv konkretisiert, was zugleich bedeutet, daß das in der Forderung Geforderte als bestimmtes symbolisches Äquivalent des in seiner negativen Form unbestimmten Allgemeinen artikuliert wird.

Eine hegemoniale Formation-Formierung, die sich durch eine solche umfassende Forderung, und damit durch die Artikulation eines symbolischen Äquivalents des Allgemeinen auszeichnet, ist gleichbedeutend damit, daß Präferenzstrukturen für zukünftige Kollektiventscheidungen und für zukünftiges kollektives Handeln in dieser oder jener Weise arrangiert werden: Wenn eine bestimmte Vorgehensweise zur Realisierung des Allgemeinen – als Ankerpunkt einer Äquivalenzkette – gefordert wird, wird diese Vorgehensweise auch als kollektiv wünschenswert artikuliert. Im vorangegangenen Kapitel wurde folgendes Beispiel für eine umfassende Forderung und zugleich für den Kern einer hegemonialen Formation-Formierung formuliert: „Solange wir die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft [symbolisches Äquivalent des Gemeinwohls] verwirklichen [in Kombination mit „solange“ Ausdruck des Forderns], wird auch jene allgemeine materielle Wohlfahrt [der imaginäre, obwohl hier symbolisierte Aspekt des Gemeinwohls] existieren, nach der unser gesamtes Volk strebt [Ausdruck des Begehrens].“ Dieser Kern ließe sich fortschreiben: „Weil also Soziale Marktwirtschaft jene allgemeine materielle Wohlfahrt bedeutet, nach der wir alle streben, müssen wir die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zu Prinzipien unseres kollektiven Handelns in bezug auf die Erreichung unseres ökonomischen Gemeinwohls machen.“ Alle hegemonialen Formationen-Formierungen zeichnen in dieser Weise kollektive Handlungsoptionen aus.

Hegemoniale Formationen-Formierungen sind immer spezifische hegemoniale Formationen-Formierungen. Hierbei sind zwei Kriterien der Spezifizierung von besonderer Bedeutung: Erstens unterscheiden sich hegemoniale Formationen-Formierungen hinsichtlich des adressierten Personenkreises, das heißt hinsichtlich des Kreises von Individuen und Gruppen, um dessen kollektives Begehren es geht. Das können alle Menschen sein, alle Staatsbürger, alle Glaubensschwwestern und -brüder, alle GewerkschaftlerInnen usw. (Diskurstheoretisch müßte man genauer formulieren: Hegemonien unterscheiden sich darin, welche grundlegenden Bedingungen mit der Einnahme einer der von der hegemonialen Praxis angebotenen Subjektpositionen verknüpft sind; vgl. unten). Zweitens unterscheiden sich hegemoniale Formationen-Formierungen – wie bereits angedeutet – dadurch voneinander, daß sie nicht immer einen Bezug zum Allgemeinen per se, also zu seiner Totalität artikulieren, sondern häufig auch zu einem spezifischen Allgemeinen, dessen Konstituierung mit der Segmentierung des politischen Diskurses und der Orientierung an bestimmten „Sachgebieten“ in enger Verbindung steht. Eine hegemoniale Formation-Formierung, deren Bezugsgruppe die Staatsbürger eines Nationalstaats sind, kann zum Beispiel die Außenpolitik zum Gegenstand haben (mit symbolischen Äquivalenten des Ge-

meinwohlaspekts wie „Westbindung“ oder „Neutralität“) oder die Wirtschafts- und Ordnungspolitik (mit symbolischen Äquivalenten des Gemeinwohlaspekts wie „Soziale Marktwirtschaft“ oder „Demokratischer Sozialismus“). Und diskursive Subjekte, die sich im Hinblick auf ein spezifisches Allgemeines auf miteinander äquivalenten Subjektpositionen befinden, können im Hinblick auf ein anderes durchaus konträre Subjektpositionen einnehmen: Zum Beispiel können sowohl der radikale Pazifist als auch der „realistische“ Außenpolitiker Verfechter der Sozialen Marktwirtschaft sein.

Daß hegemoniale Formationen-Formierungen in diesen beiden Hinsichten spezifiziert werden können, heißt im übrigen nicht, daß Personenkreis und Sachgebiet im Sinne einer festen Größe der Artikulation einer bestimmten hegemonialen Formation-Formierung voraus gingen. In ihrer jeweils spezifischen Form werden sie auch durch die hegemoniale Formation-Formierung selbst produziert: Wenn beispielsweise die Deutschen zum adressierten Personenkreis der hegemonialen Formation-Formierung, die sich um die „Soziale Marktwirtschaft“ herum gruppiert, werden, so werden sie zugleich als Deutsche in einer neuen Weise artikuliert, insofern sich das „Deutschsein“ und die „Soziale Marktwirtschaft“ verbinden, insofern also nach dieser Artikulation die Soziale Marktwirtschaft zu den Deutschen gehört. Dasselbe gilt für das Sachgebiet der Wirtschaftspolitik: Es verschiebt sich und entsteht damit auch als Sachgebiet in neuer Weise, sobald die Formation der „Sozialen Marktwirtschaft“ zu ihm in Beziehung gesetzt wird.

Jede Artikulation einer hegemonialen Formation-Formierung der beschriebenen Art trägt den Anspruch auf Vorherrschaft (in bezug auf die adressierte Gruppe) in sich, weil sie von einem singulären Ort der Artikulation aus das vom Mangel an Allgemeinem ausgelöste Begehren eines gesamten Kollektivs mit einer bestimmten Forderung symbolisch anfüllt. Dieser Anspruch auf Vorherrschaft ist jedoch nicht immer oder sogar nur selten erfolgreich. Von Hegemonie soll gemäß der hier vorgetragenen Überlegungen nur dann gesprochen werden, wenn der mit einer umfassenden Forderung geäußerte Anspruch auf Vorherrschaft durchgesetzt werden kann. Allerdings liegt es auf der Hand, daß es Vorstufen oder Nachwehen solcher Vorherrschaft gibt, und auch schwächere und stärkere Ausprägungen von Hegemonien. Dies macht ein differenziertes begriffliches Instrumentarium erforderlich: So wird im folgenden von *hegemonialer Praxis* gesprochen, um die gesamte Bandbreite der diskursiven Praxis begrifflich zu fassen, im Rahmen derer in bezug auf die Behebung eines Mangels an Gemeinwohl subsumtive oder umfassende Forderungen erhoben werden. Als *hegemoniales Projekt* wird jede diskursive Praxis bezeichnet, in der eine hegemoniale Formation-For-

mierung artikuliert wird, also eine umfassende Forderung in Verbindung mit einem symbolischen Äquivalent des Gemeinwohls. Der Begriff der *Hegemonie* findet Verwendung für alle erfolgreichen hegemonialen Projekte, in deren Zentrum eine nicht nur dem Anspruch nach umfassende Forderung, sondern eine Forderung, deren Erfüllung tatsächlich in diskursiv umfassender Weise (also in hohem diskursiven „Verbreitungsgrad“) mit der Behebung des Mangels an Allgemeinem äquivalent gesetzt wird; man kann hier vom Übergang einer umfassenden in eine hegemoniale Forderung sprechen.

Es gibt demnach drei Niveaus hegemonialer Praxis: einzelne hegemoniale Artikulationen, hegemoniale Projekte und Hegemonien. Dabei sind die Grenzen zwischen diesen Niveaus mehr oder weniger fließend; und so können insbesondere die Begriffe des hegemonialen Projekts und der Hegemonie – sowie der umfassenden und der hegemonialen Forderung – nicht exakt trennscharf verwendet werden, sondern beschreiben nur ineinander übergehende Bereiche einer Skala der hegemonialen Praxis.

4.2 Hegemonie mit Gramsci

Wir müssen uns nun aber nach dieser Differenzierung der entscheidenden Frage zuwenden, was ein erfolgreiches hegemoniales Projekt auszeichnet bzw. wann aus dem Anspruch auf Vorherrschaft tatsächlich Vorherrschaft wird. Zur Klärung dieser Frage ist es hilfreich, auf den „Klassiker“ jeder Hegemonietheorie zurückzugreifen: Antonio Gramsci. Zwar hatte der Begriff der Hegemonie bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts im russischen Sozialismus Konjunktur, er findet sich etwa auch in Lenins Schriften. Hegemonie bezeichnete in diesem Theoriezusammenhang eine spezifische Strategie des Proletariats, welche – vereinfacht gesprochen – dazu dienen sollte, die Revolution, die aufgrund fehlender ökonomischer Entwicklungen gemäß der Marxschen historischen Gesetze in absehbarer Zeit nicht zu erwarten gewesen wäre, durch vom Proletariat geführte Allianzen mit anderen Klassen politisch zu beschleunigen (vgl. Anderson 1976/77: 15-17).

Doch trotz dieser Vorgeschichte ist der Begriff Hegemonie in der politischen Theoriegeschichte des 20. Jahrhunderts vor allem mit dem italienischen Denker Antonio Gramsci verbunden und bildet einen entscheidenden Bezugspunkt für dessen Theorie sozialer Macht und politischer Herrschaft (vgl. Kallscheuer 1995: 174/75).¹ Im faschistischen

1 Wir sehen dabei von der verbreiteten Verwendung des Begriffs in der Lehre von den Internationalen Beziehungen ab, wo mit dem Begriff der Hegemo-

Italien verbrachte Gramsci, der seit der Gründung der kommunistischen Partei Italiens 1921 zu deren Führung gehörte und sie zeitweise auch im Parlament vertrat, lange Jahre in Gefangenschaft (1926-1937). In den während dieser Zeit entstandenen *Gefängnisheften* (Gramsci 1991-2002) findet sich neben umfangreichen anderweitigen kulturtheoretischen und politisch-theoretischen Überlegungen auch die Ausarbeitung des Hegemoniebegriffs.²

Gramsci stand unter dem doppelten Eindruck der erfolgreichen russischen Oktoberrevolution und des gleichzeitigen Scheiterns verschiedener kommunistischer Umsturzversuche in West- und Mitteleuropa. Er führte diese Diskrepanz darauf zurück, daß im zaristischen Rußland, aber vor allem im Rußland der Februarrevolution, die politische Macht im Staat nicht durch ein zivilgesellschaftlich-kulturelles Bollwerk gestützt wurde, weshalb die Februarrepublik angesichts der ökonomischen wie auch der politischen Krise des Sommers und des Herbstes 1917, die sich im Frontalangriff der Oktoberrevolutionäre auf die politische Führung zuspitzte, ohne nennenswerten Widerstand zusammengebrochen sei. In West- und Mitteleuropa hingegen rührten die Probleme kommunistischer revolutionärer Bewegungen nach Gramsci daher, daß die Überwindung der bourgeoisen Staatsstrukturen eben nicht ausreiche, weil die eigentlichen Festungen und Gräben der Bourgeoisie in der Zivilgesellschaft zu finden wären. Im Gegensatz zum Kampf um den Staat, der wie in der Oktoberrevolution als Bewegungskrieg mit schnellen Frontalangriffen geführt werden kann, verwendet Gramsci für den Kampf um die Zivilgesellschaft die Metapher des Stellungskrieges, der sehr viel Ausdauer und noch mehr Ressourcen benötigt (vgl. Gramsci 1991-2002: 4/874, 7/1589; vgl. auch Anderson 1976/77: 8-11; Kebir 1991: 214-217). Im Gegensatz zum Führungsmodus der Herrschaft, welcher im Raum staatlicher Politik zum Tragen kommt und auf Autorität und Zwang aufbaut, ist der Raum der zivilgesellschaftlichen Politik von einem anderen, auf Konsens beruhenden Modus der Führung gekennzeichnet: der Hegemonie.

nie, vor allem mit Blick auf das 19. Jahrhundert, die Vorherrschaft eines Staates gegenüber einem oder mehreren anderen Staaten gemeint ist, wobei der Einfluß des Hegemons unterhalb der Schwelle direkter Herrschaftsausübung bleibt, d.h. die formelle Souveränität des oder der unterlegenen Staates/Staaten wird nicht in Frage gestellt (vgl. Holtmann 1994: 237; Kallscheuer 1995: 174).

- 2 Vgl. zum Gramscianischen Hegemoniebegriff Anderson (1976/77: 7-44), Kallscheuer (1995), Laclau/Mouffe (1985: 65-71), sowie vor allem Mouffe (1979a; 1979b).

Die wichtigsten Akteure im hegemonialen Kampf sind nach Gramsci jeweils die „Hauptgruppen“ (Gramsci 1991-2002: 3/496) oder fundamentalen Klassen (Mouffe 1979a), die sich infolge der ökonomischen Produktionsverhältnisse konstituieren und sich bipolar gegenüberstehen – in seiner Betrachtungsperspektive Bourgeoisie und Proletariat. Der Begriff der Hegemonie erfasst nun jene Art der politischen wie kulturellen, moralischen wie intellektuellen Führung, durch welche eine Hauptgruppe verbündete Gruppen anführt (vgl. Gramsci 1991-2002: 1/101). Trotz der Fundiertheit der Hauptgruppen in der ökonomischen Struktur bilden also die Superstrukturen³ bzw. die Sinnstrukturen der Ideologie das „Schlachtfeld“ der Hegemonie (vgl. v.a. Mouffe 1979b). Mit anderen Worten: Nach Gramsci ist Hegemonie eine diskursive Praxis, die auf der Basis ökonomischer Verhältnisse stattfindet und im Rahmen derer gesellschaftliche Führungskompetenz und gesellschaftliche Kräfteverhältnisse in umfassender Hinsicht⁴ zur Debatte stehen. Damit ist der Problemkomplex der Hegemonie zwar nur angerissen, aber es lässt sich erkennen, um welche Fragestellungen es vor allem geht: Wer sind – erstens – und wie konstituieren sich die Subjekte der hegemonialen Praxis? Was ist – zweitens – der Zusammenhang von Ideologie/Diskurs, hegemonialer Praxis und gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen?

Eine Annäherung an diese beiden Fragestellungen ermöglicht die folgende Passage aus den *Gefängnisheften*, in welcher Gramsci grundlegende Gedanken zur Formierung der politischen Kräfteverhältnisse in einer Gesellschaft formuliert:⁵

Das dritte Moment [bei der Formierung politischer Kräfteverhältnisse] ist dasjenige, in dem das Bewußtsein erlangt wird, daß die eigenen ‚korporativen‘ Interessen in ihrer gegenwärtigen und künftigen Entwicklung den ‚korporativen‘ Umkreis, also den der ökonomischen Gruppierung, überschreiten und zu Interessen anderer untergeordneter Gruppierungen werden können und müssen; dies ist die eigentlich ‚politische‘ Phase, die den klaren Übergang von der bloßen Struktur zu den komplexen Superstrukturen bezeichnet, es ist die Pha-

3 Statt des im marxistischen Diskurs üblichen Begriffspaares Basis/Überbau spreche ich im folgenden von Struktur/Superstruktur. Ich folge damit begrifflichen Überlegungen der Herausgeber der deutschen Ausgabe der *Gefängnishefte* (vgl. Gramsci 1991-2002: 3/A213).

4 Das heißt, es geht in der hegemonialen Praxis nicht nur um Vorherrschaft im Sinne der engeren politischen Kräfteverhältnisse, sondern mindestens ebenso im Sinne der kulturellen, moralischen, intellektuellen und letztlich sogar militärischen (im Sinne der militärisch-politischen) Kräfteverhältnisse (vgl. Gramsci 1991-2002: 7/1562-63).

5 Chantal Mouffe (1979b) hat die besondere Bedeutung dieser Passage ausführlich herausgearbeitet.

se, in der die zuvor aufgekeimten Ideologien in Kontakt kommen und in Kontrast treten, bis eine einzige von ihnen, oder zumindest eine einzige Kombination derselben, dazu tendiert, das Übergewicht zu erlangen, sich über das gesamte Gebiet zu verbreiten, über die ökonomische und politische Einheit hinaus auch die intellektuelle und moralische Einheit determinierend, auf einer nicht korporativen, sondern universellen Ebene der Hegemonie einer gesellschaftlichen Hauptgruppierung über die untergeordneten Gruppierungen. Staat-Regierung wird somit aufgefaßt als eigener Organismus einer Gruppierung zur Schaffung des für die maximale Expansion dieser Gruppierung günstigen Terrains, jedoch werden auch diese Entwicklung und diese Expansion konkret als universelle gesehen, das heißt als an die Interessen der untergeordneten Gruppierungen gebunden, als eine Entwicklung instabiler Gleichgewichte zwischen den Interessen der Hauptgruppe und denen der untergeordneten Gruppen, worin die Interessen der Hauptgruppe überwiegen, aber bis zu einem gewissen Punkt, also zumindest nicht bis zum ökonomisch-korporativen Egoismus (Gramsci 1991-2002: 3/496).

Diese Passage ist insbesondere interessant in bezug auf die Subjekte der hegemonialen Praxis. Diese identifiziert Gramsci als Kollektivsubjekte; hier wie auch in anderen Kontexten spricht er von Gruppen oder Gruppierungen, andernorts auch von Klassen. Weiter unterscheidet Gramsci zwei grundlegende Typen solcher Kollektivsubjekte: Er spricht einerseits von den fundamentalen Klassen oder Hauptgruppen, welche die Nuklei von Hegemonien bilden (vgl. Mouffe 1979a: 10); allein diese können im eigentlichen Sinn zu „hegemonialen Subjekten“ werden (Mouffe 1979b: 183). Andererseits aber gibt es alle anderen Gruppen, die im wesentlichen als Verbündete der Hauptgruppen in Erscheinung treten und damit deren hegemoniale Praxis befördern, ohne selbst jedoch zum Nukleus von Hegemonien werden zu können. Die Unterscheidung zwischen diesen beiden Typen von Kollektivsubjekten ist möglich, weil Gramsci (hierin getreu dem marxistischen Diskurs, der den Kontext seiner Artikulationen bildet) den Status einer Gruppe als Hauptgruppe von deren ökonomischer Funktion ableitet. Eine Hauptgruppe ist also eine Gruppe, die einen von zwei entgegengesetzten Polen innerhalb der jeweils vorherrschenden Produktionsweise bildet – innerhalb der für Gramsci relevanten kapitalistischen Produktionsweise sind das Bourgeoisie und Proletariat. Andere Gruppen bzw. Klassen, also etwa die Gramsci besonders interessierenden Bauern, aber auch die Kleinbürger, sind das „Zielobjekt“ hegemonialer Praxis; das heißt sie sind diejenigen, die es zur Sicherung der Hegemonie einer Hauptgruppe im Rahmen des ideologischen Kampfes als (untergeordnete) Verbündete zu gewinnen gilt.

Aus diskurstheoretischer Perspektive muß das Beharren Gramscis auf ökonomisch determinierten, mithin objektiv gegebenen Subjektposi-

tionen im Rahmen des hegemonialen Ringens Widerspruch provozieren – zu sehr steht das Gramscianische Denken damit in Widerspruch zur Dynamik und Ereignishaftigkeit des diskursiven Geschehens, das keine fixen Positionen kennt. Auf diese Problematik im Denken Gramscis, auf die vor allem Laclau/Mouffe aufmerksam gemacht haben (vgl. z.B. Laclau/Mouffe 1985: 69), komme ich weiter unten nochmals zurück.

Allerdings hat sich Gramsci auch schon einen deutlichen Schritt von der ökonomischen Determiniertheit politischer Positionen gelöst: Er macht in der ökonomisch bestimmten Position nur eine Art Kristallisationskern der sich ideologisch formierenden Subjektivitäten aus, denn diese können sich im Zuge des ideologischen Kampfes, das heißt im Zuge der politischen – nicht-ökonomischen! – Praxis der Hegemonie zum Teil wandeln. Damit rückt die zweite oben genannte Fragestellung, jene nach dem ideologisch-diskursiven Prozeß hegemonialer Allianzbildung, in den Fokus. Die eben zitierte, längere Passage stellt heraus, daß es das Übergewicht von Ideologien oder genauer: von Kombinationen von Ideologien ist, welches erfolgreiche Hegemonien in ökonomischer wie politischer, intellektueller wie moralischer Hinsicht auszeichnet. In diesem Zusammenhang wird die vielleicht entscheidende Eigenschaft des Gramscianischen Hegemoniebegriffs offensichtlich: Wenn von Hegemonie die Rede ist, kann es nicht um die Dominanz von nur einer Gruppe und deren Ideologie bzw. Diskurs gehen, Hegemonie bedeutet nicht einfach den „Oktroi“ der eigenen Artikulationsmuster. Vielmehr geht es darum, daß auf der „universellen Ebene der Hegemonie“ diskursiv etwas entsteht, das von unterschiedlichen Gruppen als etwas Gemeinsames verstanden wird. Dieses Gemeinsame bezeichnet Gramsci als eine Kombination von ideologischen Elementen, die sich zunächst mit den einzelnen Gruppen verbunden hatten. Es kommt darauf an, eine kulturell-gesellschaftliche Einheit zu erlangen, „durch die eine Vielzahl auseinanderstrebender Willen mit heterogenen Zielen für ein und dasselbe Ziel zusammengeschweißt werden, auf der Basis einer (gleichen) und gemeinsamen Weltauffassung“ (Gramsci 1991-2002: 6/1335).

Man kann demnach mit Gramsci dann von Hegemonie sprechen, wenn eine breite Vielfalt von Gruppen dahin kommt, eine gemeinsame Weltauffassung zu teilen und gemeinsame Ziele in dieser Welt zu verfolgen. Hegemonie basiert somit einerseits auf einem „widely shared ‚common sense‘“ (Mouffe 1993: 53), andererseits aber auch, und darüber hinausgehend, auf einem wirklich gemeinsamen politischen Willen (vgl. hierzu auch Mouffe 1979b: 190/91). Dieser Hinweis auf die Formierung eines gemeinsamen Willens ist ein entscheidendes Ergebnis der nun vorgenommenen Gramsci-Lektüre.

Im Anschluß an ein Verständnis der Hegemonie als Praxis der Formierung eines gemeinsamen Willens lassen sich mit Gramsci zwei wichtige Aspekte dieser Praxis nochmals auf den Punkt bringen. Dabei geht es zunächst um die allgemeine inhaltliche Ausrichtung von Hegemonien. Nur „historisch organische Ideologien“ – nicht aber rationalistische oder „gewollte“ Ideologien – können einen gemeinsamen Willen organisieren, Menschenmassen organisieren und das Terrain bilden, „auf dem sich Menschen bewegen [und] Bewußtsein von ihrer Stellung erwerben“ (Gramsci 1991-2002: 4/876) – auf dem sie also zu politischen Subjekten werden. Gramsci bezeichnet derartige historisch organische Ideologien auch als „Volksreligionen“, zu denen er vor allem Patriotismus und Nationalismus rechnet (vgl. ebd.: 5/1076, 6/1251). Grundsätzlich zeichnen sich Hegemonien – jedenfalls vor dem Hintergrund moderner Nationalstaaten, auf die sich Gramsci ja vornehmlich bezieht – dadurch aus, daß in ihnen eine Beziehung zum Komplex des „National-Popularen“⁶ hergestellt wird (vgl. z.B. Gramsci 1991-2002: 6/1395); dabei läßt sich das National-Populare wohl am präzisesten mit Hilfe der Lacanschen Terminologie als eine Mischung der symbolischen und der imaginären Dimension von Nation und Volk bezeichnen, das heißt als eine Mischung aus einerseits den zahlreichen, etablierten Symbolformen, die eine Nation und ihr Volk repräsentieren sollen (Flaggen, Hymnen, Landschaften, historische Ereignisse, Personen etc.), und andererseits einem nie erreichbaren, ganzheitlichen Bild von Nation und Volk. Die theoretischen Überlegungen, die im Rahmen dieser Untersuchung zum spezifischen Allgemeinen als notwendigem Bezugspunkt jeder hegemonialen Praxis angestellt wurden, lassen sich als Verallgemeinerung der Gramscianischen Argumentation verstehen. Denn nicht in jedem politischen Diskurs ist das National-Populare der notwendige Bezugspunkt einer Hegemonie, weil nicht jeder politische Diskurs im nationalen Kontext stattfindet und auch nicht in jedem politischen Diskurs „das Volk“ im Sinne der gesamten nationalen Bevölkerung einen Bezugspunkt bildet. Aber in jedem politischen Diskurs gibt es ein Äquivalent zum National-Popularen, jeder Diskurs kennt ein spezifisches Allgemeines, das eben auch eine imaginäre und eine symbolische Dimension hat (wobei die symbolische Dimension mit der imaginären nie wirklich in eine befriedigende Deckung gebracht werden kann). Die hegemoniale Formierung des gemeinsamen Willens ist nur möglich, wenn in der entstehenden hegemonialen Formation der Bezug zum spezifischen imaginären Allgemeinen – welches auch das National-Populare sein kann,

6 Vgl. für die Verwendung des im Deutschen unüblichen Fremdworts „popular“ zur Übersetzung des italienischen „popolare“ Bochmann (1991: 20).

aber auch als National-Populares oft noch Spezifizierungen (ökonomisch, kulturell etc.) erfährt – hergestellt wird.

Ein zweiter wichtiger Aspekt der Hegemonie bezieht sich auf den konkreten Prozeß, im Verlauf dessen sich der gemeinsame Wille formiert. Die Voraussetzung einer solchen Formierung besteht nämlich niemals in einer *tabula rasa*, ein gemeinsamer Wille wird nicht plötzlich aus dem Nichts konstruiert. Vielmehr verhält es sich so, daß sich jeder solche gemeinsame Wille aus unterschiedlichen Elementen zusammensetzt, die ein Ensemble ergeben. Die allermeisten dieser Elemente existieren vor ihrer neuen hegemonialen Artikulation, sie stehen nur in anderen Zusammenhängen, die während des ideologischen Kampfes aufgebrochen werden müssen. Dabei wandeln sich Superstrukturen nur allmählich (vgl. Gramsci 1991-2002: 6/1328): Nur einige diskursive Elemente werden verschoben, nur einige Elemente kommen hinzu oder werden verdrängt, bei anderen ändert sich aufgrund der spezifischen Einbindung ins ideologisch-diskursive Netz die Wertigkeit. Und so bestätigt sich mit Gramsci unsere Überlegung, Hegemonie als diskursives Phänomen zu begreifen. Das Ringen um Hegemonie, das Ringen um den gemeinsamen Willen vollzieht sich also als Prozeß der (Neu-)Anordnung von ideologisch-diskursiven Elementen. Chantal Mouffe hat darauf hingewiesen, daß sich im Denken Gramscis ideologische Kämpfe als Abfolgen kontinuierlicher Disartikulation und Reartikulation manifestieren:

Ideological struggle in fact consists of a process of *disarticulation–rearticulation* of given ideological elements in a struggle between hegemonic principles to appropriate these elements; it does not consist of the elaboration of two already elaborated, closed world-views. Ideological ensembles existing at a given moment are, therefore, the result of the relations of forces between the rival hegemonic principles and they undergo a perpetual process of transformation (Mouffe 1979b: 193/94).

Chantal Mouffe verdeutlicht im Anschluß an Gramsci also, daß die Elemente einer hegemonialen Formation-Formierung nie nur dieser zugeordnet werden, sondern sich eben durch Flexibilität auszeichnen. Dies führt dazu, daß hegemoniale Formationen-Formierungen und hegemoniale Projekte selbst flexibel bleiben, insbesondere weil sie sich in Konkurrenz zu anderen hegemonialen Projekten befinden. Mit dem Verweis auf die Pluralität und die Konkurrenz hegemonialer Formationen-Formierungen, aber auch auf verschiedene Modi der Artikulation – Disartikulation und Reartikulation –, die an die Einrichtung unterschiedlicher diskursiver Beziehungen erinnern, nähern wir uns bereits der Frage, anhand welcher Strategien um Hegemonie gefochten wird. Die Untersu-

chung dieser Frage muß jedoch noch eine Weile zurückgestellt werden (bis zum Kapitel 5). Denn bevor die Frage der Strategien verhandelt werden kann, muß klar sein, worauf genau sie abzielen sollen. Wir sind nun im Anschluß an unsere bisherigen Überlegungen und an die Rekonstruktion von wichtigen Elementen des Gramscianischen Denkens in der Lage, das Ziel – den Erfolg eines hegemonialen Projekts bzw. die Erringung einer Hegemonie – präziser zu erfassen.

4.3 Hegemonie – eine Definition

Ein hegemoniales Projekt kann in dem Ausmaß als erfolgreich bzw. eine Vorherrschaft im Sinne der Hegemonie in dem Ausmaß als erreicht gelten, in welchem im Rahmen einer diskursiven Praxis ein diffuses kollektives Begehren nach dem imaginären Allgemeinen nicht nur durch eine umfassende Forderung zur Behebung des Mangels an Allgemeinem, die auf ein symbolisches Äquivalent des Allgemeinen ausgerichtet ist, konkretisiert wird, sondern in dem diese Forderung als gemeinsamer Wille politisch-gesellschaftlicher Kräfte tatsächlich über längere Zeit Verbreitung findet.

Diese Definition führt die Überlegung, daß in hegemonialen Projekten das kollektive Begehren nach dem Allgemeinen durch eine partikulare, umfassende Forderung repräsentiert wird, zusammen mit dem von Gramsci und Mouffe übernommenen Gedanken, daß von Hegemonien dann gesprochen werden kann, wenn sich ein tatsächlicher gemeinsamer Wille der Betroffenen herausbildet. Außerdem wird die Definition inspiriert von der Überlegung Gramscis, daß die entscheidenden hegemonialen Akteure Gruppen sind. Aus Gründen, die weiter unten ausgeführt werden, spreche ich jedoch nicht von Gruppen, sondern von politisch-gesellschaftlichen Kräften.

Die vorgeschlagene Beschreibung des Phänomens Hegemonie muß in einigen ausführlichen Schritten erläutert werden. Der erste Komplex, den es zu erläutern gilt, ist der Zusammenhang von kollektivem Begehren, partikularer (umfassender) Forderung und gemeinsamem Willen. Damit ist zunächst die Frage danach berührt, wie sich in Diskursen Subjekte und Subjektivität konstituieren; dieser Frage geht der folgende Abschnitt nach (4.4). Anschließend wird erläutert, was unter politisch-gesellschaftlichen Kräften zu verstehen ist, warum und auf welche Weise sie für die Hegemoniebildung von besonderem Interesse sind (4.5). Schließlich komme ich auf einige weitere Aspekte der eben formulierten Definition zu sprechen (4.6).

4.4 Hegemonie und Subjektivierung

Die folgenden Unterkapitel beruhen auf der Überlegung, daß sich aus einem hegemonialen Projekt in dem Maß eine Hegemonie entwickeln kann, in dem ein diffuses kollektives Begehren in einen manifesten gemeinsamen Willen transformiert wird. Um zu erläutern, weshalb das so ist und was bei diesem Prozeß passiert, wird jedoch ein Umweg notwendig sein. Denn es wurde zwar bislang festgestellt, daß in hegemonialen Formationen-Formierungen das kollektive Begehren nach dem imaginären Allgemeinen in der symbolischen Form einer Forderung artikuliert wird, die an einem symbolischen Äquivalent des Allgemeinen ausgerichtet ist. Zu diesen beiden Dimensionen des Imaginären und des Symbolischen muß jedoch, damit eine hegemoniale Formation-Formierung und das hegemoniale Projekt, das mit ihr verwoben ist, tatsächlich als vorherrschend bezeichnet werden können (so daß sich eine Hegemonie ausbildet), eine *performative* Dimension hinzukommen. Das heißt vereinfacht gesprochen nichts anderes, als daß das symbolische Äquivalent des Allgemeinen, das als Möglichkeit, das kollektive Begehren nach dem imaginären Allgemeinen zu stillen, angeboten wird, in dieser Funktion (als symbolisches Äquivalent des Allgemeinen) selbst auch irgendwie „kollektiv“ artikuliert werden muß. Bevor dieses „irgendwie“, das dann zur Begriffsverschiebung vom kollektiven Begehren zum gemeinsamen Willen führt, näher betrachtet werden kann, ist es aber unerlässlich – und hiermit sind wir am Beginn des Umwegs – zu klären, was mit dem Begriff des Performativen gemeint ist. Doch auch diese Erklärung ist nicht unmittelbar zu gewinnen, führt doch der genommene Umweg über das Performative, indem er auf ein Moment des Handelns zu verweisen scheint, mitten in das unübersichtliche Terrain der Beziehung von Diskurs und Subjekt, das zu betreten ich bislang immer wieder aufgeschoben habe. Dieser nicht unkomplizierten Beziehung müssen wir uns im folgenden zuerst zuwenden (4.4.1), anschließend wird das Spezifische der politischen Subjektivität betrachtet (4.4.2). Nach einem kurzen Exkurs, in dem begründet wird, weshalb die Terminologie des Subjekts der in der Politischen Wissenschaft sehr viel stärker verbreiteten Terminologie des Akteurs vorgezogen wird (4.4.3), komme ich auf den Begriff des Performativen und auf die Herausbildung des gemeinsamen Willens zurück (4.4.4).

4.4.1 Subjekt und Diskurs

Neben der Frage nach den Mechanismen und Prozessen politisch-diskursiver Sinnproduktion taucht die Frage danach, wie sich die Sub-

jekte von Diskursen konstituieren und welche Rolle sie in ihnen spielen, immer wieder als zweite zentrale Fragestellung diskurstheoretischer Überlegungen auf (vgl. z.B. Erfurt 1988: 108). Das diskursive Subjekt kann dabei als ein beständiger „cause of puzzlement“ (Hajer 1995: 48) beschrieben werden. Und so kommt dem Problem des Verhältnisses von Subjekt und Diskurs, obwohl es sicherlich kein neues Problem ist, mit großer Regelmäßigkeit hohe Aufmerksamkeit zu; es bildet sozusagen den Kristallisationspunkt für eine relativ beständige diskursive Formation im Diskurs der Diskurswissenschaften (vgl. jüngst verschiedene Beiträge in Keller et al. 2001).

Der Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Subjekt und Diskurs liegen zwei miteinander verwandte Probleme oder Fragenkomplexe zugrunde. Der erste dieser Fragenkomplexe läßt sich auch als eine doppelte Frage nach der Position des Subjektes beschreiben; doppelt, weil sie räumlich danach fragt, ob das Subjekt außerhalb des Diskurses steht und sich damit diesem Diskurs hinzufügt oder ob es in den Diskurs eingeflochten ist, weil sie aber darüber hinaus auch zeitlich fragt, ob das Subjekt dem Diskurs vorangeht oder ob es erst aus dem Diskurs hervorgeht. Beide Fragen verweisen auf einen zweiten Fragenkomplex, in dem im wesentlichen die Problematik der Hierarchie zwischen Subjekt und Diskurs zur Debatte steht: Existiert das Subjekt unabhängig vom Diskurs, nicht aber der Diskurs unabhängig vom Subjekt? Haben Subjekte das Diskursgeschehen in ihrer Hand? Oder geht der Diskurs den Subjekten voran, ist er immer schon da und zwingt sie zu einem bestimmten diskursiven Verhalten? Und ist es letztlich der Diskurs, der die Subjekte erst entstehen läßt, der sie subjektiviert? Haben wir es, mit anderen Worten, mit dem *subiectum* als Zugrundeliegendem zu tun, das spätestens seit Descartes sowohl als Träger von Bewußtsein und Intentionalität als auch als denkende und willentlich handelnde Instanz theoretisiert wird (vgl. Biard 1991: 475; Lorenz 1996: 123)? Oder aber finden wir das *subiectum* als Unterworfenen wieder, dessen Denken, Sprechen und Handeln diskursiv bedingt ist (vgl. zur Gegenüberstellung der beiden Subjektbegriffe z.B. Zima 2000: 3, 87)? Um diese Fragestellungen eingehender zu beleuchten, möchte ich im folgenden zunächst die Stellung des Subjekts im Denken Michel Foucaults und Louis Althusser in Grundzügen rekonstruieren (vgl. zu beiden auch Naumann 2000: 29-38). Dies ist ein guter Ausgangspunkt, weil Foucault und Althusser anscheinend die Freiheit und den Willen des Subjekts negieren, und weil ihre Überlegungen dementsprechend immer wieder äußerst kontrovers diskutiert worden sind. Nach einem anschließenden, kurz gehaltenen Überblick über die regelmäßig vorgebrachten Kritikpunkte werde ich – unter Einbeziehung einiger Überlegungen Ernesto Laclaus – eingehend disku-

tieren, auf welcher Grundlage, in welcher Weise und mit welchen Konsequenzen man das artikulierende Subjekt weiterhin als freies Subjekt begreifen kann und muß.

Michel Foucault behauptete kurz vor seinem Lebensende, das Subjekt sei stets das allgemeine Thema seiner Forschung gewesen (Foucault 1994a[1982]: 243), und in der Tat läßt sich solch eine aus den verschiedensten Perspektiven vorgenommene Beschäftigung mit der Problematik des Subjekts an vielen Stellen seines Werks zeigen (vgl. zu Foucaults Subjektbegriff Saar 2004: 335-338). Wir finden bei Foucault das vom Diskurs subjektivierte Subjekt, das sich nur auf bestimmte, vom Diskurs bereitgestellte Positionen begeben kann (und als solches v.a. in der Frühphase des Foucaultschen Denkens betont wird, vgl. u.a. Foucault 1997[1966]; Foucault 2001[1968]; Foucault 1997[1969]; Foucault 1991[1972]); dann das von den Disziplinarpraktiken vor allem körperlich subjektivierte Subjekt (vgl. v.a. Foucault 1995[1975]; Foucault 1997[1976]);⁷ und schließlich das Subjekt, das sich selbst mit Hilfe von Techniken des Selbst „als Kunstwerk“ subjektiviert (Foucault 1994b[1982]: 274) und sich damit gleichzeitig ein gewisses Autonomiepotential gegen die diskursive und disziplinierende Subjektivierung erhält (vgl. Foucault 1994a[1982]; Foucault 1994b[1982]; Foucault 2000a[1984]; Foucault 2000b[1984]). Daß Foucault im Laufe seiner theoretischen Entwicklung verschiedene Aspekte der (Selbst-)Produktion von Subjekten betonte, hat zu Interpretationen Anlaß gegeben, die eine grundsätzliche Verschiebung von einer „methodologische[n] Vernachlässigung des Subjekts“ beim „archäologischen“ Foucault zur Wiedereinführung eines intentionalen Subjekts in Foucaults späteren Schriften ausmachen (vgl. z.B. Hildebrandt 2001: 99-102, 110). Richtiger scheint es aber zu sein, von einer perspektivischen und graduellen Verschiebung auszugehen; Extrempositionen lassen sich bei Foucault nicht finden. So konzeptionierte Foucault zu keinem Zeitpunkt seines Schreibens (auch nicht in seiner „Spätphase“) das Subjekt als Ursprung souveränen, willentlichen und intentionalen Handelns; ebenso wenig aber verstand er (auch nicht in seiner „Frühphase“) das Subjekt im Sinne eines radikalen Strukturalismus als bloßen Spielball von Diskursen oder Disziplinen (vgl. McHoul/Grace 1993: 91; Saar 2004: 335). Foucaults Intention war es sicherlich nicht, das Subjekt grundsätzlich als theoretische Konzepti-

7 Vor allem in *Überwachen und Strafen* (Foucault 1995[1975]) legt Foucault äußerst detailliert dar, wie die menschlichen Körper ab dem 17. Jahrhundert zunehmend räumlich und zeitlich klassifiziert, ihre Bewegungsabläufe seziert und wieder zusammengesetzt wurden und schließlich die Koordination mehrerer Körper minutiös geregelt wurde; all das mit dem disziplinarischen Ziel, Körper verfügbar und produktiv zu machen.

on „abzuschreiben“, sondern es ging ihm in seinen archäologischen Schriften eher um das sehr viel bescheidenere Unterfangen, gegen die Extremposition eines souveränen, sich selbst transparenten, die Diskurse steuernden Subjekts Stellung zu beziehen. Am deutlichsten wird dies vielleicht in einem Aufsatz aus dem Jahr 1968 (also zwischen *Die Ordnung der Dinge* und *Archäologie des Wissens*), in dem sich Foucault mit der an ihn gestellten Frage auseinandersetzt, welche Möglichkeiten politischer Intervention es angesichts des von ihm postulierten „Systemzwangs“ überhaupt noch gebe; Foucault stellt in diesem Text klar:

Mir geht es darum, zu zeigen, dass es nicht auf der einen Seite unbewegliche Diskurse gibt, die mehr als halbtot sind, und dann auf der anderen Seite ein allmächtiges Subjekt, das sie manipuliert, sie umwälzt, sie erneuert, sondern dass die diskurrierenden Subjekte Teil eines diskursiven Feldes sind – hier finden sie ihren Platz (und ihre Möglichkeiten der Deplatzierung), ihre Funktion (und ihre Möglichkeiten funktioneller Wandlung). Der Diskurs ist nicht der Ort eines Einbruchs purer Subjektivität; er ist für Subjekte ein Raum differenzierter Positionen und Funktionen (Foucault 2001[1968]: 867).

[Ich möchte] das Thema eines souveränen Subjekts wieder infrage [sic!] stellen, das von außen die Unbeweglichkeit des linguistischen Codes mit Leben erfüllte und im Diskurs die unauslöschliche Spur der Freiheit hinterließ; das Thema der Subjektivität wieder in Frage stellen, die die Bedeutungen konstituierte und in den Diskurs übertrüge. Diesen Themen möchte ich die Erkundung der von den verschiedenen „diskurrierenden“ Subjekten ausgeführten Rollen und Operationen entgegensetzen [...] (ebd.: 872).

Foucault beabsichtigt demnach nicht, das Subjekt auszublenden, sondern es geht darum, die traditionelle Hierarchisierung, nach der einerseits freie und souveräne Subjekte den Diskurs nach Belieben zu lenken vermögen, nach der aber andererseits das diskursive Geschehen die Subjekte unberührt ließe, grundsätzlich in Frage zu stellen. Das Subjekt verschwindet bei Foucault keineswegs (auch nicht in den archäologischen Schriften), aber es wird der diskursiven Gewalt ausgesetzt, seine Freiheit wird eine diskursiv bedingte Freiheit, und somit kann es auch nicht länger ein souveränes Subjekt sein. Im wesentlichen geht es Foucault dabei um zwei Überlegungen: Erstens befinden sich Bedeutungen und Sinn von Äußerungen bzw. von Artikulationen nicht in der völligen oder alleinigen Gewalt der Subjekte, weil sie sich relational jeweils in diskursiven Momenten herausbilden. Dies wurde in Bezug auf die Autorfunktion bereits im zweiten Kapitel ausführlich diskutiert. Zweitens aber sind die Subjekte selbst in die Relationen des Diskurses eingeflochten: Diskurse stellen Individuen – und auch Gruppen – nur bestimmte Positionen zur

Verfügung, von denen aus sie als Subjekte sprechen und bestimmte Funktionen übernehmen können. Diese Subjektpositionen aber stehen in Abhängigkeit zueinander und zu den Formationen diskursiven Sinns. Individuen sprechen in verschiedenen diskursiven Kontexten von unterschiedlichen Subjektpositionen aus, weshalb das Subjekt nicht in seiner Einheitlichkeit, sondern im Zuge seiner Dispersion über diese verschiedenen Positionen Kontrast gewinnt. „Kurz gesagt“, schreibt Foucault in der *Archäologie*, „ich habe das Problem des Subjekts nicht ausschließen wollen, sondern die Positionen und Funktionen definieren wollen, die das Subjekt in der Verschiedenheit der Diskurse einnehmen konnte“ (Foucault 1997[1969]: 285).

Mit diesem Beharren auf der diskursiven Fundiertheit von Subjekten und ihrer notwendigen Dispersion in Subjektpositionen gehen drei Folgerungen *nicht* einher, die man dem Foucaultschen Subjektverständnis gerne vorhält: Erstens ist es nicht so, daß das diskursive Subjekt nichts „Neues“ artikulieren könnte, weil alles von den diskursiven Strukturen determiniert wäre. Aber es ist von dem immer schon etablierten Diskurs, im Rahmen dessen man artikuliert, abhängig, ob ein Subjekt im Zuge einer „neuen“ Artikulation zum Beispiel als Erfinder, Philosoph, Ketzer oder Freak auftritt (d.h. diese Subjektposition einnehmen kann). Zweitens geht – trotz der Formulierungen über das Ende des Menschen in *Die Ordnung der Dinge* – mit Foucaults Konzeptionierung des Subjekts keineswegs eine Leugnung menschlicher Individuen einher. Vielmehr ist es so, daß „ein einziges Individuum nach und nach in einer Folge von Äußerungen verschiedene Positionen und die Rolle verschiedener Subjekte einnehmen kann“ (Foucault 1997[1969]: 136); das Individuum bzw. das emergierende Subjekt ähnelt allen anderen diskursiven Elementen, insofern es erst Bedeutung erhält, indem es eine (Subjekt-)Position in Relation zum übrigen Geschehen einnimmt und so in Relation zum Artikulationsgeflecht Sinn produziert. Mit anderen Worten: Das bloße Individuum wäre positions- und funktions-, bedeutungs- und sinnlos; als solches ist es aber nur eine theoretische Größe. Empirische Individuen treten immer auf Subjektpositionen auf und sind damit diskursiv eingebundene und sinnhafte Individuen bzw. Subjekte (vgl. auch Bublitz et al. 1999: 13). Drittens ist es auch nicht Foucaults Bestreben, in Abrede zu stellen, daß Individuen den physischen Ausgangspunkt von Äußerungen oder Artikulationen bilden, sei es als Autor, als Sprecher oder in einer anderen Form – nur daß der Autor einer Formulierung eben weder substantiell noch funktional mit dem Subjekt einer Aussage identisch ist (vgl. Foucault 1997[1969]: 138). „Eine Formulierung als Aussage zu beschreiben besteht nicht darin, die Beziehungen zwischen dem Autor und dem, was er gesagt hat (oder hat sagen wollen oder, ohne es zu wollen, gesagt hat) zu analysieren; son-

dern darin, zu bestimmen, welche Position jedes Individuum einnehmen kann und muß, um ihr Subjekt zu sein“ (ebd.: 139).

Mit Foucault ist also das Diskursgeschehen keine abhängige Variable einer immer schon vorhandenen und daher grundlegenden Konstante (oder auch einer unabhängigen Variable) „Subjekt“ (vgl. auch Dreisholtkamp 1998: 397), vielmehr konstituiert sich das Subjekt überhaupt erst vor dem Hintergrund immer schon vorhandener Diskurse und im Zuge seiner diskursiven Aussagen bzw. Artikulationen. Ganz ähnlich argumentiert auch Louis Althusser, der allerdings die Subjektivierung als spezifische Eigenschaft des ideologischen Diskurses oder der Ideologie ausmacht. Mit der Relation zwischen ideologischem Diskurs und Subjekt/Subjektivierung setzte sich Althusser in seinem Aufsatz „Ideologie und ideologische Staatsapparate“ und in der postum unter dem Titel *Sur la reproduction* (Althusser 1995) erschienenen Langfassung dieses Aufsatzes auseinander. Althusser hebt dabei hervor, daß zwischen Subjekt und ideologischem Diskurs eine Beziehung *gegenseitiger Abhängigkeit* besteht. So existiert Ideologie nur in Subjekten, und gleichzeitig existieren alle konkreten Subjekte nur, insofern sie durch die Ideologie konstituiert werden (vgl. ebd.: 223). Kein Subjekt steht außerhalb des ideologischen Diskurses. Wo Cassirer in Anlehnung an aristotelisch-thomistische Vorbilder den Menschen als symbolisches Lebewesen konzeptioniert hatte (vgl. Cassirer 1960[1944]: 40, siehe auch 3.1), spricht Althusser, um den engen Zusammenhang zwischen Ideologie und Subjekt zu verdeutlichen, auch davon, daß „l'homme est par nature un animal idéologique“ (Althusser 1995: 223). Die gegenseitige Abhängigkeit von Ideologie und Subjekt beruht auf einem Vorgang, den Althusser „ideologische Anrufung“ nennt: Indem der ideologische Diskurs Individuen anruft, indem er ihnen qua Anrufung bestimmte Subjektpositionen und Subjektivitäten zur Verfügung stellt, „rekrutiert“ er sie als Subjekte (vgl. ebd.: 226). Die Trennung von „nicht subjektivierten“ Individuen (vor der Anrufung) und Subjekten, die in einer solchen Formulierung nahezu liegen scheint, weist Althusser jedoch in aller Entschiedenheit zurück und beharrt auf einer konkreten Gleichzeitigkeit: Es gibt keinen Ort und keine Zeit außerhalb des ideologischen Diskurses, an dem „bloße“, nicht subjivierte Individuen existieren – konkrete Individuen sind immer schon auch konkrete Subjekte. Selbst dann, wenn sie noch nicht geboren sind, sind Kinder schon subjiviert, das heißt sie sind dann bereits sinnhafte und nicht bloße Individuen (als Baby, als Thronfolger, als Bastard, als Junge, als Mädchen etc.). Somit ist die Kategorie des (nicht subjivierten) Individuums eine rein abstrakte Kategorie (vgl. ebd.: 228). Wir können also mit Althusser drei zusammenhängende Punkte festhalten: Erstens treten Menschen, auch wenn die (körperliche) Existenz

als Individuum unabdingbare Bedingung der Subjektivität ist („bien qu'il n'y ait [...] de sujet que supporté par un individu concret“; ebd.: 226), immer als schon Subjektivierte, als Subjekte auf. Zweitens ist nach Althusser diese Subjektivierung ein Effekt der Ideologie oder des ideologischen Diskurses. Drittens aber existiert auch der ideologische Diskurs selbst nur durch und für die Subjekte (vgl. ebd.: 223), es besteht also eine Art Gleichursprünglichkeit von Diskurs und Subjekt.

Sowohl die Betrachtung des Subjekts bei Foucault als auch bei Althusser bestätigt also ein Diktum Jacques Lacans, nach dem es dem Strukturalismus⁸ nie um die Negation des Subjekts ging, sondern darum, die Abhängigkeit des Subjekts zu verdeutlichen (vgl. Lacan in einem Wortbeitrag in der Diskussion von Foucaults „Was ist ein Autor?“-Vortrag, abgedruckt in Foucault 2001[1969]: 1041). Die Diskurstheorie, die sicherlich im Strukturalismus einen ihrer Ahnen hat, beharrt in ähnlicher Weise lediglich darauf, daß es keinen Subjektivitätsraum geben kann, der vom Raum der Diskursivität abgeschottet ist (vgl. auch Link 1986: 6).

Dieses Postulat einer Abhängigkeit des Subjekts, die eben auf seiner Eingebundenheit in den Diskurs beruht, genügt jedoch, um gerade für die Politische Theorie in verschiedenster Hinsicht eine beunruhigende Wirkung zu erzielen, weil es der Intuition zu widersprechen scheint, daß sich „im unbefangenen Blick auf das politische Geschehen schon von selber zeigt, wie präsent und dominant Subjekte gerade hier agieren“ (Gerhardt 1987: 205); weil es, mit anderen Worten, den Status eines aktiv handelnden Subjekts sowie die für das politische Handeln zentralen Attribute der Freiheit, der Intentionalität und der Verantwortung in Frage zu stellen scheint (vgl. für verschiedene Aspekte dieser Kritik z.B. Gerhardt 1987; Hajer 1995: 52-55; Zima 2000). Wenn dabei Althusser feststellt, daß nicht nur Subjekte von Diskursen, sondern auch Diskurse von Subjekten abhängen, kann dies die Beunruhigung kaum mindern, weil dies die Diagnose, daß gerade Althusser „die Freiheit des individuellen Subjekts [...] auf undialektische Weise negier[e]“ (Zima 2000: 18), keineswegs nichtig werden läßt.

Man könnte den Kritikern nun antworten, daß jedes Subjekt, das sich als freies, intentionales und/oder verantwortliches Subjekt begreift, bereits einer ideologischen Anrufung im Sinne Althussters folge (dieses Argument findet sich z.B. bei Žižek 2001: 354) – aber dieses Argument

8 Sofern man denn den „archäologischen“ Foucault als Strukturalisten verstehen will: Er hatte zwar in der *Archäologie des Wissens* selbst mit diesem Etikett kokettiert (Foucault 1997[1969]: 21), es aber nahezu zeitgleich abgelehnt, seine Arbeiten als strukturalistisch zu bezeichnen, zum Beispiel in einem Interview mit Paolo Caruso (vgl. Foucault 2001[1967/69]: 772/73).

klingt doch zu sehr nach einem Ausweichmanöver. Die genannten Einwände sind zu grundlegend, zu ernst und zu hartnäckig, als daß man sie mit einem derartigen, nicht falsifizierbaren „Totschlagargument“ einfach beiseite schieben könnte. Geeigneter erscheint mir stattdessen folgende Entgegnung in zwei Schritten.

Zuerst möchte ich nochmals ein Argument bekräftigend reformulieren, welches sowohl von Foucault als auch von Althusser in der einen oder anderen Form vorgebracht wurde: Man muß dezidiert unterscheiden zwischen einem physischen Individuum einerseits und dem Subjekt einer Artikulation andererseits (vgl. zu dieser Unterscheidung auch Zima 2000: 8). Im zweiten Kapitel wurde ausführlich dargestellt, daß die Diskurstheorie keineswegs (wie manchmal etwas plump angenommen wird, vgl. z.B. Bhaskar in Bhaskar/Laclau 1998) radikal-konstruktivistisch davon ausgeht, es gebe keine Gegenständlichkeit jenseits des Diskurses; vielmehr ist es die grundlegende Überlegung der Diskurstheorie, daß die gegenständliche Welt erst dann, wenn sie artikuliert bzw. diskursiv differenziert wird, als sinnhafte objektive Welt erscheint. Analog hierzu konstituieren sich auch Subjekte als sinnhafte Individuen nur, weil sie wie alle diskursiven Elemente zu anderen diskursiven Elementen – auch zu anderen Subjekten! – in Relation treten (eine Schülerin ist Schülerin nur in Relation zum Schüler und zur Lehrerin, aber auch zum diskursiven Element „Belehrung“ etc.; Cicero ist Cicero nur in Relation zu Aristoteles, Verres, Catilina, aber auch zu den diskursiven Elementen „Philosophie“, „Republik“, „homo novus“, „Amt des Konsuls“ etc.; Ludwig Erhard ist Ludwig Erhard nur in Relation zu Franz Oppenheimer, Alfred Müller-Armack, Konrad Adenauer, aber auch zu den diskursiven Elementen „Reichswirtschaftsministerium“, „Währungsreform“, „Soziale Marktwirtschaft“, „Amt des Bundeswirtschaftsministers“ etc.). Zwar ließe sich die Existenz physischer menschlicher Individuen als Diskurs-träger sicherlich als eine immanente Bedingung der Möglichkeit von Diskursen verstehen, in dem Sinne, daß, wie es Reiner Keller (1998: 40; 2001: 133) ausdrückt, Diskurse nicht für sich selbst sprechen (obwohl man vielleicht präziser sagen müßte, daß sie nicht aus sich selbst heraus sprechen). Ein bloßes physisches Individuum aber ist in der Tat, wie bereits Althusser formulierte, gleichzeitig eine bloße theoretische Größe, der wir in der Realität nie begegnen. Individuen erscheinen immer als mit Sinn versehene, differente und spezifische Individuen, und damit erst in Diskursen als Subjekte. Kurz: Beide, sowohl Diskurse als auch Subjekte, konstituieren sich in Abhängigkeit voneinander im Zuge von Artikulationen (als deren immanente Bedingung der Möglichkeit die Existenz physischer Individuen gelten mag). Diskurse halten Subjektpositionen als jene Orte bereit, an denen Individuen als Subjekte in den

Diskurs sinnhaft eintreten können, indem sie artikulieren; mit ihren Artikulationen erscheinen Subjekte aber nicht nur im Diskurs, sondern sie spinnen wiederum den Diskurs und dabei auch die Relationsnetze von Subjektpositionen fort, die wiederum als mögliche Orte der Subjektivierung angeboten werden. *Diskurse und Subjekte können somit als gleichursprünglich gelten.* Daß sich Individuen qua Subjektivierung wie diskursive Elemente verhalten, ist äußerst bedeutsam, denn nur so läßt sich erklären, daß sich zwischen ihnen – wie zwischen allen diskursiven Elementen – außer den Differenzbeziehungen auch Äquivalenz- und (antagonistische) Kontraritätsbeziehungen herausbilden (siehe hierzu 2.3), die genau genommen zwischen physischen „bloßen Individuen“ unmöglich sind: Letztere wären als „gleiche“ Individuen identisch (und nicht äquivalent) und würden somit aufhören, als differente Einheiten zu existieren; als „konträre“ Individuen wären sie reale Gegensätze, wobei zum Beispiel die räumliche Gegenwart des einen die Gegenwart des anderen verunmöglichen würde. Die diskursive Subjektivierung der Individuen aber gestattet auch Äquivalenz- und Kontraritätsbeziehungen, wodurch sowohl zentrale soziale und politische Mechanismen wie Repräsentation und institutionalisierter Konflikt als auch die Herausbildung politischer Hegemonien erst möglich werden (vgl. hierzu Laclau 1979: 176-181; Laclau/Mouffe 1985: 122-131).

Wenn sich Subjekte nur im Zuge von Artikulationen konstituieren, so heißt das auch, daß man sie als temporalisierte Subjekte denken muß, die durch Artikulationen immer eine kleine differentielle Verschiebung erfahren, weil sie sich in eine neue Relation eingebunden finden. Somit kann das Subjekt auf einer Zeitachse in der Tat über sehr verschiedene (aber auch recht ähnliche) Subjektpositionen verstreut sein, ohne daß sich deshalb der physische Träger des Diskurses – das Individuum, das immer nur als subjektiviertes Individuum auftritt – im Zuge dieser Verstreuerung jeweils grundlegend oder schlagartig verändern würde.⁹ Mithin entsteht Subjektivität immer aufs Neue als verstreute und diskursive Subjektivität; Positionen, die Subjekte als apriorisch konstituierte, in

9 Hierzu zwei Anmerkungen: Erstens ist die Physis selbst sicherlich nicht per se gegeben, sondern wird immer auch sinnhaft erfaßt, ohne daß dieses Problem hier ausführlich diskutiert werden könnte (vgl. hierzu ausführlich Butler 1999[1990]). Zweitens sind sehr viele politische Subjekte – um diese geht es hier ja vornehmlich – Gruppensubjekte (Parteien, Verbände, Institutionen etc.), bei denen sich das Problem der „Physis“ ohnehin in einer ganz anderen Weise stellt. Auch dieses Problem kann hier nicht eingehend erläutert werden, aber es wäre vielleicht denkbar, hier auf Statuten, Satzungen, Grundsatzprogramme und ähnlich langlebige Sinninformationen in Analogie zur Physis zu rekurrieren.

sich ruhende und einheitliche Konstanten konzeptionieren, die von außen in Diskurse intervenieren, sind nicht haltbar.¹⁰

In der Entgegnung auf die Kritiker der Foucaultschen und der Althusserischen Auffassung zur Stellung des Subjekts wurde nun in einem ersten Argumentationsschritt nochmals verdeutlicht, daß als Subjekt das sinnhaft verortete Individuum auftritt. Dieser Auftritt wird dadurch er-

10 Insofern muß auch die von Gramsci vorgenommene Unterscheidung in Hauptgruppen und untergeordnete Gruppen – ebenso wie die ökonomische Fundierung dieser Kategorien – kritisch betrachtet werden. Denn Gramsci bindet den Status des hegemonialen Subjekts, das heißt des Subjekts, das Verbündete um sich schart, wie auch des „hegemonialisierten“ Subjekts, das heißt des Subjekts, das zum Verbündeten wird, an eine der hegemonialen Praxis vorgängige und objektiv (durch eine ökonomische Produktionsweise) gegebene Position. Er bleibt auf diese Art und Weise dem marxistischen Ökonomismus, obwohl er ihn kritisiert, letztlich doch verbunden, weil die Subjekte nach Gramsci – wie nach Engels – „in letzter Instanz“ maßgeblich durch das Ökonomische determiniert bleiben (vgl. Laclau/Mouffe 1985: 69). Diese letztinstanzliche Verwurzelung des Gramscianischen Hegemoniebegriffs im Ökonomischen wurde auch von Chantal Mouffe zunächst verteidigt (Mouffe 1979b), ehe sie später (an der genannten Passage, Laclau/Mouffe 1985: 69) zum Gegenstand einer Gramsci-Kritik wurde. Die ökonomische Determinierung engt zum einen die analytische Anwendbarkeit des Hegemoniebegriffs ein: Indem Gramsci verschiedene Hauptgruppen – allen voran Bourgeoisie und Proletariat – als mögliche hegemoniale Subjekte konzeptioniert, öffnet er das Konzept der Hegemonie, das ja ursprünglich nur für eine proletarische Strategie gebraucht wurde, ein Stück weit für eine formale Verwendung. Indem jedoch die Subjektivitäten der in der hegemonialen Praxis artikulierenden Individuen an eine bestimmte prädiskursive Struktur – die ökonomische – gebunden werden, wird die Anwendbarkeit der Begrifflichkeit der Hegemonie für einen Großteil politischer Diskurse ausgeschlossen, zum Beispiel all jener Diskurse, in denen Individuen aufgrund ihres Alters, ihrer familiären Position (als Eltern, Kinder etc.), ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Ethnizität, aber auch als Immobilienbesitzer, als Autofahrer, als Raucher usw. subjektiviert werden. Zum anderen aber steht es eben vor allem in einem fundamentalen Gegensatz dazu, daß sich Subjekte immer erst durch die Einnahme bestimmter Subjektpositionen – also auch diejenigen der „Hauptgruppe“ und des „untergeordneten Verbündeten“ – konstituieren. Aufgrund der konstitutiven Unabgeschlossenheit des diskursiven und damit des sozialen Raums (vgl. auch Laclau 1990: 89-92) läßt sich vor dem Stattfinden diskursiver Ereignisse weder in grundsätzlicher Weise absehen, welche Arten von Subjektpositionen zur Verfügung stehen (eine Hegemonie erfordert nicht unbedingt ein hegemoniales Subjekt!), noch, welche Art von Subjekten im Zuge hegemonialer Praxis auftreten (Klassen, Parteien, Verbände, Ad-hoc-Interessengruppen, oder sogar Individuen), noch, aufgrund welcher Artikulationsmuster es zur diskursiven Konstituierung von Gruppensubjekten kommt (daß Gramsci ökonomische Artikulationsmuster betont, ist sicher seiner Verortung im marxistischen Diskurs geschuldet).

möglichst, daß Diskurse Subjektpositionen bereithalten, über die sich Individuen in sie „einklinken“ können. In Abhängigkeit vom diskursiven Kontext können Individuen dabei mehrere unterschiedliche Positionen einnehmen und ähneln daher insofern diskursiven Elementen, deren spezifischer Sinn ja ebenfalls variabel und kontextabhängig ist. Anhand eines zweiten Argumentationsschrittes kann nun gezeigt werden, daß dieses im Diskurs fundierte Subjektverständnis – entgegen den Befürchtungen der Kritiker – der Freiheit des Subjekts nicht entgegensteht. Der Grund hierfür wird offensichtlich, wenn man sich vor Augen hält, daß Subjektpositionen in einer zweifachen Relation zu diskursiven Artikulationen stehen. Zum einen (re-)artikuliert der Strom von Artikulationen, mithin der Diskurs, kontinuierlich verschiedene Subjektpositionen und deren Verhältnis zueinander; damit geht häufig auch eine Zuordnung von Individuen oder Gruppen auf bestimmte Subjektpositionen einher (etwa wenn Sozialdemokraten als „vaterlandslose Gesellen“ artikuliert werden). Zum anderen aber sind es die von den diskurstragenden Individuen bewerkstelligten *Akte der Artikulation*, mit denen diese an bestimmten Positionen in den Diskurs eintreten und ihn wiederum fort-schreiben (oder -sprechen). Es muß dabei keineswegs so sein, daß emergierende Subjekte und Artikulationen einander zugerechnet werden können (Orte der Verantwortung für Artikulationen werden diskursiv generiert). Auf dieser Stufe des Arguments geht es vielmehr um Aggregatsgrößen: Subjekte – oder um genauer zu sein: Individuen, die aber immer schon als Subjekte in Erscheinung treten und Teil eines fortwährenden Subjektivierungsprozesses sind – performieren Akte der Artikulation und halten damit Diskurse in Bewegung. Mit dem Moment des artikulatorischen Aktes verbinden sich also der (teil-)aktive Status und die Freiheit des Subjekts.¹¹ Allerdings muß man den Grund, die Art und die Konsequenzen dieser Freiheit sehr sorgfältig und differenziert betrachten.

Zunächst zum Grund der Freiheit des Subjekts: Einerseits kann sie nicht aus einem reinen, vom Diskurs unberührten Raum des Ich herrühren, weil das Subjekt, wie eben dargestellt, immer Teil des Diskurses

11 Ich konzentriere mich hier auf die Frage der Freiheit und diskutiere die Problematiken der Intentionalität und der Verantwortung nicht explizit. Dies läßt sich aus diskurstheoretischer Sicht in bezug auf die Intentionalität damit begründen, daß Intentionen immer in Relation zur sinnhaften Welt entworfen werden und damit fraglos dem Diskurs entstammen und diskursiv artikuliert werden müssen. In bezug auf die Verantwortung läßt sich zum einen argumentieren, daß sie auf Freiheit beruht, daß ihr aber zum anderen immer eine diskursive Artikulationssequenz, die einen bestimmten zu verantwortenden Sinnzusammenhang generiert, zugrunde liegt.

ist.¹² Andererseits ist der Akt der Artikulation, dieser Moment der Freiheit, nicht nur von Strukturalität, sondern immer auch von Ereignishaftigkeit und Kontingenz gekennzeichnet (siehe 2.1.3) und baut daher nicht zur Gänze auf dem im Diskurs bereits Vorhandenen auf. Der Ort des Subjekts scheint daher paradoxerweise gleichzeitig innerhalb und außerhalb des Diskurses zu liegen – und seine Freiheit gleichzeitig vom Diskurs auszugehen und auch nicht. Ernesto Laclau nähert sich diesem Paradox unter Verweis auf die konstitutiv mangelhafte Natur des Diskurses. Wie ausgeführt, kann ein Diskurs nur in Bewegung sein, wenn seine Grenzen unsicher sind und damit die relationale Identität der diskursiven Elemente nicht völlig fixiert ist. Die kleinsten Einheiten von Diskursen, die Artikulationen, hängen davon ab, daß die diskursiven Strukturen niemals endgültig etabliert und völlig fixiert sind – völlig fixe Differenzen ließen sich nicht artikulatorisch verschieben und es käme kein Diskurs zustande. Diese Bedingung der Möglichkeit von Diskursen bringt es zwangsläufig mit sich, daß kein diskursives Element jemals völlig determiniert und daß kein Diskurs jemals „vollständig“ etabliert werden kann. Weil also ein Diskurs, um überhaupt zu existieren, nie ganz „bei sich“, niemals mit sich identisch sein kann, spricht Laclau in diesem Zusammenhang von einem konstitutiven Mangel von Diskursen und gibt diesem Mangel den Namen der Dislozierung.¹³ Der konstitutive Mangel des Diskurses ist der Grund der Freiheit, er bildet den Ort des (freien) Subjekts (vgl. z.B. Laclau 1990: 210; Laclau/Zac 1994: 27), das damit in der Tat durch seine Anwesenheit als Mangel gleichzeitig im Diskurs und nicht im Diskurs steht. Mit Hannelore Bublit, die jedoch eher an Foucault anschließt, könnte man in ganz ähnlicher Weise formulieren, daß „[d]ie Unabgeschlossenheit und Diskontinuität diskursiver Prozesse [...] das Subjekt als handelndes, das von Diskursen durchdrungen wird, wieder ein[setzt]“ (Bublit 2001: 255).

Die folgende Erläuterung verdeutlicht diesen Punkt und legt zugleich die besondere Art der Freiheit des Subjekts dar: Der Diskurs ist aufgrund seiner Dislozierung offen für das Ereignis und damit für Kontingenz – eben weil die diskursive Strukturalität nicht ungebrochen ist, wodurch wiederum offensichtlich ist, daß kein diskursives Element notwendigerweise in genau der Weise artikuliert werden muß, in der es ar-

12 Damit fügt das freie Subjekt dem Diskurs auch nichts hinzu, was im strengen Sinne vormalig nicht-diskursiv gewesen wäre, also einer völlig separierten anderen, nicht-diskursiven Sphäre entstammen würde.

13 Vgl. zum Begriff der Dislozierung v.a. den Aufsatz „New Reflections on the Revolution of Our Time“ im gleichnamigen Band (Laclau 1990: 3-85); vgl. für eine kurze Zusammenfassung des Theorems der Dislozierung auch Laclau (1996b: 54).

tikuliert wird. „[D]islocation is the trace of contingency within the structure“, wie es Laclau (1996b: 54) formuliert. Die Struktur des Diskurses weist sozusagen immer wieder Brüche und Lücken auf, aber nicht nur das – darüber hinaus geht aus der Struktur nicht hervor, auf welche Weise die Lücken mit der nächsten Artikulation zu überbrücken wären. Insbesondere offerieren Diskurse immer wieder konkurrierende und widersprüchliche Subjektpositionen. Und doch ist es in sozialen diskursiven Zusammenhängen unausweichlich, daß es immer wieder aufs Neue zur nächsten Artikulation und zur nächsten Rekrutierung als Subjekt kommt. In Anlehnung an die Begrifflichkeit des Denkens der Dekonstruktion kann man hier von einer Situation der Unentscheidbarkeit sprechen, die als solche gleichwohl immer eine „unmögliche Entscheidung“ einfordert.¹⁴ Allerdings: Es handelt sich zwar um eine grundlegende, ja eine radikale Unentscheidbarkeit, nicht aber (oder fast nie) um eine allumfassende Unentscheidbarkeit in dem Sinne, daß *völlig* offen wäre, wie eine Entscheidung ausfallen könnte – denn jede Entscheidung findet ja in einem diskursiven Kontext statt. Die Relation zwischen Unentscheidbarkeit und Diskurs beruht demnach auf Gegenseitigkeit: Unentscheidbarkeit macht sich in den diskursiven Strukturen bemerkbar, gleichzeitig aber wirken letztere auf Situationen der Unentscheidbarkeit zurück und limitieren sie auf einen jeweils kleinen diskursiven Raum (vgl. Laclau 1996b: 57). Typisch hierfür ist jede Situation, in der zwar bestimmte Alternativen gleichwertig erscheinen und keine diskursiv etablierte Regel zur Auswahl existiert (Situation der Unentscheidbarkeit), in der aber gleichzeitig eben genau diese bestimmten Alternativen die Unentscheidbarkeit ausmachen und keine anderen (Beschränkung der Unentscheidbarkeit durch die diskursiven Strukturen). Maßgeblich in unserem Zusammenhang ist nun jedoch – völlig unabhängig von der Frage, inwieweit die Unentscheidbarkeit eine begrenzte ist oder nicht –, daß in Situationen der Unentscheidbarkeit nichtsdestotrotz Entscheidungen erforderlich sind. Dabei offenbart sich eine eigen-

14 Besonders prominent ist die Begrifflichkeit der Unentscheidbarkeit in Jacques Derridas *Gesetzeskraft*, wo er sie im Zusammenhang rechtsphilosophischer Überlegungen verdeutlicht: „Das Unentscheidbare ist nicht einfach das Schwanken oder die Spannung zwischen zwei Entscheidungen, es ist die Erfahrung dessen, was dem Berechenbaren, der Regel nicht zugeordnet werden kann, weil es ihnen fremd ist und ihnen gegenüber ungleichartig bleibt, was dennoch aber – dies ist eine Pflicht – der unmöglichen Entscheidung sich ausliefern und das Recht und die Regel berücksichtigen muß. Eine Entscheidung, die sich nicht der Prüfung des Unentscheidbaren unterziehen würde, wäre keine freie Entscheidung, sie wäre eine programmierbare Anwendung oder ein berechenbares Vorgehen“ (Derrida 1996[1990]: 49/50).

tümliche Distanz zwischen Unentscheidbarkeit auf der einen und notwendiger Entscheidung auf der anderen Seite. Es ist diese eigentümliche Distanz, die den Auftritt eines Subjekts hervorruft, welches sich konstituiert, indem es die Distanz, den Bruch im Diskurs immer aufs Neue und in letztlich nie befriedigender Weise überbrückt (vgl. Laclau 1990: 30; Laclau 1996a: 92). Die vom Individuum – oder auch einer Gruppe – getroffene Entscheidung, die im artikulatorischen Akt zum Ausdruck kommt, steht in doppelter Beziehung zum Subjekt: In dem Moment, in dem Individuen/Gruppen eine Entscheidung treffen, sind sie selbst immer schon Subjekte. Zum einen also fallen Individuen Entscheidungen als Subjekte, indem sie in Situationen der Unentscheidbarkeit in dieser und nicht in jener Weise artikulieren, wodurch sie diese und nicht jene Subjektposition einnehmen. Zum anderen aber ist mit jeder Entscheidung auch die Rekonstituierung des Subjekts, seine Neuwerdung, verbunden, das heißt das Subjekt entsteht – in einem nie abgeschlossenen Prozeß immer wieder aufs Neue – an der Lücke zwischen Unentscheidbarkeit und Entscheidung. Somit können wir die Art der Freiheit des diskursiven Subjekts wenigstens grob auf den Punkt bringen: Die Freiheit, die das diskursive Subjekt gleichzeitig konstituiert und auszeichnet, ist die Freiheit zur Entscheidung angesichts strukturell-diskursiver Unentscheidbarkeit.

Diskursiv spiegelt sich die Notwendigkeit zur Entscheidung in der Notwendigkeit, zu einer bestimmten Zeit eine bestimmte (und keine andere) Artikulation vorzunehmen, auch wenn die Artikulation in dieser bestimmten Form nicht notwendig ist. Anders ausgedrückt: Zum einen kann keine Artikulation – auch keine Artikulation, die „Neues“ artikuliert – ohne Bezug zu existierenden Diskursen stattfinden, denn Artikulationen als Akte der differenzbasierten Sinngenerierung oder Sinnfortschreibung benötigen zum Zwecke der Differenzierung ein jeweils bereits Vorhandenes. Zum anderen ist diese Notwendigkeit des Bezugs zu Vorhandenem keineswegs deckungsgleich mit der Notwendigkeit eines *bestimmten* Bezugs. Die Notwendigkeit zur Entscheidung (zu *einer* Entscheidung) geht zwar aus der Struktur des Diskurses – oder vielmehr aus seinem Mangel an Struktur – hervor, nicht aber die Notwendigkeit zu einer bestimmten Entscheidung. Dies läßt sich in bezug auf politische Diskurse folgendermaßen veranschaulichen: Das imaginäre Allgemeine, das ja den spezifischen Mangel politischer Diskurse darstellt, induziert zwar notwendigerweise das Begehren, den Mangel zu beheben und uns immer wieder aufs Neue qua Artikulation um diskursive Anfüllung zu bemühen, aber es gibt uns weder eine konkrete Entscheidung noch eine Entscheidungsregel vor, entsprechend derer dieser Prozeß vonstatten zu gehen habe. Diskursive Strukturen sind auch insofern offene Strukturen

(Strukturen, die von Kontingenz und Unentscheidbarkeit affiziert sind), als sie nicht zum Bezug auf *einen bestimmten* Diskurs zwingen, um einen anderen Diskurs zu rechtfertigen. Die Feststellung, daß Artikulationen in politischen Diskursen ebenso auf verschiedene Formationen religiöser wie philosophischer, technischer wie ökonomischer Diskurse rekurrieren, um das Allgemeine zu signifizieren, ist beinahe banal. Daß jedoch keiner dieser Bezüge unbedingt notwendig, daß sie alle möglich und tatsächlich hergestellt worden sind, mag die unaufhebbare Unentscheidbarkeit, die in Diskursen immer wieder zum Vorschein kommt, verdeutlichen. Dabei können verschiedene Artikulationen durchaus dazu führen, daß sich in einem Individuum verschiedene und auch gegensätzliche Diskurse kreuzen, so daß es in Relation zu verschiedenen Diskursen verschiedene (und auch gegensätzliche) Subjektpositionen einnimmt. Einfach gesagt: Menschen können zugleich innerhalb bestimmter Diskurse rational und innerhalb anderer abergläubisch sein, auch wenn beide Subjektpositionen immer wieder Reibungspunkte aufweisen. Daß damit das Subjekt artikulatorisch verstreut und nicht einheitlich in Erscheinung tritt, bildet keinen Widerspruch zur Freiheit seiner Artikulation.

Die Unabgeschlossenheit der diskursiven Struktur, die die Entscheidung des Subjekts einfordert und damit seine Freiheit konstituiert, hat nun zwei Konsequenzen, eine für das einzelne Subjekt und eine für das Verhältnis mehrerer Subjekte untereinander (bei letzterem handelt es sich um ein Verhältnis, das sich aufgrund der Entscheidungsfreiheit als ein politisches Verhältnis entwickeln kann). Betrachten wir zunächst die Konsequenz für das einzelne Subjekt: Als diskursives Element hat es Anteil an der Unabgeschlossenheit der diskursiven Struktur, es ist also niemals in völliger Positivität gegeben, sondern gleichfalls von Mangel gekennzeichnet. Dies erlaubt einerseits seine Freiheit, weil die Struktur, in die es eingebunden ist, eine unvollkommene Struktur ist, und als solche das Subjekt nicht determinieren kann. Andererseits aber ist der Mangel immer auch gleichbedeutend mit einem Mangel an struktureller Identität (was mit einem Mangel an subjektiver Sinnhaftigkeit gleichzusetzen ist) bzw. mit einer immer schon und immer wieder *gescheiterten* strukturellen Identität (vgl. Laclau 1990: 43/44). Diesem kontinuierlichen Scheitern von Identität setzt das Subjekt kontinuierliche Akte der Identifikation entgegen, durch die es sich in die Differenzen und Relationen der Sinnwelt einfügt – diese Akte sind nichts anderes als Artikulationen.¹⁵ Mit seinen artikulatorischen Entscheidungen arbeitet das

15 Die Figur eines Mangels, der das Subjekt und sein Begehren konstituiert, schließt vor allem an Jacques Lacans Fortentwicklung der Freudschen Psychoanalyse (z.B. in Lacan 1991[1966]) an; einige der diesbezüglich

Subjekt also nicht nur unaufhörlich an der Überbrückung der Lücken der Unentscheidbarkeit, sondern es vollzieht auch Identifikationsakte. Wenn etwa die SPD (als ein politisches Gruppensubjekt) den Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“, den sie in offiziellen Parteipublikationen bis einschließlich des Berliner Grundsatzprogramms von 1989 gemieden hatte, im Lauf der 1990er Jahre immer wieder in Relation zur eigenen Programmatik artikuliert, verschiebt sich damit nicht nur der Sinn der „Sozialen Marktwirtschaft“, die nun nicht nur als von allen großen politischen Kräften akzeptierte, sondern als von allen offensiv vertretene Bezeichnung der deutschen Wirtschaftsordnung gelten kann; es findet auch ein Identifikationsakt des Artikulators statt, so daß das diskursive (sinnhafte) Subjekt SPD mit der Artikulation nicht mehr dasselbe ist wie vorher. Man könnte vielleicht auch formulieren, daß das Subjekt zu einem bestimmten Zeitpunkt immer die flüchtige historische Summe seiner Entscheidungen ist – und damit, wie mittlerweile mehrfach gezeigt wurde, eine zeitlich mobile Größe und kein Gegebenes. Subjekte *sind* nie (in dem Sinn, daß sie nie *vollständig* konstituiert, nie *vollständig* mit sich selbst identisch sind), sie sind immer im Werden. Ernesto Laclau ordnet diese erste Konsequenz der Freiheit des Subjekts – die kontinuierliche Identifikation – folgendermaßen in den Gesamtzusammenhang der Konstituierung diskursiver Subjekte ein:

[The structure of discourse] is inhabited by an original lack, by a radical undecidability that needs to be constantly superseded by acts of decision. These acts are precisely what constitutes the *subject*, who can only exist as a will

grundlegenden Überlegungen wurden auch hier in Kapitel 3.2 erörtert. Nicht nur Laclau war und ist bemüht, einen diskurstheoretischen Rahmen mit an Lacan orientierten, subjekttheoretischen Überlegungen zu verbinden. So fordert z.B. auch Philipp Sarasin (2001: 70/71), man möge angesichts der Foucaultschen Subjektvergessenheit auf Lacan und seine Überlegungen zum konstitutiven Mangel des Subjekts zurückgreifen. Aber vor allem Slavoj Žižek rekurriert auf Lacan – auch in seiner Diskussion der Theorien Laclaus. Dabei kritisiert er an den Laclauschen Überlegungen vor allem, daß sie das Subjekt im wesentlichen in der positiven Geste der Subjektivierung (einem kontingenten Akt der Entscheidung) auszumachen scheinen, während das Subjekt letztlich auch und vor allem in der negativen Geste des Ausbruchs aus den Zwängen des (diskursiven) Seins läge, denn diese negative Geste eröffne erst Räume möglicher Subjektivierung (vgl. Žižek 2001: 217-219, 248-251). Lacans Punkt ist nach Žižek „nicht der, daß das Subjekt in die ontologische Struktur des Universums als dessen konstitutive Leere eingeschrieben ist, sondern *das ‚Subjekt‘ bezeichnet die Kontingenz eines Akts, der gerade die ontologische Seinsordnung aufrechterhält*. Das ‚Subjekt‘ reißt kein Loch in die volle Seinsordnung: ‚Subjekt‘ ist die kontingent-exzessive Geste, die die eigentliche universale Seinsordnung konstituiert“ (ebd.: 219, Hervorhebung im Original).

transcending the structure. Because this will have no place of constitution external to the structure but is the result of the failure of the structure to constitute itself, it can be formed only through acts of identification. If I need to identify with something it is because I do not have a full identity in the first place. These acts of identification can only be thought of as the result of the lack within the structure and have the permanent trace of the lack (Laclau 1996a: 92).

In Ergänzung zu Laclau gilt es nun allerdings meines Erachtens hervorzuheben, daß die Temporalität und Kontextualität des Subjektes nicht nur ein in sich ruhendes, mit sich selbst identisches Subjekt verunmöglichen, sondern gleichzeitig einen Anhaltspunkt dafür liefern, daß man das Subjekt (und nicht nur das physische Individuum) in einer bestimmten – zeitlich instabilen – Hinsicht auch als Grundlage diskursiver Entwicklungen betrachten kann (eine „wacklige“ Grundlage, kein Ursprung im engeren Sinne). Denn wenn es so ist, daß Subjektivität maßgeblich ein Effekt von Entscheidungen angesichts diskursiver Unentscheidbarkeit ist, dann ist angesichts der zeitlichen Reihung von Entscheidungen auch klar, daß zum Zeitpunkt *t vor jeder* einzelnen Entscheidung immer schon eine bestimmte Subjektivität $S(t)$ existiert, auch wenn diese Subjektivität über sehr verschiedene, diskursiv zur Verfügung gestellte Subjektpositionen verstreut und nie zur Gänze etabliert ist. Als solche bildet sie immer einen Bestandteil des für ein Subjekt spezifischen diskursiven Kontexts und kann Lücken der Unentscheidbarkeit verkleinern (wie oben ausgeführt ist Unentscheidbarkeit niemals völlige Unentscheidbarkeit, sondern als solche immer von den diskursiven Strukturen affiziert), d.h. unter Umständen die Zahl und die Art der gleichwertigen Alternativen strukturieren, oder aber auch diese Lücken für bestimmte Subjekte erst gar nicht entstehen lassen (diskursiv etablierte Regeln, welche Lücken der Unentscheidbarkeit gar nicht erst aufkommen lassen, können für bestimmte Subjekte existieren, für andere aber nicht). Damit kann das Subjekt in einem gewissen Sinne durchaus als einzigartiges und als reflexives Subjekt gedacht werden; und zwar insofern, als die Entwicklung seiner Entscheidungen in der Vergangenheit immer einen Teil – dies ist wichtig: nur einen Teil! – des spezifischen Kontexts seiner weiteren Artikulationen und Entscheidungen ausmacht. Kontextualität und Temporalität verhindern also zwar zum einen, daß das Subjekt als diskursexterner, fixer Ankerpunkt begriffen werden kann; zum anderen aber gestatten sie auch eine relative Stabilisierung der Subjektivität, weil jeweils das „vergangene Subjekt“ zu einem Teil des Kontexts des gegenwärtigen und des in die Zukunft projizierten Subjekts wird. Auch weil sie reflexiv sind, d.h. weil sie immer

eine Entscheidung für die Einnahme und Fortschreibung von bestimmten Subjektpositionen und die Aufgabe von anderen Subjektpositionen mit sich bringen, können Entscheidungen für diese oder jene Artikulation als ein Zeichen subjektiver Freiheit gelten. Dies beseitigt nicht die Kontingenz, die die Entscheidung für Subjektpositionen genauso durchdringt wie alle anderen Entscheidungen. Aber es verdeutlicht, daß Subjektivität, die immer diskursiv fundiert ist, deswegen nicht im völlig leeren Raum schwebt, daß sie im Gegenteil immer – durch Fortschreibung oder Ablehnung – an schon vorhandene Subjektivität anschließt, was vielleicht erklären mag, daß wir es zwar mit verstreuten und verzeitlichten, aber doch relativ stabilen Subjektivitäten zu tun haben.

Die zweite Konsequenz der subjektiven Freiheit betrifft das Verhältnis mehrerer Subjekte zueinander. Diese Konsequenz folgt daraus, daß nicht nur ein, sondern alle Subjekte grundsätzlich an der diskursiven Freiheit Anteil haben.¹⁶ Es ist offensichtlich, daß in einer derartigen Konstellation verschiedene Subjekte ihre diskursiven Artikulationen unter Bezug auf verschiedene Diskurse und unter Einnahme verschiedener Subjektpositionen rechtfertigen können und so jeweils in einer kohärenten diskursiven Struktur bleiben, ohne daß diese dem jeweils Anderen als kohärente Struktur erscheinen muß. Angesichts der Tatsache, daß Unentscheidbarkeiten sich durch die Unmöglichkeit der Angabe letzter (auch intersubjektiv etablierter) Gründe auszeichnen, kann man sie und die verschiedenen Entscheidungen, die sie auslösen, auch als Basis gesellschaftlicher Konflikte ausmachen. Und schließlich folgt aus der Möglichkeit, daß unterschiedliche Mengen von Subjekten diese oder jene Entscheidung fällen, daß der Raum des Diskursiven nicht nur durch Differenzen, sondern – infolge von Äquivalenzrelationen – durch „ungleichgewichtige“ Differenzen strukturiert sein kann, was eine entscheidende Voraussetzung für die Herausbildung von Hegemonien darstellt.

Ich möchte die nun angestellten grundlegenden Überlegungen zum Verhältnis von Subjekt und Diskurs mit einem Caveat schließen: Auch wenn wir nun für die Freiheit des Subjekts im Diskurs, deren Grund, Art und Konsequenzen eben betrachtet wurden, ein nicht unbeträchtliches Potential ausgemacht haben, so darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Subjekt weiterhin als eng in das Relationsnetz des Diskurses eingeflochtenes Subjekt zu begreifen ist. In keiner Weise ist es „eine

16 Dies gilt in der Tat nur grundsätzlich und nicht unbedingt oder in jedem Fall, weil die Unentscheidbarkeit, wie oben skizziert, selbst immer von diskursiver Strukturiertheit affiziert ist, und weil diese Strukturen zum Beispiel bewirken können, daß manche Situationen der Unentscheidbarkeit nur bestimmte Subjekte betreffen oder daß bestimmten Subjekten mehr gleichwertige Entscheidungsmöglichkeiten offenstehen als anderen.

Größe, die Beziehungen ermöglicht, ohne selbst Beziehung zu sein“ (Gerhardt 1987: 203) – nur ist es nicht durch das Geflecht der Beziehungen determiniert, weil wir es mit einem unvollkommenen Geflecht zu tun haben. Auch wenn das Subjekt mit seinen artikulatorischen Entscheidungen die Lücken der Unentscheidbarkeit im Diskurs überbrückt, so werden diese Lücken nie endgültig geschlossen, insbesondere weil verschiedene Subjekte die diskursiven Lücken durch verschiedene, auch durch konträre Artikulationen überbrücken können. Auch ist zu bedenken, daß sich das Subjekt in seiner Sinnhaftigkeit mit jeder Artikulation einer Verschiebung aussetzt. Weil das Subjekt selbst von Relationalität und Temporalität durchdrungen ist, weil es selbst immer auch diskursives Element ist, existiert keine unverrückbare subjektive *dea ex machina*, die als grundgelegtes *subiectum* jene Schließung des Diskurses bewältigen könnte, deren grundsätzliche Unmöglichkeit wir bereits in den vorangegangenen Kapiteln festgestellt hatten.

4.4.2 Politische Subjekte

Subjekte konstituieren sich also nur in Diskursen, sind aber als diskursive Subjekte stets von einem Mangel gekennzeichnet, der eine Konstituierung als vollständiges, abgeschlossenes Subjekt verhindert. Fragt man nun nach der Besonderheit *politischer* Subjektivität, so liegt der Grund für diese Besonderheit in der Besonderheit des Mangels, der politische Diskurse kennzeichnet, nämlich des Mangels an Allgemeinem. Mit anderen Worten: Der spezifische Mangel des Subjekts als politisches Subjekt besteht in der Unmöglichkeit der Teilhabe am imaginären Allgemeinen, weil dieses symbolisch letztlich niemals greifbar ist.

Im Rahmen hegemonialer Praxis ist die bipolare Zuspitzung verschiedener Konflikte zu Antagonismen typisch. Hierbei unterliegen auch die diskursiven Subjektpositionen der Zweiteilung des diskursiven Raums, das heißt es bilden sich einerseits Äquivalenzketten von Subjektpositionen, die der Realisierung des Allgemeinen zugeordnet werden, und andererseits Äquivalenzketten von Subjekten, die als „Verhinderer“ des Allgemeinen artikuliert werden. Im Rahmen hegemonialer Praxis bildet ein politisches Subjekt somit eine Drei-Ebenen-Beziehung zu anderen (ebenfalls politischen) Subjekten aus (zu den Beziehungstypen siehe 2.3): Zum einen steht es in einer Differenzbeziehung zu allen anderen Subjekten; zum zweiten steht es insofern in einer Äquivalenzbeziehung (die die Differenzbeziehung überformt) zu allen anderen, von einem Diskurs betroffenen Subjekten, als sie alle gemeinsam auf das imaginäre Allgemeine dieses Diskurses ausgerichtet sind; zum dritten steht es in einer weiteren Äquivalenzbeziehung zu jenen vom Dis-

kurs Betroffenen, die eine ähnliche Entscheidung hinsichtlich der Symbolisierung des imaginären Allgemeinen getroffen haben, und gleichzeitig in einer antagonistischen (Kontraritäts-)Beziehung zu jenen vom Diskurs Betroffenen, die eine andere derartige Entscheidung getroffen haben. Auf das genaue Funktionieren dieser Beziehungen kommt es an dieser Stelle nicht an (vgl. hierzu ausführlich Kapitel 5); entscheidend ist aber, daß sich politische und insbesondere politisch-hegemoniale Diskurse dadurch auszeichnen, daß die sich in ihnen konstituierenden Subjekte in derartig strukturierte, komplexe diskursiv-subjektive Beziehungsnetze eingebunden sind. Mit anderen Worten: Während Subjekte in allen Diskursen (auch in wissenschaftlichen, ökonomischen, religiösen, Liebesdiskursen etc.) zu zahlreichen diskursiven Elementen und auch zu anderen Subjekten in Beziehung treten, sind Beziehungen zu anderen Subjekten in politischen Diskursen quantitativ und qualitativ privilegiert, weil aufgrund des Bezugs zum Allgemeinen stets zu *allen* anderen Subjekten eine Beziehung besteht und weil diese Beziehung komplex geschichtet ist. Zwar spielt der Bezug zu nicht-subjektiven diskursiven Elementen in politischen Diskursen stets eine Rolle (als „Sachebene“ der Politik), aber weil der Bezug zum Allgemeinen aller diskursiven Subjekte hergestellt wird und weil der Konflikt um die Symbolisierung dieses Allgemeinen ebenfalls notwendigerweise auf andere Subjekte Bezug nimmt, können in politischen Diskursen die intersubjektiv-diskursiven Relationen als vorrangig in dem Sinn gelten, daß die antagonistische Interaktion artikulierender Subjekte einen politischen Diskurs grundlegend strukturiert.

4.4.3 Anmerkung zur Terminologie: Politisches Subjekt oder politischer Akteur?

Die eben ausgeführten Überlegungen zum Verhältnis von Subjekt und Diskurs geben einen grundlegenden Einblick in die ambivalente Rolle der politisch-diskursiv Handelnden bei der Etablierung von Hegemonien. En passant machen uns diese Überlegungen jedoch auch auf terminologische Probleme aufmerksam, die mit der Annäherung von Diskurswissenschaft und Politischer Wissenschaft einhergehen, denn die Konzeptionen und das Vokabular der Diskurstheorie weisen keine unmittelbare Anschlußfähigkeit zu den verbreiteten Theoretisierungen des politischen Prozesses – und deren Konzeptionen und Vokabular – auf.

Gerade hinsichtlich des diskursiven Subjekts besteht offensichtlich die Notwendigkeit einer terminologischen Klärung, denn die Sozialwissenschaft im allgemeinen, besonders aber die Politische Wissenschaft spricht, wenn sie sich auf die an gesellschaftlichen oder politischen Pro-

zessen Beteiligten bezieht, üblicherweise nicht von Subjekten, sondern von Akteuren. Dies gilt vor allem in jenen Fällen, in denen es um Sachverhalte geht, die dem der Etablierung und Verteidigung von Hegemonien ähneln, wie zum Beispiel der politischen Steuerung oder dem Prozeß der Durchsetzung und/oder Aufrechterhaltung bestimmter materieller Politiken, die durch die Theorien des organisierten Interesses, aber vor allem durch die Theoretisierung des Policy-Prozesses thematisiert werden. Dabei ist nach geläufiger Handbuchauffassung ein Akteur „in der Politik eine an politischen Entscheidungen handelnd beteiligte Person (individueller Akteur) oder Organisation (kollektiver Akteur)“ (Schubert 1998: 29). Vergleichbar der Weise, in der das problematische Verhältnis von Subjekt und Diskurs eine zentrale Thematik der Diskurswissenschaften ausmacht, konstituiert sich aus sozial- und politikwissenschaftlicher Perspektive der Akteur in einer problematischen Beziehung zur Struktur bzw. zum System. Und so finden sich hier Fragen, die jenen, die weiter oben in bezug auf die Subjekt/Diskurs-Problematik gestellt wurden, sehr ähnlich sind: Produzieren Strukturen Akteure? Oder bringen Akteure Strukturen hervor? Oder muß man, wie es Anthony Giddens formulierte, nicht davon ausgehen, „that, in social theory, the notions of action and structure *presuppose one another*“ (Giddens 1979: 53)? Diese Fragen und die Antworten, die im Verlauf einer komplexen und sich über viele Jahre erstreckenden sozialwissenschaftlichen Diskussion auf sie gegeben wurden, können hier sicher nicht in der ihnen gebührenden, ausführlichen Weise abgehandelt werden.¹⁷ Aber ich möchte kurz einige Aspekte ansprechen, die einen direkten Bezug zu dem hier verfolgten Projekt haben.

Grundsätzlich ist festzustellen, daß keine der jüngeren Gesellschafts- und Politiktheorien Akteure und ihre Handlungsmacht in Unabhängigkeit von bestimmten Strukturen konzeptioniert – auch jene nicht, die dem Akteur weiterhin eine gestaltende Rolle zuschreiben. Dies läßt sich zum Beispiel in der Theoriediskussion um die Möglichkeiten politischer Steuerung feststellen, die vor allem zwischen system- und akteurzen-

17 Als schöner Überblick über die wesentlichen Argumente und Positionen ist immer noch Giddens (1979: v.a. 49-95) empfehlenswert. Eine einführende Darstellung der Diskussion der politischen Steuerungsproblematik aus der Sicht akteur- und systemtheoretischer Ansätze unter besonderer Berücksichtigung der Luhmannschen Systemtheorie und verschiedener akteurtheoretischer Antworten bieten Lange/Braun (2000). Ebenfalls mit der Luhmannschen Systemtheorie, diesmal im besonderen Kontrast zur Buchheimischen Interaktionstheorie, setzt sich Simon (2002) auseinander; hier findet sich auch ein Überblick über den gegenwärtigen Forschungsstand zur Akteur/Struktur-Problematik (ebd.: 18-21).

trierten Ansätzen geführt wurde und wird, in der aber „Autoren aus beiden Theorietraditionen [...] versuchen, ihre unterschiedlichen Wirklichkeitskonstrukte an die jeweils andere Seite anzupassen“ (Lange/Braun 2000: 165). Eine Folge davon ist zum Beispiel, daß der Akteur, der traditionell als der unabhängigste oder „mächtigste“ politische Akteur galt, der Staat, heute üblicherweise nicht mehr als ein souverän steuernder Akteur verstanden wird, sondern als ein Akteur, der aufgrund der Kontingenz der ihn umgebenden, sich selbst steuernden systemischen Entwicklungen auf Kooperation angewiesen ist. Politische Steuerung und das Vorantreiben von Policy-Prozessen werden nicht länger im Sinne einer Top-Down-Kausalität skizziert; in den Vordergrund treten stattdessen komplexe Verhandlungssysteme, die als dezentrale Netzwerke operieren und deren Prozesse kein noch so ressourcenreicher einzelner Akteur dirigieren kann. So ist es gerade auch die Netzwerk-Perspektive auf Policy-Prozesse, die zahlreiche Aspekte einer diskurstheoretischen Herangehensweise widerspiegelt, was angesichts der Netzmetapher kaum überraschen kann. Insbesondere kalkulieren die Policy-Netzwerk-Ansätze die Beweglichkeit, Zeitlichkeit und Kontextualität aller an sozialen und politischen Prozessen beteiligten Elemente ein. Die Netzwerkperspektive war damit in der Lage, auf Kritiken an der relativen Starrheit und schematischen Arbeitsweise eines Großteils der Policy-Forschung zu reagieren, und dem Desiderat nachzukommen, daß

[...] Politikinhalte oder Policies [...] als „moving targets“ betrachtet werden [müssen], die sich im Verlaufe ihrer „Lebensdauer“ entwickeln und verändern. Auch die Akteure/Organisationen, die die Programme gestalten und durchführen oder deren Letztadressaten sind, haben keine fixen Handlungsmotive, mit denen die staatliche Steuerung über längere Zeit hinweg als Konstanten rechnen kann. Ihre Ziele sind vielmehr ambivalent, ihre Präferenzen verändern sich. Ebenso unterliegt die politische Koalition, von der eine Politik bei ihrer Verabschiedung getragen wird, einem Wandel. Sie umfaßt in der Regel eine Vielfalt von Akteuren und Organisationen, die sich nur zusammenfindet, wenn es gilt, die Maßnahme zu verabschieden. Sie sind keine Einrichtungen für die Ewigkeit, neue Konflikte entstehen und neue Akteure treten in den Vordergrund, wenn die Einzelheiten der Durchführung festzulegen sind. Mit anderen Worten: das politische Fundament einer Policy ist häufig brüchig. Um fortgesetzt zu werden, bedarf sie daher immer wieder der politischen Rechtfertigung in öffentlichen Debatten, in der Ideen verteidigt werden und wechselseitig überzeugt wird (Héritier 1993b: 13).

Ähnlich wie diskurs- und hegemonietheoretische Ansätze gehen Netzwerkansätze also davon aus, daß sich die verschiedenen Elemente, die am politischen Geschehen beteiligt sind (also Programme, Akteure),

immer wieder neu gruppieren. Aufgrund dieser „Verwandtschaft“ wird weiter unten (4.5.2) nochmals auf die Netzwerkperspektive zurückzukommen sein. Doch auch andere politikwissenschaftliche Ansätze haben spezifische Modi struktureller Bedingtheit handelnder Akteure hervorgehoben, sei dies die Strukturierung ihres Handelns durch den institutionellen Rahmen, in dem gehandelt wird (so im akteurzentrierten Institutionalismus, vgl. z.B. Mayntz/Scharpf 1995; Scharpf 1997; Singer 1993a: 159/60); oder aber durch mehr oder weniger komplex geschichtete sogenannte *belief systems* (so im Ansatz der *advocacy coalitions*, vgl. Sabatier 1993; 1993; 1999).

Das Bewußtsein einer Abhängigkeit (oder doch wenigstens eines gewissen Maßes von Abhängigkeit) der politischen Akteure von den sie umgebenden Strukturen ist also durchaus weit verbreitet – wie auch immer diese Strukturen im einzelnen spezifiziert oder die strukturellen Elemente hierarchisiert werden. Den omnipotenten Akteur konzeptioniert keine der weiter verbreiteten sozial- und politikwissenschaftlichen Theorien. Allerdings muß es im Anschluß an die oben ausgeführten diskurstheoretischen Überlegungen zum Verhältnis von Subjekt und Diskurs problematisch erscheinen, wenn Akteure und Strukturen zwar in einer gegenseitigen Abhängigkeit konzeptioniert werden, aber dabei doch als jeweils abgeschlossene, vollständige Entitäten verstanden werden, die objektiv gegeben sind. Daß sich Strukturen im Lauf von politischen Prozessen kontinuierlich wandeln und daher als grundlegend offen gelten müssen, scheint zwar weitgehend anerkannt. Daß aber auch Akteure nicht nur wechselnden Motivlagen unterliegen oder in neuen Situationen neue Akteure auftreten (wie aus den Formulierungen Héritiers hervorgeht), sondern daß die Akteure selbst nie als völlig konstituierte, sondern eben als sich stets im Werden befindende Akteure verstanden werden müssen, das entgeht den politikwissenschaftlichen Theorien zumeist. Struktur und Akteure sind also nicht nur wie objektive, unveränderbare Körper voneinander abhängig, sondern sie sind als solche objektiv nie vollständig, denn, wie Dyrberg (1997: 7) formuliert: „Agency can only be fully constituted, be objectively given or internal to itself *vis-à-vis* a structure that posits it as presupposed, and which, accordingly, in this very act both constitutes it and subverts its internality to itself.“ Akteure und Strukturen durchdringen einander also und setzen einander einem dekonstruktiven Potential aus. Deshalb dürfen Akteure nicht nur als Entitäten verstanden werden, die in Strukturen verwickelt sind und sich durch diese Strukturen bewegen; in einer viel grundsätzlichen Weise müssen sie – infolge ihrer strukturell-ereignishaften Konstituierung – als nie mit sich selbst identische Entitäten begriffen werden, die immer nur Akte der Artikulation und damit gleichzeitig Akte

der Identifikation vollziehen, aber nie eine abgeschlossene Identität besitzen, die als feste Grundlage ihres politischen Handelns bzw. ihrer politischen Artikulationen dienen könnte.

Die Problematik besteht in gewisser Weise darin, daß viel sozialwissenschaftliche Ansätze zwar erkennen, daß das Handeln gesellschaftlicher oder politischer Akteure in der einen oder anderen Weise strukturell bedingt ist, daß sie aber üblicherweise verkennen, daß damit auch der Akteur selbst als sinnhafter Akteur, also als Subjekt, strukturell bedingt und gleichzeitig – aufgrund der Beweglichkeit der Struktur – instabil ist. Es ist symptomatisch, daß sogar sozialwissenschaftliche diskursanalytische Studien dieses ungenaue Akteursverständnis reproduzieren. Auf Reiner Kellers Überlegung, daß Diskurse nicht für sich selbst sprechen, sondern auf der Existenz menschlicher Diskursträger beruhen, ist bereits oben eingegangen worden. Während eine derartige Annahme naheliegend erscheint, drückt sich Keller in der Folge jedoch mißverständlich aus, wenn er fortfährt, Diskurse würden erst durch Akteure „lebendig“ (Keller 1998: 40; 2001: 133), weil er damit nahelegt, die Individuen gingen *als Akteure* den Diskursen voraus. Als Akteure nehmen sie jedoch in einem immer schon diskursiv strukturierten Raum eine spezifische Differenz-/Subjektposition ein, sie treten als sinnhafte Individuen (oder Gruppen) in Aktion, das heißt als Subjekte. Somit gilt nicht nur, daß Diskurse durch Akteure bzw. Subjekte lebendig werden, sondern eben auch, daß Akteure bzw. Subjekte als sinnhafte Individuen oder Gruppen überhaupt erst im Diskurs eine Existenz erhalten. Dies ist die zu Ende gedachte Konsequenz einer gegenseitigen Abhängigkeit von Subjekt und Diskurs, und ebenso von Akteur und Struktur.

Hiermit zeigt sich aber auch die grundlegende Problematik des „Akteurs“: In ihm ist – schon qua Wortstamm, aber auch durch viele Konnotationen – vor allem anderen das aktive Moment angelegt, das Handeln und die Kreation. Ein Akteur scheint derjenige zu sein, der die Strukturen hervorbringt und die Diskurse artikuliert. Dabei wird über-tüncht, daß dieser Akteur eben nicht nur hervorbringt und artikuliert, sondern auch – und zwar ganz wesentlich – hervorgebracht und artikuliert wird. Im Gegensatz hierzu erfaßt das „Subjekt“ der diskurstheoretischen Terminologie beide Aspekte: das artikulierende wie das artikulierte Subjekt. Aus diesem Grund wird im Rahmen dieser Untersuchung die Rede vom „politischen Subjekt“ der Rede vom „politischen Akteur“ grundsätzlich vorgezogen. Allerdings werde ich gelegentlich auf den Akteur rekurrieren, wenn es gilt, die artikulierende Funktion hervorzuheben, oder wenn ich direkt auf Autoren Bezug nehme, die mit dem Akteursbegriff arbeiten.

4.4.4 Vom kollektiven Begehren zum gemeinsamen Willen

Die performative Dimension dessen, was eben aufgrund der Wirksamkeit dieser Dimension gemeinsamer Wille und nicht mehr kollektives Begehren genannt werden soll, besteht nun darin, daß sich verschiedene Individuen von derselben hegemonialen Formation-Formierung subjektivieren lassen, daß sie sich also für die von dieser Formation-Formierung artikulierten Subjektpositionen rekrutieren lassen. Dies können durchaus unterschiedliche, aber zur selben hegemonialen Formation-Formierung gehörende – und auch nur in bezug auf die anderen Subjektpositionen dieser Formation-Formierung in spezifischer Weise sinnhafte – Subjektpositionen sein. Der Diskurs der Sozialen Marktwirtschaft ruft Individuen beispielsweise an als verantwortungsbewußte Unternehmer; als leistungsbereite Arbeitnehmer; als Sozialpartner; als Wissenschaftler; als Freunde der (ökonomischen) Freiheit; als Rahmen setzende, aber nicht interventionistische Ordnungspolitiker; als Sozialpolitiker, die zur Wahrung menschenwürdiger Existenz auch eine Sekundärverteilung jenseits des Marktes anstreben; als Mitglieder einer Solidargemeinschaft; als mit Rechtsansprüchen ausgestattete Empfänger sozialer Leistungen etc. Ein gemeinsamer Wille manifestiert sich insofern performativ, als die unterschiedlichen Individuen, die sich als Subjekte einer hegemonialen Formation-Formierung rekrutieren lassen, damit erstens die Artikulationsmuster dieser hegemonialen Formation-Formierung propagieren und zweitens insbesondere das von dieser Formation-Formierung artikuliert symbolische Äquivalent des Gemeinwohls auch als solches Äquivalent bekräftigen. Sie bestätigen, mit anderen Worten, die Deckungsgleichheit einer bestimmten umfassenden Forderung nach der Behebung eines Mangels an Gemeinwohl, die im Raum des Symbolischen zum Tragen kommt, mit dem Begehren, das dem imaginären Gemeinwohl verbunden ist (eine letztlich zwangsläufig scheiternde Bestätigung, da sich das Imaginäre der Symbolisierung nie völlig unterwirft). Das Ausmaß, in welchem es einem hegemonialen Projekt und der zugehörigen hegemonialen Formation-Formierung gelingt, für die Subjektpositionen, die sie zur Verfügung stellt, Individuen (oder auch Gruppen, hierzu später) zu rekrutieren, kann als Gradmesser des Erfolgs einer hegemonialen Praxis gelten.

Mit der begrifflichen Verschiebung vom kollektiven Begehren hin zum gemeinsamen Willen soll nun eine doppelte Bewegung erfaßt werden: Wenn sich Individuen als Subjekte einer hegemonialen Formation-Formierung rekrutieren lassen, tragen sie aktiv zu deren Verbreitung und Stabilisierung bei. Damit findet ein diffuses kollektives Begehren einen doppelten „manifesten“, positivierten Ausdruck, einerseits in bezug auf

eine konkrete Symbolisierung des Gemeinwohls, aber zugleich in bezug auf konkrete artikulierende Individuen. Diese Positivierung oder Manifestierung in einer umfassenden, gemeinwohlorientierten Forderung kann als Ausdruck eines emergierenden gemeinsamen Willens derjenigen gelesen werden, die zu Subjekten dieser Formation-Formierung werden, und zwar um so mehr, je mehr Individuen sich subjektivieren lassen. Gleichzeitig werden das imaginäre, quasi-organische Kollektiv und sein ebenso imaginäres kollektives Begehren durch die Tatsache, daß es konkrete Individuen sind, die sich eine hegemoniale Formation-Formierung „zu eigen machen“, überlagert (wenn auch nie völlig verdrängt). Man hat es dann mit einigen oder auch vielen, aber stets mit differentiellen Subjekten zu tun, die zwar alle dieselbe hegemoniale Formation-Formierung artikulatorisch stützen, aber eben aufgrund ihrer Differenz untereinander und insbesondere gegenüber all jenen, die die betreffende Formation-Formierung nicht stützen, kein Kollektiv im imaginären und quasi-organischen Sinne bilden. Die doppelte Bewegung, die mit der Entwicklung eines hegemonialen Projekts zur Hegemonie einhergeht, besteht also einerseits in einer qualitativ-performativen Stärkung einer hegemonialen Formation-Formierung, und zwar in dem Ausmaß, in dem es ihr gelingt, konkrete Individuen zu subjektivieren, die dann daran mitwirken, das Gemeinwohl in einer bestimmten Form – seinem konkreten, symbolischen Äquivalent – zu verfechten; was aber gleichzeitig eine qualitativ-quantitative Verschiebung – die nicht unbedingt mit einer Schwächung gleichzusetzen ist – mit sich bringt, weil das Organisch-Eine des Kollektivs ersetzt wird durch die differentiellen einzelnen, derer möglichst viele zu gewinnen das Ziel jeder hegemonialen Praxis ist.

Die Verwendung des Begriffs „gemeinsamer Wille“ erfordert, um Mißverständnisse zu vermeiden, noch zwei Klarstellungen. Erstens soll mit der Rede vom „Willen“ keineswegs über die Hintertür das starke Subjekt als Ursprung und Träger des Willens wieder eingeführt werden. In zweierlei Hinsicht unterscheidet sich die hiesige Verwendungsweise des Willensbegriffs von seiner subjektivistisch-voluntaristischen Lesart. Zum einen muß der Wille wie das Subjekt selbst als Teil des Diskurses verstanden werden, er wird allein dort ermöglicht und produziert. Wenn davon die Rede ist, daß sich ein gemeinsamer Wille diskursiv manifestiert oder diskursiv zum Ausdruck kommt, so heißt das nicht, daß er zunächst außerhalb des Diskurses zu verorten wäre. Vielmehr handelt es sich bei der Manifestation um eine intradiskursive Bewegung. Denn zum anderen wird vom Willen hier nicht im Sinne von „vorhanden und ausgeführt“ gesprochen, sondern im Sinne eines diskursiven Emergenzphänomens. Der Wille ist stets im diskursiven Werden; er wandelt und ma-

nifestiert sich daher als gemeinsamer Wille im Zuge des artikulatorischen Zusammenspiels verschiedener Subjekte.

Zweitens gilt es noch zu verdeutlichen, was mit der Verschiebung zum Begriff „gemeinsam“ signifiziert werden soll: Wenn vom *gemeinsamen* Willen gesprochen wird, so bezieht sich das – im Gegensatz zu „kollektiv“ – per definitionem auch und insbesondere auf alle Fälle, in denen verschiedene Subjekte in *nicht* koordinierter Form in Bezug zu einer hegemonialen Formation-Formierung stehen. Entscheidend ist, daß die Subjekte durch die hegemoniale Formation-Formierung koordiniert werden, nicht daß sie sich in einem Raum außerhalb dieser Formation-Formierung zur Hervorbringung oder Durchsetzung derselben koordinieren. „Gemeinsam“ im hier verwendeten Sinne macht also – ohne Derartiges auszuschließen – keine gemeinsamen Versammlungen, Organisationsstrukturen oder Beschlüsse erforderlich. Vom gemeinsamen Willen wird somit auch im Sinne eines zeitgleich, d.h. parallel artikulierten Willen gesprochen; „gemeinsam“ hat „zugleich“ als wichtige Bedeutungskomponente.

4.5 Hegemonie und Koordinierung

Im folgenden Abschnitt wird der Begriff der politisch-gesellschaftlichen Kraft erläutert, der im Rahmen der obigen Definition der Hegemonie verwendet wurde. Der Begriff wurde eingeführt, weil es im Gegensatz dazu, was in der bisherigen vereinfachten Darstellung angeklungen sein mag, für den Erfolg einer hegemonialen Praxis nicht in jedem Fall und oft nur mittelbar von Bedeutung ist, einfach möglichst viele Individuen für die Subjektpositionen der zugrunde liegenden hegemonialen Formation-Formierung zu rekrutieren. Daß ein Individuum oder auch viele Individuen für Subjektpositionen rekrutiert werden, ist zwar eine Bedingung für den hegemonialen Erfolg, aber für sich noch nicht hinreichend, weil die Rekrutierung allein nicht notwendigerweise zur Konsequenz hat, daß Subjektpositionen zum Ort wahrnehmbarer Artikulationen und die durch sie produzierten Subjekte damit zu hegemonial produktiven Subjekten werden können. Damit diese Konsequenz eintritt, müssen die Subjekte unterschiedlichste Voraussetzungen erfüllen, die in einem komplexen diskursiven Geschehen, das sich zwischen hegemonialer Formation-Formierung, dem spezifischen politischen Diskurs, der ihren Bezugspunkt bildet, und dem diskursiven Feld, in das wiederum der spezifische politische Diskurs eingebettet ist, etabliert werden. Eine dieser Voraussetzungen kann sein, daß sich möglichst viele Individuen für eine Subjektposition rekrutieren lassen, aber diese Voraussetzung ist

nicht die einzig denkbare. Weitere Voraussetzungen können die Anzahl ergänzen oder sie ganz ersetzen, so beispielsweise der Zugang zu den institutionellen Orten politischer Entscheidung, wissenschaftliche Kompetenz, klerikale Kompetenz, finanzielle Mittel, moralisches Gewicht, ein besonderer Bezug zum betreffenden Aspekt des Allgemeinen, Herkunft etc. Jede dieser spezifischen Voraussetzungen und ihre jeweilige Bedeutung für die diskursive Wahrnehmbarkeit von Subjekten ist selbst ein Effekt von kontingenten Sinnsetzungsprozessen, die an den unterschiedlichsten Stellen des diskursiven Raums stattfinden, nicht nur in dem aktuell von einer hegemonialen Praxis anvisierten politischen Diskurs. Die Kontingenz diskursiver Prozesse verunmöglicht allgemeine Aussagen darüber, welche Voraussetzungen wann relevant werden; eine entsprechende umfassende Typologie zu erarbeiten, kann hier nur als langfristiges diskurswissenschaftliches Forschungsdesiderat formuliert werden.

Allerdings lassen sich zwei Voraussetzungen für die hegemonial effektive Besetzung von Subjektpositionen benennen, die als eine Art Metavoraussetzungen – Voraussetzungen der diskursiven Erfüllung anderer Voraussetzungen – sehr häufig eine zentrale Rolle spielen. Die erste dieser beiden hat damit zu tun, daß wir es eben mit diskursivem Geschehen und insbesondere dem Problem der Wahrnehmbarkeit in Diskursen zu tun haben; sie läßt sich als *diskursive Kompetenz* bezeichnen. Damit ist nicht eine grundsätzliche Kompetenz zur Artikulation gemeint, denn Artikulation bedeutet nichts weiter als Sinnproduktion qua Differenzierung und geschieht daher bei jedem Sprechen und Handeln. Vielmehr bezeichnet diskursive Kompetenz das Vermögen von Subjekten, die Wahrnehmbarkeit von Artikulationen über die unmittelbare Umwelt, in der sie sich ereignen, hinaus zu steigern und ihnen eine weitreichende diskursive Präsenz zu ermöglichen. Hiermit sind nicht nur offensichtliche Faktoren wie individuelle rhetorische Fertigkeiten oder der Zugang zu einem Mediensystem gemeint, sondern vielmehr ein Komplex von Faktoren, deren koordiniertes Ineinandergreifen diskursive Kompetenz produziert. Denn wie alle anderen Voraussetzungen diskursiver Wahrnehmbarkeit, die ein Subjekt erfüllen kann oder auch nicht, handelt es sich bei diskursiver Kompetenz um ein Vermögen, das keine Fähigkeit eines Individuums in dem Sinne ist, daß es darüber verfügte; als Vermögen hat es vielmehr eine Wertigkeit, die sich erst im Zusammenspiel mit dem Diskurs konstituiert. Hierzu ein einfaches Beispiel: Üblicherweise wird in politischen Diskursen ein Individuum nach der Wahl zum Repräsentanten einer gesellschaftlichen Gruppe sehr viel eher diskursiv wahrgenommen als vorher, obwohl das Individuum am Tag vor seiner Wahl über sehr ähnliche rhetorische, psychologische und körperliche Fähigkeiten verfügte. Aber diskursive Kompetenz erschöpft sich eben

nicht in derartigen Fähigkeiten, sondern im Beziehungsgeflecht der Fähigkeiten mit der diskursiven Praxis (ganz abgesehen davon, daß derartige Fähigkeiten selbst diskursiv produziert werden, Rhetorik ist nicht gleich Rhetorik).

Die zweite besondere Voraussetzung kann man als *Organisiertheit* bezeichnen. Sie hat damit zu tun, daß zur Steigerung diskursiver Wahrnehmbarkeit immer wieder unterschiedliche Voraussetzungen von Wahrnehmbarkeit kombiniert werden, was wiederum die Koordinierung verschiedener Individuen innerhalb eines und in bezug auf den jeweiligen diskursiven Kontext erforderlich macht. Die Voraussetzung der Organisiertheit hat ihren Platz, wenn man so will, auf einer höheren Ebene. Wenn sie erfüllt ist, wirkt sie koordinierend auf das Zusammenspiel der anderen Voraussetzungen (auch der diskursiven Kompetenz).

Als politisch-gesellschaftliche Kräfte sollen nun alle Subjekte bezeichnet werden, die innerhalb von politischen Diskursen wahrnehmbar sind. Weil im Rahmen des vorliegenden Projekts die hegemoniale Praxis der Sozialen Marktwirtschaft, die sich vor dem Hintergrund der jungen bundesdeutschen Demokratie entwickelte, analysiert werden soll, sind hier die politisch-gesellschaftlichen Kräfte in liberalen Demokratien von besonderem Interesse.¹⁸ In allen Demokratien spielen quantitative Faktoren gepaart mit diskursiver Kompetenz eine wichtigere Rolle für die politisch-diskursive Wahrnehmbarkeit als in anderen Regierungsformen; am auffälligsten ist dies vielleicht hinsichtlich der Anzahl der Individuen und der finanziellen Mittel; aber z.B. auch bezüglich des Zugangs zu den Orten der politischen Entscheidung. Diskursive Wahrnehmbarkeit in Demokratien beruht demnach auf einer komplexen Koordinierungsleistung (d.h. weitreichender Organisiertheit), im Rahmen derer verschiedene Quantitäten mit verschiedenen anderen Faktoren diskursiver Wahrnehmbarkeit koordiniert werden. Weil gerade in Demokratien Gruppen diese Koordinierungsleistung meist besser bewerkstelligen können als Individuen, handelt es sich bei politisch-gesellschaftlichen Kräften in Demokratien sehr oft nicht um individuelle, sondern um *Gruppensubjekte*. Gruppen sind meist besser als Individuen in der Lage, in demokratischen politischen Diskursen wahrnehmbar in Erscheinung zu treten, nicht nur aufgrund der bloßen größeren Zahl, sondern vor al-

18 Diese müssen nicht unbedingt auf andere Regierungsformen oder ganz andere politische Kontexte übertragbar sein. So können etwa im Kontext nationalstaatlicher liberaler Demokratien andere Arten von Gruppen angerufen werden als in autoritären Staaten oder in transnationalen Kontexten (in letzteren stehen etwa politischen Parteien gar keine oder doch völlig anders geartete Subjektpositionen zur Verfügung als in den ersten beiden Fällen, die sich diesbezüglich ebenfalls voneinander unterscheiden).

lem weil mehrere zusammengeschlossene Individuen eher einer breiten Palette von Voraussetzungen diskursiver Wahrnehmbarkeit genügen können. Es sei das Beispiel der politischen Parteien unter den Bedingungen der Demokratie genannt, von denen viele wenigstens folgenden Voraussetzungen diskursiver Wahrnehmbarkeit genügen: diskursive Kompetenz, Organisiertheit, Anzahl, Zugang zu Orten der politischen Entscheidung, finanzielle Mittel, u.U. ein besonderer Bezug zum jeweils betroffenen Aspekt des Allgemeinen (z.B. B'90/Grüne zur gesunden Umwelt). Hegemoniale Praxis zielt also darauf, einen gemeinsamen Willen derjenigen Subjekte zu generieren, die in einem politischen Diskurs wahrnehmbar sind, mithin der für diesen Diskurs relevanten politisch-gesellschaftlichen Kräfte; wobei die hegemoniale Praxis selbst, da sie Teil des politischen Diskurses ist, unter Umständen an der Produktion dieser Kräfte beteiligt sein kann.¹⁹ Für den spezifischen Fall von Demokratien läßt sich somit festhalten, daß hegemoniale Praxis zumeist auf die Formierung eines gemeinsamen Willens der in einem bestimmten politischen Diskurs wahrnehmbaren Gruppensubjekte zielt.

Allerdings ist der Begriff der Gruppe bislang nicht nur recht unspezifisch verwendet worden, sondern in dieser Unspezifität auch nicht ausreichend, um die verschiedenen Formen diskursiver Koordinierungsleistungen zu erfassen. Vielmehr ist es offensichtlich so, daß Koordinierung in fest gefügten und weniger fest gefügten Konstellationen stattfindet – in sich langfristig verbindenden Gruppen, die einen eher stabilen Institutionencharakter haben und dem üblichen Wortsinn nach als Gruppen bezeichnet werden (wie Verbände und Parteien, aber auch Sachverständigenräte), aber auch in „Gruppen“, die sich eher kurzfristig und in dynamischer Weise zusammenfinden, weshalb sie üblicherweise nicht unter dem Etikett „Gruppe“ firmieren, sondern eher als Allianzen, Bündnisse oder Koalitionen bezeichnet werden.

Während die Untersuchung des Phänomens der politisch wahrnehmbaren und einflußreichen Gruppe – sei es als Verband, als Partei oder in anderer Form – seit ihren Anfängen zum Kernbestand des Politischen

19 Hier sind sehr unterschiedliche Beispiele denkbar. Das Gruppensubjekt der politischen Partei CDU bestand etwa schon, bevor diese Gruppe auf eine spezifische Subjektposition im Rahmen des hegemonialen Projekts der Sozialen Marktwirtschaft rekrutiert war, wurde also durch diese hegemoniale Praxis nicht als gänzlich neues Subjekt, wohl aber als Subjekt mit einer neuen spezifischen Subjektivität produziert. Andere Gruppensubjekte werden hingegen erst durch bestimmte hegemoniale Projekte (bzw. im Zusammenspiel eines solchen Projektes mit dem diskursiven Feld) produziert, so zum Beispiel die (Anti-)Globalisierungsbewegung *attac* durch das hegemoniale Projekt des Altermondialismus.

Wissenschaft gehört,²⁰ kam diesem Phänomen und seinen Auswirkungen auf die Hegemoniebildung von diskurstheoretischer Seite bislang noch nicht genügend Aufmerksamkeit zu. Dabei wird sich ein Rückgriff auf besagten Kernbestand der Politischen Wissenschaft als hilfreich erweisen, und zwar insbesondere auf einige Theoriebestände der Policy-Forschung. Zwar sind die Etablierung und Absicherung politisch-diskursiver Hegemonien einerseits und die Erreichung einzelner Policy-Ziele andererseits nicht deckungsgleich (ich komme auf die Unterschiede noch zu sprechen). Aber eine politische Diskurstheorie, die nach der Genese diskursiver Hegemonien fragt, kann zweifellos von den allgemeinen Erkenntnissen profitieren, die die politikwissenschaftliche Theoriebildung über die Grundlagen und die Modi des Bündnis- und Koalitionsverhaltens politischer Subjekte in Policy-Fragen gewonnen hat.

Bevor im folgenden einige Ansätze aus der Policy-Forschung näher beleuchtet werden, die aus diskurstheoretischer Perspektive interessant und anschlussfähig erscheinen (4.5.2), ist jedoch ein kurzer Umweg unumgänglich. Denn viele dieser Ansätze gehen davon aus, daß „Organisationen“ als politische Subjekte eine zentrale Rolle spielen – auch und gerade bei der Koalitionsbildung, zum Beispiel in der klassischen, amerikanischen geprägten Form eines für ein Politikfeld maßgeblichen „iron triangle“ aus Regierungsbehörde, Parlamentsausschuß und Interessengruppe (vgl. z.B. Lowi 1969; Ripley/Franklin 1984). Allerdings ist bislang noch ungeklärt, wie man aus diskurstheoretischer Sicht überhaupt von Organisationen – die hier als institutionalisierte Gruppensubjekte bezeichnet werden – im Sinne politischer Subjekte sprechen kann. Wenn neben Individuen auch und vor allem institutionalisierte Gruppen Teil von Koalitionen in politischen Diskursen sind (wodurch sich die Quantität artikulierender Subjekte entsprechend dem Ineinandergreifen von institutionalisierter Gruppe und Koalition multipliziert), dann muß nun vor der Betrachtung von Koalitionen zunächst das Augenmerk der diskursiven Konstituierung solcher Gruppen gelten. In diesem Zusammenhang ist auch eine allgemeinere Betrachtung des diskursiven Mechanismus der Institutionalisierung unerlässlich.

20 Die Diskussion des Einflusses von verschiedensten Arten von Gruppen auf die Gestaltung von Politik und der Art und Weise, in der Gruppen (und teilweise auch Individuen) Bündnisse zur Erreichung bestimmter Policy-Ziele eingehen, darf als einer der Kernbestände neuzeitlicher Politischer Ideengeschichte (prominent z.B. in Hamilton et al. 1993[1787/88]; Tocqueville 1959; 1962), aber vor allem der politikwissenschaftlichen Theoriebildung des 20. Jahrhunderts (Pluralismus, Korporatismus, Netzwerktheorien u.a.; im allgemeinen die Forschungen zur Policy-Analyse) gelten.

4.5.1 Institutionalisation und institutionelle Gruppensubjekte

Wenn sich Subjekte institutionell gruppieren, so stellen diese Gruppierungen nur Sonderfälle von allgemeineren diskursiven Konstellationen dar, die sich als Institutionen bezeichnen lassen. Wir haben bislang festgestellt, daß Diskurse – vorangetrieben durch Artikulationen – sich in kontinuierlicher Bewegung befinden. Ebenso wurde aber herausgearbeitet, daß diese kontinuierliche Bewegung keineswegs allumfassend-revolutionären Charakters sein kann, weil jede Artikulation, um überhaupt Sinn generieren zu können, auf einen an vielen Punkten fixierten Hintergrund angewiesen ist, damit vor dieser diskursiven Bewegung (also Sinnverschiebung qua Artikulation) überhaupt erst als solche sichtbar wird. Jene Felder in Diskursen, die durch relative „Fixiertheit“ gekennzeichnet sind (und zwar auch und vor allem dann, wenn sie zahlreichen Artikulationen ausgesetzt sind), jene Felder relativer Ruhe also im diskursiven Fluß möchte ich als diskursive Institutionen bezeichnen. Diskursive Institutionen zeichnen sich mithin durch eine relativ hohe temporale Stabilität aus, die meines Erachtens auf zwei Pfeilern ruht: auf der langfristigen Reproduktion ähnlicher „Muster“ von Artikulationen und auf der Immunisierung dieser Muster gegen radikale artikulatorische Verschiebungen. Als Orte der relativen Dauerhaftigkeit und Verlässlichkeit im diskursiven Rauschen bilden diskursive Institutionen gewissermaßen die „kleine Schwester“ der diskursiven Formation-Formierung. Als „Subformation-formierung“ stabilisieren diskursive Institutionen kleinere diskursive Zusammenhänge.

Institutionen können also diskurstheoretisch als mittelkomplexe Artikulationsmuster verstanden werden, im Rahmen derer meist mehrere diskursive Elemente über lange Zeit immer wieder miteinander in gleiche Beziehungen gesetzt werden. Kurz: Institutionen entstehen durch die sich über einen längeren Zeitraum erstreckende, regelmäßige Wiederholung von Artikulationsmustern.²¹ Derartige diskursive Institutionen

21 Dies ist aus zwei Gründen kein Gegensatz zu jener Ereignishaftigkeit und Einzigartigkeit jeder Artikulation, die in Kapitel 2 dargestellt wurde: Erstens bedeutet die Einzigartigkeit von Artikulationen nicht, daß in ihnen nicht diskursive Elemente in gleicher Weise zueinander in Beziehung gesetzt werden können – sondern nur, daß niemals *alle* diskursiven Elemente einer Artikulation in eine neue Artikulation in gleicher Weise eingebunden sind, etwa weil das artikulierende Subjekt ein anderes ist, oder weil der Kontext ein anderer ist. Selbstverständlich ist es möglich, Artikulationen scheinbar zu kopieren oder zu wiederholen, doch ist es dann gerade die Tatsache, daß es sich um eine Wiederholung oder um die n-te Wiederholung handelt, die die Einzigartigkeit der Artikulation ausmacht. Zweitens

sind vielfältig und nicht auf eine bestimmte Form festgelegt. Institutionen können eine hohe Reichweite haben wie etwa das Gesetzgebungsverfahren in einer politischen Ordnung; dieses hat als diskursive Institution dadurch Bestand, daß bestimmte Beziehungen zwischen diskursiven Einheiten, wie z.B. Ministerialbürokratien, Parlamenten, dem Mehrheitsprinzip, der Äußerung bestimmter Sprechakte, Gesetzestexten usw., in regelmäßiger Weise artikuliert werden (und nicht etwa nur im Verfassungstext, wenngleich der Bezug zur Verfassung ebenfalls Teil der regelmäßigen Artikulationen sein kann). Institutionen können aber auch eine vergleichsweise geringe Reichweite haben, wie etwa die Promotionsordnung einer universitären Fakultät. Institutionen können einen materiellen Anschein haben (wie „der Bundestag“) oder einen immateriellen (wie Freundschaft). Eine Eigenschaft aber, die allen Institutionen eigen ist, seien sie nun von großer Reichweite oder von kleiner, materiell oder immateriell, ist ihre Performativität. Institutionen haben nur performativ Bestand, eben weil sie auf regelmäßigen artikulatorischen Akten beruhen. Mit anderen Worten: Institutionen existieren nur als kontinuierliche Institutionalisierungen, das heißt als wiederholende Artikulationen, die Vorhandenes immer aufs Neue bestätigen. Aufgrund der relativen Dauerhaftigkeit, die mit der Wiederholung einhergeht, werden diskursive Institutionen zu einem Teil des Kontexts weiterer Artikulationen, eines Kontexts, mit dem gerechnet werden kann und muß (wodurch Institutionen einen gewissen diskursiven „Nachhall“ erzeugen).²² Institutionen sind also trotz ihrer Performativität eine eher strukturelle Größe im Diskurs, eine Größe, die die Ereignishaftigkeit des Diskurses begrenzt bzw. zur Gleichzeitigkeit von Strukturalität und Ereignishaftigkeit wesentlich beiträgt. Sie leisten diesen Beitrag trotz ihrer eigenen Abhängigkeit von der kontinuierlichen Institutionalisierung in einzigartigen, ereignisartigen Artikulationen, weil diese Artikulationen im Fall der Institutierung von Artikulationsmustern nicht linear, sondern in gewisser Weise zirkulär aufeinander folgen, wobei allerdings der nächste „Artikulationskreis“ nie völlig identisch mit dem vorhergehenden ist. Vielmehr wird die Institution ähnlich einem Kranzgeflecht gestützt, bei dem die nächste Schicht sich immer um die vorhergehende wickelt, so daß die Form nie ganz exakt, aber doch im wesentlichen erhalten und

aber können komplexe Artikulationsmuster auch durch sehr unterschiedliche (d.h. sich auch im vordergründigen Sinne nicht wiederholende) Artikulationen reproduziert werden, etwa wenn diese Artikulationen das Artikulationsmuster in Kreis- oder Schaukelbewegungen beeinflussen, ohne es grundsätzlich zu verschieben.

- 22 Strukturell ähneln sich insofern Institutionen und Subjekte, die auch stets den Kontext ihrer eigenen Re-Artikulation bilden (vgl. 4.4.1).

dabei stabilisiert wird. (Wollte man die Kranzmetapher noch zuspitzen, könnte man sagen, daß sich Performativität der Institution darin zeigt, daß der Kranz der Einflechtung immer neuer Zweige bedarf, weil die ältesten Zweige allmählich vertrocknen, spröde werden und brechen.)

Die Beharrungskraft von Institutionen wird aber nicht nur durch die kontinuierliche Reproduktion von Artikulationsmustern gesichert, sondern auch dadurch, daß diese Artikulationsmuster in einer Weise immunisiert werden, die ein plötzliches Einbrechen der diskursiven Ereignishaftigkeit, das heißt die plötzliche Neuartikulation diskursiver Elemente oder die plötzliche Neuordnung von miteinander verwobenen Artikulationen, behindert (eine komplette *Verhinderung* ist unmöglich). Eine mögliche Weise der Immunisierung besteht zum Beispiel in Verflechtung von sich gegenseitig stützenden Institutionen, etwa wenn die Institution des Gesetzgebungsprozesses auf der Institution der Verfassung beruht, die wiederum vom Gesetzgebungsprozeß abhängig ist (das Einbrechen von Ereignishaftigkeit, beispielsweise von Revolutionen, kann natürlich beide Institutionen dissoziieren und einzeln oder gemeinsam zerstören). Die im modernen politischen Diskurs vielleicht bedeutendste Methode der Immunisierung besteht aber – wenigstens in den politischen und gesellschaftlichen Diskursen liberaler Demokratien – in der Verknüpfung einer Institution mit der Institution des Rechts. Wenn ein Artikulationsmuster als rechtsförmiges Artikulationsmuster artikuliert wird, so ist es weitaus schwieriger, die in diesem Artikulationsmuster etablierten Beziehungen neu zu artikulieren als ohne Rechtsförmigkeit. Eingängige Beispiele sind die Beziehung von Ehefrau und Ehemann im Unterschied zur Beziehung von Liebhaberin und Liebhaber oder die Beziehung einer Eigentümerin zu ihrem rechtmäßigen Eigentum. In unserem Zusammenhang besteht das relevanteste Beispiel jedoch in der quasi-verfassungsrechtlichen Festschreibung²³ der Sozialen Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung für das wiederzuvereinigende Deutschland, wie sie im Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen BRD und DDR am 18. Mai 1990 vorgenommen wurde (v.a. Präambel und Artikel 11 des Vertrags). Die Soziale Markt-

23 Cassel/Rauhut (1998: 13/14) sprechen in diesem Zusammenhang von einem Bekenntnis zur „Sozialen Marktwirtschaft“ in „einem Dokument von Verfassungsrang“. Damit bekommt die „Soziale Marktwirtschaft“ selbst zwar keinen Verfassungsrang. Doch im Gegensatz zum vorherigen Status, wo aus dem Grundgesetz lediglich abzulesen war, daß die „Soziale Marktwirtschaft“ eine zulässige Wirtschaftsordnung darstellt, kann sie mit dem Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion „nicht nur [als] erlaubt, sondern [als] rechtfertigt geboten“ gelten (Willgerodt 1999: 117).

wirtschaft durfte zwar auch 1989 schon als instituierte Wirtschaftsordnung der alten Bundesrepublik gelten, eben weil sie als solche regelmäßig und weit verbreitet artikuliert wurde. Aber unter Verweis darauf, daß das Grundgesetz keine expliziten Aussagen zur Wirtschaftsordnung Deutschlands gemacht hatte (vgl. Papier 1999), konnte die Äquivalenzbeziehung von Sozialer Marktwirtschaft und der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik immer wieder (wenigstens bis in die 1970er Jahre) in Frage gestellt werden.²⁴ Das Ereignis des Zusammenbruchs der DDR und der absehbaren Vereinigung, im Rahmen derer man sich mit einer alternativen, realsozialistischen Wirtschaftsordnung konfrontiert sah, die als wesentlicher Grund für den genannten Zusammenbruch artikuliert wurde, eröffnete die Möglichkeit, die Beziehung von deutscher Wirtschaftsordnung und Sozialer Marktwirtschaft rechtlich zu fixieren und so den institutionellen Status dieses Artikulationsmusters abzusichern. Daß auch eine solche Absicherung qua rechtlicher Fixierung keine absolute Fixierung sein kann, ist offensichtlich; eine derartige Annahme wäre aus der Perspektive der fundamental dynamischen Logik des Diskurses geradezu absurd. Aber die rechtliche Immunisierung muß doch als stabilisierender Faktor gelten – solange anerkannt wird, daß der von einem Artikulationsmuster artikulierte Zusammenhang überhaupt rechtlich geregelt werden kann.

Kommen wir aber von diesem Exkurs über die Mechanismen diskursiver Institutionalisierung zurück auf die hier primär interessierende Frage, in welcher Weise Subjekte – und Bedingungen der Wahrnehmbarkeit – koordiniert werden und wenden wir uns der ersten Antwortmöglichkeit zu: Koordinierung findet statt im Rahmen von institutionalisierten Gruppen. Grundsätzlich läßt sich sagen, daß alle Gruppen aus mehreren oder auch vielen individuellen Subjekten bestehen, die für Subjektpositionen rekrutiert wurden, die auf eine bestimmte Weise als äquivalent oder zusammengehörig artikuliert werden. Mit anderen Worten: *Als Gruppenmitglieder* treten individuelle Subjekte zueinander in eine Äquivalenzbeziehung – was keineswegs damit gleichzusetzen ist, daß die individuellen Subjekte in jeder Beziehung als äquivalente artikuliert werden. Zu diesen Äquivalenzbeziehungen kommt es, weil verschiedene individuelle Subjekte bestimmte diskursive Formationen-Formierungen artikulatorisch stützen. Diese können sehr verschiedener Art sein: Es kann sich um Formationen-Formierungen handeln, in welchen Subjekte gemeinsam einen kugelförmigen Ledergegenstand nach bestimmten Regeln über ein Feld bewegen (Gruppe von Ballspielern), oder aber um Formationen-Formie-

24 Noch Willy Brandt sprach 1972 von der „sogenannten Sozialen Marktwirtschaft“ (vgl. Wengeler 1994: 119/120).

rungen, in welchen Subjekte in bestimmte Produktionsprozesse eingebunden sind und gemeinsam Verbesserungen dieser Produktionsprozesse suchen (je nach Präzisierung der diskursiven Formation-Formierung denkbar als Gruppe von Unternehmern, als Gruppe von Arbeitern und auch als gemischte Gruppe). Es ist allerdings deutlich, daß es sich hierbei noch nicht um institutionalisierte, sondern um eher lose Gruppen handelt: Einige Ballspieler sind keine Vereinsmannschaft und einige Arbeiter, die gleiche Probleme artikulieren, ebensowenig eine Gewerkschaft wie einige Unternehmer ein Unternehmerverband.

In Anlehnung an die soeben erörterten Mechanismen diskursiver Institutionalisierung können für diskursiv institutionalisierte Gruppen die folgenden acht Merkmale ausgemacht werden: Erstens manifestieren sich institutionalisierte Gruppen diskursiv über das Angebot bestimmter Subjektpositionen, allen voran der des „Mitglieds von X“.

Zweitens werden Individuen in Gruppen zueinander über relativ lange Zeiträume in Äquivalenzbeziehungen gesetzt, indem sie alle für dieselbe Subjektposition „Mitglied von X“ rekrutiert werden. Natürlich können innerhalb der Gruppe differenziertere Subjektpositionen angeboten werden (Vorsitzende, Vorstopper und Verteidigungsminister beispielsweise), doch die Subjektposition „Mitglied von X“ ist entscheidend.²⁵

Drittens wird die Gruppe zur institutionalisierten Gruppe, indem sie die Einnahme der Subjektposition „Mitglied“ nicht nur daran knüpft, daß ein individuelles Subjekt eine bestimmte diskursive Formation-Formierung stützt, sondern daran, daß das Subjekt explizit als Mitglied artikuliert wird (sei dies durch eine Beitrittserklärung, einen Arbeitsvertrag, Treueschwur oder ähnliches) oder, in Ausnahmen, daß das Subjekt qua Geburt Mitglied ist, diese Mitgliedschaft aber wiederum nur durch eine explizite Artikulation aufgeben kann (etwa bei Staatsangehörigkeit). In jedem Fall steht die Mitgliedschaft in Beziehung zu einer bestimmten, rechtsförmigen, sittlichen oder anderweitig zeitlich bindenden Artikulation, die diese Mitgliedschaft zum expliziten Bestandteil hat. Dies führt dazu, daß die erstmalige Einnahme der Subjektposition „Mitglied“ auch dann fortwirkt, wenn sich ein Subjekt im Moment einer Artikulation nicht auf eben dieser Subjektposition befindet – es sei denn, die Mitgliedschaft wird wieder explizit „disartikuliert“.

Viertens immunisiert sich eine institutionalisierte Gruppe, indem nicht nur die Mitgliedschaft, sondern die Existenz der Gruppe selbst und ihre

25 Schon Niklas Luhmann (1964: 39-53) hat – wenn auch in anderem Zusammenhang – die weitreichende Bedeutung der Rolle des Mitglieds im Rahmen der formalen Institution hervorgehoben.

Beziehung zu bestimmten Artikulationsmustern explizit und rechtsförmig artikuliert wird (in Satzungen, Geschäftsordnungen, Programmen etc.).

Fünftens werden in institutionalisierten Gruppen auch Repräsentationssubjektpositionen (von Vorsitzenden, Sprechern, Managern, Trainern etc.) artikuliert, von denen aus einzelne Mitglieder-Subjekte *im Namen der Gruppe* artikulatorische Akte vollziehen können. Solche Repräsentationsarrangements können auch den Effekt einer Repräsentation bei der Subjektivierung haben. Dies betrifft all jene Fälle, in denen eine organisierte Gruppe subjektiviert wird, aber mit ihr zugleich alle, die dieser Gruppe zugerechnet werden, also die Mitglieder. Findet sich etwa in der Parteitagssrede eines CDU-Parteivorsitzenden oder auch im Parteiprogramm der CDU eine Aussage der Art „Die CDU ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft“, so hat dies eine Subjektivierung aller CDU-Mitglieder zur Konsequenz.

Sechstens kann es durch die Gleichzeitigkeit von Mitgliedschaft und Repräsentation dazu kommen, daß die Artikulation der Mitgliedschaft nicht mehr in jedem Einzelfall mit der Unterstützung einer grundsätzlich gemeinsam artikulierten diskursiven Formation-Formierung einher geht. Dies kann wiederum vor dem Hintergrund der zeitlichen oder der räumlichen Dimension geschehen. So geschieht es in der zeitlichen Dimension immer wieder, daß die lange Zeit artikulierte Formation-Formierung, aufgrund derer es zur ersten Einnahme der Mitgliedschaft gekommen ist, mit der diskursiven Formierung, die Repräsentanten zu einem bestimmten Zeitpunkt im Namen der Gruppe vornehmen, nicht mehr deckungsgleich ist. Räumlich, das heißt im Raum der zu einem Zeitpunkt nebeneinander existierenden diskursiven Subjekte, kommt es hingegen vor allem in großen politischen institutionalisierten Gruppen selbst dann, wenn die Mitglieder einer solchen Gruppe eine Formation-Formierung in ihren Grundaussagen stützen, zur Gleichzeitigkeit mehrerer unterschiedlicher Präzisierungen dieser Formation-Formierung (man denke z.B. an die Vielfalt der Positionen in den Volksparteien), die nicht alle notwendigerweise in die Artikulationssequenzen eingehen, die die Repräsentanten im Namen der gesamten Gruppe vorbringen. Es zeichnet nun aber eine institutionalisierte Gruppe aus, daß die Artikulation der Mitgliedschaft in ihr – aufgrund ihrer Langfristigkeit und Rechtsförmigkeit – bis zu einem gewissen Grad die Notwendigkeit, in jedem Einzelfall die Unterstützung einer bestimmten diskursiven Formation-Formierung zu erneuern, ersetzen kann (nur bis zu einem gewissen Grad, weil die Mitgliedschaft ja letztlich, wie gerade ausgeführt, auch „disartikuliert“ werden kann).

Hinzu kommt siebtens, daß Subjekte auf der Subjektposition eines „Mitglieds von X“ auch dann als äquivalent artikuliert werden (insbe-

sondere durch „Nichtmitglieder“), wenn sie im Einzelfall ein von den Repräsentanten der Gruppe artikuliertes Muster nicht stützen.

Auf diese sieben Punkte (von insgesamt acht, den achten reiche ich noch nach), aber insbesondere auf die drei letztgenannten Punkte muß sich eine diskurstheoretische Heuristik des Gruppensubjekts stützen. Inwieweit man eine gesellschaftliche Gruppe tatsächlich als Träger *einer* Subjektivität bezeichnen kann, war und ist zwar in den Sozial- und Rechtswissenschaften spätestens seit den Auseinandersetzungen um die – bereits aus dem 19. Jahrhundert stammenden – Überlegungen Otto von Gierkes zur „realen Verbandspersönlichkeit“ (vgl. Gierke 1954[1868-1913]; Gierke 1954[1902]) und deren Rezeption im frühen englischen Pluralismus (vgl. Birke 1978: 153-216) umstritten. Doch es hat sich – wohl auch in der Tradition marxistischer Überlegungen, Klassensubjekte und vor allem das Proletariat als Geschichtssubjekte zu begreifen (vgl. Schwemmer 1996: 129) – zunehmend eingebürgert, von Gruppen als politischen Subjekten auszugehen. Dies gilt in der Politikwissenschaft zum Beispiel für weite Bereiche der Policy-Netzwerk-Analyse, die in Organisationen oder korporativen Akteuren (i.e. institutionalisierten Gruppen) und weniger in individuellen Akteuren die maßgeblichen politischen Akteure sehen,²⁶ aber es gilt auch für diskurstheoretische Ansätze. So rekurren etwa Laclau/Mouffe in *Hegemony and Socialist Strategy* auf die in den 1980ern viel diskutierten Neuen Sozialen Bewegungen in ihrer Funktion als politische Subjekte (vgl. Laclau/Mouffe 1985: 159-171). Auch wenn die Problematik der Generierung einer Gruppensubjektivität hier nicht im Detail erörtert werden kann, so ist doch die heuristische Annahme solcher Gruppensubjekte aus pragmatischen Gründen in jedem Fall sinnvoll, weil sie die Anzahl der diskursanalytisch zu betrachtenden Artikulationssubjekte beträchtlich senkt. Aber darüber hinaus erscheint diese heuristische Annahme im Anschluß an die eben aufgeführten sieben Punkte auch theoretisch haltbar, wenn man einerseits bedenkt, daß verschiedene individuelle Subjekte äquivalente Subjektpositionen einnehmen, sobald sie als Mitglied einer Gruppe artikuliert werden und/oder artikulieren; und wenn man andererseits berücksichtigt, daß von institutionalisierten Gruppen (oder genauer: von ihren Repräsentanten) vorgenommene Artikulationen auch jene individuellen Mitgliedssubjekte für die Gruppe vereinnahmen (zur

26 Dies trifft vor allem auf die europäische Policy-Netzwerk-Analyse zu (vgl. z.B. Marin/Mayntz 1991b: 14; Mayntz 1993; Marsh 1998b). Marsh (1998b: 6) stellt jedoch dar, daß sich demgegenüber ein Großteil der amerikanischen Forschung mit der Mikroebene der Netzwerke befaßt, das heißt der Vernetzung von Individuen, die in ihren jeweiligen Organisationen tätig sind; vgl. hierzu auch Peters (1998).

Gruppe äquivalent setzen), die diese Artikulationen kurz- oder mittelfristig nicht teilen. Im Anschluß an die Annahme einer der individuellen Subjektivität vergleichbaren Gruppensubjektivität ist es auch möglich, eine spezifische Art politischer Subjekte, die im Diskurs der Sozialen Marktwirtschaft immer wieder eine wichtige Rolle spielen, zu erfassen, und zwar die Dachverbände (allen voran DGB, BDI und BDA). Diese können als institutionalisierte Gruppen zweiter Ordnung verstanden werden, also als institutionalisierte Gruppen, in denen sich wiederum institutionalisierte Gruppen zusammengeschlossen haben.

Doch kehren wir nun zurück zum Ausgangspunkt: Institutionalisierte Gruppen sind also eine Form, die gemeinsames Artikulieren und auf diese Weise die Kristallisierung von diskursiver Macht gestattet. Dabei zeichnet sich die institutionalisierte Gruppe durch ein weiteres – achtes und letztes – Merkmal aus: Sie aggregiert äquivalent artikulierende Subjekte nicht nur in der Dimension des Raums (sie führt nicht nur möglichst viele Subjekte zusammen), sondern sie aggregiert sie zusätzlich in der Dimension der Zeit, das heißt sie verstetigt das gemeinsame, koordinierte Artikulieren. Dies hat jedoch nicht nur den Vorteil, daß so stabile, relativ große Quantitäten von äquivalent artikulierenden Subjekten gesichert werden können. Es bringt auch drei gravierende Nachteile mit sich: Der erste Nachteil folgt daraus, daß die Langfristigkeit nur dadurch gewährleistet ist, daß in institutionalisierten Gruppen nicht nur Subjekte, sondern vor allem ihre Subjektpositionen zueinander in Beziehung gesetzt werden. Diese Subjektpositionen sind aber nicht die einzigen, die Subjekten zur Verfügung stehen (konkurrierende Gruppenmitgliedschaften oder zahlreiche nicht gruppengebundene Subjektpositionen sind wahrscheinlich), und es ist angesichts der diskursiven Ereignishaftigkeit, aber auch angesichts wiederkehrender Situationen der Unentscheidbarkeit zwischen verschiedenen Subjektpositionen nicht absehbar, wann sich Subjekte als „Mitglied von X“ positionieren und wann nicht. Der zweite Nachteil ist hiermit eng verbunden: Die Langfristigkeit, die damit einher geht, daß ein Subjekt die Subjektposition „Mitglied von X“ einmal eingenommen hat, bringt auch eine gewisse „Trägheit“ mit sich. Mit anderen Worten: Indem man die Subjektposition „Mitglied von X“ erstmals einnimmt, artikuliert man auch die Unterstützung einer bestimmten, von der Gruppe oder ihren Repräsentanten gestützten diskursiven Formation-Formierung. Aber sowohl individuelle Artikulationsmuster als auch die der Gruppe befinden sich kontinuierlich im Fluß, ohne daß bei zunehmender Divergenz zwischen beiden notwendigerweise der explizite Akt des Gruppenaustritts vollzogen wird. Infolgedessen können sich eine Gruppe oder auch ihre Repräsentanten nie sicher sein, daß die Grundlage gemeinsamer Artikulation in dem Maße wie ange-

nommen gewährleistet ist. Drittens schließlich macht es die Gleichzeitigkeit der Dauerhaftigkeit institutionalisierter Gruppen und der Ereignishaftigkeit des Artikulationsgeschehens wahrscheinlich, daß die Anzahl der in solchen Gruppen aggregierbaren Subjekte an Grenzen stößt. Es ist wahrscheinlich, daß kurze oder mittellange Institutionalisierungen eine größere Anzahl von gemeinsam artikulierenden Subjekten binden können.

Aus diesen drei Gründen erscheinen institutionalisierte Gruppen zwar als wichtige Formen zur Koordinierung und damit zur Erhöhung diskursiver Wahrnehmbarkeit und letztlich zur Förderung von Hegemonien, aber nicht als einzige Form. Sie sind zu ergänzen durch jene fluiden Formen der Koordinierung, die oben schon angesprochen wurden. Diese lassen sich als diskursive Koalitionen oder auch als Diskurskoalitionen bezeichnen und werden nun im folgenden Abschnitt genauer betrachtet.

4.5.2 Diskurskoalitionen

Koalitionen zwischen verschiedenen Subjekten, die als Äquivalente artikuliert werden, aber dabei nicht in eine solch enge Verbindung miteinander treten wie in institutionalisierten Gruppen, scheinen aus diskurstheoretischer Perspektive das Mittel *par excellence* zur Bewerkestellung von Hegemonien zu sein. Unter den möglichen Verbindungen verschiedener Subjekte spiegeln Koalitionen am ehesten das wider, was als die diskursive Logik des Zum-Teil bezeichnet wurde, weil sie sich in der Schwebe zwischen Fixiertheit und Nicht-Fixiertheit befinden. Zwischen dem einen Fall einer institutionalisierten Gruppe und dem anderen Fall von vielen Subjekten, die überhaupt keine Gruppe bilden, sondern nur mehr oder weniger zufällig miteinander zu tun haben (was nicht jede Form von Koordinierung und Kooperation ausschließt: Koordinierung/Kooperation auf dem Markt etwa erfordert keine Gruppenbildung!), bilden Koalitionen eine Art fragiles „Mittelding“. Während einerseits viele unkoordinierte Subjekte überhaupt nicht in Äquivalenzbeziehungen – sondern in nicht überformten Differenzbeziehungen – artikuliert werden und andererseits die Mitglieder einer institutionalisierten Gruppe in verstetigten und abgesicherten Äquivalenzbeziehungen zueinander stehen, treten Koalitionäre zueinander zwar in Äquivalenzbeziehungen, aber diese sind fortwährend prekär. Daß sie prekär sind, heißt nicht, daß sie nicht auch über lange Zeit bestehen können (eventuell kann sich auch eine Koalition in eine institutionalisierte Gruppe wandeln), aber ihnen fehlt jene rechtsförmige, sittliche oder anderweitig langfristig *bindende* Absicherung, die institutionelle Gruppen auszeichnet. Zwar stützen die Koalitionäre alle eine bestimmte diskursive oder auch hegemoniale Formation-Formierung, aber diese Unterstützung muß

angesichts sich wandelnder Kontexte immer wieder neu artikuliert werden. In Koalitionen müssen Subjekte kontinuierlich aufs Neue für die Subjektpositionen einer von ihnen gestützten diskursiven/hegemonialen Formation-Formierung rekrutiert werden. Mit anderen Worten bildet die Formation-Formierung (in ihrer beständigen Reartikulation) selbst eine Art Zement, der die Koalition zusammenhält; in institutionalisierten Gruppen hingegen kann diese „Zementfunktion“ für geraume Zeit durch die Mitgliedschaft ersetzt werden.

Der Begriff der Diskurskoalition wurde schon in anderen Kontexten verwendet (vgl. Wuthnow 1989: 16; Wagner 1990: 53-57; Singer 1990; 1993a; 1993b), am prominentesten durch Maarten Hajer (1995). Ehe ich zum Schluß dieses Abschnitts vor allem auf Hajers wichtigen Beitrag zu sprechen komme, möchte ich jedoch dem Konzept der Diskurskoalition, wie es hier verstanden werden soll, noch mehr Kontrast verleihen. Dazu möchte ich es mit zwei Konzepten vergleichen, die in der Policy-Analyse²⁷ eine prominente Stellung einnehmen: dem des Policy-Netzwerks und dem der *advocacy coalition*.

Wenn soeben Diskurskoalitionen zwischen den Möglichkeiten einer Vielzahl von Subjekten ohne jede sie verbindende Äquivalenzrelation einerseits und der institutionalisierten Gruppe andererseits verortet wurden, so deutet sich hierin eine gewisse strukturelle Ähnlichkeit zu jenen Konglomeraten von Akteuren an, die gemeinsam an der Konzeptionierung und Entwicklung von Policies arbeiten und die nun schon seit geraumer Zeit unter der Bezeichnung der Policy-Netzwerke erforscht werden.²⁸ Im Gegensatz zu pluralistischen, im wesentlichen marktförmig organisierten Policy-Prozessen, bei denen der Staat nur als Rezeptor und „Schiedsrichter“ zwischen den politisch organisierten Interessen auftritt,²⁹ aber auch im Gegensatz zur hierarchischen Organisation von Po-

27 Die Policy-Analyse ist zum einen von besonderem Interesse, weil es auch hier in gewisser Weise – auf dem Feld einer Policy – um die Durchsetzung hegemonialer Positionen geht, und zum anderen, weil die Policy-Analyse als einer jener Bereiche der empirisch forschenden Politikwissenschaft gelten darf, in dem ein relativ weit verbreitetes Bewußtsein für eine kognitive Ebene der Politik vorhanden ist, die deshalb eine gewisse Offenheit für die diskurstheoretische Denkungsart zeigt, auch wenn der Diskursbegriff selbst kaum Konjunktur hat (vgl. Nullmeier 2001: 286-289, der in diesem Zusammenhang auch von einer „kognitiven Wende“ spricht).

28 Einen Kurzüberblick über die politischen Netzwerktheorien bietet Schubert (1994). Ausführlicher sind z.B. verschiedene Beiträge in Marin/Mayntz (1991a: 11-59) und Héritier (1993a: 1-94), sowie die Sammelbände von Jansen/Schubert (1995) und Marsh (1998a).

29 Dies wäre im wesentlichen ein (neo-)pluralistisches Verständnis von Policy-Prozessen. Einen ausführlichen Überblick über die Anfänge des Pluralismus als politischer Theorie bietet Birke (1978). Zur Rezeption in

licy-Prozessen, in der sich zwischen den Beteiligten relativ rigide Beziehungen entwickeln, die zudem vor allem um den dominanten Akteur Staat herum angeordnet sind,³⁰ gelten Netzwerke häufig als eine Art Mittelweg zwischen hierarchischen und marktförmigen Policy-Prozessen (vgl. Kenis/Schneider 1991: 41; Mayntz 1993: 44/45).³¹ In ihnen kommt weder die Handlungslogik der Autorität (also letztlich Befehl und Gehorsam) zum Tragen noch die des Wettbewerbs, sondern die Handlungslogik der Verhandlung und des Aushandels, wobei die Netzwerkakteure idealtypischerweise sowohl auf einen Ausgleich ihrer jeweils eigenen Interessen als auch auf ein optimales gemeinsames Ergebnis zur Problemlösung in einem Politikfeld bedacht sind (vgl. Mayntz 1993: 45-47).³²

Deutschland vor allem im Zuge des Neo-Pluralismus Ernst Fraenkel (vgl. v.a. Fraenkel 1979[1964]) siehe die sehr ausführliche Darstellung bei Kremendahl (1977). Als kompetent eingeleitete Sammlung von Pluralismus-„Klassikern“ ist noch immer Nuscheler/Steffani (1973[1972]) hilfreich. Für neuere Entwicklungen der politischen Pluralismustheorien siehe Schubert (1995: 412-415).

- 30 Dies wäre im wesentlichen ein (neo)-korporatistisches Verständnis von Policy-Prozessen. Siehe für die frühe korporatistische Kritik am Pluralismus Schmitter/Lehmbruch (1979) und Alemann (1981). Die kompakte Studie über die Korporatismustheorien von Peter Williamson (1989) enthält auch einen Überblick über die Diskussion zwischen Pluralismus und Korporatismus (ebd.: 49-74). Jüngere Entwicklungen stellt am Beispiel der BRD z.B. Wolfgang Streeck (1999, v.a. 280-297) dar; siehe aber auch Schubert (1995: 416-420).
- 31 Auch wird der Ansatz der Policy-Netzwerk-Analyse immer wieder dahingehend interpretiert, daß er zwischen pluralistischen und korporatistischen Ansätzen stünde (vgl. Kenis/Schneider 1991: 27/28). Zwar scheinen Policy-Netzwerke durch ihre grundsätzlich kooperative Ausrichtung korporatistischen Vorstellungen näher zu sein als pluralistischen, aber es gibt doch mindestens zwei grundlegende Unterschiede zwischen Netzwerkforschung und Korporatismus: Erstens konstatiert letzterer eine „konstitutive Rolle des Staates bei der Organisierung kollektiver gesellschaftlicher Interessen“ (Streeck 1999: 282), schreibt also dem Staat die zentrale Rolle wenigstens bei der organisatorischen, oft aber auch bei der inhaltlichen Steuerung zu, wohingegen staatliche Akteure aus der Perspektive der Netzwerkforschung gleichberechtigte Akteure innerhalb der Netzwerke sind (vgl. z.B. Marin/Mayntz 1991b: 17; Héritier 1993a: 16). Zweitens blickt die Netzwerkforschung auf einzelne Politikfelder (und teilweise auch auf Subfelder), während der Korporatismus die makro-politische Konstellation der gesamten Polity im Blick hat (vgl. Marin/Mayntz 1991b: 19).
- 32 Neben dem ausgeführten Netzwerkkonzept, das vor allem die deutsche Literatur prägt, gibt es auch ein prominentes angelsächsisches Konzept, wonach „Netzwerk“ einen Oberbegriff für verschiedene Beziehungsformen zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren darstellt (vgl. Börzel 1998).

Ein Vergleich mit dem Konzept der Policy-Netzwerke kann dabei helfen, den Blick für die Eigenschaften von Diskurskoalitionen zu schärfen. Aber auch wenn es verlockend ist, Policy-Netzwerke und Diskurskoalitionen als ähnliche Konzepte zu begreifen, so lassen sich doch bei vielen ähnlichen Merkmalen auch ganz wesentliche Unterschiede ausmachen. Dies wird deutlich, wenn wir folgende – von Bernd Marin und Renate Mayntz erstellte – Liste wesentlicher Merkmale von Policy-Netzwerken betrachten. Danach zeichnen sich Policy-Netzwerke aus durch

being anchored in policy sectors; requiring collective action; composed of corporate actors; structured as interorganizational relations; predominantly informal and horizontal, but not without asymmetric interdependencies which means power relations; functionally defined by the formulation and implementation of policy; without stable central or hegemonic actors; involving not too many participants; and characterized by strategic interaction and a predominance of antagonistic cooperation or mixed-motive games (Marin/Mayntz 1991b: 18).

Diese Merkmale der Policy-Netzwerke sollen nun hinsichtlich ihrer Validität für Diskurskoalitionen in politischen Diskursen betrachtet werden, wobei die Reihenfolge, in der sie genannt werden, leicht abgeändert und einige Merkmale zusammengefaßt werden:

(1) *anchored in policy sectors*. Offensichtlich sind politische Diskurskoalitionen nicht notwendigerweise in einzelnen Politikfeldern wie Agrar- oder Außenpolitik verankert. Sie können, wie im Fall des wirtschaftspolitischen Diskurses – in dessen Zentrum der leere Signifikant „Soziale Marktwirtschaft“ steht – zahlreiche Politikfelder (neben der Wirtschaftspolitik wenigstens die Sozial-, Finanz-, Familien- und Wohnungsbaupolitik) verbinden. Aber natürlich sind auch Diskurskoalitionen in einzelnen Politikfeldern denkbar. Und so weist dieser Punkt auf eine grundsätzliche Problematik jeder Diskurswissenschaft: die Reichweite und die Abgrenzbarkeit von Diskursen (und damit auch auf die Problematik der Verortung der in ihnen artikulierenden Subjekte und Koalitionen). Da sie immer wieder ineinander greifen und einander auch teilweise überlappen, ist es unmöglich, einzelne politische Diskurse genau voneinander abzugrenzen, bzw. jeder Versuch einer exakten Abgrenzung trägt Spuren der Konstruktion durch die Diskursanalytikerin. Dennoch gibt es einen, bereits genannten Anhaltspunkt: Denn verschiedene politische Diskurse grenzen sich dadurch voneinander ab, daß in ihren diskursiven Formationen-Formierungen jeweils eigene Aspekte des symbolischen Allgemeinen zum Gegenstand konflikthafter Artikulation werden. Darin liegt der Grund, daß wir von Beginn an von einem

jeweils *spezifischen Allgemeinen* gesprochen haben. Dabei kann das Allgemeine das spezifische Allgemeine eines einzelnen Politikfeldes sein, also zum Beispiel in der Agrarpolitik in etwa ausgedrückt sein durch „eine Produktionsweise von Lebensmitteln und anderen agrarischen Gütern (auch: einer wohl gehegten Kulturlandschaft), die sowohl Produzenten als auch Konsumenten befriedigt“.³³ Oder aber es kann eben ein spezifisches Allgemeines sein, das über ein Politikfeld hinaus geht – wie im Fall des ordnungspolitischen Diskurses oder zum Beispiel auch in Bürger- oder Menschenrechtsdiskursen. Entsprechend der unterschiedlichen Ausformungen des spezifischen Allgemeinen werden auch die Kreise der von einem politischen Diskurs Betroffenen, die damit auch gleichzeitig potentielle Koalitionäre sind, unterschiedlich sein (vgl. für potentielle Koalitionssubjekte in Umweltdiskursen Hajer 1995). Grundsätzlich jedenfalls sind Diskurskoalitionen – wie politische Diskurse im allgemeinen – auf verschiedenen Ebenen anzusiedeln.

(2) *requiring collective action*. Es sollte mittlerweile deutlich geworden sein, daß für Diskurskoalitionen (wie für diskursive Hegemonien im allgemeinen) gemeinsames Handeln – allerdings im Sinne gemeinsamer Artikulation – erforderlich ist.

(3) *composed of corporate actors; structured as interorganizational relations*.³⁴ Bezüglich dieses Aspektes sind sich verschiedene Netzwerkansätze uneins. Während in den Überlegungen von Marin/Mayntz nur korporative Akteure bzw. Organisationen als Netzwerkakteure eine Rolle spielen (vgl. auch Mayntz 1993), heben weite Teile der amerikanischen Policy-Netzwerk-Forschung die von Individuen gewobenen Netzwerke hervor (vgl. Marsh 1998b: 6). Betrachtet man die Zusammenset-

33 Man erkennt an der Notwendigkeit einer solch langen Formel wie dieser, die das agrarpolitische Allgemeine fassen soll, im übrigen das Fehlen eines leeren Signifikanten, dem es gelingen könnte, das spezifische Allgemeine knapp zu fassen.

34 Die Politikwissenschaft unterteilt komplexe Akteure (i.e. die nicht-individuellen Akteure) in Akteuraggregate, kollektive und korporative Akteure (vgl. v.a. Scharpf 1997: 53-58). Dabei wird unter einem Akteuraggregat eine zufällig gemeinsam oder gleichorientiert handelnde Gruppe verstanden. Kollektive Akteure bestehen aus individuellen Akteuren, die ihr gemeinsames Handeln koordinieren und organisieren, die aber immer noch jeweils eigenständig agieren; hierunter werden auch Koalitionen bzw. Allianzen verstanden. Korporative Akteure „entstehen, wenn Akteure Ressourcen zusammenlegen, um als Handlungseinheit eine überindividuelle Rechtsperson zu erschaffen, die in ihrem Interesse tätig wird“ (Schneider 2003: 109). Wie unschwer zu erkennen ist, ähnelt die hier für die Diskurstheorie vorgeschlagene Unterscheidung zwischen Diskurskoalition und institutionalisierter Gruppe der Unterscheidung zwischen kollektivem und korporativem Akteur.

zung von Diskurskoalitionen, so spricht grundsätzlich nichts dafür, daß nur institutionalisierte Gruppen – sie bilden die diskurstheoretische Entsprechung der korporativen Akteure – und nicht auch Individuen Teil von Diskurskoalitionen sein können (weshalb auch bislang immer sowohl von Individuen als auch von Gruppen als diskursiven Subjekten gesprochen wurde). Bedenkt man jedoch, daß sowohl Diskurskoalitionen als auch institutionalisierte Gruppen Mittel zur Steigerung der diskursiven Wahrnehmbarkeit darstellen, die dabei jeweils unterschiedliche Stärken haben, dann ist die Annahme naheliegend, daß Koalitionen, die aus institutionalisierten Gruppen bestehen, die wahrscheinlichste Variante von hegemonialen Diskurskoalitionen sind, eben weil sie verschiedene Möglichkeiten der Koordinierung miteinander verknüpfen. Das schließt die Beteiligung von Individuen an Diskurskoalitionen nicht grundsätzlich aus, sollte aber mit Blick auf die empirische Diskursanalyse zur Vorsicht mahnen: Hier sollte immer genau betrachtet werden, ob Subjekte, die als individuelle Subjekte artikuliert werden, nicht letztlich doch von der Subjektposition eines Repräsentanten einer institutionalisierten Gruppe sprechen. Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack etwa, die in der zweiten Hälfte der 1940er und in den 1950ern die vielleicht die prominentesten „individuellen“ Koalitionäre für die Etablierung der Hegemonie der Sozialen Marktwirtschaft waren, konnten diese Rolle wenigstens zum Teil nur als Repräsentanten der CDU bzw. der Bundesregierung übernehmen.

(4) *functionally defined by the formulation and implementation of policy.* Da es sich um die Diskussion der Eigenschaften von Policy-Netzwerken dreht, ist diese Einschränkung naheliegend. Im Falle von politischen Diskurskoalitionen jedoch würde eine solche Einschränkung zu sehr einengen. Es ist gerade im Fall des Diskurses der Sozialen Marktwirtschaft offensichtlich, daß es hier nicht nur um die Formulierung und Implementierung von Policy geht, sondern vor allem um die Gestaltung eines diskursiven Raums, innerhalb dessen die Formulierung und Implementierung einer bestimmten Art von Policy wahrscheinlicher wird als die einer anderen.

(5) *predominantly informal and horizontal, but not without asymmetric interdependencies which means power relations; without stable central or hegemonic actors.* Auch hier finden sich in der Policy-Netzwerk-Forschung verschiedene Positionen. Marin/Mayntz schließen die Existenz hegemonialer Akteure vor allem aus ihrer Netzwerkkonzeption aus, um deutlich zu machen, daß dem Staat trotz seiner Normsetzungskompetenz weder bei der Organisation des Netzwerks noch bei der Policy-Formulierung im Netzwerk eine entscheidende Rolle zukommt, womit sie den Policy-Netzwerk-Ansatz deutlich von korporati-

stischen Modellen abheben. Allerdings weist Colin Hay darauf hin, daß es wenigstens in der Phase der Konstituierung eines Policy-Netzwerks üblicherweise eines (emergierenden) Netzwerkhegemons bedarf, der jedoch keineswegs ein staatlicher Akteur sein muß (vgl. Hay 1998: 47). Ob sich innerhalb von Koalitionen, auf denen diskursive Hegemonien aufbauen, selbst wiederum ein hegemoniales Subjekt herausbildet, sich also ein hegemonialer Knotenpunkt zweiter Ordnung innerhalb einer Hegemonie erster Ordnung entwickelt, läßt sich a priori – also vor der empirischen Analyse – nicht sagen. Grundsätzlich auszuschließen ist es aber nicht, zumal natürlich vorstellbar ist, daß institutionalisierte Gruppen von unterschiedlicher diskursiver Präsenz (d.h. Gruppen, die ihrerseits besser oder schlechter in der Lage sind, zum Zwecke diskursiver Wahrnehmbarkeit Koordinierungsleistungen zu erbringen) Teil von Koalitionen sind.

(6) *involving not too many participants*. Diese Maßgabe ergibt sich für Policy-Netzwerke vor allem daraus, daß die Netzwerkakteure unter Zeitdruck im Modus des Verhandelns verkehren, da aufgrund der Ausrichtung eines Policy-Netzwerks die Notwendigkeit der Einigkeit in einer Policy-Frage zu einem bestimmten Zeitpunkt erforderlich ist. Diese Notwendigkeit besteht für Diskurskoalitionen üblicherweise nicht, da Hegemonien langfristige Projekte sind und sich einzelne diskursive Subjekte einer Diskurskoalition nach und nach über lange Zeit hinweg anschließen können. Für die hegemoniale Praxis gilt, wie im Anschluß an die obigen Überlegungen zur diskursiven Wahrnehmbarkeit deutlich geworden sein sollte: Je mehr Subjekte Teil einer diskursiven Koalition sind, desto höher sind die Erfolgchancen dieser Koalition.

(7) *and characterized by strategic interaction and a predominance of antagonistic cooperation or mixed-motive games*. Dieser letzte Punkt ist besonders interessant, denn er wirft die Frage auf, bis zu welchem Grad die Beteiligten an einer Diskurskoalition gemeinsam an einer diskursiven Formation-Formierung Anteil haben und wann diese Gemeinsamkeit endet (denn Artikulationsmuster können natürlich sehr unterschiedliche Ausdehnungen aufweisen) und in artikulatorische Konkurrenz innerhalb der Koalition umschlägt. Gleichzeitig geht es um die Frage, ob sich im Zuge dieser Konkurrenz eine Art „Hegemonie zweiter Ebene“ konstituiert, also etwa die Vorherrschaft einer bestimmten Interpretation der umfassenden Forderung einer hegemonialen Formation-Formierung oder auch die Vorherrschaft einer Gruppe, die die Subjektposition eines „wahren Garanten“ der Erfüllung dieser Forderung einnimmt. Ich komme auf diese Fragen im folgenden Abschnitt (4.6) eigens zu sprechen.

Es sind nun im Kontrast zur Konzeption des Policy-Netzwerks³⁵ einige Merkmale von Diskurskoalitionen deutlich geworden. Im Zuge dieser Kontrastierung konnten jedoch zwei wesentliche Vorzüge des Konzepts der Diskurskoalition gegenüber jenem des Policy-Netzwerks noch nicht angesprochen werden, weil hierfür die ursprüngliche Phänomenbeschreibung von Marin/Mayntz keine Anhaltspunkte bot. Diese Vorzüge kommen zum Tragen gegenüber Schwächen eines Großteils des Policy-Netzwerk-Ansatzes, auf welche allerdings auch innerhalb der Policy-Netzwerk-Debatte selbst schon hingewiesen wurde, insbesondere von Colin Hay (1998), aber auch von David Marsh (1998c). Erstens tendieren demnach viele Policy-Netzwerk-Analysen zu einer Reifizierung der Netzwerkstruktur, das heißt sie richten ihr Augenmerk vornehmlich auf die (vermeintlich stabile) Struktur des Netzwerks und übersehen dabei die Dynamik des „networking“, also des kontinuierlichen Prozesses des Knüpfens des Netzes (oder aber auch das ebenso nur dynamisch denkbare Scheitern dieses Knüpfens) (vgl. Hay 1998: 34/35). Indem die Diskursanalyse Artikulationen untersucht – Artikulationen, die das Netz des Sinns im allgemeinen ständig in Bewegung halten, aber im besonderen auch das Netz der in Koalitionen und anderweitig artikulierenden Subjekte –, kann sie dieses Problem umgehen. Wie im vorangegangenen Abschnitt ausführlich diskutiert, besteht eine fundamentale Annahme der Diskurstheorie darin, daß Diskurs *und* Subjekt (bzw. Struktur *und* Akteur) beide der Dynamik des Artikulierens unterliegen, daß sich also im Laufe von Artikulationsprozessen Subjekte ebenso wandeln wie die diskursiven Strukturen, auf die die Subjekte vermeintlich einbahnstraßenhaft einwirken (vgl. zur Notwendigkeit, Netzwerkprozesse dialektisch und dynamisch zu denken, auch Marsh 1998c: 192-197).

Zweitens verdeutlichen Hay (1998) und Marsh (1998c) auch, daß das Potential der Policy-Netzwerkanalyse nicht ausgeschöpft wird, solange man infolge eines positivistischen Verständnisses von Sozialwissenschaft ausschließlich in den materiellen Umständen oder den materiellen Interessen nach der Größe Ausschau hält, die ein Netzwerk

35 Genauer: im Kontrast zu einer bestimmten derartigen Konzeption, denn es gibt keine allgemein akzeptierte Definition eines solchen Netzwerks. Pappi (1993: 84) weist zum Beispiel darauf hin, daß man einerseits Netzwerke als historisch spezifische Erscheinungsform der Interessenvertretung oder der Politiksteuerung betrachten kann, andererseits aber auch in einem formalen Sinne und allgemein als „durch Beziehungen eines bestimmten Typs verbundene Akteure“ verstehen kann. Während die Konzeption von Marin/Mayntz tendenziell im ersten Verständnis zu verorten wäre (vgl. Marin/Mayntz 1991b: 19), fände sich eine als Netzwerk begriffene Diskurskoalition eher im zweiten Verständnis wieder. Vgl. auch Börzel (1998).

zusammenhält. Beide fordern demgegenüber eine Art kognitive Komponente ein, die ihres Erachtens die Netzwerkentwicklung maßgeblich beeinflusst. So stellt Hay dar, daß zur Konstituierung eines Netzwerks verschiedene Faktoren – die Potentiale gegenseitigen Vorteils bei kollektivem Handeln, die Potentiale der Erhöhung der strategischen Fähigkeiten durch das Zusammenführen strategischer Ressourcen und die Bedingungen der Machbarkeit eines Netzwerks – nicht einfach vorhanden seien, sondern als solche *wahrgenommen* werden müssen (vgl. Hay 1998: 47). Man könnte diskurstheoretisch deutlicher formulieren: Sie müssen artikuliert, das heißt mit dem jeweiligen Sinn versehen werden.³⁶ Marsh verweist darauf, daß es gerade die Notwendigkeit ist, die Momente der Interpretation immer mit zu denken, die die Trennlinie zwischen Netzwerk und Netzwerkkontext verschwimmen läßt, weil man letztlich nicht eindeutig feststellen kann, ob ein Ereignis im Kontext sich auf das Netzwerk in spezifischer Weise auswirkt oder aber die Interpretation dieses Ereignisses, die sich im Netzwerk etabliert (vgl. Marsh 1998c: 196/97).

Es kann eigentlich nicht überraschen, daß Hay und Marsh die Policy-Netzwerk-Analyse um diese kognitive Komponente erweitern wollen, denn grundsätzlich läßt sich für die Policy-Analyse im allgemeinen feststellen, daß sie der Bereich der empirisch orientierten Politischen Wissenschaft ist, der sich am weitesten für Probleme des Wissens und der Sinnstrukturen geöffnet hat (vgl. z.B. die Beiträge in Héritier 1993a: 97-196; siehe zur Übersicht auch Nullmeier 2001: 289-303) und in dem auch schon der Ruf nach diskursanalytischer Methodik laut geworden ist (vgl. Yanow 1995: 124). Allerdings fällt auf, daß dann, wenn sich die Policy-Analyse dem breiten Feld von Wissen, Interpretation und Diskursivität zuwendet, sie sich häufig mit sehr spezifischen Diskursen befaßt, nämlich den Diskursen der Wissenschaft und dem Einfluß wissenschaftlich generierten Wissens auf die Politik. Dies gilt zum Beispiel für das von Peter Haas (1992) eingeführte Konzept der *epistemic communities*, die er versteht als „a network of professionals with recognized expertise and competence in a particular domain and an authoritative claim to policy-relevant knowledge within that domain or issue area“; diese *epistemic communities* werden zusammen gehalten durch „a shared set of normative and principled beliefs, [...] shared causal beliefs, [...] shared notions of validity, [...] and a common policy enterprise“ (ebd.: 3) – also im wesentlichen durch eine Art dessen, was hier als Artikulati-

36 Hay weist nicht nur mit Blick auf die Phase der Konstituierung von Netzwerken auf diese kognitiven Notwendigkeiten hin, sondern auch hinsichtlich der Phasen der Netzwerktransformation und des Netzwerkscheiterns (vgl. Hay 1998: 48/49).

onsmuster oder als diskursive Formation-Formierung bezeichnet wird. Eine solche *epistemic community* kann sicherlich eine spezifische Art von Diskurskoalition darstellen, aber das Konzept der Diskurskoalition will in allgemeiner Weise ein Baustein zur Erklärung von politisch-diskursiven Hegemonien sein. Hierzu reicht aber eine Perspektive, die auf Gruppen mit anerkannter (in der Gegenwart eben zumeist wissenschaftlicher, vgl. ebd.: 11) Expertise eingeengt ist – so sehr eine solche Perspektive gelegentlich für die Betrachtung singulärer Policy-Projekte gelegentlich fruchtbar sein mag – nicht aus. Denn hierfür ist ein breiteres Verständnis von politisch-diskursiv wirksam werdenden Sinnstrukturen ebenso notwendig wie eine Ausweitung der Perspektive auf zahlreiche andere politisch relevante Subjekte.

Letzteres belegt auch derjenige Ansatz, welcher in dem Bereich der Policy-Forschung, der sich für Fragen der Kognition sensibel zeigt, bislang die höchste Akzeptanz gefunden hat und in zahlreichen empirischen Forschungen angewendet wurde: der *Advocacy-Coalitions*-Ansatz von Paul Sabatier und Hank Jenkins-Smith (vgl. Sabatier 1988; Sabatier 1993; Sabatier/Jenkins-Smith 1993: 1-56, 211-235; Sabatier/Jenkins-Smith 1999). Die Grundüberlegung von Sabatier/Jenkins-Smith besteht darin, daß sich die zahlreichen privaten und staatlichen Akteure, die an den Policy-Prozessen in jeweils einzelnen Policy-Subsystemen mitwirken, zu sogenannten *advocacy coalitions* aggregieren lassen, wobei sich die Akteure einer solchen *advocacy coalition* dadurch auszeichnen, daß sie „(1) share a set of normative and causal beliefs and (2) engage in a nontrivial degree of coordination over time“ (Sabatier/Jenkins-Smith 1999: 120). Nach über einem Jahrzehnt der empirischen Anwendung ihres Ansatzes halten Sabatier/Jenkins-Smith (1999: 127) fest, daß „[v]irtually all case studies have identified coalitions composed of interest groups, agencies, and usually a few legislators and researchers“ – und dies geht eben über die relativ engen Grenzen einer *epistemic community* hinaus.

Der *Advocacy-Coalitions*-Ansatz hat sich mittlerweile zu einer relativ komplexen Theorie des Policy-Prozesses entwickelt. In ihrem Zentrum steht eine Reformulierung der geläufigen Annahme, Koalitionen im politischen Raum entstünden ausschließlich infolge geteilter materieller Interessen (vgl. Sabatier 1993: 130). Was Koalitionen verbindet, argumentieren Sabatier und Jenkins-Smith, müsse man sehr viel weiter fassen und als komplexes *belief system* verstehen. *Belief systems* in diesem Sinne

enthalten Wertvorstellungen, Annahmen über wichtige Kausalbeziehungen, Perzeptionen von Weltzuständen (einschließlich der Größe von Problemen), eine Auffassung über die Wirksamkeit von Policy-Instrumenten, etc. Der Ad-

vocacy-Koalitions-Ansatz geht davon aus, daß Akteure sich wenigstens zum Teil im politischen Prozeß engagieren, um ihre handlungsleitenden Orientierungen in öffentliche Maßnahmen umzusetzen (Sabatier 1993: 121).

Sabatier und Jenkins-Smith untergliedern die *belief systems* von Akteuren in Policy-Prozessen in drei Ebenen: in den Hauptkern, den Policy-Kern und in sekundäre Aspekte. Dabei umfaßt der Hauptkern wesentliche normative und ontologische Axiome und durchdringt die politischen Auffassungen hinsichtlich aller Policy-Subsysteme (z.B. Menschenbild, relative Bedeutung von Grundwerten, Kriterien der Verteilungsgerechtigkeit). Mit dem Policy-Kern hingegen, der sich nur auf ein spezifisches Subsystem bezieht, sind jene grundlegenden policy-spezifischen Überzeugungen und Einschätzungen gemeint, die der Verfolgung der zentralen Wertvorstellungen (des Hauptkerns) innerhalb dieses Policy-Subsystems zugrunde liegen (z.B. die Orientierung an fundamentalen Wertvorstellungen; die Einschätzung der Betroffenheit und Wichtigkeit bestimmter, von einer Policy-Frage betroffener Gruppen; die Einschätzung der Bedrohlichkeit bestimmter Sachverhalte). Unter die „sekundären Aspekte“ schließlich, die oft nur Einzelaspekte des Subsystems betreffen und nie über dieses hinaus gehen, werden im allgemeinen all jene Bereiche gerechnet, die die konkrete Politik-Gestaltung im Bereich der legislativen Vorgehensweise oder der administrativen Instrumente berühren (für die jüngste Version dieser Differenzierung von *belief systems* vgl. Sabatier/Jenkins-Smith 1999: 133). Was *advocacy coalitions* zusammenhält (der „Zement“ der *advocacy coalitions*), ist die Übereinstimmung verschiedener Akteure im Bereich des Policy-Kerns (vgl. ebd.: 131). Diese Einschätzung ist nicht überraschend, denn Sabatier/Jenkins-Smith sind ja um eine adäquate Theoretisierung von Policy-Prozessen bemüht – und nicht von diskursiven Prozessen im allgemeinen.

Sieht man von dieser, durch die Forschungsmaterie wohl begründete Einschränkung auf eng abgegrenzte Policy-Fragen innerhalb einzelner Policy-Subsysteme ab, erweist sich der *Advocacy Coalitions*-Ansatz für das hier angestrebte Unterfangen einer Analyse politischer Diskurse aus zwei Gründen als fruchtbar: Erstens ermöglicht er aufgrund zahlreicher Studien einen empirisch gesättigten Überblick darüber, welche Subjekte sich in Koalitionen, die sich aufgrund geteilter *belief systems* gruppieren, zusammenfinden. Von Interesse sind hier insbesondere die Studien von Otto Singer, die sich eng am theoretischen Entwurf von Sabatier/Jenkins-Smith anlehnen, und deren empirisches Untersuchungsfeld wirtschaftspolitische Diskurse sind (vgl. Singer 1990; 1993a; 1993b).³⁷ Da-

37 Im übrigen übersetzt Singer „advocacy coalition“ mit „Diskurskoalition“.

bei zählt er zu den wichtigen Akteuren in diesen Diskursen vor allem „Ministerien, Zentralbanken, Parlamentsausschüsse, Parteien, Verbände, Forschungsinstitutionen [und] Vertreter der Medien“ (Singer 1993a: 163). Hierauf wird zurückzukommen sein. Zweitens liefert der *Advocacy-Coalitions*-Ansatz eine empirisch abgesicherte Basis für die oben ausgeführte diskurstheoretische Überlegung, nicht nur die Individuen und Gruppen, die sich zu einer Koalition zusammenfügen, sondern die Koalitionen selbst als diskursive Subjekte (die am höchsten aggregierten) zu begreifen. Dies bringt eine enorme Entlastung mit sich, weil es gestattet, wenigstens auf der obersten Untersuchungsebene die Zahl der zu betrachtenden diskursiven Subjekte beträchtlich zu senken.

Dieses Theorie-Input darf freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß es grundlegende Unterschiede zwischen dem *Advocacy-Coalitions*-Ansatz und der hier entworfenen Theorie politischer Diskurse gibt. Der Hauptunterschied liegt sicherlich darin – und dies betrifft nicht nur den *Advocacy-Coalitions*-Ansatz, sondern viele Theorien, die statt Diskursivität vornehmlich Wahrnehmung, Interpretation und Kognition zu zentralen Analysekategorien machen –, daß der *Advocacy-Coalitions*-Ansatz von einer dualen Struktur ausgeht, die eine Ebene der externen Realität von einer Ebene der Wahrnehmung und Interpretation dieser externen Realität trennt. Demgegenüber geht die Diskurstheorie von einer grundlegenden diskursiven Bedingtheit jeder (differenziert erscheinenden) Realität aus und folgt daher diesem Schritt der Zweiteilung nicht. Dies hat zwei Konsequenzen: So läßt sich erstens nicht in solch eindeutiger Weise vom letztlich maßgeblichen Einfluß externer Ereignisse auf die Gruppenbildung und -entwicklung sowie auf die Policy-Entwicklung sprechen, wie dies der *Advocacy Coalitions*-Ansatz tut (vgl. Sabatier 1993: 123): Ereignisse finden nur sehr selten als bloße externe (d.h. reale, die Grenze des Diskurses anzeigende) Ereignisse statt, sondern fast ausschließlich als diskursive Ereignisse.³⁸ Zweitens hat es gravierende Auswirkungen auf das Verhältnis von Gruppe und *belief system* bzw. diskursiver Formation-Formierung: *Advocacy coalitions* finden sich zusammen, weil sie die externe Welt in ähnlicher Weise wahrnehmen und repräsentieren und gemeinsame Überzeugungen hinsichtlich des Funktionierens dieser Welt und der Gültigkeit bestimmter

38 Wie bereit oben ausgeführt, machen auch Hay (1998: 47) und Marsh (1998c: 196/97) innerhalb des Policy-Netzwerk-Ansatzes zwar nicht auf exakt dasselbe, aber doch auf ein strukturell ähnliches Problem aufmerksam, wenn sie feststellen, daß zwischen Ereignissen im Netzwerkkontext und im Netzwerk selbst nur schwer zu unterscheiden ist, weil vermeintliche externe Ereignisse immer durch die Netzwerkakteure so oder so gesehen werden können.

Normen haben; auf dieser gegebenen Grundlage eines von den Koalitionären geteilten *belief system* handeln sie gemeinsam. Diskurskoalitionen hingegen konstituieren sich, wenn verschiedene Subjekte die Welt in äquivalenter Weise als sinnhafte, differenzierte Welt artikulieren; das heißt, sie entstehen immer aufs Neue (und wandeln sich kontinuierlich) im Zuge einer artikulatorischen und hegemonialen Praxis.³⁹ Die diskursive Formation-Formierung, die sie verbindet, wird – anders als ein *belief system* – nicht als vorgängige oder irgendwie auf einer anderen Ebene gelagerte, verdinglichte Struktur, auf die man als Grundlage zurückgreifen könnte, verstanden; vielmehr ist sie – wie gerade der Aspekt der *Formierung* betont – im Fluß befindlicher Sinn, durch den die artikulierenden Subjekte selbst als solche angerufen werden bzw. in den sie verwoben sind. Resümierend könnte man auch sagen, daß ein *belief system*, eine *advocacy coalition* und das Verhältnis zwischen diesen beiden sehr viel statischer erscheinen als eine diskursive Formation-Formierung, eine Diskurskoalition und das Verhältnis zwischen ihnen.

Nachdem wir nun in Abgrenzung zum Policy-Netzwerk und zur *advocacy coalition* präzisiert haben, was eine Diskurskoalition im hier zugrunde gelegten Sinne ausmacht und was nicht, möchte ich noch kurz auf die bisherigen Verwendungsweisen des Begriffs „Diskurskoalition“ eingehen. Dieser wurde erstmals prominent von Peter Wagner (1990: 53-57) in die Sozialwissenschaft eingeführt,⁴⁰ meint dort jedoch sehr spezifische symbiotische Beziehungen zwischen Akteuren aus dem Feld der Sozialwissenschaften und dem Feld der Politik. Auch bei Otto Singer (vgl. Singer 1990; 1993a; 1993b) findet der Begriff der Diskurskoalition Eingang ins analytische Vokabular, dient hier aber hauptsächlich als deutsches Pendant zur *advocacy coalition* von Sabatier/Jenkins-Smith, auf die sich Singer vor allem bezieht.

Der ausgereifteste und mittlerweile am weitesten rezipierte Begriff der Diskurskoalition (Rezeption z.B. bei Keller 1998: 40; Nullmeier 2001: 298; Saretzki 2003: 412) findet sich bei Maarten Hajer (1995). Weil auch sein Forschungsinteresse der Etablierung diskursiver Hege-

39 Damit ergibt sich auch ein grundlegendes Problem nicht, das Edella Schlager (1995) am *Advocacy-Coalitions*-Ansatz ausgemacht hat. Sie kritisiert nämlich zu recht, daß Menschen, die gleiche Überzeugungen teilen, noch lange nicht gemeinsam handeln.

40 Bei Wagner scheint der Begriff der Diskurskoalition erstmals einen zentralen theoretischen, aber vor allem methodischen Stellenwert einzunehmen. Schon vorher hatte Robert Wuthnow (1989) von „communities of discourse“ gesprochen, darunter aber in weit gefaßter Weise jene Gemeinschaften verstanden, die in ein gemeinsames Universum des Produzierens von sprachlichem Diskurs jeder Art eingebunden sind (vgl. ebd.: 16).

monien gilt, erweisen sich Hajers Überlegungen hier als besonders anschlußfähig. Sie bestätigen in vieler Hinsicht den – in Anlehnung an die Laclau/Mouffesche Diskurstheorie (eine theoretische Quelle, die für Hajer keine Rolle spielt) entwickelten – Gedankengang, wonach diskursive Hegemonien darauf beruhen, daß größere Quantitäten von Subjekten (Hajer spricht von Akteuren) Koalitionen bilden, weil und indem sie gemeinsam eine diskursive Formation artikulieren bzw. an einer gemeinsamen Praxis diskursiver Formierung teilhaben (hier spricht Hajer von *story lines*). Hajer definiert Diskurskoalitionen also folgendermaßen:

[I]n the struggle for discursive hegemony, coalitions are formed among actors (that might perceive their position and interest according to widely different discourses) that, for various reasons (!) are attracted to a specific (set of) story-lines. Discourse-coalitions are defined as the ensemble of (1) a set of story-lines; (2) the actors who utter these story-lines; and (3) the practices in which this discursive activity is based. Story-lines are here seen as the discursive cement that keeps a discourse-coalition together (Hajer 1995: 65).

Diese Definition ist zwar nicht exakt deckungsgleich mit den hier vorgeschlagenen Überlegungen zu Diskurskoalitionen, aber es gibt ausreichend Ähnlichkeiten, um diese Überlegungen im Anschluß an sie zusammenzufassen: Die Formierung von Diskurskoalitionen bildet einen wesentlichen Mechanismus jeder hegemonialen Praxis. In Diskurskoalitionen gruppieren sich verschiedene Subjekte aufgrund der Tatsache, daß sie eine diskursive Formation gemeinsam artikulieren (wie Hajer korrekt feststellt, unabhängig von den Gründen, weshalb sie dies tun!). Die gemeinsame diskursive Formation-Formierung bildet den „Zement“ der Diskurskoalition, es ist ihre *conditio sine qua non*; die Diskurskoalition unterscheidet sich – dies ist eine über Hajer hinausgehende Überlegung – unter anderem durch die stets aktuelle Notwendigkeit gemeinsamen Artikulierens von institutionalisierten Gruppen, bei denen die Mitgliedschaft das gemeinsame Artikulieren und den gemeinsamen Bezug auf eine diskursive Formation kurz- und mittelfristig ersetzen kann. Daß Diskurskoalitionen sich in jedem Moment neu bestätigen müssen, hat verschiedene Auswirkungen: Zum einen kann ihre temporale Stabilität weitaus geringer sein als die institutionalisierter Gruppen (wenngleich auch Koalitionen relativ große Beharrungskraft aufweisen können), und die den „Zement“ bildende diskursive Formation-Formierung ist weniger komplex. Zum anderen aber ist die Quantität aggregierbarer Subjekte potentiell höher (eben weil die geringere Bindekraft auch geringere, also leichter zu erfüllende Loyalitätsforderungen mit sich bringt). Damit sind Diskurskoalitionen im Vergleich zur institutionalisierten

Gruppe die größere, aber instabilere Alternative zur Koordinierung bzw. zur Instituierung politisch-gesellschaftlicher Kräfte. Schließlich gibt es noch zwei maßgebliche Unterschiede zu Hajer: Erstens ist es verwirrend, den Zusammenhang eines „Netzes aus Subjekten“ und eines „Netzes aus Sinn“ (worunter ich hier auch das fasse, was in Hajers drittem Punkt als diskursbegründende Praktiken bezeichnet wird) und nicht nur das „Netz aus Subjekten“ als Diskurskoalition zu bezeichnen; im folgenden soll daher unter einer Diskurskoalition nur das Netz aus diskursiven Subjekten verstanden werden, das sich durch den Bezug auf ein gemeinsames Sinn-/Artikulationsnetz konstituiert; beide „Netze“ sind unauflösbar miteinander verknüpft, sollten aber der Übersichtlichkeit halber analytisch getrennt werden. Zweitens begreift Hajer – und das kann nicht überraschen, weil er vor allem an Michel Foucault anschließt – *story lines* und Diskurse ausschließlich als sprachliche Sinnproduktion und unterscheidet hiervon die nicht-diskursiven Praktiken. Wie mehrfach betont, geht die hier vorgeschlagene politische Diskurstheorie im Anschluß an Laclau/Mouffe davon aus, daß auch im nicht-sprachlichen Handeln durch Differenz und Differenzierung Sinn generiert wird und unterscheidet daher mit der Kategorie der Artikulation nicht zwischen Sprechen und Handeln. Aus diesem Grund fällt der dritte Aspekt der Hajerschen Definition, der sich auf die diskursbegründenden Praktiken bezieht, aus der hier vertretenen Perspektive mit dem ersten Aspekt in eins.

4.6 Weitere Aspekte der Hegemonie

Wir haben nun die zwei wichtigsten Eigenschaften eines erfolgreichen hegemonialen Projekts bzw. einer etablierten Hegemonie ausgemacht: erstens die Bewegung vom kollektiven Begehren zum gemeinsamen Willen, die mit der Subjektivierung durch eine hegemoniale Formation-Formierung einher geht, und zweitens die Herstellung der diskursiven Wahrnehmbarkeit, die ganz wesentlich auf der Koordinierung verschiedener Faktoren der Wahrnehmbarkeit durch politisch-gesellschaftliche Kräfte – zumeist Gruppensubjekte – beruht. Dieser Befund wird nun abschließend noch in zweifacher Hinsicht ergänzt: Einerseits sind einige weitere Aspekte der obigen Hegemoniedefinition knapp zu erläutern (4.6.1). Zum anderen muß kurz auf ein Phänomen eingegangen werden, das sich immer wieder andeutete, etwa in der Diskussion der dritten Ebene politischer Konfliktivität, der Deutungskonkurrenz, aber auch in der soeben vorgenommenen Rekonstruktion der Interpretation von Policy-Netzwerken durch Marin/Mayntz, wo davon die Rede war, diese seien „characterized by strategic interaction and a predominance of an-

tagonistic cooperation or mixed-motive games“ (Marin/Mayntz 1991b: 18): das Phänomen einer „Hegemonie innerhalb der Hegemonie“ oder einer Hegemonie zweiter Ebene.

4.6.1 Ergänzungen zur Hegemoniedefinition

Rufen wir uns zunächst nochmals die oben formulierte Definition eines erfolgreichen hegemonialen Projekts bzw. einer Hegemonie in Erinnerung: Ein hegemoniales Projekt kann in dem Ausmaß als erfolgreich bzw. eine Vorherrschaft im Sinne der Hegemonie in dem Ausmaß als erreicht gelten, in welchem im Rahmen einer diskursiven Praxis ein diffuses kollektives Begehren nach dem imaginären Allgemeinen nicht nur durch eine umfassende Forderung zur Behebung des Mangels an Allgemeinem, die auf ein symbolisches Äquivalent des Allgemeinen ausgerichtet ist, konkretisiert wird, sondern in dem diese Forderung als gemeinsamer Wille politisch-gesellschaftlicher Kräfte tatsächlich über längere Zeit Verbreitung findet. Drei Aspekte dieser Definition erfordern noch knappe Erläuterungen:

Tatsächlich. Hegemonie ist eine Art der Vorherrschaft, die nicht auf Gewalt oder explizitem Zwang beruht (Gewalt ist eine Grenze des diskursiven Raums). Von der hegemonialen Vorherrschaft eines diskursiven (Re-)Produktionsmusters würde man nicht sprechen, wenn es sich um ein oktroyiertes Muster handelte; so sind z.B. erzwungene Massenhuldigungen eines autoritären Regimes kein Anzeichen einer Hegemonie. Vielmehr äußert sich in Hegemonien ein gemeinsamer Wille bezüglich des künftigen kollektiven Handelns, der aus Sicht der Beteiligten ihr tatsächlicher gemeinsamer Wille ist.

Über längere Zeit. Schon der Begriff der Vorherrschaft hat eine wenigstens mittelfristige, wenn nicht sogar langfristige Komponente. Entsprechend soll eine Hegemonie nur dann als konstituiert gelten, wenn sich eine konkrete Positivierung des imaginären Allgemeinen über einen längeren Zeitraum hinweg als gemeinsamer Wille politisch-gesellschaftlicher Kräfte etabliert. Die genaue Länge dieses Zeitraums lässt sich natürlich nicht fixieren, hier ist die sorgfältige Abwägung im einzelnen Analysefall gefragt.⁴¹

41 Ein durch andere theoretische Forschungen etablierter, allerdings vielleicht zu anspruchsvoller Anhaltspunkt könnten die Überlegungen von Sabatier/Jenkins-Smith sein, nach denen die politischen Auswirkungen eines *belief system* nach etwa zehn Jahren zu beurteilen seien. Eine Zehnjahresdauer ist wohl hinreichend, um von einer etablierten Hegemonie zu sprechen, doch es sind auch kurzlebige Hegemonien denkbar.

Kein fixer Maßstab. Mit Bedacht wurde die Formulierung derart gewählt, daß sie den Erfolg hegemonialer Praxis als relative Größe („in dem Ausmaß“) beschreibt. Weil sie sich auf sehr unterschiedliche Kontexte beziehen kann, kann es für den Erfolg hegemonialer Praxis keinen fixen Maßstab, keine Skala mit absoluten Werten und keinen einzelnen markierten und quantifizierbaren „Erfolgspunkt“ auf einer solchen Skala geben. Der Erfolg einer hegemonialen Praxis kann jeweils nur beurteilt werden vor dem Hintergrund der spezifischen Form des diskursiven Feldes, in welche sie eingebettet ist, zu der zum Beispiel die politische Ordnung gehört, in welcher eine hegemoniale Praxis betrieben wird, aber auch die Konkurrenzsituation zwischen verschiedenen hegemonialen Projekten bzw. Hegemonien (wobei hegemoniale Formationen-Formierungen als konkurrierend bezeichnet werden können, wenn sie sich auf denselben politischen Diskurs beziehen, d.h. wenn sie hinsichtlich der beiden oben genannten Spezifikationen – adressierter Personenkreis und Sachgebiet – ähnlich sind).

4.6.2 Hegemonie zweiter Ebene

Unter Hegemonie wird die Vorherrschaft eines bestimmten Musters diskursiver Reproduktion, das als hegemoniale Formation-Formierung bezeichnet werden kann, verstanden. Allerdings ist damit nicht ausgeschlossen, daß es auch innerhalb einer solchen hegemonialen Formation-Formierung zu hegemonialen Artikulationen, gewissermaßen hegemonialen Artikulationen zweiter Ebene kommt. Bei diesem Ringen um eine „Hegemonie zweiter Ebene“ geht es üblicherweise um etwas, dessen letztliche Unmöglichkeit im zweiten Kapitel ausführlich dargestellt wurde: nämlich um verschiedene „Eigentlichkeiten“ von diskursiven Elementen, die in der hegemonialen Formation-Formierung eine wichtige Rolle spielen. Vor allem zwei Arten von diskursiven Elementen sind hiervon betroffen: (a) das symbolische Äquivalent des Allgemeinen, um dessen „eigentliche Bedeutung“ gerungen wird, also wenn beispielsweise darum gestritten wird, was denn nun „Soziale Marktwirtschaft“ eigentlich ausmache; und (b), falls die hegemoniale Formation-Formierung sie anbietet, Subjektpositionen wie die des Wissenden, des Unfehlbaren, des wahren Garanten des Allgemeinen in der Form seines symbolischen Äquivalents etc., für die konkurrierende Individuen rekrutiert werden.

Daß einzelne diskursive Elemente innerhalb einer hegemonialen Formation-Formierung zum Gegenstand einer Art hegemonialer Artikulationen zweiter Ebene werden, führt jedoch meistens nicht dazu, daß die hegemoniale Formation-Formierung selbst, und das heißt, die Berechtigung einer gemeinwohlorientierten Forderung und die Richtigkeit

eines symbolischen Äquivalents des Allgemeinen, in Frage gestellt würde. Im Gegenteil, sowohl unterschiedliche Interpretationen des symbolischen Äquivalents des Allgemeinen als auch konkurrierende Rekrutierungen für die Subjektpositionen einer hegemonialen Formation-Formierung stärken diese Formation-Formierung, weil sie die Bedeutung des symbolischen Äquivalents bekräftigen⁴² bzw. die Attraktivität der entsprechenden Subjektpositionen steigern.

Auch eine Diskurskoalition kann derartige Konkurrenz durchaus unbeschadet überstehen: Sie gruppiert sich ja meistens um eine umfassende Forderung und deren leeren Signifikanten herum. Weil leere Signifikanten, wie in 3.3 dargestellt, nur dann stabil sind, wenn sie in ein Netz von leeren Signifikanten eingebunden sind, ist es wahrscheinlich, daß die Koalition auch dieses Netz, das man als artikulatorischen Kern einer diskursiven Formation bezeichnen könnte, stützt. So wird zum Beispiel im Rahmen der hegemonialen Formation-Formierung um die „Soziale Marktwirtschaft“ diese heute von allen Koalitionären als äquivalent mit „Freiheit“, „Gleichheit“, „Verantwortung“ und „Gerechtigkeit“ artikuliert. Die weitere Ausdehnung der Formation-Formierung um einen bestimmten leeren Signifikanten kann jedoch durchaus umstritten sein. Doch es ist ja eben gerade der „Clou“ einer Hegemonie, daß sie durch diese Deutungskonkurrenz nicht geschwächt, sondern eher gestärkt wird (weil alle Konkurrenten denselben Bezugspunkt haben). Ob zum Beispiel die Freiheit im Sinne von Freiheit durch die großzügige Absicherung vieler Lebensrisiken artikuliert wird (und damit „Soziale Marktwirtschaft“ z.B. mit „Sozialstaat“ bzw. „Sozialversicherung“ in Beziehung gesetzt wird) oder im Sinne von Freiheit von hoher Steuer- und Abgabenbelastung (und damit „Soziale Marktwirtschaft“ z.B. mit „Minimalstaat“ in Beziehung gesetzt wird), kann zwischen diskursiven Subjekten umstritten sein, obwohl sie alle an einer Koalition zur Durchsetzung der Hegemonie der Sozialen Marktwirtschaft teilhaben. Es kann sich also eine „antagonistische Kooperation“ innerhalb der Koalition entwickeln, im Zuge derer um die Ausgestaltung des Artikulationsmusters jenseits eines „artikulatorischen Kerns“ (um den leeren Signifikanten) Konkurrenz herrscht. Detailliert ausgeprägte Artikulationsmuster sind allerdings eher für (kleinere) institutionalisierte Gruppen typisch als für Diskurskoalitionen. Mit anderen Worten: Eine große diskursive Koalition erfordert eine kleinflächige hegemoniale Formation-Formierung.

42 Ein leerer Signifikant ist ja gerade dadurch gekennzeichnet, daß er in sehr unterschiedlichen Relationen artikuliert werden kann (vgl. 3.3, dieses Argument wird besonders stark gemacht von Bonacker/Brodocz 2001; Brodocz 2003).

Gleichzeitig aber ist es wahrscheinlich, daß dann, wenn sich tatsächlich eine Art „Hegemonie zweiter Ebene“ herausbilden sollte, die Hegemonie „erster Ebene“ in Gefahr geriete. Denn eine hegemoniale Deutung eines leeren Signifikanten – ähnliches gilt für die stabile Besetzung der Subjektposition des „Champions“ des Allgemeinen – würde letztlich zur Aufhebung seiner Funktion als (weitgehend unangefochtener) leerer Signifikant führen, weil eine solche Fixierung eines diskursiven Elements auch dessen Partikularität festschreiben und damit sein Potential, das Allgemeine zu signifizieren, entscheidend einschränken würde. Weil Hegemonie aber Flexibilität braucht, besteht die naheliegende Konsequenz darin, daß sich das Diskursgeschehen von der zweiten Konfliktdimension (erst recht wenn der Deutungskonflikt gelöst scheint) zum Konflikt erster Ebene zurück verschiebt. Entsprechend kann auch die hegemoniale Stellung der „Sozialen Marktwirtschaft“, die ja auf keinerlei Notwendigkeit beruht, ernsthaft angefochten werden.

5. Hegemoniale Strategie

In den vorangegangenen drei Kapiteln stand jeweils eines der drei eingangs ausgemachten Attribute von Hegemonien – diskursiv, politisch, Vorherrschaft – im Zentrum. Auf dieser Grundlage nehme ich im nun folgenden Kapitel die diskursiven Strategien, die die Konstituierung von Hegemonien ermöglichen, genauer in den Blick. Diese Strategien werden als hegemoniale Strategien bezeichnet. Den zunächst theoretisch vorgenommenen Überlegungen zu den hegemonialen Strategien kommt im Rahmen der vorliegenden Untersuchung eine Art Schlüsselstellung zu: Zum einen fließen hier die verschiedenen diskurs- und hegemonie-theoretischen Aspekte der Kapitel 2 bis 4 zusammen; zum anderen dient die theoretische Skizze der hegemonialen Strategien als Basis für den spezifischen Zuschnitt der diskursanalytischen Methode sowie für die empirische Untersuchung (beides in Kapitel 6).

Leider erweist sich gerade im Anschluß an die obige Darstellung der Verflechtung von Diskurs und Subjekt der Begriff der Strategie als schwieriger Begriff, weil ohne starkes Subjekt der Strategie sozusagen der Strategie abhanden gekommen ist. Der Klärung eines Begriffs der Strategie, der sich stringent in eine Diskurstheorie einfügt, welche das Subjekt innerhalb des Diskurses und nicht als diskursexternen „Strippenzieher“ ansiedelt, dient der folgende erste Abschnitt (5.1). Anschließend werden im größten Teil dieses Kapitels die verschiedenen Elemente hegemonialer Strategien – jeder für sich und in ihrer Interdependenz – herausgearbeitet (5.2). Es sei noch vorausgeschickt, daß die Auseinandersetzung mit den hegemonialen Strategien von der Hegemonie-theorie Chantal Mouffes und insbesondere Ernesto Laclaus inspiriert und beeinflusst ist, auch wenn einige der Einzelaspekte und vor allem deren Strukturierung hier erbracht werden. Insofern kann man das Folgende auch als Rekonstruktion einiger Grundzüge dieser Theorie lesen.

5.1 Diskurs und Strategie

Hegemoniale Strategien sind ein Typ von diskursiven Strategien. Von hegemonialen Strategien zu sprechen, bedeutet daher, sich zunächst mit denselben Verständnisproblemen konfrontiert zu sehen, die jede Erörterung diskursiver Strategien mit sich bringt. Denn zwar konnte Barbara Johnstone (2002: 196) in einem jüngeren Einführungsband feststellen, daß „[a]ll discourse is [...] strategic“. Nur: Was im Rahmen der Diskurswissenschaften als strategisch oder als Strategie verstanden wird, ist ähnlich heterogen wie die Diskurswissenschaften selbst.

So verweist in verschiedenen Studien, in denen mit Diskursanalyse vornehmlich Gesprächsanalyse gemeint ist, der Begriff der Strategie auf das „Gelingen“ kommunikativer Akte. Ein exzellentes Beispiel hierfür ist die mittlerweile klassische Studie *Discourse Strategies* von John Gumperz (1982), eine „[e]xamination of participants' success in establishing common themes, maintaining thematic continuity or negotiating topic change at the level of content“ (ebd.: 6). Einen ganz anderen Schwerpunkt setzen Arbeiten, die sich mit der begrifflichen Oberhoheit in politischen Diskursen auseinandersetzen bzw. unter Diskursstrategien die durch kollektive Akteure angewandten „Techniken der Deutung der Gegenstandsbereiche des Diskurses“ mit dem Ziel der „Mobilisierung von öffentlicher Meinung“ verstehen (Gerhards 1992: 310). Häufig werden in diesem Zusammenhang als diskursive Strategien vor allem verschiedene Aspekte des Besetzens von zentralen Begriffen diskutiert (vgl. z.B. Biedenkopf 1982[1975]; Greiffenhagen 1980b; Liedtke et al. 1991). Dabei wird für gewöhnlich unterschieden zwischen Strategien, die einen bestimmten Signifikanten für ein bestimmtes Signifikat zu etablieren trachten; Strategien, die sprachliche Zeichen deskriptiv (also mit Blick auf die inhaltliche Signifikation) zu besetzen trachten; und Strategien, die auf eine deontische Besetzung von sprachlichen Zeichen abzielen (also auf die normative Signifikation) (vgl. z.B. Ballnuß 1996: 31-35; Hermanns 1989; Klein 1989: 17-28; Klein 1991: 50-67). All diese Strategien werden jeweils in einer offensiven und in einer defensiven Variante (Begriffe besetzen und Begriffe verteidigen) diskutiert (vgl. z.B. Hermanns 1989: 73).

Grundsätzlich ist dort, wo sich die Diskurswissenschaft mit großflächigen gesellschaftlichen Bedeutungs- und Sinnstrukturen befaßt, der Strategiebegriff immer – auch wenn es so nicht expliziert wird – verbunden mit der Frage der Hegemonie: Thematisiert werden die Erzeugung und Verteidigung bestimmter diskursiver Muster, am effektivsten qua Generierung von Natürlichkeit oder Normalität. Darauf, daß Überlegungen, die einen solchermaßen orientierten Strategiebegriff allein auf

die Ebene von Sprachstrategien ausrichten, zu kurz greifen, hat bereits Michael Schwab-Trapp hingewiesen. Schwab-Trapp (2001: 273-275) argumentiert zu Recht, daß diskursive Strategien nur zum Teil Sprachstrategien – oder vielleicht allgemeiner: Sinnstrategien – sind, daß sie aber darüber hinaus immer auch „interfraktionelle“ Strategien sind, daß sie, mit anderen Worten, Einfluß auf die Formierung von Diskurskoalitionen haben. Hierbei hat man es mit „Abgrenzungs- und Kopplungsmanövern“ zu tun, das heißt damit, daß sich „Diskursteilnehmer aufeinander beziehen, sich wechselseitig ihre Positionen zuweisen, Bündnisse eingehen oder bestehende Konfliktlinien konsolidieren“ (ebd.: 274).

Übersetzt in die hier verwendete Theoriesprache bedeutet das nichts anderes, als daß es in Diskursen kontinuierlich zur (differenten, äquivalenten, konträren) Anordnung von Subjektpositionen und zur Rekrutierung von Subjekten für diese Positionen kommt. Allerdings wird im Verlauf einer solchen Übersetzung ein Problem offensichtlich, das eng mit der oben formulierten Sichtweise auf das Subjekt und sein Verhältnis zum Diskurs verknüpft ist. Denn üblicherweise verweist der Begriff der Strategie auf Ziele, erwartete Widerstände bei der Erreichung dieser Ziele, Planungen zur Überwindung dieser Widerstände, und auch auf strebende, planende und handelnde Akteure (Protagonisten und Antagonisten). Dieses enzyklopädische Verständnis von Strategien scheint auch bei den oben genannten AutorInnen und in vielen anderen diskurswissenschaftlichen Schriften tragend zu sein oder sich doch wenigstens im Hintergrund zu operieren. Das Problem besteht nun darin, daß sich ein solch enzyklopädischer Begriff der Strategie nur schwer einfügt in eine konsequent diskurstheoretische Argumentation, eben weil er mit der Vorstellung eines Akteurs bzw. eines starken Subjekts, die von diskurstheoretischer Warte aus unhaltbar ist, unauflösbar verknüpft ist. Diskurstheorie begreift hingegen Diskurse und Subjekte als gleichursprünglich, kennt also keinen starken Subjektbegriff. Subjekte werden durch diskursive Anrufung generiert, sind aber in diesem Prozeß zugleich der Ort von Entscheidungen, so daß man nicht davon sprechen kann, sie seien ein bloßer Spielball der diskursiven Gezeiten.

Der Strategiebegriff stellt in der Tat den vielleicht komplexesten Begriff einer Theorie politischer Diskurse dar, weil hier in einem Begriff die verschiedenen Fäden der diskursiven Sinnproduktion, der Rekrutierung von Subjekten und der Entscheidungsfähigkeit des Subjekts aufs Engste miteinander verflochten sind. Bereits Michel Foucault hatte damit gerungen, den Strategiebegriff für seine Theorie fruchtbar zu machen – und auch seine verschiedenen Aussagen zu diesem Thema stehen unter Spannung. Zum einen findet der Begriff Strategie bei Foucault eine Verwendung, die der eben skizzierten enzyklopädischen Bedeutung

nahekommt (gleichwohl sich der planende Akteur bei Foucault nicht in den Vordergrund drängt). Demnach handelt es sich bei einer Strategie um „die aufgewandte Rationalität zur Erreichung eines Ziels“, um „die Weise, in der man versucht, *die anderen in den Griff zu bekommen*“ und um die „Mittel zur Erringung des *Siegs*“ (Foucault 1994[1982]: 259). Zugleich findet sich jedoch auch eine Verwendung des Begriffs der Strategien „for the multiple ways in which heterogeneous elements align or conflict with one another to constitute power relations“ (Rouse 1994: 111), mit anderen Worten: für die grundsätzlichen Möglichkeiten, wie sich in spezifischen Diskursen oder Diskursarten diskursive Elemente anordnen (vgl. v.a. Foucault 1997[1976]: 113-124). Foucault scheint also zwischen einem strukturorientierten und einem handlungsorientierten Strategiebegriff zu schwanken. Allerdings kann er letzteren nicht an einen starken Subjektbegriff – im Sinne eines planenden und den Diskurs entsprechend steuernden Akteursubjekts – anschließen, wie aus der Darstellung im vorangegangenen Kapitel deutlich geworden sein sollte.

Wie läßt sich nun aber im hiesigen Fall – d.h. bei der Untersuchung des Phänomens der Hegemonie – Strategie denken ohne das starke Subjekt bzw. ohne den planenden Akteur? Erstens kann man verallgemeinern, daß gleichgültig ob man nun eine akteursorientierte oder eine strukturorientierte Perspektive einnimmt, Strategien immer darin bestehen, diskursive Elemente in den Dimensionen des Raums und der Zeit (d.h. in zeitlich fluiden Beziehungen eines aufgespannten Netzes diskursiver Elemente) so zu arrangieren, daß bestimmte diskursive Konstellationen entstehen. Zweitens ist die uns hier interessierende Konstellation die der Hegemonie, wie sie im vorangegangenen Kapitel skizziert wurde. Drittens hilft es nun im Anschluß an die ersten beiden Überlegungen, zur Klärung des Strategieproblems das Pferd von hinten aufzuzäumen und die Strategien zur Konstituierung einer Hegemonie von der konstituierten Hegemonie aus zu denken, und zwar unabhängig davon, ob einzelne Individuen diese oder jene hegemonieorientierte Planung (wie etwa das Besetzen von Begriffen) vornehmen.¹ Macht man diesen gedanklichen Zeitsprung und schaut dann zurück, so werden die erfolgreichen Strategien erkennbar – und zwar eben als spezifische Arrangements von diskursiven Elementen in den Dimensionen des Raums und der Zeit, die bestimmte diskursive Ergebnisse zeitigen. Nun befindet

1 Es soll freilich nicht bestritten werden, daß Sprachgebrauch immer wieder geplant, daß Alternativen so oder so formuliert werden etc. Genauso wenig läßt sich jedoch bestreiten, daß diskursive Prozesse zu kontingent sind, als daß für einzelne Maßnahmen jemals dieser oder jener Effekt vorhergesagt oder garantiert werden könnte.

man sich bei jeder Analyse von diskursiven Hegemonien genau in einer solchen Position des Zurückschauenden, kann mithin analysieren, welche Arrangements diskursiver Elemente – sprich: welche Strategien – das diskursive Ergebnis der Hegemonie hervorbringen. Und so besteht die Aufgabe der Analyse diskursiver Hegemonien letztlich genau hierin: hegemoniale Strategien und ihre Bestandteile, die im folgenden Strategieme genannt werden sollen, in verschiedenen Fällen erfolgreicher Hegemonien unter Rückgriff auf verschiedene Korpora empirischen Materials zu rekonstruieren, um so unter Umständen Aussagen über hegemoniale Strategien zu verallgemeinern. Insofern haben die folgenden Ausführungen in ihrer Gesamtheit den Status einer Arbeitshypothese. Auf der Basis der bisherigen theoretischen Erörterungen zielen sie darauf ab, das Feld der hegemonialen Strategie grob zu vermessen, wobei sie weder einen Anspruch auf Vollständigkeit noch auf Nicht-Falsifizierbarkeit erheben.

Auch dürfen die Erwartungen nicht zu hoch sein: Eine solch rückblickende Verallgemeinerung im Sinne von „Man kann bei der Herausbildung von Hegemonien stets diese oder jene Strategie finden“ ist keineswegs gleichbedeutend mit der Aussage „Die Anwendung dieser oder jener Strategie führt zu einer neuen Hegemonie“ – zu sehr sind Hegemonien von der Kontingenz jedes diskursiven Geschehens geprägt. Allerdings lassen sich unter Umständen, eine genügend hohe Zahl von Forschungen vorausgesetzt, Voraussagen über den wahrscheinlichen Mißerfolg hegemonialer Projekte machen, wenn in diesen Projekten andere Arrangements diskursiver Elemente vorgenommen werden als jene, die sich in erfolgreichen Hegemonien immer wieder aufzeigen lassen.

5.2 Hegemoniale Strategien

Wenn nun im folgenden hegemoniale Strategien als ein bestimmter Modus der Anordnung diskursiver Elemente begriffen werden, so greifen wir dabei auf die im zweiten Kapitel (2.3) ausgeführten Überlegungen zu den Arten diskursiver Beziehungen zurück. Dort war ausgeführt worden, daß die grundlegende Art der Beziehung zwischen zwei diskursiven Elementen die Differenz („x ist anders als y“) ist. Der diskursive Raum wäre jedoch, würde er ausschließlich von Differenzbeziehungen beherrscht, völlig einförmig und konturlos, es gäbe keine Orientierungsmarken; alles hätte zwar Bedeutung, aber nichts wäre dabei „bedeuten-der“ als etwas anderes. Insbesondere die hegemoniale Ordnung des diskursiven Raums, die Orientierungsmarken braucht und den Raum einteilen und gliedern muß, kann daher nur Form annehmen, weil die Differenzbeziehungen regelmäßig durch drei weitere Arten von Beziehungen

überformt werden. Als erste dieser Beziehungen wurde die Superdifferenz („x ist anders als y und hat auch nichts mit y zu tun“) ausgemacht; Superdifferenzen dienen der Etablierung und Verteidigung der Grenzen zwischen verschiedenen Diskursen. Als dritte und vierte Beziehungsart wurden Äquivalenz und Kontrarität eingeführt, die beide in unterschiedlicher Weise dazu dienen, den Kontrast innerhalb des diskursiven Raums zu erhöhen. Äquivalenzen („x ist anders als y, aber in bezug auf a mit y gleichbedeutend“) verknüpfen Elemente enger miteinander und tragen so zum Entstehen dessen bei, was als Knotenpunkte bezeichnet wurde. Kontraritätsartikulationen („x ist anders als y und steht in bezug auf a in Kontrarität zu y“) hingegen stellen nicht Kontrast her, indem sie zwei Elemente enger aneinander binden, sondern indem sie die Unmöglichkeit einer Verbindung oder die Gegensätzlichkeit zweier Elemente explizit artikulieren. Ich gehe im folgenden davon aus, daß diese vier Beziehungsarten ausreichen, um das Operieren hegemonialer Strategien zu erklären.

Grundsätzlich lassen sich zwei Arten von hegemonialen Strategien voneinander unterscheiden, denn ihr Gegenstand kann entweder die Etablierung oder die Verteidigung von Hegemonien sein; entsprechend kann man von einer *offensiv-hegemonialen* und von einer *defensiv-hegemonialen* Strategie sprechen. Da das hier verfolgte Projekt darin besteht, die Entstehung der Hegemonie der „Sozialen Marktwirtschaft“ zu rekonstruieren, gilt das Hauptinteresse offensichtlich dem Funktionieren der offensiv-hegemonialen Strategie, die entsprechend im Zentrum der folgenden Darstellung stehen wird. Die Funktionsweise der defensiv-hegemonialen Strategie wird – ebenso wie die Möglichkeiten einer *anti-hegemonialen* Strategie – abschließend nur knapp angedacht.

Wie viele andere Strategien setzt sich auch die offensiv-hegemoniale Strategie, im folgenden vereinfacht nur hegemoniale Strategie genannt, aus verschiedenen Strategemen zusammen, die sich differenziert beschreiben und klassifizieren lassen. Im folgenden werden – in den Abschnitten 5.2.1 und 5.2.3 bis 5.2.5 – neun dieser Strategeme in ihrer Funktionsweise und in ihrem Zusammenwirken erläutert (siehe Rahmen gegenüber).² Diese Strategeme (I) bis (IX) lassen sich in vier Gruppen aufteilen. Die drei als hegemoniale Kernstrategeme bezeichneten Strategeme werden im ersten der folgenden Abschnitte dargestellt (5.2.1). Sie lassen sich – so die These – in allen erfolgreichen hegemonialen Projekten stets als Bündel von Strategemen wiederfinden. Von besonderer Bedeutung ist dabei der Effekt, an dem alle drei Kernstrategeme auf die

2 Hiermit ist kein Anspruch auf Vollständigkeit verbunden. Es soll also nicht ausgeschlossen werden, daß nicht in bestimmten Diskursen weitere Strategeme zu den genannten hinzukommen können.

Übersicht 1: Die Strategeme der offensiv-hegemonialen Strategie

A. Kernstrategeme der offensiv-hegemonialen Strategie

- (I) Äquivalenzierung differenter, am Allgemeinen orientierter Forderungen
- (II) Antagonistische Zweiteilung des diskursiven Raums
- (III) Repräsentation

B. Grundlagenstrategem

- (IV) Grundlagenstrategem der superdifferenziellen Grenzziehung

C. Ergänzende hegemoniale Strategeme

- (V) emergente Interpretationsoffenheit des symbolischen Äquivalents des Allgemeinen
- (VI) Einrichtung/Fortschreibung von Subjektpositionen für politisch-gesellschaftliche Kräfte
- (VII) gezieltes und vereinzelter Durchbrechen der antagonistischen Grenze

D. Sekundäre hegemoniale Strategeme

- (VIII) Strategem des eigentlichen Verfechters
- (IX) Strategem der eigentlichen Bedeutung

eine oder andere Weise beteiligt sind: der Effekt der diskursiven Zweiteilung des symbolischen Raums, mithin der Instituierung dessen, was in den bisherigen Ausführungen immer wieder als Antagonismus bezeichnet wurde. Dem näheren Verständnis des Antagonismus ist ein eigener Abschnitt gewidmet (5.2.2). Anschließend werden eine Reihe weiterer hegemonialer Strategeme erörtert: zunächst das Grundlagenstrategem der superdifferenziellen Grenzziehung (5.2.3); dann einige ergänzende hegemoniale Strategeme, die sich üblicherweise dadurch auszeichnen, daß sie die Reichweite einer hegemonialen Formation-Formierung erhöhen (5.2.4); und schließlich die beiden sekundären hegemonialen Strategeme, die dann auftreten, wenn sich das entwickelt, was im vorangegangenen Kapitel als ein Ringen um eine Hegemonie zweiter Ebene bezeichnet wurde (5.2.5). Es folgt der bereits angekündigte kurze Blick auf die defensiv-hegemoniale und die anti-hegemoniale Strategie (5.2.6).

5.2.1 Kernstrategeme der Hegemonie

Jede hegemoniale Strategie, gleichgültig ob offensiv oder defensiv, rückt eine spezifische Forderung in den Mittelpunkt, die zugleich einen Mangel an Allgemeinem evoziert – wodurch auf ein imaginäres, umfassendes

des Allgemeinen verwiesen wird – und die Behebbarkeit oder doch wenigstens die Linderung dieses Mangels durch die Herbeiführung des Geforderten behauptet. Den Kern einer solchen Forderung macht eine bestimmte Symbolisierung des Allgemeinen aus (etwa „Soziale Marktwirtschaft“). In einem hegemonialen Projekt wird diese Forderung als umfassende, am Allgemeinen orientierte Forderung (vgl. Abschnitte 3.2 und 4.1) artikuliert. Im Übergang vom hegemonialen Projekt zur Hegemonie wandelt sich diese umfassende Forderung in eine hegemoniale Forderung, die nicht nur dem Anspruch nach umfassend ist, sondern in der der gemeinsame politische Wille der Betroffenen tatsächlich zum Ausdruck kommt. Die Bewegung vom hegemonialen Projekt zur Hegemonie bzw. von einer umfassenden zu einer hegemonialen Forderung baut auf drei (offensiv-hegemonialen) Strategemen auf, die als Kernstrategeme der Hegemonie bezeichnet werden können. Diese drei Strategeme können, auch wenn sie hier auf einer analytischen Ebene getrennt betrachtet werden, nur als zusammenhängende Bestandteile *einer* Strategie begriffen werden, weil jede für sich allein keine hegemonialen Effekte hätte. Als Kernstrategeme werden sie bezeichnet, weil sie zusammen genommen hinreichend sind, um die hegemoniale Strategie zu erfassen, obwohl sie durchaus um weitere Strategeme ergänzt werden können, auf die ich später noch zu sprechen kommen werde.

(I) *Äquivalenzierung differenter, am Allgemeinen orientierter Forderungen.* Eine hegemonial werdende oder gewordene Forderung zeichnet sich dadurch aus, daß sie über diejenigen Individuen oder Gruppen hinaus, von denen sie artikuliert wird, „anschlußfähig“ ist. Mit anderen Worten gelingt es ihr, jene Individuen und Gruppen in hinreichend großer Zahl zu subjektivieren, die die diskursive Präsenz und Wahrnehmbarkeit der (dann) hegemonialen Forderung gewährleisten (vgl. Kapitel 4.4). Ob und in welchem Ausmaß es letztlich zur Subjektivierung kommt, ist aufgrund der Ereignishaftigkeit und Kontingenz jedes diskursiven Geschehens nicht vorhersehbar. Gleichwohl zeichnen sich hegemoniale Strategien stets dadurch aus, daß sie eine Vielzahl von Subjektivierungsangeboten einer bestimmten Art machen: Sie artikulieren andere am Allgemeinen orientierte Forderungen, die, sobald sie erhoben werden, ja selbst Subjekte rekrutiert haben, in einer Äquivalenzbeziehung mit der umfassenden Forderung des jeweiligen hegemonialen Projektes. „Eigentlich zielt Eure Forderung doch auf dasselbe wie unsere, wenn unsere erfüllt wird, dann auch Eure“, wäre eine prototypische Artikulation im Sinne des Strategems I. Es geht also darum, daß einerseits verschiedene Forderungen als äquivalente Forderungen und andererseits verschiedene Subjektpositionen als äquivalente Subjektpositionen artikuliert werden. Mit Laclau/Mouffe (z.B. 1985: 131) kann man von

„Äquivalenzketten“ sprechen. Die Herausbildung solcher Äquivalenzketten von Forderungen (und den mit ihnen verbundenen Subjektpositionen), die sich auf ein spezifisches imaginäres Allgemeines beziehen, bleibt nicht ohne Rückwirkungen auf dieses Allgemeine, das im Zuge dieses Prozesses selbst – symbolisch – einem Veränderungsprozeß unterworfen ist und symbolisch nur Bestand haben kann, wenn es sich immer aufs Neue konstituiert. „No universality exists other than that which is built in a pragmatic and precarious way by that process of circulation which establishes an equivalence between an increasingly wide range of demands“ (Laclau 1990: 80). Das Strategem der Herstellung von Äquivalenzketten bzw. der Äquivalenzierung stellt also Beziehungen der Gemeinsamkeit, des Verbundenseins wie des Verbündetseins zwischen zunächst differenten diskursiven Elementen her und erhöht so das Potential einer hegemonialen Formation-Formierung, auch indem es die symbolische Fassung des Allgemeinen modifiziert.

(II) *Antagonistische Zweiteilung des diskursiven Raums.* Wie ist es aber möglich, offensichtlich differente Forderungen (etwa nach „Investitionsfreiheit“, „Leistungsgerechtigkeit“, „Einkommensumleitung“ und „Lastenausgleich“) als äquivalente Forderungen zu präsentieren? Oder höchst differente Subjektpositionen (wie die des profitorientierten Unternehmers, die des gerecht entlohnten Leistungserbringers und die des von der Einkommensumleitung oder dem Lastenausgleich Profitierenden) als äquivalente Subjektpositionen? Die Äquivalenzierung ist eben nicht möglich aufgrund dessen, was die Forderungen im positiven Sinne einfordern oder was die Subjektposition im positiven (also differenzbegründeten) Sinne ausmacht, sondern nur aufgrund dessen, was sie alle als Forderungen überhaupt erst ermöglicht: ein Mangel an Allgemeinem. Im Rahmen der hegemonialen Strategie werden also verschiedene Forderungen und die Individuen oder Gruppen, die durch sie subjektiviert werden, als Äquivalente in bezug auf das Ziel der Überwindung des Mangels – und damit letztlich in bezug auf den Mangel selbst – artikuliert.

Das Problem dabei ist, daß dieser Bezug nicht unmittelbar hergestellt werden kann, weil dem Mangel im Raum des Symbolischen eine positive Form fehlt (der Mangel ist ja eine negative Größe). Was jedoch symbolisch bezeichnet werden kann, sind all die Widerstände, die sich einer Forderung auf dem Weg zur Behebung des Mangels entgegenstellen, die, mit anderen Worten, in einer Kontraritätsrelation zu einer Forderung stehen. Verschiedene, am Allgemeinen orientierte Forderungen lassen sich also dadurch in eine Äquivalenzbeziehung miteinander setzen, daß all jene diskursiven Elemente, zu denen sie in Kontrarität stehen, ebenso als Äquivalente artikuliert werden, um so dem Mangel eine positive symbolische Gestalt zu verleihen. Und so geht das Strategem

der Äquivalenzierung Hand in Hand mit dem Strategem der Zweiteilung des diskursiven Raums (vgl. Laclau/Mouffe 1985: 127-29).³ Eine solche Zweiteilung sucht jede hegemoniale Strategie zu instituieren: hier alles, was den Mangel an Allgemeinem beheben will; dort alles, was der Behebung entgegensteht.⁴ Die (offensiv-)hegemoniale Strategie artikuliert also zwei sich konfrontierende Äquivalenzketten und etabliert so eine besondere Art der Kontraritätsrelation, deren Bezugspunkt zugleich das imaginäre Allgemeine (das Vollkommene) jenseits des diskursiven Raums ist wie auch die Totalität des Diskurses, weil dieser Diskurs sich ja nur in Abgrenzung zum Diskursjenseitigen konstituiert. Weil der Bezugspunkt also in doppelter Hinsicht ein Vollkommenes bzw. eine Totalität ist, haben wir es mit einer Kontraritätsrelation in Bezug „auf alles“ zu tun, was nichts anderes ist als eine reine Kontraritätsrelation ohne spezifischen Bezugspunkt. Eine solche, bloß zweipolige Kontraritätsrelation kann man auch als Antagonismus bezeichnen (vgl. z.B. Laclau/Mouffe 1985: 122-127; Laclau 1990: v.a. 5-26). Auf die Besonderheit der antagonistischen Konstellation komme ich im folgenden Abschnitt (5.2.2) noch eingehender zu sprechen.

(III) *Repräsentation*. Mit der antagonistischen Strukturierung des diskursiven Raums und der gleichzeitigen Einbindung der verschiedenen diskursiven Elemente in sich konfrontierende Äquivalenzketten verbindet sich noch ein drittes hegemoniales Strategem: Eine – als Effekt hier- von hegemoniale – Forderung wird als Repräsentantin der am Allgemeinen orientierten Äquivalenzkette artikuliert.⁵

Dies kann auf zwei Arten geschehen: Die erste Möglichkeit besteht darin, daß direkt auf das – natürlich in einer bestimmten Weise symbolisierte – imaginäre Allgemeine Bezug genommen wird. Dabei wird die Erfüllung der hegemonialen Forderung mit der Realisierung des Allge-

3 Im Rahmen der deutschsprachigen Untersuchungen zur Sprache der Politik ist verschiedentlich auf die Bedeutung der Aufteilung des Feldes des politischen Sprechens in binäre Oppositionen und die Zuschreibung des negativen Pols zum Gegner (Kuhn 1991: 104; Greiffenhagen 1980a: 13) hingewiesen worden. Es fehlte aber bislang eine Verortung dieses Strategems in einer Gesamtordnung hegemonialer Strategeme.

4 Zu letzterem gehört auch das innerhalb eines Diskurses vermeintlich Neutrale, das diskursiv nie als neutral gelten kann, weil es sich ja nicht an der Beseitigung eines offensichtlichen Mangels beteiligt. „Neutralität“ kann nur für diejenigen diskursiven Elemente aufrecht erhalten werden, die von der Zugehörigkeit zu einem spezifischen Diskurs durch eine Beziehung der Superdifferenz ausgeschlossen werden (vgl. 5.2.3).

5 Auf die Gleichzeitigkeit der Etablierung einer Äquivalenzkette und der Repräsentation des Allgemeinen wird in jüngeren Schriften auch von Laclau hingewiesen (vgl. Laclau 2000c: 304).

meinen bzw. das Geforderte mit dem Allgemeinen in eine Äquivalenzbeziehung gesetzt, während zugleich die Gegenstände aller anderen Forderungen, die in die Äquivalenzkette um die hegemoniale Forderung eingebunden sind, nur als Teile des Allgemeinen, und damit in bleibender Differenz zum Allgemeinen artikuliert werden. In doppelter Hinsicht ist diese Operation problematisch: Zum einen ist eine Äquivalenzbeziehung zwischen dem diskursiven Element, das den spezifischen Gegenstand der Forderung signifiziert, d.h. dem symbolischen Äquivalent des Allgemeinen – etwa „Soziale Marktwirtschaft“ –, und dem imaginären Allgemeinen keine diskursive Beziehung wie jede andere. Vielmehr handelt es sich um eine Beziehung, deren Instabilität über die übliche Instabilität aller diskursiven Beziehungen hinaus geht, weil es sich um die letztlich unmögliche Beziehung eines leeren Signifikanten handelt (vgl. 3.3): Die Unmöglichkeit besteht darin, daß ein Partikulum (jedes diskursive Element ist durch seine Existenz qua Differenz ein Partikulum) mit dem Allgemeinen kurzgeschlossen wird. Es handelt sich, mit anderen Worten, um eine Beziehung innerhalb des Differenzgeflechts des Diskurses, durch welche das Diskursäußere, das Nicht-Differente, das Vollkommene und Alles-Umfassende in den Diskurs „hereingeholt“ wird bzw. werden soll. Ein solcher Kurzschluß kann eine der Ursachen der Instabilität sein, die jede hegemoniale Diskursordnung auszeichnet, weil er eine potentielle Bruchstelle in diese Ordnung einführt. Diese Bruchstelle wird dann offensichtlich, wenn die Aussage, daß ein symbolisches Äquivalent des Allgemeinen doch gar nicht wirklich dem „tatsächlichen“ (dem imaginären) Allgemeinen entspreche, diskursive Validität erhält (wenn also die Äquivalenz nicht länger die fundamentale Differenz zwischen einem Differenzsystem und dessen nicht-differenstem und vollkommenem Außen überformen kann). Das zweite Problem besteht darin, daß die hegemoniale Forderung, die auf der einen Seite – hinsichtlich ihrer Kontrarität zum Mangel oder Mißstand – als den anderen Elementen „ihrer“ Äquivalenzkette äquivalent artikuliert wird, auf der anderen Seite – hinsichtlich ihrer Äquivalenz mit dem Allgemeinen – als different gegenüber den Elementen „ihrer“ Äquivalenzkette artikuliert wird. Auch hierdurch entsteht eine potentielle Bruchstelle im hegemonialen Gefüge, die dann offensichtlich wird, wenn die Frage danach, warum man primär die hegemoniale Forderung erfüllen solle und nicht eine der anderen Forderungen der am Allgemeinen orientierten Äquivalenzkette, obwohl doch alle gemeinsam auf die Beseitigung desselben Mißstands zielen, nicht mehr befriedigend beantwortet werden kann.

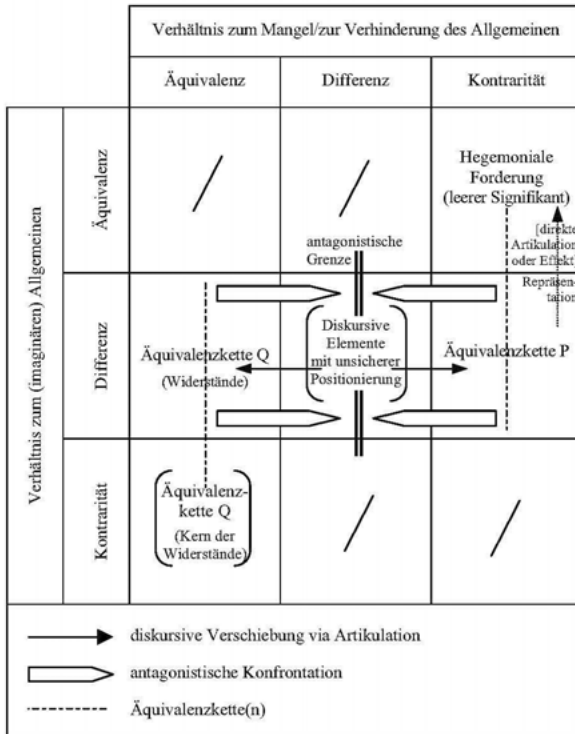
Die zweite Möglichkeit, diskursiv eine Beziehung der Repräsentation zu generieren, ist weniger brachial. Hier wird nämlich keine explizite Beziehung zwischen einem diskursiven Element und dem Allgemeinen

artikuliert, sondern diese Beziehung entsteht als Effekt. Eine umfassende (und hegemonial werdende) Forderung wird hierzu weiterhin in einer Äquivalenzbeziehung zu allen anderen Elementen der Äquivalenzkette artikuliert, aber diese anderen Elemente untereinander werden nur insofern als Äquivalente verstanden, als die (dann) hegemoniale Forderung bzw. das Hegemonial-Geforderte diese Äquivalenz vermittelt. Die hegemoniale Forderung wird sozusagen als exklusiver „Makler“ zwischen anderen Forderungen artikuliert, so daß sie sich eher im Zentrum eines (auf die Überwindung des Mangels an Allgemeinem orientierten) Äquivalenzsterns denn als beliebiges Glied einer Äquivalenzkette diskursiv manifestiert. Der diskursive Effekt ist damit wiederum, daß die (dann) hegemoniale Forderung als einziges Glied der Äquivalenzkette in der Lage erscheint, die Erfüllung aller am Allgemeinen orientierten Forderungen zu gewährleisten, wohingegen die anderen immer nur für sich selbst oder vielleicht für einen Teil der anderen Forderungen stehen. Auch hier kann die hegemoniale Artikulation nur verfolgt werden unter Inkaufnahme von Bruchstellen, weil eben einzelne Elemente zugleich als äquivalent und als doch nicht ganz äquivalent artikuliert werden müssen.

Die beiden hier ausgeführten Möglichkeiten zur Herstellung einer Repräsentationsbeziehung zwischen der hegemonialen Forderung und „ihrer“ Äquivalenzkette können letztlich als gleichwertig betrachtet werden, weil der Effekt derselbe ist: Beide führen erstens dazu, daß ein Element – die hegemonial werdende Forderung – anderen Elementen gegenüber sowohl als äquivalent als auch als different artikuliert wird; die hegemoniale Forderung muß sich diskursiv als „gleich“, aber genauso als „höher stehend“ oder „umfassender“ manifestieren. Zweitens bewirkt dies bei beiden Möglichkeiten die Einführung eines Bruchs in die hegemoniale Formation-Formierung. Daß keine hegemoniale Strategie die Existenz solcher Brüche verhindern kann, ist keine Schwäche, sondern liegt in der Natur der Diskursivität: Es läßt sich nun einmal keine diskursive Formation-Formierung jemals völlig schließen, es gibt immer Lücken im diskursiven Gefüge. Man muß, wofür die Erörterung hegemonialer Strategie einen erneuten Hinweis liefert, eben von einer grundlegenden Überdeterminierung aller diskursiven Elemente ausgehen, von einer Überdeterminierung, die dazu führt, daß keine Bedeutung – und insbesondere auch keine hegemoniale Bedeutung in politischen Diskursen – jemals endgültig fixiert werden kann.

Abbildung 2 (gegenüber) gibt einen zusammenfassenden Überblick über die drei Kernstrategeme der (offensiv-)hegemonialen Strategie sowie über die Art und Weise, in der im Zuge dieser Strategie die Elemente eines politischen Diskurses arrangiert werden. Die Abbildung verdeutlicht das Geflecht von Beziehungen zwischen diskursiven Ele-

Abbildung 2: Das Ineinandergreifen der drei hegemonialen Kernstrategeme



Quelle: eigene Darstellung

menten, das durch das Ineinandergreifen der drei hegemonialen Kernstrategeme typischerweise etabliert wird. Damit eine politische (am imaginären Allgemeinen orientierte) Forderung zur hegemonialen Forderung werden kann, muß sie „anschlußfähig“ für andere Forderungen sein, das heißt es muß diskursiv eine Äquivalenzbeziehung zwischen ihr und anderen Forderungen hergestellt werden. Weil es sich bezüglich des positiv Eingeforderten aber um differente Forderungen handelt (sonst würden sie sich ja nicht jeweils diskursiv manifestieren), kann die Äquivalenz nur in Kontrarität zum Mangel an bzw. zur Verneinung des Allgemeinen bestehen (rechte Spalte). Um die so artikulierte Äquivalenzkette P zu stabilisieren, muß dem Mangel eine symbolische Form gegeben werden, indem all jene diskursiven Elemente, die den Elementen der Äquivalenzkette P jeweils als Widerstand auf dem Weg zur Realisierung des Allgemeinen erscheinen, ebenfalls als Äquivalenzkette (Q) artikuliert werden – deren Elemente folglich dem Mangel oder Mißstand äquivalent gesetzt werden (linke Spalte). Das bedeutet, daß sämtliche diskur-

siven Elemente innerhalb eines Diskurses⁶ entweder in ein Projekt zur Überwindung eines Mangels bzw. zur Behebung eines Mißstands eingebunden werden oder aber als Grund/Teil/Verteidiger dieses Mangels oder Mißstands markiert werden, wodurch in den diskursiven Raum eine antagonistische Grenze zwischen sich konfrontierende Äquivalenzketten eingezogen wird. Hegemoniale Strategien arrangieren diskursive Elemente also auf eine Weise, die keine einfache Differenzrelation zum Mangel mehr zuläßt: Alles und jedes hat mit dem Mangel zu tun, so oder so. Dann aber wird die hegemoniale Forderung aus der Äquivalenzkette P als ihre Repräsentantin herausgehoben (unmittelbar oder effektiv). Der entstehende Bruch wird dadurch deutlich, daß die Abbildung zweidimensional gehalten werden mußte. In der einen Dimension sind alle Elemente der Äquivalenzkette P insofern äquivalent, als sie sich in einer Kontrariitätsbeziehung zum Mangel und damit in derselben Spalte befinden, wohingegen sie in der anderen Dimension insofern different sind, als sie entweder in einer Äquivalenz- oder in einer Differenzrelation zum Allgemeinen stehen und folglich in verschiedenen Reihen erscheinen.

Eine letzte Anmerkung zur Abbildung: Daß sich nicht nur die Äquivalenzkette P, sondern auch die Äquivalenzkette Q über zwei Felder erstreckt, ist der Tatsache geschuldet, daß im Rahmen hegemonialer Strategien auch in diese Äquivalenzkette ein Bruch eingeführt werden *kann*, wenn eines oder mehrere derjenigen diskursiven Elemente, die dem Mangel zugeordnet werden, ausgezeichnet wird bzw. werden, indem es oder sie nicht nur als Widerstand gegen die Behebung des Mangels an Allgemeinem sondern als Antithese des Allgemeinen schlechthin artikuliert wird/werden. Eine Äquivalenzkette P kann also eine Äquivalenzkette Q konfrontieren, deren Elemente alle gleichwertige Elemente des Mangels sind (etwa wenn Wohlstand und sozialer Frieden der Sozialen Marktwirtschaft jeder Form von inhumaner Wirtschaftsordnung, sei es der unkontrollierte Wirtschaftsliberalismus oder die kommunistische Planwirtschaft, entgegengesetzt werden); oder aber sie wird auf einen „konkreten Gegner“ hin gebündelt (etwa wenn der Wohlstand der sozialmarktwirtschaftlichen jungen Bundesrepublik dem DDR-Sozialismus entgegengesetzt wird). Eine derartige Artikulation eines „Repräsentanten der Negation“, eines „Kerns allen Übels“ oder eines „Erzfeindes“ des Allgemeinen ist kein notwendiger Bestandteil hegemonialer Strategien (die andauernde Heraushebung der hegemonialen Forderung funktioniert auch ohne die Besetzung einer „Erzfeind“-Position, solange überhaupt eine Äquivalenzkette Q Bestand hat), aber sie kann die Kohä-

6 Siehe unten (5.2.3) zur Absicherung der Diskursgrenze zwischen Innen und Außen mit Hilfe von Superdifferenzrelationen.

sion der am Allgemeinen orientierten Äquivalenzkette P und u.U. die Rolle der hegemonialen Forderung innerhalb dieser Kette stärken – letzteres dann, wenn das „Erzfeindliche“ in einer spezifischen Kontraritätsrelation zur hegemonialen Forderung steht. Allerdings geschieht diese eventuelle Stärkung der Äquivalenzkette P eben um den Preis, daß ein erneuter Bruch eingeführt wird, nämlich in die Äquivalenzkette Q, indem auch die dortigen Elemente gleichzeitig (in den verschiedenen Dimensionen der Abbildung) als Äquivalente und als Differente artikuliert werden.

5.2.2 Antagonismus als politisch-diskursives Phänomen

Die markanteste Eigenschaft jeder (offensiv-)hegemonialen Strategie besteht zweifelsohne in der antagonistischen Zweiteilung des symbolischen Raums, und dabei insbesondere in der Instituierung einer Grenze zwischen sich konfrontierenden Subjektpositionen. Nicht nur weil Antagonismen somit ein hervorstechendes Merkmal von Hegemonien sind, sondern auch, weil folglich die Rekonstruktion der jeweiligen politisch-diskursiven Antagonismuskonstruktionen häufig ins Zentrum der Analyse politischer Diskurse rückt, erscheint es notwendig, das Phänomen des Antagonismus in einzelnen Aspekten nun noch etwas präziser zu fassen.

Wiederholen wir zunächst: Ein Antagonismus⁷ ist ein diskursives Phänomen, das daraus resultiert, daß der symbolische Raum in zwei sich konfrontierende Arrangements diskursiver Elemente zweigeteilt wird. Dabei finden sich auf der einen Seite der antagonistischen Grenze jene Elemente, die in einer Kontraritätsrelation zum Mangel an Allgemeinem artikuliert werden, auf der anderen Seite hingegen jene Elemente, die sich ersteren als Widerstand erweisen und deshalb in einer Äquivalenzrelation zum Mangel an Gemeinwohl stehen, diesen mithin symbolisch positivieren. In Anlehnung an Laclau/Mouffe kann man somit davon sprechen, daß sich beiderseits der antagonistischen Grenze Äquivalenzketten bilden, deren Elemente jeweils in bezug auf den Mangel an Allgemeinem miteinander äquivalent sind. Zu dieser diskurstheoretischen Betrachtung des Antagonismus kommt die politische Betrachtung hinzu.

7 Vgl. allgemein zur Verwendung des Antagonismusbegriffs v.a. im Marxismus Haug (1994). Eine prominente Stellung erhält der Begriff v.a. wieder durch die Arbeiten von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, an denen sich auch die hiesige theoretische Auseinandersetzung mit dem Antagonismus orientiert, und zwar vor allem an Laclau/Mouffe (1985, die prägnanteste Darstellung findet sich hier auf den Seiten 122-127) sowie an weiteren Schriften von Ernesto Laclau (v.a. 1990; 1996a; 1996b; 2000a; 2000b; 2000c; 2005) und Chantal Mouffe (v.a. 1993).

Wir hatten festgestellt, daß Antagonismen als eine bestimmte Art des politischen Konflikts gelten dürfen, und zwar eben als jene, die pluralistische Konflikte um die Besetzung des leeren Ortes des Allgemeinen auf eine klare Alternative zuspitzen, wodurch sie diese Konflikte zum einen „nach innen“ befrieden und „nach außen“ verschärfen.

Was heißt es nun, Antagonismen als politisch-diskursive Phänomene zu begreifen? Sind sie etwa keine wirklichen Phänomene? Haben wir es nicht mit objektiv gegebenen Konflikten zu tun? Gewiß ist es so, daß tatsächlich stattfindende Auseinandersetzungen, seien dies politische Auseinandersetzungen im demokratisch-rechtsstaalichen Sinne oder auch Auseinandersetzungen, in denen es zu handgreiflicher Gewalt kommt, die Konstituierung von Antagonismen beeinflussen können. Gleichwohl möchte ich dafür plädieren, Antagonismen strikt als diskursives Phänomen zu begreifen, und zwar deshalb, weil die Objektivität eines Antagonismus in mehrfacher Hinsicht entscheidend in Frage gestellt wird. Denn von einem objektiv gegebenen Antagonismus ließe sich nur dann sprechen, wenn man es (1) mit objektiv konstituierten, also abgeschlossenen und zunächst separaten Formationen zu tun hätte, die dann als solche (2) in objektiver Weise zu gegenseitigen Antagonisten werden, die also auf derselben Ebene liegen und in reziprokem gegnerischem Bezug zueinander stehen, und zwar unabhängig von der diskursiven Position – im wesentlichen geht es hier um Subjektpositionen innerhalb der Äquivalenzketten P und Q – desjenigen, der den Antagonismus artikuliert. Es wird sich zeigen, daß diese Anforderungen in mehrfacher Hinsicht scheitern.

Grundsätzlich ist die Vorstellung zweier aufeinander treffender Formationen von gleichem Status und damit die eines objektiv gegebenen, also vom Standpunkt unabhängigen antagonistischen Verhältnis naheliegend. Sie findet sich beispielsweise auch bei Antonio Gramsci, für dessen Konzeption der Hegemonie (siehe 4.1) die antagonistische Konfrontation bereits eine zentrale Rolle spielte. Daß er dabei Antagonismen als objektive Antagonismen im gerade dargestellten Sinn verstand, zeigt sich etwa dann, wenn er davon spricht, daß es stets zu einem „Kampf zwischen zwei hegemonischen Prinzipien“ komme (Gramsci 1991-2002: 6/1250), oder wenn er noch entschiedener feststellt: „Es gibt einen Kampf zwischen zwei Hegemonien, immer“ (ebd.: 5/1076).⁸

8 Falsch wäre es hingegen sicherlich, Gramscis Überlegungen zum Antagonismus auf sich konfrontierende Bündnisse oder Blöcke von Akteuren zu reduzieren, obwohl Gramscis Terminologie der Allianzbildung, des hegemonialen Subjekts, der Hauptgruppe usw. dies zunächst nahelegen könnte. Man würde dabei aber übersehen, daß es eben die Ideologie und der diesbe-

Gramsci geht offensichtlich davon aus, daß man es mit einem, für den „Teilnehmer“ an einer der beiden Hegemonien ebenso wie für einen Beobachter klar erkennbaren, objektiv gegebenen Konflikt zwischen zwei relativ stabilen gesellschaftlich-ideologischen Formationen zu tun hat.⁹

Hieran ist jedoch zunächst zweifelhaft, daß man es bei den Konfliktparteien eines Antagonismus mit stark aggregierten, in sich komplexen Einheiten zu tun hat. Vor allem aber kommt ein Faktor zum Tragen, der zwar mit Blick auf die Diskussion der Diskursivität (Kapitel 2) angesprochen, aber hier noch nicht in genügender Weise betont wurde: die Perspektivität jeder diskursiven und damit auch jeder hegemonialen Artikulation. Denn sowohl der Verlauf der antagonistischen Grenze als auch das, was sich diesseits und jenseits der Grenze befindet, wird stets nur *von einer der beiden Seiten* der Grenze aus artikuliert. Zwar produziert ein hegemonialer Diskurs zwei sich konfrontierende Äquivalenzketten P und Q, aber beide Ketten werden dabei stets von einem Punkt diesseits der Grenze (also von einem Punkt aus, der sich innerhalb der Äquivalenzkette P befindet) artikuliert. Beide Äquivalenzketten haben als Bezugspunkt einen Mangel an einem spezifischen imaginären Allgemeinen, wenn auch unter unterschiedlichen Vorzeichen. Aber sowohl der Mangel als auch die jeweilige Beziehung zu ihm existieren in ihrer spezifischen Form nur von einem bestimmten Ort der Artikulation aus, nicht hingegen von einem anderen Ort. Die Perspektivität des Antagonismus bedeutet, daß mit ihm nicht einfach eine Art „objektive Grenze“ eingeführt wird, sondern vielmehr eine standortabhängige Grenze zwischen dem Eigenen und dem Anderen.

Ich möchte dies anhand eines prägnanten Beispiels verdeutlichen, und zwar der Hegemonie des Nationalsozialismus in der spezifischen Dimension der internationalen Herrschaft politisch-gesellschaftlicher Systeme. Dieser Hegemonie lag ein spezifisches imaginäres Allgemeines zugrunde, das wie jedes imaginäre Allgemeine diffus war und sich in etwa mit „gerechte Weltordnung“ umschreiben läßt. Von der Position eines Nationalsozialisten aus symbolisierte nun die weltweite Ausdehnung des Nationalsozialismus das imaginäre Allgemeine, „weltweiter

zügliche gemeinsame Wille sind, die den „Zement“ jeder zivilgesellschaftlichen Organisation bilden (vgl. Gramsci 1991-2002: 6/1313).

- 9 Zwar hatte Gramsci – wie weiter oben (4.1) bereits ausgeführt – durchaus gesehen, daß es innerhalb von Hegemonien immer wieder zu Verschiebungen kommt, etwa wenn neue Akteure in eine Allianz von Akteuren eingebunden werden. Aber der Kern der Hegemonie bleibt nach Gramsci doch erstens stabil und ruht zweitens in sich selbst, ist also nicht diskursiver Erschütterung ausgesetzt: Hier finden sich die Hauptgruppen des Proletariats und der Bourgeoisie, die somit für ein hohes Maß an Stabilität sorgen.

Triumph des Nationalsozialismus“ wird aus dieser Perspektive zum leeren Signifikanten. Die Äquivalenzkette P, die sich um den „weltweiten Triumph des Nationalsozialismus“ ausbildet, setzt diesen äquivalent mit der Verwirklichung „biologischer Zwangsläufigkeit“ und anderen sozialdarwinistischen Diskurselementen, Herrschaft qua rassischer Überlegenheit, Absicherung einer bestimmten Art der kapitalistischen Wirtschaftsordnung usw. Außerdem bietet sie zahlreiche miteinander verknüpfte Subjektpositionen an: Als zentrale Subjektpositionen werden die des Nationalsozialisten und des Deutschen artikuliert, aber ergänzend hierzu öffnet die hegemoniale Formation-Formierung des Nationalsozialismus zahlreiche Subjektpositionen für Verbündete auf verschiedensten Ebenen: auf der Ebene der Nationalitäten die des Italieners, des Japaners, des Kroaten usw.; auf der „rassischen“ Ebene die des Germanen, des Ariers, des Weißen usw.; auf der ideologischen Ebene die des Faschisten, des Pfeilkreuzlers usw. Die Äquivalenzkette Q besteht aus diversen Elementen, die jedoch – wiederum von der Position des Nationalsozialisten aus – allesamt eines gemeinsam haben: Sie stehen der Erreichung des imaginären Allgemeinen, die mit der Vollendung des symbolischen Allgemeinen als deckungsgleich artikuliert wird, entgegen: Bolschewismus, Judentum, Russentum, Slawentum, Liberalismus, Parlamentarismus, amerikanischer Kapitalismus usw. Entsprechende Subjektpositionen werden auch in dieser Äquivalenzkette artikuliert.

Dieses Beispiel vermag verdeutlichen, daß die *beiden* Äquivalenzketten P und Q von einem Punkt diesseits der Grenze aus artikuliert werden. Beide sind Bestandteil des hegemonialen Projekts des Nationalsozialismus: zum einen der gemeinsame Wille, eine „gerechte Weltordnung“ zu schaffen, die im „weltweiten Triumph des Nationalsozialismus“ besteht, zum anderen alles, was diesem Willen entgegensteht. Versetzt man sich nun jedoch in eine Position der Äquivalenzkette Q, wie sie von der nationalsozialistischen Hegemonie artikuliert wird, scheinen die von diesem hegemonialen Projekt zur Verfügung gestellten Subjektpositionen und die entsprechenden Äquivalenzartikulationen nie zwangsläufig und oft unverständlich oder absurd. Man denke daran, wie seltsam von der Subjektposition eines jüdischen New Yorker Bankiers aus die von den Nationalsozialisten vorgenommene Äquivalenzierung dieser Subjektposition mit der des bolschewistischen Kommissars vorgekommen sein mag (und umgekehrt). Und so verfehlt eine hegemonial geschmiedete Äquivalenzkette Q das Widerständige bzw. den Anderen, den sie bemüht ist zu porträtieren, immer aufs Neue. Von einer Position aus, die sich mit dem Nationalsozialismus konfrontiert sieht, bildet sich dessen Äquivalenzkette Q keineswegs als eigenständige (quasi gespiegelte) Äquivalenzkette P eines komplementären hegemonialen Projekts,

geschweige denn einer ausgebildeten Hegemonie. Deshalb ist es nicht sinnvoll, einen Antagonismus als die Konfrontation zweier sich objektiv konfrontierender hegemonialer Projekte oder gar Hegemonien zu begreifen. Treffender ist es, von zwei hegemonialen Subformationen/-formierungen zu sprechen, die aber Teil desselben, von einem bestimmten Ort aus artikulierten hegemonialen Projekts sind – oder aber beim Begriff der Äquivalenzkette(n) zu bleiben.

Innerhalb eines Antagonismus übernehmen die beiden Äquivalenzketten freilich sehr verschiedene Funktionen, haben also keineswegs denselben Status. Eine Hegemonie als Praxis der Formierung eines gemeinsamen Willens ist darauf angewiesen, daß bestimmte politisch-gesellschaftliche Kräfte sich für jene Subjektpositionen rekrutieren lassen, die ihre Äquivalenzkette P zur Verfügung stellt. Der Erfolg einer Hegemonie bemißt sich danach, in welchem Ausmaß es tatsächlich zu solchen Rekrutierungen, die die diskursive Wahrnehmbarkeit gewährleisten, kommt, bzw. danach, wie politisch-gesellschaftliche Kräfte über die Subjektpositionen der Äquivalenzkette P in den Diskurs eintreten. Für die Subjektpositionen einer Äquivalenzkette Q hingegen müssen nicht notwendigerweise Subjekte rekrutiert werden. Die Äquivalenzkette Q muß in der Lage sein, die Begründung für Schwierigkeiten bei der „Verwirklichung“ des imaginären Allgemeinen (das de facto *niemals* verwirklicht werden kann) und für die Notwendigkeit einer gemeinsamen Anstrengung zu liefern. Hierfür kann es durchaus notwendig sein, einzelne Individuen als Repräsentanten der hegemonialen Äquivalenzkette Q bzw. als deren Subjekte zu artikulieren. Es muß aber fraglich erscheinen, ob es tatsächlich Individuen gibt, die sich exakt auf eine der Subjektpositionen (mit all ihren Äquivalenzrelationen) einer hegemonialen Subformation des Mangels rufen lassen.

Daß es immer nur zwei von einem bestimmten Punkt aus artikulierte, antagonistische hegemoniale Subformationen/-formierungen oder Äquivalenzketten gibt, aber nicht notwendigerweise zwei antagonistische Hegemonien, bedeutet im übrigen nicht, daß es nicht Hegemonien geben *kann*, deren Äquivalenzkette P auf solche Weise artikuliert wird, daß sie der Äquivalenzkette Q einer anderen Hegemonie wenigstens in Teilen *ähnelt*. So entwickelte sich beispielsweise während des zweiten Weltkriegs in der Sowjetunion eine gegen den deutschen Aggressor gerichtete Hegemonie, die in ihrer Äquivalenzkette P national-russische, sowjetische und kommunistische Diskurselemente äquivalent setzte (vgl. Altrichter 1993: 106). Diese liegt auf einer völlig anderen Ebene als die beschriebene Hegemonie des Nationalsozialismus: Sie konstituiert sich in einem nationalen bzw. staatlichen und nicht in einem weltweit-internationalen Kontext, ihr Anspruch ist zunächst kein umfassend

gesellschaftlich-politischer, sondern ein militärischer, und sie zielt auf ein anderes spezifisches Allgemeines (nicht die „gerechte Weltordnung“, sondern die „Freiheit“). Dennoch ähnelt sie zum Teil der Äquivalenzkette Q des Nationalsozialismus – auch wenn dessen Konstruktion des Gegners diesen Gegner verfehlt –, nicht nur, weil sich einige (wenn auch bei weitem nicht alle!) Äquivalenzartikulationen in beiden Formationen-Formierungen decken, sondern auch, weil die antagonistische Grenze zum Teil ähnlich verläuft: gegen die Nationalsozialisten, gegen die Deutschen. Eine Hegemonie A wird also offensichtlich dann insgesamt gestärkt, wenn sich ihre Äquivalenzkette Q deshalb überzeugender artikulieren läßt, weil eine Hegemonie B Rekrutierungserfolge für ihre Äquivalenzkette P erzielen konnte, die der Artikulation der Äquivalenzkette Q von Hegemonie A (natürlich stets nur zum Teil) entspricht; weil, mit anderen Worten, aus der Perspektive der Hegemonie A ein „tatsächlich“ erfahrbarer Gegner artikuliert werden kann. Folglich läßt sich auch festhalten, daß tatsächlich stattfindende Konflikte die Artikulation von Antagonismen durchaus beeinflussen können, sie sind aber nicht mit ihnen deckungsgleich.

Dies führt zu einer ersten Folgerung bezüglich der Konzeption des Antagonismus: Antagonismen existieren in Abhängigkeit von der Verortung und der Perspektive des jeweiligen Diskursteilnehmers, sie sind keine objektiven Phänomene in dem Sinn, daß sie sich vom – freilich nur hypothetischen Standpunkt – eines Beobachters in immer gleicher Weise abbilden ließen. Greift man diesbezüglich auf Gramscis Betrachtungsweise zurück, so ist gegen Gramsci festzustellen, daß es stets eine Vielzahl hegemonialer Projekte geben kann, die durchaus im einen oder anderen (Teil-)Kontext aufeinander und gegeneinander Bezug nehmen können, dies aber nicht notwendigerweise tun. Angesichts dieser Pluralität kann man nicht davon ausgehen, daß sich stets nur zwei Hegemonien (oder allgemeiner: in irgendeiner Weise objektiv konstituierte Formationen von gleichem Status) antagonistisch gegenüberstehen. Antagonistisch im engeren Sinne sind daher immer nur die beiden Äquivalenzketten oder hegemonialen Subformationen/-formierungen, die von *einem* Standpunkt innerhalb eines hegemonialen Projekts artikuliert werden. Der Gegner oder das Widerständige, aus dem sich die Äquivalenzkette Q formt, wird dabei immer auf die eine oder andere Weise verfehlt, er/es bildet keinen objektiven Gegenpart.

Zu dieser ersten Folgerung kommt eine zweite, die in bezug auf die Einrichtung von Antagonismen als Gegenstand hegemonialer Strategie von besonderer Bedeutung ist. Denn jede hegemoniale Strategie und damit auch der Erfolg hegemonialer Projekte beruht darauf, daß sich die antagonistische Grenze als möglichst rigide und undurchlässige Grenze

artikulieren läßt, was gleichzeitig heißt, daß die diskursiven Regionen beiderseits der Grenze als festgefügte Gebilde erscheinen. Ohne diese Rigidität würde die hegemoniale Mobilisierungspotenz leiden. Nun belegt aber bereits die Perspektivität jeder diskursiven Konstruktion eines Antagonismus, daß man von einem rigide fixierten Verlauf der antagonistischen Grenze, die sich von der Warte eines Beobachters aus konstatieren ließe, nicht sprechen kann. Denn weil sie sich in Abhängigkeit von der – räumlichen, zeitlichen und sozialen – Perspektive konstituieren (oder eben auch nicht), können weder die Grenze selbst noch die durch sie getrennten Subformationen/-formierungen jemals endgültig, abgeschlossen oder in sich stabil sein.

Neben der Perspektivität ist es allerdings auch die grundlegende Fluidität des Diskurses, die eine dauerhafte Stabilität der antagonistischen Grenze unmöglich macht. Im hegemoniethoretischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe beruht diese Fluidität insbesondere auf dem dialektischen Verhältnis der beiden Logiken, die das diskursive Geschehen vorantreiben und dynamisieren: der Logik der Differenz und der Logik der Äquivalenz (vgl. grundlegend Laclau/Mouffe 1985: 127-131).¹⁰ Wie dargestellt haben diskursive Elemente nur auf-

10 Wie im Kapitel 2.3 ausführlich dargestellt, gehe ich von insgesamt vier grundlegenden diskursiven Beziehungsarten aus: Differenz, Äquivalenz, Kontrarität und Superdifferenz. Im Unterschied hierzu scheinen Laclau/Mouffe im wesentlichen mit zwei Arten diskursiver Beziehungen auszukommen, nämlich mit Differenz und Äquivalenz (beide übernehme ich von Laclau/Mouffe). Die Beziehungsart der Superdifferenz habe ich hinzugefügt, weil es mir unmöglich erscheint, ohne einen solchen Modus der nicht-antagonistischen Grenzziehung die tendenziell totalisierenden Effekte der Hegemonie (die Artikulation zweier sich unabdingbar konfrontierender Blöcke) befriedigend zu erklären. Denn im schier unendlichen Bereich der Diskurse sind derartige Totalisierungen nicht praktikabel, solange keine vorstrukturierenden Sektorierungen vorgenommen und die Grenzen zwischen verschiedenen Diskurssektoren nicht immer wieder abgesichert werden; genau jene Artikulationen, die der Sektorierung dienen, lassen sich als Superdifferenzartikulationen bezeichnen. Erst die Annahme von diskursiven Superdifferenzrelationen macht die Überlegung von Laclau/Mouffe plausibel, nach der das Äußere eines Diskurses andere Diskurse seien (vgl. Laclau/Mouffe 1985: 146, Endnote 20). Schwieriger ist die Begründung einer zusätzlichen Beziehungsart Kontrarität, zumal der uns im Rahmen der Hegemoniethorie vor allem interessierende Fall der Kontrarität, der Antagonismus, nach der bisherigen, an Laclau/Mouffe anschließenden Darstellung offensichtlich ein Effekt von Äquivalenzbeziehungen ist. Doch es geht eben nicht nur um Äquivalenz per se, sondern um Äquivalenz in Beziehung auf X. Ernesto Laclau selbst formuliert verschiedentlich (vgl. z.B. Laclau 2000c: 302), daß die Äquivalenz möglich ist aufgrund von verschiedenen Konflikten mit verschiedenen Gegnern, die sich in verschiedenen Forderungen entgegenstellen, die aber trotz ihrer

grund der Logik der Differenz eine Existenz als eigenständige, positive Einheiten, d.h. weil sie sich von allen anderen diskursiven Elementen unterscheiden. Ein von reinen Differenzstrukturen durchzogener gesellschaftlich-symbolischer Raum jedoch wäre zwar ein komplexer, aber ein gleichwohl statischer Raum verschiedener Elemente, könnte somit also weder die Beweglichkeit von Sozial- wie von Sinnstrukturen erklären noch das Auftreten „negativer“ diskursiver Elemente, wie sie antagonistische Relationen voraussetzen. Beweglichkeit wie Negativität können erst auftreten, wenn die Logik der Äquivalenz als Überformung – oder Subversion – der Differenz ins Spiel kommt. Denn sobald eine Anzahl differenter diskursiver Elemente als Äquivalente artikuliert werden, kommt es zu „Verschiebungen“ und „Gewichtsverlagerungen“ im Differenzgefüge. Wenn nun aber Äquivalenz zur vorherrschenden Relation eines diskursiven Raums wird – wie im Falle eines Antagonismus, wo sich ja zwei Äquivalenzketten bilden, die alle diskursiven Elemente umfassen – kommt es ebenso zu einem fixierten diskursiven und sozialen Raum, der nur anders strukturiert ist als jener, in dem Differenz vorherrscht. Jede Art von fixiertem Raum aber würde die hegemoniale Praxis, die auf die Beweglichkeit der Elemente unbedingt angewiesen ist, unmöglich machen – so wie jede andere soziale und diskursive Praxis auch. Weil aber immer wieder Ereignisse in diese diskursiv etablierten Strukturen eindringen und neue Differenzierungen erforderlich machen, läßt sich auch die äquivalentielle Fixierung niemals konsequent aufrecht erhalten. Und so stehen sich denn auch Differenz und Äquivalenz als diskursive Logiken gegenüber, ohne daß die eine über die andere jemals letztlich Dominanz erringen kann, mit dem Effekt, daß Diskurse dynamisch bleiben und diskursive wie soziale Formationen-Formierungen beständig in Bewegung sind. Weder Differenz noch Äquivalenz können also eine völlige Fixierung des diskursiven und sozialen Raums bewirken, weshalb auch ein transparenter und stabiler Antagonismus letztlich unmöglich ist:

Verschiedenheit alle als Teil *eines* gegnerischen Systems (die hier so bezeichnete Äquivalenzkette Q) artikuliert werden. Das X der Formulierung „Äquivalenz in Beziehung auf X“ ist also selbst eine Beziehung, für die ich vorschlage, sie Kontraritätsbeziehung zu nennen. Auch wenn diese beiden diskursiven Beziehungsarten denen der Differenz und der Äquivalenz hinzugefügt werden, so können doch weiterhin, wie von Laclau/Mouffe formuliert, Differenz und Äquivalenz als die tragenden diskursiven Logiken der Hegemonie gelten: Denn zwar bilden Superdifferenzrelationen die Voraussetzung für die Möglichkeit von hegemonialen Projekten und Hegemonien, und Kontraritätsrelationen liefern den Anlaß für antagonistische Äquivalenzierungen, aber das hegemoniale Ringen selbst wird durch die Gegenkräfte von Differenz und Äquivalenz, also von der Zerstreuung und der Ballung diskursiver Elemente bestimmt.

[J]ust as the logic of difference never manages to constitute a fully sutured space, neither does the logic of equivalence ever achieve this. The dissolution of the differential character of the social agent's positions through the equivalential condensation is never complete. If society is not totally possible, neither is it totally impossible. This allows us to formulate the following conclusion: if society is never transparent to itself [...] neither is antagonism entirely transparent [...] (Laclau/Mouffe 1985: 129).

Schließlich ist ein reiner, transparenter und stabiler Antagonismus auch deshalb unmöglich, weil die fixierte Grenze, die mit einem solchen Antagonismus einher gehen würde, nur in einem abgeschlossenen und ebenso fixierten Raum des Sozialen denkbar ist. Der Raum des Sozialen jedoch ist grundsätzlich nicht in positiver Weise schließbar, weil das Eins- und Abgeschlossensein einer Gesellschaft immer nur in ihrem *Mangel an Einssein* besteht, den sie symbolisch auf *verschiedenste* Arten zu überwinden sucht. Hegemonien beruhen somit also zwar immer auf Antagonismen, aber auf historisch kontingenten, prekären und letztlich immer scheiternden Antagonismen (vgl. auch Laclau 1990: 7-10).¹¹

Noch eine letzte Anmerkung zur Bedeutung des Antagonismus: Durch die enge Verknüpfung mit der hegemonialen Strategie haben wir ihm nun im wesentlichen eine funktionelle Bedeutung innerhalb von politischen Diskursen, in denen sich eine hegemoniale Praxis herausbildet, zugewiesen. Warum Antagonismen zwar von tatsächlichen gesellschaftlichen Konflikten inspiriert sein können, aber keineswegs in einem objektiven Sinne mit diesen deckungsgleich sind, wurde nun ausgeführt. Daß *der* Antagonismus im realen Sinne dennoch eine zentrale Rolle spielt, darauf hat Slavoj Žižek (1990: 253) in seiner kritischen Ausein-

11 Daß die antagonistische Grenze brüchig und ständig in Bewegung ist, zeigt sich im übrigen auch im Alltag jeder hegemonialen Praxis, etwa darin, daß die als fix artikulierte Grenze dann immer wieder durchbrochen oder verschoben wird, wenn also zur Erfolgssteigerung eines hegemonialen Projekts oder zur Festigung einer Hegemonie einzelne Forderungen von jenseits der antagonistischen Grenze (also in der Äquivalenzkette Q verortete Forderungen) in die Äquivalenzkette P eingebunden werden. Solche Artikulationen des „Herüberziehens“ können als eigenes, die hegemoniale Strategie ergänzendes Strategem gelten (siehe 5.2.4). Ähnlich verhält es sich, wenn diskursive Elemente, und vor allem Subjektpositionen einer Äquivalenzkette Q, zugleich als „de facto“ äquivalent und als „eigentlich“ different artikuliert werden. Eine entsprechende idealtypische hegemoniale Artikulation könnte lauten: „Im Zusammenschluß versuchen X und Y die Verwirklichung des Gemeinwohls zu verhindern, und dabei dient dieser Zusammenschluß nicht einmal dem eigentlichen Individualinteresse von X, dem bei einer Verwirklichung des Gemeinwohls im Sinne von P₁ [das leere diskursive Element] wesentlich besser gedient wäre!“

andersetzung mit den Schriften von Laclau/Mouffe aufmerksam gemacht. Laclau/Mouffe, so Žižek, hätten denn auch einen doppelten Begriff des Antagonismus. Zum einen gibt es die Realität der Antagonismen (im Plural), das heißt der diskursiv vermittelten, alltäglichen Konflikte zwischen gesellschaftlichen Gruppen, die mit einer Zweiteilung des symbolischen Raums einhergehen. In solchen Antagonismen geht es, mit anderen Worten, um die Konfrontation eines gemeinsamen Willens verschiedener politisch-gesellschaftlicher Kräfte mit dem, was diesem Willen entgegensteht. Weitestgehend ist es dieses Verständnis des Antagonismus, das hier – unter Betonung der Diskursivität – zugrunde gelegt wird. Daneben aber gibt Žižek den wichtigen Hinweis, daß es auch den Antagonismus (im Singular) gibt, den im Lacanschen Sinne realen Antagonismus. Erinnern wir uns: Nach Lacan bildet das Reale die Grenze des Symbolischen. Es ist nicht symbolisierbar, aber macht sich immer dann bemerkbar, wenn Symbolisierungsprozesse scheitern. Der Antagonismus kann deshalb als real gelten, weil er nicht nur eine Konsequenz der Leere des Orts des Allgemeinen ist, sondern gleichzeitig die Grenze des Allgemeinen konstituiert, die nicht durchdrungen werden kann und die eine vollständige symbolische Konstituierung des (imaginären) Allgemeinen letztlich verhindert. Mit anderen Worten: Das Reale des Antagonismus kommt als Grenze von Gesellschaft im umfassenden Sinn und als Grenze des Allgemeinen zum Vorschein, bzw. in der Unversöhnlichkeit der Gesellschaft mit sich selbst (bzw. mit ihrer imaginären Dimension) und der des symbolischen Allgemeinen mit dem imaginären Allgemeinen.¹²

5.2.3 Superdifferenzielle Grenzziehung als diskursives Grundlagenstrategem

(IV) *Superdifferenzielle Grenzziehung.* Jede diskursive Strategie ist darauf angewiesen, daß der diskursive Raum, den in bestimmter Weise zu ordnen ihr Ziel ist, nicht grenzenlos ist. Die schier unendliche Menge einzelner Akte der Sinnproduktion, die uns täglich in den verschiedensten Bereichen überfluten, muß irgendwie gegliedert sein, damit überhaupt so etwas wie eine diskursive Strategie – innerhalb eines Bereiches – ansetzen kann. Dies gilt natürlich auch für die Politik, deren Raum – bzw. der Raum dessen, was zur Politik gehört – ebenso nach außen ab-

12 Laclau hat diese Kritik Žižeks aufgenommen und in seine Theorie integriert. In jüngeren Arbeiten (so in Laclau 2000a: 77) macht er darauf aufmerksam, daß sich das Lacansche Reale und die Konzeption des Antagonismus weitgehend decken. Siehe auch die Adaption Lacanschen Vokabulars in Laclaus ganz eigenem Jargon: „the Real becomes a name for the very failure of the Symbolic in achieving its own fullness“ (ebd.: 68).

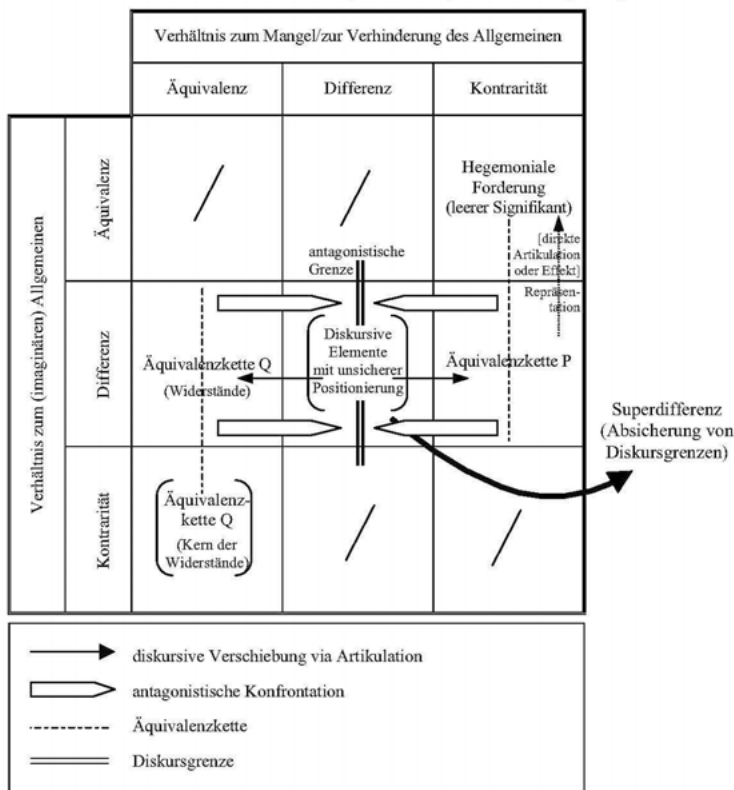
gegrenzt werden muß, wie sie nach innen in spezifische politische Diskurse unterteilt wird. Nur in solchen abgegrenzten Räumen kann Hegemonie als politisch-diskursive Strategie zum Tragen kommen (wobei sich insbesondere die Politik in den liberalen pluralistischen Demokratien dadurch auszeichnet, daß sie die Arenen, in denen es zu hegemonialer Praxis kommen kann, multipliziert)¹³, denn nur ein Raum, der in relativ übersichtlicher Weise abgegrenzt ist, läßt sich sinnvoll antagonistisch aufteilen. Aus diesem Grund muß der diskursive Raum der unendlich ausgedehnten Differenz parzelliert werden. Die beiden bedeutendsten Arten der Konstituierung unterschiedlicher politischer Diskurse wurden bereits oben genannt: zum einen die Eingrenzung der Reichweite des Diskurses auf eine bestimmte Bezugsgruppe, zum anderen durch den Bezug auf jeweils unterschiedliche Aspekte des imaginären Gemeinwohls.

Um diese Diskursgrenzen aufrecht zu erhalten, kommt es regelmäßig – d.h. immer wieder in Situationen, in denen Grenzen in Frage gestellt sind – zur Artikulation dessen, was oben (2.3) als Superdifferenzrelation bezeichnet wurde. Hierbei werden einzelne diskursive Elemente oder ganze Diskursregionen aus der Zugehörigkeit zu einem bestimmten diskursiven Raum verbannt, indem ihre Differenz in gewisser Weise „verstärkt“ wird. Es wird eine Grenze eingezogen, die einerseits grundlegend ist als die eines Antagonismus, insofern als antagonistisch angeordnete Elemente im selben Raum – mit denselben Bezugspunkten – verortet sind, während Elemente oder Cluster von Elementen, die als superdifferent artikuliert werden, getrennten Räumen zugeordnet werden; antagonistische Elemente gleichen verfeindeten Geschwistern, superdifferente Elemente hingegen gehören zu verschiedenen Familien. Andererseits ist die Grenze normalerweise nicht so prekär und kein Gegenstand kontinuierlicher Auseinandersetzungen, sie wird eben nur regelmäßig abgesichert. In Abbildung 3 (Seite 232) wurde das Strategem der superdifferenziellen Grenzziehung (*Strategem IV*) in die obige Abbildung der drei Kernstrategeme (Abbildung 2) eingefügt. Der Doppelstrich um die gesamte Tabelle verdeutlicht die Grenze eines Diskurses nach außen.

Eine Superdifferenzartikulation läßt sich z.B. konstatieren (in diesem Fall zwischen Sicherheits- und Wirtschaftspolitik), wenn im Zusammenhang mit der Schließung von Bundeswehrstandorten geäußert wird, Verteidigungspolitik sei nun einmal nicht für die regionale Wirtschaftsförderung zuständig. Ähnliches gilt etwa für Äußerungen, in denen Politik und Religion als getrennte Sphären behauptet werden, oder für Plädoyers, der Staat solle sich aus den Familien heraushalten.

13 Vgl. zum diesbezüglichen Unterschied zwischen autoritären und demokratischen Staaten Laclau (1979) und Laclau/Mouffe (1985: 131-134).

Abbildung 3: Das Ineinandergreifen der drei hegemonialen Kernstrategeme unter gleichzeitiger Berücksichtigung des diskursiven Grundlagenstrategems der Superdifferenz



Quelle: eigene Darstellung

Es sei nochmals betont: Die interne Untergliederung des diskursiven Raums muß als diskursives Grundlagenstrategem gelten, dessen Einsatz zwar unbedingt notwendig ist, damit überhaupt hegemoniale Artikulationen getätigt werden können, das aber gleichzeitig nicht notwendigerweise in einem unmittelbaren Zielzusammenhang mit hegemonialen Projekten steht, sondern vielmehr ganz allgemein für die Ausbildung spezifischer diskursiver Gegenstände entscheidend ist.

5.2.4 Ergänzende hegemoniale Strategeme

Als ergänzende hegemoniale Strategeme sollen jene Strategeme bezeichnet werden, deren Vorhandensein keine notwendige Bedingung dafür bildet, um eine diskursive Praxis als hegemoniale Praxis zu kenn-

zeichnen. Auch sind sie nicht Teil des Verbundes von Kernstrategemen, deren gemeinsames Auftreten als hinreichende Bedingung für die Feststellung einer hegemonialen Praxis dient. Dennoch können ergänzende Strategeme entscheidenden Einfluß auf den Erfolg oder Mißerfolg von hegemonialen Projekten haben, und zwar insofern als dieser Erfolg ja stets in relativer Weise und nicht an einem absoluten Wert gemessen wird. Jedes der im folgenden genannten drei Strategeme wirkt in der einen oder anderen Weise darauf hin, die Reichweite einer hegemonialen Formation-Formierung zu erhöhen. Das heißt, sie lassen sich konstatieren, wenn es darum geht, die Subjektivierungswirkung von hegemonialen Formationen-Formierungen in der Weise zu steigern, daß auch die diskursive Wahrnehmbarkeit eines artikulierten gemeinsamen Willens zunimmt. Dabei setzen diese Strategeme an unterschiedlichen Punkten innerhalb solcher Formationen-Formierungen an.

(V) *emergente Interpretationsoffenheit des symbolischen Äquivalents des Allgemeinen*. Im Zentrum der hegemonialen Forderung steht ein diskursives Element, das als symbolisches Äquivalent des Allgemeinen dient (z.B. „Soziale Marktwirtschaft“). Bei erfolgreichen Hegemonien zeichnen sich diese zentralen diskursiven Elemente dadurch aus, daß sie innerhalb des Bedeutungsnetzes unmittelbar in einer sehr hohen und zugleich diversen Anzahl von Verknüpfungen artikuliert werden. Es handelt sich, mit anderen Worten, um diskursive Elemente, die sich aufgrund ihrer zahlreichen unmittelbaren Anschlußmöglichkeiten als komplizierte und infolgedessen – weil sie verschiedenste komplexitätsreduzierende Zugänge öffnen – als außergewöhnlich interpretationsoffene Elemente konstituieren. Weil derartige diskursive Elemente die diffusen Erwartungen, die aus vielen subjektiven Perspektiven an das Allgemeine gerichtet werden, auffangen können, können sie am ehesten die unmögliche Rolle eines partikularen Repräsentanten des Allgemeinen übernehmen. Die Interpretationsoffenheit – die nicht als ontologische Konstante eines Begriffs verstanden werden darf, sondern als emergente, sich konstituierende Eigenschaft (Brodocz 2003a: 61) – geht sozusagen mit einer sozialen Integrationsleistung einher (vgl. wiederum für viele Bergsdorf 1991: 22-24; Bonacker/Brodocz 2001; Brodocz 2003b: 228-238). Ob sich eine bestimmte Bedeutung dieses zentralen diskursiven Elements durchsetzt, ist eine Frage einer Hegemonie zweiter Ebene (siehe hierzu 4.6.2 und 5.2.6).

(VI) *Einrichtung/Fortschreibung von Subjektpositionen für politisch-gesellschaftliche Kräfte*. Wie weiter oben ausgeführt (4.5), gründen Hegemonien nicht einfach auf der Rekrutierung möglichst vieler Subjekte, sondern auf der Rekrutierung möglichst vieler politisch-gesellschaftlicher Kräfte (z.B. politische Parteien, Verbände etc.). Aus diesem Grund

werden im Zuge hegemonialer Strategien bevorzugt Subjektpositionen für solche politisch-gesellschaftliche Kräfte und insbesondere für Gruppen in diskursive Formationen-Formierungen und in die Äquivalenzketten eingebaut. Wenn diese Art von Subjektpositionen in ein hegemoniales Projekt – und dabei vor allem in die Äquivalenzkette P – eingebunden werden können, können sowohl die diskursive Wahrnehmbarkeit als auch die Beständigkeit dieses Projekts erhöht werden.

(VII) *gezieltes und vereinzelt Durchbrechen der antagonistischen Grenze*. Darauf, daß kein Diskurs und keine hegemoniale Praxis ohne Brüche und interne Widersprüche existieren können, wurde in den vorangegangenen Abschnitten mehrfach hingewiesen. Dies zeigt sich auch daran, daß eine einmal etablierte antagonistische Grenze zum einen als eine alles entscheidende Grenze zwischen „Gut“ und „Böse“, zwischen „Pro-Gemeinwohl“ und „Contra-Gemeinwohl“, die offensichtlich streng fixiert an einer bestimmten Stelle verläuft, artikuliert wird; daß sie aber andererseits immer wieder als offenbar doch bewegliche Grenze in Erscheinung tritt, weil es nie ausgeschlossen ist und mitunter für die Reichweite und den Erfolg eines hegemonialen Projekts attraktiv oder notwendig sein kann, Subjektpositionen (und vielleicht auch andere diskursive Elemente) über die Grenze hinweg zu verschieben. Verschiebungen über die Grenze hinweg kann es in beide Richtungen geben, gelegentlich auch zeitgleich. Ein Beispiel hierfür wären das finanzkräftige Großbürgertum und die von ihm geführten Unternehmen, denen im Zuge der Röhmkrise 1934 eine Position innerhalb der nationalsozialistischen Äquivalenzkette diskursiv angeboten wurde, während zugleich die Subjektposition des „linken“ oder „sozialistischen Nationalsozialisten“ nicht länger als Teil der Äquivalenzkette in Erscheinung trat. Daß die antagonistische Grenze also zugleich fixiert und unterlaufen werden kann und muß, ist ein erneuter Hinweis darauf, daß diskursive Formationen-Formierungen niemals völlig fixiert werden können, sondern daß sie immer von Kontingenz durchdrungen sind.

5.2.5 Sekundäre hegemoniale Strategie

(VIII) *eigentlicher Verfechter* und (IX) *eigentliche Bedeutung*. Am Ende von Kapitel 4 wurde unter dem Stichwort einer Hegemonie zweiter Ebene kurz erörtert, ob und in welchem Ausmaß sich dann, wenn die Hegemonie eines bestimmten Sinnmusters etabliert ist, sich innerhalb dieses Musters wiederum Hegemonien etablieren können. Insbesondere geht es dabei um zwei verschiedene, doch eng miteinander verknüpfte Punkte: erstens darum, ob sich eine bestimmte Deutung des symbolischen Äquivalents des Allgemeinen über eine längere Periode hinweg durchsetzen

kann; und zweitens darum, ob eine bestimmte politisch-gesellschaftliche Kraft die Rolle eines „Champions“ der umfassenden Forderung, die das Allgemeine zum Ausdruck bringt, übernehmen kann, also die Rolle desjenigen, von dem allein oder wenigstens vornehmlich es abhängt, daß die Forderung auf der Agenda bleibt und letztlich vielleicht sogar erfüllt wird (wobei es in der Natur der Sache liegt, daß die Erfüllung einer umfassenden Forderung in bezug auf das Allgemeine *nie* erreicht werden kann).

Im Anschluß an diese Überlegungen zur Hegemonie zweiter Ebene kann man davon sprechen, daß sich zwei hegemoniale Strategeme ausbilden, in deren Zentrum jeweils diskursive Elemente stehen, die mit dem Attribut des Eigentlichen artikuliert werden: erstens (*Strategem VIII*) ein Strategem des eigentlichen Verfechters (hier muß es zu einer Differenzierung der Subjektpositionen in der Äquivalenzkette P oder auch zu einer artikulatorischen Verschiebung einzelner Subjektpositionen über die antagonistische Grenze hinweg kommen); und zweitens (*Strategem IX*) ein Strategem der eigentlichen Bedeutung eines symbolischen Äquivalents des Allgemeinen (hierzu müssen diskursiv eigentliche und uneigentliche Verknüpfungen des betreffenden diskursiven Elements innerhalb des diskursiven Netzes geltend gemacht werden). Diese Strategeme können als sekundäre hegemoniale Strategeme gelten, weil sie erst innerhalb eines bereits relativ erfolgreichen hegemonialen Projekts – eben auf der zweiten Ebene der Hegemonie – zum Tragen kommen.

Mit Blick auf die sekundären hegemonialen Strategeme sind nun zwei Fragestellungen möglich. Einerseits kann man fragen, was sich auf der zweiten Ebene selbst abspielt. Eine derartige Perspektive würde über kurz oder lang jene Diskussion reproduzieren, die unter dem Stichwort des „Besetzens von Begriffen“ diskutiert wurde (vgl. Biedenkopf 1982[1975]; Behrens et al. 1982: 220-245; Klein 1991: 44-49). Vor allem im Rahmen der politischen Diskussion die diesbezüglich in den 1970er Jahren in der CDU geführt wurde, ging es dabei nicht allein um die semantische Füllung von zentralen Begriffen, sondern – wie die Rede vom „Besetzen“ bereits ausdrückt – darum, daß eine bestimmte politisch-gesellschaftliche Kraft in eine enge Beziehung zu einem bestimmten Begriff gebracht wird, der wiederum in einer bestimmten Weise semantisch gefüllt wird. Mit Begriffe-Besetzen war also eine Strategie gemeint, „die darin besteht, daß man bestimmte allgemein verbindliche Grundwerte begrifflich mit einer politischen Partei oder Gruppierung so verbindet, daß letztlich diese Partei für diesen Grundwert steht“ (Liedtke et al. 1991: 9). In dieser Auffassung des Begriffe-Besetzens finden sich somit beide Strategeme der sekundär-hegemonialen Strategie, die eben angesprochen wurden.

Allerdings ist zurecht immer wieder darauf hingewiesen worden, daß die Metapher des Begriffe-Besetzens mit Vorsicht zu genießen ist (z.B. Kuhn 1991). Das Problem läßt sich differenzierter im Anschluß an eine Überlegung von Petra Ballnuß (1996: 31-35) zeigen, die argumentiert, daß Strategien des Begriffe-Besetzens im wesentlichen entweder an der deontischen oder an der deskriptiven Dimension eines Begriffs ansetzen. Meines Erachtens ist der Nutzen der Metapher des Begriffe-Besetzens in beiden Dimensionen zweifelhaft. Auf die Problematik der „deontischen“ Bedeutung, deren Zustandekommen alles andere als klar ist, bin ich weiter oben bereits eingegangen (3.3). Dort wurde ausgeführt, daß man es bei Leitbegriffen mit „positiven“ deontischen Bedeutungen in politischen Diskursen stets mit leeren Signifikanten zu tun hat, die das diskursiv Uneinholbare, das imaginäre Allgemeine, in den Diskurs zwingen (und dabei zwangsläufig immer aufs Neue scheitern). Daß ein Begriff eine derartige Funktion erlangt, läßt sich nicht mit einfachen „Besetzungen“ erklären, sondern dahinter steht eben genau der gesamte Komplex interdependenter und interagierender hegemonialer Mechanismen und Strategeme, die hier ausgeführt werden. Auch mit Blick auf die deskriptive Dimension scheint die Überlegung, Begriffe ließen sich einfach „besetzen“, verkürzt. Dem stehen die zahlreichen Überlegungen zur Interdependenz, Instabilität, Sozialität und Kontingenz von Bedeutungen entgegen, die hier vor allem im zweiten Kapitel ausführlich dargestellt wurden (vgl. auch Kuhn 1991: 95). Insgesamt ist zu betonen, daß es, wenn überhaupt, bei Fragen des Besetzens im symbolischen Raum der Politik eher um Themen, um komplexe, sich gegenseitig stützende Netze von Begriffen – mithin um Diskurse – geht als um Begriffe (vgl. ebd.: 103).

Damit kommen wir aber wieder darauf zurück, daß es die (An-)Ordnung des symbolischen Raums in seiner Gänze, und nicht in bezug auf einen einzelnen Begriff ist, die für Fragen der Hegemonie entscheidend ist. Dabei kommt der Aufteilung des Feldes politischen Sprechens in binäre Oppositionen und der Zuschreibung des negativen Pols zum Gegner (vgl. auch Kuhn 1991: 104; Greiffenhagen 1980a: 13) auch auf der zweiten Ebene eine entscheidende Rolle zu. Denn warum sollte eine hegemoniale Praxis auf der zweiten Ebene grundsätzlich anders funktionieren als auf der ersten? Auch hier läßt sich das Set von Strategemen finden, das den in den vorangegangenen Abschnitten genannten ähnelt, nur daß im Zentrum dieser Strategeme nicht mehr der leere Ort des imaginären Allgemeinen steht, sondern ein symbolisches Allgemeines, durch welches das imaginäre Allgemeine bereits repräsentiert wird. Und so kommt es eben zu einer erneuten – wiederum perspektivisch zu verstehenden – antagonistischen Zweiteilung (inkl. Äquivalenzierung und Repräsentation) zwischen jenen Subjekten, die „tatsächlich“ für ein

symbolisches Allgemeines stehen bzw. die eigentlichen Verfechter einer an diesem Allgemeinen orientierten, umfassenden Forderung sind, und jenen, die das „nicht wirklich“ tun oder sind (Strategem des eigentlichen Verfechters, *Strategem VIII*). Oder es konstituiert sich eine Zweiteilung zwischen all jenen Elementen, die (evtl. in einer bestimmten hierarchischen Anordnung) die Bedeutung eines symbolischen Äquivalents des Allgemeinen „eigentlich“ ausmachen, also „zu Recht“ eingefordert werden, wenn dieses symbolische Äquivalent eingefordert wird, und jenen, die nicht oder nicht primär Teil dieser eigentlichen Bedeutung sind (Strategem der eigentlichen Bedeutung, *Strategem IX*).

Nachdem nun klar ist, daß beide sekundäre hegemoniale Strategeme nach „innen“, das heißt innerhalb der zweiten Ebene, im wesentlichen die Strategeme der ersten Ebene reproduzieren, könnte man sich die Frage stellen, weshalb man sie überhaupt als eigene Strategeme aufführt. Dies hat damit zu tun, daß man nicht nur, wie in unserer ersten Fragestellung, danach fragen kann, was sich auf der zweiten Ebene selbst abspielt. Man kann auch nach den Rückwirkungen der sekundären strategischen Reproduktion auf die Hauptebene fragen. Hier scheinen mir die eigentlich interessanten Aspekte dieser Strategeme zu liegen. Dies gilt um so mehr, als von Beginn dieser Arbeit an davon ausgegangen wurde, daß Hegemonie nicht als die Vorherrschaft einer Gruppe, sondern als die Vorherrschaft eines bestimmten Musters diskursiver (Re-)Produktion zu verstehen ist. Im Anschluß hieran ist offensichtlich, daß es nicht die Positionierung einer Gruppe als „Champion“ oder als „eigentlicher Verfechter“ einer hegemonialen Forderung sein kann, die den Kern einer Hegemonie ausmacht. Wenn aber auf der Oberfläche des Diskurses erst eine Subjektposition auftaucht, die mit „eigentlicher Verfechter von X“ („die Kraft, die für die Soziale Marktwirtschaft steht“) beschrieben werden kann, und wenn diese Subjektposition dann zum Gegenstand konkurrierender Artikulationen wird, dann ist das Ringen um diese Subjektposition – bzw. das im Nachhinein beobachtbare Strategem des eigentlichen Verfechters – ein Anzeichen dafür, daß sich eine Hegemonie um die Forderung X herausgebildet hat – und zwar auch dann, wenn über längere Zeit eine bestimmte politisch-gesellschaftliche Kraft Inhaberin dieser Position ist. Ähnliches gilt in der Frage der „eigentlichen Bedeutung“: Nichts bestätigt die herausgehobene Rolle einer politischen Forderung mehr, als wenn „die Details“ dieser Forderung – die sich ja, wie gerade dargestellt, für gewöhnlich als interpretationsoffene konstituiert – umstritten sind, nicht aber der Anspruch, daß die Erfüllung gerade dieser Forderung einen Mangel an einem spezifischen Allgemeinem beheben kann. Die hegemoniale Kraft eines symbolischen Allgemeinen zeigt sich, mit anderen Worten, auch und gerade darin, daß es zum Kristalli-

sationspunkt verschiedener Präzisierungen werden kann, wodurch auch nochmals bestätigt wird, daß das symbolische Allgemeine selbst nie völlig fixiert sein kann, daß es immer emergent ist. Wenn sich also bei der Analyse politischer Diskurse die Strategeme der eigentlichen Bedeutung und des eigentlichen Verfechters, jeweils in Verbindung mit einer politischen Forderung, rekonstruieren lassen, dann ist das einerseits ein Indiz dafür, daß sich um diese Forderung herum eine Hegemonie¹⁴ etabliert hat, und andererseits dafür, daß fortgesetzte diskursive Arbeit an der Artikulation dieser Hegemonie geleistet wird.

5.2.6 Defensiv-hegemoniale und anti-hegemoniale Strategien

Die bislang dargestellten Strategeme sind, wie oben erwähnt, allesamt Strategeme, aus denen sich offensiv-hegemoniale Strategien zusammensetzen, also Strategeme, die dazu dienen, Hegemonien zu etablieren. Daß hier der Schwerpunkt auf diese Strategeme gelegt wird, hat einerseits etwas mit dem inhaltlichen Forschungsinteresse zu tun, geht es doch darum zu verstehen, welche Mechanismen hinter der Etablierung der Hegemonie der Sozialen Marktwirtschaft standen. Aber die Schwerpunktsetzung hat andererseits auch mit einer methodischen Überlegung zu tun: Der Erfolg einer offensiven hegemonialen Strategie produziert etwas, nämlich eine relativ stabile und weit verbreitete Formation-Formierung diskursiver (Re-)Produktion. Von diesem Produkt aus läßt sich zurückschauend gezielter vorgehen, als wenn man nicht über ein solches Produkt verfügte. Das Nicht-Vorhandensein eines Produkts ist aber genau das Kennzeichen einer erfolgreichen defensiven hegemonialen Strategie, d.h. einer Strategie, die auf die Abwehr und Zerstreuung von hegemonialen Projekten abzielt (freilich bleibt die abwehrende He-

14 Solange etwa der Status der „Sozialen Marktwirtschaft“ selbst umstritten ist, genügt es, wenn Subjekte als „Verfechter der Sozialen Marktwirtschaft“ rekrutiert werden; erst wenn die Soziale Marktwirtschaft zum symbolischen Allgemeinen geworden ist, sich also eine Hegemonie der Sozialen Marktwirtschaft konstituiert hat, kommt es zur Ausbildung einer Subjektposition des „eigentlichen Verfechters“. Interessant in diesen Zusammenhang, und ein Beleg dafür, daß wir es spätestens in den späten 1990er Jahren mit einer ausgebildeten Hegemonie der Sozialen Marktwirtschaft zu tun hatten, ist die Tatsache, daß sowohl die SPD in ihrem Wahlprogramm von 1998 die „Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft“ einforderte, mithin die Uneigentlichkeit der jetzigen Form der „Sozialen Marktwirtschaft“ betonte, während die CDU im gleichen Zeitraum mit dem selben Effekt ihre Kampagne zur „Neuen Sozialen Marktwirtschaft“ startete (vgl. Merkel 2000). Vgl. auch Kapitel 7.

gemonie als Produkt erhalten, aber deren Zustandekommen läßt sich ja wiederum am besten durch die Betrachtung der offensiven Strategien rekonstruieren). Daher nur soviel zur defensiv-hegemonialen Strategie: Wenn die offensiv-hegemonialen Kernstrategeme auf der Basis der Konstituierung von Superdifferenzrelationen ganz grundsätzlich darauf abzielen, die Komplexität des von unendlich vielen Differenzen beherrschten diskursiven Raums zu vereinfachen, indem alle drei vereinfachenden Überformungen der Differenzrelation – Äquivalenz, Kontrarität, Superdifferenz – zum konzertierten Einsatz kommen, dann liegt es nahe, im Rahmen jeder defensiv-hegemonialen Strategie diese Überformungen zurückzuweisen und stattdessen die Beziehungen der Differenz zu betonen, und zwar in aller Vielfalt und Breite. In defensiv-hegemonialen Strategien kommt also vor allem das zum Tragen, was Ernesto Laclau und Chantal Mouffe die Logik der Differenz nennen (vgl. Laclau/Mouffe 1985: 130; Laclau 2000c: 303). Sie zielen darauf, das Arrangement von Kontraritäten und Äquivalenzen, das zu den zwei sich konfrontierenden Äquivalenzketten eines hegemonialen Projekts führt, zu sprengen und damit Antagonismen zu pazifizieren. In diesem Sinne ist die defensive hegemoniale Strategie z.B. die Paradestrategie des Sozialkatholizismus (und damit auch schon früh der Sozialen Marktwirtschaft), der viele einzelne soziale Forderungen der Arbeiterbewegung zu richtigen Forderungen erklärt, aber die kommunistische Frontstellung von Arbeit und Kapital negiert.

Entscheidend ist, daß defensive und offensive Strategien ineinander übergehen können, indem zugleich einem anderen hegemonialen Projekt die Mobilisierungsfähigkeit entzogen und einzelne Subjektpositionen oder andere diskursive Elemente sodann innerhalb einer vorherrschenden Hegemonie neu gruppiert werden. Auch hierfür könnte die Soziale Marktwirtschaft als Beispiel dienen, etwa im Verhältnis zu den hegemonialen Projekten des Liberalismus und des Kommunismus. Ich werde in der folgenden Analyse immer wieder auch auf das Vorliegen einer defensiv-hegemonialen Strategie hinweisen. Das Hauptaugenmerk wird jedoch auf den Strategemen der offensiv-hegemonialen Strategie liegen, weil meines Erachtens zunächst die interessanteste Forschungsfrage ist, auf welche Weise sich das entwickelte, was sich entwickelte.

Zuletzt eine Anmerkung zur naheliegenden und immer wieder gestellten Frage, ob auch anti-hegemoniale Strategien denkbar seien: Hier gilt es zwischen einer spezifisch anti-hegemonialen und einer radikal anti-hegemonialen Strategie zu differenzieren. Als eine spezifische anti-hegemoniale Strategie ließe sich eine Diskursstrategie bezeichnen, die innerhalb eines hegemonialen Projekts eng mit einer offensiv-hegemonialen Strategie verbunden wird, um eine bestehende Hegemonie – also

einen artikulierten Gegenpol des verfochtenen hegemonialen Projekts – zu schwächen. Eine derartige anti-hegemoniale Strategie operiert in bezug auf die bestehende (genauer: in bezug auf die als bestehend artikulierte) Hegemonie ähnlich wie defensiv-hegemoniale Strategie in bezug auf offensive hegemoniale Projekte: Sie artikuliert Differenz, wo die Hegemonie Äquivalenz oder Kontrarität artikuliert und stellt so die Grenzziehung, auf der die Hegemonie ruht, in Frage. Auch auf Manifestationen einer spezifisch anti-hegemonialen Strategie werde ich in der folgenden Analyse immer wieder hinweisen.

Versteht man hingegen unter einer anti-hegemonialen Strategie keine spezifische, sondern eine radikal anti-hegemoniale Strategie, so impliziert dies eine Art umfassende defensive Strategie *ohne Standpunkt*, also die Zerstreuung aller Hegemonien und aller hegemonialer Offensiven, aber ohne daß es dabei etwas zu verteidigen gäbe. Ist solch ein Standpunkt ohne Standpunkt in reiner Form denkbar? Wohl kaum, weil auch so etwas wie das diskursiv vorgebrachte Argument für die allgemeine und reine Differenz (und ein solches Argument müßte eine anti-hegemoniale Strategie vorlegen) einen äußeren Bezugspunkt (eine Art Allgemeines, eine Art Gemeinwohl) braucht, das als Begründung für die Einforderung von allgemeiner und reiner Differenz dienen kann. Und dieser Bezug auf „eine Art Allgemeines“ ist wiederum der Kern eines hegemonialen Projekts. Dennoch: Es sind diskursive Praktiken denkbar, die stärker als andere Differenzen betonen und hegemoniale Vereinfachungen zurückweisen. Und so kann man – in unausweichlich widersprüchlicher Weise – durchaus davon sprechen, daß sich radikal anti-hegemoniale Strategien wenigstens graduell immer wieder auffinden lassen.

6. Soziale Marktwirtschaft als hegemoniales Projekt

Mit den Ausführungen zur hegemonialen Strategie wurden die Überlegungen zu Diskurs und Sprache, zur Politizität von Diskursen und zur Hegemonie zusammengeführt. Dabei wurden neun Strategeme vorgestellt, die, so die These, die – unterschiedlich bedeutsamen – Bestandteile einer (offensiv-)hegemonialen Strategie konstituieren. Im folgenden möchte ich nun diese These zur hegemonialen Strategie diskursanalytisch plausibilisieren. Den Gegenstand der Diskursanalyse bildet der wirtschaftspolitische Diskurs, der sich in den Jahren vor und nach der Gründung der Bundesrepublik um den Signifikanten der „Sozialen Marktwirtschaft“ gruppierte. Dabei geht es mir *nicht* darum nachzuweisen, daß oder ab wann man von einer etablierten Hegemonie der Sozialen Marktwirtschaft sprechen kann, d.h. ab wann die „Soziale Marktwirtschaft“ tatsächlich in genügend hoher Verbreitung das ordnungs- und wirtschaftspolitische Selbstverständnis der Bundesrepublik prägte. Vielmehr besteht das Ziel darin zu zeigen, daß das diskursive Geschehen um die „Soziale Marktwirtschaft“ als hegemoniales Projekt verstanden werden muß, und zu rekonstruieren, wie solch ein Projekt funktioniert. Es geht also nicht um die Hegemonie der „Sozialen Marktwirtschaft“ – von der man wohl erst gegen Ende des Untersuchungszeitraums oder gar erst danach sprechen kann –, sondern um die „Soziale Marktwirtschaft“ als hegemoniales Projekt. Im folgenden werden zunächst einige grundlegende Überlegungen zur hiesigen Anwendung der Methode der Diskursanalyse und zur Auswahl des Textkorpus angestellt (6.1). Dann werden insgesamt fünf Texte aus diesem Korpus – *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* von Alfred Müller-Armack (1946/47), drei Reden Ludwig Erhards (1948) und die Düsseldorfer Leitsätze der CDU (1949) – ausführlich analysiert und auf die Rekon-

struierbarkeit der hegemonialen Strategeme überprüft (6.2). Auf diesen Schritt der ausführlichen Analyse einiger Texte aus der Anfangszeit des Betrachtungszeitraums folgt eine knappere Überblicksanalyse der Fortentwicklung des Diskurses um die „Soziale Marktwirtschaft“ in den 1950er Jahren, wobei nicht so sehr die historische Entwicklung im Vordergrund steht, sondern die Fortschreibung der hegemonialen Praxis auf der Ebene der hegemonialen Strategeme (6.3).

6.1 Anmerkungen zur Methode der Diskursanalyse

Im Verlauf dieser Abhandlung sind wir zwar immer wieder auf Fragen der diskursanalytischen Methode zu sprechen gekommen. Aber vor der folgenden diskursanalytischen Betrachtung des empirischen Materials sollen, der Übersichtlichkeit und Verständlichkeit halber, die verschiedenen Versatzstücke nochmals zusammengeführt und ergänzt werden. Dazu befassen wir uns nacheinander mit immer enger gesteckten Themen: der Integration von Diskurstheorie und Diskursanalyse, der Vieltätigkeit von Diskurstheorie und Diskursanalyse, der Interdependenz von Erkenntnisinteresse und Methode in der sozialwissenschaftlichen Diskursanalyse, der methodologischen Einordnung der hier verwendeten Methode, der Spezifizierung der Methode und schließlich der Frage nach der Gestaltung des hier verwendeten Textkorpus.

Diskurswissenschaft – Integration von Diskurstheorie und Diskursanalyse. Grundsätzlich wenden wir uns nun – innerhalb der Diskurswissenschaft – von der vornehmlich *diskurstheoretischen* Untersuchung zur vornehmlich *diskursanalytischen* Untersuchung, wobei die Einschränkung „vornehmlich“ unerlässlich ist, weil sich Diskurstheorie und Diskursanalyse letztlich nicht so fein säuberlich trennen lassen, wie vielleicht durch den hier vorgenommenen Kapiteleinschnitt suggeriert wird. Denn zum einen können Diskurstheorien schon aus theorieimmanenten Gründen nicht als irgendwann abgeschlossene und dann nur noch anzuwendende Theorien konzeptioniert werden – schließlich bilden die Unabgeschlossenheit und die Dynamik von Diskursen einen der Kernpunkte der Theorie. Und zum anderen zeigt sich in dieser Abhandlung immer wieder, daß Theorie und Analyse ineinander verwoben sind und sich gegenseitig in beständiger Bewegung halten: Wir mußten immer wieder der Analyse vorgreifen – z.B. bei den genealogischen Anmerkungen zum letztlich nicht auffindbaren Ursprung der „Sozialen Marktwirtschaft“ in Kapitel 2 –, um die Theorie voranzubringen. Und im Gegenzug wird die folgende, konzentrierte Analyse immer wieder auf die

Theorie zurückgreifen, diese spezifizieren, modifizieren und ergänzen müssen. Man muß also von einem integrierten Verhältnis von Diskurstheorie und Diskursanalyse ausgehen, wobei die Diskurstheorie eine mittlere Generalisierbarkeit einzelner Aussagen über das Geschehen in Diskursen anstrebt, während die Diskursanalyse diese Generalisierungen immer wieder überprüft, in Frage stellt, gegebenenfalls verneint und häufig ganz neue Wege der Theoretisierung nahelegt oder der Diskurstheorie neue Felder eröffnet.

Vielgestaltigkeit von Diskurstheorie und -analyse. Die eben angesprochene, von der Diskurstheorie angestrebte Generalisierung ihrer Aussagen zum Diskursgeschehen wurde in doppelter Weise eingeschränkt, indem von einer *mittleren* Generalisierbarkeit von *einzelnen* Aussagen gesprochen wurde. Von mittlerer Reichweite zu sprechen bedeutet dabei, daß es stets um bestimmte Diskursarten (politische, wissenschaftliche etc.) in bestimmten historischen und sozialen Kontexten geht. Von einzelnen Aussagen zu sprechen bedeutet, daß es zumeist – aufgrund der Unabschließbarkeit und Dynamik aller Diskurse – nicht darum gehen kann, die Kartographie eines Diskurses, seine Entwicklung und/oder sein Funktionieren in einer Art Gesamtschau als Ganzes zu untersuchen. Ziel ist es vielmehr, einzelne Bereiche zu rekonstruieren und über diese Teilbereiche – wie hier die Funktion der Hegemonie – verallgemeinernde Aussagen zu treffen. Beide Einschränkungen des Generalisierungsanspruches zollen der schieren Vielfalt und Ereignishaftigkeit des diskursiven Geschehens Tribut. Eine Verallgemeinerbarkeit im engen naturwissenschaftlichen Sinne wird dadurch ausgeschlossen. Da der Raum des Sozialen ebenso wenig wie der Raum des Diskursiven abschließbar und daher stets in Bewegung ist, muß es sogar eher als unwahrscheinlich gelten, daß allgemeine Aussagen *fixiert* werden können.¹ Deshalb ist – statt einer einzigen großen Diskurstheorie, die als gemeinsamer Bezugspunkt aller Diskursanalysen zu denken wäre – eine Pluralität von Theorien, Theoremen und Analysemethoden nicht nur wahrscheinlich, sondern zur adäquaten Rekonstruktion und Erklärung diskursiver Prozesse durchaus sinnvoll. Je nach spezifischem Forschungsinteresse – hier die Strukturalität von hegemonialen Projekten und Hegemonien – und Forschungsgegenstand – hier ein ordnungs- und wirtschaftspolitischer Diskurs vor dem Hintergrund eines (entstehenden) liberal-

1 Das Allgemeine beschreibt also auch hier am ehesten einen Punkt außerhalb des Diskurses. Die Verallgemeinerbarkeit wenigstens mittlerer Reichweite trotz ihrer wahrscheinlichen Unerreichbarkeit anzustreben, bildet jedoch m.E. in ähnlicher Weise ein *Movens* der wissenschaftlicher Diskurse, wie die Verwirklichung eines spezifischen Allgemeinen – also eines Allgemeinen mittlerer Reichweite – ein *Movens* politischer Diskurse darstellt.

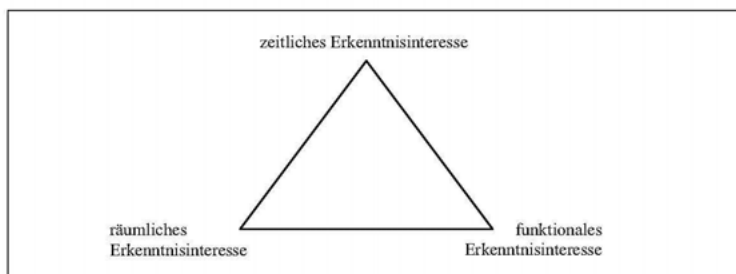
demokratischen Nationalstaats – werden in Diskurstheorien unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt und im Zuge der Diskursanalyse unterschiedliche Vorgehensweisen herangezogen. Sowohl die Vorstellung einer monolithischen Diskurstheorie als auch die Vorstellung, von einer solchen Theorie aus mit einer einheitlichen Methode das empirische Feld zu bearbeiten, muß daher zurückgewiesen werden, und so ist es kaum überraschend, daß Keller et al. (2003: 7) von einer „vielgestaltige[n] Praxis der Diskursforschung“ sprechen.

Insbesondere gruppiert sich unter dem Etikett der Diskursanalyse eine große Vielfalt verschiedener Methoden. Diese Vielfalt mag unter anderem damit zu tun haben, daß Michel Foucault, auf den sich die diskurswissenschaftliche Forschung häufig bezieht, explizit keine feststehende Methode konzipierte und konzipieren wollte (vgl. Bublitz et al. 1999: 15/16) – eine Verweigerung des Sprechens, die der eigenen Foucaultschen Diskurslogik zufolge geradezu nahelegte, daß es zu einer Explosion des Sprechens kommen würde. Und dann gibt es natürlich noch eine Vielzahl von Untersuchungen, die unter dem Etikett „Diskursanalyse“ operieren und sich nicht oder – wie hier – nur zum Teil auf Foucault berufen. In jedem Fall kann Reiner Keller (1997: 325, Herv. i.O.) mit Recht feststellen: „Die Analyse von Diskursen richtet sich auf sehr unterschiedliche Aspekte und bearbeitet diese in sehr unterschiedlicher Art und Weise. Mit anderen Worten: *Diskursanalyse formuliert zuallererst einen breiten Gegenstandsbereich, ein Untersuchungsprogramm, keine Methode.*“ Das Fehlen einer etablierten „Methode Diskursanalyse“ hat den Nachteil, daß es kein Muster gibt, nach dem man sich, ohne sich weiter „den methodologischen und methodischen Kopf zu zerbrechen“, „einfach“ richten könnte. Allerdings hat es auch den Vorteil, daß man die eigene methodische Vorgehensweise relativ frei dem jeweiligen Untersuchungsgegenstand und -design anpassen kann, ohne daß dies eine aufwendige Rechtfertigung erfordern würde.

Interdependenz von Erkenntnisinteresse und Methode in der sozialwissenschaftlichen Diskursanalyse. Innerhalb der beiden großen diskurswissenschaftlichen Richtungen, die in Kapitel 2.1.1 dargestellt wurden, ist die hier vorgenommene Untersuchung wie der Großteil der sozialwissenschaftlichen Diskursforschung der Richtung zuzuordnen, die sich mit großflächigen Sinnproduktionsprozessen und den durch sie generierten Formationen-Formierungen befaßt. Die eben angesprochene Methodenvielfalt ist nicht nur in Unterscheidung zur anderen großen Richtung der Diskursanalyse, die sich vornehmlich mit der Analyse unmittelbarer Kommunikationsprozesse befaßt, sondern auch *innerhalb* der sozialwissenschaftlichen Diskursforschung zu konstatieren. Eine gemeinsame Basis finden die verschiedenen sozialwissenschaftlich-dis-

kursanalytischen Ansätze zum einen in der Form ihres Gegenstandes – Sinninformationen jenseits des einzelnen Satzes oder Textes –, zum anderen in einer grundlegenden erkenntnistheoretischen Übereinstimmung – hinsichtlich des „performativen, weltkonstituierenden Charakter[s]“ (Keller et al. 2003: 10) von Diskursen – und schließlich treffen sie sich methodologisch auch darin, daß sie ihren Gegenstand rekonstruktiv-deskriptiv erfassen.² Jenseits dieser Gemeinsamkeiten unterscheidet sich beinahe jede diskursanalytische Untersuchung von jeder anderen, und zwar vor allem deshalb, weil jeder Untersuchung ein anderes Erkenntnisinteresse oder genauer eine je eigene Mischung verschiedener Arten von Erkenntnisinteresse zugrunde liegt. Auf einer obersten Ebene lassen sich dabei drei Arten von Erkenntnisinteresse unterscheiden: bestimmte

Abbildung 4: *Das methodische Feld der sozialwissenschaftlichen Diskursanalyse, in Abhängigkeit vom Erkenntnisinteresse*



Quelle: eigene Darstellung

- 2 Meines Erachtens gibt es damit einen grundlegenden Unterschied zum rekonstruktiv-verstehenden Vorgehen der Hermeneutik (vgl. 2.1.3). Der Unterschied besteht darin, daß die hermeneutische Methode als auslegende Methode darauf abzielt, Texte (oder auch Praktiken usw.) in ihrer Tiefe zu verstehen, also zum Kern der Bedeutung vorzudringen, während die Diskursanalyse die Oberfläche des Textes und die operierenden Beziehungen zu beschreiben sucht. Eine solche Differenzierung kann sich auch auf Foucault berufen, der sein Verständnis der Diskursanalyse ebenfalls strikt von der Hermeneutik zu unterscheiden sucht (Foucault 1997[1969]). Allerdings gibt es auch Untersuchungen, die unter dem Etikett „Diskursanalyse“ im wesentlichen hermeneutisch arbeiten. Dies gilt zum Beispiel für die – sich erstaunlicherweise unter anderem auf Foucault stützende – ideologiekritische „kritische Diskursanalyse“ Siegfried Jägers (vgl. Jäger 1993; Jäger 1994); auch im jüngst erschienenen *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse* wird die hermeneutische Methode als Teil der Diskursanalyse konzeptioniert (vgl. Keller et al. 2003: 11). Auch wenn insofern eine klare Trennlinie nicht gezogen werden kann, ist eine wenigstens grobe Unterscheidung der unterschiedslosen Subsumierung der Hermeneutik unter die Diskursanalyse gegenüber zu bevorzugen. Der Diskursanalytiker ist kein Hermes, der den Empfängern seiner Botschaft das Denken der Götter auslegt.

Diskurse abzubilden und zu analysieren (räumliches Erkenntnisinteresse), den Wandel von Diskursen zu analysieren (zeitliches Erkenntnisinteresse) und/oder bestimmte diskursive Funktionen zu analysieren (funktionales Erkenntnisinteresse). Diese drei Arten von Erkenntnisinteresse spannen das methodische Feld auf, in dem sich verschiedene sozialwissenschaftliche Diskursanalysen – in grober Weise – verorten lassen (vgl. Abbildung 4, Seite 245).

Dieses Feld erlaubt nur eine grobe Verortung, zum einen, weil sehr häufig verschiedene Arten des Erkenntnisinteresses in eine Untersuchung hinein spielen, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß; zum anderen, weil die groben Bezeichnungen zahlreiche Untergliederungen möglich machen. So kann zum Beispiel, was meistens der Fall ist, das räumliche Erkenntnisinteresse durch ein Thema,³ durch bestimmte Diskursmedien⁴ oder dadurch, daß in einem Diskurs bestimmte Subjekte auftreten,⁵ spezifiziert werden. Das zeitliche Erkenntnisinteresse kann sich auf den Wandel eines Diskurses aufgrund eines bestimmten Ereignisses richten⁶ oder einem Wandel über eine bestimmte Zeitspanne nachspüren⁷. Und bezüglich des funktionalen Erkenntnisinteresses ist natürlich von entscheidender Bedeutung, welche Funktion von Diskursen ins Zentrum der Analyse gerückt wird.⁸

Methodologische Einordnung der hier verwendeten Methode. In der hier vorgenommenen Untersuchung spielen zweifellos Aspekte eines räumlichen und zeitlichen Erkenntnisinteresses – der spezifische Blick auf den deutschen wirtschaftspolitischen Diskurs zwischen 1946 und 1959 – eine Rolle. Doch im Vordergrund steht eindeutig ein mehrschichtiges funktionales Erkenntnisinteresse: Allen voran geht es um den diskursiven Mechanismus der Ausbildung hegemonialer Projekte und der Formierung von Hegemonien, hinzu kommt das Bemühen um

3 So z.B. bei der Analyse zum Diskurs über Müll von Reiner Keller (1998) oder bei der Analyse zum sauren Regen durch Maarten Hajer (1995; 2003).

4 So z.B. durch die Analyse von Schulbüchern durch Thomas Höhne (2003) oder von Qualitätszeitungen (vgl. Hurrelmann et al. 2005).

5 So z.B. bei der Konzentration auf das Subjekt des französischen Intellektuellen in Angermüller (2002).

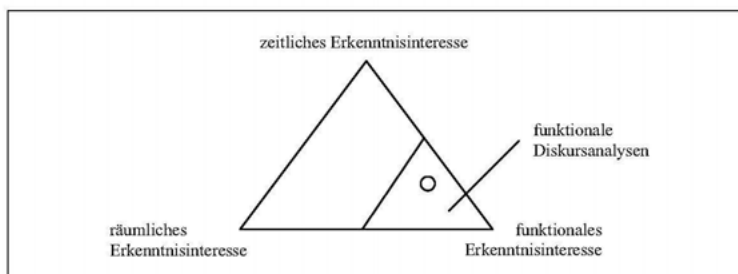
6 Das einzelne Ereignis spielt z.B. eine zentrale Rolle in der strukturalpragmatischen Diskursanalysemethode von Johannes Angermüller (2002).

7 Die Fixierung eines bestimmten Zeitraums fokussiert eigentlich immer das diskursanalytische Erkenntnisinteresse, so z.B. bei Michael Schwab-Trapp (2002). Grundsätzlich spielt der Zeitfaktor auch eine konstitutive Rolle bei der diskursgeschichtlichen Analyse (vgl. Jung 2001).

8 Also zum Beispiel, wie Gegenstände diskursiv produziert werden, wie Diskurse und Subjekte sich gegenseitig generieren, was eine bestimmte Diskursart (politisch, wissenschaftlich etc.) auszeichnet, oder wie bestimmte diskursive Mechanismen, z.B. Hegemonien, funktionieren.

die Rekonstruktion des Politischen im politischen Diskurs oder das Zusammenspiel von Diskursivität und Subjektivität im Zuge der Ausbildung von hegemonialen Projekten. Man könnte daher im hier vorliegenden Fall von einer funktionalen Diskursanalyse sprechen und sie im methodischen Feld folgendermaßen verorten (Abbildung 5):

Abbildung 5: Verortung der angewandten diskursanalytischen Methode im methodischen Feld



Quelle: eigene Darstellung

Der kleine Kreis soll die Verortung der hier angewandten Methode anzeigen. Er befindet sich in der Nähe der rechten unteren Ecke des methodischen Feldes, innerhalb der Methodenregion der funktionalen Diskursanalyse, wodurch veranschaulicht wird, daß es der Analyse vor allem um die Rekonstruktion der Mechanismen diskursiver Hegemonien geht, die hier als hegemoniale Strategien bzw. Strategeme theoretisch hergeleitet worden sind. Die relativ hohe Entfernung von der linken unteren Ecke (räumliches Erkenntnisinteresse) bringt zum Ausdruck, daß die Rekonstruktion des Diskurses der „Sozialen Marktwirtschaft“ eine dem funktionalen Erkenntnisinteresse gegenüber deutlich untergeordnete Rolle spielt. Es geht also nicht darum, den ordnungs- und wirtschaftspolitischen Diskurs der Nachkriegszeit und der frühen Bundesrepublik möglichst umfassend zu erfassen und zu kartographieren, sondern es sollen herausragende Diskursbeiträge dieses Diskurses mit gezieltem Blick auf die Rekonstruierbarkeit der hegemonialen Strategien/Strategeme analysiert werden. Die Entfernung zur oberen Ecke (zeitliches Erkenntnisinteresse) ist geringer als zur linken unteren, weil hegemoniale Prozesse als zeitlich voranschreitende Prozesse konzipiert werden müssen und weil man es bei Hegemonien mit Emergenzphänomenen, also eher Phänomenen des Werdens statt des Seins, zu tun hat (z.B. emergente Interpretationsoffenheit des leeren Signifikanten, performative Dimension der Hegemonie durch die Rekrutierung von Subjekten), wodurch der zeitlichen Dimension zwangsläufig

relativ viel Aufmerksamkeit im Rahmen der funktionalen Diskursanalyse zukommt.

Spezifizierung der Methode. Die im folgenden vorzunehmende Diskursanalyse ist in hohem Maße theoriegeleitet, d.h. sie ist eng mit den bisherigen theoretischen Überlegungen verwoben. Ziel dieser Überlegungen war es ja, theoretisch fundierte Hypothesen über eine bestimmte diskursive Funktion, nämlich die diskursive Formierung von Hegemonie, herzuleiten, um sie dann am empirischen Material zu überprüfen.⁹ Das entscheidende Ergebnis der theoretischen Herleitung war das im vorangegangenen Kapitel vorgestellte Konglomerat (offensiv-)hegemonialer Strategeme. Der Übersichtlichkeit halber seien diese insgesamt neun Strategeme nochmals genannt:

A. Kernstrategeme der offensiv-hegemonialen Strategie

- (I) Äquivalenzierung differenter, am Allgemeinen orientierter Forderungen
- (II) Antagonistische Zweiteilung des diskursiven Raums
- (III) Repräsentation

B. Grundlagenstrategem

- (IV) Grundlagenstrategem der superdifferenziellen Grenzziehung

C. Ergänzende hegemoniale Strategeme

- (V) emergente Interpretationsoffenheit des symbolischen Äquivalents des Allgemeinen
- (VI) Einrichtung/Fortschreibung von Subjektpositionen für politisch-gesellschaftliche Kräfte
- (VII) gezieltes und vereinzelt Durchbrechen der antagonistischen Grenze

9 Durch das hohe Gewicht, das der Theorie damit zukommt, setzt sich die vorliegende Untersuchung vielleicht dem Vorwurf eines diskursanalytischen „Studierstubenansatzes“ aus (vgl. Jung 2001: 29). Ich möchte diesen Vorwurf jedoch zurückweisen: Die meines Erachtens – mit all den Beschränkungen, die oben genannt wurden – erstrebenswerte Verallgemeinerbarkeit von Aussagen über das diskursive Geschehen, das ja nicht wenig komplex ist, ist ohne sorgfältige Theoriearbeit nicht zu leisten (vgl. auch Diaz-Bone 1999: 128). Es geht einer sinnvollen diskurswissenschaftlichen Theoriearbeit auch in keiner Weise darum, wie Jung (2001: 29) unterstellt, die Verarbeitung von „mehr oder neuere[r] Sekundärliteratur“ der Nachvollziehbarkeit ihrer Ergebnisse oder gar der „gesellschaftliche[n] Relevanz“ ihres Tuns vorzuziehen, sondern primär darum, einen spezifischen Beitrag zur Diskurswissenschaft zu leisten, der die empirischen Diskursanalysen sinnvoll ergänzen kann – ebenso wie sie von diesen Untersuchungen ergänzt wird und profitiert.

D. Sekundäre hegemoniale Strategeme

(VIII) Strategem des eigentlichen Verfechters

(IX) Strategem der eigentlichen Bedeutung

Das Ziel der folgenden Diskursanalyse besteht nun darin, die oben theoretisch hergeleiteten Strategeme am empirischen Material des Diskurses um die „Soziale Marktwirtschaft“ auf ihre Gültigkeit hin zu überprüfen bzw. sie im Material zu rekonstruieren. Allgemeiner gefaßt geht es um die vorläufige Verifikation des Strategem-Hypothesenkomplexes und damit auch um die Plausibilisierung der Diskurstheorie, aus der dieser Komplex hergeleitet wurde. Das eigentliche Vorgehen bei der Rekonstruktion ist strukturalistisch, oder vielleicht eher noch poststrukturalistisch inspiriert, was vor allem aus der Tatsache resultiert, daß die Strategeme als – bewegliche – Beziehungsgeflechte, mithin als zum Teil, aber nie völlig fixierte Strukturen konzeptioniert wurden. Insbesondere die vier ersten Strategeme (die drei Kernstrategeme und das Superdifferenzstrategem) lassen sich als spezifische Anordnungen aus den im zweiten Kapitel eingeführten vier Beziehungsarten – Differenz, Äquivalenz, Kontrarität, Superdifferenz – begreifen, und diesen Beziehungsarten sowie ihren spezifischen Anordnungsformen gilt es mit der Diskursanalyse auf den Grund zu gehen. Betrachtet man die hegemonialen Strategeme als das Skelett hegemonialer Formationen-Formierungen, so zielt die Analyse letztlich auf die Rekonstruktion einer typischen solchen Formation-Formierung, nämlich jener um den leeren Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“. Neben der Rekonstruktion der hegemonialen Strategeme geht es dabei insbesondere darum, die performative Dimension hegemonialer Projekte zu erfassen, das heißt, die Prozesse, in denen einerseits Subjekte emergieren, die durch eine hegemoniale Formation-Formierung verbunden sind, indem sie die von dieser Formation bereit gehaltenen Subjektpositionen einnehmen; wobei andererseits genau durch dieses Eintreten in den Diskurs auf den Subjektpositionen einer hegemonialen (oder emergent hegemonialen) Formation-Formierung diese hegemoniale Kontinuität gewinnt. Mit anderen Worten: Auch die Konstituierung der Diskurskoalition um die „Soziale Marktwirtschaft“ soll untersucht werden.

Die oben eingeführten neun Strategeme lassen sich auf drei Analyseebenen rekonstruieren: in Textpassagen, in Texten und in Textzusammenhängen bzw. im Diskurs. Allerdings läßt sich nicht jedes Strategem auf jeder Ebene rekonstruieren. Bei folgenden Strategemen erscheint es aus verschiedenen Gründen wahrscheinlich, daß sie sich gelegentlich oder häufig auf der niedrigsten Ebene, der der Textpassage, nachweisen lassen: das Strategem der Äquivalenzierung differenter, am Allgemeinen

orientierter Forderungen (Strategem I); das Grundlagenstrategem der superdifferenziellen Grenzziehung (Strategem IV); das Strategem der Einrichtung/Fortschreibung von Subjektpositionen für politisch-gesellschaftliche Kräfte (Strategem VI); das Strategem des eigentlichen Verfechters (Strategem VIII) sowie das Strategem der eigentlichen Bedeutung (Strategem IX).¹⁰ Auf der Ebene eines ganzen Textes operieren die Strategeme der antagonistischen Zweiteilung des diskursiven Raums (Strategem II), der Repräsentation (Strategem III) und des gezielten, vereinzelten Durchbrechens der antagonistischen Grenze (Strategem VII). Ausschließlich auf der Diskursebene schließlich findet sich das Strategem der emergenten Interpretationsoffenheit des symbolischen Äquivalents des Allgemeinen (Strategem V). Dasselbe gilt naheliegenderweise für die Formierung von Diskurskoalitionen.

Da jede Diskursanalyse an einem einzelnen Punkt beginnen muß, von dem aus sie sich den Diskurs erschließt, und nachdem die Punkte im Diskurs verschiedene Diskursbeiträge bzw. in unserem Fall Texte sind, stehen im folgenden insgesamt fünf, durch das Ziel der Strategemrekonstruktion strukturierte Textanalysen am Anfang (6.2). Dabei gehe ich, nach einer kurzen Einleitung in den jeweiligen Text, stets in sechs Schritten vor: Die ersten drei Schritte dienen der Vorbereitung und sollen eine bessere Einordnung des Textes wie auch der Textanalyse ermöglichen: (a) Darstellung des historischen Kontexts – auf die Bedeutung der Text-Kontext-Verortung für die Diskursanalyse wurde mehrfach hingewiesen; (b) Rekonstruktion des diskursiven Ortes der Artikulation – das heißt die Rekonstruktion der Subjektposition, von der aus der jeweilige Sprecher spricht; (c) knappe Übersicht über den Inhalt des Textes. In den folgenden drei Analyseschritten erfolgt die angekündigte Überprüfung der Thesen zur (offensiv-)hegemonialen Strategie: (d) Rekonstruktion der hegemonialen Kernstrategeme sowie des Strategems VI; (e) Rekonstruktion weiterer Strategeme, sofern diese sich auf der Ebene des Textes oder seiner Passagen darstellen lassen; (f) Sonstiges. Im Anschluß an diese detaillierten Einzeltextanalysen werden die Ergebnisse dieser Analysen zunächst zusammengefaßt und dann exemplarisch untersucht, wie diese Strategeme im ordnungs- und wirtschaftspo-

10 Hinsichtlich der Strategeme VIII und IX sei bereits hier erwähnt, daß ihre Rekonstruierbarkeit am Beginn eines hegemonialen Projekts – mit einem solchen Beginn haben wir es beim hegemonialen Projekt der „Sozialen Marktwirtschaft“ bis weit in die 1950er Jahre hinein zu tun – eher nicht zu erwarten ist. Wie schon oben ausgeführt wurde, handelt es sich bei den sekundären hegemonialen Strategemen VIII und IX um Merkmale einer weitestgehend etablierten Hegemonie. Mit einer solchen haben wir es allerdings im Betrachtungszeitraum tendenziell noch nicht zu tun.

litischen Diskurs der Bundesrepublik in der 1950er Jahren fortgeschrieben wurden, um so das Operieren der hegemonialen Strategie in einem längeren Diskursabschnitt zu dokumentieren (6.3).

Korpus und Korpusauswahl. Wenn wir uns nun der Analyse zuwenden wollen, so wird damit ein Problem virulent, das bislang noch übergangen werden konnte: Was genau soll analysiert werden? Wie rekonstruieren wir den Diskurs, wo ziehen wir seine Grenzen? Denn letztlich muß ein Diskurs, wenn er als Analyseobjekt in Erscheinung tritt, als ein Korpus von Texten – bzw. allgemeiner von Texten, Bildern, Praktiken etc. – in Erscheinung treten, und in einen solchen konkreten Korpus werden zwangsläufig bestimmte Texte aufgenommen und andere nicht. Zwar mag es richtig sein, daß die Korpuskonstituierung nur „ein methodisch notwendiges Vorgeplänkel zu einer eigentlichen Untersuchung“ (Jung 2001: 33) darstellt – aber notwendig ist sie eben.

Einen ersten grundlegenden Hinweis auf den Umfang des zu wählenden Korpus können wir aus der eben vorgenommenen methodologischen Verortung gewinnen. So geht es hier primär weder darum, einen Diskurs – den Diskurs, in dessen Zentrum der leere Signifikant „Soziale Marktwirtschaft“ emergiert – *umfassend im räumlichen Sinne* abzubilden, ein angesichts der Grenzenlosigkeit von Diskursen ohnehin unmögliches Unterfangen, dem man nicht zu Unrecht Hybris vorhalten könnte. Noch geht es darum, ihn *in umfassender Weise zeitlich* zu rekonstruieren, also alle relevanten Texte aus einem Zeitraum in den Untersuchungskorpus aufzunehmen oder alle Ereignisse, die zu Ereignissen dieses Diskurses werden und dort als diskursive Ereignisse Wandel hervorrufen, zu rekonstruieren. Vielmehr geht es um die Plausibilisierung einer bestimmten Beschreibung des Funktionierens diskursiv-hegemonialer Prozesse. Um zu einer solchen Plausibilisierung zu kommen, kann der Textkorpus aus nur einigen Texten bestehen, die hinreichend repräsentativ sind, um das Sprechen von einem „Diskurs der Sozialen Marktwirtschaft“ zu erlauben.

Wenn demnach also klar ist, daß der Textkorpus repräsentativ, aber nicht unbedingt umfassend sein muß, so stellen sich zwei Fragen: Was sind – erstens – die grundsätzlichen Kriterien, die einen Text eligibel machen? Die Beantwortung dieser Frage drängt zugleich auf die Errichtung einer – virtuellen – Grenze des Diskurses, die letztlich nicht zu ziehen ist, weil Diskurse eben nicht abschließbar sind. Daher folgt notwendigerweise die zweite Frage, anhand welcher Gründe für die Auswahl einzelner Texte – also einer endlichen Menge – aus der im ersten Schritt gewonnenen, grundsätzlich unendlichen Menge erfolgt? Um die Textmenge, die aus der Beantwortung der ersten Frage resultiert, von der Textmenge, die sich durch die Beantwortung der zweiten Frage er-

gibt, begrifflich deutlich abzuheben, hilft die von Dietrich Busse und Wolfgang Teubert (Busse/Teubert 1994: 14; Busse 2001: 53) eingeführte Unterscheidung zwischen dem virtuellen und dem konkreten Textkorpus:

Unter Diskursen im forschungspraktischen Sinn können virtuelle Textkorpora verstanden werden, deren Zusammensetzung durch im weitesten Sinne inhaltliche (bzw. semantische) Kriterien bestimmt wird. Zu einem Diskurs gehören alle Texte, die (a) sich mit einem als Forschungsgegenstand gewählten Gegenstand, Thema, Wissenskomplex oder Konzept befassen, untereinander semantische Beziehungen aufweisen und/oder in einem gemeinsamen Aussage-, Kommunikations-, Funktions- oder Zweckzusammenhang stehen, (b) den als Forschungsprogramm vorgegebenen Eingrenzungen im Hinblick auf Zeitraum/Zeitschnitte, Areal, Gesellschaftsausschnitt, Kommunikationsbereich, Texttypik und andere Parameter genügen, und (c) durch explizite oder implizite (text- oder kontextsemantisch erschließbare) Verweisungen aufeinander Bezug nehmen bzw. einen intertextuellen Zusammenhang bilden. Konkrete (d.h. einer diskursanalytischen Untersuchung zugrundeliegende) Textkorpora sind Teilmengen der jeweiligen Diskurse (Busse 2001: 53).

Der sich durch die hier vorgenommene Definition eines virtuellen Textkorpus ziehende rote Faden ist das „gemeinsame Thema“ (vgl. auch Jung 2001: 33), das sich, wie man ergänzen sollte, dadurch anzeigt, daß sich vergleichbare – wenn auch nicht identische im Sinne von genau deckungsgleichen Verknüpfungen von diskursiven Elementen – Artikulationen aneinanderreihen. Der virtuelle Korpus wird hier weiterhin dadurch eingeschränkt, daß es sich um die ein gemeinsames Thema aufnehmenden Texte eines bestimmten Zeitraums handelt. Mit der Beschreibung eines virtuellen Korpus anhand eines solchen thematischen Kriteriums wird zugleich eine – aus den bereits genannten Gründen ebenso „virtuelle“, d.h. unmögliche – Grenze eines Diskurses skizziert. Rainer Diaz-Bone weist zurecht auf das hier nicht zu lösende Problem hin, daß jede derartige diskursive Abgrenzung bereits auf einem „Vorab-Wissen über den Diskurs“ beruhen muß (ebd.: 130/131). Aber auch für Diaz-Bone ist trotz dieses Problems die thematische Abgrenzung eines Diskurses ein gut gangbarer Weg: „Einfache Strategien für die Abgrenzung bzw. Identifikation können dabei Problematisierungen, Themen und Agenden sein“ (Diaz-Bone 1999: 131). Insofern scheint es gerechtfertigt, hier von einem virtuellen Textkorpus auszugehen, der alle jene Texte umfaßt, die sich zwischen 1946 und 1959 mit der deutschen bzw. der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik – und mit Einschränkungen auch der Sozialpolitik – befassen. Das explizite Erscheinen des Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“, der hier als leerer Signifikant des durch diesen virtuellen Textkorpus beschriebenen Diskurses bezeichnet

wurde, spielt demgegenüber keine entscheidende Rolle, vor allem weil es sich um einen emergenten leeren Signifikanten handelt, der somit zwangsläufig nicht in allen relevanten Texten zu finden sein kann.

Wie nun aber den „konkreten Textkorpus“ innerhalb eines thematisch eingegrenzten virtuellen Textkorpus bestimmen? Der Vielfalt der Methoden der Diskursanalyse entspricht die Vielfalt der Antworten auf diese Frage. Vorgeschlagen wird unter anderem eine Abgrenzung nach „Teildiskursen“ (also subthematisch), nach Textsorten, nach bestimmten Kommunikationsbereichen (z.B. politischen Gruppen, Fachgruppen etc.) oder nach spezifischen Kombinationen dieser Kriterien (vgl. Jung 2001: 33/34). Keines dieser Kriterien ist jedoch für die unternommene funktionale Diskursanalyse zur Untersuchung hegemonialer Mechanismen wirklich zielführend: die Kommunikationsbereiche nicht, weil es ja gerade um die Äquivalenzverknüpfung mehrerer solcher Kommunikationsbereiche geht; die Textsorten nicht, weil hegemoniale Prozesse durchaus in mehreren Textsorten parallel ablaufen (wie zu zeigen sein wird, z.B. in wissenschaftlichen Abhandlungen, Reden und Parteiprogrammen); die Teildiskurse nicht, weil sie einerseits keine wirkliche Klarstellung erlauben und weil es andererseits hegemonialen Projekten – das Argument wiederholt sich – unter anderem um die Verknüpfung von Teildiskursen (wenn man wirklich trennen will, z.B. Ordnungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik) geht.

Im Unterschied zu den genannten Kriterien möchte ich daher meinen konkreten Textkorpus, dem Ansatz einer funktionalen Diskursanalyse folgend, an meiner obigen Definition der Hegemonie und dabei insbesondere am Begriff der politisch-gesellschaftlichen Kräfte orientieren. Dies bedeutet, daß im folgenden Diskursbeiträge dem konkreten Textkorpus zugerechnet werden, mit denen Subjekte in den politischen Diskurs um die „Soziale Marktwirtschaft“ eintreten, die – auch außerhalb dieses Diskurses – diskursiv wahrnehmbar sind, die mithin das sind, was als politisch-gesellschaftliche Kraft eingeführt wurde. Es wird sich zeigen, daß das Auftreten solcher politisch-gesellschaftlicher Kräfte durch einen politischen Diskurs wie den um die „Soziale Marktwirtschaft“ genauso vorausgesetzt wie ermöglicht wird – eine nur scheinbar paradoxe Aussage, sobald man das kontinuierliche Fließen und Ineinanderübergehen von Diskursen bedenkt. Das genannte Auswahlkriterium ist unausweichlich eng mit dem Standpunkt des heutigen Beobachters verknüpft: Aufgenommen werden Texte, deren artikulierende Subjekte aus heutiger Sicht als maßgebliche Subjekte des ordnungs- und wirtschaftspolitischen Diskurses der Sozialen Marktwirtschaft gelten – insofern findet sich Diaz-Bones eben zitierte Aussage zum notwendigen „Vorab-Wissen“ bestätigt. Welche Texte, die von diesen diskursiven Subjekten artikuliert werden,

wiederum im einzelnen ausgewählt werden, ist eine Entscheidung innerhalb dieses Vorab-Wissens, die hinsichtlich der Relevanz und der Repräsentativität getroffen wird (und darauf angewiesen ist, daß sie als plausible Entscheidung gemäß dieser Kriterien vom Leser anerkannt wird).

Die Texte, ihre Autoren, das Jahr ihrer Publikation bzw. ihres Entstehens und, wo notwendig, eine knappe Benennung der Textsorte finden sich jeweils zu Beginn der Abschnitte, in denen sie analysiert werden, aufgelistet (6.2, 6.3.2, 6.3.3).

6.2 Einzelanalysen

In diesem Abschnitt werden entsprechend der eben skizzierten Methode folgende Texte detailliert analysiert:

- Alfred Müller-Armack (1946/47): *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*, wissenschaftliche Monographie (Müller-Armack 1966[1946]) (Abschnitt 6.2.1)
- Ludwig Erhard (1948): Der Weg in die Zukunft, Rede vor dem Wirtschaftsrat am 21. April 1948 (Erhard 1992: 37-61)
- Ludwig Erhard (1948): Der Neue Kurs, Radioansprache vom 21. Juni 1948 (Erhard 1992: 62-68)
- Ludwig Erhard (1948): Marktwirtschaft im Streit der Meinungen, Rede vor dem 2. Parteikongress der CDU der britischen Zone am 28. August 1948 (Erhard 1992: 69-85) (alle drei Reden Erhards in Abschnitt 6.2.2)
- CDU (1949): Düsseldorf Leitsätze, Parteiprogramm vom 15. Juli 1949 (CDU 1963[1949]) (Abschnitt 6.2.3)

6.2.1 Alfred Müller-Armack: *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*

„Müller-Armack ist der Wegbereiter des Konzeptes und Schöpfer des Begriffs der Sozialen Marktwirtschaft. Die Verwirklichung einer freiheitlichen und menschenwürdigen Ordnung betrachtet er als gesellschaftspolitische Aufgabe, zu deren Verwirklichung die Wirtschaft beizutragen habe.“ Bereits eine knappe Charakterisierung wie diese, die Friedrun Quaas (2002: 50, i.O. kursiv) einem jüngeren Lexikonbeitrag zu Alfred Müller-Armack (1901-1978) voranstellt, vermag zu illustrieren, weshalb einer seiner Texte den Ausgangspunkt der folgenden Diskursanalyse bildet. Erstens bekräftigt sie die Bedeutsamkeit Müller-Armacks für den Diskurs der „Sozialen Marktwirtschaft“, indem sie ihn als „Wegbereiter des Konzeptes und Schöpfer des Begriffs der Sozialen

Marktwirtschaft“ verortet. Zweitens aber deutet sich auch an, daß Müller-Armacks Begriffsschöpfung in einem Zusammenhang (ent-)stand, in dem das, was hier als das Allgemeine bzw. als ein Allgemeines bezeichnet wird, zur Diskussion stand: Der Signifikant „Soziale Marktwirtschaft“ wird im Wirtschaftlichen die Stelle einnehmen, die sich mit der Lösung der „gesellschaftspolitischen Aufgabe“, der „Verwirklichung einer freiheitlichen und menschenwürdigen Ordnung verknüpft.“

Hinsichtlich der Ausführlichkeit der Darstellung wie auch der Erläuterung der einzelnen Analyseschritte rücke ich Müller-Armacks programmatischen Text *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*¹¹, der als Monographie im Winter 1946/47 erschienen ist, ins Zentrum der folgenden Diskursanalyse. Diese Schwerpunktsetzung bietet sich vor allem aus drei Gründen an: Erstens ist *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* ein Text, dem nach der Auffassung zahlreicher Autoren eine Schlüsselrolle für den ordnungspolitischen Diskurs der späten 1940er Jahre zukommt, nicht nur, weil der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ in diesem Text und aufgrund dieses Textes erstmals diskursive Resonanz fand, sondern auch, weil die Konzeption hier „erstmal systematisch und prononciert vorgetragen“ (Rauch 2002: 313) und von ihren Alternativen abgegrenzt wurde. Zweitens handelt es sich um den Text, der von allen ausgewählten Texten als erster verfaßt und publiziert wurde (1946). In dieser frühen diskursiven Entwicklungsphase lassen sich viele Artikulationsmuster aufzeigen, die sich in anderen Diskursbeiträgen später ähnlich wiederholen. Drittens schließlich ist *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* auch mit Abstand der umfangreichste der hier analysierten Texte und erlaubt es so, den diskursiv-hegemonialen Entwicklungen an ausführlichem Material nachzuspüren.

(a) *Darstellung des historischen Kontexts.*¹² *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* erschien im Dezember 1946, also etwa eineinhalb Jahre nach der Niederlage des Deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg und zur Zeit der alliierten Besatzung. Die materielle Versorgungslage war zu diesem Zeitpunkt nach wie vor unbefriedigend. Für den einzelnen am

11 *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* ist bibliographisch auf das Jahr 1947 datiert, wird aber meist mit dem Erscheinungsjahr 1946 zitiert, weil es noch vor dem Jahreswechsel durch den Verlag ausgeliefert wurde (vgl. Rauch 2002: 313). Hier wird der 1966 erfolgte Wiederabdruck des Textes im Sammelband *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik* verwendet (Müller-Armack 1966[1946]), wo Müller-Armack selbst 1946 als Erscheinungsjahr angibt.

12 Zur politischen Entwicklung 1945-47 vgl. allgemein Eschenburg (1983: 21-136, 171-280), Benz (1983a: 375-402), Kleßmann (1991); zur genaueren Übersicht über die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 1945-1947 vgl. Abelshauser (1983: 13-46) und Eschenburg (1983: 265-269).

unmittelbarsten spürbar war der Mangel an Nahrungsmitteln, Konsumgütern und Kohle; aber auch die Eisen- und Stahlproduktion und das Transportwesen waren stark eingeschränkt. Zwar erholte sich die wirtschaftliche Lage im Verlauf des Jahres 1946 unerwartet rasch, doch wurden alle Zugewinne im „Katastrophenwinter“ 1946/47 zunichte gemacht, so daß die Industrieproduktion der Bizone im Februar 1947 wieder auf 29 % des Niveaus von 1936 abgesunken war, nachdem sie im November 1946 bereits bei 35,1 % (britische Zone) und 44 % (amerikanische Zone) gelegen hatte (Ambrosius 1977: 35; ähnliche Zahlen und ausführliche Erläuterung bei Abelshauser 1983: 32-37).

1946 war noch weitgehend offen, wie die Mangelwirtschaft beseitigt werden und die deutsche Wirtschaftsordnung grundsätzlich neugestaltet werden sollte. Die Alternative möglicher Wirtschaftsordnungen kam scheinbar in Müller-Armacks Titel *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* zum Ausdruck. Verschiedene Indikatoren wiesen zu diesem Zeitpunkt darauf hin, daß die deutsche Wirtschaft auf absehbare Zeit als Lenkungswirtschaft organisiert werden würde: Die Besatzungsmächte hatten das Bewirtschaftungssystem der nationalsozialistischen Lenkungswirtschaft weitestgehend übernommen. Mit Blick auf die Zukunft ließen allein die US-amerikanischen Administratoren gewisse Sympathien für eine marktwirtschaftliche Neuordnung erkennen,¹³ aber auch in ihren Augen war für eine lange Übergangszeit nur eine gelenkte Wirtschaft in der Lage, den Mangel, der in nahezu allen Warenbereichen herrschte, so gering wie möglich zu halten. Bei den bereits wiedergegründeten deutschen Parteien gab es eine Tendenz pro Lenkungswirtschaft, die von der einen großen Kraft, der SPD, eindeutig bevorzugt wurde, die aber auch in der CDU/CSU zahlreiche Fürsprecher hatte. Der vermeintlich chaotischen (nicht gelenkten) Marktwirtschaft wurde von vielen nicht zugetraut, den grassierenden Mangel zu beheben, und noch viel weniger, dies in gerechter Weise zu tun. Nur die verschiedenen liberalen Parteien bildeten hier eine pro-marktwirtschaftliche Ausnahme.

Gleichzeitig waren in der zweiten Jahreshälfte 1946 wichtige Entscheidungen hinsichtlich der politischen Struktur des besetzten Deutschland getroffen und umgesetzt worden. Die amerikanische und die britische Besatzungszone waren de facto ab September 1946 und de jure ab Januar 1947 zur Bizone zusammengelegt, was sich nicht nur in den alliierten Administrationsstrukturen manifestierte, sondern auch mit

13 Für die sowjetische Besatzungsmacht bildete eine marktwirtschaftliche Organisation ohnehin keine Option. Aber auch die französischen und britischen Administratoren gaben der Lenkungswirtschaft, die zu dieser Zeit zum Teil auch in ihren Heimatländern praktiziert wurde, den Vorzug.

der Schaffung deutscher administrativer Institutionen einherging, die erstmals wieder den Anspruch erheben konnten, für die Mehrheit der Deutschen (etwa 60 %) politisch-administrative Entscheidungen zu treffen. Von den fünf bizonalen Verwaltungseinrichtungen wurden insbesondere die Wirtschaftsverwaltung und deren Führungsposten schnell zum Objekt politischer Begierden und Auseinandersetzungen zwischen der SPD und den bürgerlichen Parteien, denn hier war – natürlich in Abstimmung mit den Alliierten – die Autorität für wirtschaftliche Weichenstellungen wie etwa die Neuordnung des Lohn- und Preissystems angesiedelt. Insgesamt läßt sich also der historische Kontext der Publikation von *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* dergestalt zusammenfassen, daß in wirtschaftlich noch immer angespannter Zeit einerseits die grundsätzliche Ausrichtung der Neugestaltung der deutschen Wirtschaftsordnung noch unentschieden war, andererseits aber Schritt für Schritt die administrativ-politischen Institutionen entstanden, die wirksame Entscheidungen bezüglich dieser Neugestaltung zwar nicht sofort, aber doch mehr und mehr zu ermöglichen schienen. Mit *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* bezieht Müller-Armack also in einem Moment Position, in dem sich die Entscheidungssituation allmählich zuspitzte, und plädierte entschieden gegen die Lenkungswirtschaft und für eine Marktwirtschaft, in die der Staat zwar durchaus planend und steuernd eingreifen sollte, um soziale und ethische Ziele zu verteidigen; aber er sollte dies tun, ohne das Funktionieren des Marktmechanismus selbst zu gefährden. Für diese bewußt gestaltete Marktwirtschaft prägt Müller-Armack den Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“.

(b) *Rekonstruktion des diskursiven Ortes der Artikulation.* Von wo aus wurde diese Positionierung aber vorgenommen? Was war der diskursive Ort der Artikulation? Hiermit ist nicht der geographisch-politische Ort der Artikulation (Deutschland) gemeint, und auch nicht Verlagsort von *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* (Hamburg). Gefragt ist vielmehr nach dem Ort, den der Artikulator einnimmt, nach der Subjektposition, von der aus gesprochen, die von der Artikulation vorausgesetzt und durch die Artikulation bekräftigt wird. Dies ist zwar im Lauf des Textes nicht immer ein und dieselbe Subjektposition, aber es herrscht doch die Position des objektiven wissenschaftlichen Analytikers vor, der „nüchterne Untersuchungen“ einklagt (Müller-Armack 1966 [1946]: 42) und sich die „Forderungen wissenschaftlicher Wahrhaftigkeit“ zu eigen macht (ebd.: 21). Überraschen kann das nicht, war doch Müller-Armack bis 1946 eine relativ ungebrochene wissenschaftliche Karriere beschieden (vgl. zur Biographie Müller-Armacks Quaas 2002; Rauch 2002). 1901 geboren, promovierte er nach einem staatswissenschaftlichen Studium bereits 1923 und habilitierte sich 1926. Den Schwer-

punkt seiner relativ breit ausgerichteten Forschungen bildete die Konjunkturpolitik (vgl. zum Frühwerk Müller-Armacks Schefold 2002). Nach wechselnden Beschäftigungsverhältnissen, u.a. als Privatdozent, außerordentlicher Professor und Vertretungsprofessor, wurde er schließlich 1940 zum ordentlichen Professor für Nationalökonomie und Kultursociologie ernannt. Nachdem er den Nationalsozialismus 1933 zunächst überschwenglich begrüßt hatte (Müller-Armack 1933), scheint seine Begeisterung in der Folgezeit schnell abgenommen zu haben; jedenfalls wurde Müller-Armack im Entnazifizierungsverfahren entlastet.¹⁴ Seine Forschungstätigkeit in jenen Jahren galt der vergleichenden kultursociologischen Erforschung der Entwicklung unterschiedlicher Wirtschaftsstile, mit dem Ziel, eine die verschiedenen menschlichen „Lebensgebiete“ – heute würden wir vielleicht von sozialen Systemen sprechen – integrierende „Erklärung der geistigen Ursprünge unserer wirtschaftlichen und politischen Kultur“ zu finden (Müller-Armack 1944: 5). Aufgrund seines solchermaßen eher soziologischen Verständnisses des Ökonomischen, in dem die Ökonomie nicht als reines „Lebensgebiet“ in Erscheinung trat, sondern stets in Verknüpfung mit anderen „Lebensgebieten“ – insbesondere den Religionen –, ließen sich für Müller-Armack Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik als miteinander Hand in Hand gehende Politiken begreifen. Für die Konzeptionierung der „Sozialen Marktwirtschaft“, die Müller-Armack in den ersten Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs vornahm, spielte dieser umfassende Blick auf das Ökonomische eine zentrale Rolle.

Müller-Armack war schon deshalb, weil er von der Position eines etablierten Professors der Nationalökonomie sprechen konnte, institutionell in den wissenschaftlich-ökonomischen Diskurs eng eingebunden. Daß er darüber hinaus in ständigem Dialog mit einer Vielzahl von Wissenschaftlern verschiedenster Provenienz stand, belebte diese institutionelle Einbindung. In engem Austausch stand Müller-Armack mit Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke, die seine ganzheitliche, religiös und/oder humanistisch fundierte Sichtweise auf die Ökonomie teilten.¹⁵ Aber auch die Vertreter der neoliberalen bzw. ordoliberalen Schule (etwa Franz Böhm und Walter Eucken) schätzte Müller-Armack als Diskussi-

14 Vgl. genauer Schefold (2002: 66-68); zur unterschiedlichen Einordnung von Müller-Armacks anfänglicher pro-nationalsozialistischer Begeisterung vgl. Rauch (2002: 311/12); zum Verhältnis der Konzeption der „Sozialen Marktwirtschaft“ zu nationalsozialistischen Wirtschaftsvorstellungen i.a. vgl. Reuter (1998).

15 Müller-Armack, Röpke und Rüstow gelten gemeinsam als Vertreter einer religiös und humanistisch begründeten Spielart des Neoliberalismus (vgl. Gutmann 1998: 58).

onspartner – wenngleich es hier auch Differenzen hinsichtlich der Gestaltung der Wirtschaftsordnung und der Rolle der Staats in der Wirtschaft gab (vgl. Schefold 2002: 76). Ludwig Erhard kannte Müller-Armack seit den frühen Kriegsjahren (1940 oder 1941, diesbezüglich finden sich verschiedene Angaben in der Literatur). Während alle bislang Genannten – wie Müller-Armack selbst – grundsätzlich Befürworter einer marktwirtschaftlichen Ordnung im Nachkriegsdeutschland waren (und gemeinsam zu den „Vätern der Sozialen Marktwirtschaft“ zählen), war Müller-Armack auch in Kontakt mit sozialdemokratischen oder christlich-sozialistischen Verfechtern einer mehr oder weniger stark ausgeprägten Wirtschaftslenkung (vgl. Abelshauser 1976). Insgesamt also konnte Müller-Armack von der Position des wissenschaftlich gut vernetzten Inhabers einer nationalökonomischen Professur aus sprechen, dem auch von denjenigen, die seine promarktwirtschaftlichen Auffassungen nicht teilten, großer Sachverstand zuerkannt wurde.

(c) *Knappe Übersicht über den Inhalt des Textes.* Gegenstand von *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* ist die Gegenüberstellung dieser Formen von Wirtschaftsordnungen, die 1946 die beiden großen Alternativen zu bilden schienen. Der Text plädiert schließlich gegen die Wirtschaftslenkung und für eine „bewußt gestaltete Marktwirtschaft“, die dem Staat ein breite Palette von sozial und ethisch motivierten Eingriffen gestattet, solange diese die Marktordnung nicht gefährden. Die Ziele, Mittel und Möglichkeiten dieser bewußt gestalteten Marktwirtschaft werden unter der Überschrift „Soziale Marktwirtschaft“ dargestellt.

(d) *Rekonstruktion der hegemonialen Kernstrategeme sowie des Strategems VI.* Im fünften Kapitel wurden drei (offensiv-)hegemoniale Kernstrategeme erarbeitet: (I) Äquivalenzierung differenter, am Allgemeinen orientierter Forderungen; (II) antagonistische Zweiteilung des diskursiven Raums; (III) Repräsentation. Wie diese Strategeme in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* zum Tragen kommen und ineinander greifen, soll im folgenden Analyseschritt rekonstruiert werden. Weil hierbei auch die Untersuchung der Verteilung von Subjektpositionen eine wichtige Rolle spielt, wird mit der Rekonstruktion der drei Kernstrategeme die Rekonstruktion des subjektpositionsspezifischen Strategems VI – Einrichtung von Subjektpositionen für politisch-gesellschaftliche Kräfte – verbunden.

Fassen wir zunächst die Funktion der drei Kernstrategeme und insbesondere die Gegenseitigkeitsbeziehung der Strategeme I und II nochmals zusammen: Den Antrieb politischer Forderungen bildet das imaginäre Allgemeine. Im Raum des Symbolischen bzw. des Diskurses, in dem die Forderungen erhoben werden, läßt sich dieses imaginäre Allgemeine jedoch niemals einholen oder darstellen. Und so bringen die

Forderungen, von denen wir sagen, sie würden in bezug auf das Allgemeine gestellt, nicht das Allgemeine zum Ausdruck, sondern den Mangel an Allgemeinem – gefordert werden muß ja nur das, was nicht ist – und eine Art und Weise, wie dieser Mangel behoben werden sollte. Weil Diskurse aber grundsätzlich nicht abschließbar sind, weil kein Signifikant je hinreicht, und weil genau deshalb der Mangel im Symbolischen stets ein Mangel bleiben wird, reiht sich Forderung an Forderung, ohne daß das je Allgemeine „verwirklicht“ würde. Die drei Kernstrategeme sind nun für die (offensiv-)hegemoniale Strategie deshalb so wichtig, weil sie das zu erzwingen suchen, wogegen sich die offene, nicht abschließbare Diskursstruktur wehrt: Sie zielen darauf ab, den spezifisch politischen Riß im Diskurs gewaltsam zu „vernähen“, d.h. den Diskurs abzuschließen, indem sie dem imaginären Allgemeinen eine symbolische Präsenz verleihen. Für die letzten und nach außen am deutlichsten sichtbaren Stiche dieses „Nähwerks“ ist das Strategem III, die Repräsentation, verantwortlich. Die weitaus umfangreicheren „Nähvorgänge“ gehen dem im Zuge der Äquivalenzierung der am Allgemeinen orientierten Forderungen (Strategem I) und der antagonistischen Zweiteilung des diskursiven Raums (Strategem II) voraus. Die antagonistische Zweiteilung des diskursiven Raums läßt sich aufgrund des spezifischen Ineinandergreifens von diskursiven Äquivalenz- und Kontraritätsbeziehungen konstatieren, und zwar insofern als einerseits einzelne politische Forderungen und alles, was mit diesen Forderungen einhergeht (also diesen Forderungen im Sinne eines Grundes, einer Folge, eines Mittels etc. äquivalent ist), mit anderen, zunächst differenten politischen Forderungen und allem, was mit diesen einhergeht, äquivalent gesetzt werden (wir sprachen von einer Äquivalenzkette P); während zugleich alle diskursiven Elemente, die in Kontrarität zu diesen (einzelnen oder mehreren) äquivalent gesetzten Forderungen artikuliert werden, aufgrund dieser Kontrarität wiederum als eine Äquivalenzkette (Q) artikuliert werden. Das Strategem II zu rekonstruieren, heißt also zu zeigen, wie im Diskurs eine Grenze errichtet wird zwischen (a) Forderungen, die zugleich den Mangel an Allgemeinem zum Ausdruck bringen und für diesen Mangel Abhilfe – jedenfalls eine bestimmte Art der Abhilfe – versprechen, und (b) allem, was diesen Forderungen entgegengesetzt ist, also der Beseitigung des Mangels entgegen steht.

Bei der Analyse von *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* (so wie bei allen anderen folgenden Texten) besteht die komplexeste Aufgabe darin, die Manifestation der Strategeme I und II nachzuzeichnen, nicht nur weil diese Strategeme miteinander äußerst eng verwoben sind, sondern vor allem, weil dabei stets der gesamte Text bedacht werden muß. Diese Aufgabe muß zuerst aufgenommen werden, weil so die

grundlegende Anordnung diskursiver Elemente dargestellt werden kann. Die Rekonstruktion des dritten Strategems der Repräsentation kann im Anschluß hieran erfolgen, und man kann auf die bis dorthin vorgenommene Textlektüre fallweise zurückgreifen.

Vorher stellt sich jedoch noch die Frage, wie sich zentrale, bislang theoretisch verwendete Begriffe und Beziehungsarten übersetzen lassen, um sie für die empirische Analyse nutzbar zu machen. Insbesondere müssen, wie aus der eben vorgenommenen, nochmaligen Zusammenfassung der Kernstrategeme deutlich geworden ist, die Begriffe der Forderung, des Allgemeinen bzw. des sich symbolisch manifestierenden Mangels desselben, der Äquivalenz und der Kontrarität so erläutert werden, daß klar wird, was darunter im empirischen Material jeweils zu verstehen ist. Diese Erläuterung ist nur unter Rückgriff auf Beispiele aus der Empirie des Textkorpus möglich, muß also induktiv, im Zusammenspiel von Text und Analysevorgang, eruiert werden.

Von Forderungen läßt sich sprechen, wenn solche explizit erhoben werden, etwa wenn von der „Forderung einer gesteuerten Marktwirtschaft“ (Müller-Armack 1966[1946]: 110)¹⁶ die Rede ist oder davon, „den Forderungen unserer Gegenwart [zu] genügen“ (127); oder auch wenn etwas als „erforderlich“ bezeichnet wird (160). Gleichmaßen als Forderungen wird die Feststellung von Notwendigkeiten in Bezug auf bestimmte Handlungsweisen eingeordnet: „[d]ie Notwendigkeit, die Marktwirtschaft durch aktive Steuerungsmaßnahmen zu ergänzen [...]“ (159, ähnlich z.B. auch 55, 95, 105, 124). Aber auch wenn ein bestimmter Mangel (an erstrebenswerten Dingen) festgestellt wird (27, 74, 76), wenn es eines Dings oder einer Handlung „bedarf“ (27, 76), wenn man etwas „nur wünschen kann“ (76), wenn „es gilt“, etwas zu tun (20), oder wenn etwas als Ideal dargestellt wird (127), kann man von Forderungen sprechen. Schließlich kann sich ein Forderung nicht nur aus einer einzelnen Passage ergeben, sondern erst im Zusammenhang mehrerer Sätze deutlich werden.

Das Allgemeine kann im Diskurs, im Raum des Symbolischen keinen rechten Ausdruck finden, und so läßt es sich schwerlich an einem Begriff oder an einer Formulierung festmachen. Es deutet sich jedoch im Netz einer Vielzahl von Artikulationen an, insofern es innerhalb bestimmter Forderungen als Mangel erscheint. Diese Forderungen haben üblicherweise zwei Kennzeichen: zum einen, daß sie letzte Ziele formu-

16 Im folgenden werden Passagen dieses Textes nur durch die Angabe der Seite(n) zitiert. Diese Zitierweise – beim ersten Mal vollständige Klammerzitation, anschließend nur die Seitenangabe – wird auch bei den weiteren Textanalysen Verwendung finden.

lieren, und zum anderen, daß diese Ziele allgemeine Ziele sind. Diese Allgemeinheit kann sich mit Begriffen oder mit Begriffskombinationen verbinden, die unmittelbar auf das Überindividuelle verweisen, etwa Begriffskombinationen unter Einbeziehung von „ganz“, „gesamt“, „all“, „sozial“ oder auch – etwas spezifischer – „unser“ oder „wir“ unter Bezug auf eine Gesamtheit. So wird in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* beispielsweise betont, daß die eingeforderte Marktwirtschaft am „Gesamtinteresse“ ausgerichtet sei (29), daß die ihr entgegenstehende Lenkungswirtschaft die Freiheit der „Gesamtnation“ gefährde (85), sowie daß es letztlich um „soziale Gerechtigkeit“ (85), eine „harmonische Sozialordnung“ (128) bzw. eine „allseitig befriedigende soziale Lösung“ (131) gehe. Die Invokation des Allgemeinen wird dadurch bekräftigt, daß die Meinung des Anderen durch Formulierungen wie „darüber dürfte insgesamt Einhelligkeit bestehen“ vereinnahmt wird (85).

Die Bezugsgruppe, um deren mangelndes Allgemeines sich der Diskurs entwickelt, wird in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* als „unser Volk“, mithin das Volk der Deutschen, spezifiziert; so zum Beispiel, wenn die Marktwirtschaft als ein Mittel dargestellt wird, das dazu dient, „unsere geistige Freiheit [ein letztes Ziel, MN], die des einzelnen wie die unseres ganzen Volkes zu sichern“ (128). Diese Textpassage verdeutlicht zudem, daß die Allgemeinheit einer Forderung auch darin bestehen kann, zum Gegenstand der Erörterung nicht die besondere Freiheit „eines einzelnen“, sondern die allseitige Freiheit „des einzelnen“ – mithin aller einzelnen – zu machen. Ähnliches gilt dann, wenn im Text argumentiert wird, daß die in der Wirtschaftsordnungsdebatte vertretenen Positionen in unterschiedlicher Weise die „menschliche Freiheit“ und die „Menschenwürde“ berühren (81).

Viele der genannten diskursiven Elemente, die mit Blick auf das Allgemeine an die Stelle des Geforderten treten – „Gesamtinteresse“, „soziale Gerechtigkeit“, „menschliche Freiheit“, „Menschenwürde“ etc. –, sind relativ abstrakt und müssen in verschiedenen diskursiven Arenen spezifiziert, d.h. mit weiteren Elementen artikuliert werden. Dies geschieht zum einen hinsichtlich des betroffenen Personenkreises durch die eben erwähnte Verknüpfung mit dem Bezug zu Deutschland oder zu „unserem ganzen Volk“. Aber auch die Spezifizierung hinsichtlich eines „Sachgebiets“ gelingt in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* mit einem artikulatorischen Brückenschlag vom „allgemeinen Allgemeinen“ zum spezifischen Allgemeinen relativ flüssig:

Die Frage der Wirtschaftsordnung steht in unlösbarem Zusammenhange mit der politischen und Gesamtlebensordnung, die wir erstreben. Es gilt heute Klarheit darüber zu gewinnen, wie wenig es möglich ist, die Ideale menschli-

cher Freiheit und persönlicher Würde zu verwirklichen, sofern die wirtschaftliche Ordnung, die wir wählen, dem widerspricht (81).

An anderer Stelle schreibt Müller-Armack, daß eine Entscheidung zugunsten einer Wirtschaftsordnung nur möglich ist, „wenn wir [!] gewiß sein dürfen, die Ideale und Werte einer von uns [!] angestrebten Gesamtlebensordnung [!] durch sie verwirklicht zu sehen“ (126). Die Verknüpfung der Suche nach einer geeigneten Wirtschaftsordnung mit der Verfolgung der Ideale und Werte einer Gesamtlebensordnung – oder im vorangegangenen Zitat der Ideale der Freiheit und der Würde – veranschaulicht, daß es das spezifische Allgemeine der Wirtschaftsordnung bzw. das volkswirtschaftliche Allgemeine ist, dessen Ermangelung im Zentrum des politischen Diskurses, in den sich *Wirtschaftslenkung* und *Marktwirtschaft* einordnet, steht. Das eben dargestellte Netz von Forderungen, in denen sich das „allgemeine“ Allgemeine andeutet, wird dabei keineswegs durch Forderungen in bezug auf ein gänzlich anderes, spezifisches Allgemeines ersetzt. Vielmehr werden weitere diskursive Elemente in dieses Netz eingeflochten, um das, woran es fehlt, genauer zu bestimmen: etwa wenn die „Bedarfsdeckung“ als „das eigentliche Ziel der Wirtschaft“ artikuliert (95) oder die „wirtschaftliche Lebensmöglichkeit der [...] Bevölkerungsmassen“ (26) diskutiert wird. Nicht zuletzt werden auch „soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Wohlstand“ als unstrittige letzte Ziele formuliert (85). Zusammenfassend läßt sich sagen, daß das Allgemeine auf symbolischer Ebene mit zahlreichen Elementen erfaßt werden soll (was letztlich niemals gelingt), die darin eine ähnliche Struktur aufweisen, daß sie (a) letzte Ziele („Ideale und Werte“) für (b) die Gesamtheit einer „Wir alle“-Gruppe beschreiben. Das spezifische Allgemeine deutet sich hier vor allem durch die Verknüpfungen mit den Wirtschaftsordnungs-, Bedarfsdeckungs- und Wohlstandselementen an. Allerdings kann eben keines dieser diskursiven bzw. symbolischen Elemente das imaginäre Allgemeine wirklich erfassen; der das Symbolische durchdringende Mangel macht sich stets aufs Neue bemerkbar und erzwingt Hinzufügungen. Ich werde im weiteren Verlauf argumentieren, daß die Müller-Armacksche Lösung zur „Behebung“ dieses Mangels darin besteht, daß er gerade nicht – und im Gegensatz zu den oben formulierten Eigenschaften der Elemente des Allgemeinen – *ein letztes Ziel* zum symbolischen Repräsentanten des Allgemeinen macht, sondern *ein Mittel*, das es erlauben soll, alle Ziele zu erreichen. Dieses Mittel, das zum symbolischen Äquivalent des Allgemeinen wird, ist die „Soziale Marktwirtschaft“.

Vorher aber noch zu den diskursiven Erscheinungsweisen der Äquivalenz und der Kontrarität: Die Äquivalenzrelation wurde im zweiten

Kapitel in allgemeiner Weise als „x ist anders als y, aber geht in Beziehung zu a mit y Hand in Hand“ beschrieben. Im Diskurs selbst und auch im Müller-Armackschen Text tauchen natürlich so gut wie nie Formulierungen auf, die dieser allgemeinen Schreibweise exakt entsprechen, aber es finden sich genügend funktionale Entsprechungen. Allerdings muß man hier in verschiedener Hinsicht differenzieren:

Erstens sind verschiedene *Sprachformen* von Äquivalenzen festzustellen. Die explizite Artikulation einer Äquivalenz findet sich am seltensten. Einen der wenigen Fälle bildet die folgende Kette von „letzten Zielen des öffentlichen Geistes“ (85):

Daß auch im Wirtschaftlichen die persönliche Freiheit und die Menschenwürde wiederhergestellt wird, daß alles zu tun ist, um einen schnellen und wirkamen Wiederaufbau des Zerstörten zu erreichen, daß soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Wohlstand erstrebt werden, darüber dürfte insgesamt Einhelligkeit bestehen (85).

Relativ häufig wird in verschiedenen Formulierungen auch die Äquivalenz von Marktwirtschaft und bestimmten steuernden oder korrigierenden Eingriffen des Staates in die Wirtschaft artikuliert. Dies kann direkt formuliert werden: „Die Notwendigkeit, die Marktwirtschaft durch aktive Steuerungsmaßnahmen zu ergänzen, wurde im Bereiche der Währungspolitik am frühesten begriffen“ (159); oder aber indirekt: „Die Annahme der Grundsätze der Marktwirtschaft setzt jedoch keineswegs den Verzicht auf wirtschaftspolitische Aktivität voraus“ (141). Entscheidend für die Konstatierung einer Äquivalenz ist, daß die Vereinbarkeit von differenten, häufig sogar scheinbar disparaten Forderungen – hier der Forderung nach Marktwirtschaft und der Forderung nach Regulierung – festgestellt wird.

Neben der expliziten Artikulation von Äquivalenzen findet sich weitaus häufiger die Äquivalenz qua Textzusammenhang. Hierunter ist zu verstehen, daß nicht in derselben, sondern in unterschiedlichen Textpassagen die Elemente x und y in dieselbe Beziehung zu a gesetzt werden. Das trifft besonders auf die zahlreichen Fälle zu, in denen an verschiedenen Stellen des Textes und ohne unmittelbaren Zusammenhang (a) Forderungen erhoben werden, oder (b) Ziele von Wirtschaftsordnungen im allgemeinen, (c) Eigenschaften der Marktwirtschaft (bzw. Forderungen, die von der Forderung nach Marktwirtschaft mit abgedeckt werden) sowie (d) Eigenschaften und Konsequenzen der Wirtschaftslenkung beschrieben werden. Besonders auffällig ist auch die Aufzählung und Erläuterung verschiedener Einzelpolitiken (Wettbewerbspolitik, Preispolitik, Sozialpolitik etc.) unter der Hauptüberschrift „Soziale Marktwirtschaft“ (Hauptteil II), durch die diese Politiken – in

einer bestimmten Form – als unter dem Dach der Sozialen Marktwirtschaft vereinbar beschrieben werden, also über den Bezug zur Sozialen Marktwirtschaft als Äquivalente auftreten. Auch wenn sich in vielen Fällen keine durchgehenden Textbelege für die artikulierten Äquivalenzen in bezug auf die Ziele von Wirtschaftsordnungen, die Marktwirtschaft oder die Wirtschaftslenkung beibringen lassen, werden diese mittelbaren, aus dem Textzusammenhang hervorgehenden Äquivalenzen als vollwertige Äquivalenzen gewertet.

Zweitens lassen sich mit konstatierenden und postulierenden Äquivalenzartikulationen zwei *Modi der Äquivalenz* voneinander unterscheiden. Eine konstatierende Äquivalenzartikulation stellt fest, daß zwei Elemente gleichbedeutend sind oder Hand in Hand gehen, z.B.: „Die Marktwirtschaft ist so identisch mit der Bereitschaft, die wechselnden Nachfrage und Knappheitsintensitäten in der Preisbildung zur Geltung zu bringen“ (113). Eine postulierende Äquivalenzartikulation hingegen stellt fest, daß diese Elemente Hand in Hand gehen können und – insofern es sich um Forderungen handelt – sollen:

Der im vergangenen Jahrhundert der Marktwirtschaft beigegebene Fundus kultureller Gesinnungen muß nach deren Verlust ihr in bewußter Gestaltung als tragendes Fundament eingefügt werden. Nur eine derart von überragenden Werten her gestaltete und gesteuerte Marktwirtschaft vermag den Forderungen unserer Gegenwart zu genügen (127).

Entscheidend ist bei einer postulierenden Äquivalenzartikulation, daß sie feststellt, daß differente Elemente miteinander vereinbart werden *können*, da dieses Können von jedem Postulat vorausgesetzt wird. In postulierenden Äquivalenzartikulationen werden immer wieder Elemente in Bezug zu einem Dritten zusammengefügt, die im größeren Kontext dieser Artikulation zunächst als nicht so recht zusammenpassend verstanden werden, so zum Beispiel, wenn in bezug auf die Überwindung des Mangels am volkswirtschaftlichen Allgemeinen „Marktwirtschaft“, „größte wirtschaftspolitische Aktivität“ und „Sozialpolitik“ als Äquivalente artikuliert werden. Doch diese vermeintlich fehlende Passung widerspricht dem Kern des Äquivalenzgedankens in keiner Weise, sondern macht ihn geradezu aus: Äquivalenzen spannen Differentes, und teils eben auch Disparates zusammen – genau deshalb spielen sie für hegemoniale Ordnungen eine solch wichtige Rolle. Eine postulierende Äquivalenzartikulation ist daher aus hegemonietheoretischer Sicht keineswegs gegenüber einer konstatierenden Äquivalenzartikulation in irgendeiner Weise „minderwertig“, nur weil das als äquivalent Artikulierte im diskursiven Kontext nicht als äquivalent gilt. Vielmehr sind beide Modi

von Äquivalenzartikulationen hinsichtlich ihres hegemonialen Effekts als gleichwertig zu behandeln.

Drittens schließlich lassen sich im folgenden Äquivalenzen auf verschiedenen *Ebenen* unterscheiden. Im Zusammenhang mit der Rekonstruktion des ersten Strategems interessieren uns hier vor allem Äquivalenzen, die zwischen politischen Forderungen artikuliert werden, d.h. Äquivalenzen, deren Bezugspunkt a die Überwindung des Mangels an Allgemeinem ist. Hier lassen sich Zielforderungen (wie oben erwähnt, z.B. nach „Freiheit“, „wirtschaftlichem Wohlstand“ und „sozialer Gerechtigkeit“) von Mittelforderungen (z.B. nach „Marktwirtschaft“ oder „Sozialer Marktwirtschaft“) unterscheiden. Diese Unterscheidung wird nicht zum Zwecke einer Hierarchisierung von Forderungen getroffen; sie dient vor allem dazu (siehe oben), sich dem spezifischen Allgemeinen, das sich im Netz der Zielforderungen andeutet, zu nähern. Auf einer zweiten Ebene gibt es jedoch darüber hinaus auch zahlreiche Äquivalenzen in bezug auf eine bestimmte Forderung (die damit selbst die Stelle von a einnimmt), d.h. von verschiedenen diskursiven Elementen, die als Aspekte einer Forderung artikuliert werden. Einige dieser Aspekte lassen sich als Teilforderungen begreifen, etwa wenn die „ökonomische Gewaltenteilung“ als wichtiger Aspekt der „Marktwirtschaft“ und zugleich als erstrebenswert artikuliert wird (27, 82/83). Andere Aspekte hingegen dienen vornehmlich zur näheren Beschreibung dessen, was mit einer bestimmten Forderung einhergeht (Voraussetzungen, Begleiterscheinungen, Konsequenzen), ohne daß sie selbst als Teilforderungen verstanden werden können. Dies gilt insbesondere für Äquivalenzen in der Äquivalenzkette Q, beispielsweise dann, wenn Äquivalenzen zwischen „Wirtschaftslenkung“ und „Krise“ und „Lethargie“ hergestellt werden (20). Die zweite Äquivalenzebene spielt in dreifacher Hinsicht eine wichtige Rolle: erstens, weil die Forderungen und ihre Gegenelemente hier konkretisiert werden und Begründungen erhalten; zweitens, weil Kontraritäten auch mit Hilfe von Elementen der zweiten Ebene artikuliert werden und somit der hegemoniale Antagonismus maßgeblich an dieser Stelle mitbegründet wird; und drittens, weil auch die Verschiebung von diskursiven Elementen „in der zweiten Reihe“ weitreichende Auswirkungen haben kann, so etwa, wenn – wie in marxistischen Diskursen – das Element der fortgesetzten „Krise“ in Äquivalenz zur „kapitalistischen Marktwirtschaft“ artikuliert wird.

Schließlich läßt sich auch die Kontraritätsrelation, die im zweiten Kapitel mit der allgemeinen Formel „x ist anders als y, und steht in bezug auf a in Kontrarität zu y“ beschrieben wurde, in dieser Idealform in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* nicht finden. Auch hier finden sich jedoch zahlreiche funktionale Entsprechungen. Dies läßt sich schön

an einer zentralen Kontrarität des Textes zeigen, nämlich an der zwischen „Wirtschaftslenkung“ und „Marktwirtschaft“. Es finden sich Artikulationen der Kontrarität in knappen Formeln, so zum Beispiel, wenn vom „Prozeß Marktwirtschaft kontra Lenkungssystem“ geschrieben wird (76); oder auch in ganzen Sätzen: „So wird allgemein die Wirtschaftslenkung von einer der marktwirtschaftlichen Ordnung entgegengesetzten Logik bestimmt“ (31). Um die allgemeine Formel der Kontrarität inklusive der Beziehung zu a wiederzufinden, muß man freilich über den einzelnen Satz hinausgehen und weitere diskursive Beziehungen hinzunehmen. Die Variable a steht dabei in hegemonial geprägten Diskursen – grob formuliert – für die Beseitigung des Mangels am Allgemeinen, d.h. es geht um Kontraritäten zwischen diskursiven Elementen, die als Teil der Beseitigung des Mangels am Allgemeinen artikuliert werden, und Elementen, die dem entgegenstehen. Im Diskurs von *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* manifestiert sich das solchermäßen, daß einerseits, wie oben beschrieben, die Marktwirtschaft als Mittel zur Erfüllung zahlreicher Forderungen, die den Mangel an Allgemeinem lindern sollen, artikuliert wird, und daß andererseits die Wirtschaftslenkung durch „die Ausschaltung des marktwirtschaftlichen Prozesses“ charakterisiert wird (30, im Original kursiv).

Vor dem Hintergrund der nun vorgenommenen Begriffspräzisierungen werde ich nun erstens die sich in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* ausbildende Äquivalenzkette von Forderungen (die Äquivalenzkette P) rekonstruieren. Zweitens zeige ich, wie sich diese Äquivalenzkette durch die antagonistische Zweiteilung des diskursiven Raums stabilisiert und damit das ermöglicht wird, worauf ich drittens eingehe: die – zwangsläufig instabile und stets vom Scheitern bedrohte – symbolische/diskursive Repräsentation des Allgemeinen.¹⁷

Den Ausgangspunkt des Müller-Armackschen Diskurses bildet, wie in jedem hegemonialen Diskurs, ein Mangel. Dabei läßt sich dieser Mangel durchaus in doppelter Weise begreifen: Zum einen bildet – wie oben dargestellt – allgegenwärtiger, erfahrener Mangel den Kontext von *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*, und zwar keineswegs nur materieller Mangel, also weitreichende Zerstörung und „Güterknappheit“ (74), sondern auch Mangel an Freiheit, Teilhabemöglichkeiten, Flexibilität und sozialer Harmonie. Zum anderen manifestiert sich im Diskurs

17 Die auf *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* Bezug nehmenden Begriffsklärungen haben naturgemäß Teile der folgenden Analyse vorweggenommen. Da es sich um die zentrale Beispielanalyse handelt, die en bloc vollständig sein soll, läßt sich somit eine Wiederholung einzelner Argumente und Textverweise nicht vermeiden.

der Mangel jeder Diskursivität: Sie kann nie zum Ende kommen, sie fordert immer aufs Neue das nächste Wort, das nächste diskursive Element ein. Insbesondere können keine Artikulation und kein diskursives Element je hinreichen, um den Zustand des vollständig und endgültig behobenen Mangels, im Raum des Politischen also der Verwirklichung eines spezifischen Allgemeinen, zu signifizieren.

Gleichwohl – und auch deswegen – reiht sich Forderung an Forderung, um zum Ausdruck zu bringen, was alles gewährleistet sein muß, wenn der Mangel als behoben gelten soll. Im wesentlichen lassen sich Zielforderungen von Mittelforderungen unterscheiden. Die Zielforderungen wiederum treten als formale und als substantielle Zielforderungen auf. Formale Forderungen, die grundsätzlich durch verschiedene Inhalte ergänzt werden könnten, werden in die Äquivalenzkette P dadurch eingefügt, daß der Text verdeutlicht, daß sich der Mangel (im erstgenannten Sinn) nur dann beseitigen läßt, wenn „die Frage nach der unserer Gegenwart angemessenen Wirtschaftsordnung“ korrekt beantwortet wird (85), so daß es gelingt, „den Forderungen unserer Gegenwart [zu] genügen“ (127), mit einer „vernünftige[n] Wirtschaftspolitik“ (52) zu einem „vernünftigen Ergebnis“ (77) zu kommen und „eine falsche Entscheidung für die Nachkriegspolitik abzuwenden“ (73). Dieses Skelett formaler Forderungen nach Angemessenheit, Vernünftigkeit und richtigen Entscheidungen hinsichtlich der künftigen Wirtschaftsordnung muß nun mit substantiellen Elementen äquivalent gesetzt werden, denn letztlich hängt die Behebung des Mangels davon ab, eine Wirtschaftsordnung in Kraft zu setzen, die „die Ideale und Werte einer von uns angestrebten Gesamtlebensordnung“ verwirklicht (126). Die Müller-Armack-sche Kette der „letzten Ziele des öffentlichen Geistes“ (85) wurde bereits oben wiedergegeben:

Daß auch im Wirtschaftlichen die persönliche Freiheit und die Menschenwürde wiederhergestellt wird, daß alles zu tun ist, um einen schnellen und wirk-samen Wiederaufbau des Zerstörten zu erreichen, daß soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Wohlstand erstrebt werden, darüber dürfte insgesamt Einhelligkeit bestehen (85).

Die Freiheit wird als Ziel besonders betont – sie findet sich nicht nur, wie im Zitat, als „persönliche Freiheit“, sondern auch als „menschliche Freiheit“ (z.B. 81), „geistige Freiheit“ (z.B. 81, 128) – und zwar „die des einzelnen wie die unseres ganzen Volkes“ (128) – oder als „Freiheit des Konsumenten“ (37). Man kann wohl mit Fug und Recht davon sprechen, daß Freiheit in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* als das höchste Ziel artikuliert wird. Hierfür spricht die Häufigkeit des Bezugs auf die-

ses Ziel, aber auch, daß die Freiheit der ökonomischen Leistungsfähigkeit einer Wirtschaftsordnung explizit übergeordnet wird: „Unter dem Gesichtspunkte der Freiheit“, schreibt Müller-Armack, „dürfte die Marktwirtschaft auch dann noch vorzuziehen sein, wenn ihre ökonomischen Leistungen geringer wären als die der Wirtschaftslenkung“ (84).¹⁸ Neben den Forderungen nach „Freiheit“, „Menschenwürde“ (siehe z.B. auch 107), „Wiederaufbau“, „sozialer Gerechtigkeit“ (siehe z.B. auch 106) und „wirtschaftlichem Wohlstand“,¹⁹ die im obigen Zitat aneinander gereiht werden, finden sich zahlreiche weitere Forderungen: „die Knappheitserscheinungen schnellstens zu überwinden“ (74) und damit „das eigentliche Ziel der Wirtschaft, die Bedarfsdeckung,“ (95) zu erreichen; die „Umstellung der Kriegswirtschaft auf Friedensaufgaben“ (74); die „ökonomische Gewaltenteilung“ (27) zur Verhinderung wirtschaftlicher Machtkonzentration (vgl. auch 82/83); eine möglichst hohe Beschäftigung (52, 164) bzw. „die Sicherung eines gewissen Industrialisierungs- und Beschäftigungsgrades“ (158); sowie nicht zuletzt eine „harmonische Sozialordnung“ (128) und eine „allseitig befriedigende soziale Lösung“ (131). Naheliegenderweise finden sich auch die Leitziele des „Gesamtinteresses“ (29) und des „Gemeinwohls“ (76) in die Äquivalenzkette eingebunden; dabei gilt es, „den Blick aufs Ganze“ (119, ähnlich auch 105) zu haben, aber auch „einer Ordnung den Vorzug [zu] geben, die den einzelnen gegen die Übermacht kollektiver Kräfte sichert“ (84).

In diese Äquivalenzkette von Zielforderungen reihen sich nun einige zentrale Mittelforderungen ein, das heißt Forderungen nach Mitteln, die dazu beitragen, die Zielforderungen zu erfüllen. Dabei wird im Gesamtzusammenhang von *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* deutlich, daß diese Mittel nur im Bereich der Wirtschaftsordnungspolitik zu finden sind, zum Beispiel dann, wenn Müller-Armack „die Frage nach der unserer Gegenwart angemessenen Wirtschaftsordnung als das Grundproblem der heutigen Wirtschaftspolitik“ bezeichnet (85). Das diskursive Element, das zweifelsohne am häufigsten und am prominentesten als Mittel zur Erfüllung der eben aufgeführten Forderungen hervorgehoben wird, ist die „Marktwirtschaft“.²⁰ Folgende Beispiele mögen genügen,

- 18 Daß Freiheit in Müller-Armacks Text das höchste Ziel seiner Forderungen zu sein scheint, ist *keinesfalls* damit gleichzusetzen, daß dieses Element im Sinne des Strategems III zum Repräsentanten der gesamten Äquivalenzkette P taugt. Siehe hierzu weiter unten.
- 19 Hier und im folgenden wird bei der Zitierung von Einzelbegriffen oder sehr kurzen Passagen mitunter die Grammatik angepaßt, ohne daß dies eigens durch eckige Klammern hervorgehoben wird.
- 20 Daß die Marktwirtschaft als ein Mittel, nicht als ein Ziel zu verstehen ist, wird im Text mehrfach betont, so z.B.: „Die Marktwirtschaft ist ein In-

um die zentrale Stellung der Marktwirtschaft im Müller-Armackschen Diskurs zu belegen:

[W]ir glauben in ihr [der Marktwirtschaft, MN] ein Mittel erblicken zu dürfen, bestimmte Ideale menschlicher Kulturgestaltung, wie insbesondere soziale Reformen, besonders realistisch und wirkungsvoll durchzusetzen (127).

Wir glauben [...], daß eine Rückkehr zur Marktwirtschaft notwendig ist, um das eigentliche Ziel der Wirtschaft, die Bedarfsdeckung, erneut zu ihrem Rechte kommen zu lassen (95).

[Die Marktwirtschaft erscheint uns] als der einzige Weg, das wirtschaftliche Leben von Massenkulturen zu organisieren, ohne diesem Ziel den Rest unserer Menschenwürde zu opfern (107).

Durch zahlreiche Äquivalenzen der zweiten Ebene wird das diskursive Element „Marktwirtschaft“ präzisiert: „Die Marktwirtschaft ist [...] identisch mit der Bereitschaft, die wechselnden Nachfrage und Knappheitsintensitäten in der Preisbildung zur Geltung zu bringen“ (113). „Ihr Kennzeichen ist die Ausgestaltung einer beweglichen Preis- und Werterechnung, durch die dem Konsum und der Produktion die Dringlichkeit der volkswirtschaftlichen Verwendungsbegehren auf der einen Seite und der Knappheitsgrad der Erzeugungsmittel auf der anderen Seite signalisiert wird“ (112, i.O. kursiv). Der freie Preismechanismus kann, wenigstens vorübergehend, mit „Arbeitslosigkeit und Überkapazität“ einhergehen (51), und er würde auch (gegenüber der 1946 vorherrschenden gelenkten Wohnraumbewirtschaftung) eine „Erhöhung der Mieten“ mit sich bringen (139). Diese vermeintlich negativen Konsequenzen sind jedoch eine Folge der „Rationalität“ der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsrechnung (91), ja das marktwirtschaftliche Prinzip kann als „die Rechnungsform der Wirtschaft schlechthin“ gelten (112, Herv. i.O.). Die Marktwirtschaft zersplittert wirtschaftliche Machtpositionen, „um im Wirtschaftlichen das Entstehen politischer Macht zu verhindern“ (89). Sie geht Hand in Hand mit der Bereitschaft „große[r] Bevölkerungsmassen zu einer freiwilligen Zusammenarbeit“ (93), mit „Leistungswilligkeit“ (93) und „Orientierung am Konsumenten“ (27, ähnlich 91-94). Auch verbürgt sie „sozialpolitischen Gewinn“ durch „den Anstieg der

strument, ein Organisationsmittel, nicht ein Selbstzweck und daher noch nicht Träger bestimmter Werte“ (126). Zwar ist sie nicht Träger dieser Werte, kann sie aber gleichwohl „verwirklichen“ und „sichern“ (vgl. 126/128). Aus Gründen der Vereinfachung wird im folgenden zwischen „Marktwirtschaft“ und semantisch sehr nahestehenden Elementen wie „marktwirtschaftliche Ordnung“ nicht unterschieden.

Reallöhne der Arbeiter“ (101, ähnlich 131) und den „entfesselte[n] Güterstrom“ (131). Insgesamt kann die Forderung nach der „Marktwirtschaft“ wohl als zentrale Mittelforderung gelten, denn „[d]ie Marktwirtschaft ist gleichsam der gruppierende Ordnungsgedanke, um den sich höchst aktive Maßnahmen zusammenschließen müssen“ (161).

Womit jedoch zugleich erkennbar wird, daß sie in bezug auf die Beseitigung des Mangels an Allgemeinem mit diesen „höchst aktive[n] Maßnahmen“ in eine Äquivalenzkette gestellt wird. Schon gleich in der kurzen Einleitung zu *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* werden Marktwirtschaft und „eine aktive und konstruktive Wirtschaftspolitik“ bzw. „eine aktive und unseren sozialen und ethischen Überzeugungen entsprechende Wirtschaftspolitik“ (beide 20) als Äquivalente artikuliert. Diese Verknüpfung zieht sich durch den gesamten Text, entsprechend der Aufgabe, die sich Müller-Armack stellt, nämlich „die marktwirtschaftliche Ordnung auf ihre Vereinbarkeit mit jenen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Zielen zu überprüfen, die wir heute zum Grundbestand unserer staatlichen Gesinnung rechnen“ (80). Um diese erwähnten (und oben rekonstruierten) Ziele zu erreichen, besteht die Notwendigkeit „erheblicher sozialer, politischer, raumplanerischer und konjunkturpolitischer Sicherungen“ (107), d.h. es ist erforderlich, „die marktwirtschaftliche Ordnung zu einer bewußt gestalteten Form zu machen“ (105). Die Forderung nach „Marktwirtschaft“ und nach „einer aktiven und konstruktiven Wirtschaftspolitik“ verbinden sich so zur „Forderung einer gesteuerten Marktwirtschaft“ (110), die als „eine neue dritte Form“ eine Art Synthese zwischen Marktwirtschaft und Wirtschaftslenkung darstellen soll (109).²¹ Im größten Teil des Textes wird zur Bezeichnung dieser Synthese der Signifikant „gesteuerte Marktwirtschaft“ verwendet. Der Signifikant „Soziale Marktwirtschaft“ wird als Äquivalent der „gesteuerten Marktwirtschaft“ verwendet (vgl. v.a. 109/10), aber nur an insgesamt vier Stellen

21 Während im gesamten Text, wie ich weiter unten noch zeigen werde, grundsätzlich die „Wirtschaftslenkung“ als maßgebliches Element der Äquivalenzkette Q artikuliert wird, also als Teil der Kette jener diskursiven Elemente, die mit dem Mangel identifiziert werden (oder genauer: die in Kontrarität zu den Forderungen stehen, welche auf die Beseitigung des Mangels an Allgemeinem abzielen), wird sie hier (109) für kurze Zeit in eine postulierende Äquivalenz mit der „Marktwirtschaft“ gestellt. Freilich wird das schnell dadurch relativiert, daß nur „marktkonforme“ steuernde oder lenkende Eingriffe mit der Marktwirtschaft als äquivalent artikuliert werden. Dieses Lavieren verdeutlicht, daß die antagonistische Grenze die angestrebte Stabilität letztlich nicht erreichen kann, weil sie zur Verortung einzelner Elemente immer wieder in strategischer Absicht geöffnet oder verschoben wird. Ich werde weiter unten noch auf einige weitere Beispiele verweisen, die auf diese Art und Weise das siebte Strategem belegen.

des gut 150-seitigen Textes (20, 78, zweimal 109). Obwohl er so selten auftaucht, wird in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* sehr deutlich, daß „Soziale Marktwirtschaft“ – und nicht „gesteuerte Marktwirtschaft“ – zur Bezeichnung der Wirtschaftsordnung, von der sich Müller-Armack die Behebung des Mangels in seinen vielen Erscheinungsformen erhofft, verwendet wird. Zum einen wird der Signifikant an drei der vier Stellen (20, zweimal 109) in Anführungszeichen gesetzt, was ihn als bewußte Neueinführung hervorhebt. Zum anderen wird „Soziale Marktwirtschaft“ der dritten Wirtschaftsform dezidiert äquivalent gesetzt:

Wir sprechen von „Sozialer Marktwirtschaft“, um diese dritte wirtschaftliche Form zu kennzeichnen. Es bedeutet dies [...], daß uns die Marktwirtschaft notwendig als das tragende Gerüst der künftigen Wirtschaftsordnung erscheint, nur daß dies eben keine sich selbst überlassene, liberale Marktwirtschaft, sondern eine bewußt gesteuerte, und zwar sozial gesteuerte Marktwirtschaft sein soll (109).

Vor allem aber wird dem gesamten zweiten Teil von *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*, in dem Müller-Armack seine Idealvorstellung einer Wirtschaftsordnung skizziert, die Überschrift „Soziale Marktwirtschaft“ (78, hier ohne Anführungszeichen) vorangestellt, so daß man das in diesem Abschnitt Ausgeführte als in einer Äquivalenzrelation mit der „Sozialen Marktwirtschaft“ stehend bewerten kann.

Welche Äquivalenzen zu den „Forderungen einer gesteuerten Marktwirtschaft“ werden nun aber auf der zweiten Ebene (Aspekte, Teilforderungen etc.) artikuliert? Hier finden sich zahlreiche Äquivalenzierungen unter Bezug auf Politikfelder, die der Steuerung bedürfen. Diese Politikfelder und die einzelnen Maßnahmen seien im Überblick genannt:

Wettbewerbspolitik (116-120): Die „Gestaltung des Wettbewerbs“ (116) bildet das „Kernstück“ einer bewußt gestalteten Marktwirtschaft (118). Erforderlich sind seitens der Legislative die „Wettbewerbsgesetzgebung“ (118), insbesondere die „energische Gesetzgebung gegen alle Arten von Wettbewerbsbindung“ (119), sowie auf exekutiver Seite „Verwaltungseingriffe gegen faktische Wettbewerbsbindungen“ (119).

Preispolitik (120-126): Obwohl die Preisfreiheit als entscheidender Aspekt der „Marktwirtschaft“ eingeführt wurde, wird mit der gesteuerten Marktwirtschaft auch die Notwendigkeit äquivalent gesetzt, „im Bereiche des Preismechanismus selbst gewisse konstruktive Verbesserungen anzubringen“ (120),²² insbesondere im Agrarbereich die „Notwen-

22 Mit Blick auf den 1946 vorherrschenden Kaufkraftüberhang wird die „völlige Preisfreiheit“ sogar abgelehnt und mit „sozialem Chaos“ äquivalenziert (126). Dies ist ein Beispiel dafür, daß diskursive Elemente in ver-

digkeit, gewisse Sicherungen gegen funktionslose Preisschwankungen einzuschalten“ (124). Bei Wirtschaftszweigen, die mit ständiger Kostendegression kämpfen, sind u.U. sogar „ständige preispolitische Eingriffe“ (121) erforderlich.

Sozialpolitik (129-134): Neben der bereits oben dargestellten Müller-Armackschen Äquivalenzartikulation von „marktwirtschaftlicher Ordnung“ und „einigen sozialpolitischen Vorteilen“ – höhere Reallöhne und „entfesselter Güterstrom“ (131) – tritt nun die Äquivalenz von „gesteuerter Marktwirtschaft“ und „Sozialpolitik“. So läßt sich mit Müller-Armack beispielsweise die „Marktwirtschaft“ als äquivalent artikulieren mit einer „staatlichen Mindestlohnhöhe“ und mit einem „direkten Einkommensausgleich zwischen hohen und niedrigen Einkommen durch eine unmittelbare Einkommensumleitung“, also einer progressiven Einkommensbesteuerung bei gleichzeitiger Verteilung direkter Transfers „etwa in Form von Kinderbeihilfen, Mietzuschüssen, Wohnungsbauzuschüssen“ (alle 132). Und außerdem bleiben in „eine marktwirtschaftliche Sozialpolitik [...] weiterhin selbstverständlich einfügbar alle sozialpolitische Rechtsgestaltung und das soziale Versicherungswesen, sofern nicht, was nur in wenigen Punkten zutreffen würde, ein Widerspruch mit der Marktwirtschaft vorliegt“ (133).

Ordnung der Wohnungs- und Bauwirtschaft (134-145); *Beeinflussung der Betriebsstruktur* (145-154); *Außenhandelspolitik* (154-158): Auch bezüglich dieser Wirtschaftsbereiche artikuliert *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* Marktwirtschaft in Verbindung mit staatlicher Steuerung: Zum Beispiel gehen mit der gesteuerten Marktwirtschaft wohnungsbezogene „Zuschüsse für Minderbemittelte“ (143) und „eine Planungspolitik, die für eine entsprechende Baugestaltung in ästhetischer, wirtschaftlicher, sozialer und hygienischer Hinsicht sorgt“ (143), Hand in Hand. Es zeigt sich auch, daß die „wichtigsten Anliegen einer vernünftigen Außenhandelspolitik, die Sicherung eines gewissen Industrialisierungs- und Beschäftigungsgrades [...] in eine marktwirtschaftliche Gesamtordnung“ einfügbar sind (158), und zwar anhand „einer gewissen Industrieerziehung²³ und autonomen Konjunkturpolitik“ (156).

Geld-, Kredit- und Konjunkturpolitik (159-167): Die Bedeutung aktiver Steuerung hebt *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* insbeson-

schiedenen Kontexten schlicht und ergreifend zu beweglich sind, als daß sie an einem Ort dauerhaft fixiert werden könnten, so daß die hegemonial erforderliche antagonistische Grenze immer wieder in Frage gestellt erscheinen muß.

- 23 Müller-Armack hält sogenannte „Erziehungszölle“, die im Gegensatz zu Schutzzöllen nur dem Aufbau, nicht aber dem Erhalt von Industrien dienen, für mit der Marktwirtschaft vereinbar (156).

dere in der Geld- bzw. Währungspolitik hervor. Die funktionierende „Marktwirtschaft“ wird aufs Engste mit einem „wertstabile[n] Geld von effektiver Kaufkraft“ verknüpft (160): „Eine gesteuerte Marktwirtschaft setzt daher heute entschieden eine Aktivität im Bereiche des Währungswesens voraus“ (161), die wiederum mit dem Ziel einer „sanierten Währung“ (95) verknüpft ist. Notwendig ist aber auch das Nebeneinander von „Marktwirtschaft“ und „Konjunkturpolitik“, weil die „Sorge für eine annähernde Vollbeschäftigung [...] zu den elementaren Notwendigkeiten jeglicher Wirtschaftspolitik“ gehört (162). Müller-Armack artikuliert in diesem Zusammenhang insbesondere eine Äquivalenz von „Marktwirtschaft“ und „eine durch Offen-Markt-Politik geförderte Politik des billigen Geldes“, „Steuernachlaß oder direkte Prämien“ (beide 165) als Investitionsanreize und auch die richtig dosierte und „vorübergehende staatliche Führung der Konjunktur“ „vermittels staatlicher Investitionen“ (beide 166), zeitweilig sogar über Kredite (solange kein Kaufkraftüberhang entsteht).

Diese politikfeldbezogenen Erläuterungen dessen, was zur „gesteuerten Marktwirtschaft“ bzw. zur „Sozialen Marktwirtschaft“ gehört, verdeutlichen in verschiedener Hinsicht, daß zwar „Marktwirtschaft“ und die „aktive und konstruktive Wirtschaftspolitik“ grundsätzlich in einer Äquivalenzbeziehung zueinander artikuliert werden, daß sie sich dadurch aber auch gegenseitig begrenzen bzw. ihre Bedeutung verändern: Die „Marktwirtschaft“ tritt infolge der diskursiven Verknüpfungen als in mannigfaltiger Weise gezügelte und kanalisierte „Marktwirtschaft“ auf; die „aktive und konstruktive Wirtschaftspolitik“ wiederum wird auf „konforme“ (111), d.h. „marktgerechte“ (115) Maßnahmen beschränkt:

Der instrumentale Charakter der Marktwirtschaft weist bereits klar auf ihre Ergänzungsbedürftigkeit durch ein Rahmengefüge einer marktgerechten Wirtschaftspolitik hin. Es ist eine dringende Aufgabe unserer konstruktiven wirtschaftspolitischen Forschung, ein umfassendes System wirtschaftspolitischer Mittel zu entwickeln, deren Anwendung mit den Spielregeln des Marktes verträglich ist. *Wir können als marktgerecht alle jene wirtschaftspolitischen Maßnahmen bezeichnen, die die Funktion einer variabel gehandhabten Wirtschaftsrechnung nicht gefährden* (115, Herv. i.O.).

Wir können die nun auch in ihren Details dargestellte Kette von als äquivalent artikulierten Forderungen, deren Erfüllung zur Beseitigung des Mangels am Allgemeinen beitragen soll, zusammenfassen: In die Äquivalenzkette P eingebaut finden sich *erstens* die von Müller-Armack so bezeichneten „Ideale und Werte“, die der Verwirklichung des „allgemeinen Allgemeinen“ zugeordnet werden können, z.B.: „Freiheit“ –

„Menschenwürde“ – „soziale Gerechtigkeit“ – „Gemeinwohl“ – „Gesamtinteresse“ – „harmonische Sozialordnung“ – „allseitig befriedigende soziale Lösung“ – ... Ergänzt wird die Kette *zweitens* um Signifikanten, die auf ökonomische Idealvorstellungen verweisen und so das mangelnde Allgemeine, um das sich der Müller-Armacksche Diskursbeitrag dreht, spezifizieren, z.B.: ... – „Wiederaufbau“ – „Bedarfsdeckung“ – „wirtschaftlicher Wohlstand“ – „ökonomische Gewaltenteilung“ – „vernünftige Wirtschaftspolitik“ ... *Drittens* werden Mittelforderungen eingebaut, und zwar vor allem: ... – „Marktwirtschaft“ – „aktive und konstruktive Wirtschaftspolitik“ – „gesteuerte Marktwirtschaft“ – „Soziale Marktwirtschaft“ – ... *Viertens* schließlich werden, teils in Verknüpfung mit den Mittelforderungen, eine Vielzahl von konkreteren wirtschaftspolitischen Forderungen artikuliert, z.B.: ... – „Anstieg der Reallöhne der Arbeiter“ – „entfesselter Güterstrom“ – „Orientierung am Konsumenten“ – „freie Preise“ – „sanierte Währung“ – „Wettbewerb“ – „Wettbewerbsgesetzgebung“ – „staatliche Mindestlohnhöhe“ – „Einkommensumleitung“ – „progressive Besteuerung“²⁴ – „Kinderbeihilfen, Mietzuschüsse, Wohnungsbauzuschüsse“ – „autonome Konjunkturpolitik“ – „vorübergehende staatliche Führung der Konjunktur“.

Über diese vier bereits dargestellten Arten diskursiver Elemente hinaus werden *füntens* verschiedene Subjektpositionen in die Äquivalenzkette P eingebunden. Im allgemeinen werden Subjektpositionen, so wie die allermeisten diskursiven Elemente, nicht neu „geschaffen“; sie werden im Feld der Diskursivität vorausgesetzt und fortgeschrieben, zum Teil jedoch in bestimmten Verknüpfungen artikuliert und so in ihrer Funktion, zum Beispiel in ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Äquivalenzkette, jeweils neu spezifiziert.

Die Anschauung eines komplexen Textes wie *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* und vielmehr noch die eines größeren diskursiven Korpus erbringt zwangsläufig eine große Vielzahl von Subjektpositionen von sehr unterschiedlicher Reichweite. Diese Vielzahl läßt sich leichter überschauen, wenn man die Subjektpositionen einigen wenigen Ebenen zuordnet. Dabei scheint es aufgrund der Textevidenz ausreichend, von insgesamt fünf Ebenen auszugehen. Auf der ersten Ebene werden Subjektpositionen für jedermann oder, genauer, für die Bürger des betroffenen Gemeinwesens zur Verfügung gestellt. Diese Subjektpositionen zeichnen sich für gewöhnlich durch allgemeine Attribute aus. In Müller-Armacks Text lassen sich innerhalb der Äquivalenzkette P dieser

24 Dieser Signifikant findet sich nicht wortwörtlich. Es wird aus dem Textzusammenhang jedoch deutlich, daß er mit „gesteuerter Marktwirtschaft“ äquivalent ist (132).

ersten Ebene wenigstens folgende Subjektpositionen zuordnen: die Position desjenigen, der die Freiheit liebt (vgl. 83), die des Realisten (vgl. 89), des Konsumenten und des Unternehmers (47), sowie Positionen für „alle Kräfte, die soziale und staatliche Überzeugungen vertr[e]ten“ (106) und nicht zuletzt „selbständige menschliche Positionen“ (128).

Auf der zweiten Ebene werden Subjektpositionen für Personen mit spezifischer – spezifisch im Sinne des im jeweiligen Diskurs verhandelten spezifischen Allgemeinen – Kompetenz offeriert, hier für Personen mit ökonomischem Wissen und Sachverstand bzw. für „die sachlichsten und exaktesten Forscher unseres [ökonomischen, MN] Gebietes“ (98). Die Subjektposition des Wissenschaftlers, der das Tatsächliche nüchtern analysiert (vgl. z.B. 32, 42), der nicht idealisiert (97), der schließlich auch mehr weiß als noch seine Vorgänger der klassischen Nationalökonomie (vgl. z.B. 81, 84), findet sich in verschiedenen Schattierungen als die prominenteste Subjektposition im gesamten Text immer wieder in enger Verknüpfung mit den Forderungen der Äquivalenzkette P. Diese Subjektposition ist es auch, die Müller-Armack qua Artikulation von *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* für sich selbst reklamiert.

Auf der dritten Ebene werden Subjektpositionen im Raum des mehr oder weniger organisierten Interesses und damit vornehmlich Gruppensubjektpositionen bereit gehalten. Auf der vierten Ebene finden sich Subjektpositionen des politischen Systems im engeren Sinne. Interessanterweise werden die Subjektpositionen dieser beiden Ebenen durch Müller-Armack nicht oder nur in Andeutungen in die Äquivalenzkette P eingebunden. Wie ich in Kürze noch zeigen werde, wird gerade die Position des für die Wirtschaftspolitik zuständigen Bürokraten in den „Wirtschafts- und Staatsverwaltungen“ (81) in die Kette der Gründe für den Mangel an volkswirtschaftlichem Allgemeinen eingereiht und damit auf die andere Seite der antagonistischen Grenze gestellt. Zugleich wird hinsichtlich der Subjektposition des (Partei-)Politikers der Versuch unternommen, sie diskursiv zu verbannen, d.h. sie mittels Superdifferenz zwischen wissenschaftlich fundierter Ökonomie und weltanschaulich bestimmter (Partei-)Politik aus dem ordnungspolitischen Diskurs fernzuhalten (86, 89) – ein aber nicht konsequent genug durchgeführter und letztlich scheiternder Versuch.²⁵

25 Daß in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* auf der dritten und der vierten Ebene keine Subjektpositionen innerhalb der Äquivalenzkette P artikuliert werden, erschwert den Versuch, eine allgemeine Karte der „Subjektregionen“ in politischen Diskursen zu skizzieren. Dieser Versuch wird daher erst im Zuge der Analyse der Erhard-Reden (6.2.2) unternommen. Allerdings: Daß der Versuch einer Skizzierung an dieser Stelle *nicht* erfolgreich vorgenommen werden kann, zeigt vielleicht auch, daß eine

Schließlich lassen sich auf einer fünften Ebene die Subjektpositionen derjenigen sammeln, die von der Politik im Sinne des hegemonialen Projekts oder der Hegemonie – hier im besonderen von der Wirtschaftspolitik im Sinne der „Sozialen Marktwirtschaft“ – profitieren sollen. Grundsätzlich ist es natürlich in höchstem Maße vom Kontext eines politischen Diskurses abhängig, welche Subjektpositionen hier eingebunden werden. Es kann jedoch nicht überraschen, daß in einem politischen Diskurs wie dem hier analysierten, dessen Kontext zum einen die Nationalstaatlichkeit und zum anderen die als idealtypische Regierungsform verstandene Demokratie bildet, die Subjektposition „unser ganzes Volk“ (128) eine wichtige Rolle spielt.

Der erste Schritt der Rekonstruktion der drei Kernstrategeme, die Rekonstruktion der Äquivalenzierung von differenten, am Allgemeinen orientierten Forderungen (und den dazugehörigen Subjektpositionen), ist somit getan. Wie der eben vorgenommene kurze Blick auf die Verteilung der Subjektpositionen zeigt, darf die Tatsache, daß dieser erste Schritt analytisch separiert wurde, den Blick darauf nicht verstellen, daß diese Äquivalenzierung aufs engste mit dem zweiten (offensiv-)hegemonialen Strategem, der antagonistischen Zweiteilung des diskursiven Raums, verflochten ist. Der Untersuchung der Manifestation dieses Strategems in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* wenden wir uns nun im zweiten Analyseschritt dieses Abschnitts zu.

Wie im fünften Kapitel herausgearbeitet, kann die Äquivalenzartikulation von zahlreichen differenten (und zum Teil auch disparaten) Forderungen, nur gelingen, weil diese Forderungen in der Überwindung des Mangels an Allgemeinem – und damit letztlich im Mangel selbst – einen gemeinsamen Bezugspunkt finden, der ihre Konstituierung als Äquivalente gestattet. Um diskursiv als solcher Bezugspunkt in Erscheinung treten zu können, muß der Mangel jedoch eine positive symbolische Präsenz erhalten, und zwar eine möglichst einheitliche Präsenz, denn die Äquivalenzkette P benötigt ja zu ihrer Stabilisierung ein einheitliches Gegenüber. Die Positivierung des Mangels in einem einheitlichen Bezugspunkt vollzieht sich durch das Ineinandergreifen von bestimmten Kontraritäts- und Äquivalenzartikulationen, und zwar dann, wenn die Gegenteile desjenigen, was gefordert wird, und die Widerstände gegen die Umsetzung des Geforderten ihrerseits in einer Äquivalenzkette (Q) artikuliert werden, wodurch es zur besagten Zweiteilung des symbolischen Raums zwischen den Äquivalenzketten P und Q kommt.

solche allgemeine Kartierung letztlich unmöglich ist, weil Diskurse in Bewegung sind und Grenzen des Sinns und des Sozialen kontinuierlich aufs Neue verhandeln.

Dabei zeigt die Betrachtung von *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*, daß die Äquivalenz der Äquivalenzkette Q nicht zuvorderst und unmittelbar darauf beruht, daß sich die als äquivalent artikulierten Elemente alle als *Gegenteil des Geforderten* bzw. als Aspekt des Mangels an Allgemeinem artikulieren lassen.²⁶ Vielmehr rührt die Äquivalenz in Q primär daher, daß die Elemente als *Widerstand gegen die Forderung* und damit sowohl als Ursache für den Mangel (oder verschiedene seiner Aspekte) als auch als Grund für die Nichtbehebung des Mangels (oder verschiedene seiner Aspekte) artikuliert werden. Dabei tritt in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* ein widerständiges diskursives Element Q1 vor allem in drei Formen auf: als Widerstand gegen die Erreichung eines Ziels (Q1 verhindert die Erreichung des Ziels, negiert also das Ziel), als Widerstand gegen den erfolgreichen Einsatz eines geforderten Mittels (Q1 verhindert also entweder grundsätzlich den Einsatz des Mittels oder führt dazu, daß es unwirksam bleibt) sowie als widerständige Subjektposition.

Am zahlreichsten und am auffälligsten wird zweifelsohne ein diskursives Element in Kontrarität zu Elementen der Äquivalenzkette P gestellt: „Wirtschaftslenkung“²⁷. Die herausragendste dieser Kontraritätsrelationen ist gewiß die von „Marktwirtschaft“ und „Wirtschaftslenkung“, auf die schon der Titel von Müller-Armacks Buch anspielt. Es seien nur einige markante Beispiele für entsprechende Kontraritätsartikulationen genannt:

Die Wirtschaftslenkung ist, historisch gesehen, als Antithese zur liberalen Marktwirtschaft entstanden, und dieser Ursprung gibt ihr auch heute noch das Gepräge (29).

[Der] Weg der Wirtschaftslenkung ist allgemein charakterisiert durch die Ausschaltung des marktwirtschaftlichen Prozesses (30, i.O. kursiv).

Wir stehen gegenwärtig vor der Alternative: Lenkungswirtschaft oder Marktwirtschaft (78).

Die Positionierung der „Wirtschaftslenkung“ in der Äquivalenzkette Q wird allerdings nicht nur dadurch instituiert, daß sie der Forderung nach

26 Etwa von der Art „Unfreiheit“ (⇔ „Freiheit“) – „Güterknappheit“ (⇔ „entfesselter Güterstrom“) – „Individualinteresse“ (⇔ „Gesamtinteresse“) – „Ungerechtigkeit“ (⇔ „soziale Gerechtigkeit“) – „niedriges Lohnniveau“ (⇔ „hohe Reallöhne“) usw.

27 Aus Gründen der Vereinfachung wird im folgenden zwischen „Wirtschaftslenkung“ und semantisch sehr nahe stehenden Elementen wie „Lenkungswirtschaft“, „Lenkungssystem“ oder „lenkungswirtschaftliche Ordnung“ nicht unterschieden.

„Marktwirtschaft“ in ihrer Gänze entgegensteht. Auch einzelne Aspekte der „Marktwirtschaft“ werden in Kontrarität zur „Wirtschaftslenkung“ artikuliert, darunter insbesondere eine unmittelbare Kontrarität von „Wirtschaftslenkung“ und des „variablen Preis- und Wertrechnungssystems“ (89, vgl. auch 42, 44, 112). Darüber hinaus jedoch wird die „Wirtschaftslenkung“ in ein eigenes Netz von Äquivalenzrelationen mit diskursiven Elementen eingebunden, die wiederum das Gegenteil von Äquivalenten der „Marktwirtschaft“ signifizieren: Dem „Anstieg der Reallöhne der Arbeiter“ (101) in der „Marktwirtschaft“ wird beispielsweise ein „zu niedrig bemessenes Lohnniveau“ (49) in der „Wirtschaftslenkung“ gegenüber gestellt, oder der marktwirtschaftlichen Ermöglichung von „sozialen Reformen“ der „soziale Rückschritt“ in der „Wirtschaftslenkung“ (127). Und nicht zuletzt verbinden sich dort, wo die „Marktwirtschaft“ in Äquivalenz zur „Überwindung des Mangels durch vermehrte Produktion“ (114) artikuliert wird, „Wirtschaftslenkung“ und „das Umsichgreifen von Mangelerscheinungen“ (79).

Die hohe Bedeutung der „Wirtschaftslenkung“ für die Äquivalenzkette Q wird jedoch nicht nur durch die allpräsenste Kontrarität von „Wirtschaftslenkung“ und „Marktwirtschaft“, sondern auch durch weitere Kontraritäten zu Forderungen der Äquivalenzkette P bekräftigt. Vor allem wird die „Wirtschaftslenkung“ in Kontrarität zur Zielforderung nach „Freiheit“ bzw. in Äquivalenz zur Negation von Freiheit, also zur Unfreiheit, artikuliert, wenn z.B. ein „Zusammenhang von Wirtschaftslenkung und geistiger und politischer Unfreiheit“ (83) konstatiert wird oder wenn festgestellt wird, daß „[d]ie Wirtschaftslenkung [...] mit einer Freiheit des Konsumenten nicht zu vereinbaren“ (37) sei. Letztlich bewirkt „Wirtschaftslenkung“ sogar „totale Unfreiheit“ (82). Müller-Armack verknüpft weitere Kontraritäten mit der Kontrarität von „Wirtschaftslenkung“ und „Freiheit“, etwa wenn er konstatiert, daß die Lenkungswirtschaft ein Instrument sei, „Unfreiheit zu verbreiten und den Lebensstandard breiter Schichten herabzudrücken“ (128); oder wenn er schreibt:

Wer die Geschichte der Wirtschaftslenkung in den letzten Jahrzehnten verfolgt, sieht, wie unaufhaltsam sich nicht nur das Netz wirtschaftlichen Zwangs zusammenzog, sondern auch politische Grundrechte aufgehoben und der individuellen Freiheit der Garaus gemacht wurde (82).

Insgesamt steht also die „Wirtschaftslenkung“ zahlreichen Forderungen zur Behebung des Mangels am Allgemeinen entgegen, allen voran einer der maßgeblichen Mittelforderungen, der „Marktwirtschaft“. Doch auch wenn die „Wirtschaftslenkung“ als Knotenpunkt für zahlreiche Äquivalenzen in Q qua Kontrarität zu diskursiven Elementen in P dient, besteht

hierin nur der erste Schritt der hegemonialen Arbeit. Zwar deutet sich an, daß die antagonistische Grenze auch zwischen „Wirtschaftslenkung“ auf der einen Seite und „Marktwirtschaft“ (und ihren zahlreichen Äquivalenten zweiter Ebene) sowie einigen der genannten Zielforderungen auf der anderen Seite läuft. Es ist auch klar geworden, daß im weiteren Verlauf die „aktive und konstruktive Wirtschaftspolitik“ sich auf derselben Seite der antagonistischen Grenze wie die „Marktwirtschaft“ befindet, die somit wiederum mit „gesteuerter Marktwirtschaft“/„Sozialer Marktwirtschaft“ äquivalenziert wird. Solange nun aber der Widerstand gegen die Realisierung des Allgemeinen allein durch die „Wirtschaftslenkung“ (und ihre Aspekte) symbolisiert würde, und dieser Widerstand mit der Aufhebung der „Marktwirtschaft“ durch die „Wirtschaftslenkung“ begründet wird, bliebe unklar, weshalb *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* „Marktwirtschaft“ überhaupt mit „aktiver und konstruktiver Wirtschaftspolitik“ äquivalent setzt.

Daß diese vermeintliche Unklarheit keine ist, liegt darin begründet, daß sich ein Mangel an volkswirtschaftlichem Allgemeinen nach Müller-Armack keineswegs nur aufgrund von „Wirtschaftslenkung“ einstellt. Vielmehr gibt es einen weiteren wichtigen Verursacher des Mangels: den „Liberalismus“²⁸. „Liberalismus“ und „liberale Marktwirtschaft“ stehen in einem Kontraritätsverhältnis zu zahlreichen der politischen Forderungen, so zum Beispiel zur „öffentlichen Sicherung des Wettbewerbs“ (105), sowie insgesamt zur Forderung einer politischen und wirtschaftspolitischen Sicherung“ der Wirtschaftsordnung:

Wenn wir die Marktwirtschaft als eine organisatorisch beachtliche Konstruktion betrachten, so wird damit keineswegs eine Rückkehr zum alten Liberalismus empfohlen. Wir sehen heute klarer, wie sehr der wirtschaftspolitische Liberalismus irrte, wenn er den freien Markt als Automatismus auffaßte.

Wir wissen heute, daß der Liberalismus die Frage der politischen und wirtschaftspolitischen Sicherung seiner Ordnung geradezu sträflich vernachlässigte und sich auch darin irrte, daß er den Preismechanismus als eine völlig in sich funktionierende Maschinerie betrachtete. Wie jede, auch die beste Maschine einer sinnvollen menschlichen Steuerung bedarf, so auch hier (76).

Diese Textpassage verdeutlicht, daß die Verortung des „Liberalismus“ innerhalb der Kette von Widerständen gegen die Behebung des Allgemeinen keine leicht und unmittelbar zu lösende Aufgabe darstellt, weil

28 Aus Gründen der Vereinfachung wird im folgenden zwischen „Liberalismus“ und im Text semantisch sehr nahe stehenden Elementen wie „alter Liberalismus“, „wirtschaftlicher Liberalismus“ oder „liberale Marktwirtschaft“ nicht unterschieden.

im diskursiven Kontext der Publikation von *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* „Marktwirtschaft“ und „Liberalismus“ tendenziell in einer Äquivalenzrelation artikuliert wurden. Diese Äquivalenzrelation muß jedoch gelöst werden, wenn die „Marktwirtschaft“ einerseits als wichtiges Mittel zur Behebung des Mangels, der „Liberalismus“ aber andererseits als Widerstand auf dem Weg zur Behebung dieses Mangels artikuliert werden soll. Um diese Loslösung zu erreichen, geht Müller-Armack zwar nicht so weit, eine Kontrarität von „Marktwirtschaft“ und „Liberalismus“ zu artikulieren. Aber die Beziehung zwischen beiden Elementen wird doch wiederholt und deutlich als Differenz gekennzeichnet, so zum Beispiel im ersten Satz des obigen Zitats, aber nicht nur hier, denn auch anderweitig stellt Müller-Armack fest, „daß das Wesen der Marktwirtschaft nicht mit ihrer Gestalt zur Zeit des wirtschaftlichen Liberalismus identisch ist“ (90), bzw. daß die „Marktwirtschaft [...] ein über die liberale Marktwirtschaft weit hinausreichendes Prinzip [ist], und [daß] nichts [...] zu der Annahme [zwingt], es seien die letzten Gestaltungsmöglichkeiten bereits im wirtschaftlichen Liberalismus ausgeschöpft“ (100). Diese Verbannung des „Liberalismus“ aus der Äquivalenz mit der „Marktwirtschaft“ ist die Grundlage dafür, daß er als Teil der Äquivalenzkette Q artikuliert werden kann, und zwar nicht aufgrund einer Kontrarität zur „Marktwirtschaft“ selbst, sondern zu Elementen, die der „Marktwirtschaft“ äquivalenziert werden, nämlich der „aktiven und konstruktiven Wirtschaftspolitik“²⁹, oder, wie im obigen langen Zitat, der „politischen und wirtschaftlichen Sicherung“ und der „sinnvollen menschlichen Steuerung“ (76). Es ist dabei insbesondere die dem Liberalismus eigene „Unklarheit, Unbestimmtheit und Passivität in bezug auf die Wirtschaftsordnung als Ganzes“ (104), die überwunden werden muß. Kurz: Der „Liberalismus“ steht der Behebung des Mangels am Allgemeinen im Weg und muß überwunden werden, nicht weil er in Kontrarität zur „Marktwirtschaft“ als singuläres diskursives Element stünde, sondern weil er in Kontrarität zur Äquivalenz von „Marktwirtschaft“ und „sinnvoller menschlicher Steuerung“ bzw. zur „gesteuerten Marktwirtschaft“ steht.

Dieser Zusammenhang macht deutlich, daß keineswegs *jedes* Element einer Äquivalenzkette P *allen* Elementen einer Äquivalenzkette Q qua Kontraritätsrelation unmittelbar verbunden sein muß. Richtig ist hingegen erstens, daß dann, wenn ein Element P1 einer Äquivalenzkette P in Kontrarität zu einem Element Q1 steht, die gesamten Forderungen

29 Die Kontrarität zur „aktiven und konstruktiven Wirtschaftspolitik“ besteht um so mehr, als der „Liberalismus“ auch explizit in Äquivalenz zu „einer Passivität, die uns heute unverträglich erscheint,“ artikuliert wird (107).

der Äquivalenzkette P nur erfüllt, also der Mangel am Allgemeinen nur beseitigt werden kann, wenn der Widerstand von Q1 überwunden wird, weshalb sich mittelbare Kontraritäten von P2, P3 usw. zu Q1 qua Äquivalenz in P konstituieren. Damit diese mittelbaren Kontraritäten aber überhaupt möglich sind, darf zweitens zwischen P-Elementen und Q-Elementen an keiner Stelle eine Äquivalenzrelation bestehen, denn diese würde die gesamte antagonistische Grenze in Frage stellen; bestehende störende Äquivalenzen werden daher in hegemonialen Projekten als Differenzen reartikuliert (so wie zwischen „Marktwirtschaft“ und „Liberalismus“). Drittens dürfen, dies sei zum bisher Ausgeführten noch hinzugefügt, *innerhalb* einer Äquivalenzkette keine ihrerseits störenden Kontraritäten bestehen bleiben, weshalb Müller-Armack auch die Kontrarität von „Wirtschaftslenkung“ und „liberaler Marktwirtschaft“ für obsolet erklären muß: „Die beiden Alternativen, zwischen denen die Wirtschaftspolitik sich bisher bewegte, die rein liberale Marktwirtschaft und die Wirtschaftslenkung[,] sind innerlich verbraucht, und es kann sich für uns nur darum handeln, eine neue dritte Form zu entwickeln, die sich [...] als eine aus den vollen Einsichtsmöglichkeiten unserer Gegenwart gewonnene Synthese darstellt“ (109).

Müller-Armack bündelt seine Liberalismuskritik schließlich in einigen Artikulationen, die verdeutlichen, daß der „Liberalismus“ in Kontrarität zum Allgemeinen selbst steht. So schreibt er etwa, daß der „Liberalismus [...] es [...] unterlassen [hat], Maßnahmen zu treffen, die das Ganze seiner Lebensordnung zum Gegenstande hatten“ (105). Auch fehlt dem „Liberalismus“ der Blick für „die vollständige Natur des Menschen“ (107), denn er nimmt fehlerhaft an, „im Wirtschaftlichen schon einen den Menschen ausfüllenden Lebensbereich gefunden zu haben“ (106). Insgesamt lassen sich damit also so zahlreiche „Fehler und Wesensgrenzen der liberalen Marktwirtschaft“ (104) ausmachen, daß offensichtlich wird, weshalb der „Liberalismus“ der „Wirtschaftslenkung“ in bezug auf die Verhinderung der Behebung des Mangels am Allgemeinen äquivalent gesetzt wird. Doch diese Äquivalenzierung wird auch explizit in Abgrenzung von der „gesteuerten Marktwirtschaft“ vollzogen, denn eine „solche gesteuerte Marktwirtschaft“, schreibt Müller-Armack, „ist etwas *toto coelo* Verschiedenes gegenüber der liberalen Marktwirtschaft wie gegenüber der Wirtschaftslenkung“ (77).³⁰

30 Man könnte zu Recht einwenden, daß in dieser Passage die Äquivalenz von „Wirtschaftslenkung“ und „liberaler Marktwirtschaft“ nur in Differenz (etwas Verschiedenes), nicht aber in Kontrarität zur „gesteuerten Marktwirtschaft“ artikuliert wird. Allerdings sei nochmals daran erinnert, daß eine Diskursanalyse die Sinnkonstituierung über den einzelnen Satz hinaus in den Blick nimmt. Im Zusammenhang mit den bislang rekon-

Wir haben damit auch die Äquivalenzkette Q weitestgehend rekonstruiert: Die entscheidende, in Kontrarität zu verschiedenen Elementen der Äquivalenzkette P begründete Äquivalenzartikulation ist die von „Wirtschaftslenkung“ und „Liberalismus“, wobei mit diesen beiden diskursiven Elementen zahlreiche weitere Elemente in die Kette eingebunden werden – genannt wurden beispielsweise „sozialer Rückschritt“ (127) und „das Umsichgreifen von Mangelerscheinungen“ (79), „Passivität“ (104) und „Verfehlung des Ganzen“³¹ (105-07).

Ergänzt wird die Äquivalenzkette Q nun noch durch verschiedene Subjektpositionen, die einerseits den oben genannten P-Subjektpositionen, aber andererseits auch immer wieder bestimmten Forderungen entgegengestellt werden. Erneut lassen sich die Subjektpositionen den oben eingeführten Ebenen zuordnen, allerdings mit der Einschränkung, daß sich auf der fünften Ebene, der Ebene der Profiteure der Politik im Sinne des hegemonialen Projekts, erwartungsgemäß keine Subjektpositionen rekonstruieren lassen, die der Äquivalenzkette Q zuzuordnen wären. Wir haben es hier also nur mit den ersten vier Ebenen zu tun. Es sei noch gesondert hervorgehoben, daß diese Ebenen, die aus dem heuristischen Grund der besseren Übersichtlichkeit eingeführt wurden, nicht als Kontraritätsebenen mißverstanden werden dürfen: Kontraritäten werden keineswegs nur innerhalb einer Subjektpositionsebene artikuliert, sondern durchaus auch zwischen Positionen auf verschiedenen Ebenen.

Dies zeigt sich gleich auf der ersten Ebene, der „Bürgerebene“, in die sich z.B. die Subjektposition des knechtischen Subjekts, das sich durch „das Fehlen eines ursprünglichen Freiheitsbedürfnisses“ auszeichnet (83), einordnen läßt. Diese Subjektposition des knechtischen Subjekts, auf der Müller-Armack den Großteil der Deutschen zur Zeit der Publikation von *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* verortet (vgl. 83), steht in Kontrarität sowohl zur politischen Forderung nach Freiheit als auch zur Position des freiheitsliebenden Bürgers (also auf Ebene I). Aber es finden sich innerhalb der Äquivalenzkette Q auf Ebene I vor allem Subjektpositionen, die in Kontrarität zur Subjektposition des ratio-

struierten Anordnungen von diskursiven Elementen in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* ist es jedoch einleuchtend, die zitierte Passage, die eine bestimmte Äquivalenz von „Wirtschaftslenkung“ und „liberaler Marktwirtschaft“ deutlich zum Ausdruck bringt, in Beziehung zu den jeweiligen Kontraritätsrelationen zu setzen und die beiden Elemente als Teil einer Äquivalenzkette qua Kontrarität zu Elementen der Äquivalenzkette P zu begreifen.

- 31 Dieser Signifikant findet sich nicht wortwörtlich. Es wird, wie eben dargestellt, aus dem Textzusammenhang jedoch deutlich, daß er mit „Liberalismus“ äquivalent ist (132).

nenal Wissenschaftlers – also zu einer P-Subjektposition auf Ebene II – artikuliert werden, so z.B. die Position der Gutgläubigen und leicht Getäuschten (163; vgl. auch zur getäuschten öffentlichen Meinung 79). In Kontrarität sowohl zum rationalen Wissenschaftler wie auch zum Ziel, den Aufgaben der Gegenwart gerecht zu werden, wird schließlich auch die Position des genügsamen Spinners artikuliert (80).

Als die vielleicht wichtigste P-Subjektposition war die des nüchtern analysierenden Wissenschaftlers genannt worden, die auf der zweiten Subjektpositionsebene, der „Expertenebene“, zum Tragen kommt. *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* nimmt nun ein diskursiv regelmäßig zirkulierendes Muster auf und schreibt dieses in spezifischer Weise fort, indem es dieser Position des „Wissenden“ verschiedene Subjektpositionen gegenüberstellt, die alle mehr oder weniger als Position des „Unwissenden“ bezeichnet werden können (also eine Kontrarität innerhalb der Ebene II konstituieren): Ideologen (31), Lügner (41, 79), schlechte Wissenschaftler (41). Hinzu kommen Kontraritätsbeziehungen zu Positionen auf Ebene I (siehe oben) und Ebene IV (siehe unten).

Auf der dritten Ebene, der Ebene des organisierten Interesses, findet sich vor allem die Position der politischen Partei der Äquivalenzkette Q zugeordnet, während die des Verbandes kaum eine Rolle spielt (weder für P noch für Q). Und auch bezüglich der Parteien scheint es zunächst so, als ob sie nur ins Spiel gebracht würden, um sie sofort wieder aus dem Spiel zu nehmen, und zwar weil die Frage der Wirtschaftsordnung „gar nicht vor das Forum der Parteien gehört“:

Die Frage der Wirtschaftsordnung ist daher gegenwärtig kein Problem einer weltanschaulichen Option für letzte Ziele: Sie ist in ihrem Kern eine fachwissenschaftliche Frage, die gar nicht vor das Forum der Parteien gehört, handelt es sich doch lediglich um die nüchterne Feststellung, ob die Lenkungswirtschaft oder die Marktwirtschaft besser geeignet ist, die uns allgemein verbindlichen Ziele zu erreichen (86, Herv. i.O.).

Hiermit scheint das Strategem VI – Einrichtung von Subjektpositionen für politisch-gesellschaftliche Kräfte – in Frage gestellt, weil Subjektpositionen für die politisch-gesellschaftlichen Kräfte der Parteien anscheinend nicht nur nicht eingerichtet, sondern glattweg bestritten werden. Doch hier trägt der Schein. Müller-Armack hebt die Bedeutung der Parteien – dasselbe gilt auf Ebene IV für die Administration – als eine maßgebliche Instanz für die Durchsetzung ordnungspolitischer Vorstellungen ja gerade dadurch hervor, daß er sie als widerspenstige Kräfte (und damit als Teil der Äquivalenzkette Q) artikuliert. Daß Subjektpositionen für politisch-gesellschaftliche Kräfte eingerichtet und daß Parteien als Inhaber dieser

Positionen angerufen werden, wird ganz besonders dann deutlich, wenn Müller-Armack die von ihm so perzipierte Hegemonie des Wirtschaftslenkungsregimes mit der nahezu vollkommenen Zustimmung der „Parteigruppen“ – der Rekrutierung der Parteien durch das hegemoniale Projekt der Wirtschaftslenkung – äquivalent setzt: „Gewiß, die Lenkungsideologie hat einen fast totalen Sieg errungen insofern, als fast alle Parteigruppen sich verpflichtet fühlen, für Lenkung einzutreten“ (99). Auch wenn sie auf der diskursiven Oberfläche von *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* insgesamt nicht sehr häufig in Erscheinung treten, so verdeutlichen diese wenigen Passagen doch, daß die Äquivalenzkette P dauerhaft nur hegemonialen Erfolg haben kann, wenn es gelingt, Parteien und andere gesellschaftliche Kräfte als Subjekte zu rekrutieren.

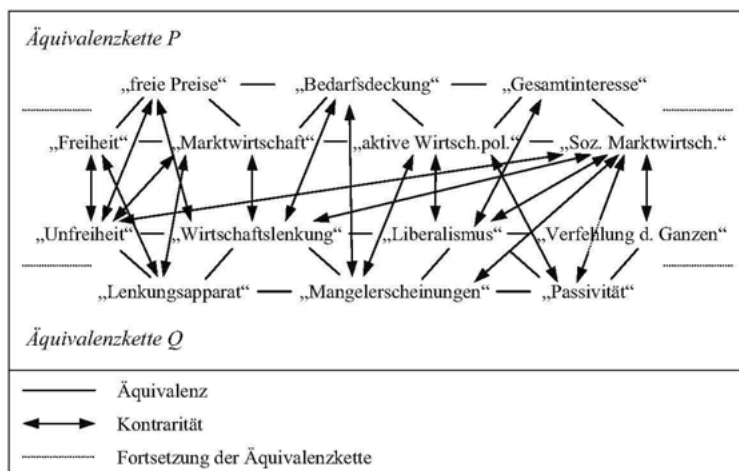
Ähnlich wie die Subjektpositionen der dritten Ebene werden auch die der vierten Ebene in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* scheinbar ausschließlich der Äquivalenzkette Q zugeordnet. So wird zum Beispiel die Gewinnung der „Freiheit“ auch in Kontrarität gesetzt zur „die Freiheit bedrohende[n] Logik des Lenkungsapparats“ (82; ähnlich 84/85) und damit zur Subjektposition des Bürokraten in „Wirtschafts- und Staatsverwaltungen“ (81). Gerade letztere wird nicht nur in Kontrarität zur „Freiheit“, sondern auch in Kontrarität zur Subjektposition des Wissenschaftlers artikuliert:

Freilich scheint der Weg, den die wissenschaftliche Forschung gegenwärtig eingeschlagen hat, in andere Bahnen zu führen, als die Wirtschafts- und Staatsverwaltungen aus ihrer Lenkungs-Tradition zu gehen bereit sind. Dem in der Wissenschaft vorhandenen Willen, die grundsätzlichen Notwendigkeiten der gegenwärtigen Lage in ihren Konsequenzen voll zu durchdenken, steht in der Praxis leider meist keine gleiche Bereitschaft gegenüber, die Fortschritte der wissenschaftlichen Erkenntnis geistig aufzunehmen und ihnen in der wirtschaftspolitischen Gestaltung gerecht zu werden (81).

Diese Passage zeigt dreierlei: Erstens wird die Subjektposition der Vertreter der Praxis in den Wirtschafts- und Staatsverwaltungen als bedeutende Subjektposition artikuliert, denn von ihr aus ist „wirtschaftspolitische Gestaltung“, also die Überwindung des Mangels am volkswirtschaftlichen Allgemeinen, möglich. Zweitens ist diese Subjektposition jedoch äquivalent mit „Widerständen und passivem Nichtmitgehen“ gegen erhobenen Forderungen, also Teil der Äquivalenzkette Q. Drittens schließlich deutet sich aber auch an, daß sich diese Subjektposition verschieben läßt, denn es herrscht bei den Inhabern dieser Subjektposition nur „meist“ und nicht „immer“ oder „grundsätzlich“ keine Bereitschaft, die wissenschaftlichen Erkenntnisse wahrzunehmen.

Wir können nun, da wir uns einen ausführlichen Überblick über das Ineinandergreifen des ersten und des zweiten (offensiv-)hegemonalen Strategems in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* verschafft haben, dieses Ineinandergreifen vereinfachend in einem Schaubild zusammenfassen. Der Übersichtlichkeit halber werden hierfür nur einige wenige der aufgeführten „diskursiven Elemente“ verwendet und es werden auch unter diesen wenigen Elementen nicht alle Beziehungen eingetragen.

Abbildung 6: *Rekonstruktion der Strategeme I und II in „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ im Überblick*



Quelle: eigene Darstellung

Man sieht also, wie mit zahlreichen Artikulationen der diskursive Raum anhand der Gleichzeitigkeit bestimmter Äquivalenz- und Kontraritätsrelationen zweigeteilt wird. Zwei Punkte sind diesbezüglich nochmals besonders hervorzuheben: Erstens geht von den beiden Strategemen I und II, auch wenn sie hier – der Zwangsläufigkeit eines erzählenden Textes folgend – in diachroner Weise rekonstruiert wurden, keines dem anderen voraus. Beide Strategeme konstituieren sich zeitgleich und in kontinuierlichem gegenseitigen Bezug. Zweitens ist es wichtig, erneut zu betonen, daß die Äquivalenzbeziehungen, in denen die diskursiven Elemente artikuliert werden, keine „absoluten“ Äquivalenzbeziehungen sind: Es sind Äquivalenzbeziehungen in Beziehung auf den Mangel an einem spezifischen, volkswirtschaftlichen Allgemeinen, wobei die Äquivalenz in P darauf beruht, daß alle zu P gehörenden Elemente zur Behebung des Mangels beitragen, während die in Q daher rührt, daß die Q-Elemente in Kontrarität zu P-Elementen und damit zur Behebung des Mangels an

Allgemeinem stehen. Nicht in jeder Beziehung, sondern nur in bezug auf diese Kontrartität zur Behebung des Mangels an Allgemeinem sind alle Q-Elemente miteinander äquivalent. Es wird also keineswegs behauptet, *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* würde z.B. „Wirtschaftslenkung“ und „Liberalismus“ als Elemente durchweg gleicher Bedeutung artikulieren – natürlich passiert genau das nicht! Die Äquivalenz ist eben nur eine in bezug auf ein bestimmtes Drittes, aber dabei handelt es sich um die für den hegemonialen Prozeß entscheidende Äquivalenz.

Beenden wir nun unsere Untersuchung der drei Kernstrategeme mit einer Rekonstruktion des dritten Strategems, dem Strategem der Repräsentation. Mehrere mögliche Kandidaten für einen Repräsentanten der Äquivalenzkette P haben sich im Lauf der bisherigen Analyse angedeutet: Denkbar wäre vielleicht, die „Bedarfsdeckung“ als Repräsentanten zu begreifen, weil sie als „das eigentliche Ziel der Wirtschaft“ (95) artikuliert wird, mithin das spezifische Allgemeine symbolisch verkörpern könnte. Zudem scheint es vor allem der ökonomische Erfolg zu sein, anhand dessen Müller-Armack die antagonistische Zweiteilung des symbolischen Raums begründet: „Auf jeden Fall kann, wenn wir die Überzeugung von der produktiven Unterlegenheit einer Ordnung gewinnen, unser Urteil nicht unentschieden lauten“ (170). Doch genauso wurde ausgeführt, daß letztlich die „Freiheit“ als wichtigstes Ziel gegenüber dem ökonomischen Erfolg Vorrang genießt, so daß also keineswegs gesagt ist, daß mit „Bedarfsdeckung“ oder „produktiver Überlegenheit“ auch automatisch „Freiheit“ einherginge, weshalb eine Repräsentation der letzteren durch erstere fraglich werden muß. Man benötigt ein diskursives Element, das beide umfassen und alle Aspekte des Mangels (nicht nur „Unfreiheit“ oder materielle „Mangelerscheinungen“) überwinden kann, und dabei liegt es am nächsten, nicht auf eines von differierenden Zielen, sondern auf ein Mittel zu rekurrieren, welches zur Erreichung aller Ziele dienen kann. Es kann nicht überraschen, daß im Text Müller-Armacks, in dem „die Frage nach der unserer Gegenwart angemessenen Wirtschaftsordnung als das Grundproblem der heutigen Wirtschaftspolitik bezeichne[t]“ wird (85), nur der Signifikant einer solchen Wirtschaftsordnung an die Stelle des Allheilmittels, des symbolischen Repräsentanten aller Forderungen und damit des Allgemeinen gestellt werden kann. Zunächst könnte es so erscheinen, als ob die „Marktwirtschaft“ diese Funktion übernehmen könnte, weil mit ihr so viele Ziele erreicht werden können. Doch hier zeigt sich etwas vielleicht Überraschendes: Die hegemoniale Repräsentationsfunktion rührt nicht allein daher, daß ein diskursives Element mit allen „seiner“ Äquivalenzkette äquivalent ist – sonst könnte eine Äquivalenzkette ja von jedem ihrer Elemente repräsentiert werden. Die Repräsentationsfunktion beruht

vielmehr darauf, daß ein diskursives Element, das Teil der Äquivalenzkette P ist, zu *allen einzelnen* Elementen der Äquivalenzkette Q in Kontrarität steht, weil nur dieses diskursive Element somit die vollständige Behebung des Mangels und all seiner Ursachen, also die Gegenwart des verwirklichten Allgemeinen signifizieren kann. Diese totale Kontraritätsbeziehung zum Mangel hat die „Marktwirtschaft“ jedoch nicht, vor allem, weil sie, wie ausgeführt, zum „Liberalismus“ nicht in Kontrarität, sondern in Differenz artikuliert wird. Aus genau diesem Grund muß Müller-Armack einen anderen Signifikanten einführen, und er tut das mit „gesteuerter Marktwirtschaft“ und mit „Sozialer Marktwirtschaft“ sogar doppelt. Ich habe oben ausgeführt, daß trotz der häufigeren Bezeichnung „gesteuerte Marktwirtschaft“ der von Müller-Armack deziert als Neuprägung eingeführte Signifikant „Soziale Marktwirtschaft“ in einer zentralen diskursiven Position artikuliert wird. Zwar ist *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* nur ein erster Diskursbeitrag, so daß „Soziale Marktwirtschaft“ noch nicht als symbolische Repräsentantin des Allgemeinen im deutschen wirtschaftspolitischen Diskurs gelten kann. Aber der Text führt sie als Kandidatin für diese Position ein und legt ihre „Wahl“ nahe. Die Grundlage für ein hegemoniales Projekt „Soziale Marktwirtschaft“ innerhalb des wirtschaftspolitischen Diskurses ist also gelegt.

(e) *Rekonstruktion weiterer Strategeme.* Das im fünften Kapitel als Strategem IV eingeführte Grundlagenstrategem der superdifferenziellen Grenzziehung spielt in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* keine zentrale Rolle. Allein das Bemühen, der Politik die Kompetenz für Wirtschaftsordnungsfragen abzusprechen (86), deutet das Bemühen um die Etablierung einer superdifferenziellen Grenze – zwischen Politik und Wirtschafts(ordnungs)kompetenz – an. Andererseits klingt immer wieder das Ziel an, die Politik stärker mit entsprechender Kompetenz auszustatten (z.B. 81), so daß die Festigkeit einer superdifferenziellen Grenze letztlich nicht erreicht wird.

Um eine hegemoniale Äquivalenzkette P zu etablieren und vor allem, um sie zu erweitern, ist es notwendig, Äquivalenzen zu diskursiven Elementen herzustellen, die im bislang etablierten Diskurs eher in die Äquivalenzkette Q eingeordnet werden. Dieses oben als Strategem VII eingeführte Strategem ist ein zweiseitiges Schwert, weil es einerseits die Reichweite einer Hegemonie erhöhen helfen kann, weil es aber andererseits die für die hegemoniale Mobilisierung so notwendige, antagonistische Grenze brüchig werden läßt, so daß diese nur mit beträchtlichem diskursiven Aufwand wieder stabilisiert werden kann. Diese Problematik kommt in starkem Maße dann zum Tragen, wenn bislang „gegnerische“ Subjektpositionen in eine bereits etablierte Äquivalenz-

kette eingefügt werden; mit Blick auf den Diskurs um die „Soziale Marktwirtschaft“ zeigt sich das vor allem in der zunehmenden diskursiven Einbindung der SPD in diesen Diskurs bis hin zum Godesberger Programm 1959 (vgl. Abschnitte 6.3.2 und v.a. 6.3.3). Zu Beginn des Diskurses in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* spielen diskursive Verschiebungen von Subjektpositionen jedoch keine dominante Rolle, oder höchstens in defensiv-hegemonialer Funktion (siehe hierzu (f)). Hier geht es eher darum, durch die Neugruppierung diskursiver Elemente aus dem Raum des wirtschaftspolitischen Diskurses hegemoniales Momentum zu gewinnen. Doch auch hierzu ist es förderlich, etablierte Kontraritätsrelationen in Frage zu stellen, wie sich am Beispiel der „öffentlichen Wirtschaftsbetätigung“ in Müller-Armacks Text schön zeigen läßt. Müller-Armack schreibt:

In der wirtschaftspolitischen Diskussion der vergangenen hundert Jahre schien die Alternative, öffentlicher oder privater Betrieb, gleichbedeutend zu sein mit dem Eintreten für oder gegen die Wirtschaftslenkung. Wenn wir jedoch, wie es heute angezeigt erscheint, die Frage der öffentlichen Unternehmungsform ohne die allgemeine weltanschauliche Belastung diskutieren [...], dürfte es heute durchaus möglich sein, einen gewissen Bereich öffentlicher Wirtschaftsbetätigung mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung in Einklang zu bringen. [...] Wenn seitens der Vertreter der freien Wirtschaft die öffentliche Unternehmungsführung schlechthin als Gegensatz zur Marktwirtschaft angesehen wurde, so trifft dies keineswegs zu. [...] Für die Produktivitätssicherung unserer Wirtschaft hängt Entscheidendes davon ab, daß auch die Vertreter einer Teilverstaatlichung die Möglichkeit begreifen, die öffentliche Regie in den Spielregeln der Marktwirtschaft sich vollziehen zu lassen, um der öffentlichen Wirtschaftsform die Vorteile der marktwirtschaftlichen Rationalität zu sichern (148/149).

Es findet also eine diskursive Verschiebung der „öffentlichen Wirtschaftsbetätigung“ von Q nach P – hinein in die Ordnung der „Sozialen Marktwirtschaft“ – statt, wenngleich diese Verschiebung gleich wieder eingeschränkt wird, denn „[s]elbstverständlich widerstreitet jede Vollverstaatlichung der Produktionsmittel der von uns geforderten Wirtschaftsordnung“ (150). Immer wieder hebt Müller-Armack denn auch die Komplexität und die Notwendigkeit graduellen Denkens und Handelns hervor, etwa wenn er mit Blick auf die Reglementierung der Außenhandelspolitik feststellt: „Entscheidend ist hier durchaus der Grad der Intervention“ (158). Durch die Komplexität des Graduellen wird dabei offensichtlich, daß die hegemoniale Äquivalenzierung die differenzielle Logik des Diskurses niemals in letzter Konsequenz aufheben kann. Man könnte vielleicht sogar gegen die hier vorgetragene Rekonstruktion des hegemonialen Antagonismus einwenden, daß es Müller-Armack ge-

rade nicht um die vereinfachende Zweiteilung des diskursiven Raums, sondern um Differenzierung und um das Graduelle ging. Dabei könnte man auf Textpassagen wie die folgende verweisen:

Wem die hier gebotene Lösung zu differenziert, zu wenig eindeutig erscheint, möge bedenken, daß Primitivität und Einseitigkeit nicht notwendig das Zeichen des Wahren sind. Gerade wer die entscheidenden Fragen der Wirtschaftspolitik heute noch in der Alternative von freier Marktwirtschaft und Wirtschaftslenkung sieht, beweist damit, wie sehr er noch jener antithetischen Denkform verhaftet ist, welche das 19. Jahrhundert schuf (167/68).

Allerdings wendet sich Müller-Armack eben nur gegen den seiner Ansicht nach veralteten Antagonismus von „freier Marktwirtschaft“ – ein Alternativsignifikant für „liberale Marktwirtschaft“ oder „Liberalismus“ – und „Wirtschaftslenkung“, während er gleichzeitig einen Antagonismus zwischen der freiheitlichen und menschenwürdigen Wirtschaftsordnung der „Sozialen Marktwirtschaft“ und den beiden veralteten, das Allgemeine verfehlenden Wirtschaftsordnungen artikuliert und diesen Antagonismus darüber hinaus, wie in der eben zitierten Passage nochmals deutlich wird, mit der Kontrarität zwischen dem Raum des Wahren und dem des Falschen verknüpft. Insgesamt wird aber deutlich – vor allem in jenen Passagen, in denen das Strategem VII der Verschiebung diskursiver Elemente über antagonistische Grenzen hinweg zum Tragen kommt –, daß die Äquivalenzen, auf die jedes hegemoniale Unternehmen aufbaut, die diskursive Grundbedingtheit der Differenz eben nur überformen und nie völlig verdrängen oder ersetzen können: Die Differenz, die Komplexität, die Gradualität machen sich immer wieder bemerkbar und erlauben so die Entstehung wie das Vergehen immer neuer hegemonialer Projekte und Hegemonien.

Daß die Strategeme V, VIII und IX hier nicht angesprochen werden, hat zwei verschiedene Gründe: Strategem V (emergente Interpretationsoffenheit des symbolischen Äquivalents des Allgemeinen) ist der Parafall eines nur im Zusammenhang mehrerer Texte funktionierenden Strategems. Ich komme auf dieses Strategem im Zuge der folgenden Überblicksanalyse in Abschnitt 6.3 zurück. Die Strategeme VIII und IX (eigentlicher Verfechter und eigentliche Bedeutung des symbolischen Äquivalenten des Allgemeinen) können ihrerseits auch nur im Verlauf eines Diskurses zum Tragen kommen, und zwar erst dann, wenn man bereits von einer etablierten Hegemonie sprechen kann und infolgedessen Deutungskonflikte auftreten. Diese beiden Strategeme lassen sich im gesamten hier verwendeten Diskursmaterial, das im wesentlichen zwischen 1946 und 1959 publiziert wurde, nur andeutungsweise rekonstru-

ieren (siehe Analyse der Düsseldorfer Leitsätze der CDU), wodurch sich andeutet, daß die „Soziale Marktwirtschaft“ in diesen unmittelbaren Prä- und Postjahren der Gründung der Bundesrepublik noch keine ausgereifte Hegemonie, sondern ein offensives hegemoniales Projekt bildete.

(f) *Sonstiges*. In diesem letzten analytischen Schritt sollen jeweils interessante Aspekte der analysierten Texte angesprochen werden, die nicht unmittelbar mit der Rekonstruktion der Strategeme einer offensiv-hegemonialen Strategie zu tun haben. Mit Blick auf *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* sind dies die dort – natürlich nicht unter Verwendung der hiesigen Analysesemantik – vorgenommene Reflexion der Diskursivität und des diskursiv-hegemonialen Geschehens sowie die Ansätze einer spezifischen anti-hegemonialen Strategie, die sich mit der offensiv-hegemonialen verbinden.

Ein grundsätzlich diskursives Verständnis der Welt offenbart Müller-Armack, indem er sich gegen die Auffassung stellt, es gebe eine für alle Zeiten und Orte beste Wirtschaftsordnung. Vielmehr handelt es sich bei Wirtschaftsordnungen um Sinnkonstellationen, deren Angemessenheit sich nur in bestimmten historischen wie räumlichen Kontexten konstituiert. Wie bereits oben erwähnt, besteht denn auch einer der Hauptkritikpunkte an der liberalen Marktwirtschaft darin, daß sie im Gegensatz zu den „heutigen Überzeugungen“ steht: „Sie erwies sich zu sehr verbunden mit den weltanschaulichen Positionen des späten 18. und 19. Jahrhunderts, von denen wir uns heute geistig lösen, und präsentierte das Organisationsmittel der Marktwirtschaft in einer geschichtlich bedingten Form. Die Geschichte liebt ohnehin keine Wiederholungen“ (108/09). Neben dieser grundsätzlichen Anerkennung der diskursiven Bedingtheit von Wirtschaftsordnungen findet sich auch ein Verständnis bezüglich der Etablierung von Hegemonien im Raum des Wirtschaftsordnungsdiskurses, das dem hier vertretenen insofern in Grundzügen ähnelt, als auch Müller-Armack die Zweiteilung des diskursiven Raums als Kennzeichen des hegemonialen Geschehens ausmacht, wenngleich er diese unter Ideologieverdacht³² stellt: „So entstand die Ideologie der Wirtschaftslenkung, die alle Werte des Guten bei dieser Ordnung vereinigte und der marktwirtschaftlichen Ordnung nur Schlechtes nachsagte“ (31). Von Müller-Armacks Position aus betrachtet ist die Hegemonie der „Wirtschaftslenkung“ einerseits etabliert, doch andererseits ist ihr Ende schon

32 Man kann von *Ideologieverdacht* sprechen, weil Müller-Armack keinen neutralen, sondern einen negativ konnotierten Ideologiebegriff verwendet. Als Ideologie werden ausnahmslos jene – der Wirtschaftslenkung nahestehenden – Denkungsarten bezeichnet, die Müller-Armack ablehnt; von einer „Ideologie der Marktwirtschaft“ ist zum Beispiel nicht die Rede.

absehbar. Zwar besteht eine „ideologische Situation [...], die der heutigen Wirtschaftslenkung in der öffentlichen Meinung schlechthin die Vorherrschaft sichert“ (55); zwar sind auch die meisten gesellschaftlichen Gruppen für die „Wirtschaftslenkung“ (vgl. 98). Aber die ökonomische Wissensavantgarde steht eben mehrheitlich in Kontrarität zur „Wirtschaftslenkung“ und deren Argumenten kann man letztlich nicht ausweichen (vgl. ebd.). Vielmehr scheint es so, daß die Verfechter der „Wirtschaftslenkung“ trotz ihrer Dominanz bereits im Zurückweichen begriffen sind, und diese Änderung der hegemonialen Ordnung besteht, insoweit deckt sich die hier vorgenommene mit Müller-Armacks Analyse, in der allmählichen Umgruppierung einzelner Elemente:

Hier ist zweifellos gegenüber den Argumenten der wenigen Vertreter der Marktwirtschaft die gesamte Lenkungsideologie ausgesprochen in der Defensive, und man hat gelegentlich den Eindruck, daß hier insgesamt nur noch Rückzugsgeplänkel in einer großen strategischen Umgruppierung geführt werden. Daß die marktwirtschaftliche Konzeption vordringt und die Lenkungswirtschaft Boden preisgeben muß, steht wohl fest (99).

Angesichts dieser Lesart der hegemonialen „Großwetterlage“ kann es nicht überraschen, daß die offensiv-hegemoniale Diskursstrategie um das Projekt der „gesteuerten Marktwirtschaft“ bzw. der „Sozialen Marktwirtschaft“ begleitet wird von der Disartikulation der Hegemonie der „Wirtschaftslenkung“, also von dem, was in Kapitel 5 als spezifische anti-hegemoniale Strategie bezeichnet wurde. Dies äußert sich darin, daß Äquivalenzen der „Wirtschaftslenkung“ als Differenzen reartikuliert werden. Solche Differenzartikulationen finden sich in bezug auf „Wirtschaftslenkung“ und bestimmte wirtschaftspolitische Ziele, also z.B. „der gemeinnützigen Ausrichtung, des sozialen Ausgleichs, der Vollbeschäftigung, der Nahrungssicherung“ (29). Müller-Armack artikuliert nicht durchgehend eine Kontrarität zwischen „Wirtschaftslenkung“ und diesen Zielen, wohl aber eine Differenz, indem er feststellt, daß es keine spezifische Äquivalenz von „Wirtschaftslenkung“ und diesen Zielen gebe. Das Spezifische der „Wirtschaftslenkung“ sind die eingesetzten Mittel (vgl. 86), und aufgrund dieser Mittel besteht die Kontrarität zur „Sozialen Marktwirtschaft“. Auch unternimmt Müller-Armack einige Anstrengungen, um die Äquivalenz der „Wirtschaftslenkung“ mit verschiedenen Subjektpositionen differenziell zu reartikulieren: Gedient ist mit der „Wirtschaftslenkung“ weder den Konsumenten (vgl. 34-39) noch den Betrieben und Unternehmern (39-47), und auch „ihre überlegene Fähigkeit, die wirtschaftliche Lage des Arbeiters objektiv zu verbessern[, hat die Wirtschaftslenkung] noch nicht bewiesen“ (51). Insgesamt

samt tritt also neben das Bemühen, im Rahmen des hegemonialen Projekts der „Sozialen Marktwirtschaft“ eine spezifische Zweiteilung des diskursiven Raums zu artikulieren, das Bemühen, eine spezifische andere Zweiteilung des diskursiven Raums, nämlich jene, die sich mit der wahrgenommenen Hegemonie um die „Wirtschaftslenkung“ verknüpft, mit Hilfe von Differenzartikulationen zu disartikulieren.

6.2.2 Ludwig Erhard: Drei Reden

„Im Juni 1948 hat *Ludwig Erhard* der Sozialen Marktwirtschaft den Weg bereitet“ (Lenel et al. 1997: V). Sätze wie dieser, der den ORDO-Band 48 zu fünfzig Jahren Soziale Marktwirtschaft eröffnet, sind eines der prägenden Elemente der Forschung zur deutschen Wirtschaftspolitik. Sie verdeutlichen die zentrale Stellung, die Ludwig Erhard (1897-1977) für die politische Umsetzung der Sozialen Marktwirtschaft zugeschrieben wird. Erhard gilt als die Vaterfigur der Sozialen Marktwirtschaft schlechthin, da er nicht nur in der entscheidenden Zeit vor und nach der Gründung der Bundesrepublik an wichtigen wirtschafts- und ordnungspolitischen Schalthebeln (vor allem als Wirtschaftsdirektor der Bizone und als Bundeswirtschaftsminister) saß, sondern weil er sie in entscheidender Weise so bediente, daß die marktwirtschaftliche Ausrichtung des jungen deutschen Staates gefördert wurde. Die unter Erhards Führung umgesetzte Währungs- und Wirtschaftsreform sowie die kontinuierliche und schnelle Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Deutschland ab 1952 verhalfen Erhard und „seiner“ Sozialen Marktwirtschaft zu großer Popularität. Erhards zentrale institutionelle Stellung sowie seine diskursive Positionierung als „Vater der Sozialen Marktwirtschaft“ rechtfertigen zweifelsohne die Aufnahme von Erhard-Texten in den hier zu analysierenden Korpus. Es wurden zwei Reden und eine Radioansprache Erhards ausgewählt, die jenen Juni 1948 zeitlich einrahmen, in dem er nach obigem Zitat der Sozialen Marktwirtschaft – durch die Währungsreform am 20. Juni und die in den Folgetagen eingeleitete Wirtschaftsreform – den Weg ebnete. Von den beiden im folgenden betrachteten Reden wurde eine vor dem bizonalen Wirtschaftsrat gehalten (am 21. April 1948, vgl. Erhard 1992: 37-61) und eine vor dem Parteikongreß der CDU der britischen Zone (am 28. August 1948, vgl. Erhard 1992: 69-85); ergänzt werden sie um die Radioansprache Erhards vom 21. Juni 1948, dem Tag nach der Währungsreform (vgl. Erhard 1992: 62-68).³³

33 Als Quelle für alle Reden dient der erstmals 1962 erschienene und 1992 wieder aufgelegte Band *Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft* (Erhard 1992).

(a) *Darstellung des historischen Kontexts.* Bis zum Zeitpunkt der Währungsreform hatte sich die wirtschaftliche Lage in der Bizone, verglichen mit dem Winter 1946/47, bereits stark verbessert – bemerkenswerterweise nicht durch marktwirtschaftliche Reformen, sondern durch Reformen innerhalb des Lenkungssystems: Insgesamt stieg die industrielle Produktion von 34 % des Niveaus von 1936 im ersten Quartal 1947 auf 57 % im zweiten Quartal 1948 (Abelshauser 1983: 34). Daß der befürchtete Einbruch der Produktion im Winter 1947/48 ausblieb, war insbesondere der gesteigerten Aufmerksamkeit zu verdanken, die die Verwaltung für Wirtschaft im Lauf des Jahres 1947 der Sanierung des Transportwesens, insbesondere des Eisenbahnwesens, zukommen ließ. Auf diese Art und Weise wurden Verteilungshemmnisse und damit unnötige Einschränkungen der Produktion beseitigt. Hinzu kam, daß die Kohleversorgung dank des nun besser funktionierenden Verkehrssystems im Winter gesichert war. Schließlich hatte auch die Ernährungsverwaltung die Effizienz ihrer Bewirtschaftung verbessern und die Versorgung mit Nahrungsmitteln beträchtlich steigern können (vgl. Abelschauser 1983: 40-44). Trotz der Verbesserungen blieb die industrielle Produktion jedoch noch weit unter dem Vorkriegsniveau und war als solche nicht befriedigend. Hinzu kam, daß sich für die Normalverbraucher kaum Vorteile einstellten, weil die nun in größerer Menge produzierten Konsumgüter in Erwartung der immer wieder angekündigten Währungsreform zum großen Teil gehortet wurden: ein Trend, der der deutschen Wirtschaftsverwaltung unter Ludwig Erhard durchaus nicht unwillkommen war, hoffte man dort doch, daß nach einer Währungsreform ein genügend großes Warenangebot vorhanden sei, damit die neue Währung nicht sofort unter inflatorischen Druck geriete (vgl. ebd.: 46).

Ludwig Erhard war seit dem 2. März 1948 Direktor der bizonalen Verwaltung für Wirtschaft. Nach einigen Reformen der deutschen politischen Institutionen im Lauf des Jahres 1947 und den ersten beiden Monaten des Jahres 1948 hatte sich im Februar 1948 auf der bizonalen Ebene eine institutionelle Struktur herausgebildet, die bis zur Gründung der Bundesrepublik Bestand haben sollte, und innerhalb derer von deutscher Seite aus die maßgeblichen Entscheidungen für die Währungsreform und für die künftige Wirtschaftsordnung getroffen wurden (vgl. für das Folgende Benz 1983a: 384-396, 406-412; Kleßmann 1991: 185-188; Hentschel 1998: 61-64). Innerhalb dieser Struktur fungierte als deutsche Quasi-Regierung der Bizone ein Verwaltungsrat, der aus den Direktoren

len Marktwirtschaft, in dem viele zentrale Texte von Ludwig Erhard versammelt sind (Erhard 1992). Die im folgenden zur Kurzzitierung verwendeten Seitenangaben verweisen alle auf diesen Band.

der fünf Fachverwaltungen (Wirtschaft, Ernährung, Finanzen, Verkehr, Post, später ergänzt um ein Amt für Arbeit) sowie einem Oberdirektor bestand. Die Direktoren wurden vom Wirtschaftsrat gewählt, dem quasi-parlamentarischen Gremium. Die 104 Mitglieder des Wirtschaftsrates wurden von den acht Landtagen der Bizone gewählt; von diesen entsandte die CDU/CSU 40, die Deutsche Partei vier und die Liberalen acht. Obwohl dieser Koalition eine Stimme zur absoluten Mehrheit fehlte, erlaubten die 52 Sitze die Dominierung des Wirtschaftsrates, da die anderen Parteien – darunter vor allem die SPD mit 40 und die KPD mit 6 Sitzen – keine vereinte Gegenmacht bildeten. Obwohl die beiden großen Parteien, CDU/CSU und SPD, zunächst eine Kooperation im Wirtschaftsrat nicht ausgeschlossen hatten, entschied die SPD bereits im Juli 1947, in die Opposition zu gehen, nachdem klar geworden war, daß sie sich mit ihrem Kandidaten für die Besetzung des Direktorenpostens für Wirtschaft nicht würde durchsetzen können. Obwohl sie sich informell und vor allem auf Länderebene immer wieder in die politische Entscheidungsfindung einbrachte, blieb die SPD bis zur Gründung der Bundesrepublik auf bizonaler Ebene in dieser formalen Oppositionsrolle.

Daß sich der Konflikt zwischen CDU/CSU und SPD an der Besetzung des Amtes des Wirtschaftsdirektors entzündete, weist bereits darauf hin, daß sich die Parteien von diesem Posten die größten Einflußmöglichkeiten auf die politische Gestaltung versprochen. Nach einigen Turbulenzen um das Amt wählte der Wirtschaftsrat Ludwig Erhard am 2. März 1948, allerdings mit nur 47 von 104 Stimmen. Erhard hat also nicht alle Stimmen des bürgerlichen Lagers erhalten; von der FDP nominiert, versagten ihm vermutlich ein Dutzend CDU/CSU-Abgeordnete die Stimmen. Daß die Wahl dennoch Erfolg hatte, lag daran, daß die SPD-Abgeordneten keine Nein-Stimmen abgaben, sondern leere Zettel, die als Stimmenthaltungen gewertet wurden (vgl. Hentschel 1998: 64).

Als Erhards bedeutendste Tat als Wirtschaftsdirektor gilt die Umsetzung der Währungsreform im Juni 1948 in Kombination mit der Freigabe der Preise bzw. der Aufhebung der staatlichen Bewirtschaftung bei einem Teil der bis dahin bewirtschafteten Güter.³⁴ Die Währungsreform wird von der historischen Forschung meist nicht als Erhards eigener Beitrag zur Entwicklung eingeordnet: Zu sehr waren sich alle beteiligten Kräfte – Alliierte wie Deutsche über die Parteigrenzen hinweg – schon

34 Oft werden Währungsreform und die Aufhebung einiger der Bewirtschaftungsvorschriften auch als „Geburtsstunde“ der Sozialen Marktwirtschaft interpretiert (so z.B. von Hauff/Sauer 2004). In diesem Sinne spricht etwa Otto Schlecht davon, daß am Tag der Währungs- und Wirtschaftsreform der „konkrete Startschuß zur Realisierung der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland“ gefallen sei (Schlecht 1998: 37).

ab 1945 einig, „daß die während des Krieges eingetretene ungeheure Geldmengenvermehrung in keinem Verhältnis zum verfügbaren Warenangebot stand und auch die Höhe der inneren Staatsschuld einen baldigen Währungsschnitt erforderlich machte“ (Abelshauser 1983: 46). Zudem waren die Planungen und Vorbereitungen der Währungsreform weitgehend in alliierter Hand, wobei die Deutschen, Erhard eingeschlossen, zwar an den Beratungen beteiligt waren, aber keine Entscheidungskompetenz hatten und letztlich sogar erst fünf Tage vor der Umsetzung der Reform über den exakten Termin und die genauen Modalitäten informiert wurden (vgl. Abelshauser 1983: 47-51; Hentschel 1998: 78-82). Während also Erhards Einfluß auf die Währungsreform selbst eher gering einzuschätzen ist, beruht die mit der Währungsreform einhergehende Teilaufhebung der staatlichen Bewirtschaftung in ihrer legislativen Grundlegung wie auch in ihrer administrativen Umsetzung maßgeblich auf Erhards Wirken. Unterstützt von einem promarktwirtschaftlichen Gutachten des im Januar 1948 eingesetzten Wissenschaftlichen Beirats der Verwaltung für Wirtschaft (vgl. Lenel 1997: 88) ließ Erhard kurz nach seiner Amtsübernahme sein Amt mit der Ausarbeitung des später so genannten Leitsatzgesetzes beginnen, das nach einer Währungsreform die Freigabe verschiedener Preise ermöglichen und die Entscheidung über die Freigabe im Einzelfall dem Direktor für Wirtschaft überlassen sollte. Das Gesetz wurde Anfang Juni 1948 vom Verwaltungsrat abgesegnet und an den Wirtschaftsrat weitergeleitet, der es am 16. Juni 1948 in leicht geänderter Form verabschiedete. Grundsätzlich wurde im Gesetz der Entlassung der meisten Güter aus der Bewirtschaftung der Vorzug eingeräumt, allerdings wurde für einige grundlegende Gütergruppen die Bewirtschaftung explizit aufrecht erhalten, so etwa für Nahrungsmittel und industrielle Grundstoffe, Kleider, Schuhe, Wohnungen, Gas und Strom (vgl. Hentschel 1998: 84; der Gesetzestext findet sich in Auszügen bei Kleßmann 1991: 456-458). Ohne die alliierte Genehmigung für das Leitsatzgesetz in der Tasche zu haben, ließ Erhard seinen Pressesprecher dann noch am Tag der Ausgabe der neuen Währung die Beseitigung zahlreicher Bewirtschaftungsmaßnahmen und Preisbindungen ankündigen. Obwohl die amerikanisch-britische Verwaltung über dieses *Fait accompli* und vor allem darüber, von Erhard übergangen worden zu sein, nur wenig begeistert war, legte sie weder gegen das Leitsatzgesetz noch gegen dessen zügige und weitreichende administrative Umsetzung durch Erhard ihr Veto ein.

Die Währungsreform trat am 20./21. Juni 1948 in Kraft, am 25. Juni wurden für eine Vielzahl von Gütern die Preise freigegeben, und am 1. Juli schließlich wurden diese Güter auch aus der Bewirtschaftung herausgenommen. Die Folgen dieser einschneidenden Reformschritte wa-

ren zunächst zwiespältig, insgesamt schwankte der Kurs der deutschen Wirtschaft bis April 1950 „zwischen inflationärem Boom und relativer Stagnation“ (Abelshauser 1983: 53). Beeindruckend war der direkt nach der Währungsreform eintretende „Schaufenstereffekt“, das heißt die plötzliche Fülle des Warenangebots, die dadurch zustande kam, daß die gehorteten Lagerbestände nun in Umlauf gebracht wurden. Insgesamt ging die deutsche Wirtschaftsleistung weiter kontinuierlich nach oben (bis auf 79 % des Niveaus von 1936 im vierten Quartal 1948), allerdings kann man von einer außergewöhnlichen Beschleunigung des Aufschwungs durch die Währungsreform wohl nicht sprechen (vgl. Abelshauser 1983: 51). Obwohl von Erhard für völlig unmöglich gehalten, litt die neu eingeführte Deutsche Mark zunächst unter stark inflationären Entwicklungen (14 % in vier Monaten), die sich jedoch zum Jahreswechsel 1948/49 beruhigten. Als sehr viel hartnäckigeres Problem stellte sich demgegenüber die zunehmende Arbeitslosigkeit heraus, die bis zum Februar 1950 kontinuierlich auf zuletzt ca. zwei Millionen (12 %) anstieg. Erhard setzte angesichts dieser Entwicklung 1948/49 ausschließlich auf die Marshallplanhilfe und die Selbstheilungskräfte des Marktes und erwog auch später, bis zum Einsetzen des Koreabooms, nur unter Druck der Alliierten staatliche Programme zur Beschäftigungsförderung (vgl. Hentschel 1998: 87-97; Abelshauser 1983: 53/54, 63-67).

(b) *Rekonstruktion des diskursiven Ortes der Artikulation.* Es ist auffällig, daß Erhard in allen drei herangezogenen Texten immer wieder die Position des „Fachmanns“ oder des „Sachverständigen“ voraussetzt, artikulatorisch fortschreibt und besetzt (z.B. 50, 62). Dieser „Fachmann“ ist insofern eine andere Subjektposition als diejenige des Müller-Armackschen Wissenschaftlers, als er zwar auch durch wissenschaftliche Qualifikation legitimiert wird, aber entweder durch seine beratende Funktion oder durch seine unmittelbare Verwaltungstätigkeit eine größere „Politiknähe“ aufweist (vgl. 39), sich dabei allerdings zugleich von „Staatsmännern und Politikern“ abzugrenzen sucht (62). Erhards wissenschaftliche Karriere war durchwachsen verlaufen:³⁵ 1925 zum Doktor der Staatswissenschaften promoviert, war er von 1928 bis 1942 Assistent an der Nürnberger Handelshochschule, anschließend bis 1945 Leiter des von ihm selbst gegründeten und von der Reichsgruppe Industrie alimentierten Instituts für Industrieforschung.³⁶ In dieser letzten Funkti-

35 Biographische Darstellungen zu Ludwig Erhard gibt es zuhauf: eher ehrerbietige (z.B. Hohmann 1988[1984]) ebenso wie eher kritische (z.B. Hentschel 1998). Für einen Kurzüberblick vgl. Klump (2002).

36 Wobei die Funktion des „Leiters“ dadurch relativiert wird, daß es am Institut für Industrieforschung neben einer Sekretärin keine weiteren Mitarbeiter gab (vgl. Hentschel 1998: 29).

on verfaßte er die Denkschrift „Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung“, die er im März 1944 fertig stellte. Inhalt dieser Schrift waren unter anderem Überlegungen für die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit, doch als Leitfaden für Erhards spätere Politik der Sozialen Marktwirtschaft kann sie nicht gelten (vgl. zu den Inhalten der Denkschrift und zur Einordnung derselben Eschenburg 1983: 422/23; Hentschel 1998: 28-41). Eine zu Beginn der 1930er Jahre angestrebte Habilitation kam nicht zustande, allerdings wurde Erhard im November 1947 zum Honorarprofessor an der Universität München ernannt, nachdem er dort einige Semester als Lehrbeauftragter gewirkt hatte. Insgesamt kann man trotz dieser außerordentlichen Professur wohl konstatieren, daß Erhard eher in der Peripherie der Wissenschaft wirkte und keine wegweisenden wissenschaftlichen Schriften verfaßte. Gleichwohl war er mit dem volkswirtschaftlichen Schrifttum vertraut, insbesondere mit dem des Neo- und des Ordoliberalismus. Auch kannte er persönlich zahlreiche namhafte Wirtschaftswissenschaftler, darunter auch Müller-Armack (vgl. Eschenburg 1983: 426). Leonhard Miksch, ein Schüler Walter Euckens, war einer der engsten Mitarbeiter Erhards in der Wirtschaftsverwaltung und unter anderem verantwortlich für das Leitsatzgesetz. Eucken selbst gehörte – ebenso wie u.a. Müller-Armack, Miksch, der spätere SPD-Wirtschafts- und Finanzminister Karl Schiller und der führende Vertreter der katholischen Soziallehre Oswald Nell-Breuning – zum wissenschaftlichen Beirat der Verwaltung für Wirtschaft, der im Januar 1948 eingesetzt worden war (vgl. ebd.: 427).

Erhards Qualifikation als „Fachmann“ beruhte aber vor allem auf seiner vielfältigen Erfahrung als Administrator an unterschiedlichen Stellen der Nachkriegsverwaltung. Kurz nach Kriegsende wurde er von der amerikanischen Kreismilitärregierung als wirtschaftlicher Berater für seine Heimatstadt Fürth engagiert, und stieg dann bereits im Oktober 1945 zum bayerischen Wirtschaftsminister auf. Nach Unregelmäßigkeiten in seinem Ministerium wurde er jedoch schon im Dezember 1946 wieder entlassen (vgl. Hentschel 1998: 44-50). Im Frühjahr 1947 setzte der Wirtschaftsrat eine „Sonderstelle Geld und Kredit“ bei der in Bad Homburg residierenden Verwaltung für Finanzen ein, die ein deutsches Konzept für die anstehende Währungsreform entwerfen sollte. Erhard wurde als eines ihrer Mitglieder berufen und im Oktober 1947 zu ihrem hauptamtlichen Vorsitzenden gewählt. Unter seinem Vorsitz wurde der sogenannte Homburger Plan für eine Währungsreform ausgearbeitet, den die Alliierten jedoch größtenteils verwarfen, so daß er nur in Teilen die tatsächlich vorgenommene Reform beeinflusste (vgl. ebd.: 50-61). Es folgte schließlich am 2. März 1948 die Wahl Erhards zum Direktor für Wirtschaft der Bizone.

Erhards Positionierung als „Fachmann“ schreibt sich also in ein Geflecht von Subjektpositionen ein und bekräftigt dieses damit. Neben die Subjektposition des rationalen Wissenschaftlers und die des klugen Administrators tritt aber noch eine dritte, auch wenn diese nicht explizit in Erhards Artikulationen zum Ausdruck kommt: Erhard verortet sich nämlich auch auf der – vielleicht spezifisch deutschen – Subjektposition des Sachwalters, der, über allen Parteien stehend, allein das Gesamtwohl des Volkes im Auge hat. Erhard grenzt sich dabei von jeder Art der Interessenpolitik ebenso ab (60) wie von der Parteipolitik (68), ja er differenziert letzten Endes sogar seine Tätigkeit als Fachmann gegenüber jeder Art einer politischen Tätigkeit (62). Neben diesen sprachlich-diskursiven Akten innerhalb der hier behandelten Texte ist es in diesem Zusammenhang auch bedeutend, auf die nicht-sprachliche oder nicht-nur-sprachliche Artikulation der langjährigen Verweigerung einer Parteimitgliedschaft hinzuweisen. Zwar war Erhard, sowohl als Wirtschaftsdirektor als auch später als Bundeswirtschaftsminister, auf die Parteien – insbesondere auf die FDP und die CDU – angewiesen und positionierte sich insofern immer auch im parteipolitischen Spiel; ich werde bei der Betrachtung der „Düsseldorfer Leitsätze“ der CDU hierauf zurückkommen. Doch zum Mitglied der CDU, für die er über viele Jahre im Bundestag und im Kabinett saß und von der er schließlich zum Bundeskanzler gewählt wurde, wurde er erst im März 1966.³⁷ Erhards Positionierung als über den Parteien stehender Fachmann war in der Öffentlichkeit offensichtlich so erfolgreich (vgl. Löffler 2002: 260), daß seine versuchte Abgrenzung gegenüber der Politik als ganzer, die aufgrund seiner offensichtlichen politischen Involviertheit scheitern mußte, nicht mehr ins Gewicht fiel: So wurde in einer Emnid-Umfrage im Juni 1949 neben dem Sozialdemokraten Schumacher der Name Erhard – noch vor Adenauer – am häufigsten unter jenen genannt, die die Befragten als *Politiker* „in der Regierung des künftigen Bundesstaates“ sehen wollten (vgl. Hohmann 1988[1984]: 567).

(c) *Knappe Übersicht über den Inhalt der Texte.* Der chronologisch erste Text, der im folgenden betrachtet wird, ist die Rede, die Ludwig Erhard am 21. März 1948, also knapp drei Wochen nach seiner Wahl zum Wirtschaftsdirektor, unter dem Titel „Der Weg in die Zukunft“ im

37 Es mag erstaunlich klingen, doch Ludwig Erhard wurde tatsächlich erst am 16. März 1966, eine Woche bevor er Parteivorsitzender der CDU wurde, Parteimitglied. Allerdings wurde diese Mitgliedschaft dann auf drei Jahre rückdatiert, so daß als offizielles Eintrittsdatum der 16. März 1963 gilt. Fakt ist aber dennoch, daß Erhard als Wirtschaftsdirektor, Bundeswirtschaftsminister und auch bei seiner Wahl zum Bundeskanzler parteilos war (vgl. Haase 2002).

Wirtschaftsrat gehalten hat (37-61). Es handelt sich um eine Art wirtschaftspolitisches „Regierungsprogramm“, in dem Erhard als Ziele vor allem die Überwindung der „preisgestoppten Inflation“³⁸ und der Konsumgüterknappheit verkündet. Als Mittel zur Erreichung dieser Ziele propagiert er eine „sorgfältig abgewogene Währungsreform“ und die „Aktivierung des Marshallplans“ (38), wobei vor allem die Währungsreform als alles entscheidender Schritt zur Besserung gekennzeichnet wird (z.B. 42), verbunden mit der allmählichen Einführung marktwirtschaftlicher Elemente (z.B. 53). Der zweite Text, eine Radioansprache vom 21. Juni 1948 (62-68), ist im wesentlichen ein doppeltes Plädoyer: erstens dafür, der neuen Währung Vertrauen zu schenken, sowie zweitens für „die entschiedene Abkehr vom Prinzip der staatlichen Zwangswirtschaft“ (62) zugunsten von „Marktwirtschaft“ und „Freiheit“. Im dritten Text, einer am 28. August 1948 vor der CDU gehaltenen Rede (69-85), bekräftigt Erhard die Alternative zwischen Zwangs- und Marktwirtschaft, spricht aber gleichzeitig – in öffentlicher Rede erstmals – davon, daß die von ihm angestrebte Marktwirtschaft eine „sozial verpflichtete Marktwirtschaft“ sei (70). Zugleich fordert er die CDU auf, mit ihm zusammen für dieses Ziel in gemeinsamer Verantwortung zu streiten, um dem deutschen Volk „den Zustand der Sklaverei“ zu ersparen (83).

(d) *Rekonstruktion der hegemonialen Kernstrategeme sowie des Strategems VI.* Die drei Erhardschen Texte sind in ihrer hegemonialen Artikulationsstruktur ähnlich, aber nicht exakt deckungsgleich. Sie dennoch im Zusammenhang zu analysieren, erlaubt es unter anderem, ereignisbedingte Verschiebungen im Diskurs nachzuvollziehen und so besser zu veranschaulichen, daß man es niemals mit fixen Strukturen in einem strikt strukturalistischen Sinn zu tun hat, sondern daß sich die Strukturen in kontinuierlicher Bewegung befinden. Ich gehe innerhalb dieses Abschnittes in drei Schritten vor: Zuerst werden die von den Erhard-Texten vorgenommenen Annäherungen an das Allgemeine und die Zielforderungen rekonstruiert; beide sind relativ stabil. Zweitens wird, in jedem Text einzeln, das Zusammenspiel der Strategeme I, II und III rekonstruiert und dabei insbesondere die Bewegung bei der Suche nach einem symbolischen Repräsentanten des Allgemeinen nachgezeichnet. Im Gegensatz zur Analyse des Müller-Armack-Textes, wo ich relativ strikt die drei Kernstrategeme eines nach dem anderen nachgezeichnet

38 Mit „preisgestoppter Inflation“ ist ein Kaufkraftüberhang gemeint, der sich jedoch – aufgrund des lenkungswirtschaftlich verordneten Lohn- und Preisstopps – nicht im Steigen von Preisen äußert, sondern darin, daß die verwendete Währung ohne echten Kaufnutzen ist: Viele Güter werden über Bezugsscheine rationiert, andere zirkulieren nur auf Schwarzmärkten zu horrenden Preisen in Alternativwährungen (Devisen oder Tauschgüter).

habe, werde ich hier bei jeder der drei Reden die eng ineinander greifenden Strategeme I und II in unmittelbarem gegenseitigen Bezug und dann jeweils im Anschluß Strategem III rekonstruieren. Drittens gehe ich noch eigens auf das bis dahin ausgeblendete Arrangement von Subjektpositionen ein.

Hinsichtlich des spezifischen Allgemeinen läßt sich kaum eine Veränderung konstatieren; dieses deutet sich stets in ähnlicher Weise an: In der Aprilrede vor dem Wirtschaftsrat spricht Erhard beispielsweise davon, „der Wohlfahrt des ganzen Volkes dienen“ zu wollen, und daß es ihm dabei insbesondere um die „materielle Sicherung“ ginge (60); ganz allgemein ist das Ziel eine „bessere Zukunft“ (54). In der Juniansprache werden „unsere [deutsche] wirtschaftliche Gesundheit“ (62) und das „Gemeinwohl“ (68) herausgestellt. Ganz ähnlich heißt es in der Augustrede vor der CDU, daß die „Zielsetzung eines maximalen Lebensstandards für unser ganzes Volk in jedem Fall“ (75) erreicht werden kann, und zwar innerhalb einer Wirtschaftsordnung, die „in einer sinnvoll organischen Weise zum Ganzen strebt“ (69).³⁹ Wie gerade die in den beiden letzten Zitaten verwendeten Begriffe der Zielsetzung und des Strebens belegen, ist es letztlich wiederum nicht das Allgemeine selbst, das das Movens der Erhardschen Diskursbeiträge bildet, sondern der – als behebbar artikulierte – Mangel an Allgemeinem. Dieser überwindbare Mangel äußert sich in „Armut“, aus der Erhard das deutsche Volk herausführen will (vgl. 73), und in „Not“, aus der es erlöst werden wird (vgl. 61); aber zu ihm gehört auch die „Intoleranz, die über die geistige Unfreiheit zur Tyrannei und zum Totalitarismus führt“, eine Intoleranz, der jedoch, wie Erhard auf der Augustrede vor dem CDU-Parteitag betont (69), mit der Währungs- und Wirtschaftsreform abgeschworen wurde.

Weil aber das Abschwören alleine noch nicht ausreicht, veranschaulicht eine Vielzahl von Forderungen sowohl den prospektiven Zustand des beseitigten Mangels als auch die Aktivitäten, die zu dieser Beseitigung führen. In Kontrarität zu den Forderungen werden jedoch zahlreiche widerständige diskursive Elemente artikuliert, die es zu überwinden gilt. Auch Erhards Reden artikulieren also eine Äquivalenzkette P von Forderungen in bezug auf den Mangel an Allgemeinem, die in Kontrarität zu einer Äquivalenzkette Q von Ursachen und Kennzeichen des Mangels sowie von Widerständen bei seiner Beseitigung steht. In der Äquivalenzkette P verbinden sich erneut Zielforderungen mit Mittelfor-

39 Das Angestrebte ist aber auch insofern ein Allgemeines, als es sich durch normative Vollkommenheit auszeichnet, wie etwa in der Märzrede vor dem Wirtschaftsrat deutlich wird, wo Erhard von der „Lauterkeit unserer Ziele und der Reinheit unseres Wollens“ spricht (38).

derungen. Interessant ist nun aber, daß der Kern der Zielforderungen über das halbe Jahr von Frühjahr bis Herbst 1948 hinweg aufrecht erhalten wird, wohingegen sich sowohl bei den Mittelforderungen als auch bei der Repräsentation des symbolischen Allgemeinen Veränderungen konstatieren lassen, die sich im Bezug von Ereignis – insbesondere den Reformen im Juni 1948 – und Diskurs entwickeln.

Doch der Reihe nach: Betrachten wir zunächst die – relativ stabil bleibenden – Zielforderungen der Erhardschen Reden. Neben die bereits erwähnten allgemeinen Zielbeschreibungen (wie die „materielle Sicherung“, die „wirtschaftliche Gesundung“ und den „maximalen Lebensstandard“) treten in der Aprilrede vor dem Wirtschaftsrat Konkretisierungen, so z.B. die „Versorgung der arbeitenden Bevölkerung mit Verbrauchsgütern und ausreichender Ernährung“ (39)⁴⁰, eine allgemeine Geordnetheit der wirtschaftlichen Verhältnisse (vgl. 42), die verantwortungsvolle „Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Wirtschaft und damit [die] Befriedung des wirtschaftlichen Lebens“ (44), gerechte Ergebnisse von Wirtschaftsreformen (vgl. 45), die „gerechte Verteilung eines mählich wachsenden Wohlstandes“ (45), „die Unterbringung aller freien Kräfte in der gewerblichen Wirtschaft und hier wieder besonders in der gütererzeugenden Sphäre“ (47) und die Gleichzeitigkeit von „Freiheit und Bindung“ (52). Auch die Radioansprache am Tag nach der Währungsreform stellt die „wirtschaftliche Gesundung“ (62), die „Steigerung der Leistungsergiebigkeit unserer Volkswirtschaft“ und die „Freiheit der Entscheidung“ (66) in Wirtschaftsdingen heraus und ergänzt sie um das in kontextspezifischer Weise hervorgehobene Ziel des Gelingens der Währungsreform und der „Stabilität des neuen Geldes“ (64). Die Überwindung der „geistigen Unfreiheit“ (69) sowie „der organische Staat, gegründet auf der Freiheit des Individuums, zusammenstrebend zu einem höheren Ganzen“ (70), werden auch in der Augustrede vor der CDU als Ziele artikuliert, ebenso wie die Steigerung der Konsummöglichkeiten (vgl. 71) und die ausreichende Versorgung mit Verbrauchsgütern (83); diese Ziele gelten als wenigstens teilweise, aber eben noch nicht in befriedigender Weise erreicht (vgl. 71, 76); eine teilweise Zielerreichung konstatiert Erhard ebenso für das Ziel der kontinuierlichen Steigerung der allgemeinen wirtschaftlichen Leistung (vgl. z.B. 73, 75, 78), allerdings „können und müssen die Leistungen noch erhöh[t]“ werden (79). Insgesamt läßt sich eine fortgesetzte Äquivalenzartikulation der Ziele „Leistungssteigerung“, „Erhöhung des Konsums“ und „Freiheit“ feststellen, die einen stabilen „Zielknoten“ konstituieren;

40 Den Verbrauch hebt Erhard besonders als den „letzte[n] Zweck allen Wirtschaftens“ hervor (40).

hinzu treten kontextspezifische Ziele wie das „Gelingen der Währungsreform“. Das Ziel der Gerechtigkeit der Wirtschaftsordnung artikuliert Erhard nur im ersten der drei Texte in auffälliger Weise, so daß die (soziale) Gerechtigkeit – anders als bei Müller-Armack – nicht als zentrale Zielforderung eingeordnet werden kann.⁴¹

Die relative Stabilität des Zielforderungskomplexes steht im Kontrast zur höheren Flexibilität bei den Mittelforderungen und bei der Repräsentation der sich bildenden Äquivalenzkette P. Um dies aufzuzeigen, werden die drei Texte nun knapp hinsichtlich Mittelforderungen, Zweiteilung des symbolischen Raums (Strategem II) und Repräsentation (Strategem III) einzeln analysiert.

In der Aprilrede „Der Weg in die Zukunft“ (37-61) hebt Erhard besonders hervor, „daß unsere Wirtschaftspolitik heute unter dem Zeichen der Währungsreform und der Marshallplanhilfe zu betrachten wäre“ (42). Als weitere Mittel zur Überwindung des Mangels werden in Äquivalenz zur ubiquitären Forderung nach einer „sorgfältig abgewogenen Währungsreform“ und der „Aktivierung des Marshallplans“ (beide 38) vor allem die Elemente „freiere marktwirtschaftliche Formen“ (52), „Wettbewerbswirtschaft“ (53) bzw. „Leistungswettbewerb“ (52) und „freie Preisbildung genannt“ (54). Verbunden wird mit diesen Mittelforderungen auch die Forderung nach staatlichem Eingreifen auf „der Ebene der Wirtschafts-, Sozial-, und Finanzpolitik“ (55); dieses Eingreifen wird in verschiedener Weise konkretisiert, z.B. dadurch, daß „für nicht arbeits- oder einsatzfähige Menschen die notwendigen sozialen Hilfen“ vorgesehen sind (46), aber auch durch eine „planvolle Förderung der Verbrauchsgütererzeugung“ (39), durch staatliche Beschäftigungsmaßnahmen im Falle von Arbeitslosigkeit infolge einer Währungsreform („Unterbringungsprogramme“, 47) oder durch den Fortbestand einiger Preisbindungen für eine Übergangszeit (vgl. 54). Ähnlich wie bei Müller-Armack findet sich also in der Erhardschen Aprilrede eine grundlegende Äquivalenzierung von marktwirtschaftlichen Elementen mit Elementen einer aktiven Wirtschaftspolitik (wozu sich auch die „Aktivierung des Marshallplans“ zählen läßt), aber diese Äquivalenzierung wird um das zentrale Element „Währungsreform“ ergänzt (bei Müller-Armack war sie nur ein Punkt unter vielen). Bereits die Ergänzung durch das diskursive Element „Marshallplan“ und die intensivere Einbindung

41 In einer weiteren, im September 1948 erneut vor dem Wirtschaftsrat gehaltenen Rede wird deutlich, daß Erhard mit der relational verstandenen sozialen Gerechtigkeit nicht viel anzufangen weiß – wichtig ist demgegenüber die absolute Steigerung der wirtschaftlichen Produktion (vgl. 89/90). Allerdings taucht in derselben Rede auch „das volkswirtschaftlich gerechte Maß“ in bezug auf die Preise der freigegebenen Güter auf (91).

des diskursiven Elements „Währungsreform“ zeigen, wie bestimmte Entwicklungen im diskursiven Kontext, die diskursiv zum Ereignis werden (etwa das Hilfsversprechen des Marshallplans), wiederum die Dynamik von Diskursen motivieren.

Die Äquivalenzierung verschiedener Forderungen in einer Äquivalenzkette P beruht erneut darauf, daß all diese Elemente in Kontrarität zu bestimmten anderen Elementen stehen, die in Äquivalenz zum Mangel an Allgemeinem oder zur Verhinderung der Beseitigung dieses Mangels stehen. Allen voran wird die „Währungsreform“ in Kontrarität zu den diskursiven Elementen „preisgestoppte Inflation“ (z.B. 41), „fortdauern des Währungschaos“ (42) und „Tauschwirtschaft“ (42) artikuliert. Der „Wettbewerbswirtschaft“ wird die „Staatswirtschaft“ entgegengestellt (53) und den „freieren marktwirtschaftlichen Formen“ sogar der „absolute Totalitarismus“ (52), aber als Begriffe für die Wirtschaftsordnung des Mangels finden sich auch das „System der totalen behördlichen Zwangswirtschaft“ (43, vgl. auch 52) oder die „staatliche Befehlswirtschaft“ (52).⁴² Die „freie Preisbildung“ wiederum wird in Kontrarität zu ihrem naheliegenden semantischen Gegenpol, dem „Preisstop“, artikuliert, darüber hinaus auch in Kontrarität zu „bewußt ins Chaos treibende[r] Staatspolitik“, zur „Ausbeutung aller arbeitenden Menschen“ und zur „staatliche[n] Zwangswirtschaft, die die politische Atmosphäre vergiftet“ (alle 54). Eine weitere markante Kontrarität wird zwischen den leistungsbedingten Einkommensunterschieden und der „persönlichkeits-tötenden Gleichmacherei“ artikuliert. Letztere steht der Verwirklichung des Allgemeinen nach Erhard unmittelbar entgegen: „Weil wir aber mit aller Kraft aus [der] Not herausstreben, wäre die persönlichkeits-tötende Gleichmacherei ein falsch verstandenes soziales Ethos, das niemandem helfen, dem ganzen Volke aber schaden und uns den *Weg in eine bessere Zukunft verbauen* würde“ (54, Hervorhebung MN).

Besonders interessant an dieser letzten Passage ist auch die Äquivalenzierung der Kontrarität von politischer (Um-)Verteilung („Gleichmacherei“) und marktwirtschaftlicher Verteilung mit der Kontrarität von falsch verstandenem sozialen Ethos und – implizit – richtigem sozialen Ethos (welches man nur als die Befürwortung von größeren Einkom-

42 Von besonderem Interesse – gerade auch in Blick auf die antagonistische Verteilung der Subjektpositionen, auf die ich weiter unten noch zu sprechen kommen werde – ist die Tatsache, daß als Protagonist der Wirtschaftsordnung des Mangels zwar nicht explizit, aber doch deutlich genug das nationalsozialistische Regime ausgemacht wird: „Wir werden auch dann erst [nach einer Währungsreform, MN] zu ermessen vermögen, welche krankhaften Verzerrungen unsere Wirtschaft durch die artfremde Ausbeutung und die asoziale Zielsetzung eines totalitären Regimes erfahren hat“ (46).

mensunterschieden in Kombination mit Sozialleistungen „für die nicht arbeits- oder einsatzfähigen Menschen“ lesen kann). Doch die so vorgenommene spezifische Äquivalenzierung von Kontraritäten der ökonomischen Sphäre mit Kontraritäten der Sozialethik wird noch weiter auf die politische und auch auf die anthropologische Ebene ausgedehnt:

Wenn auch nicht im Ziele völlig einig, so ist doch die Richtung klar, die wir einzuschlagen haben⁴³ – die Befreiung von der staatlichen Befehlswirtschaft, die alle Menschen in das Joch einer alles Leben überwuchernden Bürokratie zwingt, die jedes Verantwortungs- und Pflichtgefühl, aber auch jeden Leistungswillen abtöten und darum zuletzt den frömmsten Staatsbürger zum Rebell machen muß.

Es sind aber weder die Anarchie noch der Termitenstaat als menschliche Lebensformen geeignet. Nur wo Freiheit und Bindung zum verpflichtenden Gesetz werden, findet der Staat die sittliche Rechtfertigung, im Namen des Volkes zu sprechen und zu handeln (52).

Erhard verbindet hier das ökonomische Übel – die staatliche Befehlswirtschaft – mit dem ethischen Übel – dem abgetöteten Verantwortungs- und Pflichtgefühl ebenso wie dem abgetöteten Leistungswillen – und mit dem politischen bzw. politisch-anthropologischen Übel – der überwuchernden Bürokratie, der Rebellion sowie den für den Menschen ungeeigneten Lebensformen der Anarchie und des Termitenstaats. Zugleich wird die materielle Blüte in eine Reihe mit einem erfüllten, individuellen wie sozialen Menschsein gestellt und so das spezifische Allgemeine mit dem „allgemeinen Allgemeinen“ verknüpft. Die Zweiteilung des symbolischen Raums, das heißt das zweite Kernstrategem der (offensiv-)hegemonialen Strategie, läßt sich also in diesem Text sowohl im engeren wirtschaftspolitischen Diskurs als auch darüber hinaus rekonstruieren.

Ist man nun bemüht, das dritte Kernstrategem, die Repräsentation, in Erhards Aprilrede zu rekonstruieren, so läge es vielleicht nahe, auf einen der Gegenbegriffe der „staatlichen Befehlswirtschaft“, die als Knotenpunkt des Übels artikuliert wird, zurückzugreifen, also z.B. auf die „Wettbewerbswirtschaft“. Allerdings verbindet sich das Heilsversprechen des symbolischen Repräsentanten des Allgemeinen in ganz eindeutiger Weise mit einem anderen diskursiven Element: der „Währungsreform“ bzw. der „Wiederherstellung geordneter Geldverhältnisse“ (42).

43 Diese Textstelle reproduziert den Prototyp einer hegemonialen Artikulation, insofern als sie von einem spezifischen Artikulationsort aus den Willen eines „Wir“ in bezug auf die Erreichung des Allgemeinen artikuliert; und das, obwohl sie im gleichen Moment zum Ausdruck bringt, daß hinsichtlich des Zieles keine „völlige“ Einigkeit besteht.

„Nur durch dieses Mittel allein“, so Erhard, „ist wieder eine wirtschaftliche Ordnung sicherzustellen“ (42), und selbst die „Unterhöhlung der Moral“ und die „Untergrabung der Staatsautorität“ können, „wie alle sozialen Gefahren, heute wirksam nur noch durch eine baldige Währungsreform überwunden werden“ (43). Das organische Ganze von Finanz-, Wirtschafts- und Sozialordnung, das gesamte „gesellschaftswirtschaftliche Leben“ wird durch die Währungsreform gesunden:

Daß eine Währungsreform mehr sein muß als nur eine finanzwirtschaftliche oder gar nur finanztechnische Operation, daß sie den wirtschaftlichen und sozialen Erfordernissen in gleicher Weise Rechnung zu tragen hat, ist gerade auch von Seiten des Wirtschaftsrates oft und unmißverständlich betont und gefordert worden. Ich bin der Meinung, nein, ich bin der Überzeugung, daß diese drei Elemente der Aktion nicht in Widerspruch miteinander stehen und mit verkrampften Konstruktionen zusammengehalten werden müßten, sondern daß sie ein organisches Ganzes bilden, das nicht zu zerstören allen am Herzen liegen muß, die um der Zukunft unseres Volkes willen eine wirkliche Gesundung unseres gesellschaftswirtschaftlichen Lebens wollen (45).

Alles, was auf die Überwindung des Mangels an Allgemeinem hinzielt, wird also in der Währungsreform gebündelt, weshalb sie als Repräsentant der Äquivalenzkette P gelten kann. Bekräftigt wird das nochmals durch die negative Feststellung, daß nach dem „Leidensweg unseres Volkes und den unsäglichen Entbehrungen [...] die Katastrophe einer mißlungenen Währungsreform seinen letzten Lebenswillen gar vollends brechen“ würde (51).

Betrachten wir nun die Radioansprache vom 21. Juni 1948, die unter dem Titel „Der neue Kurs“ gedruckt wurde (62-68). Erneut werden verschiedene ökonomisch inspirierte Forderungen miteinander insofern als Äquivalente artikuliert, als sie dazu dienen, den spezifischen Mangel an Allgemeinem zu beheben, und zu bestimmten Elementen dieses Mangels in Kontrarität stehen. Wenig überraschend angesichts des Kontexts ist die Forderung nach einer „Stabilität des neuen Geldes“, die in Kontrarität zu einer (nach Erhard völlig ausgeschlossenen) „generellen Preiserhöhung“ und zu (bekämpfbaren) „partiellen Preiserhöhungen“ artikuliert wird (64). Hinzu kommen Forderungen nach dem „Leistungsprinzip“ (65) in Kontrarität vor allem zu „Armut“ und Mißgunst, nach „Marktwirtschaft [...] im Gegensatz zu allen Formen der Staatswirtschaft“ (65), nach „Freiheit“ in Kontrarität zur „staatlichen Bevormundung“ (67), aber auch nach völliger administrativer Entscheidungsfreiheit bei der Freigabe von Preisen in Kontrarität zur Lähmung der Verwaltung – Kontext hier ist das Leitsatzgesetz und dessen verbreitete öffentliche Beurteilung als ein weiteres „Ermächtigungsgesetz“ (vgl. 63).

Interessanterweise artikuliert Erhard gerade diese völlige Entscheidungsfreiheit der Administration als Hand-in-Hand-gehend mit der Achtung der „demokratischen Rechte unseres Volkes“, solange der Entscheider, also er selbst, nur regelmäßig dem Volk berichtet (vgl. 63). Doch nicht nur hiermit wird die „Demokratie“ in die Äquivalenzkette P eingebunden, sie taucht auch an anderer Stelle als Forderung auf, die in Kontrarität zu den Mangel-Elementen „Bewirtschaftung“, „staatliche Bevormundung“ und auch zur allgegenwärtigen Bürokratie artikuliert wird:

Die Verwaltung für Wirtschaft hat bereits am gestrigen Tage von dieser Stelle aus Freigaben von verschiedenen Gebrauchs- und Verbrauchsgütern aus der Bewirtschaftung verkündet, und es sind alle Vorbereitungen getroffen, die Zügel der Bewirtschaftung noch lockerer zu gestalten. Die Resonanz, die dieser Übergang zu freieren Formen der Wirtschaft in unserem Volke gefunden hat, beweist nur, wie gründlich satt es dieser staatlichen Bevormundung ist und wie befreiend unser Volk die ihm zurückgegebene Möglichkeit der selbstverantwortlichen Gestaltung seines Schicksals empfindet. Wir waren auf dem besten Wege, die Demokratie zu Tode zu kommandieren und die demokratischen Grundrechte unseres Volkes zu einer Schimäre werden zu lassen. Erst wenn diese Rechte wieder Ausdruck finden in einer freien Berufswahl, in der freien Wahl des Arbeitsplatzes und vor allem in der Freiheit des Konsums, können wir erwarten, daß das deutsche Volk an der politischen Gestaltung seines Schicksals wieder aktiven Anteil nimmt. [...] Der deutsche Staatsbürger wird erst dann wieder zu seiner Würde zurückfinden und sich aus innerem Erleben zur Demokratie bekennen können, wenn er in keiner Amtsstube mehr den Rücken zu krümmen braucht (67).

Diese gesamte Passage ist sehr interessant, nicht nur weil sie die Verortung und das diskursive Gewicht des Elements „Demokratie“ erkennen läßt, sondern weil sie gut verdeutlicht, wie zwei sich konfrontierende Äquivalenzketten entstehen, mithin eine Zweiteilung des symbolischen Raums in bezug auf das ökonomische und politische Allgemeine des „deutschen Volkes“ vorgenommen wird. Auf der einen Seite befinden sich die „Freigaben [...] aus der Bewirtschaftung“, die „freieren Formen der Wirtschaft“, die „selbstverantwortliche Gestaltung“, die „Demokratie“ und die „demokratischen Grundrechte“, die verschiedenen ökonomischen Freiheiten, vor allem die „Freiheit des Konsums“, die aktive Gestaltung des politischen Schicksals und die staatsbürgerliche „Würde“; auf der anderen Seite die „Bewirtschaftung“, die „staatliche Bevormundung“, der Tod der Demokratie und die erniedrigende Bürokratie. Aus diskurstheoretischer Perspektive ist nun das Entscheidende an einer solchen Anordnung – wie an jeder antagonistischen Grenzziehung –, daß sie zwar möglich und von vielen Positionen aus betrachtet sogar ein-

leuchtend ist, nicht aber notwendig. Sie produziert einen bestimmten Sinn, dabei ist sie jedoch nicht unter allen Umständen und vor allem nicht nur in dieser spezifischen Form sinnvoll. Zahlreiche andere, von einer anderen diskursiven Position aus vorgenommene Artikulationen können denselben Anspruch auf Richtigkeit erheben, erwähnt sei nur die Äquivalenz von „Wirtschaftsordnung“ und „Demokratie“ im Sinne einer demokratischen Kontrolle der Wirtschaft, wie sie zum Beispiel noch einige Jahre später im SPD-Wahlprogramm von 1953 eingefordert wurde (SPD 1963[1953]: 126/27).

Betrachtet man die hegemonialen Kernstrategeme der Juniansprache nun im Vergleich zur Rekonstruktion in der Aprilrede, so ist noch eine markante Verschiebung festzuhalten: Der vormalige symbolische Repräsentant des Allgemeinen, die „Währungsreform“, taucht in dieser Funktion nicht mehr auf. Er kann diese Funktion nicht mehr übernehmen, weil er – hier wird erneut deutlich, wie wichtig der Kontext für die Texte eines Diskurskorpus ist – vom zukunftsweisenden Signifikanten zum Signifikanten eines vergangenen Ereignisses geworden ist. Hier zeigt sich, daß diskursive Elemente, die Punkte auf einer Zeitachse bzw. konkrete Ereignisse (gleichgültig, ob dies eine bestimmte Aktion ist, das Eintreffen einer bestimmten Person oder das Eintreten einer bestimmten Sternkonstellation) bezeichnen, als leere Signifikanten die Schwäche haben, daß sie nach diesem Zeitpunkt von der Artikulation eines Versprechens zur Artikulation eines historischen Moments werden, der in seiner Partikularität das Allgemeine nicht länger signifizieren kann. Gibt es aber nun einen anderen symbolischen Repräsentanten des Allgemeinen? Nun, *einen* nicht, sondern es bleibt bei einem Konglomerat von Forderungen, vor allem bestehend aus „Stabilität der Währung“, „Leistungsprinzip“, „Marktwirtschaft“, „Freiheit“ und „Demokratie“, von denen keine eine Repräsentationsfunktion übernimmt. Am ehesten funktioniert noch die uneingeschränkte Kontrolle des „Fachmanns“ und Wirtschaftsdirektors Erhard und der von ihm geleiteten Wirtschaftsverwaltung über die wirtschaftspolitischen Entscheidungen als Repräsentant des Allgemeinen: Dem Wirtschaftsdirektor wurden im Leitsatzgesetz Vollmachten erteilt, die die Erreichung des Ziels der „wirtschaftlichen Gesundung [...] sicher[...]stellen“ (62). Die Freigabe einer Vielzahl von Preisen durch die von ihm geführte Wirtschaftsverwaltung steht in der obigen längeren Passage am Beginn des Weges zu Freiheit und Demokratie. Und schließlich scheint der Wirtschaftsdirektor in bezug auf die Preisentwicklung nahezu allwissend und allmächtig zu sein: „Ich werde alle geeigneten Institutionen einschalten, um über die diesbezüglichen Vorgänge unterrichtet zu sein und notfalls sofort Abhilfe schaffen zu können“, teilt Erhard seinem Radiopublikum mit (67). Allerdings fehlt

im Text ein Signifikant, der die Stelle eines der Erhardschen Wirtschaftsregierung entsprechenden symbolischen Repräsentanten des Allgemeinen in schlagkräftiger Weise übernehmen könnte; zugleich ist der Text aber auch nicht in der Weise auf die uneingeschränkten Erhardschen Vollmachten zugeschnitten wie etwa Müller-Armacks Text auf die „gesteuerte Marktwirtschaft“ bzw. die „Soziale Marktwirtschaft“. Insofern lassen sich in der Juniansprache wichtige hegemoniale Strategeme, nicht aber alle drei Kernstrategeme einer offensiv-hegemonialen Strategie rekonstruieren. Obwohl ein Diskursbeitrag wie dieser Forderungen als äquivalente Forderungen in bezug auf einen Mangel zum Ausdruck bringt, fehlt ihm letztlich ein identifikatorischer Kern, um den herum sich ein hegemoniales Projekt entwickeln kann.

In der Rede, die Erhard am 28. August 1948 vor dem Parteikongress der CDU der britischen Zone gehalten hat (69-85), gibt es wieder einen Kern, einen anderen als vorher, aber einen, der Erhards Diskursbeiträge für lange Zeit prägt: die „Marktwirtschaft“. Doch ehe ich auf die Repräsentationsfunktion der „Marktwirtschaft“ zu sprechen komme, sollen zunächst die Strategeme I und II auch in diesem Text rekonstruiert werden. Der Text unterscheidet sich von den beiden anderen in markanter Weise, weil Erhard seinen Blick nun nicht mehr vorwiegend nach vorne wendet (auch in der Juniansprache war die Währungsreform zwar bereits geschehen, aber die Preisfreigaben und die Auswirkungen der Währungs- und Wirtschaftsreform waren noch zukünftig), sondern in etwa gleichwertig in die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft: in die Vergangenheit, um die Reformen zu preisen und sie angesichts der von der Öffentlichkeit negativ bewerteten, zum Teil beträchtlichen Preissteigerungen zu verteidigen; in die Gegenwart, die zwar von Besserung gekennzeichnet ist, in der der Mangel aber keineswegs behoben ist; und in die Zukunft, die – dank der über die „Zwangswirtschaft“ triumphierenden „Marktwirtschaft“ – weitere Erfolge mit sich bringen wird und alle noch offenen Forderungen zu erfüllen verspricht.

Die früher eingeforderten Mittel der Währungs- und Wirtschaftsreform wurden also eingesetzt und werden nun als *erfolgreiche* Mittel verteidigt, auch wenn sie einige Störungen mit sich brachten. „Gemessen an dem,“ schreibt Erhard (83), „was die Währungs- und Wirtschaftsreform bereits Gutes gebracht hat, was sie uns an Sicherheit für die Zukunft bietet und was sie an Positivem erwarten läßt, ist das, was sie an Störungen mit sich gebracht hat, so minimal, daß eine ehrliche Kritik davor verstummen mußte.“ Man habe die Menschen „endlich aus diesem Chaos befreit und ihnen ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht“ (79), dem deutschen Volk mithin „endlich wieder etwas von der Lebensfreude und der Lebenssicherheit zurückgegeben, auf die es durch viele

Jahre hindurch verzichten mußte“ (80). Doch all diese Erfolge lassen sich mit Erhard nur als Teilerfolge, als Schritte auf dem richtigen Weg, ohne daß das Endziel wirklich erreicht wäre, beschreiben. Er hält zum Beispiel fest: „Die reale Lage unserer Volkswirtschaft ist zweifellos die, daß sie sich gegenüber einem früheren Standard oder gemessen an der Situation reicherer Volkswirtschaften in einer sehr unglücklichen Position befindet“ (73). Auch ist das Erreichte prekär und wird weiterhin aufs Schärfste in Kontrarität zum Mangel artikuliert:

In diesen Wochen seit der Währungsreform bis dahin, da wir auch staatsrechtlich wieder eine stärkere Fundierung finden, entscheidet sich zuletzt das Schicksal des deutschen Volkes. Entweder wir verlieren die Nerven und geben dieser gehässigen demagogischen Kritik nach –, dann sinken wir zurück in den Zustand der Sklaverei. Ich kann diesen Zustand nicht anders nennen, denn dann verliert der Mensch die Freiheit aufs neue, die wir ihm jetzt glücklich zurückgegeben haben. Dann verlieren wir wieder die freie Konsumwahl, die freie Berufswahl und alle Errungenschaften einer wahrhaft demokratischen Ordnung. Dann kommen wir wieder zurück in die Planwirtschaft, die stufenweise aber sicher zur Zwangswirtschaft, zur Behördenwirtschaft bis hin zum Totalitarismus führt (83).

Die Erfolge der Freiheit und der wahrhaft demokratischen Ordnung – äquivalent mit der Währungsreform und den marktwirtschaftlichen Reformen – sind demnach weiter in Gefahr, ihnen droht die Aufhebung durch „den Zustand der Sklaverei“ bzw. durch die „Planwirtschaft, die stufenweise aber sicher zur Zwangswirtschaft, zur Behördenwirtschaft bis hin zum Totalitarismus führt“. Auch wenn demnach Fortschritte konstatiert werden, so ist doch das Allgemeine – wenig überraschend, denn das ist seine Existenzbedingung – auf dem Rückzug vor dem Fortschritt. Gerade das erlaubt aber das fortgesetzte Versprechen der Verwirklichung des Allgemeinen, ergo das Weiterarbeiten am hegemonialen Projekt.

Aufgrund dieser empirischen Evidenz können wir eine wichtige Ergänzung zur oben erarbeiteten Theorie vornehmen. Mittelforderungen werden nicht nur als zukunftsbezogene Mittelforderungen in die Äquivalenzkette eingebaut, sondern in bestimmten Kontexten als – jedenfalls zum Teil – erfüllte und erfolgreiche Mittelforderungen, die wiederum mit zukunftsorientierten Mittelforderungen in Äquivalenz verknüpft werden, wodurch letztere durch den Bezug zum Erfolg selbst als erfolgsversprechend artikuliert werden.⁴⁴ Zugleich erlaubt nur die Tatsa-

44 Im August 1948 war der Erfolg der Wirtschafts- und Währungsreform gewiß sehr umstritten. Es kann daher erneut nicht deutlich genug betont werden: Der an einer Stelle im Diskurs – hier durch Erhard – artikuliert

che, daß der Erfolg nie ein völliger und stets ein prekärer Erfolg ist, die Fortschreibung des hegemonialen Projekts.

Die Äquivalenzierung von – zum Teil – erfüllten und erfolgreichen mit weiter bestehenden offenen Forderungen, aber auch ganz allgemein das Ineinandergreifen der hegemonialen Strategeme I und II kommen in der Eingangspassage der Erhardschen Augustrede besonders eindrucksvoll zum Ausdruck. Sie soll daher ausführlich zitiert werden:

Mit der wirtschaftspolitischen Wendung von der Zwangswirtschaft hin zur Marktwirtschaft haben wir mehr getan, als nur eine engere wirtschaftliche Maßnahme in die Wege geleitet; wir haben damit unser gesellschaftswirtschaftliches und soziales Leben auf eine neue Grundlage und vor einen neuen Anfang gestellt. Wir mußten abschwören der Intoleranz, die über die geistige Unfreiheit zur Tyrannei und zum Totalitarismus führt. Wir mußten hin zu einer Ordnung, die durch freiwillige Einordnung, durch Verantwortungsbewußtsein in einer sinnvoll organischen Weise zum Ganzen strebt. Anstelle eines seelenlosen Kollektivismus, der unser Volk in die Not und in das Elend der Vermassung brachte, mußten wir hin zu einem organisch verantwortungsbewußten Staatsdenken.

Diese Freiheit bedeutet nicht Freibeutertum, und sie bedeutet nicht Verantwortungslosigkeit, sondern sie bedeutet immer verpflichtende Hingabe an das Ganze. Nicht der sinn- und seelenlose Termitenstaat mit seiner Entpersönlichung des Menschen, sondern der organische Staat, gegründet auf die Freiheit des Individuums, zusammenstrebend zu einem höheren Ganzen, das ist die geistige Grundlage, auf der wir eine neue Wirtschaft, eine neue gesellschaftliche Ordnung aufbauen wollen. Die Dinge liegen nicht so einfach, daß durch den scheinbaren Dualismus hier Planwirtschaft, dort Marktwirtschaft tatsächlich die ganze Problematik umrissen wäre. Die Planwirtschaft führt nach allen historischen Erfahrungen und nach allen logischen Überlegungen über gewisse Zwischenstadien mit Sicherheit zuletzt immer zur Zwangswirtschaft, während die Marktwirtschaft völlig falsch ausgedeutet wäre, wenn man ihr etwa Planlosigkeit vorwerfen würde. Ich glaube, in diesen letzten acht oder zehn Wochen seit der Währungsreform ist mehr geplant, das heißt mehr planende Vorsorge und mehr planende Vorausschau geleistet worden, als in den zurückliegenden Jahren der Planwirtschaft.

Die Planwirtschaft mündet immer darin, daß das einzelne Individuum als Erzeuger und als Verbraucher unter die Knute des Staates – nein, vielmehr noch

Erfolg eines Mittels zur Annäherung ans Allgemeine ist *nicht* dasselbe wie der „tatsächliche Erfolg“, von dem sich erst dann sprechen läßt, wenn er nach uneingeschränkt oder doch wenigstens sehr breit vorherrschender diskursiver Auffassung als solcher artikuliert wird. Die diskursive Strategie der Äquivalenzierung von vormals erfüllten und erfolgreichen Forderungen mit zukunftsorientierten Forderungen ist deshalb im formalen Sinne auch nicht von einem „tatsächlichen Erfolg“ abhängig.

unter die Knute einer seelenlosen Bürokratie – gezwungen wird. Der einzelne Staatsbürger wird entwürdigt und gedemütigt. Er fühlt immer nur die Kandare im Maule, sie mußte abgelöst werden durch eine Marktwirtschaft, die nichts zu tun hat mit den Schlagworten, die ihr angeheftet werden und die aus der Rumpelkammer des Liberalismus stammen. Nicht die freie Marktwirtschaft des liberalistischen Freibeutertums einer vergangenen Ära, auch nicht das „freie Spiel der Kräfte“ und dergleichen Phrasen, mit denen man hausieren geht, sondern die sozial verpflichtete Marktwirtschaft, die das einzelne Individuum wieder zur Geltung kommen läßt, die den Wert der Persönlichkeit oben an stellt und der Leistung dann aber auch den verdienten Ertrag zugute kommen läßt, das ist die Marktwirtschaft moderner Prägung (69/70).

In einer Art und Weise, wie sie deutlicher kaum sein kann, läßt sich anhand dieser Passage die Zweiteilung des symbolischen Raums (Strategem II), Hand in Hand gehend mit der Äquivalenzierung differenter Forderungen (Strategem I), nachvollziehen: Wir finden auf der einen Seite Forderungen, die verschiedene Facetten des Allgemeinen sowie Wege zur Verwirklichung des Allgemeinen in eine Äquivalenzkette P einreihen: Das gesellschaftswirtschaftliche und soziale Leben – mithin die gesamte öffentliche Sphäre – muß auf neuer Grundlage in einem „organischen Staat“ neu anfangen, bei gleichzeitiger „Freiheit des Individuums“ und „verpflichtender Hingabe an das Ganze“, getragen durch „Leistung“, „freiwillige Einordnung“ und „Verantwortungsbewußtsein“, ermöglicht und gefördert durch die „Marktwirtschaft“, oder genauer, durch die „sozial verpflichtete Marktwirtschaft“. In scharfer Abgrenzung hierzu steht die „Zwangswirtschaft“, von der man sich zur „Marktwirtschaft“ gewendet und damit mehr getan hat, „als nur eine engere wirtschaftliche Maßnahme in die Wege“ zu leiten, denn damit ging auch – ein geradezu paradigmatisches Beispiel von Äquivalenzartikulation – die Abwendung von „Intoleranz“, „geistiger Unfreiheit“, „Tyrannei“, „Totalitarismus“ und „seelenlosem Kollektivismus, der unser Volk in die Not und in das Elend der Vermassung brachte“, einher. An anderer Stelle wiederum wird als – einziges – Beispiel für eine solche „staatlich gelenkte Kollektivwirtschaft“ der „Bolschewismus“ angeführt und dessen schlechte Behandlung des Lohnarbeiters der besseren in der „Marktwirtschaft“ gegenübergestellt (78). Die „Zwangswirtschaft“, die aus der „Planwirtschaft“⁴⁵ letztlich immer entsteht, bildet in der obigen längeren Passage mit ihrer „Knute des Staates“ bzw. der „Knute einer

45 Eine einfache Kontrarität von „Planwirtschaft“ und „Marktwirtschaft“ stellt der Text natürlich in Frage, um das diskursive Element der Planung für die „eigene“ Äquivalenzkette P rekrutieren zu können. Ich komme auf dieses Beispiel für das Strategem VII im folgenden Abschnitt (d) zurück.

seelenlosen Bürokratie“ nicht nur den Gegensatz der „Freiheit“, sondern auch der staatsbürgerlichen Würde. Die entsprechende staatstheoretische Kontraritätsartikulation ist die zwischen „sinn- und seelenlosem Termitenstaat“ und „organischem Staat“. Doch nicht nur gegenüber „Zwangs“- bzw. „Planwirtschaft“, auch gegenüber dem „liberalistischen Freibeutertum“ und seiner „Verantwortungslosigkeit“ stehen „(sozial verpflichtete) Marktwirtschaft“ und „Verantwortungsbewußtsein“ in Kontrarität. Diese Abgrenzung gegenüber der „Rumpelkammer des Liberalismus“ spielt zwar quantitativ für Erhards Rede keine tragende Rolle – sie taucht nur in dieser Passage auf;⁴⁶ gleichwohl ist sie strukturell eine wesentliche Artikulation, die erst die Forcierung des marktwirtschaftlichen Projekts als hegemoniales Projekt erlaubt, weil sie bestimmte Qualitäten des Mangels – das verantwortungslose und geradezu antiorganische „Freibeutertum“ – als zu überwindende Qualitäten mit artikuliert. So wird insgesamt in dieser Passage die mit hegemonialen Projekten stets einhergehende Zweiteilung des symbolischen Raumes gut sichtbar.

Die Passage verdeutlicht mit Blick auf das Strategem III auch, daß es die „Marktwirtschaft“ ist, die für Erhard nun die Rolle des symbolischen Repräsentanten des Allgemeinen übernimmt. Es ist die Wendung zur „Marktwirtschaft“, die für das Individuum, für die gesamte Gesellschaft und für den Staat eine allseitige – und nicht nur ökonomische – Wende zum Besseren mit sich bringt. Zwar wird diese Marktwirtschaft hier erstmals als „sozial verpflichtete Marktwirtschaft“ artikuliert; doch gerade mit Blick auf das ökonomische Allgemeine wird deutlich, daß die Marktwirtschaft, wenn man ihr genug Zeit gibt (hier kann man die Verknüpfung von Vergangenheits- und Zukunftsbezug schön erkennen), auch alleine für die Verwirklichung des Allgemeinen bürgen kann, also ohne die Ergänzung durch „Appelle an die Moral oder an das soziale Gewissen“ und offensichtlich auch ohne sozial- oder verteilungspolitische Maßnahmen (weder das eine noch das andere wird von Erhard in dieser Rede erwähnt):

46 An anderer Stelle, im Rahmen einer programmatischen Sitzung der CDU im Februar 1949, ist Erhard in seiner Abgrenzung zum klassischen Liberalismus deutlicher: „Und wenn Sie mich fragen“, antwortet er dem nordrhein-westfälischen Vertreter der Sozialausschüsse, Johannes Albers, „wie ich zum Liberalismus stehe, den Sie mir vielleicht unterschieben, ich lehne ihn ab!“ (zitiert nach Hentschel 1998: 103). Betrachtet man Erhards Texte im Überblick, und vor allem die hier analysierten Texte, kann man trotz dieser Abgrenzung jedoch nicht von einer durchgehenden Artikulation des „Liberalismus“ innerhalb der Äquivalenzkette Q sprechen. Durchgängig wird nur deutlich, daß es einen Unterschied zwischen dem Regime der Marktwirtschaft und dem Liberalismus gibt (Differenz). Vgl. hierzu Abschnitt (f).

Der Markt [...] konnte in acht Wochen noch nicht in der Lage sein, den einzelnen – mit oder, wenn es nottut, auch gegen seine Einsicht – dazu zu zwingen, sich im Rahmen einer sozialen Ordnung in diese Gesellschaft einzufügen und sich entsprechend zu bescheiden.

So sehr es angebracht erscheint, mit Appellen an die Moral und an das soziale Gewissen zu operieren, so deutlich möchte ich es aussprechen, daß die marktwirtschaftliche Ordnung, zu der wir zurückgekehrt sind, doch nicht auf so schwachen Füßen steht, daß sie mit der Vernachlässigung oder Nichtbeachtung dieses kategorischen Imperativs etwa zusammenbrechen müßte. Nein, vielmehr bin ich überzeugt, daß wir dieses Ziel einer reibungslos funktionierenden Marktwirtschaft mit der Zielsetzung eines maximalen Lebensstandards für unser ganzes Volk in jedem Fall erreichen werden, und zwar deshalb, weil diese Wirtschaft allein zur höchsten Leistung zwingt (75/76).

Es ist also in Erhards Augustrede die „Marktwirtschaft“, die die Funktion des symbolischen Repräsentanten des Allgemeinen übernimmt. Daraus läßt sich zweierlei ablesen: Erstens ist die sich verändernde Besetzung der Position des symbolischen Repräsentanten des Allgemeinen das herausstechendste Merkmal für die Dynamik diskursiver und hegemonialer Prozesse. Wenn wir hier also davon ausgehen, daß sich innerhalb von hegemonialen Projekten bestimmte hegemoniale Strategeme immer wieder rekonstruieren lassen, so ist das keineswegs gleichbedeutend mit der Aussage, daß wir es mit rigiden Strukturen zu tun hätten. Denn wie die hegemonialen Strategeme ineinandergreifen und wie sie im einzelnen ausgefüllt werden, steht in Abhängigkeit von zahlreichen, nicht verallgemeinerbaren Variablen, etwa vom diskursiven Ort des Sprechers und vom diskursiven Kontext, zu dem vor allem diskursive Ereignisse gehören. Daß das Allgemeine zunächst durch die „Währungsreform“, nach der Währungsreform durch die „Marktwirtschaft“, und im Moment der Währungsreform durch keinen spezifischen Signifikanten symbolisch erfaßt werden soll, kann als beispielhafter Beleg für diesen Zusammenhang von Ereignis und diskursiver Dynamik dienen.⁴⁷ Darüber hinaus haben wir gesehen, daß sich vor allem bei den Mittelforderungen neben einigen Konstanten auch Verschiebungen und Qualitätsänderungen (das Hinzufügen von Erfolgen in die Äquivalenzkette) ergeben. Diese ver-

47 Ergänzend sei nochmals darauf hingewiesen, daß auch von Müller-Armack die „Marktwirtschaft“ als eine zentrale Forderung herausgearbeitet wurde, daß sie aber nicht als Repräsentant in Erscheinung treten konnte, weil sie nicht zu allen Elementen der Äquivalenzkette Q in Opposition stand, insbesondere nicht zum Liberalismus. Der Liberalismus taucht jedoch bei Erhard nicht als Element in der Äquivalenzkette Q auf (siehe hierzu Abschnitt f), wodurch die „Beförderung“ der „Marktwirtschaft“ zur Repräsentantin möglich wird.

schiedenen Spielarten der Dynamik zeigen, daß hegemoniale Projekte auf Diskursebene – also vor allem über die Grenzen von einzelnen Texten hinweg – weder die Äquivalenzartikulationen der Ketten P und Q noch die antagonistische Zweiteilung des symbolischen Raums stets in der exakt gleichen Weise vornehmen müssen. Dies wäre auch aufgrund der unüberschaubaren Kombinationsvielfalt diskursiver Elemente schier unmöglich. Entscheidend ist statt dessen vielmehr, daß im Diskurszusammenhang eines hegemonialen Projektes die Arbeit der Artikulation von Äquivalenzketten und der Zweiteilung von verschiedenen Positionen aus in sich ergänzender Weise aufgenommen wird, wozu es zwar gemeinsamer Bezugspunkte, aber keineswegs völliger Deckungsgleichheit der Artikulationssequenzen bedarf. Diese Bezugspunkte können in ähnlicher Weise wiederkehrende Artikulationen sein, etwa die von „Marktwirtschaft“, „Leistung“ und „Wohlstand“; der wichtigste gemeinsame Bezugspunkt ist aber sicherlich der leere Signifikant eines hegemonialen Projekts bzw. sein symbolischer Repräsentant des Allgemeinen.

Gerade hinsichtlich dieses Punktes müssen wir allerdings – zweitens – feststellen, daß sich ein solchermaßen verbindender leerer Signifikant aufgrund der Lektüre der Texte von Müller-Armack und von Erhard noch nicht rekonstruieren läßt. Wir haben zwar bisher davon gesprochen, daß sich Strategem III in einzelnen Texten rekonstruieren, sich also die Artikulation eines symbolischen Repräsentanten feststellen läßt. Genau genommen – oder vielmehr in genauerem Bezug zum hegemonialen Projekt auf Diskursebene – handelt es sich jedoch bislang um nichts anderes als um „Kandidaten“ für den Posten des Repräsentanten. Das Ineinandergreifen verschiedener Diskursbeiträge innerhalb eines Diskurses führt dazu, daß man weder von Beginn an sagen kann, dieser oder jener Signifikant sei der leere Signifikant eines hegemonialen Projekts, noch daß man davon ausgehen kann, daß ein einmal etablierter leerer Signifikant diese Funktion innerhalb des Diskurses dauerhaft übernehmen kann. Beides stünde im Gegensatz zur Dynamik, die dem gesamten unabschließbaren Raum der Diskursivität eigen ist. Daß bestimmte Signifikanten das Allgemeine repräsentieren, ist immer ein Werden, niemals ein Sein. Auch der Signifikant „Soziale Marktwirtschaft“, von dem hier vorgeschlagen wird, er übernehme letztlich die Funktion eines leeren Signifikanten, ist stets ein solch werdender, ein emergenter leerer Signifikant. In Erhards Texten taucht er noch nicht auf (nur die ähnliche Form der „sozial verpflichteten Marktwirtschaft“); statt dessen verdrängt der Kandidat „Marktwirtschaft“ den Kandidaten „Währungsreform“. Zwar können Erhards Texte durchaus als Teil desselben hegemonialen Projekts wie Müller-Armacks *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* gelten, weil es eine hohe Anzahl vergleichbarer

Artikulationen gibt. Aber nur vom Ort der heutigen Betrachtung aus kann, unter geistiger Hinzufügung der weiteren diskursiven Entwicklung, daraus bereits das hegemoniale Projekt „Soziale Marktwirtschaft“ werden. Im Sommer 1948 hätte es durchaus auch das Projekt einer adjektivlosen „Marktwirtschaft“ werden können, zumal diese auch bei Müller-Armack (wie bei vielen anderen neo-/ordoliberalen Denkern) einen wichtigen Knotenpunkt in der Äquivalenzkette P bildet. Wenn also WirtschaftshistorikerInnen oder ÖkonomInnen den Beginn der Sozialen Marktwirtschaft immer wieder auf den 20. Juni 1948 datieren, so kann man das aus diskurs- und hegemonietheoretischer Sicht durchaus bezweifeln: Die „Soziale Marktwirtschaft“ als diskursiv präsent, hegemoniales Projekt oder gar als Hegemonie wäre hier zu früh angesetzt.

Kehren wir von diesen grundsätzlichen Erwägungen aber nochmals zurück zu einem Aspekt der Rekonstruktion der Strategeme I und II, der bislang weitestgehend ausgeblendet wurde, nämlich der (Re-)Artikulation von Subjektpositionen. Hiermit verbinden sich einige Anmerkungen zur Rolle des Strategems VI, mithin zur Bereithaltung von Subjektpositionen für politisch-gesellschaftliche Kräfte. In der Analyse des Müller-Armack-Textes wurden erste Schritte unternommen, um eine Heuristik zur systematischen Rekonstruktion der Verteilung von Subjektpositionen im Diskurs der Sozialen Marktwirtschaft zu gewinnen. Neben der Zuordnung zu den Äquivalenzketten P und Q wurde mit Hilfe von fünf Ebenen eine zweite Dimension zur differenzierteren Verortung eingeführt. Die Betrachtung des Müller-Armackschen Textes hat eine vollständige Erarbeitung dieser Heuristik jedoch noch nicht erlaubt, weil einigen Bereichen innerhalb der so entstehenden zweidimensionalen Matrix keine Subjektpositionen zugeordnet werden konnten. Dieses Manko besteht bei der Analyse der Erhard-Texte nicht, und so kann hier eine – skizzenhafte und eben als Heuristik zu begreifende – Kartierung des Raumes der Subjektpositionen, wie er mit hegemonialen Projekten in liberalen Demokratien einhergeht, vorgenommen werden.⁴⁸ Wie alle

48 Beide Einschränkungen sind von Bedeutung. Zum einen handelt es sich um eine Raumeinteilung, die eng mit dem Kontext repräsentativer und liberaler Demokratien verbunden ist, also z.B. aufgrund der Prominenz der Subjektpositionen des (formal) organisierten Interesses nicht unbedingt in andere politische Kontexte zu übertragen ist. Zum anderen handelt es sich um eine skizzenhafte Annäherung aus heuristischen Zwecken, die im Bewußtsein gelesen werden muß, daß keine solche Skizze den gesamten gesellschaftlichen Raum erfassen kann, daß es Subjektpositionen gibt, die durch sie gar nicht erfaßt werden, oder solche, die keiner der Kategorien eindeutig zuzuordnen sind. Nur weil zwangsläufig über die Skizze hinaus solche Unklarheiten bestehen, sind radikale Veränderungen oder völlig andere Anordnungen vorstell- und erklärbar.

Skizzen dient auch die hier vorzunehmende eher dazu, eine grobe und vereinfachende Vorstellung eines Raumes zu vermitteln, zumal die Unabgeschlossenheit und die Dynamik von Diskursen eine exakte Kartierung ohnehin verunmöglichen. Die entscheidende Vereinfachung besteht darin, die zweidimensionale Matrix als ein Muster von Subjektregionen zu begreifen, wobei erstens eine Subjektregion mehrere verschiedene Subjektpositionen versammeln kann und zweitens eine spezifische Subjektposition im diskursiven Prozeß auch in Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Subjektregionen artikuliert werden kann (keine Subjektposition läßt sich einer Subjektregion fix zuordnen). In der horizontalen Dimension einer solchen Matrix von Subjektregionen wird die Zweiteilung des symbolischen Raums, mithin die Äquivalenzketten P und Q, abgebildet. In der vertikalen Dimension greifen wir auf die genannten fünf Ebenen zurück. Diese Ebenen lassen sich dadurch unterscheiden, daß auf ihnen jeweils bestimmte, für den Erfolg hegemonialer Projekte maßgebliche Orte versammelt und auf diese oder jene Seite der antagonistischen Grenze verteilt werden. Das Ergebnis der Zuordnung zu Äquivalenzketten und Subjektpositionsebenen bildet Abbildung 7 (Seite 319), die sich nun anhand der Untersuchung der Erhardschen Texte erläutern und in Beziehung zu konkreten Subjektpositionen setzen läßt.

Die Erhardschen Diskursbeiträge offerieren eine Vielzahl von Subjektpositionen, über die ein Individuum oder – wie in Kapitel 4 ausgeführt – auch eine Gruppe in sein Währungsreform- bzw. Marktwirtschaftsprojekt eintreten, es sich zu eigen machen und sich dort „wohl-fühlen“ kann. Rekonstruiert man diese Subjektpositionen, dann fällt auf, daß sie sich als Protagonisten (eingebunden in die Äquivalenzkette P) über die vier ersten Subjektpositionsebenen, die bereits bei der Analyse des Müller-Armack-Textes eingeführt wurden und die nun in Abbildung 7 wieder aufgenommen wurden, verteilen. Dabei werden sie von anderen Subjektpositionen abgegrenzt, die sich entweder auf derselben Ebene oder mitunter auch auf einer anderen Ebene befinden, die aber allesamt Subjektpositionen beschreiben, von denen aus Widerstand gegen das Erhard umgebende hegemoniale Projekt erwartet werden kann, ein Widerstand, den es zu überwinden gilt.

Die erste Ebene, die man als Ebene der Bürger⁴⁹ bezeichnen kann, unterteilt sich in die Subjektregion des Citoyen bzw. des Staatsbürgers (Subjektregion I/SR₁) einerseits und die Subjektregion des Idioten, des

49 Es geht hierbei um aktive Bürger in dem Sinne, daß eine bestimmte staatsbürgerliche Qualität gefragt ist. Es geht nicht um Bürger im Sinne eines Objekts von Politik, deren merkwürdige Subjekt-/Objektpositionen auf Ebene V versammelt sind.

Untertans oder des Egoisten⁵⁰ (SR₁) andererseits. Dabei versammelt SR₁ verschiedene Subjektpositionen, die, meist über attributive Zuschreibungen, als Orte des Bürgersinns qualifizieren, während sich die Subjektpositionen in SR₁ dadurch auszeichnen, daß es ihnen an genau diesem Bürgersinn in seinen verschiedensten Dimensionen mangelt. Die bei Erhard angebotene Subjektposition der Einsichtigen (70) läßt sich beispielsweise als Position innerhalb von SR₁ beschreiben, während die der geistigen Sklaven (74) oder der Utopisten (71) SR₁ zugeordnet werden kann.

Auf der zweiten Ebene, die hier als Ebene der Facheliten firmiert, lassen sich die Subjektregionen des Experten (SR₂) und des Ignoranten oder Ideologen (SR₂) ausmachen. Auf die Subjektposition des Fachmanns (62) bzw. des Menschen mit „praktischer Erfahrung und wissenschaftlicher Erkenntnis“ (39), die die Kernposition innerhalb der SR₂ ausmacht, bin ich bereits weiter oben ausführlich eingegangen: Es ist die Position, über die Erhard selbst in den Diskurs eintritt.⁵¹ Innerhalb der zweiten Ebene bilden als Teil der SR₂ unterschiedliche Subjektpositionen den Gegenpol des Fachmanns oder Wissenschaftlers, so z.B. die des verantwortungslosen Demagogen (79) oder des Lügners (82). Auch die Subjektposition des Utopisten, die gerade SR₁ zugeordnet wurde, kann in Abhängigkeit vom Kontext auf der Ebene der Facheliten und mithin in SR₂ angesiedelt sein.

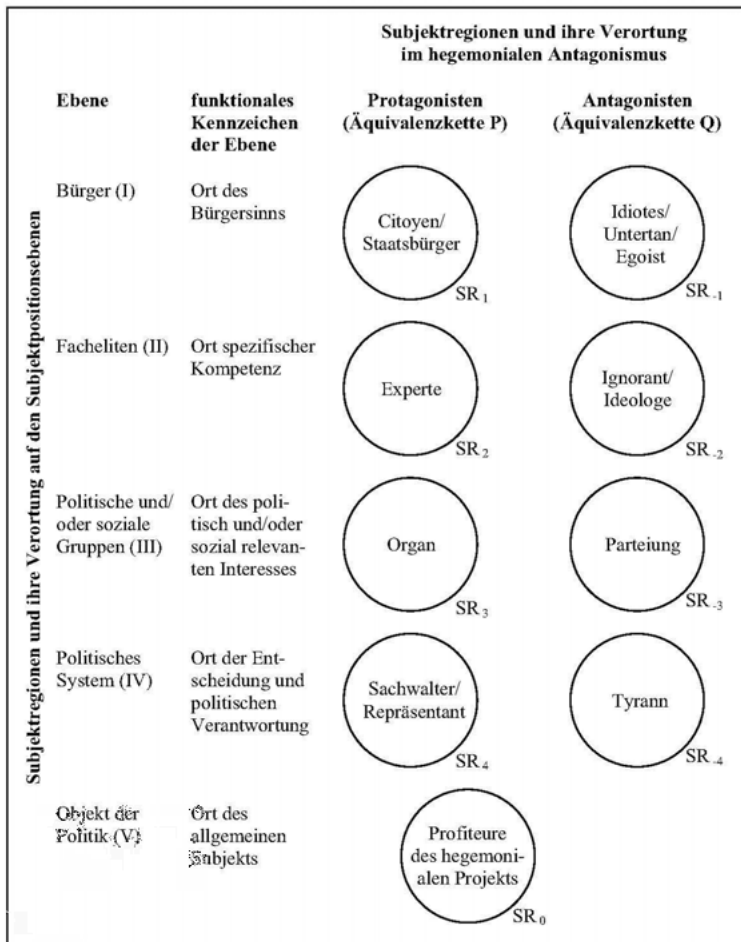
Die dritte Ebene wird hier als Ebene der politischen und/oder sozialen Gruppen bezeichnet. Dabei muß es sich nicht um formal institutionalisierte Gruppen handeln, gemeint sind auch Gruppen, die sich durch ein bestimmtes Attribut, das der sozialen Welt zugeordnet werden kann, auszeichnen (also nicht nur die Gruppe im Sinne einer Gewerkschaft, sondern auch die Gruppe der Arbeiter). Diese Ebene kann auch beschrieben werden als der Raum des politisch und sozial relevanten, partikularen Interesses. Aufgrund dieser Eigenschaft könnte man vermuten, daß sich innerhalb der Äquivalenzkette P, die doch dem Allgemeinen

50 Mit dieser Dreifachbenennung werden verschiedene Dimensionen des Gegenpols des aktiven Staatsbürgers bezeichnet: Während der (dem Griechischen entlehnte) *Idiot* der an öffentlichen Dingen nicht interessierte und aus freien Stücken öffentlich untätige Privatmann ist, steht dem Untertan kein Anspruch auf Teilhabe an den öffentlichen Dingen zu, sei es, weil er kujoniert wird, sei es, weil er sich mit einem patriarchalischen Modell arrangiert hat. Der Egoist schließlich ist zwar als Bürger aktiv, ohne aber das Allgemeinwohl im Auge zu haben.

51 Es verhält sich natürlich nicht so, wie man vielleicht mißverstehen könnte, daß sich Erhard seine eigene Subjektposition selbst „schafft“. Wenn die genannte Subjektposition in Erhards Reden eine zentrale Rolle spielt, so ist dies gewiß keine „Kreation“, sondern eine spezifische Fortschreibung und Verortung einer Position, die im diskursiven Raum bereits zirkuliert.

zugewandt ist, gar keine Subjektpositionen dieser Ebene und somit auch keine Subjektregion ausmachen lassen. Bei Müller-Armack war es ja genau diese Region, die eine der Nichtregionen blieb, weil sich für sie keine Subjektpositionen finden ließen. Insbesondere die politischen Parteien galten Müller-Armack als Antagonisten der ökonomischen Vernunft. Auch Ludwig Erhard ordnet die Parteipolitiker eher dem Raum des Widerständigen zu, einer Subjektregion, die man als die Subjektregion der Parteien (SR₃) bezeichnen kann, also der eigensinnigen,

Abbildung 7: Heuristik der Subjektpositionsebenen und Subjektregionen der hegemonial-diskursiven Praxis in repräsentativen und liberalen Demokratien



Quelle: eigene Darstellung

ausschließlich das eigene Wollen im Kopf habenden Gruppen (68). Ähnliches gilt für die Subjektposition der durch Ideologie verblendeten politischen Gruppe, die nicht das Ganze im Blick hat (die also als Subjektposition im Schnittbereich der Subjektregionen -2 und -3 liegt); diese Subjektposition wird von Erhard sowohl mit den Bolschewisten (vgl. 78) als auch mit den Nationalsozialisten besetzt, wobei der Nationalsozialismus im Gegensatz zum Bolschewismus nicht wörtlich als Gegner genannt wird, sondern nur in Formulierungen wie der folgenden auftaucht: „Wir werden [erst nach der Währungsreform mit all ihren Härten und Stukturumschichtungen] zu ermessen vermögen, welche krankhaften Verzerrungen unsere Wirtschaft durch die artfremde Ausbeutung und die asoziale Zielsetzung eines totalitären Regimes erfahren hat“ (46). Doch nicht nur politischen Gruppen sind der Region der Parteiungen zuzuordnen, sondern zum Beispiel auch die „Staatsrentner“, also jene große Zahl von Unternehmern, die durch die garantierten Preise und Absatzzahlen von der staatlich gelenkten Planwirtschaft am meisten profitieren (65). Allerdings ist nach Erhards Artikulationen nicht jede Gruppierung aufgrund ihrer Partikularität zwangsläufig eine Antagonistin der Behebung des Mangels an Allgemeinem. Vielmehr läßt sich hier auch eine Subjektregion beschreiben, die sich als die Region der Organe (SR_3) beschreiben läßt, also von Einheiten, die zwar partikulare Aufgaben und Interessen haben, dabei jedoch stets verantwortungsbewußt dem Gesamtkörper dienen. Dies gilt zum Beispiel für den Handel und das Handwerk, dem jeweils eine „bedeutsame Funktion“ attestiert wird. Auch spricht Erhard davon, er sei bemüht, die „Vertretungen sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer“ kooperativ und paritätisch einzubinden. Auch die Subjektposition des „tüchtigen Unternehmers“ (65) – in Kontrarität zum „Staatsrentner“ – wie die der Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft, Kammern und Verbände (68) werden als Teil von SR_3 artikuliert. Und schließlich zeigt sich auch, daß die politischen Parteien nicht zwangsläufig der Subjektregion der Parteiung, sondern durchaus auch der des Organs zugeordnet werden können. So spricht Erhard von der „enge[n] und vertrauensvolle[n] Zusammenarbeit mit den Vertretern aller Parteien“ (63). Entscheidend ist für die Verschiebung der Subjektposition der politischen Partei, daß in ihrem Handeln nicht nur ihr spezifisches Interesse und ihre besondere Macht zum Ausdruck kommen, sondern ihre allgemeine Verantwortung. „Wenn Sie sich der Stärke Ihrer Position bewußt und bereit sind, für diese Politik einzutreten, dann seien Sie sich aber auch Ihrer Verantwortung bewußt!“, ruft Erhard den Delegierten des CDU-Parteikongresses zu (83). Greift man auf eine vierte Erhardsche Rede zurück, die am 28. September 1948 erneut vor dem Wirtschaftsrat gehalten wurde (86-95), so wird zudem

deutlich, daß auch Oppositionsparteien (also Kräfte des Widerstands) nicht auf Dauer der Äquivalenzkette Q bzw. der Region der Parteitung zugeordnet bleiben müssen. Hier geht Erhard nämlich direkt auf die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der SPD ein:

Ich habe den Eindruck, daß Sie sich in der Kritik gegen mich und meine Wirtschaftspolitik immer wunderbar einig sind. Nach außen sind Sie sich ja bekanntlich auf Grund Ihrer Geschlossenheit immer einig. Aber ich habe auch Ihre Ausführungen auf dem Parteitag über Wirtschaftspolitik gelesen und da möchte ich fragen: Welches ist denn eigentlich die Wirtschaftspolitik der SPD? [...] Ich habe allmählich den Eindruck: Wenn ich das Wort Marktwirtschaft in den Mund nehme, dann wird es ausgelegt als Bekenntnis zum Freibeutertum. Wenn Sie dagegen das Wort Marktwirtschaft aussprechen, wird es geheiligt und gesalbt durch das Öl der sozialen Gesinnung.

[...] Ist Ihre Politik marktwirtschaftlich oder planwirtschaftlich? Und wenn sie planwirtschaftlich ist, frage ich Sie: Was verstehen Sie unter Planwirtschaft? Zu den Ausführungen von Herrn Minister Dr. Zorn [SPD, MN], der die Marktwirtschaft ja gedeutet hat, kann ich – von Nuancen abgesehen – hundertprozentig Ja sagen. Wir können da sehr viel erreichen, wenn wir gemeinsam vorgehen würden, wenigstens in der Zielsetzung. Wenn Sie die Planwirtschaft, meine Damen und Herren, so verstehen, daß die Behörden alle Mittel und Wege in Anwendung bringen, um die Wirtschaft im Sinne einer bewußten Zielsetzung zu lenken, sei es steuerpolitisch, geldpolitisch, kreditpolitisch, sozialpolitisch und, weiß Gott, was alles, dann bejahe ich die Planwirtschaft vollkommen, denn selbstverständlich sind dies alles Teile der Wirtschaftspolitik im ganzen. Und hier liegt selbstverständlich die Notwendigkeit einer bewußten Planung vor. Wird die Planung so verstanden und fassen Sie die Marktwirtschaft so auf, wie sie bei Ihnen von Herrn Minister Dr. Zorn ausgelegt worden ist, so sind wir uns einig (92/93).

Hier, aber auch in den anderen genannten Passagen zur dritten Subjektpositionsebene zeigt sich, daß in der Tat in politischen Diskursen bevorzugt Subjektpositionen für Gruppen bzw. für politisch-gesellschaftliche Kräfte offeriert werden (Strategem VI). Es zeigt sich aber auch, daß gerade in bezug auf Subjektpositionen und auf Subjekte die antagonistische Grenze nicht dauerhaft fixiert werden kann. Deutlich wird nämlich Erhards Bemühen, die Oppositionspartei SPD als Teil der eigenen Äquivalenzkette P zu artikulieren – mit der vielleicht idealtypischen Äquivalenzartikulation „so sind wir uns einig“.

Die vierte Ebene kann als Ebene des politischen Systems bezeichnet werden (im Sinne eines engeren Begriffs des politischen Systems, der im wesentlichen die politischen Institutionen und die sie vertretenden Personen umfaßt). Sie versammelt die diskursiven Orte der Entschei-

dung und der politischen Verantwortung und läßt sich in die beiden Subjektregionen des Sachwalters bzw. Repräsentanten (SR_4) einerseits und des Tyrannen (SR_{-4}) andererseits untergliedern. In Anlehnung an die aristotelische Unterscheidung zwischen guten und schlechten Verfassungsformen können die Subjektregionen auch unterschieden werden als eine, die diejenigen Subjektpositionen und letztlich auch die Subjekte umfaßt, welche in ihrem politischen Wirken dem Allgemeinen dienen (darum werden sie als Teil der Äquivalenzkette P bzw. in SR_4 artikuliert), und eine, welche die Subjektpositionen und Subjekte umfaßt, von denen aus bzw. durch die die Verwirklichung des Allgemeinen durch Böswilligkeit oder Passivität behindert wird (SR_{-4}).

Ähnlich wie schon bei Müller-Armack wird der tyrannischen Subjektregion vor allem die Subjektposition der Verwaltung und dabei insbesondere der Wirtschaftsverwaltung zugeordnet. Bürokraten firmieren als Schmarotzer (75), die Wirtschaftsverwaltungen in der Bizone und in den Ländern als aufgeblähte (44) und zu reduzierende Einrichtungen (49). Allerdings kann eine Wirtschaftsverwaltung im richtigen Ausmaß und vor allem unter der richtigen – der Erhardschen – Führung auch zum verantwortungsbewußten Sachwalter werden (67). Je mehr sich z.B. die Position des Administrators mit der des Fachmanns im Gleichklang befindet, wie bei Erhard selbst, desto eher kann sie der Region des Sachwalters zugeordnet werden. Grundsätzlich ist Erhard bemüht, allen politischen Institutionen eine Subjektposition als Protagonisten seines Projekts anzubieten und sie in der Region des Sachwalters/des Repräsentanten des Allgemeinen zu verorten. Dies gilt für die Alliierten/das Bipartite Control Office (43) genauso wie für die Deutschen mit politischer Verantwortung (45), für die Administration (die „richtig“ geführte) ebenso wie für die Legislative bzw. den Wirtschaftsrat (63).

Die fünfte Subjektpositionsebene, die hier als Ebene des Objekts der Politik bezeichnet wird, unterscheidet sich von den vier anderen in zwei Hinsichten. Erstens besteht sie nur aus einer Subjektregion, die alle diejenigen Subjektpositionen versammelt, die Subjekte als die Profiteure der Politik im Sinne eines hegemonialen Projekts auftreten lassen. Es handelt sich, mit anderen Worten, um die Subjektregion derjenigen, deren Forderungen erfüllt werden; in diesem Sinne ist sie auch eher der Äquivalenzkette P zuzuordnen. Allerdings ist diese Zuordnung nicht eindeutig. Denn zweitens rekrutiert diese Subjektregion im Unterschied zu den anderen vier Subjektregionen der Äquivalenzkette P (SR_{1-4}), in denen Subjektpositionen angeboten werden, deren Einnahme eine *aktive* Einbindung in ein hegemoniales Projekt oder eine Hegemonie als Protagonisten ermöglicht, Subjekte meistens in einer beinahe paradoxen Bewegung als Objekte bzw. als passive Subjekte, die jedoch in ihrer Passi-

vität dem Allgemeinen ähneln und wie dieses überhaupt erst die Ausbildung einer äquivalenziellen Verkettung von Subjektpositionen, die sich aktiv einbinden lassen, ermöglichen. Man kann aufgrund der Ähnlichkeit zum Allgemeinen auch davon sprechen, daß auf dieser Ebene und in dieser Region die Orte des allgemeinen Subjekts (denn nur dieses kann ja als „wirklicher“ Profiteur eine Hegemonie motivieren) versammelt sind. Wie das Allgemeine selbst befindet sich diese Region somit in einer seltsamen Position zwischen dem Innen und dem Außen der Äquivalenzkette, weshalb sie als Subjektposition 0 bezeichnet wird. Entsprechend sind die hier zu verortenden Subjektpositionen entweder (a) als Einzelpositionen in verschiedener Weise umfassend: einerseits „individuell umfassend“, d.h. individuelle Subjektpositionen, die sehr viele oder nahezu alle einzelnen Individuen subjektivieren können, wie z.B. „der deutsche Normalverbraucher“ (71); oder kollektiv umfassend, wie das „ganze Volk“. Oder sie sind (b) komplementär umfassend wie „Arbeitgeber und Arbeitnehmer“. Die beiden letzten Kategorien verbindet Erhard u.a. folgendermaßen:

[Ich] fühle mich dafür verantwortlich, daß die von mir verfolgten Ziele nicht im Sinne einer Interessenpolitik nur einzelnen Schichten zugute kommen, sondern der Wohlfahrt des ganzen Volkes dienen. Aus diesem Grunde erstrebe ich auch die engste Zusammenarbeit mit den Vertretungen sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer, und ich bin immer bemüht, diese in Entscheidungen meines Amtes paritätisch einzuschalten (60).

Zum Abschluß der Betrachtung der Verteilung der Subjektpositionen auf die neun Subjektregionen sei nochmals daran erinnert, daß die Subjektregionen -1 bis -4 sich in einer Hinsicht von den Subjektregionen 0 bis 4 grundlegend unterscheiden: Wie schon in Abschnitt 5.2.2 ausgeführt, muß es auf den Subjektpositionen in den Subjektregionen der Äquivalenzkette Q nicht unbedingt zur Rekrutierung von Subjekten kommen bzw. es müssen nicht unbedingt Subjekte über diese Positionen in den Diskurs eintreten. Vielmehr werden Individuen oder Gruppen als Inhaberinnen dieser Positionen „von außen“ artikuliert, d.h. man hat es mit einer Zuschreibung an den Anderen zu tun, die auch dazu dient, einen kohärenten Gegenpol zu generieren, der dann wiederum eine kohärente Äquivalenzkette P im Subjektpositionsbereich ermöglicht. Die Subjektregionen -1 bis -4 umfassen also Subjektpositionen, die einem Anderen zugeschrieben werden, sie gleichen weniger – wie die Subjektregionen 1 bis 4, aber auch 0 – einem Subjektivierungsangebot, über die man in den hegemonialen Diskurs als Sprecher eintreten kann, als einer spezifischen (vom diskursiven Standort abhängigen) Subjektivierungsnotigung.

(e) *Rekonstruktion weiterer Strategeme.* Nachdem nun die Strategeme I-III und VI in den Erhard-Texten rekonstruiert und die Strategeme V, VIII und IX bereits bei der Analyse des Müller-Armack-Textes aus den Einzeltextanalysen ausgegliedert wurden, bleiben nur noch die Strategeme IV (Superdifferenz) und VII (gezieltes Durchbrechen der antagonistischen Grenze) zu rekonstruieren. Allerdings läßt sich mit Ausnahme der oben erwähnten Passage, in der zwischen Illusion und Wirklichkeit scharf getrennt wird, für Strategem IV in den Erhard-Texten kein überzeugender Beleg finden, so daß die empirische Text-evidenz für dieses Grundlagenstrategem vorerst schwach bleiben muß (auch der Müller-Armack-Text hatte ja kaum Hinweise geliefert).

Bedenkt man, daß zum Zeitpunkt der Erhard-Reden der Großteil der im Wirtschaftsrat oppositionellen SPD *gegen* die Freigabe der Preise und *für* eine weitgehende Planwirtschaft eintrat, so kann das eben ausgeführte Angebot, die SPD doch innerhalb des hegemonialen marktwirtschaftlichen Projekts zu verorten, gewiß als markantes Beispiel für Strategem VII gelten. Doch nicht nur in bezug auf Subjektpositionen, auch mit Blick auf andere diskursive Elemente finden sich Verschiebungen, die eine Erweiterung des hegemonialen Projekts erlauben. Ein Beispiel hierfür ist die Artikulation der „Hortung“ sowohl als Verhinderungsgrund für die Realisierung des Allgemeinen (insofern sie die Versorgung einschränkt oder gefährdet) wie auch als Bedingung der gelingenden Realisierung des Allgemeinen (insofern sie die Güterdeckung der Kaufkraft nach der Währungsreform ermöglicht) (vgl. 50, 71/72). Das vielleicht deutlichste Beispiel für Strategem VII ist aber die Einbeziehung der „Planung“ in die Äquivalenzkette P, während gleichzeitig die „Planwirtschaft“ weitestgehend als zu überwindendes diskursives Element in die Äquivalenzkette Q einsortiert wird. Besonders deutlich wird dies in folgender, bereits oben zitierter Passage (vgl. aber auch 80/81):

Die Planwirtschaft führt nach allen historischen Erfahrungen und nach allen logischen Überlegungen über gewisse Zwischenstadien mit Sicherheit zuletzt immer zur Zwangswirtschaft, während die Marktwirtschaft völlig falsch ausgedeutet wäre, wenn man ihr etwa Planlosigkeit vorwerfen würde. Ich glaube, in diesen letzten acht oder zehn Wochen seit der Währungsreform ist mehr geplant, das heißt mehr planende Vorsorge und mehr planende Vorausschau geleistet worden, als in den zurückliegenden Jahren der Planwirtschaft (70).

(f) *Sonstiges.* Abschließend sei noch auf zwei besondere Merkmale der Erhardschen Diskursbeiträge hingewiesen. Erstens wird in Erhards Arrangement der „Liberalismus“ nicht so deutlich wie bei Müller-Armack in die Kette des Widerstands gegen der Realisierung des Allgemeinen

eingereicht. Während das staatliche Bewirtschaftungssystem ganz eindeutig beseitigt werden muß, werden zum Liberalismus keine eindeutigen Kontraritäten artikuliert. Zwar gibt es Abgrenzungen, aber zum einen werden diese Abgrenzungen meistens nicht explizit gegenüber dem „Liberalismus“ per se vollzogen, sondern gegenüber Verzerrungen wie dem „liberalistischen Freibeutertum“ (s.o.) oder den „liberalistischen [– nicht den liberalen! –] Wirtschaftsformen“. Und zum anderen haben diese Abgrenzungen häufig eher den Charakter einer Differenz als den einer Kontrarität, wie in folgender Passage:

Jede Regelung, die uns [...] zwingen würde, die bisherige Form der Bewirtschaftung einschließlich des Preisstops als das auch künftige Wirtschaftssystem beizubehalten, jede Regelung, die dem Spuk der preisgestoppten Inflation nicht ein jähes Ende setzt, sondern aufs neue den Prozeß der Bildung überschüssiger Kaufkraft anstieße, würde entweder noch weitere Währungsaktionen notwendig machen oder wäre sogar geeignet, das Unheil zu verewigen. [...] Mit der entschiedenen Ablehnung dieses Wirtschaftsprinzips [der Bewirtschaftung] predige ich durchaus nicht die Rückkehr zu den liberalistischen Wirtschaftsformen historischer Prägung und einem verantwortungslosen Freibeutertum einer vergangenen Zeit (51).

Interessant ist, daß dieses Verbleiben des „Liberalismus“ in der Differenzrelation mit der schließlichen Repräsentation der Äquivalenzkette durch die „Marktwirtschaft“, und eben nicht der „Sozialen Marktwirtschaft“ einhergeht, womit ein doppelter Unterschied zu Müller-Armack besteht. Geht man in einem hermeneutischen Schritt über die hier gelesenen Texte und ihren unmittelbaren Kontext hinaus, und hält man sich Erhards spätere, oft kritische Haltung zu sozialpolitischen Maßnahmen, z.B. zur Rentenreform 1957, und auch seine spätere Meinungsverschiedenheit mit Müller-Armack über die staatlichen Aufgaben im Rahmen der Gestaltung der „Sozialen Marktwirtschaft“ vor Augen, dann könnte man mutmaßen, daß die bloß differenzielle Abgrenzung gegenüber dem Liberalismus und die Repräsentationsfunktion der adjektivlosen „Marktwirtschaft“ Indizien für eine vornehmlich strategische Abgrenzung Erhards zum Liberalismus sind. Nicht umsonst waren es ja auch die Liberalen, die Erhards Kandidatur zum Wirtschaftsdirektor befördert hatten.

Zweitens möchte ich darauf hinweisen, daß sich neben der nun rekonstruierten offensiv-hegemonialen Strategie auch Elemente einer defensiv-hegemonialen Strategie finden lassen.⁵² Als zentrales Element de-

52 Im Gegensatz zum einhalb Jahre älteren Müller-Armack-Beitrag wird hier keine Hegemonie der Wirtschaftslenkung bzw. der Planwirtschaft mehr konstatiert, was man angesichts der Erhardschen Position und der

fensiv-hegemonialer Strategien wurde in Kapitel 5 die Betonung der Differenz dort, wo andere hegemoniale Projekte Äquivalenzen artikulieren, ausgemacht. Zwar verteidigt Erhard seine Wirtschaftspolitik nicht gegen ein bestimmtes anderes hegemoniales Projekt. Aber er ist dennoch bemüht, bestimmte Äquivalenzierungen, die oppositionellen hegemonialen Projekten als Ansatzpunkt für das Schmieden von Äquivalenzketten dienen könnten, zu Differenzen zu zerstreuen. In der zweiten Jahreshälfte 1948, als nach der Währungs- und Wirtschaftsreform zahlreiche Preise und mit ihnen in weiten Kreisen der Gesellschaft, v.a. in der Arbeitnehmerschaft, Enttäuschung und Zorn stiegen, mußte insbesondere die Äquivalenz von „Preissteigerung“ und „Marktwirtschaft“ eine Gefahr für das Erhardsche hegemoniale Projekt darstellen. Dieser möglichen Äquivalenzierung tritt Erhard wie folgt entgegen:

Sie wissen, daß [...] viele industrielle Rohstoffe, und gerade die in sozialer Hinsicht entscheidenden, im Preise eine Verdreifachung erfahren haben. Und alles das ist nun über Nacht wirksam geworden in einer psychologischen Situation, in der unter dem Eindruck einer scheinbar unbegrenzten Kaufkraftfülle [vor der Währungsreform, MN] die Reaktionen dann nicht immer marktgerecht sein konnten. Diese Verteuerung durch die unterlassene Preisangleichung und die Verteuerung durch die Erhöhung der Importpreise bedeutet in Wahrheit gar keine echte Preissteigerung, sondern stellt den Ausgleich von entfallenen Subventionen in Höhe von vielen Milliarden Mark dar. Wer da glaubt, daß diese Milliarden vom Himmel gefallen wären und nicht auch wieder von der ganzen Masse unseres Volkes hätten getragen werden müssen, dessen Kenntnisse von der Volkswirtschaft sind so primitiv, daß mit ihm darüber zu diskutieren sich überhaupt nicht lohnt. Aber dieser Zustand kennzeichnet die Entwicklung der letzten acht Wochen.

Daß da auch gesündigt worden ist, und daß allenthalben über das Ziel hinausgeschossen wurde, daß sogar groteske Mißstände zutage getreten sind, das alles – sei es aus Dummheit oder aus bösem Willen – ist nicht zu leugnen und soll auch nicht beschönigt werden. Aber es ist eine völlige Illusion, zu glauben, daß solche Erscheinungen Bestand haben könnten, daß das etwa ein Kennzeichen einer marktwirtschaftlichen Politik wäre oder daß gar die für die Marktwirtschaft verantwortlichen Männer kalten Herzens eine solche Politik herbeisehnen oder ihr den Boden bereiten wollten. Das ist so entsetzlich dumm, daß nur Gemeinheit aus dieser Wurzel Kritik erheben kann (77).

von ihm mit durchgesetzten Reformen auch nicht erwarten konnte. Dieser fehlende hegemoniale Gegenpol führt dazu, daß sich bei Erhard im Gegensatz zu Müller-Armack keine spezifische anti-hegemoniale Strategie findet, wohl aber Elemente einer defensiven Strategie gegen mögliche hegemoniale Offensiven.

Aus hegemonietheoretischer Perspektive wenig überraschend kommt es also zu einer „differenzierteren Betrachtung“ der Preissteigerung – bei gleichzeitiger Verortung der Kritiker in der Subjektregion der Ignoranten und Ideologen: Die Preissteigerung war „in Wahrheit gar keine echte Preissteigerung“ und wer anderes behauptet, hat nur primitive Kenntnisse, ist dumm, böswillig und gemein. Dies ist nur ein Beispiel für Elemente einer defensiv-hegemonialen Strategie, aber die Auffindbarkeit solcher Elemente auf der Oberfläche des Diskurses belegt, daß wir es bei dem Erhardschen Diskursbeitrag bereits mit einem Beitrag zu tun haben, der nicht mehr nur hegemonial attackiert, sondern auch schon verteidigt, was nichts anderes bedeutet, als daß schon einiges, was als verteidigungswert erachtet wird, erreicht wurde.

6.2.3 CDU: Düsseldorfer Leitsätze

Wenn er auch im August 1948 von der „sozial verpflichteten Marktwirtschaft“ gesprochen hatte, so hatte Ludwig Erhard den Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ als solchen in den drei soeben analysierten Reden noch nicht verwendet. Zur Aufnahme in das Erhardsche Begriffsrepertoire ist es in den Folgemonaten gekommen (vgl. Hentschel 1998: 102). In derselben Zeitspanne zwischen August 1948 und Februar 1949 zeichnete sich zunehmend ab, daß Erhard für die CDU – wenn auch nicht als CDU-Mitglied – Politik betreiben würde. Erhards Rede vor der CDU im August 1948 war von der Partei gut aufgenommen worden (vgl. Stoltenberg 1996: 88/89), und vor allem Adenauer lag daran, den durch die von ihm verantworteten Reformen zwar umstrittenen, aber zugleich auch populären Erhard in die Arbeit der CDU einzubinden. Gleichzeitig mit seiner Parteinahme für die CDU eignete sich Erhard den Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“ nicht nur an, sondern regte auch an, ihn für die CDU zu nutzen, eine Anregung, die im Januar 1949 aufgenommen wurde, als die CDU-Führung auf Vorschlag Erhards die im „Vereinigten Wirtschaftsgebiet eingeschlagene Politik der sozialen Marktwirtschaft“ billigte (vgl. Löffler 2002: 467).

Daß die CDU, die sich bekanntermaßen noch im Ahlener Programm vom Februar 1947 wirtschaftspolitisch zu einem christlich motivierten Sozialismus bekannt hatte (vgl. CDU 1963[1947]), den Kurs der Sozialen Marktwirtschaft einschlug, geht somit sicherlich wenigstens zum Teil auf Erhards Einfluß zurück (vgl. auch Schlecht 1998: 38). Gleichwohl waren auch schon vor Erhards Einbindung an der wirtschaftspolitischen Programmarbeit mehrheitlich marktwirtschaftlich orientierte Männer beteiligt, vor allem Franz Etzel als Leiter der Programmarbeit, aber z.B. auch der ordoliberalen Ökonom Franz Böhm. Das herausragende Ergebnis die-

ser Arbeit war das wirtschafts- und sozialpolitische Programm, mit dem die CDU in den Wahlkampf 1949 zog: die am 15. Juli 1949 bekanntgegebenen Düsseldorfer Leitsätze, die im folgenden analysiert werden (CDU 1963[1949])⁵³. Erhards unmittelbarer Einfluß in der Programmkommission und insbesondere auf die Formulierung der Düsseldorfer Leitsätze ist umstritten. Während Bernhard Löffler von einer engen Einbindung Erhards spricht (vgl. Löffler 2002: 468) und Otto Schlecht sogar berichtet, „der wirtschaftspolitische Teil der Düsseldorfer Leitsätze zur Bundestagswahl 1949 [stamme] aus der Feder von Ludwig Erhard“ (Schlecht 1998: 38/39), stellt Volker Hentschel in seiner umfangreichen – und eher kritischen – Erhard-Biographie lapidar fest: „Die Kommission ging zu Werke. Erhard war an dem Werk kaum beteiligt. Er hatte anderes zu tun. Das Ergebnis war zwar mit seinem Signum versehen, aber es trug nicht seine geistige Handschrift“ (Hentschel 1998: 103).

Von besonderem Interesse sind die Düsseldorfer Leitsätze der CDU ohnehin nicht aufgrund der Mitwirkung eines bestimmten Autors, sondern weil sich mit ihnen eine große Partei, die sich bereits auf dem Weg zur Volkspartei befand, die „Soziale Marktwirtschaft“ anverwandelte. Die CDU trat in den Diskurs der Sozialen Marktwirtschaft ein – Subjektpositionen für politische Gruppen hielt dieser Diskurs ja, wie gezeigt, durchaus bereit – und schrieb ihn künftig in maßgeblicher Weise fort, wurde aber auch von ihm geprägt, indem sie zur „Partei der Sozialen Marktwirtschaft“ (Stoltenberg 1996) avancierte. Die Karriere der „Sozialen Marktwirtschaft“ auf der Subjektebene der institutionalisierten Gruppensubjekte ist also mit dem nun zu analysierenden Text eng verbunden.

(a) *Darstellung des historischen Kontexts.* Die Düsseldorfer Leitsätze wurden am 15. Juli 1949 bekanntgegeben. In den Monaten vor und nach diesem Datum nahm die Verfassung der künftigen Bundesrepublik Deutschland bekanntermaßen allmählich Form an. Am 23. Mai war das Grundgesetz verkündet worden, am 14. August sollte der erste Bundestag gewählt werden. Damit kam dem CDU-Programm für die Wirtschafts- und Sozialpolitik auch der Charakter einer Wahlkampfschrift zu.

Die von der Union im Wirtschaftsrat gestützte, marktwirtschaftliche Politik Erhards hatte bis zum Sommer 1949 zwiespältige Ergebnisse mit sich gebracht. Zwar erhöhte sich innerhalb nur eines halben Jahres die Industrieproduktion von 65 % des Wertes von 1936 im dritten Quartal

53 Der Abdruck der Düsseldorfer Leitsätze wird dem ersten Teil des zweiten Bandes der Flechtheimschen Quellensammlung zur Parteipolitik der frühen Bundesrepublik entnommen (dort Seiten 58-76). Alle folgenden Belege in diesem Unterkapitel, die in Klammern nur auf Seiten verweisen, beziehen sich auf diesen Abdruck.

1948 auf 83 % im ersten Quartal 1949, doch dann verlangsamte sich das Wachstum beträchtlich, so daß nach einem weiteren halben Jahr im dritten Quartal 1949 90 % erreicht waren (vgl. Abelshauser 1983: 64). Allerdings wurde das Wachstum von mehreren negativen Effekten begleitet: Die Inflation der zweiten Jahreshälfte 1948 (14 %), die bereits erwähnt wurde, wurde durch die extrem restriktive Geldpolitik der Notenbank (Erhöhung der Mindestreserve, Kreditplafondierung) zwar unter Kontrolle gebracht. Doch es kam nicht zur gewünschten stabilen Konsolidierung. Vielmehr trat die westdeutsche Wirtschaft ein in „eine fünfzehnmonatige deflationistische Phase mit zuweilen depressiver Grundstimmung. Das Wachstumstempo halbierte sich, die Preise fielen, und die Arbeitslosigkeit [...] nahm nun dramatische Formen an“ (Abelshauser 1983: 63/64).

Vor dem Hintergrund dieser ambivalenten wirtschaftlichen Lage sollte nun der erste deutsche Bundestag gewählt werden. Angesichts des für diese Wahl – aufgrund der Wahlergebnisse in den vorangegangenen Landtagswahlen⁵⁴ – erwarteten knappen Ergebnisses zwischen dem von der SPD geführten sozialistischen und dem von der CDU geführten bürgerlichen Lager wurde in den Sommermonaten des Jahres 1949 ein heftiger Wahlkampf geführt, in dessen Zentrum die Frage der künftigen Wirtschaftspolitik rückte (vgl. Benz 1983b: 534/35; Niehuss/Lindner 1998: 150). Aufgrund der ambivalenten ökonomischen Entwicklung, aber auch angesichts anhaltend hoher Sympathien eines Großteils der Bevölkerung für die Idee der Wirtschaftslenkung (die z.B. im Generalstreik gegen Erhards Politik im November 1948 zum Ausdruck kam), kann nicht davon gesprochen werden, daß die offensive Bezugnahme auf die Politik des Wirtschaftsdirektors unter dem Schlagwort „Soziale Marktwirtschaft“ für die CDU – quasi als Selbstläufer – zum Wahlsieg führen mußte. Auch die von Kurt Schumacher geführte SPD war grundsätzlich guter Hoffnung, mit ihren Konzeptionen zur Wirtschaftslenkung und zur konsequenten Sozialisierung großer Industriebetriebe den Wahlerfolg einzufahren (vgl. SPD 1949). Allerdings gelang es den Sozialdemokraten mehr schlecht als recht, dem hegemonialen Projekt des bürgerlichen Lagers, zu dem es unter anderem ja gehörte, die Wirtschaftslenkung mit dem negativen Etikett der „Zwangswirtschaft“ zu versehen, erfolgreich zu begegnen.⁵⁵ Im Endergebnis der Wahl jeden-

54 Die Zusammensetzung der verschiedenen Landtage hatte dazu geführt, daß CDU/CSU und SPD sowohl im Wirtschaftsrat als auch im Parlamentarischen Rat, in dem die Grundgesetzberatungen stattfanden, jeweils mit genau gleicher Mandatszahl vertreten waren.

55 Die Gefahr dieser Äquivalenzierung der SPD mit einem ökonomischen Zwangssystem war vielen Sozialdemokraten durchaus bewußt (vgl. Benz

falls unterlag die SPD mit 29,2 % knapp der CDU/CSU, die auf 31,0 % kam, mit Hilfe von FDP und DP die erste bundesdeutsche Regierung unter Adenauer stellte und mit dem Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard die marktwirtschaftliche Politik fortsetzte.

(b) *Rekonstruktion des diskursiven Ortes der Artikulation.* An Texten wie den Düsseldorfer Leitsätzen zeigt sich besonders deutlich, daß das Autorensujet der Artikulation nicht vorangeht, sondern sich mit der Artikulation, mit einem spezifischen Eintritt in den Raum der Diskursivität immer neu konstituiert. Natürlich gilt das hier nicht für jeden Aspekt der Subjektivität des Gruppensubjekts CDU. Allen voran wird die CDU für die Subjektposition einer politischen Partei nicht qua Artikulation der Düsseldorfer Leitsätze – und wohl überhaupt nicht im Rahmen eines wirtschafts- oder sozialpolitischen Diskurses – rekrutiert (vgl. zur frühen Parteigeschichte der CDU bis zur Formierung der ersten Bundesregierung Bösch 2001: 21-96; Konrad-Adenauer-Stiftung 1995: 19-52). Aber die Subjektposition der politischen Partei wird in den wirtschaftspolitischen Diskurs auf spezifische Weise eingebunden und so fortgeschrieben. Als Folge dieser diskursiven Dynamik kann eine Subjektposition „Partei der Sozialen Marktwirtschaft“ entstehen – auf der die CDU in folgedessen als wirtschaftspolitisches Gruppensubjekt auftritt.⁵⁶

Von Interesse für die hegemoniale Formation-Formierung ist aber nicht nur, daß die CDU als politische Partei in ihr auftritt; es geht auch um die Einnahme einer spezifisch hegemonialen Subjektposition. Wenn der Mangel an Allgemeinem und der Konflikt um die Art und Weise seiner (letztlich unmöglichen) Beseitigung das Movens politischer Diskurse ausmachen, dann kann es nicht überraschen, wenn Gruppen, die sich, wie politische Parteien, eigens zum Zweck der Behebung dieses Mangels zusammenfinden, in jeder historischen Situation im wesentli-

1983b: 534). Im Wahlaufuf von 1949 findet sich entsprechend auch eine Kontraritätsartikulation von „Planung“ und „Zwangswirtschaft“: „Planung ist notwendig. Sie ist das Gegenteil der Zwangswirtschaft des Dritten Reiches. Beides gleichsetzen heisst [sic] das Volk bewusst [sic] betrügen“ (SPD 1949: 2).

- 56 Daß es sich hierbei um eine Subjektposition und nicht nur um eine Art Alleinstellungsmerkmal der CDU handelt, erkennt man z.B. daran, daß sich in den 1990er Jahren auch die SPD die „Soziale Marktwirtschaft“ zu eigen machte und gegen die CDU zu verteidigen suchte. So heißt es im Wahlprogramm von 1998: „Wir werden die Soziale Marktwirtschaft erneuern: Wir setzen auf die Kräfte des Marktes und die Leistungsbereitschaft der Menschen. Und wir bauen auf soziale Partnerschaft und soziale Stabilität. Die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft ist der Garant für Wohlstand und Erfolg, für soziale Sicherheit und demokratische Stabilität. Wir werden es nicht zulassen, daß der gesellschaftliche Konsens in unserem Land [durch die Kohl-Regierung, MN] weiter beschädigt wird“ (SPD 1998: 11).

chen auf zwei Subjektpositionen in diese politischen Diskurse eintreten können: auf der Position des Kritikers oder Gegners einer bislang das Allgemeine verfehlenden Politik oder auf der Position des Verfechters oder Verteidigers einer den Mangel an Allgemeinem schon jetzt erfolgreich bekämpfenden Politik.⁵⁷ Innerhalb der Architektur hegemonialer Subjektregionen gehören beide Subjektpositionen zur Subjektregion der Organe (SR₃), insofern als die jeweilige Gruppe als Protagonistin der Behebung des Mangels an Allgemeinem auftritt.

Die spezifische Positionierung der CDU kommt dadurch zustande, daß sie sich erstens die bisherige Politik des Wirtschaftsdirektors programmatisch zu eigen macht und als ihre Politik artikuliert (58), daß sie also als Verteidigerin der bisherigen Verfolgung des wirtschaftspolitischen Allgemeinen in den Diskurs eintritt; daß sie zweitens diese Politik wirtschafts- und sozialpolitisch als programmatische Wahlkampfposition zur Erfüllung aller Forderungen in bezug auf das Allgemeine, also zur Erreichung „der Wohlfahrt und der Bedarfsdeckung des ganzen Volkes“ (61) ausbuchstabiert und damit auch als Kämpferin für die künftige Realisierung des Allgemeinen in den Diskurs eintritt; und daß sie drittens als Mittel zur Erfüllung all dieser Forderungen die „Soziale Marktwirtschaft“ artikuliert (passim, v.a. 58-61), wodurch es in unzweideutiger Weise zur Symbolisierung des ökonomischen Allgemeinen durch eben diese „Soziale Marktwirtschaft“ kommt. Somit wird die CDU mit den Düsseldorfer Leitsätzen nicht einfach nur als „Partei der Sozialen Marktwirtschaft“ subjektiviert, sondern zugleich auch als Protagonistin des hegemonialen Projekts „Soziale Marktwirtschaft“.

(c) *knappe Übersicht über den Inhalt des Textes.* Die Düsseldorfer Leitsätze sind im wesentlichen ein Parteiprogramm zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Sie lassen sich in fünf Abschnitte gliedern: Am Beginn steht eine Einleitung, in der der wirtschaftliche Mangel der Nachkriegszeit dem Aufschwung nach der Währungs- und Wirtschaftsreform gegenübergestellt wird, die CDU die Verantwortung für die Aufschwungspolitik übernimmt, diese mit dem Etikett der „Sozialen Marktwirtschaft“ versieht und ihre Überlegenheit – z.B. gegenüber der Politik der „Ostzone“ – verteidigt. Den zweiten Teil, der der mit Abstand umfangreichste Teil ist, bildet unter der Überschrift „Was versteht die CDU unter sozialer Marktwirtschaft?“ eine grundlegende Erläuterung dieser Wirtschaftsordnung und der mit ihr verbundenen politischen Forderungen. Im kurzen dritten Teil wird speziell auf die Landwirtschaftspolitik Be-

57 Es sei erneut daran erinnert, daß „erfolgreich“ und „verfehlt“ hierbei nicht als objektive Größen, sondern als Einordnung aus einer hegemonialen Perspektive zu verstehen sind.

zug genommen. Den wieder umfangreicheren vierten Teil bilden die „sozialpolitischen Leitsätze der CDU“, aus denen als fünfter Teil ein eigener Abschnitt zur Wohnungsbaupolitik ausgegliedert wird.

(d) *Rekonstruktion der hegemonialen Kernstrategeme sowie des Strategems VI im Text.* Im wesentlichen wird durch die Düsseldorfer Leitsätze die hegemoniale Formation-Formierung, wie wir sie bei Müller-Armack und Erhard rekonstruiert haben, fortgeschrieben – allerdings findet sie sich in komprimierter und pointierter Form wieder und sie erhält natürlich dadurch eine veränderte Qualität, daß sie von einem anderen diskursiven Ort aus artikuliert wird. Beginnen wir diesmal, der großen Eindeutigkeit halber, mit Strategem III, also mit der Rekonstruktion des diskursiven Elements, das die Überwindung des Mangels repräsentiert. Gleich der Auftakt des CDU-Programms macht mehr als deutlich, daß diese Heilsfunktion von der „Sozialen Marktwirtschaft“ übernommen wird (und daß die CDU der politische Garant dieser Funktion ist):

Das wirtschaftliche und soziale Leben des deutschen Volkes ging nach dem Kriege immer mehr einem Zustand völliger Auflösung entgegen.

In der ersten Hälfte des Jahres 1948 war der Tiefpunkt erreicht. Produktion und Arbeitsmoral waren auf ein Minimum abgesunken. Der Kampf um die Ware, der ein Kampf gegen den Hunger war, führte zu rücksichtslosem Egoismus. Die Korruption griff in erschreckendem Maße um sich. Die niedrigsten Instinkte wurden geweckt. Die allgemeine Demoralisierung drang sogar bis in die Kreise der Jugend vor.

Der 20. Juni 1948 brachte den Umschwung.

Die von der CDU vertretene Wirtschaftspolitik führte zu einer wirtschaftspolitischen Wende. Die menschliche Arbeit erhielt wieder einen Sinn. Die Arbeitsleistung der Menschen aller Schichten erfuhr eine bedeutende Erhöhung. Die industrielle Produktion stieg rasch und steil an und erreichte in wenigen Monaten eine Verdopplung. Die Aufhebung der Bezugsscheinwirtschaft gab dem Verbraucher wieder die Freiheit zurück. Nach langen Jahren bitterster Erfahrung konnte erstmalig wieder dringendster Bedarf gedeckt werden. Die Läden füllten sich, Mut, Kraft und Energie wurden entfacht und das ganze Volk aus dem Zustand der Lethargie gerissen.

Die Währungsreform allein hat diesen Umschwung nicht herbeigeführt. Sie schaffte die technischen Voraussetzungen. Der wesentlichste Impuls aber kam aus der Inkraftsetzung marktwirtschaftlicher Grundsätze. Diese marktwirtschaftlichen Grundsätze wurden durch die von der CDU vertretene „soziale Marktwirtschaft“ am 20. Juni 1948 zur Grundlage der deutschen Wirtschaftspolitik gemacht (58, zentrierte Passage wie im Original).

Wir erkennen zum einen das schon von der Analyse der Erhard-Texte bekannte Muster: Auf der einen Seite findet sich der Mangel, auf der

anderen Seite Erfolge bei der Überwindung des Mangels, die sich das sprechende Subjekt aneignet. Dabei ist das Zeichen dieses Erfolges nicht der vergangene Moment der „Währungsreform“ – diese hat den Umschwung nicht allein herbeigeführt – sondern die „Inkraftsetzung marktwirtschaftlicher Grundsätze“ bzw. die „von der CDU vertretene ‚soziale Marktwirtschaft‘“, die dann im folgenden als zukunftsorientiertes und kontinuierlich „anzuwendendes“ Mittel zur Erfüllung einer Vielzahl von wirtschafts- und sozialpolitischen Ziel- und Mittelforderungen artikuliert wird.

In völlig unzweideutiger Weise wird „Soziale Marktwirtschaft“ zu verschiedenen Zielforderungen, die im Grundsatz den bereits in bisherigen Texten rekonstruierten Zielforderungen gleichen, als äquivalent artikuliert und letztlich zu ihrer Repräsentantin: So führt „diese Wirtschaftspolitik [der Sozialen Marktwirtschaft, MN] [...] dazu, daß die Wirtschaft in Erfüllung ihrer letzten Zielsetzung der Wohlfahrt und der Bedarfsdeckung des ganzen Volkes dient. Diese Bedarfsdeckung hat selbstverständlich auch eine angemessene Versorgung des notleidenden Teils der Bevölkerung zu umfassen“ (61). Doch es geht nicht nur um bloße Bedarfsdeckung, sondern „[e]s ist das Ziel der ‚sozialen Marktwirtschaft‘, den nach Maßgabe der volkswirtschaftlichen Produktivität höchsten Lebensstandard zu erreichen und das günstigste Verhältnis zwischen Löhnen und Preisen herbeizuführen“ (63). Die „Soziale Marktwirtschaft“ ist auch eine „Wirtschaftsordnung, die zu echter Freiheit führt“ (69) und mit ihr geht eine Sozialpolitik „auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit, gemeinschaftsverpflichteter Freiheit und echter Menschenwürde“ (71) Hand in Hand. Und schließlich wird in der „Sozialen Marktwirtschaft“ politische wie wirtschaftliche Macht weitestgehend eingedämmt (69).

Neben der Erreichung dieser letzten Ziele steht die „Soziale Marktwirtschaft“ aber auch als Äquivalent der Erfüllung einer ganzen Reihe von Mittelforderungen. In einer der pointiertesten Formulierungen werden einige der zentralen Ziele und die vielleicht herausstechendsten Mittel des „echten Leistungswettbewerbs“, der „unabhängigen Monopolkontrolle“, der Sicherstellung „fairer Wettkampfbedingungen in freier Konkurrenz“ und der „marktgerechten Preise“ in einer Äquivalenzkette mit der „Sozialen Marktwirtschaft“ artikuliert:

Die „soziale Marktwirtschaft“ ist die sozial gebundene Verfassung der gewerblichen Wirtschaft, in der die Leistung freier und tüchtiger Menschen in eine Ordnung gebracht wird, die ein Höchstmaß von wirtschaftlichem Nutzen und sozialer Gerechtigkeit für alle erbringt. Diese Ordnung wird geschaffen durch Freiheit und Bindung, die in der „sozialen Marktwirtschaft“ durch ech-

ten Leistungswettbewerb und unabhängige Monopolkontrolle zum Ausdruck kommen. Echter Leistungswettbewerb liegt vor, wenn durch eine Wettbewerbsordnung sichergestellt ist, daß bei gleichen Chancen und fairen Wettkampfbedingungen in freier Konkurrenz die bessere Leistung belohnt wird. Das Zusammenwirken aller Beteiligten wird durch marktgerechte Preise gesteuert (59).

Entscheidend für die „Soziale Marktwirtschaft“ ist erneut, daß sie sowohl die Forderungen nach der Freiheit der Wirtschaftstätigkeit erfüllen kann als auch die nach einer staatlichen Rolle bei der „planvolle[n] Beeinflussung der Wirtschaft mit den organischen Mitteln einer umfassenden Wirtschaftspolitik“, zu der eine „sinnvolle Kombination [von] Geld- und Kredit-, Handels- und Zoll-, Steuer-, Investitions- und Sozialpolitik sowie andere Maßnahmen“ gehören (61). Insbesondere die Forderungen nach einer Konjunkturpolitik „durch eine richtige öffentliche Investitionspolitik“ bei gleichzeitigem Sparen in Zeiten der Hochkonjunktur – also eine eher keynesianische als eine ordoliberalen Forderung – und nach der staatlichen Eindämmung struktureller Arbeitslosigkeit werden in die Äquivalenzkette um die „Soziale Marktwirtschaft“ aufgenommen (66). Und auch in der Sozialpolitik, bei der Aufgabe, „die herrschenden wirtschaftlichen und sozialen Notstände zu beseitigen und ein gesundes Verhältnis zwischen allen Volksschichten herbeizuführen“, wird der Staat explizit in die Pflicht genommen, wobei hier die staatliche Verpflichtung zur Sozialpolitik – im Sinne des Subsidiaritätsprinzips – mit dem Schutz der „natürlichen Rechte und Freiheiten des einzelnen wie aller Gesellschaftsgruppen“ äquivalenziert wird (71).

Im einzelnen verspricht die „Soziale Marktwirtschaft“ darüber hinaus unter anderem folgende wirtschaftspolitische Forderungen zu erfüllen: die gesetzliche Sicherung des Leistungswettbewerbs und eine institutionell verankerte Monopolkontrolle (61/62), die Vermeidung von Inflation wie Deflation durch eine zentrale Aufsicht des Geldwesens (63), Preisfreiheit (der die deutsche Wirtschaft ihre Gesundung verdankt) bei gleichzeitiger „organischer Preisbeeinflussung mit den Mitteln der Wirtschaftspolitik“ (63), Tariffreiheit (64), „Leistungslohn und Lohnerhöhungen im Rahmen marktwirtschaftlich richtiger Preise“ (64) und Förderung von Technik und Wissenschaft (64/65). „Die ‚soziale Marktwirtschaft‘ schließt freie Berufswahl, Niederlassungsfreiheit, Gewerbefreiheit und Freizügigkeit ein“ (65), zugleich nimmt sie die Forderung nach Privateigentum auf (und wird die Bildung solchen Eigentums fördern, 65), ebenso die Forderung nach einer „gerechte[n] Verteilung der wirtschaftlichen Erträge und [nach] eine[r] soziale[n] Gesetzgebung“ (65) und nach „freiem Welthandel“ (67). In diese Äquivalenzkette von For-

derungen, die in der „Sozialen Marktwirtschaft“ der CDU erfüllt werden, werden weiterhin unter anderem folgende sozialpolitische Forderungen⁵⁸ eingepaßt: Schutz der Familie (71), Koalitionsfreiheit (71), die Wahrung der „Würde des arbeitenden Menschen“ (71), die „Verwirklichung des Rechts der Arbeitnehmer auf Mitberatung, Mitwirkung und Mitbestimmung [...] in betriebsgerechter Form unter Wahrung der echten Unternehmensverantwortung“ (72), das „Recht auf Arbeit“ (72), die „[f]reie Berufswahl, freier Arbeitsplatzwechsel und Sicherung des Arbeitsplatzes“ (72), die Erweiterung des Kündigungsschutzes (72), die angemessene und für eine Familie ausreichende Entlohnung (72), gleicher Lohn für gleiche Arbeit und für Männer und Frauen (73), die Tariffreiheit (73), die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit (73), der Ausbau des Arbeits-, Jugend-, Frauen- und Mutterschutzes (73) sowie die „Versorgung der Kriegsgesopfer und Kriegsheimkehrer“ (73) und die „Einordnung der Heimatvertriebenen“ (73). In der Wirtschaftsordnung der von der CDU vertretenen „Sozialen Marktwirtschaft“ ist auch „[d]ie Sozialversicherung [...] so zu gestalten, daß sie ihre Aufgabe zur Förderung der Volksgesundheit und zum Wohle der Versicherten erfüllen kann“ (73), und in der Wohlfahrtspflege muß „[b]ei vorliegender Bedürftigkeit [...], soweit ein Rechtsanspruch gegenüber Dritten nicht gegeben ist, ausreichende Hilfe aus öffentlichen Mitteln gewährt werden“ (74). Im Unterschied zu den Erhardschen Reden, in denen vor allem von „Marktwirtschaft“ (wenn auch z.T. von „sozial verpflichteter Marktwirtschaft“) und kaum von Sozialpolitik die Rede war, wird hier also die sozialpolitische Komponente der „Sozialen Marktwirtschaft“ sehr deutlich und ausführlich zum Ausdruck gebracht. Da Erhard selbst ab 1949 auch explizit von „Sozialer Marktwirtschaft“ sprach, um seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen zu bezeichnen, entwickelten sich allmählich parallel unterschiedliche Anschlußmöglichkeiten an den Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“; man kann dies bereits als einen ersten Hinweis auf die Validität von Strategem V (emergente Interpretationsoffenheit des symbolischen Äquivalents des Allgemeinen) lesen.

Insgesamt sieht man, daß es nahezu keine wirtschafts- oder sozialpolitische Forderung gibt, die die „Soziale Marktwirtschaft“ nicht erfüllt, gleichgültig aus welchem Bereich der deutschen Gesellschaft sie gestellt wird. Die „Soziale Marktwirtschaft“ – und im Zuge der Artikulation der Düsseldorfer Leitsätze auch die CDU als „Partei der Sozialen

58 Die folgenden Forderungen entstammen dem sozialpolitischen Teil der Düsseldorfer Leitsätze. Allerdings finden sich hier auch Forderungen, die man häufig eher als wirtschaftspolitische Forderungen klassifizieren würde, z.B. die Koalitionsfreiheit und die Mitbestimmung.

Marktwirtschaft“ – konstituiert sich somit auf einer typisch diskursiv-hegemonialen Position, indem sie eine Vielzahl von Forderungen repräsentiert, die in bezug auf die Überwindung des Mangels am spezifischen wirtschafts- und sozialpolitischen Allgemeinen gestellt werden. Man mag nun einwenden, daß man es eben mit einem Parteiprogramm, zumal einer großen Partei mit vielen Gruppierungen, zu tun habe, so daß die Äquivalenzierung verschiedenster Forderungen kaum überraschend sein dürfte, insbesondere da es sich um ein in Wahlkampfzeiten veröffentlichtes, also auf die Gewinnung möglichst vieler Wähler zielendes Programm handelt. Dieser Einwand wäre richtig und würde doch nicht recht treffen, denn zum einen ist es natürlich nicht überraschend, daß eine hegemoniale Strategie ausgerechnet im Zuge demokratischer Wahlkämpfe zum Tragen kommt, weil es hierbei eben genau um die Einbindung möglichst vieler politisch-gesellschaftlicher Kräfte in ein politisches Projekt geht; und zum anderen dient das CDU-Programm hier nur als einer von mehreren Beispieltexen für die Rekonstruktion der hegemonialen Strategie. Grundsätzlich aber läßt sich festhalten, daß die „Soziale Marktwirtschaft“, die bislang nur ein „Kandidat“ von mehreren für die Repräsentation des ökonomischen Allgemeinen war, nun, da sie von einer der beiden großen Parteien auf den Schild gehoben wird, wenigstens innerhalb des bürgerlichen Lagers, dem die CDU angehört, als Favorit für die Funktion des Repräsentanten gelten kann.

Der Signifikant „Soziale Marktwirtschaft“ selbst ist es auch, an dem sich am eindrucksvollsten die in den Düsseldorfer Leitsätzen erneut vorgenommene Zerteilung des diskursiven Raums darstellen läßt. Die hegemoniale Geste ist dabei ähnlich wie bei Müller-Armack und Erhard: die gleichzeitige Artikulation von Kontraritäten zur „Planwirtschaft“ als auch zur „freien Wirtschaft liberalistischer Prägung“, die beide Ordnungen des Mangels sind:

Die „soziale Marktwirtschaft“ steht in scharfem Gegensatz zum System der Planwirtschaft, die wir ablehnen, ganz gleich, ob in ihr die Lenkungsstellen zentral oder dezentral, staatlich oder selbstverwaltungsmäßig organisiert sind. Das System der Planwirtschaft beraubt den schaffenden Menschen seiner wirtschaftlichen Selbstbestimmung und Freiheit. Die Planwirtschaft bringt die Unternehmer in Abhängigkeit von der Staats- und Selbstverwaltungsbürokratie und verwandelt sie dadurch in Beamte und Kommissare. Sie schaltet den Einfluß der Verbraucher aus der Erzeugung aus und bringt damit auch den Arbeitern und Angestellten keine Vorteile. Die Planwirtschaft hemmt die Erzeugung, indem sie in die Hand der Lenkungsstellen Machtvollkommenheiten legt, denen die Menschen in keiner Weise gewachsen sind. [...] Die Planwirtschaft kann weder das Problem der höchstmöglichen Produktion noch das Problem einer gerechten Verteilung der Erzeugnisse meistern. Sie kann letzten Endes nicht auf die Len-

kung des Absatzes verzichten und beschränkt damit den Verbraucher in der freien Bestimmung über sein Einkommen. Statt einer freiheitlichen Ordnung entsteht mit zwingender Folgerichtigkeit die Diktatur oder das Chaos (60).

Nicht nur in bezug auf die Freiheit oder die Erfolglosigkeit bei der Organisation des wirtschaftlichen Prozesses, auch in bezug auf die Armutsbekämpfung und die menschliche Würde wird die Kontrarität zwischen „Sozialer Marktwirtschaft“ und „Planwirtschaft“ artikuliert:

[D]ie Planwirtschaft will die Armut gerecht verwalten und verteilen, die Marktwirtschaft will durch den Leistungswettbewerb auf allen Stufen die Armut überwinden. Es ist würdiger und erfolgreicher, sich durch einen Notstand durchzuarbeiten als durchzuhungern (60).

Vor allem aufgrund ungleicher Startbedingungen, mangelnder Kontrolle der Monopole und folglich „wirtschaftliche[r] Ausbeutung der Schwachen durch die Mächtigen“ ist auch die „freie Marktwirtschaft liberalistischer Prägung“ eine Ordnung des Mangels – die jedoch in der „Sozialen Marktwirtschaft“ überwunden wird:

Die „soziale Marktwirtschaft“ steht auch im Gegensatz zur sogenannten „freien Wirtschaft“ liberalistischer Prägung. Um einen Rückfall in die „freie Wirtschaft“ zu vermeiden, ist zur Sicherung des Leistungswettbewerbs die unabhängige Monopolkontrolle nötig. [...]

[Aufgrund von Wettbewerbsverfälschungen waren nur] allzu oft [...] nicht gleiche und gerechte Startbedingungen für alle Marktbeteiligten verwirklicht. So kam es in der freien Wirtschaft alten Stils oft zu wirtschaftlicher Ausbeutung der Schwachen durch die Mächtigen und zu wirtschaftlichem Gewalt- und Schädigungskrieg. Die Leidtragenden waren die wirtschaftlich und sozial Schwachen, insbesondere die Verbraucher.

Weil wir die unsozialen Auswüchse einer solchen „freien“ Wirtschaft vermeiden wollen, weil wir in ihr eine verfälschte Marktwirtschaft sehen, fordern wir neben dem Leistungswettbewerb die Monopolkontrolle (60/61).

Insgesamt soll die „Soziale Marktwirtschaft“ im Gegensatz zur „freien Wirtschaft“ eine von Einzelinteressen durchdrungene, „vermachtete unsoziale Wirtschaft“ verhindern; statt ihrer gilt es mit der „Sozialen Marktwirtschaft“ „eine Wirtschaft aufbauen, die zugleich frei und sozial ist“ (68). In ihrer Kontrarität zur „Sozialen Marktwirtschaft“ sind „Planwirtschaft“ und „freie Wirtschaft“ somit äquivalente Ordnungen des Mangels, eine Äquivalenz, die dadurch noch verstärkt wird, dass beide Wirtschaftsordnungen – im Gegensatz zur „Sozialen Marktwirtschaft“ – „überflüssige Nutznießer“ und „Schmarotzertum“ generieren (62).

Die Zweiteilung des symbolischen Raums findet erneut auch in bezug auf die Subjektpositionen statt. Dabei bestätigt sich die Gültigkeit des oben entworfenen Theorems hegemonialer Subjektregionen. Eine prominente Rolle innerhalb der Äquivalenzkette Q spielen hier zum Beispiel Subjektpositionen der Subjektregion -3, der Subjektregion der Parteien, der die „parteipolitische[n] Doktrin[äre]“ (59) ebenso zuzuordnen sind wie „Kartelle und Machtverbände“ (60) oder das „unternehmerische Rentnertum“ (62). Die „parteipolitische Doktrin“ wird im übrigen explizit mit der „gegnerischen Seite“ äquivalent gesetzt (59), was angesichts der Oppositionsstellung der SPD gerade in bezug auf die Wirtschaftspolitik und angesichts des zum Teil vor allem von Kurt Schumacher sehr polemisch geführten Wahlkampfes die Einordnung der SPD innerhalb der Subjektregion der Parteien nahelegt. Doch auch die unvermeidbaren Demagogen (SR₋₂; vgl. 59) und die „überflüssigen Nutznießer in [...] Verwaltung und Politik“ (62) sowie der die gewerbliche Wirtschaft lenkende Staat (vgl. 60) (alle SR₋₄) finden sich als Teil der Äquivalenzkette Q wieder. Und die eben bereits genannte Subjektposition der Schmarotzer (vgl. 62) qualifiziert als Position vor allem für die Subjektregion -1.

Zu ihr in Kontrarität steht in Subjektregion I die Subjektposition der „freien und tüchtigen Menschen“, die ganz prominent in der Anfangsdefinition der „Sozialen Marktwirtschaft“ auftaucht, aber beispielsweise auch die Position desjenigen, der Herr seiner eigenen wirtschaftlichen Entschlüsse ist (vgl. 59/60). Selbstredend wird die Position des Wissenschaftlers in die Äquivalenzkette P aufgenommen (SR₂; vgl. 64, 73). Als „Partei der Sozialen Marktwirtschaft“ betritt die CDU selbst als politische Partei den Diskurs in performativer Weise in der Subjektregion des Organs;⁵⁹ „Organe des öffentlichen Lebens“ sind jedoch, sofern sie in die Ordnung der „Sozialen Marktwirtschaft“ eingebunden sind, auch die Gewerkschaften und die Berufsverbände (71). Äußerst interessant ist die folgende Passage, weil hier nicht nur zahlreiche Subjektpositionen, auf denen einzelne Bürger auftreten können (SR₁), innerhalb der Äquivalenzkette P der „Sozialen Marktwirtschaft“ offeriert werden – in Kontrarität zu allen „Interessenten –, sondern weil sie eine der seltenen Diskurspassagen ist, in denen die Subjektposition des „Volkes“ aktiv in Erscheinung tritt und damit nicht nur in der Subjektregion 0 der Profiteure der hegemonialen Ordnung, sondern als Teil der Subjektregion I – die Citoyens, die ihre beste wirtschaftspolitische Ordnung gemeinsam realisieren – artikuliert wird:

59 Weitere Anmerkungen zur Rekonstruktion des sechsten Strategems sind angesichts dieser Evidenz hier nicht erforderlich.

Die „soziale Marktwirtschaft“ kann nur dann verwirklicht werden, wenn sie das Vertrauen aller Schichten des Volkes besitzt, d.h., wenn sich Unternehmer, Arbeiter, Angestellte und Verbraucher aktiv an ihrer Durchführung beteiligen. Wenn sich die Arbeiter und Angestellten der „sozialen Marktwirtschaft“ versagen, entartet sie in eine freie Wirtschaft alten Stils, d.h. in eine privat vermachtete unsoziale Wirtschaft, die gekennzeichnet ist durch Gruppenkämpfe, Ausnutzung des Staates durch Interessenten, durch soziale Spannungen und übermäßige Wirtschafts-, Staats- und Völkerkrisen. Wird dagegen die „soziale Marktwirtschaft“ vom politischen Willen des ganzen Volkes getragen, so wird es möglich werden, eine Wirtschaft aufzubauen, die zugleich frei und sozial ist, eine Wirtschaft, die den Arbeitern und Angestellten das Einkommen, das ihrer Leistung entspricht, voll sichert, die ihnen die freie Wahl des Arbeitsplatzes und des Berufes öffnet, die ihnen die Freiheit verschafft, mit ihrem Einkommen zu kaufen, was sie wünschen, und die ihnen vor allem die Chance des Aufstieges bietet. Die Arbeitnehmer sind deshalb in ihren besten Köpfen mit maßgebendem Einfluß [...] an den gesamten Aufgaben der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu beteiligen (68/69).

Insgesamt können wir damit die Zweiteilung des symbolischen Raums, also das zweite Strategem, auch in den Düsseldorfer Leitsätzen als rekonstruiert ansehen. Dasselbe gilt für die Strategeme I und III, deren Artikulationsmuster ebenso auffindbar waren. Hiermit sind die drei ineinander greifenden Kernstrategeme der (offensiv-)hegemonialen Strategie auch in diesem Text rekonstruiert (ebenso wie das Strategem VI, auf das mit Blick auf die Subjektpositionen kurz verwiesen wurde).

(e) *Rekonstruktion weiterer Strategeme.* Es läßt sich hingegen wiederum kein überzeugender Textbeleg für Strategem IV – die gelegentliche Artikulation von Superdifferenzen zur Aufrechterhaltung diskursiver Grenzen – finden; das theoretisch schlüssige Theorem kann somit empirisch vorerst weiterhin nicht als unmittelbar bestätigt gelten. Strategem V wurde bereits kurz angesprochen. Auch Strategem VII, das gelegentliche Durchbrechen der antagonistischen Grenze zur Erweiterung der hegemonialen Reichweite läßt sich erneut finden, etwa dann, wenn die CDU trotz der grundsätzlichen Aufnahme der Forderung nach „marktgerechten Preisen“, die in Kontrarität zur Preisverfälschung von staatlicher oder privater Seite artikuliert wird, eine „organische Preisbeeinflussung mit den Mitteln der Wirtschaftspolitik“ bejaht (63). Nicht zuletzt gibt es im Text der Düsseldorfer Leitsätze auch erste Anzeichen für das Strategem VIII, das Strategem des eigentlichen Verfechters. Zwar findet keine Artikulation statt, mit der die CDU als eigentliche Verfechterin der „Sozialen Marktwirtschaft“ z.B. im Unterschied zu anderen politischen Parteien aufträte. Allerdings bildet die Tatsache, daß die CDU als politische Partei in die Äquivalenzkette um die „Soziale Marktwirtschaft“

eintritt, die unabdingbare Voraussetzung dafür, daß sie als „Partei der Sozialen Marktwirtschaft“ herausgefordert werden und sich dann verteidigen kann. Insofern kann man einen ersten Schritt hin auf die Instituierung des Strategems VIII konstatieren.

(f) *Sonstiges*. Außer dem erneuten Verweis darauf, daß auch in den Düsseldorfer Leitsätzen neben der offensiv-hegemonialen Strategie Versatzstücke defensiver hegemonialer Strategie zum Tragen kommen – und zwar dann, wenn eine differenzierte Betrachtung der „Störungen und sozialen Spannungen“ infolge der Wirtschaftsreformen propagiert wird (59) –, ist hier nichts weiter hinzuzufügen.

6.3 Überblicksanalyse

In den im vorangegangenen Abschnitt vorgenommenen Einzelanalysen ist es gelungen, einen Großteil der theoretisch entworfenen (offensiv-) hegemonialen Strategeme erfolgreich zu rekonstruieren. Ich möchte nun zunächst die wichtigsten Ergebnisse der Einzeltextanalysen zusammenfassen und zuspitzen (6.3.1), um anschließend anhand einiger weiterer Texte nachzuzeichnen, wie sich das hegemoniale Projekt „Soziale Marktwirtschaft“ im Weiteren entwickelte (6.3.2); und schließlich werde ich auf einige Texte eingehen, die dem hegemonialen Projekt der „Sozialen Marktwirtschaft“ (noch) nicht zugeordnet werden können, sondern eher zu alternativen hegemonialen Projekten gehören (6.3.3).

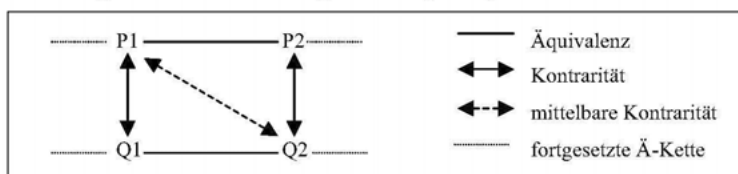
6.3.1 Resümee der Ergebnisse der Einzelanalysen

Im folgenden Fazit der Einzelanalysen geht es mir um drei Punkte: Zuerst sollen jene Modifikationen oder Ergänzungen, welche die in den ersten Kapiteln hergeleitete Hegemonietheorie erfahren hat, zusammengefaßt werden. Anschließend möchte ich die Rekonstruierbarkeit der einzelnen Strategeme unter Bezugnahme auf den Diskursauschnitt der fünf analysierten Texte vorläufig beurteilen und schließlich die sich insbesondere durch die Funktion der drei Kernstrategeme konstituierende, spezifische Topik der hegemonialen Formation-Formierung um den emergenten Repräsentanten des spezifischen Allgemeinen – „Soziale Marktwirtschaft“ – zusammenfassend darstellen.

Vier Ergänzungen der oben entworfenen Hegemonietheorie sind hervorzuheben: Erstens wurde sie bezüglich der Schnittstelle der Strategeme II und III, oder genauer, der Instituierung des Antagonismus in Relation zur Repräsentation der Äquivalenzkette P präzisiert. Es wurde festgestellt, daß keineswegs jedes einzelne Element der Äquivalenzkette P

in einer direkten Kontraritätsrelation zu jedem einzelnen Element der Äquivalenzkette Q stehen muß, um von einem Antagonismus zwischen beiden Ketten zu sprechen. So läßt sich z.B. innerhalb des Müller-Armack-Textes eine unmittelbare Kontrarität von „Marktwirtschaft“ und „Liberalismus“ nicht nachweisen. Es ist aber dennoch so, daß die Äquivalenzketten P und Q als ganze einander antagonistisch konfrontieren, daß es also, wenn auch keine unmittelbare, so doch eine mittelbare Kontrarität zwischen allen Einzelementen der P- und der Q-Kette gibt. Folgende Abbildung verdeutlicht diesen Sachverhalt nochmals:

Abbildung 8: Mittelbarer Antagonismus qua Äquivalenz und Kontrarität



Quelle: eigene Darstellung

Eine mittelbare Kontrarität konstituiert sich durch das Ineinandergreifen verschiedener Äquivalenz- und Kontraritätsrelationen zwischen verschiedenen Elementen: So mag zwar Element P1 nicht in Kontrarität zu Q2 artikuliert werden („Marktwirtschaft“ nicht zu „Liberalismus“); weil aber P1 in Äquivalenz zu P2 („Marktwirtschaft“ zu „aktiver und konstruktiver Wirtschaftspolitik“) und zugleich P2 in Kontrarität zu Q2 („aktive und konstruktive Wirtschaftspolitik“ zu „Liberalismus“) artikuliert wird, kann sich eine mittelbare Kontrarität zwischen P1 und Q2 konstituieren. Allerdings gibt es, wie ebenfalls festgestellt wurde, zwei Bedingungen dafür, daß sich eine derartige mittelbare Kontrarität stringent herausbilden kann: Zum einen darf es, soll die antagonistische Grenze nicht untergraben werden, zwischen keinem Element der Äquivalenzkette P und der Äquivalenzkette Q eine fortbestehende Äquivalenzartikulation geben; mit anderen Worten muß zwischen jedem einzelnen P-Element und jedem einzelnen Q-Element, wenn schon keine Kontrarität, so doch wenigstens Differenz artikuliert werden. Aus diesem Grund beharren alle bearbeiteten Texte auf der Differenz von „Liberalismus“ und „(Sozialer) Marktwirtschaft“. Zum anderen dürfen – eigentlich naheliegend, aber man sollte es nochmals betonen – innerhalb einer Äquivalenzkette keine Kontraritäten mehr auftauchen, weshalb immer wieder im Diskurs der Sozialen Marktwirtschaft die Kontrarität von „Wirtschaftslenkung“ und „liberaler Marktwirtschaft“ (oder ähnlichen Formulierungen) als obsolet und überholt eingeordnet wird.

Zweitens ist durch die Analyse nochmals die Dynamik von Diskursen betont worden. Am deutlichsten zeigte sich diese hinsichtlich der symbolischen Repräsentation des Allgemeinen durch einen leeren Signifikanten. Zum einen ist es keineswegs so, daß ein solcher „vom Himmel fällt“ und ihm die unmögliche Repräsentationsfunktion sofort „gelingt“. Nicht nur zwischen verschiedenen hegemonialen Projekten besteht hierbei Konkurrenz (vom sozialistischen hegemonialen Projekt um den „demokratischen Sozialismus“ haben wir gar nicht gesprochen), sondern auch innerhalb eines hegemonialen Projektes treten, vor allem zu Beginn, mehrere „Kandidaten“ für diese Funktion auf (hier neben „Soziale Marktwirtschaft“ auch „gesteuerte Marktwirtschaft“, „Währungsreform“ und „Marktwirtschaft“). Leere Signifikanten sind also als solche stets im Werden, ihre Funktion ist eine emergente. Eine weitere, die dynamische Entwicklung von leeren Signifikanten betreffende Erkenntnis war, daß Signifikanten, die auf ein zukünftiges punktuelles Ereignis verweisen (wie die „Währungsreform“), nur in prekärer Weise zu leeren Signifikanten werden können, weil sie ab dem Moment, in dem das Ereignis als diskursives Ereignis eintritt, zwangsläufig zu Signifikanten dieses – dann spezifischen – Signifikats werden und nicht länger das Allgemeine signifizieren können.

Drittens wurde die Theorie der offensiv-hegemonialen Strategie bezüglich ihres Strategems I insofern modifiziert, als wir erkannt haben, daß in die Äquivalenzkette nicht nur Forderungen, die sich auf die künftige Verwirklichung des Allgemeinen beziehen, eingebaut werden, sondern auch Forderungen, deren – wenigstens teilweise – Erfüllung bereits konstatiert, und zwar als Erfolg konstatiert werden kann (z.B. der Erfolg der „Währungsreform“). Kurz gesagt: In eine Äquivalenzkette P können neben zukunftsorientierten Forderungen in bezug auf das Allgemeine auch „(Teil-)Erfolge“ der Vergangenheit eingebaut werden. Je nach diskursiver Validität des so erhobenen Erfolgsanspruchs kann dies zu einer beträchtlichen Festigung eines hegemonialen Projekts führen.

Viertens haben wir in Ergänzung der Überlegungen zum Verhältnis von politischem Diskurs und Subjekt im hier analysierten Diskurs festgestellt, daß sich die durch Artikulation und Rekrutierung aufgenommenen und fortgeschriebenen Subjektpositionen insgesamt neun „Subjektregionen“ zuordnen lassen (vgl. Abbildung 7). Diese grobe Kartierung des Raums der Subjektpositionen eines politischen Diskurses kann und will keinen Anspruch auf eine vollständige Abbildung erheben, aber sie kann als wertvolle Heuristik für die Fortsetzung der Untersuchung von politischen Diskursen in liberalen Demokratien dienen.

Untersuchen wir nach diesem Überblick über vier, im Zuge der Analyse vorgenommene Ergänzungen bzw. Spezifizierungen der Hege-

monietheorie nun, ob und inwiefern sich in den Einzeltextanalysen die im fünften Kapitel skizzierten neun Strategeme der offensiv-hegemonialen Strategie haben rekonstruieren lassen. Ich möchte zunächst die Strategeme IV bis IX betrachten, die sich einzeln gut besprechen lassen, um anschließend den Komplex der Kernstrategeme durchzugehen. Aus verschiedenen Gründen wurden die Strategeme V, VIII und IX aus den Einzeltextanalysen weitestgehend ausgeklammert: Strategem V (die emergente Interpretationsoffenheit eines Repräsentanten des symbolischen Allgemeinen) kann sich erst im Diskurszusammenhang jenseits eines einzelnen Textes manifestieren; die Strategeme VIII und IX (eigentlicher Verfechter, eigentliche Bedeutung) sind erst im Falle einer tendenziell etablierten Hegemonie sinnvoll und waren daher im Frühstadium des hegemonialen Projekts „Soziale Marktwirtschaft“ nicht zu erwarten (wenngleich man von einer Art Grundsteinlegung für Strategem VIII in dem Moment sprechen kann, in dem sich mit der CDU eine politische Partei die „Soziale Marktwirtschaft“ zu eigen machte).

Von den übrigen Strategemen haben sich für Strategem IV bislang keine wirklich überzeugenden Belege finden lassen. Dies mag damit zu tun haben, daß superdifferenzielle Grenzziehungen nur bei Bedarf vorgenommen werden, d.h. wenn diskursive Grenzen brüchig zu werden drohen. Hierfür wäre ein unerwünschtes Eindringen eines „anderen“ politischen Diskurses in den ordnungs- und wirtschaftspolitischen Diskurs ein denkbare Beispiel. Ein solches konnte jedoch ebensowenig wie der entsprechende Reflex von Superdifferenzrelationen ausgemacht werden. Einen schwachen, weil nicht zum hier interessierenden Topos (von zu trennenden politischen Diskursen) gehörenden Hinweis auf Superdifferenz hat allenfalls Müller-Armacks nicht konsequente Trennung der Sphären von (wissenschaftlicher) Ökonomie und Politik liefern können. Auf Strategem IV gilt es also in der folgenden Überblicksanalyse besonders zu achten.

Gegenüber der schwachen Evidenz für Strategem IV konnten für die Richtigkeit der Annahmen zu den Strategemen VI und VII zahlreiche Belege gefunden werden. Subjektpositionen für politisch-gesellschaftliche Kräfte (VI) hält der politische Diskurs, wie vermutet, nicht nur häufig bereit; es konnte auch gezeigt werden, daß diese Subjektpositionen auch erfolgreich rekrutieren, in unserem Fall z.B. die CDU als „Partei der Sozialen Marktwirtschaft“. Auch zum gezielten Durchbrechen der antagonistischen Grenze (VII) kommt es immer wieder, besonders auffällig z.B. dann, wenn die Planung ins hegemoniale Projekt eingebunden, zugleich die Planwirtschaft aber ausgeschlossen wird, oder wenn öffentliches Wirtschaften unter bestimmten Bedingungen als Teil der „Sozialen Marktwirtschaft“ artikuliert wird.

Resümieren wir nun die Analyse des Diskursausschnitts, den die Texte von Müller-Armack, Erhard und der CDU bilden, mit Blick auf die drei Kernstrategeme der offensiv-hegemonialen Strategie. Dies macht es zugleich möglich, die Gestalt der hegemonialen Formation-Formierung um die „Soziale Marktwirtschaft“ überblickartig zusammenzufassen und dabei insbesondere auf wichtige Markierungen der antagonistischen Grenze einzugehen. Die Kernstrategeme waren in allen Texten des analysierten Diskursausschnitts rekonstruierbar (eine Ausnahme hiervon bildete lediglich das Fehlen des Repräsentationsstrategems in der Juniansprache Erhards). In allen Diskursbeiträgen ließ sich als *Movens* des hegemonialen Projekts ein doppelter Mangel ausmachen: zum einen ein Mangel am spezifischen – ökonomischen – Allgemeinen, zum anderen aber ein Mangel im Symbolischen selbst, insofern als keine Artikulation hinreicht, um das Allgemeine befriedigend zu repräsentieren, weshalb sich in Relation zu eben diesem Allgemeinen Forderung an Forderung reiht (Strategem I). Unter diesen Forderungen ließen sich Zielforderungen von Mittelforderungen unterscheiden, wobei sich im Netz der Zielforderungen das (nicht oder mangelhaft realisierte) Allgemeine andeutet, und zwar in relativ stabiler Art und Weise über die verschiedenen Texte hinweg: Neben den Zielen der Wahrung des Gesamtinteresses und des Gemeinwohls, der Freiheit (in verschiedenen Hinsichten) und der Menschenwürde drückt sich die ökonomische Spezifik des Allgemeinen vor allem in den Forderungen nach Bedarfsdeckung, allgemeinem Wohlstand und wachsendem Lebensstandard sowie nach der Verhinderung wirtschaftlicher Machtkonzentration aus. Das Ziel der sozialen Gerechtigkeit taucht sowohl bei Müller-Armack als auch in den Düsseldorfer Leitsätzen prominent auf, bei Erhard hingegen nur *en passant*.

Im Diskurs werden nun diese Zielforderungen mit einer breiten Vielfalt von Mittelforderungen und Aspekten dieser Mittelforderungen in einer Äquivalenzkette P, deren Bezugspunkt die Überwindung des Mangels am Allgemeinen ist, verknüpft. Zu den am konstantesten erhobenen Forderungen gehören die nach freien Preisen, Wettbewerb, Monopolkontrolle, Geldwertstabilität und auch nach staatlicher Unterstützung für die „wirklich Bedürftigen“, die sich anders nicht zu helfen wissen. In enger Verbindung mit der Forderung nach Geldwertstabilität steht zunächst die Forderung nach einer Währungsreform, die schon bei Müller-Armack präsent ist, aber in Erhards Aprilrede eine solch hervorragende Rolle spielt, daß man dort die „Währungsreform“ als Repräsentantin des Allgemeinen rekonstruieren kann; alsbald wird sie dann als eine in der Vergangenheit erfolgreich erfüllte Forderungen artikuliert. Zum Knotenpunkt und zur Repräsentantin (Strategem III) aller Mittelforderungen und letztlich aller Forderungen entwickelt sich aber nicht die (punktuel-

le) „Währungsreform“, sondern die Forderung nach einer Wirtschaftsordnung. Diese Wirtschaftsordnung wird näher bestimmt durch die Äquivalenzierung zweier Forderungen, nämlich der Forderung nach Marktwirtschaft einerseits und nach bestimmten – z.B. „marktkonformen“ – Formen aktiver staatlicher Wirtschaftspolitik andererseits. Die geforderte Wirtschaftsordnung tritt zwar unter verschiedenen Signifikanten auf – neben „Soziale Marktwirtschaft“ beispielsweise auch als „Wettbewerbswirtschaft“, „gesteuerte Marktwirtschaft“ oder schlicht als „Marktwirtschaft“ –, doch im Wahlkampf 1949 erhält die Müller-Armacksche Prägung „Soziale Marktwirtschaft“ durch die Verwendung im CDU-Programm eine hinreichend prominente Stellung, um von der Emergenz eines leeren Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ sprechen zu können. „Soziale Marktwirtschaft“ wird also zu dem diskursiven Element, das die Äquivalenzkette von Forderungen in bezug auf das Allgemeine organisiert und repräsentiert.

Fragt man nun nach der Manifestierung des zweiten Strategems, so läßt sich – neben vielen einzelnen Kontraritäten, die sich gut ins Bild des zweigeteilten symbolischen Raums einfügen – vor allem in zweierlei Hinsicht die Artikulation einer antagonistischen Grenze konstatieren. Besonders augenfällig ist die Instituierung des Antagonismus zum einen in bezug auf die eben erwähnte umfassende Forderung nach der Wirtschaftsordnung der „Sozialen Marktwirtschaft“. Alle alternativen Wirtschaftsordnungen, ob sie nun als „Wirtschaftslenkung“, „Planwirtschaft“, „Zwangswirtschaft“, „Liberalismus“, „liberalistisches Freibeutertum“ oder unter einem anderen Signifikanten firmieren, sind insofern äquivalent (als Teil einer Äquivalenzkette Q), als sie Wirtschaftsordnungen des Mangels sind. Demgegenüber verspricht die „Soziale Marktwirtschaft“ – oder im Falle Erhards die „Marktwirtschaft“, „sozial verpflichtete Marktwirtschaft“ – die Überwindung des Mangels in all seinen Formen und signifiziert so das verwirklichte Allgemeine. Die antagonistische Grenze wird, ohne daß dies hier im einzelnen wiederholt werden müßte, durch zahlreiche Ergänzungen zur „Sozialen Marktwirtschaft“ auf der einen, und zu allen anderen Wirtschaftsordnungen auf der anderen Seite genauer gezogen und stabilisiert, aber in grundlegender Weise hängt diese Grenze von der Kontrarität zwischen der emergierenden Repräsentantin der Äquivalenzkette P – „Soziale Marktwirtschaft“ – und *allen* alternativen Wirtschaftsordnungen ab.

Der zweite entscheidende Beitrag zur Errichtung und Befestigung der antagonistischen Grenze wird durch die Verteilung und Entgegenstellung von Subjektpositionen, die ihrerseits mit den verschiedenen Wirtschaftsordnungen in einer Äquivalenzrelation stehen, bewirkt. Besonders interessant ist dabei, welche Subjektpositionen in die Äquiva-

lenzkette Q verbannt werden, mithin als äquivalente Verursacher des ökonomischen Mangels gelten. Zwei Gruppen sind unter diesen Q-Subjektpositionen besonders auffällig. Zum einen handelt es sich um all jene, gleichgültig in welcher Subjektregion, deren Kennzeichen der bloße Eigennutz ist, seien es Verwaltungsbeamte, Unternehmer oder politische Gruppierungen. Das unbedingte Streben nach Eigennutz nicht zu beschneiden oder gar zu fördern, ist sowohl in den (alt-)liberalen als auch in den planwirtschaftlichen Wirtschaftsordnungen („Staatsrentner“) ein Aspekt des Mangels. Zum anderen handelt es sich um Subjektpositionen, die sich dadurch auszeichnen, daß sie zugleich – je nach Kontext – der Subjektregion der Parteiung wie auch der des verblendeten, die Natur der Dinge mißverstehenden oder mißrepräsentierenden Ideologen zugeordnet werden. Hierbei werden nun sämtliche Vertreter von Lenkungs- oder Planungsvorstellungen in der Wirtschaft in eine Äquivalenzkette eingereiht, explizit natürlich vor allem Bolschewisten/Kommunisten, aber implizit fast genauso offensichtlich Nationalsozialisten; und schließlich auch Sozialdemokraten, wie dies besonders in den Düsseldorfser Leitsätzen der CDU deutlich wird, wenn von der „gegnerischen Seite“ gesprochen wird, deren Hauptvertreter natürlich im Wirtschaftsrat wie im laufenden Wahlkampf die SPD war. Somit kommt es zu einer Äquivalenzierung der Planungsvorstellungen von Nationalsozialisten, Kommunisten und Sozialdemokraten, die allesamt dem Mangel zuzuordnen sind, den die christlich-demokratisch-(neo-)liberale „Soziale Marktwirtschaft“ zu überwinden verspricht.

6.3.2 Entwicklung des hegemonialen Projekts „Soziale Marktwirtschaft“ in den 1950er Jahren

In diesem Abschnitt wird die Fortentwicklung des hegemonialen Projekts „Soziale Marktwirtschaft“ in den 1950er Jahren exemplarisch untersucht. Dabei besteht der Diskurskorpus aus folgenden Texten:

- Oswald von Nell-Breuning (1952): Thesen zu einer Grundsatzdebatte, Referat auf einer Arbeitstagung des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft am 19./20. Januar 1952 (Nell-Breuning 1956[1952]),
- FDP (1953): Wirtschaftsprogramm (FDP 1963[1953]),
- drei Anzeigen aus den Jahren 1952/53, mit denen der vor allem von Unternehmern getragene Verein „Die Waage“ Öffentlichkeitsarbeit für „Erhards Soziale Marktwirtschaft“ machte (Siehe Abb. 9-11),
- Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände/BDA (1953): Gedanken zur Sozialen Ordnung, Grundsatzpapier zu Ordnungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik (BDA 1953),

- Alfred Müller-Armack (1956): Soziale Marktwirtschaft, häufig zitierter Handbuchartikel zur Erläuterung der Sozialen Marktwirtschaft (Müller-Armack 1966[1956]),
- Wilhelm Röpke (1958): Aktionsprogramm der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Stellungnahme des gleichnamigen, größtenteils aus Wissenschaftlern bestehenden Fördervereins für Soziale Marktwirtschaft (Röpke 1958).

Die bei den Einzelanalysen befolgte Reihenfolge von Analyseschritten werde ich im folgenden nicht einhalten, nicht nur weil dies ausufernd und mitunter sehr repetitiv wäre, sondern vor allem, weil dadurch die Überblicksanalyse erschwert würde, in deren Mittelpunkt ja die Untersuchung einzelner Aspekte des hegemonialen Geschehens über verschiedene Texte hinweg und nicht so sehr die einzelnen Texte stehen sollen. Statt dessen gehe ich folgendermaßen vor: Am Anfang steht erneut ein kurzer Abriss des historischen Kontexts. Anschließend konzentriere ich mich darauf, den Elementen der hegemonialen Strategie nachzuspüren, die in den Einzelanalysen nicht hinreichend oder gar nicht erfaßt werden konnten; in Verbindung hiermit wird in Augenschein genommen, wie sich das Zusammenspiel der drei Kernstrategeme weiterentwickelte. Im Zentrum steht die Aufgabe, Strategem V zu rekonstruieren, also die emergente Interpretationsoffenheit des leeren Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“. Verknüpft wird mit dieser Rekonstruktion die Untersuchung, welche Subjekte mit welchen Interpretationen wann und auf welchen Subjektpositionen in den Diskurs eintreten, welche spezifischen Fortschreibungen der antagonistischen Grenze dabei produziert werden und wie sich eine spezifische Diskurskoalition konstituiert. Mit Blick auf die Fortschreibung der antagonistischen Grenze interessiert hier erstens besonders, welche Kontraritäten zwischen Wirtschaftsordnungselementen, und zweitens, welche Kontraritäten zwischen Subjektpositionen artikuliert werden. Abschließend nehme ich dann in den Blick, ob und inwiefern der sich entwickelnde Diskurs durch Superdifferenzen abgegrenzt wird (Strategem IV), und wie sich die Strategeme VIII und IX bereits in Ansätzen ausmachen lassen.

Betrachten wir also auch hier zunächst kurz den historischen Kontext, insofern er für den Diskurs um die „Soziale Marktwirtschaft“ von besonderem Belang ist.⁶⁰ Zunächst ist natürlich festzuhalten, daß mit der CDU im gesamten Analysezeitraum bis einschließlich 1959 die „Partei der Sozialen Marktwirtschaft“ die größte Regierungspartei im Bund stellte, die sowohl 1953 (45,2 %) als auch 1957 (50,2 %) ihr Wähler-

60 Ich greife dafür vor allem auf Abelshauser (1983), Kleßmann (1991; 1997) und Schwarz (1981) zurück.

gebnis steigern konnte und von 1957 bis 1961 – zusammen mit der CSU – mit absoluter Mehrheit regieren konnte. Ludwig Erhard blieb die gesamte Zeit über Wirtschaftsminister; Alfred Müller-Armack avancierte zu seinem wichtigsten Mitarbeiter, war ab 1952 Leiter der Grundsatzabteilung des BMWi und ab 1958 ebendort Staatssekretär für Europapolitik. Da die höheren Posten im BMWi im Lauf der frühen 1950er Jahre zunehmend mit Menschen besetzt wurden, die dem neoliberalen Gedankengut wohlwollend gegenüberstanden, wurde das Ministerium zum festen Bollwerk der Sozialen Marktwirtschaft im Sinne von Erhards tendenziell (neo-)liberaler Auslegung (vgl. Löffler 2002: 508-10; vgl. auch Alber 1989: 59). Allerdings konnte sich Erhard mit seiner eher liberalen als christlich-sozialen Auslegung der „Sozialen Marktwirtschaft“ keineswegs immer durchsetzen, was vor allem an seiner nicht unproblematischen Beziehung zur Unionsfraktion im Bundestag (vgl. Löffler 2002: 482-490) und auch zu Adenauer – dem Wahlerfolge wichtiger waren als ordnungspolitische Ideengebäude – lag. Die vielleicht empfindlichste unionsinterne Niederlage aus (neo)liberaler Sicht mußte Erhard im Zuge der Rentenreform 1957 hinnehmen – dazu gleich.

Weil sie den Charakter der sich entwickelnden „Sozialen Marktwirtschaft“ nachhaltig beeinflussten, möchte ich aus den vielen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen der 1950er Jahre die folgenden kurz herausgreifen: den Koreaboom und die folgende Einführung korporatistischer Planungselemente in die Wirtschaftsordnung, die Entwicklung der Vermögensverteilung, einige Eckpunkte der Sozialpolitik sowie die deutsch-deutsche Teilung und die sich in dieser Teilung manifestierende Systemkonkurrenz zwischen Sozialer Marktwirtschaft und sozialistischer Planwirtschaft.

Ehe in der jungen Bundesrepublik der Durchbruch zu einem lang andauernden und sich selbst tragenden Wachstum gelang – Abelshauser (1983: 70) konstatiert ein solches ab Mitte 1952 –, mußte die deutsche Wirtschaft noch durch schwere See manövrieren. Das Wachstum der Industrieproduktion kam im Winter 1949/50 ins Stocken, die Arbeitslosigkeit stieg, wie schon erwähnt, auf mehr als zwei Millionen (ca. 12 %) im Februar 1950. Bei Wirtschaftsminister Erhard zeigte sich nun erneut, daß seine Vorstellung einer sozialverpflichteten Marktwirtschaft, wie schon im Zuge der obigen Analyse dargestellt, vor allem von neo- bzw. ordoliberalen Gedankengut beeinflusst war. So hielt er auch angesichts der genannten Krisenanzeichen unter dem Etikett der „Sozialen Marktwirtschaft“ an einer neoliberalen Wirtschaftspolitik fest, insbesondere sperrte er sich gegen aktive wirtschafts- oder arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und er wollte das staatliche Eingreifen in die Wirtschaft weiterhin auf die Ordnungsfunktion beschränken. Allerdings stand Erhard damit

nicht nur in Opposition zur SPD, sondern auch zu Teilen der Union und zur Alliierten Hochkommission. Die Alliierten waren es letztlich auch, die Erhard in der ersten Hälfte des Jahres 1950 dazu nötigten, Arbeitsbeschaffungsprogramme zu initiieren (vgl. Abelshauser 1983: 65-67).

Ehe diese Programme jedoch de facto das Licht der Welt erblicken konnten, brach im Juni 1950 der Koreakrieg aus. Die Folge war eine weltweit gesteigerte Nachfrage nach deutschen Gütern, welche die Industrieproduktion der jungen Republik stark anwachsen ließ. Zugleich stieg die Zahl der Erwerbstätigen – allerdings ohne daß dadurch die Arbeitslosigkeit deutlich zurückgegangen wäre (vgl. ebd.: 68). Der Koreakrieg löste jedoch nicht nur einen Wachstumsschub aus, sondern verdeutlichte auch, daß Erhards Wirtschaftspolitik, die seit 1948 auf den Ausbau der Konsumgüterindustrie konzentriert gewesen war, markante Schwächen hatte. Die größte Schwäche lag in der jahrelangen Vernachlässigung der Investitionen in die Grundstoffindustrien. Das galt insbesondere für die Strom-, Stahl- und Kohleindustrie, die aufgrund dieser Vernachlässigung nun nicht in der Lage waren, die während des Booms anschwellende Nachfrage zu befriedigen. Die entstehenden Engpässe ließen aus dem Koreaboom eine Korea Krise werden, eine Krise, die jedoch „gleichzeitig den wirtschaftlichen und politischen Problemdruck [schuf], der die Krise überwinden half – nicht ohne Wirtschaft und Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik nachhaltig zu verändern“ (Abelshauser 1983: 70). Diese Veränderung war eine Veränderung hin zu mehr planwirtschaftlichen Elementen, wenn auch in besonderem Gewand. Im März 1951 war von amerikanischer Seite – dort war angesichts der Kriege in Korea das Interesse an einer leistungsfähigen westdeutschen Wirtschaft enorm – die unmißverständliche Aufforderung zu einer grundsätzlichen Änderung der Wirtschaftspolitik hin zu mehr Planwirtschaft gekommen, um so die wirtschaftlichen Probleme zu lösen (vgl. ebd.: 76-79, Kleßmann 1991: 225). Angesichts dieses Drucks konnte Erhard die von ihm gewünschte „strikt marktwirtschaftliche“ Linie des Staates nur deshalb aufrecht erhalten, weil ihm die Wirtschaftsverbände zur Hilfe kamen und selbstverwaltet Aufgaben bei der Rohstoffverteilung und der Investitionsplanung übernahmen. Die Wirtschaftsverbände entwickelten also ein „Verfahren privatwirtschaftlicher Wirtschaftslenkung“ (Abelshauser 1983: 80) und füllten so die „Lenkungslücke aus, welche die Wirtschaftsreform von 1948 bewußt offen gelassen hatte“ (ebd.: 81). Begreift man diesen Prozeß als Artikulation – es handelt sich ja um eine Sinnsetzung – so kann man erneut eine – diesmal praktische – Äquivalenzierung von Marktwirtschaft und Wirtschaftslenkung innerhalb der emergierenden Formierung der „Sozialen Marktwirtschaft“ konstatieren, ebenso wie die Subjektivierung der Wirtschaftsverbände

durch diese Formation. Zugleich handelt es sich um eine Verschiebung weg von der durch Erhard vertretenen eher liberalen Lesart der „Sozialen Marktwirtschaft“ (vgl. ebd.: 81/82).

Die Ausweitung der Sozialpolitik kann als weitere wichtige, den Sinn der „Sozialen Marktwirtschaft“ modifizierende Entwicklung der 1950er Jahre gelten. Den Hintergrund der Sozialpolitik bildete dabei eine trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs fortbestehende Armut eines nicht geringen Teils der deutschen Bevölkerung (vgl. Kleßmann 1997: 39-44), darunter waren insbesondere viele Empfänger von Sozialleistungen, die Hans-Peter Schwarz als die „Stiefkinder des Wirtschaftswunders“ (Schwarz 1981: 327) bezeichnet. Zugleich ist in den ersten Jahren nach Gründung der Republik ein rasches und deutliches Auseinanderklaffen der Entwicklung der Kapitalgewinne einerseits und der Arbeitslöhne andererseits zu konstatieren, eine der Hauptursachen der im Lauf der 1950er Jahre zunehmend ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung (vgl. Abelshauser 1983: 72, 132-142).

In der ersten Legislaturperiode standen zunächst die Förderung des Wohnungsbaus und die Entschädigung der Kriegssopfer und Flüchtlinge (Lastenausgleich) im Vordergrund (vgl. Kleßmann 1991: 240-248), während man hinsichtlich des Sozialversicherungswesens von einer „Phase institutioneller Restauration“ (Alber 1989: 60) sprechen kann, da im wesentlichen das traditionelle System wieder in Kraft gesetzt wurde. Vor allem aber kann die Einführung des Mitbestimmungsrechts – Montanmitbestimmung 1951, Betriebsverfassungsgesetz 1952 – als Merkmal der sich konstituierenden Sozialpartnerschaft, ein mit der „Sozialen Marktwirtschaft“ eng verwobener Sinnkomplex (vgl. Wengeler 1996: 415/16), gelten. Insbesondere das Betriebsverfassungsgesetz blieb dabei weit hinter den gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Vorstellungen zurück (vgl. Kleßmann 1991: 236-239), kann also als ein Beleg für die fortbestehende Dominanz christlich-demokratisch-liberalen Denkens bei der Ausgestaltung der „Sozialen Marktwirtschaft“ gelten. Andererseits aber muß auch festgehalten werden, daß, indem ein solches Gesetz gegen den Widerstand der Unternehmerverbände und eines Teils der bürgerlichen Parteien überhaupt zustande kam, offensichtlich wurde, daß die Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“ flexibel ausgelegt werden konnte. Denn unter ihrem Zeichen wurde eben keine rein (neo-)liberale Politik im Sinne Erhards verfochten, sondern vielmehr die Integration der Arbeitnehmer in die „Soziale Marktwirtschaft“ vorangetrieben (vgl. ebd.: 239).

Den vielleicht größten Akzeptanzzugewinn, aber auch die größte Sinnverschiebung – gegenüber der Erhard'schen, weniger gegenüber der Müller-Armackschen Lesart oder der der Düsseldorfer Leitsätze – erhielt die „Soziale Marktwirtschaft“ jedoch durch die Reform der Rentenversi-

cherung zum Ende der zweiten Legislaturperiode im Februar 1957 (vgl. Alber 1989: 61; Kleßmann 1991: 249-251). Die Reform, die gleichzeitig in der Angestellten- und in der Arbeitsversicherung vorgenommen wurde, bewirkte durch die Gleichzeitigkeit der Umstellung auf das Umlageverfahren, die Dynamisierung und eine Erhöhung der Renten eine enorme Verbesserung der Altersversorgung. Daß die Rentenreformgesetze, die das Soziale der Sozialen Marktwirtschaft für viele Deutsche mit Sinn erfüllten, gegen den Willen Erhards (vgl. Hentschel 1998: 366-370) und gegen die Stimmen der FDP, aber mit den Stimmen der oppositionellen Sozialdemokraten verabschiedet wurden, zeigt den zunehmenden Erfolg einer Politik, die unter dem Etikett „Soziale Marktwirtschaft“ betrieben wurde, und damit auch den Erfolg des hegemonialen Projekts „Soziale Marktwirtschaft“; zugleich wird hierdurch erneut deutlich, daß sich mit dem zunehmenden Erfolg ein Wandel der Bedeutung von „Sozialer Marktwirtschaft“, oder genauer, eine emergente Interpretationsoffenheit dieses allmählich zum leeren Signifikanten werdenden Signifikanten einstellt (Strategem V). Werner Abelshauser notierte in diesem Zusammenhang die immer deutlicher werdende Äquivalenz von Marktwirtschaft und Sozialpolitik unter dem Zeichen der „Sozialen Marktwirtschaft“:

Die Soziale Marktwirtschaft verhieß [...] materielle Sicherheit, wie sie im Slogan „Wohlstand für alle“ ihren prägnantesten Ausdruck fand. Ihre Anhänger suchten sie über Marktwettbewerb und staatliche Ordnungspolitik zu verwirklichen, ausdrücklich aber nicht mit den Instrumentarien des Interventionsstaates oder über korporative Selbstverwaltungskörperschaften in der Tradition der Bismarckschen Sozialversicherung. Letztere wurde jedoch durch die Rentenreform des Jahres 1957, die eine große sozialpolitische Koalition gegen den Widerstand des reformliberalen Lagers durchsetzte, nachhaltig gestärkt. *Soziale Marktwirtschaft wurde daraufhin in der Öffentlichkeit, bald aber auch von ihren eigenen Anhängern als eine Symbiose von Marktwirtschaft und klassischer Sozialpolitik beschrieben* (Abelshauser 2001: 133/34, Herv. MN).

Neben den korporatistisch-planwirtschaftlichen und den sozialpolitischen Entwicklungen wurde die Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“ vor allem durch die deutsche Teilung und die Kontrastierung mit der ostdeutschen, sozialistisch-planwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung geprägt. Zwar war die Planwirtschaft in der DDR zunächst ökonomisch nicht erfolglos: Der erste Fünfjahresplan (1950-1955), der eine Verdopplung der industriellen Produktion im Vergleich zu 1936 vorsah, wurde zu 102,6 % erfüllt; die Arbeitsproduktivität im selben Zeitraum konnte um 55 % und die Zahl der Beschäftigten von 5,8 Mio. (1945) auf 7,8 Mio. (1955) gesteigert werden (vgl. Kleßmann 1991: 270). Insofern

mußte das sozialistisch-planwirtschaftliche System ökonomisch zunächst als ernst zu nehmender Konkurrent angesehen werden. Zugleich allerdings waren unübersehbar mit diesem System ökonomische wie politische Freiheitsverluste und Repressionen einhergegangen, wie sich am plakativsten in der Niederschlagung des Arbeiteraufstands vom 17. Juni 1953 zeigte. Vor allem diese Freiheitsverluste und Repressionen boten eine Kontrastfläche, gegenüber der sich die „Soziale Marktwirtschaft“ abzuheben suchte, wobei einige Verfechter des hegemonialen Projekts „Soziale Marktwirtschaft“, wie zu zeigen sein wird, im Zuge der Zweiteilung des symbolischen Raums insbesondere bemüht waren, eine Äquivalenz zwischen der sozialistisch-planwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung der DDR und der Wirtschaftsplanung im Sinne des demokratischen Sozialismus der westdeutschen SPD zu etablieren.

Das Schlagwort „Soziale Marktwirtschaft“ hatte durch den Wahlkampf 1949 und durch die Verwendung zur Bezeichnung der Wirtschaftspolitik der Regierung Adenauer in den Jahren danach bereits eine gewisse Prominenz erhalten. Dies zeigt sich daran, daß mit Beginn der 1950er Jahre zunehmend Subjekte in den ordnungs- und wirtschaftspolitischen Diskurs eintreten, indem sie eine Position gegenüber der „Sozialen Marktwirtschaft“ einnehmen – sowohl in zustimmender als auch in ablehnender Weise (siehe für Letzteres v.a. Abschnitt 6.3.3). Doch weil die „Soziale Marktwirtschaft“, wie jedes diskursive Element, im Saussureschen Sinn einen „Wert“ darstellt, dessen Bedeutung sich qua Relationalität durch seine je spezifische Einbindung in das Netz diskursiver Elemente ergibt, kann die Einnahme einer Subjektposition im Projekt „Soziale Marktwirtschaft“, mithin die Etablierung einer Relation zwischen Subjekt und „Sozialer Marktwirtschaft“, kein Ereignis ohne Rückwirkung auf die „Soziale Marktwirtschaft“ selbst sein. Dies gilt um so mehr dann, wenn man es bei den subjektivierten Subjekten mit politisch-gesellschaftlichen Kräften im oben ausgeführten Sinne zu tun hat, wenn es sich also um diskursiv in besonderer Weise wahrnehmbare Subjekte handelt. Es kann demnach nicht verwundern, wenn das hegemoniale Projekt der „Sozialen Marktwirtschaft“, das, wie ausgeführt, zahlreiche Subjektpositionen zu inkorporieren sucht, eine Bedeutungspreizung von „Sozialer Marktwirtschaft“ mit sich bringt, je mehr es voranschreitet. In diesem Zusammenhang steht das als Strategem V eingeführte Strategem der emergenten Interpretationsoffenheit des symbolischen Äquivalents des Allgemeinen.⁶¹ Diese Interpretationsoffenheit

61 Auch wenn wir die Erörterung dieses Strategems bislang aufgeschoben haben, weil es sich in befriedigender Weise erst jenseits der Einzeltextanalyse rekonstruieren läßt, so hat es sich doch in der Summe der obigen

steht in einem reziproken Verhältnis zur Fähigkeit, Subjektpositionen einzubinden.

Als kleinster gemeinsamer Nenner der in den 1950er Jahren zirkulierenden Lesarten der „Sozialen Marktwirtschaft“ kann gelten, daß es sich um eine grundsätzlich marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung handelt, der allerdings ein – v.a. wettbewerbs- und geldpolitischer – Rahmen von staatlicher Seite vorgegeben wird. Darüber hinaus differieren die Interpretationen der „Sozialen Marktwirtschaft“ jedoch einerseits hinsichtlich des dieser Wirtschaftsordnung angemessenen Ausmaßes an lenkender Wirtschaftspolitik und kompensierender Sozialpolitik und andererseits hinsichtlich der Abgrenzungen zu anderen Wirtschaftsordnungen. Diese Unterschiede sind in besonderer Weise bei jenen auszumachen, die in der Subjektregion der Experten und Fachleute in das hegemoniale Projekt der „Sozialen Marktwirtschaft“ eintreten, sei es als politikberatender Wissenschaftler (wie Oswald Nell-Breuning oder Wilhelm Röpke), als administrativ tätiger Wissenschaftler (wie Alfred Müller-Armack) oder als wissenschaftlicher Verband (wie die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, in deren Namen Röpke schreibt). Die Bandbreite der Lesarten läßt sich schön an Texten von Oswald von Nell-Breuning und von Wilhelm Röpke zeigen.

Der Jesuit Oswald von Nell-Breuning kann als der führende Vertreter der katholischen Soziallehre Nachkriegsdeutschlands betrachtet werden. Im Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft, zu dessen Mitgliedern er lange Jahre gehörte, hielt er im Januar 1952 ein Grundsatzreferat, im Verlauf dessen er die von ihm befürwortete „Soziale Marktwirtschaft“ folgendermaßen einordnete:

56. *Soziale Marktwirtschaft* besagt eine Wirtschaft, die das Ineinandergreifen der verschiedenen Wirtschaftssubjekte grundsätzlich *verkehrswirtschaftlich* [d.h. marktwirtschaftlich, MN] gestaltet, zugleich aber die Wirtschaft im ganzen so zu *lenken* bestrebt ist, daß das Ergebnis „sozial“ ist, d.h. den Sinn der Wirtschaft erfüllt oder ihr Sachziel verwirklicht [...] durch eine Versorgung der

Einzelanalysen bereits angedeutet: vor allem dadurch, daß einerseits Erhard, der schon bald als der „Vater der Sozialen Marktwirtschaft“ galt, zunächst die „Marktwirtschaft“ in ihrer adjektivlosen Form propagierte und auch, nachdem er regelmäßig von „Sozialer Marktwirtschaft“ sprach, das Soziale als immanente, nicht als hinzuzufügende Eigenschaft der Marktwirtschaft verstand; während andererseits Müller-Armack schon 1946 von zahlreichen, auch sozial- und steuerpolitischen Ergänzungen zur „Marktwirtschaft“ ausging, um sie zur „Sozialen Marktwirtschaft“ zu machen. Die Düsseldorfer Leitsätze schließlich lassen in ihrem wirtschaftspolitischen Teil beide Lesarten ohne weiteres zu, wohingegen der sozialpolitische Teil eher der Müller-Armackschen Lesart nahezustehen scheint.

Menschen mit Unterhaltsmitteln (Einkommen und Vermögen), die eine tragfähige materielle Unterlage abgibt für eine gesunde *gesellschaftliche Ordnung* und damit für ein politisch und kulturell befriedigendes Gemeinschaftsleben.

57. Das Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft besagt daher ein Doppeltes:

a) daß Wirtschaft – auch Verkehrswirtschaft – *lenkbar* ist, m.a.W., daß Verkehrswirtschaft und Lenkung keine einander ausschließenden Begriffe sind: *Möglichkeit* einer Lenkung;

b) daß das bloße Spiel der Marktgesetze („innere Koordination“) die Sinnerfüllung oder Erreichung des Sachziels der Wirtschaft aus sich allein nicht, zum mindesten nicht in allen Fällen und Lagen, gewährleistet, dies vielmehr, mindestens unter Umständen, durch lenkerische Maßnahmen sichergestellt werden muß: *Erfordernis* der Lenkung (Nell-Breuning 1956[1952]: 55, Herv. i.O.).

Nell-Breuning konzipierte „Soziale Marktwirtschaft“ also als Mischung aus Marktwirtschaft und Lenkungswirtschaft, unter der Prämisse, daß die Marktwirtschaft allein das „Sachziel der Wirtschaft“ verfehlt, welches er als „Versorgung der Menschen mit den ihnen als Geist-Leib-Wesen zur Erhaltung, Bereicherung, Veredelung und Verschönerung ihres Daseins benötigten materiellen Mitteln“ definiert (Nell-Breuning 1956[1952]: 44). Die Äquivalenz von marktwirtschaftlichen und lenkungswirtschaftlichen Elementen wird durch eine mehrfache Abgrenzung begleitet: Die Ordnung der „Sozialen Marktwirtschaft“ wird sowohl in Kontrarität zur Katallaktik im spezifischen Sinne Hayeks (vgl. ebd.: 54) und zum Neo(!)liberalismus im allgemeinen als auch zum Interventionismus der staatlichen Einzeleingriffe in die Wirtschaft abgegrenzt (vgl. ebd.: 55). Mit der „Sozialen Marktwirtschaft“ äquivalent gesetzt werden hingegen verschiedene Notwendigkeiten einer systemischen Lenkung (womit ähnliches gemeint ist wie mit einer Lenkung qua „marktkonformer“ Maßnahmen, vgl. ebd.: 56), vor allem im Sinne von Einkommenspolitik (inklusive Redistribution), Vermögenspolitik, Investitionspolitik, Konjunkturpolitik, Beschäftigungspolitik, Kredit- und Geldpolitik sowie Wohnungs- und Bodenpolitik (vgl. ebd.: 62-67). Die „Soziale Marktwirtschaft“ gilt Nell-Breuning als diejenige Wirtschaftsordnung, die den gemeinsamen Grundwerten der Mehrheit des deutschen Volkes – „Menschenwürde“, „Freiheit“, „Gerechtigkeit“ – angemessen ist, wobei die Mehrheit in Kontrarität zu einer „sehr regsame[n], aber zahlenmäßig unbedeutende[n] Minderheit“, die dem „historischen und dialektischen Materialismus“ anhängt (ebd.: 50), artikuliert wird.

Einen deutlichen Gegenpol zu dieser christlich-sozialen Lesart der „Sozialen Marktwirtschaft“ bildet ihre Fortschreibung als „neoliberale Soziale Marktwirtschaft“ durch den bereits oben erwähnten Wilhelm Röpke (1958: 43) im „Aktionsprogramm der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“ (vgl. zur ASM Löffler 2002: 81/82; Starbatty

2003), das 1958 aus Anlaß des zehnjährigen „Jubiläums“ der Sozialen Marktwirtschaft publiziert wurde. Wo Nell-Breuning die „Soziale Marktwirtschaft“ in Kontrarität zum „Neoliberalismus“ artikuliert, betont Röpke also die Äquivalenz beider diskursiver Elemente – ein deutliches Anzeichen der sich konstituierenden Bedeutungspluralität der „Sozialen Marktwirtschaft“. Röpke und mit ihm die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) binden in die Äquivalenzkette um die „Soziale Marktwirtschaft“ weiterhin vor allem die Forderungen nach Sicherung des „Eigentums“ (Röpke 1958: 30/31), nach „Stabilität des Geldwertes“ (ebd.: 31) und nach „Freiheit und Sauberkeit des Wettbewerbs“ (ebd.) ein. Zugleich wird immer wieder die Wahrung der menschlichen „Würde“ im Sinne von Verantwortung für das eigene Leben als wichtiges Ziel propagiert – interessanterweise vor allem zur Abwehr von sozialpolitisch relevanten staatlichen Maßnahmen, etwa der Förderung von Vermögen (die die Würde des Arbeiters beeinträchtigt, vgl. ebd.: 35), oder aber, um die Notwendigkeit einer privatisierten Kranken- und Altersvorsorge zu begründen (ebd.: 40).

Das Aktionsprogramm stellt fest, daß die „Soziale Marktwirtschaft [...] erst sehr unvollständig verwirklicht“ sei, und daß diese Unvollkommenheit der Grund für fortbestehende „Störungen und Unvollkommenheiten“ sei (ebd.: 29). Weiter moniert es, daß die zweite Legislaturperiode des Deutschen Bundestages (1953-1957) von einer Vielzahl von Verstößen „gegen die marktwirtschaftliche Ordnung“ gekennzeichnet gewesen sei⁶² – hier zeigt sich der Unwille der ordoliberalen Wirtschaftswissenschaft angesichts des verwässerten Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen und angesichts der Rentenreform. In einer typischen hegemonialen Geste führt Röpke diese Verstöße zurück auf den unheilvollen Einfluß von Interessengruppierungen, wobei das „Gesamtinteresse“ übergangen wird. Der folgende „Staatsinterventionismus“ stehe in Kontrarität zur „Sozialen Marktwirtschaft“ (ebd.).

Die Wirtschaftsordnung der „Sozialen Marktwirtschaft“ wird allerdings nicht nur gegenüber dem verfehlten „Staatsinterventionismus“, sondern auch gegenüber dem „herkömmlichen Kapitalismus“ bzw. der „paläoliberalen Doktrin“ abgegrenzt, die durch ihre Krisenhaftigkeit ihrerseits „der sozialistischen und schließlich der bolschewistischen Ideologie den Boden bereitete“ (ebd.: 43). Zusammen mit letzterer wird – der Ost-West-Gegensatz kommt hier diskursiv voll zum Tragen – der „Kommunismus“ als Hauptgegner der „Sozialen Marktwirtschaft“ und ihrer Aktionsgemeinschaft artikuliert: „Die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft sieht es als ihre Hauptaufgabe an, gegenüber der Offen-

62 Hier klingt auch Strategem IX (Strategem der eigentlichen Bedeutung) an.

sive des Kommunismus [...] eine bewußte Gegenoffensive zu unternehmen“, schreibt Röpke (ebd.: 30), und weiter:

Die Soziale Marktwirtschaft überwindet die Baufehler des herkömmlichen Kapitalismus mit freiheitlichen Mitteln, während eine freiheitsfeindliche staatliche Befehlswirtschaft diese Baufehler nur noch verschärft und um neue, noch schlimmere vermehrt.

Die Soziale Marktwirtschaft grenzt sich deutlich gegen diese beiden Wirtschaftssysteme ab und stellt sich in den Dienst einer angesichts der sowjetischen Herausforderung unerläßlichen Verbesserung und Kräftigung unserer Gesellschaftsordnung (Röpke 1958: 47, Herv. MN).

Erneut finden wir also die Äquivalenzierung qua Kontrarität von „herkömmlichem Kapitalismus“ bzw. Paläoliberalismus und staatlicher „Befehlswirtschaft“/„Kommunismus“. Allerdings läßt sich feststellen, daß für die Advokaten der „neoliberalen Sozialen Marktwirtschaft“ die Abgrenzung gegenüber dem Kommunismus die tragende Rolle spielt („Gegenoffensive“). In diesem Sinne wird die „Soziale Marktwirtschaft“ auch als „Wirtschaftsform der freiheitlichen Demokratie“ artikuliert und die Planwirtschaft dem „totalitären Diktaturstaat“ äquivalent gesetzt (ebd.: 30).

Wir sehen also die angesprochene Bedeutungsspreizung, deren Intervall im wesentlichen auf der einen Seite durch eine neoliberale Interpretation begrenzt wird, die das Soziale der „Sozialen Marktwirtschaft“ in der Ergänzung der Marktwirtschaft um wettbewerbsrechtliche und geldpolitische Sicherungen sieht, und auf der anderen Seite durch eine christlich-soziale Interpretation, die eine Notwendigkeit zur Ergänzung einer solchen marktwirtschaftlichen Ordnung um lenkungswirtschaftliche und sozialpolitische Maßnahmen gegeben sieht. Beide Lesarten unterscheiden sich insbesondere dahingehend, ob sie in der Wirtschaftsordnung der „Sozialen Marktwirtschaft“ ausschließlich eine Wirtschaftsordnung mit dem Ziel einer weitestgehenden ökonomischen Leistungssteigerung (so die neoliberale Lesart) oder aber eine darüber hinaus gehende Gesellschaftsordnung sehen, die den in ihr lebenden Menschen ein „politisch und kulturell befriedigendes Gemeinschaftsleben“ ermöglicht (Nell-Breuning 1956[1952]: 55).

Eher der neoliberalen Interpretation neigt das Wirtschaftsprogramm der FDP aus dem Jahr 1953 zu (FDP 1963[1953]). Auch hier werden unter dem – im Jahr 1948 bereits von Erhard verwendeten – Hauptschlagwort der „sozial verpflichteten Marktwirtschaft“ („Soziale Marktwirtschaft“ taucht nur vereinzelt auf, vgl. z.B. ebd.: 341) vor allem die Forderungen nach „freier Entfaltung“ (ebd.: 332), nach einer „Sicherung des Leistungswettbewerbs“ und nach einer „gesunden Währung“ (beide

ebd.: 333) in eine Äquivalenzkette eingebunden. Die „sozial verpflichtete Marktwirtschaft“ wird dabei in Kontrarität zum „Sozialismus aller Schattierungen [...], der] die Menschen durch Enteignung zugunsten des Staates und seiner dadurch allmächtig werdenden Funktionäre gleich arm und unfrei“ (ebd.: 332) macht, sowie zum „Staatskapitalismus“ (ebd.: 334) artikuliert. Wenig überraschend fehlt bei den Liberalen eine Kontraritätsartikulation von „Sozialer Marktwirtschaft“ und „Liberalismus“ (unabhängig vom Präfix des Liberalismus).

Relativ deutlich innerhalb des neoliberalen Bedeutungsfeldes der „Sozialen Marktwirtschaft“ verortet sich auch die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), wenn sie im März 1953 – also ein halbes Jahr vor der zweiten Bundestagswahl – in ihrer Grundsatzerklärung „Gedanken zur sozialen Ordnung“ formuliert:

Der Wandel in der Wirtschaftsgesinnung, in den Wirtschaftsformen und in der Sozialordnung, der sich in den letzten fünfzig [!] Jahren vollzogen und sich gerade auch in der Deutschen Bundesrepublik seit 1948 fortgesetzt hat, kommt darin zum Ausdruck, daß wir heute nicht mehr von einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung, sondern von „*Sozialer Marktwirtschaft*“ sprechen. Unter dieser Marktwirtschaft versteht man eine Wirtschaft mit grundsätzlichem Privateigentum an den Produktionsmitteln, mit freiem Wettbewerb im Rahmen der Rechts- und Sittenordnung, mit Vertragsfreiheit, mit individueller Haftung und mit fester Währung. Sozial nennt man diese Marktwirtschaft, weil ihre Verfechter, zu denen auch die Unternehmer gehören, entschlossen sind, mit ihr als Grundlage der Gütererzeugung und Güterverteilung zugleich das mögliche Höchstmaß an sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit zu verwirklichen (BDA 1953: 8, Herv. i.O.).

Die Unternehmer in Form der BDA treten hier also unmittelbar als Subjekte – Verfechter – der „Sozialen Marktwirtschaft“ in Erscheinung, reihen sich also in das sozialmarktwirtschaftliche Projekt ein.⁶³ In die Äquivalenzkette um die „Soziale Marktwirtschaft“ werden die typisch neoliberalen Forderungen nach Privateigentum, nach freiem, aber rechtlich geregeltem Wettbewerb und nach stabiler Währung eingebunden, ebenso die nicht minder liberale Forderung nach Vertragsfreiheit. Das Soziale der „Sozialen Marktwirtschaft“ wird hingegen lediglich im Sinne einer Absichtserklärung in die Äquivalenzkette eingebunden. Die Einforderung von „Leistungsfähigkeit“ und „Leistungswillen“ steht hier in Kontrarität zu einer zu umfangreichen und dadurch lähmenden öffentlichen Betreuung (vgl. ebd.: 11). Ähnlich wie auch die FDP die „So-

63 Vgl. allgemein zum Verhältnis der Unternehmerverbände zur „Sozialen Marktwirtschaft“ Hartwig (1997).

ziale Marktwirtschaft“ in Kontrarität zum „Sozialismus aller Schattierungen“ artikuliert und damit sämtliche Sozialismen äquivalent gesetzt hatte, positioniert auch die BDA die „Soziale Marktwirtschaft“ gleichermaßen in Kontrarität zum sowjetisch-ostdeutschen „Kommunismus“/„Bolschewismus“ (ebd.: 4/5) wie zum „demokratischen Sozialismus“, der wirtschaftspolitischen Leitvorstellung der westdeutschen Sozialdemokratie. Letztere, 1953 noch stark von lenkungswirtschaftlichem Denken durchdrungen, wird in eine unausweichliche Äquivalenz mit „totalitärem Staat“ und „Konzentrationslagern“ gestellt:

[Die Wirtschaftsplanung] führt notwendig zu immer weiterem Ausbau des Staatsapparates, zur Ausübung schroffer staatlicher Gewalt und schließlich zum totalitären Staat. Der Bauer bringt, um an ein bekanntes Beispiel zu erinnern, sein Gemüse nicht mehr zum Markt, weil es seinem Eigeninteresse entspricht, sondern weil der Gendarm hinter ihm steht. Persönliche Freiheit und Meinungsfreiheit werden hinfällig. Am Ende der Entwicklung steht das Konzentrationslager. Dies ist durch Erfahrung hinreichend erhärtet und in unser Wissensgut eingegangen.

An solchen Zwangsläufigkeiten scheitern Wirtschafts- und Sozialordnung des demokratischen Sozialismus. *Eine menschenwürdige Sozialordnung ist mit seinen Lehren unvereinbar* (BDA 1953: 7, Herv. i.O.).

Wie der „Sozialismus“ wird auch „das Denken des liberalen Kapitalismus“ in die Äquivalenzkette des Überholten eingereiht und der „Sozialen Marktwirtschaft“ gegenüber gestellt: „Keine solcher Ideologien ist Avantgarde einer neuen Zeit. Sie sind alle heute nur noch die Nachhut des 19. Jahrhunderts“ (ebd.: 16). Allerdings: Obschon auch der Kapitalismus als vergangene Ordnung des Mangels gilt, die durch die „Soziale Marktwirtschaft“ überwunden sei, prägt diese Äquivalenzierung von „liberalem Kapitalismus“ und „Sozialismus“ den BDA-Text *nicht* – sie klingt neben der zitierten Passage kaum an. Den Text beherrscht hingegen die Q-Äquivalenzkette zwischen den verschiedenen Sozialismen und damit – ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl – die Äquivalenzierung des „demokratischen Sozialismus“ der westdeutschen SPD mit dem DDR-Sozialismus unter Ulbricht und dem sowjetischen Bolschewismus am Lebensende Stalins (der im März 1953 stirbt, dem Monat der Publikation der „Gedanken zur sozialen Ordnung“). In die Äquivalenzkette Q eingereiht werden auch die Gewerkschaften – der Text spricht vom „Problem der Gewerkschaften“ (ebd.: 13) –, jedenfalls solange sie, etwa in der Lohnpolitik, „gewerkschaftliche Machtmittel“ einsetzen (ebd.: 12).

Ebenfalls von den Arbeitgebern bzw. von Unternehmern getragen war der Verein *Die Waage – Gemeinschaft zur Förderung des sozialen Ausgleichs*, der in den 1950er Jahren (und auch danach noch) Öffent-

lichkeitsarbeit für die „Soziale Marktwirtschaft“ betrieb.⁶⁴ Das Werbematerial, das von der *Waage* verwendet wurde, reproduzierte im wesentlichen einige der schon in den Einzelanalysen dargestellten Topoi. Die Abbildungen 9 bis 11 (Seiten 360-362) zeigen drei der zahlreichen Zeitungsanzeigen der *Waage*. Ins Zentrum rückt die „Soziale Marktwirtschaft“ in allen drei Anzeigen als Überwinderin des Mangels, der gleichgesetzt wird mit der „Bezugsscheinwirtschaft“ oder der „Kommando-Wirtschaft“ (Abbildung 9), der „sozialistischen Planwirtschaft“, der „Zeit vor 1948“⁶⁵ (Abbildung 10) oder der „staatlichen Zwangswirtschaft der Funktionäre“ (Abbildung 11). Die „Soziale Marktwirtschaft“ hingegen bildet die Garantie für die Verwirklichung des Allgemeinen und bindet verschiedene, am Allgemeinen orientierte Forderungen ein:

Allein der freiheitliche Wettbewerb der SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT brachte uns wieder ein besseres Leben und eine hoffnungsvolle Zukunft (Abbildung 9, Herv. i.O.).

Freie Auswahl beim Einkauf, immer bessere und billigere Waren – sorgen wir dafür, daß uns ERHARDS SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT erhalten bleibt. Sie sichert uns Aufstieg und sozialen Frieden (Abbildung 10, Herv. i.O.).

In das wissenschaftlich etablierte Feld verschiedener Wirtschaftsordnungen wird die „Soziale Marktwirtschaft“ in den hier gezeigten Anzeigen nicht eingeordnet. Statt dessen wird die Interpretation der „Sozialen Marktwirtschaft“ von zwei Faktoren beherrscht: von Anti-Sozialismus (explizit in Abbildung 10 die Kontrarität zur „sozialistischen Planwirtschaft“) und von der Person Ludwig Erhard („Soziale Marktwirtschaft“ wird in den Abbildungen 10 und 11 als „Erhards Soziale Marktwirt-

64 Die Geschichte der *Waage* als erste Public-Relations-Organisation für die „Soziale Marktwirtschaft“ ist mittlerweile gut aufgearbeitet (vgl. v.a. Schindelbeck/Ilgens 1999; vgl. auch Kunczik/Schüfer 1993; Hein 1998). Diese Vereinigung kann als institutionelle Speerspitze der Öffentlichkeitsarbeit für die „Soziale Marktwirtschaft“ in den 1950er Jahren gelten. Solche Öffentlichkeitsarbeit war Erhard nicht nur willkommen, sondern wurde von ihm auch unmittelbar gefördert; sein Ministerium etwa besaß einen eigenen öffentlichkeitspolitischen Apparat (hierzu ausführlich Löffler 2002: 252-295). Großen Wert legte Erhard zudem auf gute und intensive Kontakte zu den Zeitungen (vgl. ebd.: 262); zu seinen wichtigsten politischen Unterstützern gehörten mit Alex Haffner, einem der Financiers und Mentoren der FAZ, und Gerd Bucerius, dem Verleger der ZEIT, wichtige Vertreter der Presse (vgl. ebd.: 473/74, 480/81).

65 Dies kann man sowohl *nur* auf die Besatzungszeit vor der Währungsreform beziehen oder aber auf die nationalsozialistische Lenkungswirtschaft *und* die Besatzungszeit.

schaft“ artikuliert). Beide Elemente verbinden sich kurz vor der zweiten Bundestagswahl – Anzeige 3 (Abbildung 11) erschien am 2. September 1953, mithin vier Tage vor der Wahl – zu einem mehr oder weniger deutlichen Wahlauftritt gegen die SPD und für die Partei Erhards, indem folgende Alternative eröffnet wird:

Abbildung 9: Werbekampagne des Waage e.V. für die Soziale Marktwirtschaft, Anzeige 1



WIE SCHNELL DER MENSCH VERGISST

Es war einmal – da standen wir fröstelnd und todmüde um die Bäume, die von der Zettelpest befallen waren. „Tausche Sirup gegen Schuhe.“ Wir hungerten und standen Schlange nach Lebensmittelkarten, Textilpunkten, Bezugsscheinen, Zuteilungen – ist es wirklich nur ein paar Jahre her? **Wie schnell der Mensch vergißt!**

Wer erinnert sich heute noch der Währungsreform? Wie vorsichtig strichen wir damals über die neuen Scheine ...

Aber wir hatten Glück in jenem Jahr 1948. Ein Mann machte Schluß mit der Bezugsscheinwirtschaft, mit Zuteilungen und Schlangestehen. Mutig zerschlug er die „Behördlichen Vorschriften zur Bewirtschaftung gewerblicher Erzeugnisse“. Anstelle der Kommando-Wirtschaft setzte er die **SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT**. Er sagte: „Von jetzt ab ist Geld der einzige Bezugsschein.“ Geld aber wird nicht zuteilt, es

wird durch harte Kopf- und Handarbeit verdient. Darum soll jeder, sei er Arbeiter oder Unternehmer, am freien „Markt“ der Wirtschaft verdienen, was Können und Arbeitslust ihm einbringen.

So entfesselte im Jahre 1948 die Soziale Marktwirtschaft die Kraft unseres Volkes für den Wiederaufbau – und kaum drei Jahre später lief die deutsche Wirtschaft wieder volle Kraft voraus.

Niemals dürfen wir deshalb vergessen, was Arbeiter und Unternehmer seit jenen Tagen in einmütiger Zusammenarbeit geschaffen haben. Niemand soll die gemeinsame Leistung leugnen, keiner soll den sozialen Frieden stören! Allein der freithetliche Wettbewerb der **SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT** brachte uns wieder ein besseres Leben und eine hoffnungsvolle Zukunft. – Diese Erkenntnis muß uns Allen Tag für Tag, zu jeder Stunde gegenwärtig sein!



Zum Wohlstand Aller durch geeinte Kraft / führt die Soziale Marktwirtschaft

Quelle: *Der Spiegel* vom 15. Oktober 1952, Seite 25

Vor uns liegt die Entscheidung: Staatliche Zwangswirtschaft der Funktionäre – oder Fortschritt in Freiheit und weitere Hebung unseres Lebensstandards durch unsere in schwerster Zeit erprobte Wirtschaftsordnung, durch ERHARDS SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT (Abbildung 11, Herv. i.O.)!

Abbildung 10: Werbekampagne des Waage e.V. für die Soziale Marktwirtschaft, Anzeige 2



**...davon haben wir
alle den Vorteil!**

Mein Name ist OTTO, und das ist FRITZ - der ist ein klarer Kopf, mit dem läßt sich reden. Wir treffen uns hin und wieder und bringen die Welt in Ordnung.

Otto: Sag mal, was ist das eigentlich, SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT?

Fritz: Ganz einfach, das ist die Form der Wirtschaft, die uns seit der Währungsreform wieder hochgebracht hat.

Otto: Na ja, schön und gut, aber wieso ist die denn sozial?

Fritz: Weil wir alle davon den Vorteil haben. Auch Du und ich.

Otto: Wieso? Das mußt Du mir erklären.

Fritz: In der Marktwirtschaft kann ein Betrieb sich nur halten, wenn er sich mächtig anstrengt und immer bessere und billigere Waren herausbringt. Davon haben wir alle den Vorteil.

Otto: Falls wir das Geld haben, uns was zu kaufen...

Fritz: Das ist ja in jeder Wirtschaft so: nur wer Geld hat, kann kaufen, - nur wer verdient, kann ausgeben.

Otto: Aber in der sozialistischen Planwirtschaft diktiert der Staat die Preise, da kannst Du kaufen...

Fritz: ...was Dir von oben zugeteilt wird, - und das ist wenig und taugt nichts. Und was es »frei« zu kaufen gibt, ist stündhaft teuer.

Otto: Ja, aber...

Fritz: Mann, Otto, haben wir ja alles schon gehabt. Denk mal an die Zeit vor 1948.

Otto: Ja, ja, meine Frau mußte damals so manches gute Stück aus dem Haus tragen, um die Kinder mal satt zu machen.

Fritz: Meine auch! Ich glaube, unsere Frauen verstehen überhaupt am besten, was ERHARDS SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT für uns bedeutet. Sie hatten ja unterm Schlangenstein und der ganzen elenden Bezugscheinwirtschaft am meisten zu leiden. Jetzt können sie wieder einkaufen, was sie wollen, nach eigenem Geschmack, gute Ware für gutes Geld -

Otto: Stimmt. Erst seitdem unser Geld wieder Wert hat -

Fritz: - können unsere Frauen mit dem Inhalt unserer Lohnkiste wieder etwas anfangen. Siehst Du, auch das ist in Wirklichkeit eine große soziale Leistung.

Otto: Na ja, da hast Du recht. Wenn man so alles in allem nimmt - muß ja wohl was dran sein an dieser SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT.

Freie Auswahl beim Einkauf, immer bessere und billigere Waren - sorgen wir dafür, daß uns ERHARDS SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT erhalten bleibt. Sie sichert uns Aufstieg und sozialen Frieden.



DIE WAAGE

Gemeinschaft zur Förderung des Sozialen Ausgleichs e.V.
Vorsitz: Franz Greiss - Köln am Rhein - Unter Sachsenhausen 14-26

Quelle: *Der Spiegel* vom 29. Juli 1953, Seite 13

Im Zuge dieser popularisierenden PR-Kampagne läßt sich also ein weiterer spezifischer Zuschnitt der Bedeutung von „Sozialer Marktwirtschaft“ feststellen, der ganz besonders auf die Person des beliebten Wirtschaftsministers abstellt und diese Personalisierung mit der Konträrtsartikulation zwischen „Sozialer Marktwirtschaft“ einerseits und der

Abbildung 11: Werbekampagne des Waage e.V. für die Soziale Marktwirtschaft, Anzeige 3



Das Volk hat das letzte Wort

„... Eine meiner Aufgaben ist, dem deutschen Volk Mut und Zuversicht zu geben. Denn es sind zu viele am Werk, das deutsche Volk wieder in Verzweiflung und Lebensangst zu treiben! Sie wollen, daß dieses arbeitsame Volk nur ja keinen Tag seines Lebens froh werde...“

Otto: Da ist viel Wahres dran. Ich weiß auch, wen der Wirtschaftsminister Erhard meint. Unsereins möchte in Frieden schaffen und vorwärtskommen. Aber dazu gehört Verständigung und Zusammenarbeit.

Fritz: Otto, jetzt hast Du den Nagel auf den Kopf getroffen. Aber ich sage Dir: Wer die einmalige Leistung unseres wirtschaftlichen Wiederaufbaus nach dem Krieg – diese Gemeinschaftsleistung der deutschen Arbeiter und Unternehmer – heute zu verkleinern sucht, der meint's nicht gut mit unserem Volk!

Otto: Hast recht. Aber wir sind eben noch nicht ganz über den Berg, und da haken die Unruhestifter ein.

Fritz: Und das nenne ich von Grund aus unehrlich!

Otto: Wer nicht selbst Verantwortung trägt, hat eben leicht reden –

Fritz: – und verspricht das Blaue vom Himmel. Aber nach dem Krieg ging es ums Zupacken: Entrümpeln, Arbeitsplätze und Wohnungen schaffen, dem Geld wieder Wert geben – immer mehr, besser und billiger produzieren.

Otto: Wir haben ja dann auch das Menschenmögliche getan –

Fritz: – und haben es in vier Jahren dahin gebracht, daß die deutsche Lebenshaltung wieder zu den höchsten in Europa gehört! So viel haben wir durch Erhard's Politik der SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT erreicht – und zum Dank soll sein Werk wieder zertrümmert werden?

Otto: Nein, Fritz. Dazu haben nicht ein paar Unruhestifter, sondern wir, das Volk, das letzte Wort zu sagen.

Vor uns liegt die Entscheidung: Staatliche Zwangswirtschaft der Funktionäre – oder Fortschritt in Freiheit und weitere Hebung unseres Lebensstandards durch unsere in schwerster Zeit erprobte Wirtschaftsordnung, durch ERHARDS SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT!


DIE WAAGE
 Gemeinschaft zur Förderung des Sozialen Ausgleichs e.V.
 Vorsitz: Franz Greiss - Köln am Rhein - Unter Sachsenhausen 14-26

Quelle: *Der Spiegel* vom 2. September 1953, Seite 7

Äquivalenzkette „sozialistische Planwirtschaft“ – „staatliche Zwangswirtschaft“ (– SPD-Wirtschaftspolitik) andererseits verbindet.

Keine entscheidende Rolle spielt die Personalisierung hingegen im vielleicht am häufigsten zitierten Text zur „Sozialen Marktwirtschaft“, der in den 1950er Jahren verfaßt wurde, dem Wörterbucheintrag „Soziale Marktwirtschaft“ von Alfred Müller-Armack aus dem Jahr 1956 – auch wenn die „Soziale Marktwirtschaft“ hier in eine Äquivalenzrelation zu Erhard, zur CDU und zu den Koalitionsparteien gestellt wird (Müller-Armack 1966[1956]: 243). Die besondere Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“ konstituiert sich statt dessen, wie schon ganz ähnlich im oben ausführlich analysierten Müller-Armack-Text von 1946, qua doppelter Kontrarität im Feld der Wirtschaftsordnungen: Etwa gleichgewichtig betont Müller-Armack den Gegensatz sowohl gegenüber „Altliberalismus“ bzw. „Laissez-faire-Wirtschaft“ als auch gegenüber „interventionistischer Wirtschaftspolitik“ und „Sozialismus“ (ebd.: 244). Bezüglich der Verortung gegenüber dem „Neoliberalismus“ unterscheidet sich Müller-Armacks Interpretation von derjenigen Nell-Breunings, der die „Soziale Marktwirtschaft“ in seinem Grundsatzreferat in Kontrarität zum „Neoliberalismus“ artikuliert hatte, weil Müller-Armack mehrfach eine Äquivalenz von „Neoliberalismus“ und „Sozialer Marktwirtschaft“ zum Ausdruck bringt (ebd. 244/45). Allerdings gehen die Forderungen, die Müller-Armack auch in diesem kurzen Text wieder in die Äquivalenzkette um die „Soziale Marktwirtschaft“ einfügt, über den engen Kanon neoliberaler Forderungen weit hinaus, wenn er – grundsätzlich – die Politik der „Sozialen Marktwirtschaft“ auch als Gesellschaftspolitik verstanden wissen will (ebd.: passim), und wenn er – spezifischer – auf ein „vielgestaltiges und vollständiges System sozialen Schutzes“ (ebd.: 245) oder auf „staatliche Einkommensumleitung“ in erheblichem Maß (ebd.: 246) dringt. Müller-Armack formuliert in diesem Text die vielleicht zentrale Äquivalenz in der Äquivalenzkette der Forderungen, die sich um die „Soziale Marktwirtschaft“ gruppieren, wenn er schreibt: „*Sinn* der Sozialen Marktwirtschaft ist es, das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden“ (ebd.: 243, Herv. i.O.). Wie weiter oben schon mit Hilfe der Ausführungen Abelshausers festgestellt wurde, war es diese Äquivalenz, die nach der Rentenreform von 1957 bald die öffentliche Meinung vom Gehalt der „Sozialen Marktwirtschaft“ beherrschte. Nach der Rentenreform, so Abelshauser (2001: 134), wurde „Soziale Marktwirtschaft“ „in der Öffentlichkeit, bald aber auch von ihren eigenen Anhängern als eine Symbiose von Marktwirtschaft und klassischer Sozialpolitik beschrieben.“

Resümierend können wir also eine doppelte Bewegung feststellen: Erstens werden zahlreiche unterschiedliche Subjekte durch das hegemo-

niale Projekt „Soziale Marktwirtschaft“ subjektiviert, sie alle werden – auf verschiedenen Subjektpositionen – zu Protagonisten der „Sozialen Marktwirtschaft“. Dies gilt gleichermaßen für Individuen und für Gruppen, die als politisch-gesellschaftliche Kräfte innerhalb dieses Diskurses wahrnehmbar sind, sei es aufgrund ihrer wissenschaftlichen und z.T. auch administrativen Kompetenz im Falle der Individuen, oder sei es, weil sie als Gruppen – Parteien oder Verbände – mehrere Voraussetzungen von Wahrnehmbarkeit in sich bündeln (vgl. Kapitel 4.5). Es nimmt damit also genau das Gestalt an, was wir weiter oben (4.4.4) als die performative Dimension eines gemeinsamen Willens, den Mangel an Allgemeinem in einer bestimmten Weise zu beheben, bezeichnet haben. Das diskursive Element „Soziale Marktwirtschaft“ entwickelt sich zu einem Knotenpunkt des wirtschaftspolitischen Diskurses, einem wichtigen positiven Referenzpunkt einer zunehmenden Anzahl von Diskursbeiträgen. Es kommt zu einer Verknüpfung von Subjekten über die Subjektpositionen der hegemonialen Formation-Formierung um das diskursive Element „Soziale Marktwirtschaft“, die sich mithin als hegemoniales Projekt so hervorragend entwickelt, daß man vielleicht schon nach der Rentenreform von 1957 von einer Hegemonie sprechen kann. Fragt man nun danach, *welche* Subjektpositionen sich in der Äquivalenzkette P miteinander verknüpfen, so ist es von großer Bedeutung, daran zu erinnern, daß Subjekte – je nach Kontext – von verschiedenen Subjektpositionen aus sprechen, weshalb man mehrere Dimensionen von miteinander verbundenen Subjektpositionen konstatieren kann. Zum Beispiel nehmen all die hier auftretenden Subjekte in der einen oder anderen Weise Subjektpositionen in der Subjektregion der Experten ein, sei es, indem sie wissenschaftliche Qualifikationen für sich reklamieren, sei es, indem sie eine anderweitig begründete Einsicht in das Wesen der in diesem spezifischen Diskurs verhandelten Dinge hervorheben.⁶⁶ Insofern als das Sprechen von derartigen Subjektpositionen aus bedingt, daß die Sprechenden von der Wahrheit und der Richtigkeit ihrer Lesarten des Wesens der Dinge überzeugt sind, eröffnet sich also die Möglichkeit einer Äquivalenzierung von Subjektpositionen aufgrund von Weltinterpretationen. Es stellte sich diesbezüglich hier heraus, daß das hegemo-

66 Als Anhaltspunkt dafür, daß die Einnahme einer Position in der Expertenregion keineswegs eine Eigenheit wissenschaftlicher Texte ist, mag dienen, daß die BDA in ihren „Gedanken zur sozialen Ordnung“ den Befürwortern einer sozialistischen Wirtschaftsordnung pauschal vorhält, es handle sich bei ihnen um „Männer, [...] die bisher niemals praktische Wirtschaftsleistungen vollbracht haben“ (BDA 1953: 8/9), dabei aber gleichzeitig den durch sie vertretenen Unternehmern eben diese praktische Wirtschaftskompetenz zuschreibt.

niale Projekt „Soziale Marktwirtschaft“ im Untersuchungszeitraum wenigstens eine Äquivalenzierung von christlich-sozialen⁶⁷, konservativen und liberalen Subjektpositionen ermöglichte. Zugleich sprechen aber auch alle hier auftretenden Subjekte von bestimmten professionellen Subjektpositionen aus (Wissenschaftler, Unternehmer, Administratoren, Kirchenleute), für deren Äquivalenzierung die „Soziale Marktwirtschaft“ ebenso einen spezifischen Weg ebnete. Nicht zuletzt erlaubte dieses hegemoniale Projekt – und insofern finden sich unsere Annahmen zum Strategem VI bestätigt – auch die Verknüpfung von verschiedenen (Gruppen-)Subjektpositionen des politisch-gesellschaftlichen institutionellen Gefüges (politische Parteien, Wirtschaftsverbände, Ministerien). Wir können also insgesamt von einer mehrdimensionalen Diskurskoalition um den Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ sprechen.

Wir hatten aber davon gesprochen, daß sich mit Hilfe der Überblicksanalyse eine doppelte Bewegung rekonstruieren läßt. Die zweite Bewegung, die parallel zur eben dargestellten Formierung einer Diskurskoalition verläuft, besteht darin, daß das diskursive Element „Soziale Marktwirtschaft“ in einer Weise emergiert, die es einerseits zum koalitionsübergreifenden Repräsentanten des spezifischen Allgemeinen, mithin zum leeren Signifikanten eines hegemonialen Projekts werden läßt, was andererseits mit verschiedenen Lesarten einhergeht. Folglich lassen sich im hier untersuchten Diskursausschnitt sowohl Strategem III (Repräsentation) als auch Strategem V (die emergente Interpretationsoffenheit des Repräsentanten des Allgemeinen) erfolgreich rekonstruieren.

Zugleich stellt sich aber natürlich die Frage, ob Strategem V, das als ergänzendes Strategem die Funktion übernimmt, die Reichweite eines hegemonialen Projekts zu erhöhen, nicht das Kernstrategem II – die antagonistische Zweiteilung des diskursiven Raums – unterläuft (verstärkt wird dieser Effekt durch Strategem VII). Denn zwar läßt sich auf der Ebene einzelner Diskursbeiträge Strategem II meist recht gut rekonstruieren, im Diskurszusammenhang aber wird die antagonistische Grenze zweifellos brüchig, wenn einmal der „Neoliberalismus“ in Kontrarität, dann aber in Äquivalenz zur „Sozialen Marktwirtschaft“, oder wenn einmal die „marktkonforme Wirtschaftslenkung“ als Bestandteil der „Sozialen Marktwirtschaft“, das andere Mal aber jede Form der „Planwirtschaft“ als mit einer „menschenwürdige[n] Sozialordnung [...] un-

67 Dies ist keineswegs primär als christlich-sozial im Sinne der CSU zu lesen. Vielmehr wird zum Ausdruck gebracht, daß sich sowohl die Position der katholischen Soziallehre (repräsentiert durch Nell-Breuning) als auch die einer christlich-protestantisch fundierten Gesellschaftslehre – von einer expliziten evangelischen Sozialethik war noch nicht die Rede – (repräsentiert durch Müller-Armack) einbinden ließ.

vereinbar“ (BDA 1953: 7) artikuliert wird. Unterschiedliche Auffassungen gab es, wie schon gesagt, vor allem auch hinsichtlich der gesellschaftspolitischen Reichweite der „Sozialen Marktwirtschaft“ – divergierende Interpretationen trennten hier z.B. sogar die beiden Protagonisten, die im Wirtschaftsministerium eng zusammenarbeiteten, Erhard und Müller-Armack. Während Erhard zu einer neoliberalen, eher puristisch-ökonomischen Lesart der „Sozialen Marktwirtschaft“ tendierte, sah Müller-Armack darüber hinausgehend die Notwendigkeit einer gesellschaftspolitisch orientierten „zweiten Phase der Sozialen Marktwirtschaft“ (Müller-Armack 1966[1960]), so daß sich in den ausgehenden 1950er Jahren eine „tendenzielle Entfremdung zwischen dem Theoretiker der Sozialen Marktwirtschaft und dem politischen Praktiker Ludwig Erhard“ (Zinn 1992: 48) konstatieren läßt. Tun sich da also nicht Widersprüche auf, die ein homogenes hegemoniales Projekt und eine entsprechende Diskurskoalition eigentlich verunmöglichen sollten?

Die Antwort auf derartige Zweifel muß offensichtlich ein klares Nein sein. Richtig ist, daß Brüche auftreten. Falsch aber ist, daß derartige Brüche hegemoniale Projekte oder Hegemonien verunmöglichen. Vielmehr handelt es sich – wie auch schon weiter oben betont wurde – um ein konstitutives Element von hegemonialen Projekten und Hegemonien, da sie zwar an der antagonistischen Zweiteilung arbeiten, dabei aber kontinuierlich scheitern. Ohne diese ständig präsente und sich auch immer wieder realisierende Möglichkeit des Scheiterns würde man nicht von Hegemonien sprechen, sondern von fixen Sinn- und/oder Herrschaftsstrukturen (was angesichts der ausgeführten Beweglichkeit im Raum der Diskursivität allerdings unsinnig wäre). Was also hegemoniale Projekte wie auch Hegemonien auszeichnet, ist der Prozeß der Zweiteilung, nicht so sehr das Ergebnis des Zweigeteilt-Seins. Der Erfolg eines hegemonialen Projekts beruht darauf, seine Äquivalenzen – v.a. die Äquivalenzen zwischen erfolgreich rekrutierenden Subjektpositionen – gerade auch angesichts der auftretenden Brüche immer aufs Neue reartikulieren zu können, während eine defensiv-hegemoniale oder eine spezifische anti-hegemoniale Strategie, die ein hegemoniales Projekt konfrontiert, dann als aussichtsreich gelten kann, wenn sie aufgrund solcher Brüche einzuhaken und Äquivalenzen als Differenzen zu artikulieren vermag. Das hegemoniale Projekt „Soziale Marktwirtschaft“ ist also genau deshalb so erfolgreich, weil unter dem Zeichen der „Sozialen Marktwirtschaft“ Äquivalenzen zwischen differenten Wirtschaftsordnungsvorstellungen artikuliert werden können. Dabei mag helfen, daß alle Positionen innerhalb des hegemonialen Projekts mehr oder weniger einen Gegner gemeinsam haben: den „Sozialismus“, jedenfalls insofern er mit der Entwertung oder der Aufhebung des Eigentums und mit frei-

heitsbeschneidenden oder gar totalitären politischen Auswüchsen äquivalent gesetzt wird (interessanterweise aber weniger insofern, als er mit „Planwirtschaft“ oder „Wirtschaftslenkung“ gleichgesetzt wird; hier besteht allseitige Kontrarität nur dann, wenn die sozialistische Wirtschaftslenkung als nicht marktkonforme Wirtschaftslenkung interpretiert wird).

Diese Überblicksanalyse abschließend sei der Blick nochmals auf die Strategeme IV, VIII und IX gerichtet. Strategem IV läßt sich insbesondere dann ausmachen, wenn es – innerhalb der neoliberalen Lesart der „Sozialen Marktwirtschaft“ – darum geht, die ökonomische Aufgabe einer Wirtschaftsordnung von sozial- oder gesellschaftspolitischen Aufgaben zu trennen und somit einen „reinen“ wirtschaftspolitischen Diskurs zu erhalten. Hierfür seien zwei Beispiele genannt: Im Text „Gedanken zur sozialen Ordnung“ der BDA wird dezidiert unterschieden zwischen Wirtschafts- und Sozialordnung und die Konstituierung der einen in Unabhängigkeit von der anderen zum Ausdruck gebracht:

Die Aufgabe der Wirtschaftsordnung liegt in der höchstmöglichen Produktion von Gütern als materieller Voraussetzung für eine angemessene Lebenshaltung des Volkes. Eine noch so verfeinerte Sozialordnung würde, falls die Gütererzeugung versagt, nur den Mangel aufteilen können und selbst elementare Bedürfnisse unbefriedigt lassen müssen.

Die Wirtschaftsordnung wird aber ihrem Wesen nach verkannt, wenn sie zugleich für die Sozialordnung allein oder auch nur hauptsächlich verantwortlich gemacht wird. *Die Sozialordnung trägt vielmehr ihre Gestaltungsnotwendigkeiten und Gestaltungsmöglichkeiten selbständig in sich.* Das Verkennen dieses Tatbestandes in unserem sozialen Organismus ist ein Denkfehler, der immer wieder zu unklaren Vorstellungen und falschen Begehren führt.

Es ist die Aufgabe unserer Sozialordnung, ein höchstmögliches Maß an sozialer Gerechtigkeit, Sicherheit und Frieden zu gewährleisten. Das entspricht dem sozialen Gewissen unserer Zeit, und das ist der Wille der deutschen Unternehmer (BDA 1953: 9, Herv. i.O.).

Um „unklare Vorstellungen“ von der Aufgabe einer Wirtschaftsordnung richtig zu stellen und um „falsche Begehren“ ihr gegenüber abzuwehren, wird hier also eine Superdifferenzrelation zwischen Wirtschafts- und Sozialordnung artikuliert und so eine Trennung des ordnungs- und wirtschaftspolitischen vom sozialpolitischen Diskurs angestrebt. Dies geschieht offensichtlich, um sozialistische Ansprüche an die Wirtschaftsordnung selbst abzublocken, kann aber auch als Abwehr von Forderungen nach einer zweiten, gesellschaftspolitischen Phase der Sozialen Marktwirtschaft *avant la lettre* gelesen werden.

Ein weiteres Beispiel für eine Superdifferenzartikulation findet sich im Text von Wilhelm Röpke, wenn dieser bemüht ist, den öffentlichen

Raum, für den die Wirtschafts- und Sozialpolitik zuständig ist, zu trennen von einem privaten Raum, für den sie nicht zuständig ist. Die Artikulation einer Superdifferenz zwischen beiden Räumen manifestiert sich bezüglich der Familienförderungs politik:

Familiengründung, Kinderzeugung und Kinderaufzucht sind individuelle Entscheidungen der innersten persönlichen Intimsphäre jedes Menschen, in die der Staat nicht durch Sozialisierung der Aufzuchtkosten eingreifen sollte. Gesund empfindenden Eltern liegt der Gedanke fern, die Allgemeinheit wäre verpflichtet, ihnen die Kosten der Aufzucht ihrer Kinder teilweise oder ganz abzunehmen. Die einseitige Überbetonung der finanziellen gegenüber der intim menschlichen, nicht materiell abwägbaren Seite der Kinderaufzucht ist abwegig: Kindergeld kann nur als vorübergehender Notbehelf gelten (Röpke 1958: 41, Herv. i.O.).

Diese Passage verdeutlicht die zwei besonderen Merkmale einer Superdifferenzartikulation in exzellenter Weise: Erstens treten Superdifferenzartikulationen meist dann auf, wenn eine Grenze diskursiven Sinns in Frage steht, also in einer konkreten Situation, die eine Abgrenzungsreaktion provozieren kann. Eine solche Situation war gegeben, als sich im Zuge der Kindergelddiskussion eine Erweiterung des sozialpolitischen Aufgabenfeldes der öffentlichen Hand ankündigte.⁶⁸ Daß solche konkreten Anlässe notwendig sind und aufgegriffen werden müssen, mag ein Grund dafür sein, daß sich Superdifferenzrelationen nur relativ selten in markanter Weise rekonstruieren lassen. Zweitens wird durch eine Superdifferenzrelation – wie in Kapitel 2 erstmals dargestellt – zwar ein fundamentaler Unterschied herausgehoben, aber keine Kontrarität artikuliert: Es geht ja nicht darum, einen Gegensatz von öffentlicher und privater Aufgabe oder von staatlichem Handeln und Kinderaufzucht zu artikulieren – es geht darum festzustellen, daß beide schlicht gar nichts miteinander zu tun haben. Grundsätzlich aber kann aufgrund der beiden hier aufgeführten Passagen davon ausgegangen werden, daß auch Strategem IV tatsächlich regelmäßig Bestandteil der (offensiv-)hegemonialen Strategie ist.

Daß sich die Strategeme VIII und IX in ausgeprägter Form in hegemonialen Projekten bzw. im Frühstadium einer Hegemonie nicht rekonstruieren lassen, wurde schon mehrfach betont. Daher belasse ich es hier

68 Das Kindergeld wurde zum 1.1.1955 eingeführt, wenn auch nur für das dritte und jedes weitere Kind und nur in relativ geringer Höhe (25 DM ab dem 1.1.1955, 30 DM ab dem 1.10.1957, vgl. Lampert 1996[1985]: 92, 328/29). Diese Maßnahme blieb allerdings lange Zeit politisch strittig, aus ähnlichen wie den von Röpke genannten Gründen.

mit dem Hinweis darauf, daß, indem Strategem V zum Tragen kommt, sich also die Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“ ausdifferenziert, natürlich erst der Raum für die Strategeme VIII und IX entsteht. Ein Anzeichen für das Operieren von Strategem IX (eigentliche Bedeutung) bildet der Text von Röpke, der deutlich kritisiert, daß in der Politik der zweiten Legislaturperiode – obwohl diese natürlich unter dem Signum der „Sozialen Marktwirtschaft“ betrieben wurde – „zahlreiche Verstöße gegen die marktwirtschaftliche Ordnung festzustellen“ seien (Röpke 1958: 29). Da Röpke damit einerseits die Politiker der zweiten Legislaturperiode in ihrer praktischen Auslegung der „Sozialen Marktwirtschaft“ kritisiert und andererseits erneut ausführlich darlegt, was „Soziale Marktwirtschaft“ – in seiner Lesart wie der der ASM – bedeutet, kann auch Strategem VIII (eigentlicher Verfechter) in rudimentärer Form als rekonstruiert gelten.

6.3.3 Das diskursive „Außen“ des hegemonialen Projekts „Soziale Marktwirtschaft“

Zum Abschluß der Analyse des hegemonialen Projektes „Soziale Marktwirtschaft“ soll nun noch kurz ein Blick auf das „Außen“ dieses Projektes geworfen werden. Dabei ist der Begriff des „Außen“ jedoch nicht unproblematisch. Er versucht jenen diskursiven Raum zu beschreiben, in dem sich, von einer Sprecherposition *innerhalb* des hegemonialen Projekts aus betrachtet, jene diskursiven Elemente – und insbesondere jene Subjektpositionen – versammeln, denen zugeschrieben wird, daß sie Ursache des Mangels an Allgemeinem sind oder daß von ihnen Widerstand gegen die Beseitigung dieses Mangels ausgeht. Es ist der Raum des Anderen, das überwunden werden muß. Allerdings gilt diese Auffassung des „Außen“ eben nur, solange es von einer Perspektive innerhalb des hegemonialen Projekts aus betrachtet wird, und auch kann die Verortung im Raum des Anderen – wie im Zuge der vorangegangenen Analyse deutlich geworden ist – nicht durchgängig so kohärent dargestellt werden, daß sich das Außen wenigstens perspektivisch klar abgrenzen ließe.

Trotz dieser Abgrenzungsprobleme ist es aber sinnvoll, wenigstens anhand eines kleinen Ausschnitts zu betrachten, wie sich Individuen und Gruppen, die sich durch das hegemoniale Projekt „Soziale Marktwirtschaft“ auf eine Subjektposition der Äquivalenzkette Q dieses Projekts gerufen sehen, ihm gegenüber verhalten. Es geht also hier in aller Kürze und beispielhaft darum, die diskursiven Reaktionen der durch ein hegemoniales Projekt Angegriffenen zu rekonstruieren, und zwar die Art von Reaktionen, die sich unmittelbar auf dieses Projekt beziehen, nicht jene, die Teil eines anderen offensiv-hegemonialen Projekts sind (z.B. die of-

fensiv-hegemonialen Artikulationen des Projekts „Demokratischer Sozialismus“). Dabei können wir zwei Arten von Reaktionen unterscheiden: Zum einen findet sich das, was wir als spezifische anti-hegemoniale Strategie bezeichnet haben, also die Reartikulation von Differenz, wo das hegemoniale Projekt Äquivalenz oder Kontrarität artikuliert. Zum anderen aber findet sich eine zunehmende Subjektivierung der ins diskursive Außen Verbannten durch das hegemoniale Projekt „Soziale Marktwirtschaft“ selbst. Letzteres, kurz gesagt also die Tatsache, daß die Angegriffenen sich die Perspektive des Angreifers aneignen, kann als ein entscheidendes Merkmal der Entwicklung vom hegemonialen Projekt zur Hegemonie gelten.

Ich greife für diesen Teil der Analyse auf folgende Texte zurück, die alle im weitesten Sinne von der Subjektposition des „westdeutschen Sozialisten“ aus artikuliert werden:

- DGB (1949): Grundsatzprogramm des DGB (DGB 1949)
- Alfred Weber (1950): Sozialistische Marktwirtschaft, Aufsatz aus den gewerkschaftlichen Monatsheften (Weber 1950)
- Eric Nölting (1951): Die wirtschaftspolitischen Vorschläge der SPD, Rede vor dem SPD-Parteitag (Nölting 1963[1951])
- SPD (1953): Wahlprogramm der SPD (SPD 1963[1953])
- SPD (1959): Grundsatzprogramm (Godesberger Programm) (SPD 1963[1959])

Sicherlich wären andere Texte denkbar gewesen, z.B. Texte, die von einer radikalliberalen Subjektposition oder von einer Subjektposition innerhalb des DDR-Sozialismus aus artikuliert wurden. Daß hier keine DDR-Texte behandelt werden, läßt sich damit begründen, daß das originäre Forschungsinteresse dem frühen bundesdeutschen wirtschaftspolitischen Diskurs gilt. Und Vertreter eines radikalen (Neo-)Liberalismus wie z.B. Friedrich August von Hayek sind deshalb nur wenig interessant, weil sie zwar die Rede von der „sozialen“ Marktwirtschaft ablehnten, dennoch aber mit so vielen Positionen der neoliberalen Protagonisten der „Sozialen Marktwirtschaft“ übereinstimmten, daß man sie durchaus zur Peripherie des hegemonialen Projekts „Soziale Marktwirtschaft“ rechnen kann.⁶⁹

69 Zur Verwendung des Begriffs „Soziale Marktwirtschaft“ schrieb Hayek später (1981: 113/230 (Endnote 26)): „Ich bedaure diesen Gebrauch, obwohl es einigen meiner Freunde in Deutschland [...] offenbar mit seiner Hilfe gelungen ist, die Art Gesellschaftsordnung, für die ich auch eintrete, weiteren Kreisen schmackhaft zu machen.“ Hayek wird im übrigen nicht unbedingt dem Neoliberalismus, sondern immer wieder auch dem Altliberalismus zugerechnet (vgl. z.B. Grosseckler 1999: 50/51).

Betrachten wir also zunächst, wie sich in den gewählten Texten die spezifische, anti-hegemoniale Strategie gegen das hegemoniale Projekt „Soziale Marktwirtschaft“ niederschlägt. Der Kern einer solchen Strategie besteht in der Artikulation von Differenz, wo ein hegemoniales Projekt Äquivalenz oder Kontrarität artikuliert. Vermuten darf man, daß solche Differenzartikulationen mit dreierlei Zielen stattfinden: zur Diffusion von Äquivalenzen in den beiden Äquivalenzketten eines gegnerischen hegemonialen Projekts und zur Diffusion von Kontraritäten, die zwischen einzelnen Elementen dieser Äquivalenzketten artikuliert werden. Alle drei Ziele lassen sich beispielsweise im Grundsatzprogramm des DGB⁷⁰ von 1949 prototypisch aufzeigen:

Eine [...] wirtschaftspolitische Willensbildung und Wirtschaftsführung verlangt eine zentrale volkswirtschaftliche Planung, damit nicht private Selbstsucht über die Notwendigkeiten der Gesamtwirtschaft triumphiert.

Volkswirtschaftliche Planung hat nichts gemein mit der Zwangswirtschaft der vergangenen Jahre. [...]

Heute ist die Marktwirtschaft weder frei noch sozial. Heute verhindert sie die freie Entfaltung; sie verschärft die ohnehin schon großen Gegensätze zwischen reich und arm. Sie ist unsozial und durch ihre Planlosigkeit unfähig, den schwierigen Aufgaben des Wiederaufbaues in Deutschland gerecht zu werden. Volkswirtschaftliche Planung ist durchaus vereinbar mit den Grundrechten der menschlichen Freiheit. Die für die Mehrzahl der Menschen wichtigste Freiheit, die von Not und der Furcht vor Not, wird durch sie erst erreicht werden. Volkswirtschaftliche Planung und die freie Konsumwahl, das Recht auf den Wechsel des Arbeitsplatzes und die Freiheit der Berufswahl sind keine Gegensätze. Der privaten Initiative und dem Leistungswettbewerb der Betriebsleitungen verbleibt im Rahmen der Lenkungsmaßnahmen ein weiter Spielraum (DGB 1949: Abschnitt A/Grundsatzforderungen).

Wir sehen also zum einen, daß die „volkswirtschaftliche Planung“ und die „Zwangswirtschaft der vergangenen Jahre“, die das Projekt „Soziale Marktwirtschaft“ gerne in seiner Äquivalenzkette Q miteinander verbindet, hier separiert werden: „Volkswirtschaftliche Planung hat nichts gemein mit der Zwangswirtschaft der vergangenen Jahre.“ Zum zweiten werden auch die zentralen Äquivalenzen der Äquivalenzkette P des Projekts „Soziale Marktwirtschaft“ durch Differenzen ersetzt, wenn festgestellt wird, daß „die Marktwirtschaft weder frei noch sozial“ sei. Schließlich findet sich auch die artikulatorische Zerstreuung von Kontraritäten zwischen der „volkswirtschaftlichen Planung“ und diversen dis-

70 Vgl. zum Verhältnis der Gewerkschaften zur „Sozialen Marktwirtschaft“ Dichmann (1997).

kursiven Elementen, die das hegemoniale Projekt seiner Äquivalenzkette P einverleibt, etwa zu den „Grundrechten der menschlichen Freiheit“⁷¹, zur „freien Konsumwahl“ oder zur „privaten Initiative“.

Das Bekenntnis zur Planung oder Lenkung der Wirtschaft ist durchaus ein Kennzeichen des westdeutschen sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen hegemonialen Projekts, das sich als das Projekt des „demokratischen Sozialismus“ entwickelt. Das gilt bis zum Ende des Untersuchungszeitraums, der durch das Godesberger Programm von 1959 markiert wird. Hier – wie auch immer wieder in programmatischen Schriften davor und danach – heißt es: „Wettbewerb so weit wie möglich – Planung so weit wie nötig“ (SPD 1963[1959]). Allerdings läßt sich, ähnlich wie schon im DGB-Grundsatzprogramm, bei der SPD in allen hier untersuchten Texten feststellen, daß der positive Bezug zur Planung bzw. zur Lenkung⁷² begleitet wird von der Artikulation einer Differenz zwischen „Planung“ und „Zwangswirtschaft“ einerseits und zwischen „SPD“ und „Zwangswirtschaft“ andererseits. Man kann also das Bemühen feststellen, wichtige Äquivalenzen innerhalb der Äquivalenzkette Q des hegemonialen Projektes „Soziale Marktwirtschaft“ aufzuheben. Einen Abschnitt seiner wirtschaftspolitischen Parteitage (gehalten am 1. April 1951) titulierte der SPD-Politiker Eric Nölting⁷³ etwa mit der Überschrift „Die SPD macht die Zwangswirtschaft nicht mit“ (Nölting 1963[1951]: 51). Nölting zeigt auch ein ausgeprägtes Bewußtsein für die Operationsweise der offensiv-hegemonialen Strategie, wenn er die von den Protagonisten der „Sozialen Marktwirtschaft“ vorgenommene Zweiteilung des symbolischen Raums folgendermaßen charakterisiert:

Bisher hat ja Erhard von einer ganz primitiven Schwarz-Weiß-Malerei auf dem Hintergrund einer kollektivistischen Befehlswirtschaft gelebt. Er hat bis zum Erbrechen immer wiederholt: Es gibt nur die eine Alternative, entweder Wettbewerbswirtschaft oder zentrale Verwaltungswirtschaft oder, wie Röpke es nennt, Kommandowirtschaft, Befehlswirtschaft; den Termitenstaat, wie es Erhard gerne nennt, die Sicherheit der Kasernen; den Weg in die Knechtschaft,

71 Hier ließe sich aufgrund der Behauptung der Vereinbarkeit mit der „volkswirtschaftlichen Planung“ sogar von einer Äquivalenz statt Differenz sprechen.

72 Der positive Bezug zur „Planung“ konstituiert sich dadurch, daß sie als notwendiges Mittel zur Überwindung des Mangels, der wiederum mit der „planlosen“ Marktwirtschaft äquivalenziert wird, artikuliert wird: „Die Planung soll also die durch die planlose soziale Marktwirtschaft verursachten Schäden beseitigen“ (Nölting 1963[1951]: 130).

73 Nölting, wie Erhard Schüler von Franz Oppenheimer, war in der ersten Legislaturperiode einer der wirtschaftspolitischen Wortführer der SPD-Fraktion (vgl. Soell 1997: 28/29).

von dem Hayek in seinem bekannten Buche spricht. [...] Marktwirtschaft und Planwirtschaft seien sich ausschließende Prinzipien, und nur auf eines von beiden könne die gesamte Ordnung der Wirtschaft gegründet werden. Einer totalen Planwirtschaft entspräche aber – so fährt man fort – im politischen Raum eine totalitäre Staatsführung. Sie führe zur Diktatur und damit zur Vernichtung der menschlichen Freiheit.

Das ist das schwerste Argument, mit dem wir uns bei unserer Agitation nach draußen auseinanderzusetzen haben: Wir sollten dieser Agitation nicht das Stichwort liefern. Mit deutlichster Betonung: Wir lehnen einen zentralistischen Staatskapitalismus in Form einer marktlosen Wirtschaft ab. Wir sind überhaupt nicht prinzipielle Gegner jeder Marktwirtschaft, aber dieser Marktwirtschaft, in die ja das Urgestein der überlieferten Eigentums- und Machtordnung hineinreicht, so daß jede Konkurrenz zu einer verkrüppelten Konkurrenz, zu einer Konkurrenz im feudalen Raum wird. Der Lenkungsstil, den wir vorschlagen, beruht ja nicht auf bloßer Anordnung von oben und Befehlen nach unten. Wir bekennen uns ja längst zu dem, was wir schon vor Jahren die „Lenkung der leichten Hand“ genannt haben. Der demokratisch-freiheitliche Sozialismus ist von einer totalen Planwirtschaft nach kommunistischem Gepräge sehr weit entfernt. [...] Wir bekennen uns zur Freiheit der Konsumwaren und zur Freizügigkeit im Arbeitsplatzwechsel als unabdingbare Bestandselemente der von uns vertretenen Wirtschaftsverfassung (Nölting 1963[1951]: 52).

Der „Schwarz-Weiß-Malerei“ Erhards entgegenzutreten, d.h. die von ihm artikulierte Zweiteilung des symbolischen Raums zu bekämpfen, wird also von Nölting zu einem der wichtigsten Punkte der sozialdemokratischen Agitation erklärt. Erneut finden wir die Artikulation von Differenz dort, wo das hegemoniale Projekt „Soziale Marktwirtschaft“ Äquivalenzen innerhalb seiner Äquivalenzkette Q artikuliert, insbesondere zwischen „demokratisch-freiheitlichem Sozialismus“ und „totaler Planwirtschaft nach kommunistischem Gepräge“. Zentral sind hier jedoch die Artikulationen von Differenz statt Kontrarität, insbesondere natürlich in Formulierungen wie „Wir sind überhaupt nicht prinzipielle Gegner jeder Marktwirtschaft“, oder sogar – hier kippt die defensive Strategie in eine eigene offensive Strategie – die Artikulation von Äquivalenz statt Kontrarität in der Aussage „Wir bekennen uns zur Freiheit der Konsumwaren und zur Freizügigkeit im Arbeitsplatzwechsel als unabdingbare Bestandselemente der von uns vertretenen Wirtschaftsverfassung.“ Grundsätzlich treibt Nölting die Äquivalenzierung von „Planwirtschaft“ und „Zwangswirtschaft“ durch die Protagonisten der „Sozialen Marktwirtschaft“ so sehr um, daß er deshalb sogar vorschlägt, ganz auf den Begriff „Planwirtschaft“ zu verzichten und ihn durch „Lenkungswirtschaft“ oder durch „planmäßige Zukunftssorge“ zu ersetzen (vgl. ebd.: 53/54).

Vor allem der Unterschied zwischen „Zwangswirtschaft“ und „Planung“ wird auch im Wahlprogramm der SPD von 1953 betont (vgl. SPD 1963[1953]: 129). Auch an der Sprengung der Äquivalenz von „sozial“ und „Marktwirtschaft“ wird hier gearbeitet, indem von einer nur „sogenannten sozialen Marktwirtschaft“ gesprochen wird (ebd.: 127). Insgesamt kann damit festgestellt werden, daß sich in der diskursiven Arbeit der SPD der frühen 1950er Jahre neben einer offensiv-hegemonialen Strategie um den Knotenpunkt „demokratischer Sozialismus“ – auf die ich hier nicht eingehe – eine spezifisch gegen die „Soziale Marktwirtschaft“ gerichtete, anti-hegemoniale Strategie wenigstens gleichberechtigt manifestiert, was bestätigt, daß sich die Sozialdemokraten nicht nur in der politischen Opposition, sondern auch in der konzeptionellen Defensive befanden.

Im Godesberger Programm von 1959 hingegen sieht die Sache anders aus. Hier findet sich im Abschnitt zur Wirtschaftspolitik nur noch eine wesentliche Passage, die man als spezifisch anti-hegemonial in bezug auf die hegemoniale Formation-Formierung um die „Soziale Marktwirtschaft“ einordnen kann. Es geht erneut darum, den Stellenwert der „Planung“ differenziert zu betrachten:

Der moderne Staat beeinflusst die Wirtschaft stetig durch seine Entscheidungen über Steuern und Finanzen, über das Geld- und Kreditwesen, seine Zoll-, Handels-, Sozial- und Preispolitik, seine öffentlichen Aufträge sowie die Landwirtschafts- und Wohnbaupolitik. Mehr als ein Drittel des Sozialprodukts geht auf diese Weise durch die öffentliche Hand. Es ist also nicht die Frage, ob in der Wirtschaft Disposition und Planung zweckmäßig sind, sondern wer diese Disposition trifft und zu wessen Gunsten sie wirkt.

Dieser Verantwortung für den Wirtschaftsablauf kann sich der Staat nicht entziehen. Er ist verantwortlich für eine vorausschauende Konjunkturpolitik und soll sich im wesentlichen auf Methoden der mittelbaren Beeinflussung der Wirtschaft beschränken (SPD 1963[1959]: 215).

Wir erkennen, daß es hier nicht mehr darum geht, die Planung aus einer bestimmten Äquivalenzbeziehung – z.B. mit der „Zwangswirtschaft“ – zu lösen. Vielmehr ist die anti-hegemoniale, differenzierende Artikulation bezüglich der „Planung“ in allgemeiner Weise gegen eine undifferenzierte Verknüpfung der Planung mit dem Mangel gerichtet. Diese Differenzartikulation geht über in die Entwicklung einer eigenen Äquivalenzkette P, in die zusammen mit der „Planung“ und der „Disposition“ die „vorausschauende Konjunkturpolitik“ und die „mittelbare Beeinflussung der Wirtschaft“ eingebunden werden. Die an der „Sozialen Marktwirtschaft“ orientierte anti-hegemoniale Strategie tritt also hier in den Hintergrund und überläßt einer neu aufgebauten offensiv-hegemonialen Strategie zu-

nehmend das diskursive Feld. Zwar kann man nicht sagen, daß es vor Godesberg kein eigenes sozialdemokratisches bzw. westdeutsch-sozialistisches hegemoniales Projekt gegeben hätte; im Gegenteil, das Projekt „demokratischer Sozialismus“ wurde, in Abgrenzung zum westlichen Liberalismus wie auch zum ostdeutschen und zum sowjetischen Sozialismus, dezidiert betrieben. Nun aber gewinnt das eigene Projekt eine neue Qualität, weil es nicht mehr in dem Ausmaß wie bisher durch die Konfrontation mit dem gegnerischen hegemonialen Projekt Sinn erhält.

Im Gegenteil, es ist eine Annäherung an das Projekt „Soziale Marktwirtschaft“ zu konstatieren. Es wurde bereits bei der Analyse der Erhard-Texte darauf hingewiesen, daß die Formation-Formierung um die „Soziale Marktwirtschaft“ schon bald auch darauf abzielte, Sozialdemokraten zu rekrutieren. Und in der Tat findet sich schon früh im Umfeld des westdeutschen Nachkriegssozialismus das Bedauern darüber, des Begriffs der „Sozialen Marktwirtschaft“ „beraubt“ worden zu sein. Der Nationalökonom und Soziologe Alfred Weber, Mitglied der SPD und dem linksliberal-sozialistischen politischen Spektrum zuzurechnen, hatte in diesem Sinne bereits im Jahr 1950 in den *Gewerk-schaftlichen Monatsheften* geschrieben:

Ich bedaure es, daß sich der deutsche Sozialismus das Wort von der „sozialen Marktwirtschaft“ durch fremde Geschicklichkeit hat wegnehmen lassen. Denn er allein ist oder wäre imstande, dieses Wort auf der Basis wirklich grundsätzlicher Ehrlichkeit mit seinem vollen Schwergewicht und, sagen wir ruhig, mit seinem sozialen, ja sozialistischen Gehalt zu erfüllen (Weber 1950: 394).

Dieser Artikel von Alfred Weber, der markanterweise den Titel „Sozialistische Marktwirtschaft“ trägt, ist vielleicht eines der frühesten Beispiele für die Manifestierung des Strategems der eigentlichen Bedeutung (IX) wie auch des eigentlichen Verfechters (VIII). Denn in ihm führt Weber nicht nur aus, daß es sich bei der „Sozialen Marktwirtschaft“ um eine „eigentlich den Sozialisten zustehende Idee“ handelt, sondern auch, was darunter eigentlich gefaßt werden müßte. Und so artikuliert er eine völlig neue Äquivalenzkette der „Sozialen Marktwirtschaft“, die vor allem folgende Elemente umfaßt: bestimmte Formen der „Sozialisierung“ und vor allem der wirtschaftlichen Dezentralisierung (beide ebd.: 395), „Steuerung des Wirtschaftskreislaufs im ganzen nach unbürokratischen Prinzipien“ (ebd.: 396), „Lohnerhöhung“ (ebd.: 397), die gezielte „Lenkung der Investitionen“ (ebd.: 398) sowie Vollbeschäftigungspolitik im Sinne der „gesamten Ideen des hochbegabten Keynes“ (ebd.: 399/400). Weber faßt zusammen:

Man versteht danach wohl, warum und in welchem Sinn vom Standpunkt des Sozialisten soziale Marktwirtschaft in *wirklich* sozialem Sinn, will sagen im Sinn der Steuerung des marktmäßigen Wirtschaftskreislaufs und der Wirtschaftsentwicklung mit dem Ziel der Elendsbeseitigung auf Grund genauer Kenntnis der nicht durchweg einfachen Voraussetzungen dafür verlangt werden muß, und welche Beratungs- und Mitentscheidungsorgane dafür notwendig erscheinen. Ich sollte denken, es wird jetzt einigermaßen klar sein, was soziale Marktwirtschaft vom sozialistischen Standpunkt aus bedeutet, und welcher Zwang auf sozialistischer Seite besteht, sie in die Wirklichkeit umzusetzen (Weber 1950: 401, Herv. i.O.).

Alfred Weber nimmt also den Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“ auf und interpretiert ihn „vom Standpunkt des Sozialisten“. Allerdings kann man unter Ansehung dieses Diskursbeitrags sicher nur bedingt davon sprechen, daß es zu einer erfolgreichen, weithin wahrnehmbaren Artikulation einer Äquivalenz von „Sozialer Marktwirtschaft“ und der Subjektposition des Sozialisten käme – zu sehr unterscheidet sich die Äquivalenzkette um die „Soziale Marktwirtschaft“ von der 1950 bereits etablierten. Dennoch zeigt sich aber eine grundsätzliche Anschlußfähigkeit des westdeutschen Sozialismus an die diskursive Formation-Formierung.

Diese Anschlußfähigkeit ist insbesondere deswegen gegeben, weil auch die SPD schon in den frühen 1950er Jahren, wie bereits deutlich geworden ist, ein wirtschaftliches Ordnungsprinzip als erstrebenswert artikuliert, welches im Kern – wie es im Wahlprogramm von 1953 heißt – aus einer „Verbindung von Planung und Wettbewerb“ besteht (SPD 1963[1953]: 129, 130).⁷⁴ Sie ist damit grundsätzlich nicht sehr weit von Nell-Breuning oder auch von Passagen in Müller-Armacks *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* entfernt. Unterschiede bestehen vor allem hinsichtlich der Sozialisierungsfrage, hinsichtlich des Umfangs der Planung und hinsichtlich der Art des Eingreifens in den Wirtschaftsprozess. In bezug auf den letztgenannten Punkt artikulieren die Vertreter des hegemonialen Projekts „Soziale Marktwirtschaft“ stets eine Äquivalenz, die auf die eine oder andere Weise der Äquivalenz „Marktwirtschaft“ und „marktkonformen wirtschaftspolitischen Maßnahmen“ gleicht, während die Marktkonformität für die SPD zunächst keine maßgebliche Rolle spielt. Der Unterschied besteht insofern, als im Rahmen der „Sozialen Marktwirtschaft“ dem Marktmechanismus Vorrang eingeräumt wird, wohingegen der Marktmechanismus im „Demokratischen Sozialismus“ der frühen 1950er Jahre gegebenenfalls übergangen werden kann.

74 Die schon früh festzustellende Nähe verschiedener SPD-Politiker, z.B. von Rudolf Zorn, zur „Sozialen Marktwirtschaft“ erörtert auch Soell (1997: 28-32).

Ein entscheidender Schritt auf dem Weg der Subjektivierung der SPD durch das hegemoniale Projekt der „Sozialen Marktwirtschaft“ besteht nun darin, daß im Godesberger Programm die staatliche Einflußnahme auf die Wirtschaft „im wesentlichen auf Methoden der mittelbaren Beeinflussung“ beschränkt wird (SPD 1963[1959]: 215). Einen nicht minder wichtigen Schritt hinein in die Formation-Formierung der „Sozialen Marktwirtschaft“ macht die SPD auch, indem sie, ebenfalls im Godesberger Programm, die Sicherung der Vollbeschäftigung in Äquivalenz mit „einer stabilen Währung“ artikuliert (ebd.: 214/15), d.h. finanz- und kreditpolitischem Hazard zugunsten von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen abschwört. Insgesamt läßt sich das Godesberger Programm, dessen wirtschaftspolitische Teile im wesentlichen vom späteren Wirtschafts- und Finanzminister Karl Schiller und von Heinrich Deist konzipiert wurden (unterstützt von Herbert Wehner, vgl. Schlecht 1998: 40), als Artikulation betrachten, mit der sich die SPD auf eine – noch periphere – Subjektposition innerhalb des hegemonialen Projekts „Soziale Marktwirtschaft“ begibt. In Kombination mit weiteren Entwicklungen – etwa der Rentenreform 1957, von der bereits die Rede war – läßt die Artikulation des Godesberger Programms deshalb den Schluss zu, dass sich das hegemoniale Projekt „Soziale Marktwirtschaft“ Ende der 1950er Jahre im Übergang zur Hegemonie befindet. Das Urteil, daß die SPD auf eine periphere Subjektposition der Formation-Formierung um die „Soziale Marktwirtschaft“ eintrete, ist gerechtfertigt, obwohl der Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“ selbst gemieden wird, weil als Aspekte der gewünschten Wirtschaftsordnung sehr viele diskursive Elemente artikuliert werden, die wir aus der P-Äquivalenzkette um die „Soziale Marktwirtschaft“ kennen, so z.B. außer der „stabilen Währung“ und den „Methoden der mittelbaren Beeinflussung“ auch der „Wettbewerb“ und die „Kontrolle marktbeherrschender Kräfte“ (beide SPD 1963[1959]: 216).⁷⁵ Peripher bleibt die Subjektposition zunächst, weil andere Elemente erst noch als Äquivalente einer neu verstandenen „Sozialen Marktwirtschaft“ etabliert werden müßten, so z.B. die „volkswirtschaftliche Gesamtrechnung“ bzw. das „Nationalbudget“ (ebd.: 215), die „Investitionskontrolle“ (ebd.: 216) und die „zielbewußte Einkommens- und Vermögenspolitik“ (ebd.: 217). Alle diese „neuen“ Forderungen verbinden sich eher mit dem Keynesianismus als mit dem Ordo- bzw. Neoliberalismus, der die Interpretation der „Sozialen Marktwirtschaft“

75 Wengeler (1996: 400) teilt diese Auffassung im wesentlichen, wenn er schreibt, daß die SPD im Godesberger Programm die inhaltliche Konzeption der „Sozialen Marktwirtschaft“ weitgehend übernehme, den Ausdruck selbst aber vermeide.

bis Ende der 1950er Jahre prägte. Insofern kann man auch sagen, daß die periphere Subjektposition der SPD in bezug auf das hegemoniale Projekt bzw. auf die entstehende Hegemonie der „Sozialen Marktwirtschaft“ so lange fortbestehen mußte, bis sich der Keynesianismus in die „Soziale Marktwirtschaft“ „einklinkte“, was spätestens mit dem durch die große Koalition 1967 verabschiedeten Stabilitäts- und Wachstumsgesetz der Fall war. Zwar war der Leitbegriff der SPD und ihres Wirtschaftsministers Schiller nicht die „Soziale Marktwirtschaft“, sondern die „Globalsteuerung“ (vgl. u.a. Sturm 1995: 87-101), aber Schiller sprach eben zugleich von „aufgeklärter Marktwirtschaft“, und auch der Begriff der „aufgeklärten sozialen Marktwirtschaft“ fand Verwendung (vgl. Delhaes-Guenther 1998: 141). „Globalsteuerung“ hat sich bekanntermaßen als Leitbegriff letztlich nicht durchgesetzt. Stattdessen kam es zu einer Ergänzung der Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“, durch die das Soziale nun nicht mehr nur als Sozialpolitik verstanden wurde – so die Lesart „post Rentenreform“, s.o. –, sondern eben auch im Sinne einer aktiven Konjunkturpolitik (die im übrigen auch Müller-Armack gefordert hatte, ohne daß dies allerdings weitreichende Auswirkungen auf die Politik unter Erhard gehabt hätte). Die erneute Bedeutungsspreizung der „Sozialen Marktwirtschaft“ geht mit der letztlich erfolgenden Subjektivierung der größten Oppositionspartei, der SPD, durch das hegemoniale Projekt „Soziale Marktwirtschaft“ einher. Wir haben damit bereits weit über den Untersuchungszeitraum hinaus geblickt, doch innerhalb des Untersuchungszeitraums bildet das Godesberger Programm einen wichtigen Meilenstein auf diesem Weg.

7. Einfaches Fazit, doppelter Ausblick

Im folgenden sollen zunächst die Ergebnisse dieser Untersuchung resümiert werden. Anschließend wird sie mit einem doppelten Ausblick abgeschlossen: Zum einen möchte ich zeigen, wo sich im Anschluß an diese Arbeit weitere Forschungsmöglichkeiten für die Hegemonieforschung und die politische Diskursforschung im allgemeinen eröffnen. Zum anderen werde ich kurz darauf eingehen, wie sich die Hegemonie um die „Soziale Marktwirtschaft“ circa 50 Jahre nach unserem Untersuchungszeitraum, also in den Jahren um den Jahrtausendwechsel, darstellte.

In der Einleitung wurden zwei Fragestellungen entworfen. Erstens sollte geklärt werden, wie hegemoniale Mechanismen im allgemeinen funktionieren und welche Strukturen diese Mechanismen typischerweise ausbilden. Zweitens wurde gefragt, wie sich im besonderen die Hegemonie der „Sozialen Marktwirtschaft“ ausbildete, d.h. ob und wenn ja, in welcher Weise die Mechanismen der Hegemonie in diesem Fall zum Tragen kamen.

Die Untersuchung der ersten Fragestellung orientierte sich an der grundlegenden Überlegung, daß man es bei einer Hegemonie mit einer diskursiven und politischen Form der Vorherrschaft zu tun hat. Diese drei Attribute – diskursiv, politisch, Vorherrschaft – bildeten die Wegmarken der theoretischen Hegemonieanalyse. In einem ersten Schritt wurde argumentiert, daß Hegemonien als bestimmte Formierungen gesellschaftlichen Sinns zu verstehen sind, an denen „man nicht vorbei kommt“, außerhalb derer man sich also schwer positionieren kann, wenn man innerhalb eines bestimmten Kontextes ernst genommen werden will. Dies gilt auch für die Sinnformierung „Soziale Marktwirtschaft“ im Kontext der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik. Hegemonien wurden also als Sinnformierungen bzw. als diskursive Formationen-Formierungen betrachtet. Als solche unterliegen sie den grundlegenden Bedingun-

gen der Diskursivität. Das bedeutet vor allem, daß die Elemente, aus denen sich die Formation-Formierung zusammensetzt, keine „eigentliche“ Bedeutung haben können; mit Blick auf das diskursive Element „Soziale Marktwirtschaft“ wurde dies ausführlich dargestellt. Wie jedes Element wird die „Soziale Marktwirtschaft“ mit jeder Artikulation in neue Relationen gestellt. Daraus folgt nicht, daß ihre Bedeutung völlig offen oder daß sie ohne Bedeutung wäre. Aber es hat zur Konsequenz, daß es keine *fixe* Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“ geben kann. Der Begriff der Artikulation wurde in Anlehnung an Laclau/Mouffe zur Bezeichnung der Relationierung von diskursiven Elementen eingeführt. Im Anschluß hieran wurden Diskurse als Artikulationsfolgen konzeptualisiert. Mit Hilfe eines erneuten Blicks auf das Element „Soziale Marktwirtschaft“ und seine diskursive Umgebung konnte zum Abschluß des Diskurskapitels eruiert werden, daß man diskursives Geschehen, soweit es hier als politisch-diskursives Geschehen von Interesse ist, im wesentlichen erfassen kann, wenn man von vier Typen diskursiver Relationen ausgeht: Differenz, Superdifferenz, Äquivalenz, Kontrarität.

Nach der Erörterung der Hegemonie als diskursives Phänomen war klar, daß sich jede hegemoniale Praxis dadurch auszeichnet, daß sie, um „hegemonialen Sinn“ zu generieren, diskursive Elemente in einer bestimmten Art und Weise arrangiert. Um eine grundlegende Vorstellung davon zu gewinnen, wie eine hegemoniale Formation-Formierung von diskursiven Elementen aussehen könnte, wurde das Terrain untersucht, auf dem sich Hegemonien konstituieren: Dies ist das Terrain des politischen Diskurses. Hegemonien wurden also als politische bzw. als politisch-diskursive Phänomene erörtert. Im Zuge dieser Erörterung konnte geklärt werden, daß sich politische Diskurse durch zwei Strukturelemente besonders auszeichnen. Erstens ist der Raum des Politischen und damit auch der Raum des politischen Diskurses von Konfliktivität geprägt. Zweitens entwickelt sich diese Konfliktivität insbesondere in bezug auf das, was hier als das Allgemeine eingeführt wurde, steht also in Relation zur Verwirklichung des Gemeinwohls (oder von Vergleichbarem). Als politischer Diskurs läßt sich demnach jeder Diskurs bezeichnen, in dem das Allgemeine – bzw. ein spezifisches Allgemeines – konflikthaft verhandelt wird. Hegemonie als ein Vorherrschaftsphänomen des politischen Diskurses zu verstehen, bedeutet dann, daß sich eine Formation-Formierung, in deren Zentrum ein symbolisches Äquivalent des Allgemeinen – wie z.B. „Soziale Marktwirtschaft“ – steht, insofern durchsetzt, als in der Verwirklichung des symbolischen Äquivalents die Verwirklichung des – imaginären, d.h. letztlich niemals zu verwirklichenden – Allgemeinen selbst gesehen wird.

Damit eine diskursive Formation-Formierung, die um ein bestimmtes symbolisches Äquivalent des Allgemeinen herum angeordnet ist, zur Vorherrschaft gelangen kann, muß es mit Hilfe dieses symbolischen Äquivalents gelingen, möglichst viele gesellschaftliche Forderungen in bezug auf das Allgemeine „aufzufangen“. Daher besteht die typische hegemoniale Artikulation darin, vom stets singulären Ort der Artikulation aus die Forderungen anderer in bezug auf das Allgemeine mit einzuverleiben. Im Zentrum dessen, was sich als ein hegemoniales Projekt bezeichnen läßt, steht eine umfassende Forderung, d.h. eine Forderung, die *alle* anderen Forderungen in bezug auf das Allgemeine mit zu erfüllen verspricht. Eine solche Forderung präsentiert stets auch ein symbolisches Äquivalent des Allgemeinen, also z.B. „Soziale Marktwirtschaft!“. Vor dieser Definition des hegemonialen Projekts konnte dann auch der Begriff der Hegemonie präzisiert werden. „Hegemonie“ findet nur noch für diejenigen hegemonialen Projekte Verwendung, die als erfolgreich gelten können, mithin für hegemoniale Projekte, in deren Zentrum eine nicht nur dem Anspruch nach umfassende Forderung steht, sondern eine Forderung, deren Erfüllung tatsächlich in diskursiv umfassender Weise (also in hohem diskursiven „Verbreitungsgrad“) mit der Behebung des Mangels an Allgemeinem äquivalent gesetzt wird. Man kann hier vom Übergang einer umfassenden in eine hegemoniale Forderung sprechen.

Im Anschluß an die Erörterung der Attribute „diskursiv“ und „politisch“ einerseits sowie an die soeben nochmals nachvollzogene Differenzierung des Begriffsfeldes um die hegemoniale Praxis andererseits, wurde Hegemonie wie folgt definiert: Ein hegemoniales Projekt kann in dem Ausmaß als erfolgreich bzw. eine Vorherrschaft im Sinne der Hegemonie in dem Ausmaß als erreicht gelten, in welchem im Rahmen einer diskursiven Praxis ein diffuses kollektives Begehren nach dem imaginären Allgemeinen nicht nur durch eine umfassende Forderung zur Behebung des Mangels an Allgemeinem, die auf ein symbolisches Äquivalent des Allgemeinen ausgerichtet ist, konkretisiert wird, sondern in dem diese Forderung als gemeinsamer Wille politisch-gesellschaftlicher Kräfte tatsächlich über längere Zeit Verbreitung findet.

Im Kern zielt diese Definition darauf hin, Hegemonien als diskursive Prozesse möglichst weitreichender Subjektivierung zu begreifen. Zur angesprochenen Formierung eines gemeinsamen Willens kommt es nämlich dadurch, daß unterschiedliche Subjekte, indem sie artikulieren, auf den verschiedenen Subjektpositionen eines hegemonialen Projekts in dieses eintreten und es sich zu eigen machen. Allerdings ist dieses „Sich-zu-eigen-machen“ eine Entwicklung in beide Richtungen: Nicht nur eignen sich Subjekte die diskursive Formation-Formierung eines hegemonialen Projekts an, sondern zugleich werden sie durch diese For-

mation-Formierung subjektiviert. Daher kann man von der Gleichursprünglichkeit von Diskurs und Subjekt sprechen. Für die Ausdehnung eines hegemonialen Projekts ist es jedoch nicht einfach von Bedeutung, möglichst viele Individuen zu subjektivieren. Es kommt auch darauf an, die diskursive Wahrnehmbarkeit zu sichern, die von vielen Faktoren abhängen kann. Der Begriff der politisch-gesellschaftlichen Kraft wurde eingeführt, um all jene Subjekte zu bezeichnen, die innerhalb von politischen Diskursen wahrnehmbar sind. Die Koordinierung verschiedener Subjekte macht es möglich, mehrere Faktoren der diskursiven Wahrnehmbarkeit gleichzeitig abzudecken. Als besonders geeignete Mittel zur Koordinierung wurden institutionelle Gruppen und Diskurskoalitionen erörtert.

Nachdem nun einerseits eruiert war, in welchem Terrain hegemoniale Praxis operiert – dem des politischen Diskurses –, und nachdem andererseits erklärt wurde, was eine Hegemonie im Sinne der Vorherrschaft ausmacht und wie sie sich von hegemonialen Projekten unterscheidet, bestand der nächste und letzte Theorieschritt darin zu rekonstruieren, welche Arrangements diskursiver Elemente im Zuge hegemonialer Praxis vorgenommen werden, damit sich ein hegemoniales Projekt zu einer Hegemonie entwickeln kann (oder damit sich eine Hegemonie gegen andere hegemoniale Projekte behaupten kann). Für diese Arrangements, die auf den vier diskursiven Beziehungen der Differenz, der Superdifferenz, der Äquivalenz und der Kontrarität beruhen, wurde der Begriff der hegemonialen Strategie eingeführt. Die Rekonstruktion der hegemonialen Strategie(n) kann als der entscheidende Schritt hin zur Beantwortung der ersten Fragestellung nach dem allgemeinen Operationsmodus der Hegemonie gelten.

Da diese Abhandlung darauf hinzielt herauszufinden, wie sich die Hegemonie der „Sozialen Marktwirtschaft“ etablierte, wurde die hegemoniale Strategie im wesentlichen in ihrer konstruktiven bzw. offensiven Form diskutiert. Um die einzelnen Aspekte der (offensiv-)hegemonialen Strategie präziser rekonstruieren zu können, wurde sie als Konglomerat von insgesamt neun sogenannten Strategemen verstanden. Von diesen neun Strategemen bilden die ersten drei den Kern der (offensiv-)hegemonialen Strategie, sie wurden deshalb auch als Kernstrategeme bezeichnet: (I) Äquivalenzierung differenter, am Allgemeinen orientierter Forderungen, (II) antagonistische Zweiteilung des diskursiven Raums, (III) Repräsentation. Alle drei Kernstrategeme greifen ineinander, um eine hegemoniale Formation-Formierung zu etablieren. Um die Reichweite einer Forderung, die in bezug auf das Allgemeine gestellt wird, zu erhöhen, wird sie mit anderen, ebensolchen Forderungen äquivalenziert. Um diese Äquivalenzierung zu stabilisieren, werden alle

Elemente, die in Kontrarität zu den äquivalenzierten Forderungen stehen, ebenfalls äquivalenziert, mit dem Effekt einer antagonistischen Zweiteilung des diskursiven Raums, also einer Zweiteilung, in der es nur noch die Äquivalenzkette des Pro-Allgemeinen (P) und die des Anti-Allgemeinen (Q) gibt und alle diskursiven Elemente einer dieser beiden Ketten zugeordnet sind. Damit eine Forderung vor diesem Setting dann zur hegemonialen Forderung werden kann, muß sie zur Repräsentantin der P-Äquivalenzkette avancieren. Das Operieren dieser drei Kernstrategeme, und dabei insbesondere die Zweiteilung des diskursiven Raums ist nur möglich, wenn der diskursive Raum nicht in der Grenzenlosigkeit, die ihm eigen ist, konfrontiert werden muß. Daher müssen die „Außengrenzen“ eines Diskurses, wenn sie gefährdet erscheinen, gesichert werden. Dies geschieht anhand superdifferenzieller Grenzziehungen (Strategem IV). Die drei Kernstrategeme können außerdem um drei weitere Strategeme ergänzt werden, die dazu dienen, die Reichweite eines hegemonialen Projekts in unterschiedlicher Weise zu erhöhen. Dies geschieht einmal dadurch, daß das symbolische Äquivalent des Allgemeinen als besonders interpretationsoffenes diskursives Element in Erscheinung tritt (Strategem V), was eine Vielzahl von Subjektpositionierungen in Beziehung zu ihm ermöglicht. Zweitens werden Subjektpositionen insbesondere für politisch-gesellschaftliche Kräfte eingerichtet bzw. fortgeschrieben (Strategem VI). Drittens schließlich zielen hegemoniale Projekte auch immer wieder darauf hin, ihre Reichweite zu erhöhen, indem sie die von ihnen selbst artikulierte antagonistische Grenze artikulatorisch unterlaufen (Strategem VII). Gerade dieses letztgenannte Strategem verdeutlicht mithin die typische Zweischneidigkeit und Instabilität jeder Hegemonie. Zuletzt wurden zwei Strategeme eingeführt, die üblicherweise erst dann auffindbar sind, wenn man es mit einer etablierten Hegemonie zu tun hat: das Strategem des eigentlichen Verfechters einer hegemonialen Forderung (VIII) sowie das Strategem der eigentlichen Bedeutung dieser Forderung (IX). Wenn sie sich auffinden lassen, wird dadurch bekräftigt, daß bereits eine Hegemonie vorliegt, denn der Streit um die legitime Vertretung oder Auslegung eines symbolischen Repräsentanten des Allgemeinen wird üblicherweise erst dann geführt, wenn er als solcher in verbreiteter Weise etabliert ist.

Mit der Rekonstruktion der Strategeme der (offensiv-)hegemonialen Strategie, die um einige grundlegende Überlegungen zur defensiv-hegemonialen sowie zur spezifisch anti-hegemonialen und zur radikal anti-hegemonialen Strategie ergänzt wurde, konnte die erste Fragestellung dieser Arbeit, die Frage nach dem allgemeinen Operationsmodus hegemonialer Praxis, als beantwortet gelten. Im Rückgriff auf die Ergebnisse der so skizzierten Hegemonietheorie wurde dann die zweite Fragestel-

lung angegangen und diskursanalytisch untersucht, wie sich die Hegemonie der „Sozialen Marktwirtschaft“ ausbildete. Dabei bestand der Analysekorpus aus verschiedenen Texten aus den Jahren 1946 bis 1959, also aus der „Frühzeit“ der Sozialen Marktwirtschaft.

Es konnte gezeigt werden, daß im Zuge des sich entwickelnden hegemonialen Projekts „Soziale Marktwirtschaft“ zahlreiche differente politische Forderungen äquivalenziert wurden. Besonders hervorzuheben sind dabei die Äquivalenzierungen von „Marktwirtschaft“ und „aktiver und konstruktiver staatlicher Wirtschaftspolitik“ bzw. „(marktkonformer) Planung“ sowie von „Marktwirtschaft“ und „Sozialpolitik“. Es konnte weiter gezeigt werden, daß im Rahmen der emergierenden hegemonialen Formation-Formierung um den leeren Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ auch eine Vielzahl von differenten Subjektpositionen in die auf das Allgemeine bezogene Äquivalenzkette inkorporiert wurden. Dadurch wurde eine Diskurskoalition ermöglicht, die sich auf mehreren Ebenen konstituierte: auf Subjektpositionen des politisch-gesellschaftlichen institutionellen Gefüges (politische Parteien, Wirtschaftsverbände, Ministerien); auf Subjektpositionen, die durch Professionen bestimmt sind (z.B. Wissenschaftler, Unternehmer, Administratoren, Kirchenleute); und insbesondere auch auf weltanschaulich oder ideologisch generierten Subjektpositionen (z.B. Liberale, Christlich-Soziale, Konservative, später zunehmend auch Sozialdemokraten). Die unterschiedlichen Äquivalenzierungen innerhalb des hegemonialen Projekts „Soziale Marktwirtschaft“ wurden dadurch befördert, daß zugleich alle diskursiven Elemente, die einzelnen Forderungen in bezug auf das Allgemeine im Sinn der „Sozialen Marktwirtschaft“ entgegentanden, miteinander in einer zweiten Äquivalenzkette verbunden wurden. Diese zweite Äquivalenzkette läßt sich beschreiben als Inkarnation des „Anderen“, das es zu überwinden galt. Wesentliche, dem Allgemeinen entgegentehende Elemente waren einerseits der Alt- oder Paläoliberalismus und andererseits die Wirtschaftslenkung, letztere sowohl in ihrer nationalsozialistischen Form als auch in sämtlichen Schattierungen des Sozialismus oder Kommunismus. Schließlich konnte auch gezeigt werden, wie das diskursive Element „Soziale Marktwirtschaft“ allmählich die Funktion eines Repräsentanten aller Forderungen, die in bezug auf das wirtschaftliche Allgemeine der jungen Bundesrepublik erhoben wurden, übernahm. Aus einem „Kandidatenstatus“ heraus avancierte die „Soziale Marktwirtschaft“ damit auch zum symbolischen Repräsentanten des Allgemeinen. Dabei handelt es sich freilich um eine letztlich immer aufs Neue scheiternde Repräsentation, weil das Allgemeine eine imaginäre Größe ist und sich als solche stets entzieht. Zusammenfassend kann man also festhalten, daß das hegemoniale Projekt „Soziale Markt-

wirtschaft“ sich deshalb erfolgreich zur Hegemonie entwickeln konnte, weil eine diskursive Zerteilung des ökonomisch-diskursiven Raums gelang, die es ermöglichte, sowohl zahlreiche politische Forderungen als äquivalente Forderungen als auch die fordernden Subjekte als äquivalent fordernde Subjekte zu begreifen, während allmählich die „Soziale Marktwirtschaft“ zur Repräsentantin all dieser Forderungen und fordernden Subjekte wurde.

Ergänzend zu der nun zusammengefaßten Rekonstruktion der drei Kernstrategeme des hegemonialen Projekts „Soziale Marktwirtschaft“ ließen sich auch die sechs übrigen Strategeme erfolgreich rekonstruieren. Damit hat die Theoretisierung des hegemonialen Operationsmodus, wie sie anhand der neun offensiven Strategeme vorgenommen wurde, einer ersten empirischen Überprüfung standgehalten.

Allerdings kann dies nur als Auftakt eines politikwissenschaftlichen Forschungsprogramms der Hegemonieanalyse gelten. Die Entwicklung eines derartigen Programms scheint in jedem Fall angebracht, weil Hegemoniephänomene zu vielfältig und zu schillernd sind, als daß ihr Funktionieren von einer einzelnen Untersuchung vollends erhellt werden könnte. Die vorliegende Arbeit bietet daher zahlreiche Anschlußmöglichkeiten. Zum einen ist es natürlich wünschenswert, das hier entwickelte Analyseinstrumentarium ebenso wie die hier entworfene Hegemonietheorie weiter zu testen. Es ist dabei angesichts der Mannigfaltigkeit hegemonialer Praxis nicht unwahrscheinlich, daß sowohl die Theorie als auch das Instrumentarium dem jeweiligen empirischen Fall angepaßt werden müssen. Ich bin jedoch zuversichtlich, daß die hier entworfene Vorgehensweise zur Analyse des hegemonialen Geschehens – die im Anschluß an eine ausführliche theoretische Diskussion die hegemonialen Strategien/Strategeme zum „Knotenpunkt“ von Theorie, Methode und Empirie macht – grundsätzlich übertragbar sein dürfte. Am ehesten wird man den Katalog der Strategeme, der nicht, das sei nochmals betont, als abgeschlossener Katalog formuliert wurde, im Einzelfall erweitern müssen. Des weiteren besteht Bedarf an einer ausführlicheren Erforschung der defensiven und der anti-hegemonialen Strategien, die hier im wesentlichen auf die Betonung der Differenzartikulationen reduziert wurden. Dabei wird es im Unterschied zu dieser Untersuchung, in deren Zentrum ein sich entwickelndes hegemoniales Projekt stand, insbesondere notwendig sein, etablierte Hegemonien zu studieren. Hinsichtlich des Gegenstandsbereichs der Hegemonieforschung sei nochmals daran erinnert, daß alle hier angestellten Überlegungen dadurch eine Einschränkung erfahren, daß sie auf den Hintergrund liberaler und pluralistischer Demokratien in ihrem „Normalzustand“ bezogen sind. Hegemoniale Prozesse vor anderen Polity-Hintergründen zu untersu-

chen, muß daher als weiteres Desiderat eines Forschungsprogramms der Hegemonieanalyse gelten. Und nicht zuletzt besteht vielleicht, eine Vielzahl von Forschungsergebnissen vorausgesetzt, auch die Möglichkeit, über hier im Zentrum stehenden „Wie-Fragen“ hinauszugehen und zu den „Warum-Fragen“ vorzustoßen. Dabei gälte es zu klären, warum sich in bestimmten Situationen bestimmte Hegemonien konstituieren. Um hier eine Erklärung jenseits der Kasuistik zu finden, müßten die Forschungsergebnisse allerdings nicht nur vielfältig sein, sondern sollten vor allem im Zuge komparativer Studien aus verschiedenen Kontexten gewonnen werden, weil nur der Vergleich aufzeigen kann, ob einzelne Faktoren kausale Erklärungen liefern können.

Weiterer Forschungsbedarf besteht aber nicht nur in der Hegemonieforschung, sondern ganz allgemein in der politischen Diskursforschung. Es ist zu wünschen, daß sich die Beziehungen zwischen Politischer Wissenschaft und Diskurswissenschaft künftig produktiver entwickeln, als das über viele Jahre hinweg der Fall war. Zu offensichtlich haben wir es bei zahlreichen politischen Phänomenen mit Sinn-, also mit diskursiven Phänomenen zu tun, als daß die Politische Wissenschaft auf das Input der Diskursforschung dauerhaft mehr oder weniger verzichten könnte. Zwar stellen Hegemonien sicher ein wesentliches Element politischer Diskursivität dar, aber keineswegs das einzige. Denkbar sind viele Anschlußmöglichkeiten: Ein offensichtliches Feld für die Kooperation von Politik- und Diskurswissenschaft wurde bereits angesprochen, weil es hier bereits verbreitete Tendenzen zur Auseinandersetzung mit der Sinnhaftigkeit der Politik gibt: Dies ist die Policy-Forschung. Aber auch die Institutionenforschung ließe sich mit der Diskurswissenschaft erfolgversprechend verbinden. So könnte beispielsweise mit diskurswissenschaftlichen Mitteln untersucht werden, wann und auf welche Weise Akte der politischen Repräsentation gelingen – Repräsentation stellt ein Sinnphänomen *par excellence* dar –, wann und warum Repräsentation in Frage gestellt oder eben widerspruchslos akzeptiert wird, und wann unter welchen Umständen eine einst erfolgreiche Repräsentation scheitern kann. Schließlich könnte auch die politische Prozeßforschung vom diskurswissenschaftlichen Input profitieren. Als Beispiel sei die Revolutionsforschung genannt, wo es mit Hilfe diskurswissenschaftlicher Mittel gelingen könnte zu rekonstruieren, wann und auf welche Weise eine „stürzbare Regierung“ oder der „nicht mehr aufzuhaltende Volksaufstand“ entsteht.

Dem ist noch hinzuzufügen, daß ein wichtiges diskurswissenschaftliches Forschungsdesiderat quer zu allen genannten Fortentwicklungsmöglichkeiten liegt. Es erscheint drängend, daß neben der Form der sprachlichen Artikulation, die hier im Zentrum stand, auch die verschiedenen Formen nicht-sprachlicher Artikulation im Rahmen einer politi-

schen Diskurswissenschaft eingehend analysiert werden. Zwar wurden diese nicht-sprachlichen Artikulationen hier stets mitgedacht, und gelegentlich wurde auch in der Analyse auf eine derartige Artikulation verwiesen. Allerdings bleiben sie sowohl theoretisch als auch typologisch noch unterbelichtet. Die nicht-sprachlichen Artikulationen zu untersuchen, könnte insbesondere an verschiedene mikropolitische Forschungen zur Typologie und Operationsweise politischer Praktiken anschließen (vgl. Nullmeier et al. 2003, v.a. 17-20). Ein aus der hier vorgelegten Arbeit folgender Begriff der Praktik würde sich jedoch von der in der ethnographischen Politikforschung verbreiteten Akteurszentrierung abzuheben suchen. Eine Praktik wäre dann analog zu einer Artikulation als eine bestimmte Relationierung von (praktisch-)diskursiven Elementen zu verstehen – und der Akteur müßte in einem Gleichursprünglichkeitsverhältnis zur Praktik konzeptualisiert werden. Allerdings müßte insbesondere noch untersucht werden, welche Arten von Relationen, welche Möglichkeiten zur Kombination von Relationen und welche Dynamiken der Relationierung sich rekonstruieren lassen.

Nach diesem ersten Ausblick auf die Anschlußmöglichkeiten hegemonie-, diskurs- und politikwissenschaftlicher Forschung möchte ich in einem zweiten Ausblick nochmals den hegemonialen Status des Projekts „Soziale Marktwirtschaft“ in jüngerer Zeit in Augenschein nehmen. Die vorliegende Arbeit beruhte auf der Annahme, daß wir es heute mit einer ausgeprägten Hegemonie der „Sozialen Marktwirtschaft“ zu tun haben. Als Anzeichen einer solchen Hegemonie können wir nun zum einen hervorheben, daß sich unterschiedliche Subjekte, u.U. auch Subjekte, die sich in vielen diskursiven Kontexten auf konträr gegenübergestellten Subjektpositionen befinden, innerhalb des wirtschaftspolitischen Diskurses derart artikulieren, daß die damit eingenommene Subjektposition in Äquivalenz zum diskursiven Element „Soziale Marktwirtschaft“ auftritt. Zum anderen spricht es für eine etablierte Hegemonie, wenn sich die sekundären Strategeme des eigentlichen Verfechters und der eigentlichen Bedeutung rekonstruieren lassen. Daß beides in den vergangenen zehn Jahren der Fall war, soll nun abschließend gezeigt werden.

In jüngerer Zeit lassen sich die beiden sekundären Strategeme par excellence in jenen Diskursbeiträgen auffinden, die die Notwendigkeit einer „Neuen Sozialen Marktwirtschaft“ thematisieren. Derartige Ansätze finden sich ab dem Jahr 2000 sowohl bei der CDU¹ als auch bei der

1 Die „Neue Soziale Marktwirtschaft“ hat bei der CDU damit auch die „ökologische und soziale Marktwirtschaft“ des CDU-Grundsatzprogramms von 1994 ersetzt. Bezüge zur Ökologie, vor zehn Jahren bei vielen Parteien noch Standard (vgl. auch SPD 1994: 26/27), sind heute kaum noch zu finden.

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)², einer im wesentlichen von Unternehmern getragenen Vereinigung, die prominente Politiker sowohl von Schwarz-Gelb als auch von Rot-Grün als Fürsprecher gewinnen konnte. Im Umfeld der Plädoyers für eine „Neue Soziale Marktwirtschaft“ lassen sich zwei typische Artikulationsmuster auffinden. Zum einen wird eine Notwendigkeit ausgemacht, die „Soziale Marktwirtschaft“ dem sich – insbesondere im Zuge globaler Veränderungen – wandelnden ökonomischen Kontext anzupassen. „In der Neuen Sozialen Marktwirtschaft“, schreibt beispielsweise Angela Merkel (2000), „findet der Wettbewerb auf internationaler Ebene statt. Nationale Regelungen, die die Kosten der Produkte, besonders den Faktor Arbeit, beeinflussen, müssen deshalb auf ihre Wettbewerbsfähigkeit hin überprüft werden.“ Zugleich aber wird die *Neubegründung* der Sozialen Marktwirtschaft als „Neue Soziale Marktwirtschaft“ mit der *Rückbesinnung* auf den (vermeintlichen) Ursprung gleichgesetzt – eine Art fundamentalistische artikulierende Geste. Dieser „Sozialmarktwirtschaftsfundamentalismus“ kommt z.B. in der Rede, die der ehemalige Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer im Oktober 2000 anlässlich der Gründung der *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft* hielt, deutlich zum Ausdruck, wenn er feststellt: „Die ‚neue‘ Soziale Marktwirtschaft ist keine ‚andere‘ Soziale Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft zu erneuern, heißt vielmehr, sich auf die Grundprinzipien Ludwig Erhards zu besinnen, sie freizulegen unter all dem Ballast, der sich in den vergangenen Jahren angesammelt hat“ (Tietmeyer 2000: 3). Dieser Ballast besteht nach Tietmeyer insbesondere in den ausufernden und ineffizienten Sozialsystemen und in den „Verkrustungen auf dem Arbeitsmarkt“ (ebd.: 2). Auch die CDU-Vorsitzende scheint diese „Verkrustungen“ im Sinn zu haben, wenn sie einen zum Maß aller Dinge erhobenen Freiheitsbegriff ins Zentrum ihrer Argumentation stellt und damit natürlich ebenso an Erhardsche Artikulationen anschließt:

In Zeiten von Globalisierung und Digitalisierung braucht unser Land die politische Initiative für eine neue Soziale Marktwirtschaft. Sie ist das Dach aller Maßnahmen. *Unter dem Dach der neuen Sozialen Marktwirtschaft kann die für mich zentrale Aufgabe gelingen, der Politik für die Menschen zu dienen hat: Freiheit schaffen und Freiheit schützen. Auch im 21. Jahrhundert. Im umfassenden Sinne. Wirtschaftspolitisch, sozialpolitisch, innenpolitisch, außenpolitisch. [...] Auf einen Punkt gebracht heißt das: weniger Staat in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, aber mehr Verantwortung des Staates in der*

2 Die Weltwahrnehmung und die Positionen der INSM sind repräsentativ dargestellt in Rodenstock (2001). Vgl. für eine Außenperspektive auf die INSM und ihre politischen Strategien Speth (2004).

Innen- und Außenpolitik. Ich bin zutiefst davon überzeugt: Der Weg zur neuen Sozialen Marktwirtschaft ist alternativlos (Merkel 2003, Herv. MN).

Insgesamt läßt sich festhalten, daß Christdemokraten und Liberale die Fortschreibung der „Sozialen Marktwirtschaft“ für unerläßlich halten, daß sie dabei eine Anpassung an den sozialen und ökonomischen Wandel einfordern, aber einen wesentlichen Bestandteil dieser Anpassung in der Rückkehr zu den Fundamenten und in der Befreiung vom „Ballast“ des Wohlfahrtsstaats sehen. Dieser Rückbezug auf den Ursprung ist ein Kennzeichen sowohl des Strategems der eigentlichen Bedeutung als auch – qua Artikulationsakt – des Strategems des eigentlichen Verfechters.

Daß sich seit den 1990er Jahren neben der Union auch die SPD als zweite große Volkspartei in programmatischer Weise positiv auf die „Soziale Marktwirtschaft“ bezieht, ist bereits mehrfach angesprochen worden. Es ist in der Tat auffällig, wie die „Soziale Marktwirtschaft“ der Sozialdemokratie nach der Wiedervereinigung so zur Heimat geworden ist, daß sie aus den programmatischen Verlautbarungen der Partei kaum noch wegzudenken ist. Ein markantes Beispiel hierfür ist das 1998 vom damaligen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine verfaßte Vorwort zum geringfügig überarbeiteten Berliner Grundsatzprogramm von 1989. Noch in diesen, kurz vor der Wiedervereinigung entstandenen Text hatte der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ keinen Eingang gefunden (obwohl genau wie im Godesberger Programm eine inhaltliche Nähe zum Konzept „Soziale Marktwirtschaft“ festzustellen ist). In seinem neuen Vorwort von 1998 aber schrieb Lafontaine: „Auf der Grundlage der sozialen Marktwirtschaft wollen wir ökonomische Leistungsfähigkeit und soziale Sicherheit.“ Entsprechend der Hinzufügung zum Grundsatzprogramm findet sich der positive Bezug zur „Sozialen Marktwirtschaft“ auch in den drei Wahl- bzw. Regierungsprogrammen von 1994, 1998, 2002 und 2005 (vgl. z.B. SPD 1994: 26/27; SPD 1998: 11; SPD 2002: 8; SPD 2005: 13/14). Insbesondere vor dem Regierungswechsel 1998 propagierte auch die SPD eine „Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft“ (SPD 1998: 11).³ Im Wahlkampf 2005 eignete sie sich den Begriff vollends an (vgl. Meng 2005) und positionierte sich als eigentliche Verteidigerin der „Sozialen Marktwirtschaft“ gegenüber CDU/CSU und FDP, die „nach 60 Jahren Sozialer Marktwirtschaft“ „Deutschland zu einem anderen Land machen“ wollten (SPD 2005: 19).

3 Im Wahlkampf 1998 wurden auch Anzeigen und Plakate mit einer Schwarz-Weiß-Photographie verwendet, die Gerhard Schröder Zigarre rauchend zeigten und so Assoziationen zu Erhard zu wecken suchten.

Diese neue Beheimatung der Sozialdemokraten in der „Sozialen Marktwirtschaft“ ist im übrigen keineswegs ein Phänomen, das von der Parteilinken nicht mitgetragen würde. So machte sich etwa die Redaktionsgruppe Programmkommission der SPD, die im wesentlichen mit Vertretern der Parteilinken besetzt ist,⁴ in einer Stellungnahme zur Erarbeitung des neuen Grundsatzprogramms den Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“ zu eigen (vgl. Redaktionsgruppe Programmkommission SPD 2003: 7). In der SPD-Mitgliedschaft ist das Bekenntnis zur „Sozialen Marktwirtschaft“ offensichtlich ohnehin stark verbreitet – und zwar wesentlich stärker als zum „Demokratischen Sozialismus“, der im Berliner Programm immer noch den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Leitbegriff darstellt. So äußerten in einer Mitgliederbefragung, die in den Monaten um den Jahreswechsel 2001/2002 durchgeführt wurde, 88 % der SPD-Mitglieder, daß der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ sehr wichtig oder wichtig sei; der Begriff „Demokratischer Sozialismus“ kam hingegen nur auf 61 % Zustimmung in den Kategorien sehr wichtig und wichtig (vgl. SPD/Polis 2002: 5). In verbreiteter Weise wird also die Subjektposition des Sozialdemokraten als Teil der diskursiven Formation-Formierung um die „Soziale Marktwirtschaft“ akzeptiert und artikuliert.

Dabei kommt es freilich mitunter zur Formulierung anderer Äquivalenzen in bezug auf die „Soziale Marktwirtschaft“, als dies etwa bei der CDU üblich ist. Als eines der markantesten Beispiele hierfür sei die „Mitbestimmung“ genannt: „Mitbestimmungstatbestände auszuweiten“ schwächt nach Angela Merkel Deutschland im internationalen Wettbewerb und steht damit in Kontrarität zum „umfassenden Bekenntnis“ der „Neuen Sozialen Marktwirtschaft“ zum „Wettbewerb“ (vgl. Merkel 2000). Demgegenüber stellt das Wahlmanifest der SPD 2005 fest, daß die „soziale Marktwirtschaft [...] untrennbar verbunden [ist] mit Teilhabemöglichkeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, worunter explizit auch die „Mitbestimmung“ als „Standortvorteil für Deutschland“ gerechnet wird (SPD 2005: 34/35; vgl. auch Redaktionsgruppe Programmkommission SPD 2003: 7).

Im allgemeinen ist die SPD sehr viel stärker darum bemüht, die Sozialverpflichtung der „Sozialen Marktwirtschaft“ zu betonen, als dies im Umfeld der Konzeption einer „Neuen Sozialen Marktwirtschaft“ der Fall ist. Noch in seiner Regierungserklärung zur Agenda 2010 begründet Gerhard Schröder die Reformnotwendigkeiten mit besonderer Hervorhebung des „Sozialen“ in der „Sozialen Marktwirtschaft“: „Entweder

4 Detlev Albers, Gernot Erler, Michael Müller, Johano Strasser, Wolfgang Thierse und Heidemarie Wieczorek-Zeul.

wir modernisieren, und zwar als soziale Marktwirtschaft, oder wir werden modernisiert, und zwar von den ungebremsten Kräften des Marktes, die das Soziale beiseite drängen würde“ (Schröder 2003: 2481C).⁵

Daß sich auf diese Art und Weise Meinungsverschiedenheiten über den Gehalt der „Sozialen Marktwirtschaft“ entwickeln, spricht, wie mittlerweile deutlich geworden sein sollte, keineswegs gegen die Annahme einer sozialmarktwirtschaftlichen Hegemonie. Vielmehr findet sich der Erfolg des hegemonialen Projekts „Soziale Marktwirtschaft“ dadurch bestätigt, daß die beiden großen Volksparteien trotz zum Teil recht unterschiedlicher Positionen nicht umhin können, sich auf die Soziale Marktwirtschaft zu beziehen, und sich sogar *beide* als deren kompetenter Erneuerer zu positionieren, die CDU mit ihrer Forderung nach einer „Neuen Sozialen Marktwirtschaft“,⁶ die SPD mit ihrer Forderung nach der „Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft“.

Dies alles ereignet sich vor dem Hintergrund der quasi-verfassungsrechtlichen Verankerung der „Sozialen Marktwirtschaft“ im Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion von 1990 sowie vor einer in empirischen Erhebungen festgestellten weitverbreiteten „Kon-sensfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft“ (vgl. Föste/Janßen 1999). Aus dem Blickwinkel der Hegemonieforschung ist das Projekt „Soziale Marktwirtschaft“ somit ein erfolgreiches Projekt. Weil es sich hierbei aber, wie nun erarbeitet wurde, um einen diskursiv und hegemonial etablierten Zustand handelt, sind zwei letzte Schlußfolgerungen unausweichlich: Einerseits ist innerhalb der Hegemonie der „Sozialen Markt-

5 Die Sozialverpflichtetheit der „Sozialen Marktwirtschaft“ und insbesondere des „Eigentums“ in der „Sozialen Marktwirtschaft“ wird auch in der links-liberalen öffentlichen Meinung immer wieder betont. So schrieb Heribert Prantl Ende 2004 in einem Leitartikel der *Süddeutschen Zeitung* zum Bundesparteitag der CDU und der dort von Angela Merkel erneut propagierten „Neuen Sozialen Marktwirtschaft“: „Die CDU-Chefin spricht von Neuer Sozialer Marktwirtschaft – sie sagt aber kein Wort gegen die Großunternehmen, die Gewinne scheffeln und zugleich Tausende von Beschäftigten entlassen. Zu Recht pocht die Union, wenn es um die Integration der Ausländer in Deutschland geht, auf die Werte des Grundgesetzes. Offensichtlich bedarf aber auch die Ökonomie der Integration. Zu den Werten des Grundgesetzes gehört nämlich der Satz: ‚Eigentum verpflichtet.‘ Dieser Satz war ein Kern der alten sozialen Marktwirtschaft. Und ohne diesen Satz wird eine neue soziale Marktwirtschaft der CDU nicht funktionieren“ (Prantl 2004).

6 Vgl. auch das Regierungsprogramm der CDU von 2002: „Die Soziale Marktwirtschaft als ordnungspolitische Leitidee weist auch im 21. Jahrhundert den humansten, effizientesten und besten Weg. Die Union hat die vergangenen Jahre genutzt, diese Leitidee zu erneuern und zu revitalisieren“ (CDU/CSU 2002: 6).

wirtschaft“ keineswegs fixiert, welcher Sinn und welche Bedeutung sich mit dieser Wirtschaftsordnung verbinden. Wie in der Vergangenheit werden wir es gewiß auch künftig mit „eine[r] politisch interpretierte[n] und interpretierbare[n] Ordnung“ (Sturm 1995: 84/85) zu tun haben. Andererseits ist aber zugleich sicher, daß die „Soziale Marktwirtschaft“ keineswegs die „naturegegebene“ oder „notwendige“ Wirtschaftsordnung Deutschlands darstellt. Diskurse und Hegemonien sind im Fluß. Wirtschaftsordnungen ebenso.

Literaturverzeichnis

- Abelshauser, Werner (1976): „Freiheitlicher Sozialismus oder Soziale Marktwirtschaft? Die Gutachtertagung über Grundfragen der Wirtschaftsplanung und Wirtschaftslenkung am 21. und 22. Juni 1946“. In: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 24. S. 415-449.
- (1983): *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- (2001): „Markt und Staat. Deutsche Wirtschaftspolitik im ‚langen 20. Jahrhundert‘“. In: Reinhard Spree (Hrsg.): *Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert*. München: C.H. Beck. S. 117-140.
- Alber, Jens (1989): *Der Sozialstaat in der Bundesrepublik 1950-1953*. Frankfurt/Main, New York: Campus.
- Alemann, Ulrich von (Hrsg.) (1981): *Neokorporatismus*. Frankfurt/Main, New York: Campus.
- (1994): „Politikbegriffe“. In: Jürgen Kriz, Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze (Hrsg.): *Lexikon der Politik (Band 2: Politikwissenschaftliche Methoden)*. Frankfurt/Main: Büchergilde Gutenberg. S. 297-301.
- Althusser, Louis (1995): *Sur la reproduction*. Introduction de Jacques Binet. Paris: Presses Universitaires de France.
- Altrichter, Helmut (1993): *Kleine Geschichte der Sowjetunion 1917-1991*. München: C.H. Beck.
- Ambrosius, Gerold (1977): *Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945-1949*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Anderson, Perry (1976/77): „The Antinomies of Antonio Gramsci“. In: *New Left Review* 100. S. 5-78.
- Angermüller, Johannes (2001): „Diskursanalyse: Strömungen, Tendenzen, Perspektiven. Eine Einführung“. In: Ders., Katharina Bunzmann und Martin Nonhoff (Hrsg.): *Diskursanalyse: Theorien, Methoden, Anwendungen*. Hamburg: Argument. S. 7-22.

- (2002): Propheten und Humanisten. Eine struktural-pragmatische Untersuchung des Aufschwungs des französischen *sciences humaines*-Diskurses (1960-1980). Magdeburg (Dissertation).
- Angermüller, Johannes, Katharina Bunzmann und Martin Nonhoff (Hrsg.) (2001): *Diskursanalyse: Theorien, Methoden, Anwendungen*. Hamburg: Argument.
- Arendt, Hannah (1993): *Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlaß*. Herausgegeben von Ursula Ludz. Vorwort von Kurt Sontheimer. München, Zürich: Piper.
- (2000[1965]): *Über die Revolution*. 4. deutsche Auflage. München: Piper.
- (2002[1958]): *Vita activa, oder Vom tätigen Leben*. München: Piper.
- Aristoteles (1981): *Politik*. Hamburg: Felix Meiner Verlag.
- (1985): *Nikomachische Ethik*. Auf der Grundlage der Übersetzung von Eugen Rolfes herausgegeben von Günther Bien. Vierte, durchgesehene Auflage. Hamburg: Felix Meiner Verlag.
- (1994): *Peri Hermeneias*. Übersetzt und erläutert von Hermann Weidemann. Werke in deutscher Übersetzung, Band 1, Teil II. Berlin: Akademie Verlag.
- (1998): *Kategorien/Hermeneutik oder vom sprachlichen Ausdruck (De interpretatione)*. Organon, Band 2. Herausgegeben, übersetzt, mit Einleitungen und Anmerkungen versehen von Hans Günter Zekl. Hamburg: Felix Meiner Verlag.
- Austin, John Langshaw (1962): *How to Do Things with Words*. Cambridge/Mass.: Harvard UP.
- Balibar, Étienne (1997): „Trois concepts de la politique: Émancipation, transformation, civilité“. In: Ders.: *La crainte des masses. Politique et philosophie avant et après Marx*. Paris: Galilée. S. 17-53.
- Ballnuß, Petra (1996): „Leitbegriffe und Strategien der Begriffsbesetzung in den Grundsatzprogrammen von CDU und SPD“. In: Hajo Diekmannshenke und Josef Klein (Hrsg.): *Wörter in der Politik. Analysen zur Lexemverwendung in der politischen Kommunikation*. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 29-75.
- Barthes, Roland (1964[1957]): *Mythen des Alltags*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- (1981[1964]): *Elemente der Semiologie*. 2. Auflage. Frankfurt/Main: Syndikat.
- (2000[1968]): „Der Tod des Autors“. In: Fotis Jannidis, Gerhard Lauer, et al. (Hrsg.): *Texte zur Theorie der Autorschaft*. Stuttgart: Reclam. S. 185-193.
- BDA (1953): Gedanken zur sozialen Ordnung. Der Öffentlichkeit übergeben von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Köln: ohne Verlag.
- Beck, Ulrich (1993): *Die Erfindung des Politischen*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

- Becker-Mrotzek, Michael (1994): „Diskursforschung in der alten BRD“. In: Konrad Ehlich (Hrsg.): *Diskursanalyse in Europa*. Frankfurt/Main u.a.: Peter Lang. S. 87-105.
- Behrens, Manfred, Walther Dieckmann und Erich Kehl (1982): „Politik als Sprachkampf“. In: Hans Jürgen Heringer (Hrsg.): *Holzfeuer im Holzofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik*. Tübingen: Gunter Narr Verlag. S. 216-265.
- Benz, Wolfgang (1983a): „Vorform des ‚Weststaats‘: die Bizone 1946-1949“. In: Theodor Eschenburg: *Jahre der Besatzung, 1945-1949*. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band 1. Stuttgart, Wiesbaden: Deutsche Verlags-Anstalt, Brockhaus. S. 375-420.
- (1983b): „Das Ende der Besatzung“. In: Theodor Eschenburg: *Jahre der Besatzung, 1945-1949*. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band 1. Stuttgart, Wiesbaden: Deutsche Verlags-Anstalt, Brockhaus. S. 515-536.
- Bergsdorf, Wolfgang (1977): „Die sanfte Gewalt: Sprache – Denken – Politik“. In: *APuZ* B25/77. S. 39-47.
- (1991): „Zur Entwicklung der Sprache der amtlichen Politik in der Bundesrepublik Deutschland“. In: Frank Liedtke, Martin Wengeler und Karin Böke (Hrsg.): *Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik*. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 19-33.
- Bhaskar, Roy und Ernesto Laclau (1998): „Critical Realism vs. Discourse Theory“. In: *Alethia* 1/2. S. 9-14.
- Biard, Joël (1991): „Subjekt“. In: Hans Jörg Sandkühler (Hrsg.): *Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften*. (Band 4: R-Z). Hamburg: Felix Meiner Verlag. S. 474-480.
- Biedenkopf, Kurt (1982[1975]): „Politik und Sprache“. In: Hans Jürgen Heringer (Hrsg.): *Holzfeuer im Holzofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik*. Tübingen: Gunter Narr Verlag. S. 189-197.
- Birke, Adolf M. (1978): *Pluralismus und Gewerkschaftsautonomie in England. Entstehungsgeschichte einer politischen Theorie*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Blum, Reinhard (1969): *Soziale Marktwirtschaft – Wirtschaftspolitik zwischen Neoliberalismus und Ordoliberalismus*. Tübingen: Mohr.
- Bochmann, Klaus (1991): „Editorische Vorbemerkung“. In: Antonio Gramsci: *Gefängnishefte*. Band 1. Hamburg: Argument. S. 15-20.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang (1988): „Der Begriff des Politischen als Schlüssel zum staatsrechtlichen Werk Carl Schmitts“. In: Helmut Quaritsch: *Complexio Oppositorum. Über Carl Schmitt*. Berlin: Duncker & Humblot. S. 283-299.
- Böke, Karin, Frank Liedtke und Martin Wengeler (1996): *Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära*. Mit einem Beitrag von Dorothee Dengel. Berlin/New York: Walter de Gruyter.

- Bonacker, Thorsten (2002): „Die politische Theorie des freiheitlichen Republikanismus: Hannah Arendt“. In: André Brodocz und Gary S. Schaal (Hrsg.): *Politische Theorien der Gegenwart I*. Opladen: Leske + Budrich. S. 183-219.
- Bonacker, Thorsten und André Brodocz (2001): „Im Namen der Menschenrechte. Zur symbolischen Integration der internationalen Gemeinschaft durch Normen“. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 8/2. S. 179-208.
- Borchardt, Knut (1981): „Die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft in heutiger Sicht“. In: Otmar Issing (Hrsg.): *Zukunftsprobleme der Sozialen Marktwirtschaft*. Berlin: Duncker & Humblot. S. 33-53.
- Börzel, Tanja A. (1998): „Organizing Babylon – On the Different Conceptions of Policy Networks“. In: *Public Administration* 76. S. 253-273.
- Bösch, Frank (2001): *Die Adenauer-CDU*. Stuttgart, München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Brand, Karl-Werner (1994): „Diskursanalyse“. In: Jürgen Kriz, Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze (Hrsg.): *Lexikon der Politik (Band 2: Politikwissenschaftliche Methoden)*. Frankfurt/Main: Büchergilde Gutenberg. S. 85-87.
- Breier, Karl-Heinz (1992): *Hannah Arendt zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Brodocz, André (1998): „„Internet“ – ein leerer Signifikant der Weltgesellschaft. Diskurstheoretische Überlegungen im Anschluß an Laclau“. In: *Berliner Debatte/INITIAL* 9/4. S. 85-91.
- (2000): „Zwischen Dekonstruktion und Pragmatismus. Zur philosophischen Position von Ernesto Laclau“. In: *Information Philosophie* 28/2. S. 36-39.
- (2002): „Die politische Theorie des Dezisionismus: Carl Schmitt“. In: Ders. und Gary S. Schaal (Hrsg.): *Politische Theorien der Gegenwart I*. Opladen: Leske + Budrich/utb. S. 281-315.
- (2003a): „Das Ende der politischen Theorie? Über die Rechtfertigung der Demokratie und die Ironie ihrer Unmöglichkeit“. In: Thorsten Bonacker, André Brodocz und Thomas Noetzel (Hrsg.): *Die Ironie der Politik. Über die Konstruktion politischer Wirklichkeiten*. Frankfurt/Main, New York: Campus. S. 52-64.
- (2003b): *Die symbolische Dimension der Verfassung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Brown, Gillian und George Yule (1983): *Discourse Analysis*. Cambridge, New York, Melbourne: Cambridge UP.
- Bublitz, Hannelore (2001): „Differenz und Integration. Zur diskursanalytischen Rekonstruktion der Regelstrukturen sozialer Wirklichkeit“. In: Reiner Keller, Andreas Hirsland, et al. (Hrsg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*. (Band 1: Theorien und Methoden). Opladen: Leske + Budrich. S. 225-260.
- Bublitz, Hannelore, Andrea D. Bührmann, Christine Hanke und Andreas Seier (Hrsg.) (1999a): *Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults*. Frankfurt/Main, New York: Campus.

- Bublitz, Hannelore, Andrea D. Bührmann, Christine Hanke und Andrea Seier (1999b): „Diskursanalyse – (k)eine Methode? Eine Einleitung“. In: Dies. (Hrsg.): *Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults*. Frankfurt/Main, New York: Campus. S. 10-21.
- Burckhardt, Armin (1996): „Politolinguistik. Versuch einer Ortsbestimmung“. In: Josef Klein und Hajo Diekmannshenke (Hrsg.): *Sprachstrategien und Dialogblockaden. Linguistische und politikwissenschaftliche Studien zur politischen Kommunikation*. Berlin/New York: Walter de Gruyter. S. 75-100.
- Busse, Dietrich (2001): „Öffentliche Sprache und politischer Diskurs. Anmerkungen zu einem prekären Gegenstand linguistischer Analyse“. In: Hajo Diekmannshenke und Iris Meißner (Hrsg.): *Politische Kommunikation im historischen Wandel*. Tübingen: Stauffenberg Verlag. S. 31-55.
- Busse, Dietrich und Wolfgang Teubert (1994): „Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt? Zur Methodenfrage der historischen Semantik“. In: Dietrich Busse, Fritz Hermanns und Wolfgang Teubert (Hrsg.): *Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik*. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 10-28.
- Butler, Judith (1999[1990]): *Gender Trouble. Feminism and the Subversion of Identity*. New York, London: Routledge.
- (2000): „Restaging the Universal: Hegemony and the Limits of Formalism“. In: Judith Butler, Ernesto Laclau und Slavoj Žižek: *Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left*. London, New York: Verso. S. 11-43.
- Butler, Judith, Ernesto Laclau und Slavoj Žižek (2000): *Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left*. London, New York: Verso.
- Cassel, Dieter und Siegfried Rauhut (1998): „Soziale Marktwirtschaft: Eine wirtschaftspolitische Konzeption auf dem Prüfstand“. In: Dieter Cassel (Hrsg.): *50 Jahre Soziale Marktwirtschaft. Ordnungstheoretische Grundlagen, Realisierungsprobleme und Zukunftsperspektiven einer wirtschaftspolitischen Konzeption*. Stuttgart: Lucius & Lucius. S. 3-31.
- Cassirer, Ernst (1960[1944]): *Was ist der Mensch? Versuch einer Philosophie der menschlichen Kultur*. Stuttgart: Kohlhammer.
- CDU (1963[1949]): „Düsseldorfer Leitsätze vom 15. Juli 1949“. In: Ossip K. Flechtheim (Hrsg.): *Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945*. Zweiter Band (Programmatik deutscher Parteien), Erster Teil. Berlin: Wendler & Co. S. 58-76.
- (1963[1947]): „Ahleener Wirtschaftsprogramm für Nordrhein-Westfalen vom 3. Februar 1947“. In: Ossip K. Flechtheim (Hrsg.): *Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945*. Zweiter Band (Programmatik deutscher Parteien), Erster Teil. Berlin: Wendler & Co. S. 53-58.

- CDU und CSU (2002): Leistung und Sicherheit. Zeit für Taten. Regierungsprogramm 2002-2006. Download unter: <http://regierungsprogramm.cdu.de/regierungsprogramm-02-06-b.pdf> (abgerufen am 5. Dezember 2004).
- Clohesy, Anthony M. (2000): „Provisionalism and the (im)possibility of justice in Northern Ireland“. In: David Howarth, Aletta J. Norval und Yannis Stavrakakis (Hrsg.): *Discourse Theory and Political Analysis. Identities, Hegemonies and Social Change*. Manchester, New York: Manchester UP. S. 70-85.
- Connolly, William E. (1983[1974]): *The Terms of Political Discourse*. Zweite Auflage. Oxford: Martin Robertson.
- Coulthard, Malcolm (1977): *An Introduction into Discourse Analysis*. London: Longman.
- (Hrsg.) (1992): *Advances in Spoken Discourse Analysis*. London, New York: Routledge.
- Coupland, Nikolas und Adam Jaworski (2001): „Discourse“. In: Paul Cobley (Hrsg.): *The Routledge Companion to Semiotics and Linguistics*. London, New York: Routledge. S. 134-148.
- Deleuze, Gilles (1997[1986]): *Foucault*. 3. deutsche Auflage. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Delhaes-Guenther, Dietrich von (1998): „Gesellschaftliche Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft. Zur Position der Parteien, Verbände und Kirchen“. In: Dieter Cassel (Hrsg.): *50 Jahre Soziale Marktwirtschaft. Ordnungstheoretische Grundlagen, Realisierungsprobleme und Zukunftsperspektiven einer wirtschaftspolitischen Konzeption*. Stuttgart: Lucius & Lucius. S. 133-151.
- Derrida, Jacques (1988[1972]): *Randgänge der Philosophie*. Wien: Passagen.
- (1996[1967]): *Grammatologie*. 6. deutsche Auflage. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- (1996[1990]): *Gesetzeskraft. Der ‚mystische Grund der Autorität‘*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- (1997[1967]): *Die Schrift und die Differenz*. 7. deutsche Auflage. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Der Spiegel (1997): „Der Talisman der Deutschen“. In: *Der Spiegel* 3/1997. S. 92-103.
- DGB (1949): Grundsatzprogramm des DGB. Download unter: http://www.dgb.de/dgb/geschichte/dokumente/erstes_grundsatzprogramm.htm (abgerufen am 2. November 2004).
- Diaz-Bone, Rainer (1999): „Probleme und Strategien der Operationalisierung des Diskursmodells im Anschluss an Michel Foucault“. In: Hannelore Bublit, Andrea D. Bührmann, et al. (Hrsg.): *Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults*. Frankfurt/Main, New York: Campus. S. 119-135.

- Dichmann, Werner (1997): „Gewerkschaften und Tarifautonomie in ordnungspolitischer und evolutorischer Sicht“. In: Hans Otto Lenel, Josef Molsberger, et al. (Hrsg.): *Soziale Marktwirtschaft: Anspruch und Wirklichkeit seit fünfzig Jahren*. ORDO: Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Band 48. Stuttgart: Lucius & Lucius. S. 677-704.
- Dieckmann, Walther (1975[1969]): *Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache*. Mit einem Literaturbericht zur 2. Auflage. Heidelberg: Carl Winter Universitätsverlag.
- Dietz, Heinrich (1975): „Rote Semantik“. In: Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.): *Sprache und Herrschaft. Die umfunktionierten Wörter*. Freiburg/Basel/Wien: Herder Verlag. S. 20-43.
- Donati, Paolo R. (2001): „Die Rahmenanalyse politischer Diskurse“. In: Reiner Keller, Andreas Hirsland, et al. (Hrsg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*. (Band 1: Theorien und Methoden). Opladen: Leske + Budrich. S. 145-175.
- Drisholtkamp, Uwe (1998): „Subjekt IV: 19. und 20. Jh.“. In: Joachim Ritter und Karlfried Gründer (Hrsg.): *Historisches Wörterbuch der Philosophie*. (Band 10: St-T). Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft. Spalte 391-400.
- Dyrberg, Torben Bech (1997): *The Circular Structure of Power: Politics, Identity, Community*. London, New York: Verso.
- (1998): „Diskursanalyse als postmoderne politische Theorie“. In: Oliver Marchart (Hrsg.): *Das Undarstellbare der Politik: Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus*. Wien: Turia + Kant. S. 23-51.
- Eagleton, Terry (1991): *Ideology. An Introduction*. London, New York: Verso.
- (1994[1983]): *Einführung in die Literaturtheorie*. 3. Auflage. Stuttgart, Weimar: Metzler.
- Easton, David (1965): *A Systems Analysis of Political Life*. New York, London, Sydney: John Wiley & Sons.
- Eco, Umberto (1991[1976]): *Semiotik. Entwurf einer Theorie der Zeichen*. 2., korrigierte Auflage. München: Wilhelm Fink Verlag.
- (1996[1992]): *Zwischen Autor und Text. Interpretation und Überinterpretation*. München: dtv.
- Edelman, Murray (1971): *Politics as Symbolic Action*. Chicago: Markham.
- (1972[1964]): *The Symbolic Uses of Politics*. Urbana, Chicago, London: University of Illinois Press.
- Erfurt, Jürgen (1988): „Diskursanalyse und Sprache der Politik“. In: *Der Ginkgo-Baum* 8. S. 106-109.
- Erhard, Ludwig (1992): *Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft*. Düsseldorf u.a.: ECON.
- Erhard, Ludwig und Alfred Müller-Armack (1972): *Soziale Marktwirtschaft. Ordnung der Zukunft*. Frankfurt/Main, Berlin, Wien: Ullstein.

- Eschenburg, Theodor (1983): *Jahre der Besatzung, 1945-1949*. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band 1. Stuttgart, Wiesbaden: Deutsche Verlags-Anstalt, Brockhaus.
- Eucken, Walter (1952): *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*. Herausgegeben von Edith Eucken und K. Paul Hensel. Bern, Tübingen: Francke, Mohr.
- Fairclough, Norman (1992): *Discourse and Social Change*. Cambridge: Polity Press.
- (1995): *Critical Discourse Analysis*. London, New York: Longman.
- (2001): „Globaler Kapitalismus und kritisches Diskursbewußtsein“. In: Reiner Keller, Andreas Hirsland, et al. (Hrsg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*. (Band 1: Theorien und Methoden). Opladen: Leske + Budrich. S. 335-351.
- Fairclough, Norman und Ruth Wodak (1997): „Critical Discourse Analysis“. In: Teun A. van Dijk (Hrsg.): *Discourse as Social Interaction*. London: Sage. S. 258-284.
- FDP (1963[1953]): „Wirtschaftsprogramm von 1953“. In: Ossip K. Flechtheim (Hrsg.): *Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945*. Zweiter Band (Programmatik deutscher Parteien), Erster Teil. Berlin: Wendler & Co. S. 332-342.
- Fetscher, Iring und Horst Eberhard Richter (Hrsg.) (1976): *Worte machen keine Politik. Beiträge zu einem Kampf um politische Begriffe*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Fish, Stanley (1980): *Is There a Text in This Class? The Authority of Interpretive Communities*. Cambridge, London: Harvard University Press.
- Flickinger, Hans-Georg (Hrsg.) (1990): *Die Autonomie des Politischen. Carl Schmitts Kampf um einen beschädigten Begriff*. Weinheim: VCH.
- Flügel, Oliver, Reinhard Heil und Andreas Hetzel (Hrsg.) (2004): *Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorien heute*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Föste, Wilga und Peter Janßen (1999): *Die Konsensfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft. Eine theoretische und empirische Analyse der Wirtschaftsordnung in Deutschland*. Frankfurt, New York: Campus.
- Foucault, Michel (1991[1972]): *Die Ordnung des Diskurses*. 7. deutsche Auflage. Frankfurt/Main: Fischer.
- (1994a[1982]): „Das Subjekt und die Macht“. In: Hubert L. Dreyfus und Paul Rabinow: *Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*. 2. Auflage. Weinheim: Beltz Athenäum Verlag. S. 243-261.
- (1994b[1982]): „Interview mit Paul Rabinow und Hubert L. Dreyfus“. In: Hubert L. Dreyfus und Paul Rabinow: *Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*. 2. Auflage. Weinheim: Beltz Athenäum Verlag. S. 265-292.

- (1995[1975]): *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. 11. deutsche Auflage. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- (1997[1969]): *Archäologie des Wissens*. 8. deutsche Auflage. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- (1997[1976]): *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1*. 9. deutsche Auflage. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- (1997[1966]): *Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften*. 14. deutsche Auflage. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- (2000a[1984]): *Der Gebrauch der Lüste. Sexualität und Wahrheit 2*. 6. deutsche Auflage. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- (2000b[1984]): *Die Sorge um sich. Sexualität und Wahrheit 3*. 6. deutsche Auflage. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- (2001[1969]): „Was ist ein Autor?“. In: Ders.: *Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits*. Band I: 1954-1969. Frankfurt/Main: Suhrkamp. S. 1003-1041.
- (2001[1967/69]): „„Wer sind Sie, Professor Foucault?“ Gespräch mit P. Caruso“. In: Ders.: *Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits*. Band I: 1954-1969. Frankfurt/Main: Suhrkamp. S. 770-793.
- (2001[1968]): „Antwort auf eine Frage“. In: Ders.: *Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits*. Band I: 1954-1969. Frankfurt/Main: Suhrkamp. S. 859-886.
- (2004a): *Geschichte der Gouvernementalität I: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- (2004b): *Geschichte der Gouvernementalität II: Die Geburt der Biopolitik*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Fraenkel, Ernst (1979[1964]): „Der Pluralismus als Strukturelement der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie“. In: Ders.: *Deutschland und die westlichen Demokratien*. 7. Auflage. Stuttgart u.a.: Kohlhammer. S. 197-221.
- Gallie, W.B. (1956): „Essentially Contested Concepts“. In: *Proceedings of the Aristotelian Society*. New Series—Vol. LVI. S. 167-198.
- Gauchet, Marcel (1990[1971]): „Die totalitäre Erfahrung und das Denken des Politischen“. In: Ulrich Rödel (Hrsg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp. S. 207-238.
- Gebhardt, Jürgen (1980): „Symbolformen gesellschaftlicher Sinndeutung in der Krisenerfahrung“. In: Klaus Vondung (Hrsg.): *Kriegserlebnis. Der Erste Weltkrieg in der literarischen Gestaltung und symbolischen Deutung der Nationen*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. S. 41-61.
- (1996): „Die Rehabilitierung der Politik. Anmerkungen zu Hannah Arendt“. In: Thomas Grethlein und Heinrich Leitner (Hrsg.): *Inmitten der Zeit. Beiträge zur europäischen Gegenwartsphilosophie*. Würzburg: Königshausen & Neumann. S. 65-84.

- (1998): „Auf der Suche nach dem Politischen. Randbemerkungen zur gegenwärtigen Diskussionslage“. In: Michael Th. Greven, Herfried Münkler und Rainer Schmalz-Bruns (Hrsg.): *Bürgersinn und Kritik*. Festschrift für Udo Bernbach zum 60. Geburtstag. Baden-Baden: Nomos. S. 15-27.
- (2000): „Der bürgerschaftliche Begriff des Politischen: Ursprünge und Metamorphosen“. In: Roland Kley und Silvano Möckli (Hrsg.): *Geisteswissenschaftliche Dimensionen der Politik*. Festschrift für Alois Riklin zum 65. Geburtstag. Bern, Stuttgart, Wien: Verlag Paul Haupt. S. 139-162.
- Gee, James Paul (1999): *Discourse Analysis. Theory and Method*. London, New York: Routledge.
- Georgakopoulou, Alexandra und Dionysis Goutsos (1997): *Discourse Analysis. An Introduction*. Edinburgh: Edinburgh UP.
- Geras, Norman (1987): „Post-Marxism?“. In: *New Left Review* 163. S. 40-82.
- Gerhards, Jürgen (1992): „Dimensionen und Strategien öffentlicher Diskurse“. In: *Journal für Sozialforschung* 32/3-4. S. 307-318.
- Gerhardt, Volker (1987): „Politische Subjekte. Zur Stellung des Subjekts in der Politik“. In: Nagl-Docekal und Helmuth Vetter (Hrsg.): *Tod des Subjekts?* Wien, München: Oldenbourg. S. 201-229.
- Giddens, Anthony (1979): *Central Problems in Social Theory. Action, Structure and Contradiction in Social Analysis*. London u.a.: Macmillan.
- Gierke, Otto von (1954[1868-1913]): *Das deutsche Genossenschaftsrecht*. 4 Bände. Unveränderter photomechanischer Nachdruck der ersten Ausgabe. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- (1954[1902]): *Das Wesen der menschlichen Verbände*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Göhler, Gerhard, Matthias Iser und Ina Kerner (Hrsg.) (2004): *Politische Theorie. 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Gramsci, Antonio (1991-2002): *Gefängnishefte*. 10 Bände (Kurzzitierung: Band/Seite). Hamburg: Argument.
- Greiffenhagen, Martin (Hrsg.) (1980a): *Kampf um Wörter? Politische Begriffe im Meinungsstreit*. München/Wien: Carl Hanser Verlag.
- (1980b): „Einleitung“. In: Ders. (Hrsg.): *Kampf um Wörter? Politische Begriffe im Meinungsstreit*. München/Wien: Carl Hanser Verlag. S. 9-37.
- Grosseckler, Heinz (1999): „Der „starke“ Staat als Garant einer sozialen „Marktwirtschaft“: die Ideen der Gründungsväter aus heutiger Sicht“. In: Peter Hampe und Jürgen Weber (Hrsg.): *50 Jahre Soziale Mark(t)wirtschaft. Eine Erfolgsstory vor dem Ende?* München: Olzog. S. 46-68.
- Guespin, Louis (1976): „Introduction. Types de discours, ou fonctionnement discursif?“. In: *Langages* 41. S. 3-11.
- Gumperz, John J. (1982): *Discourse Strategies*. Cambridge u.a.: Cambridge UP.
- Gutmann, Gernot (1997): „Der Stellenwert der Ordnungspolitik bei der deutschen Wiedervereinigung“. In: Hans Otto Lenel, Josef Molsberger, et al.

- (Hrsg.): *Soziale Marktwirtschaft: Anspruch und Wirklichkeit seit fünfzig Jahren*. ORDO: Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Band 48. Stuttgart: Lucius & Lucius. S. 147-163.
- (1998): „Ideengeschichtliche Wurzeln der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft“. In: Dieter Cassel (Hrsg.): *50 Jahre Soziale Marktwirtschaft. Ordnungstheoretische Grundlagen, Realisierungsprobleme und Zukunftsperspektiven einer wirtschaftspolitischen Konzeption*. Stuttgart: Lucius & Lucius. S. 49-65.
- Haas, Peter M. (1992): „Introduction: Epistemic Communities and International Policy Coordination“. In: *International Organization* 46/1. S. 1-35.
- Haase, Gerhard (2002): „Ludwig Erhard wurde offenbar als Parteilooser Bundeskanzler“. In: *Die Welt* vom 4. Mai 2002.
- Habermas, Jürgen (1982[1981]): *Theorie des kommunikativen Handelns*. Band 1: *Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung*. Band 2: *Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft*. (Kurzzitierung: Band, Seite). 2. Auflage. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- (1983): *Moralbewußtsein und kommunikatives Handeln*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- (1984): *Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- (1985): „Moral und Sittlichkeit. Hegels Kantkritik im Lichte der Diskursethik“. In: *Merkur* 39. S. 1041-1052.
- (1991): *Erläuterungen zur Diskursethik*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- (1998[1992]): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- (1999): *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Hajer, Maarten A. (1995): *The Politics of Environmental Discourse. Ecological Modernization and the Policy Process*. Oxford: Clarendon Press.
- (1997): „Ökologische Modernisierung als Sprachspiel. Eine institutionell-konstruktivistische Perspektive zum Umweltdiskurs und zum institutionellen Wandel“. In: *Soziale Welt* 48/2. S. 107-132.
- (2003): „Argumentative Diskursanalyse. Auf der Suche nach Koalitionen, Praktiken und Bedeutung“. In: Reiner Keller, Andreas Hirsland, et al. (Hrsg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*. (Band 2: Forschungspraxis). Opladen: Leske + Budrich. S. 271-298.
- Hamilton, Alexander, James Madison und John Jay (1993[1787/88]): *Die Federalist Papers*. Übersetzt, eingeleitet und mit Anmerkungen versehen von Barbara Zehnfpennig. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Hansen, Phillip (1993): *Hannah Arendt: Politics, History and Citizenship*. Cambridge: Polity Press.

- Hardt, Michael und Antonio Negri (2000): *Empire*. Cambridge/Mass., London: Harvard University Press.
- Harris, Zellig S. (1952): „Discourse Analysis“. In: *Language* 28. S. 1-30.
- Hartwich, Hans-Hermann (1996): „Soziale Marktwirtschaft“. In: *Gegenwartskunde* 45/3. S. 411-448.
- Hartwig, Karl-Hans (1997): „Wirtschaftsverbände und Soziale Marktwirtschaft“. In: Hans Otto Lenel, Josef Molsberger, et al. (Hrsg.): *Soziale Marktwirtschaft: Anspruch und Wirklichkeit seit fünfzig Jahren*. ORDO: Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Band 48. Stuttgart: Lucius & Lucius. S. 655-676.
- Haug, Wolfgang Fritz (1994): „Antagonismus“. In: Ders. (Hrsg.): *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*. Band 1: Abbau des Staates bis Avantgarde. Hamburg, Berlin: Argument. S. (Spalte) 297-309.
- Hay, Colin (1998): „The Tangled Webs We Weave: The Discourse, Strategy and Practice of Networking“. In: David Marsh (Hrsg.): *Comparing Policy Networks*. Buckingham, Philadelphia: Open University Press. S. 33-51.
- Hayek, Friedrich August von (1981): *Die Illusion der sozialen Gerechtigkeit*. (Recht, Gesetzgebung und Freiheit, Band 2). Landsberg am Lech: Verlag Moderne Industrie.
- Hein, Stephanie (1998): *Public Relations und Soziale Marktwirtschaft. Eine Geschichte ihrer Abhängigkeiten*. München: Verlag Reinhard Fischer.
- Hentschel, Volker (1998): *Ludwig Erhard: ein Politikerleben*. Berlin: Ullstein.
- (1999): „Ludwig Erhard – Vater der Sozialen Marktwirtschaft: Legende oder Wirklichkeit?“. In: Peter Hampe und Jürgen Weber (Hrsg.): *50 Jahre Soziale Mark(t)wirtschaft. Eine Erfolgsstory vor dem Ende?* München: Olzog. S. 17-33.
- Heringer, Hans Jürgen (Hrsg.) (1982): *Holzfeuer im Holzofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik*. Tübingen: Gunter Narr Verlag.
- Héritier, Adrienne (Hrsg.) (1993a): *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung*. PVS-Sonderheft 24. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- (1993b): „Policy-Analyse. Elemente der Kritik und Perspektiven der Neuorientierung“. In: Dies. (Hrsg.): *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung*. PVS-Sonderheft 24. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 9-36.
- Hermanns, Fritz (1986): „Appellfunktion und Wörterbuch“. In: *Germanistische Linguistik* 84-86. (Studien zur neuhochdeutschen Lexikographie VI.1). S. 151-182.
- (1989): „Deontische Tautologien. Ein linguistischer Beitrag zur Interpretation des Godesberger Programms (1959) der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“. In: Josef Klein (Hrsg.): *Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung*. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 69-149.

- (1991): „*Leistung und Entfaltung*. Ein linguistischer Beitrag zur Interpretation des Ludwigshafener Grundsatzprogramms (1978) der Christlich Demokratischen Union Deutschlands“. In: Frank Liedtke, Martin Wengeler und Karin Böke (Hrsg.): *Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik*. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 70-89.
- Hetzel, Andreas (2004): „Demokratie ohne Grund. Ernesto Laclaus Transformation der Politischen Theorie“. In: Oliver Flügel, Reinhard Heil und Andreas Hetzel (Hrsg.): *Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorien heute*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft. S. 185-210.
- Heuer, Wolfgang (1992): *Citizen: Persönliche Integrität und politisches Handeln. Eine Rekonstruktion des politischen Humanismus Hannah Arendts*. Berlin: Akademie Verlag.
- Hickel, Peter (1980): „Soziale Marktwirtschaft“. In: Martin Greiffenhagen (Hrsg.): *Kampf um Wörter? Politische Begriffe im Meinungsstreit*. München, Wien: Hanser. S. 447-459.
- Hildebrandt, Mathias (2001): „Subjektkonzeption und Handlungstheorie. Was leistet die Postmoderne?“. In: Harald Bluhm und Jürgen Gebhardt (Hrsg.): *Konzepte politischen Handelns: Kreativität – Innovation – Praxen*. Baden-Baden: Nomos. S. 95-113.
- Hintze, Peter (Hrsg.) (1995): *Die CDU-Parteiprogramme. Eine Dokumentation der Ziele und Aufgaben*. Bonn: Bouvier.
- Hirseland, Andreas und Werner Schneider (2001): „Wahrheit, Ideologie und Diskurse. Zum Verhältnis von Diskursanalyse und Ideologiekritik“. In: Reiner Keller, Andreas Hirseland, et al. (Hrsg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*. (Band 1: Theorien und Methoden). Opladen: Leske + Budrich. S. 285-311.
- Hohmann, Karl (1988[1984]): „Ludwig Erhard“. In: Ders., Dietrich Schönewitz, et al. (Hrsg.): *Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft. Band 2: Das Soziale in der Sozialen Marktwirtschaft*. Stuttgart, New York: Gustav Fischer Verlag. S. 557-583.
- Höhne, Thomas (2003): „Argumentative Diskursanalyse. Auf der Suche nach Koalitionen, Praktiken und Bedeutung“. In: Reiner Keller, Andreas Hirseland, et al. (Hrsg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*. (Band 2: Forschungspraxis). Opladen: Leske + Budrich. S. 389-419.
- Holtmann, Everhard (1994): *Politik-Lexikon*. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. München: Oldenbourg.
- Howarth, David (2000): *Discourse*. Buckingham, Philadelphia: Open University Press.
- Howarth, David und Yannis Stavrakakis (2000): „Introducing discourse theory and political analysis“. In: David Howarth, Aletta J. Norval und Yannis Stavrakakis (Hrsg.): *Discourse Theory and Political Analysis. Identities, Hegemonies and Social Change*. Manchester, New York: Manchester UP. S. 1-23.

- Howarth, David, Aletta J. Norval und Yannis Stavrakakis (Hrsg.) (2000): *Discourse Theory and Political Analysis. Identities, Hegemonies and Social Change*. Manchester, New York: Manchester UP.
- Hurrelmann, Achim, Zuzana Krell-Laluhová, Roland Lhotta, Frank Nullmeier und Steffen Schneider (2005): „Is there a legitimization crisis of the nation state?“. In: Stephan Leibfried und Michael Zürn (Hrsg.): *Transformations of the State?* Cambridge: Cambridge UP. S. 119-137.
- Jäger, Siegfried (1993): *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*. Duisburg: DISS.
- (1994): *Text- und Diskursanalyse. Eine Anleitung zur Analyse politischer Texte*. Duisburg: DISS.
- Jansen, Dorothea und Klaus Schubert (Hrsg.) (1995): *Netzwerke und Politikproduktion*. Marburg: Schüren.
- Jaworski, Adam und Nikolas Coupland (Hrsg.) (1999): *The Discourse Reader*. London, New York: Routledge.
- Johnstone, Barbara (2002): *Discourse Analysis*. Malden, Oxford: Blackwell Publishers.
- Jörke, Dirk (2004): „Die Agonalität des Demokratischen: Chantal Mouffe“. In: Oliver Flügel, Reinhard Heil und Andreas Hetzel (Hrsg.): *Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorien heute*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft. S. 164-184.
- Jung, Matthias (2001): „Diskurshistorische Analyse – eine linguistische Perspektive“. In: Reiner Keller, Andreas Hirsland, et al. (Hrsg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 1: Theorien und Methode*. Opladen: Leske + Budrich. S. 29-51.
- Kallscheuer, Otto (1995): „Hegemonie“. In: Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze (Hrsg.): *Lexikon der Politik. Band 1 (Politische Theorien)*. Frankfurt/Main: Büchergilde Gutenberg. S. 174-180.
- Kaltenbrunner, Gerd-Klaus (Hrsg.) (1975): *Sprache und Herrschaft. Die unfunktionierten Wörter*. Freiburg/Basel/Wien: Herder Verlag.
- Kantorowicz, Ernst (1957): *The King's Two Bodies: A Study in Mediaeval Political Theology*. Princeton, NJ: Princeton UP.
- Kebir, Sabine (1991): „Antonio Gramsci“. In: Walter Euchner (Hrsg.): *Klassiker des Sozialismus*. Zweiter Band, von Jaurès bis Marcuse. München: C.H. Beck. S. 209-222.
- Keller, Reiner (1997): „Diskursanalyse“. In: Ronald Hitzler und Anne Honer (Hrsg.): *Sozialwissenschaftliche Hermeneutik*. Opladen: Leske + Budrich. S. 309-333.
- (1998): *Müll – Die gesellschaftliche Konstruktion des Wertvollen. Die öffentliche Diskussion über Abfall in Deutschland und Frankreich*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

- (2001): „Wissenssoziologische Diskursanalyse“. In: Ders., Andreas Hirsland, et al. (Hrsg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*. (Band 1: Theorien und Methoden). Opladen: Leske + Budrich. S. 113-143.
- Keller, Reiner, Andreas Hirsland, Werner Schneider und Willy Viehöver (Hrsg.) (2001a): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden*. Opladen: Leske + Budrich.
- (2001b): „Zur Aktualität sozialwissenschaftlicher Diskursanalyse – Eine Einführung“. In: Dies. (Hrsg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*. (Band 1: Theorien und Methoden). Opladen: Leske + Budrich. S. 7-27.
- (Hrsg.) (2003a): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2: Forschungspraxis*. Opladen: Leske + Budrich.
- (2003b): „Die vielgestaltige Praxis der Diskursforschung – Eine Einführung“. In: Dies. (Hrsg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*. (Band 2: Forschungspraxis). Opladen: Leske + Budrich. S. 7-18.
- Kenis, Patrick und Volker Schneider (1991): „Policy Networks and Policy Analysis: Scrutinizing a New Analytical Toolbox“. In: Bernd Marin und Renate Mayntz (Hrsg.): *Policy Networks. Empirical Evidence and Theoretical Considerations*. Frankfurt/Main, Boulder/Colorado: Campus, Westview Press. S. 25-59.
- Klein, Josef (1989): „Wortschatz, Wortkampf, Wortfelder in der Politik“. In: Ders. (Hrsg.): *Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung*. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 3-50.
- (1991): „Kann man ‚Begriffe besetzen‘? Zur linguistischen Differenzierung einer plakativen politischen Metapher“. In: Frank Liedtke, Martin Wengeler und Karin Böke (Hrsg.): *Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik*. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 44-69.
- Klein, Josef und Hajo Diekmannshenke (Hrsg.) (1996): *Sprachstrategien und Dialogblockaden. Linguistische und politikwissenschaftliche Studien zur politischen Kommunikation*. Berlin/New York: Walter de Gruyter.
- Kleßmann, Christoph (1991): *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955*. 5., überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- (1997): *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970*. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Klump, Rainer (2002): „Erhard, Ludwig“. In: Rolf H. Hasse, Hermann Schneider und Klaus Weigelt (Hrsg.): *Lexikon Soziale Marktwirtschaft: Wirtschaftspolitik von A bis Z*. Paderborn u.a.: Schöningh/utb. S. 31-32.
- Konfuzius (1998): *Gespräche*. Aus dem Chinesischen übersetzt und herausgegeben von Ralf Moritz. Stuttgart: Reclam.

- Konrad-Adenauer-Stiftung (1995): *Kleine Geschichte der CDU*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Kopperschmidt, Josef (1991): „Soll man um Worte streiten? Historische und systematische Anmerkungen zur politischen Sprache“. In: Frank Liedtke, Martin Wengeler und Karin Böke (Hrsg.): *Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik*. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 70-89.
- Kremendahl, Hans (1977): *Pluralismustheorie in Deutschland. Entstehung, Kritik, Perspektiven*. Leverkusen: Heggen-Verlag.
- Kuhn, Fritz (1991): „Begriffe besetzen“. Anmerkungen zu einer Metapher aus der Welt der Machbarkeit“. In: Frank Liedtke, Martin Wengeler und Karin Böke (Hrsg.): *Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik*. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 90-110.
- Kuhn, Helmut (1975): „Despotie der Wörter. Wie man mit der Sprache die Freiheit überwältigen kann“. In: Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.): *Sprache und Herrschaft. Die umfunktionierten Wörter*. Freiburg/Basel/Wien: Herder Verlag. S. 11-19.
- Kunczik, Michael und Simone Schüfer (1993): „PR für die Soziale Marktwirtschaft – Die Waage“. In: *PR-Magazin* 1993/2. S. 35-40.
- Lacan, Jacques (1991a[1966]): „Das Drängen des Buchstabens im Unbewußten oder die Vernunft seit Freud“. In: Ders.: *Schriften II*. 3. deutsche, korrigierte Auflage. Weinheim, Berlin: Quadriga. S. 15-59.
- (1991b[1966]): „Das Spiegelstadium als Bildner der Ichfunktion, wie sie uns in der psychoanalytischen Erfahrung erscheint“. In: Ders.: *Schriften I*. 3. deutsche, korrigierte Auflage. Weinheim, Berlin: Quadriga. S. 61-70.
- (1991c[1966]): „Funktion und Feld des Sprechens und der Sprache in der Psychoanalyse“. In: Ders.: *Schriften I*. 3. deutsche, korrigierte Auflage. Weinheim, Berlin: Quadriga. S. 71-169.
- (1996): *Die vier Grundbegriffe der Psychoanalyse. Das Seminar XI*. Weinheim, Berlin: Quadriga.
- Laclau, Ernesto (1979): „Populistischer Bruch und Diskurs“. In: Ders.: *Politik und Ideologie im Marxismus*. Hamburg: Argument Verlag. S. 176-185.
- (1990): *New Reflections on The Revolution of Our Time*. London, New York: Verso.
- (1993): „Discourse“. In: Robert E. Goodin und Philip Pettit (Hrsg.): *A Companion to Contemporary Philosophy*. Oxford/Cambridge, Mass: Blackwell Publishers. S. 431-437.
- (Hrsg.) (1994): *The Making of Political Identities*. London, New York: Verso.
- (1996a): *Emancipation(s)*. London, New York: Verso.
- (1996b): „Deconstruction, Pragmatism, Hegemony“. In: Chantal Mouffe (Hrsg.): *Deconstruction and Pragmatism*. London: Routledge. S. 47-67.

- (1998): „Von den Namen Gottes“. In: Oliver Marchart (Hrsg.): *Das Undarstellbare der Politik: Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus*. Wien: Turia + Kant. S. 265-281.
- (2000a): „Identity and Hegemony: The Role of Universality in the Constitution of Political Logics“. In: Judith Butler, Ernesto Laclau und Slavoj Žižek: *Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left*. London, New York: Verso. S. 44-89.
- (2000b): „Structure, History, and the Political“. In: Judith Butler, Ernesto Laclau und Slavoj Žižek: *Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left*. London, New York: Verso. S. 182-212.
- (2000c): „Constructing Universality“. In: Judith Butler, Ernesto Laclau und Slavoj Žižek: *Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left*. London, New York: Verso. S. 281-307.
- (2005): *On Populist Reason*. London, New York: Verso.
- Laclau, Ernesto und Chantal Mouffe (1985): *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*. London, New York: Verso.
- (1990[1987]): „Post-Marxism without Apologies“. In: Ernesto Laclau (Hrsg.): *New Reflections on the Revolution of Our Time*. London, New York: Verso. S. 97-132.
- Laclau, Ernesto und Lilian Zac (1994): „Minding the Gap: The Subject of Politics“. In: Ernesto Laclau (Hrsg.): *The Making of Political Identities*. London, New York: Verso. S. 11-39.
- Lampert, Heinz (1996[1985]): *Lehrbuch der Sozialpolitik*. 4., überarbeitete Auflage. Berlin u.a.: Springer.
- Lang, Hermann (1973): *Die Sprache und das Unbewußte. Jacques Lacans Grundlegung der Psychoanalyse*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Lange, Stefan und Dietmar Braun (2000): *Politische Steuerung zwischen System und Akteur. Eine Einführung*. Opladen: Leske + Budrich.
- Lange-von Kulesa, Jürgen und Andreas Renner (1998): „Die Soziale Marktwirtschaft Alfred Müller-Armacks und der Ordoliberalismus der Freiburger Schule – Zur Unvereinbarkeit zweier Staatsauffassungen“. In: *ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 49. S. 79-104.
- Lasswell, Harold D. und Nathan Leites (1968[1949]): *Language of Politics*. Cambridge/Mass.: MIT Press.
- Latniak, Erich (1986): „Analyse politischen Sprachgebrauchs – noch ein Thema in der Linguistik?“. In: *Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht* 58. S. 29-50.
- Lefort, Claude (1981): *L' invention démocratique: les limites de la domination totalitaire*. Paris: Fayard.
- (1990[1983]): „Die Frage der Demokratie“. In: Ulrich Rödel (Hrsg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp. S. 281-297.

- (1990[1979]): „Vorwort zu *Eléments d'une critique de la bureaucratie*“. In: Ulrich Rödel (Hrsg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp. S. 30-53.
- Lefort, Claude und Marcel Gauchet (1990[1976]): „Über die Demokratie: Das Politische und die Instituierung des Gesellschaftlichen“. In: Ulrich Rödel (Hrsg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp. S. 89-122.
- Lehmbruch, Gerhard (1967): *Einführung in die Politikwissenschaft*. Unter Mitarbeit von Frieder Naschold und Peter Seibt. Stuttgart u.a.: Kohlhammer.
- Lenel, Hans Otto (1997): „Ordnungspolitische Kursänderungen“. In: Hans Otto Lenel, Josef Molsberger, et al. (Hrsg.): *Soziale Marktwirtschaft: Anspruch und Wirklichkeit seit fünfzig Jahren*. ORDO: Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Band 48. Stuttgart: Lucius & Lucius. S. 85-98.
- Lenel, Hans Otto, Helmut Gröner, Walter Hamm, Ernst Heuß und Erich Hoppmann (Hrsg.) (1997): *Soziale Marktwirtschaft: Anspruch und Wirklichkeit seit fünfzig Jahren*. Ordo: Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft. Band 48. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Leuenburger, Theodor (1975): „Geschichte als Sprachkampf“. In: Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.): *Sprache und Herrschaft. Die umfunktionierten Wörter*. Freiburg/Basel/Wien: Herder Verlag. S. 44-54.
- Liedtke, Frank, Martin Wengeler und Karin Böke (Hrsg.) (1991): *Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Link, Jürgen (1986): „Noch einmal: Diskurs. Interdiskurs. Macht“. In: *kultuR-Revolution* 11. S. 4-7.
- Löffler, Bernhard (2002): *Soziale Marktwirtschaft und administrative Praxis. Das Bundeswirtschaftsministerium unter Ludwig Erhard*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Lorenz, Kuno (1996): „Subjekt“. In: Jürgen Mittelstraß (Hrsg.): *Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaftstheorie*. (Band 4: Sp-Z). Stuttgart, Weimar: Metzler. S. 123-126.
- Lowi, Theodore (1969): *The End of Liberalism*. New York: Norton.
- Lübbe, Hermann (1975[1967]): „Der Streit um Worte“. In: Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.): *Sprache und Herrschaft. Die umfunktionierten Wörter*. Freiburg/Basel/Wien: Herder Verlag. S. 87-111.
- Luhmann, Niklas (1964): *Funktionen und Folgen formaler Organisation*. Berlin: Duncker & Humblot.
- (1987[1984]): *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Machiavelli, Niccolò (1990[1532]): *Der Fürst*. Mit einem Nachwort von Horst Günther. Frankfurt/Main: Insel.

- Maier, Hans (1977): *Sprache und Politik. Essay über aktuelle Tendenzen Briefdialog mit Heinrich Böll*. Zürich: Edition Interfrom.
- Maier, Matthias Leonhard (2003): „Wissens- und ideenorientierte Ansätze in der Politikwissenschaft: Versuch einer systematischen Übersicht“. In: Achim Hurrelmann, Matthias Leonhard Maier, et al. (Hrsg.): *Politik als Lernprozess. Wissenszentrierte Ansätze in der Politikanalyse*. Opladen: Leske + Budrich. S. 25-77.
- Maingueneau, Dominique (1994): „Die ‚französische Schule‘ der Diskursanalyse“. In: Konrad Ehlich (Hrsg.): *Diskursanalyse in Europa*. Frankfurt/Main u.a.: Peter Lang. S. 187-195.
- (1995): „Présentation“. In: *Langages* 117. S. 5-11.
- Marchart, Oliver (1998a): „Gibt es eine Politik des Politischen? Démocratie à venir betrachtet von Clausewitz aus dem Kopfstand“. In: Ders. (Hrsg.): *Das Undarstellbare der Politik: Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus*. Wien: Turia + Kant. S. 90-119.
- (Hrsg.) (1998b): *Das Undarstellbare der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus*. Wien: Turia + Kant.
- (2001): „Die politische Theorie des zivilgesellschaftlichen Republikanismus: Claude Lefort und Marcel Gauchet“. In: André Brodacz und Gary S. Schaal (Hrsg.): *Politische Theorien der Gegenwart II*. Opladen: Leske + Budrich. S. 161-191.
- Marin, Bernd und Renate Mayntz (Hrsg.) (1991a): *Policy Networks. Empirical Evidence and Theoretical Considerations*. Frankfurt/Main, Boulder/Colorado: Campus, Westview Press.
- (1991b): „Introduction: Studying Policy Networks“. In: Ders. (Hrsg.): *Policy Networks. Empirical Evidence and Theoretical Considerations*. Frankfurt/Main, Boulder/Colorado: Campus, Westview Press. S. 11-23.
- Marsh, David (Hrsg.) (1998a): *Comparing Policy Networks*. Buckingham, Philadelphia: Open University Press.
- (1998b): „The Development of the Policy Networks Approach“. In: Ders. (Hrsg.): *Comparing Policy Networks*. Buckingham, Philadelphia: Open University Press. S. 3-17.
- (1998c): „The Utility and Future of Policy Network Analysis“. In: Ders. (Hrsg.): *Comparing Policy Networks*. Buckingham, Philadelphia: Open University Press. S. 185-197.
- Martinich, Aloysius P. (1984): *Communication and Reference*. Berlin, New York: Walther de Gruyter.
- Mayntz, Renate (1993): „Policy-Netzwerke und die Logik von Verhandlungssystemen“. In: Adrienne Héritier (Hrsg.): *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung*. PVS-Sonderheft 24. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 39-56.

- Mayntz, Renate und Fritz Scharpf (1995): „Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus“. In: Dies. (Hrsg.): *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung*. Frankfurt/Main: Campus. S. 39-72.
- McGowan, John (1998): *Hannah Arendt: An Introduction*. Minneapolis, London: University of Minnesota Press.
- McHoul, Alec und Wendy Grace (1993): *A Foucault Primer. Discourse, Power, and the Subject*. London: UCL Press.
- Meck, Georg (2003): „Marktschreier für den Wettbewerb“. In: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* (20. Juli 2003). S. 31.
- Meng, Richard (2005): „SPD besetzt alten CDU-Begriff. Sozialdemokraten stellen Kapitalismuskritik unter den Titel ‚soziale Marktwirtschaft‘“. In: *Frankfurter Rundschau* vom 27.4.2005. S. 4.
- Merkel, Angela (2000): „Die Wir-Gesellschaft. Über die Notwendigkeit einer Neuen Sozialen Marktwirtschaft“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 18.11.2000.
- (2003): „Die zweiten Gründerjahre der Republik“. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 10.01.2003.
- Meyer, Thomas (1994): *Die Transformation des Politischen*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- (2000): *Was ist Politik?* Opladen: Leske + Budrich/utb.
- Mouffe, Chantal (1979a): „Introduction: Gramsci today“. In: Dies. (Hrsg.): *Gramsci and Marxist Theory*. London, Boston and Henley: Routledge & Kegan Paul. S. 1-18.
- (1979b): „Hegemony and ideology in Gramsci“. In: Dies. (Hrsg.): *Gramsci and Marxist Theory*. London, Boston and Henley: Routledge & Kegan Paul. S. 168-204.
- (1993): *The Return of the Political*. London, New York: Verso.
- (1999): *The Challenge of Carl Schmitt*. London: Verso.
- Müller-Armack, Alfred (1933): *Staatsidee und Wirtschaftsordnung im neuen Reich*. Berlin: Junker & Dünnhaupt.
- (1944): *Genealogie der Wirtschaftsstile*. 3. Auflage. Stuttgart: Kohlhammer.
- (1966[1946]): „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“. In: *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration*. Freiburg im Breisgau: Verlag Rombach. S. 19-170.
- (1966[1960]): „Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft. Ihre Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik“. In: Ders.: *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration*. Freiburg im Breisgau: Verlag Rombach. S. 267-291.
- (1966[1962]): „Das gesellschaftspolitische Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft“. In: Ders.: *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und*

- Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration.* Freiburg im Breisgau: Verlag Rombach. S. 293-315.
- (1966[1956]): „Soziale Marktwirtschaft“. In: *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration.* Freiburg im Breisgau: Verlag Rombach. S. 243-249.
- Naumann, Thilo Maria (2000): *Das umkämpfte Subjekt.* Tübingen: edition diskord.
- Nell-Breuning, Oswald von (1956[1952]): „Thesen zu einer Grundsatzdebatte“. In: Ders.: *Wirtschaft und Gesellschaft.* Teil I: Grundfragen. Freiburg: Verlag Herder. S. 41-67.
- Nemitz, Kurt (1960): *Sozialistische Marktwirtschaft. Die wirtschaftspolitische Konzeption der deutschen Sozialdemokratie.* Frankfurt/Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Nicholls, Anthony James (2000): *Freedom with Responsibility: The Social Market Economy in Germany, 1918-1963.* Oxford u.a.: Clarendon Press.
- Niehuss, Merith und Ulrike Lindner (Hrsg.) (1998): *Besatzungszeit, Bundesrepublik und DDR 1945-1969.* Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Band 10. Stuttgart: Reclam.
- Nölting, Eric (1963[1951]): „Die wirtschaftspolitischen Vorschläge der SPD“. In: Ossip K. Flechtheim (Hrsg.): *Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945.* Dritter Band (Programmatik deutscher Parteien), Zweiter Teil. Berlin: Wendler & Co. S. 48-58.
- Nonhoff, Martin (2001): „Soziale Marktwirtschaft – ein leerer Signifikant? Überlegungen im Anschluss an die Diskurstheorie Ernesto Laclaus“. In: Johannes Angermüller, Katharina Bunzmann und Martin Nonhoff (Hrsg.): *Diskursanalyse: Theorien, Methoden, Anwendungen.* Hamburg: Argument. S. 193-208.
- (2004): „Diskurs“. In: Gerhard Göhler, Matthias Iser und Ina Kerner (Hrsg.): *Politische Theorie. 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung.* Wiesbaden: VS-Verlag. S. 65-82.
- Nordmann, Ingeborg (1994): *Hannah Arendt.* Frankfurt/Main, New York: Campus.
- Nöth, Winfried (2000[1985]): *Handbuch der Semiotik.* 2., vollständig neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Stuttgart, Weimar: Metzler.
- Nullmeier, Frank (1997): „Interpretative Ansätze in der Politikwissenschaft“. In: Arthur Benz und Wolfgang Seibel (Hrsg.): *Theorieentwicklung in der Politikwissenschaft - eine Zwischenbilanz.* Baden-Baden: Nomos. S. 101-144.
- (2001): „Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?“. In: Reiner Keller, Andreas Hirsland, et al. (Hrsg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 1: Theorien und Methode.* Opladen: Leske + Budrich. S. 285-311.

- Nullmeier, Frank, Tanja Pritzlaff und Achim Wiesner (2003): *Mikro-Policy-Analyse. Ethnographische Politikforschung am Beispiel der Hochschulpolitik*. Frankfurt/Main, New York: Campus.
- Nunan, David (1993): *Introducing Discourse Analysis*. London u.a.: Penguin.
- Nuscheler, Franz und Winfried Steffani (1973[1972]): *Pluralismus. Konzeptionen und Kontroversen*. 2. Auflage. München: Piper.
- Ogden, Charles Kay und Ivor Armstrong Richards (1949[1923]): *The Meaning of Meaning*. 10. Auflage. London: Routledge & Kegan Paul Ltd.
- Ottmann, Henning (1990): „Carl Schmitt“. In: Karl Graf Ballestrem und Ders. (Hrsg.): *Politische Philosophie des 20. Jahrhunderts*. München: Oldenbourg. S. 59-87.
- Pagel, Gerda (1999[1989]): *Lacan zur Einführung*. 3., verbesserte Auflage. Hamburg: Junius.
- Papier, Hans-Jürgen (1999): „Soziale Marktwirtschaft – ein Begriff ohne verfassungsrechtliche Relevanz?“. In: Knut Wolfgang Nörr und Joachim Starbatty (Hrsg.): *Soll und Haben – 50 Jahre Soziale Marktwirtschaft*. Stuttgart: Lucius & Lucius. S. 95-114.
- Pappi, Franz Urban (1993): „Policy-Netze: Erscheinungsform moderner Politiksteuerung oder methodischer Ansatz?“. In: Adrienne Héritier (Hrsg.): *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung*. PVS-Sonderheft 24. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 84-94.
- Pêcheux, Michel (1982[1975]): *Language, Semantics and Ideology. Stating the Obvious*. London, Basingstoke: Macmillan.
- (1988): „Discourse: Structure or Event?“. In: Cary Nelson und Lawrence Grossberg (Hrsg.): *Marxism and the Interpretation of Culture*. Houndmills, London: Macmillan. S. 633-648.
- (1990): *L'inquiétude du discours*. Textes choisis et présentés par Denise Maldidier. Paris: Éditions des Cendres.
- Peirce, Charles Sanders (1960): *Collected Papers*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Peters, Guy (1998): „Policy Networks: Myth, Metaphor, Reality“. In: David Marsh (Hrsg.): *Comparing Policy Networks*. Buckingham, Philadelphia: Open University Press. S. 21-32.
- Platon (1994): „Kratylos“. In: Ders.: *Sämtliche Werke*. In der Übersetzung von Friedrich Schleiermacher. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt. S. 11-89.
- Prantl, Heribert (2004): „Sowahr ihr Gott helfe“. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 7. Dezember 2004. S. 4.
- Precht, Peter (1994): *Saussure zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Ptak, Ralf (2004): *Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft*. Opladen: Leske + Budrich.
- Quaas, Friedrun (2000): *Soziale Marktwirtschaft. Wirklichkeit und Verfremdung eines Konzepts*. Bern u.a.: Verlag Paul Haupt.

- (2002): „Müller-Armack, Alfred“. In: Rolf H. Hasse, Hermann Schneider und Klaus Weigelt (Hrsg.): *Lexikon Soziale Marktwirtschaft: Wirtschaftspolitik von A bis Z*. Paderborn u.a.: Schöningh/utb. S. 50-52.
- Rauch, Mathias (2002): „Zu Biographie und Bibliographie Alfred Müller-Armacks“. In: Rolf H. Hasse und Friedrun Quaas (Hrsg.): *Wirtschaftsordnung und Gesellschaftskonzept. Zur Integrationskraft der Sozialen Marktwirtschaft*. Bern u.a.: Verlag Paul Haupt. S. 309-352.
- Renkema, Jan (1992): *Discourse Analysis. An Introductory Textbook*. Amsterdam, Philadelphia: John Benjamins.
- Reuter, Hans-Georg (1998): „Genese der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft“. In: Dieter Cassel (Hrsg.): *50 Jahre Soziale Marktwirtschaft. Ordnungstheoretische Grundlagen, Realisierungsprobleme und Zukunftsperspektiven einer wirtschaftspolitischen Konzeption*. Stuttgart: Lucius & Lucius. S. 67-95.
- Ripley, Randall B. und Grace A. Franklin (1984): *Congress, the bureaucracy, and public policy*. 3rd edition. Homewood/Illinois: Dorsey.
- Rodenstock, Randolph (2001): *Chancen für alle. Die Neue Soziale Marktwirtschaft*. Köln: Deutscher Institutsverlag.
- Röpke (1958): „Aktionsprogramm der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“. In: Ders.: *Ein Jahrzehnt Sozialer Marktwirtschaft in Deutschland und seine Lehren*. Schriftenreihe der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Heft 1. Köln: Verlag für Politik und Wirtschaft. S. 29-48.
- Rouse, Joseph (1994): „Power/Knowledge“. In: Gary Cutting (Hrsg.): *The Cambridge Companion to Foucault*. Cambridge, New York, Melbourne: Cambridge University Press. S. 92-114.
- Rüdiger, Anja (1996): *Dekonstruktion und Demokratisierung. Emanzipatorische Politiktheorie im Kontext der Postmoderne*. Opladen: Leske + Budrich.
- Ruh, Kurt (1990): *Geschichte der abendländischen Mystik*. (Band 1: Die Grundlegung durch die Mönchstheologie des 12. Jahrhunderts). München: C.H. Beck.
- Russell, Bertrand (1974[1905]): „On Denoting“. In: Farhang Zabeeh, E.D. Klemke und Arthur Jacobson (Hrsg.): *Readings in Semantics*. Urbana, Chicago, London: University of Illinois Press. S. 143-158.
- Saar, Martin (2004): „Subjekt“. In: Gerhard Göhler, Matthias Iser und Ina Kerner (Hrsg.): *Politische Theorie. 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung*. Wiesbaden: VS-Verlag. S. 332-349.
- Sabatier, Paul A. (1988): „An Advocacy Coalition Framework of Policy Change and the Role of Policy-Learning Therein“. In: *Policy Sciences* 21. S. 129-168.
- (1993): „Advocacy-Koalitionen, Policy-Wandel und Policy-Lernen: Eine Alternative zur Phasenheuristik“. In: Adrienne Héritier (Hrsg.): *Policy-*

- Analyse. Kritik und Neuorientierung*. Politische Vierteljahresschrift – Sonderheft 24. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 116-148.
- Sabatier, Paul A. und Hank C. Jenkins-Smith (Hrsg.) (1993): *Policy Change and Learning. An Advocacy Coalition Approach*. Boulder/Colorado: Westview Press.
- (1999): „The Advocacy Coalition Framework: An Assessment“. In: Paul A. Sabatier (Hrsg.): *Theories of the Policy Process*. Boulder/Colorado, London: Westview Press. S. 117-166.
- Salkie, Raphael (1995): *Text and Discourse Analysis*. London: Routledge.
- Sarasin, Philipp (2001): „Diskurstheorie und Geschichtswissenschaft“. In: Reiner Keller, Andreas Hirsland, et al. (Hrsg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*. (Band 1: Theorien und Methoden). Opladen: Leske + Budrich. S. 53-79.
- Sarcinelli, Ulrich (1987): *Symbolische Politik. Zur Bedeutung symbolischen Handelns in der Wahlkampfkommunikation der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Saretzki, Thomas (2003): „Aufklärung, Beteiligung und Kritik: Die ‚argumentative Wende‘ in der Policy-Analyse“. In: Klaus Schubert und Nils C. Bandelow (Hrsg.): *Lehrbuch der Politikfeldanalyse*. München: Oldenbourg. S. 391-417.
- Saussure, Ferdinand de (1967[1916]): *Grundfragen der allgemeinen Sprachwissenschaft*. Herausgegeben von Charles Bally und Albert Sechehaye. 2. Auflage. Berlin: Walter de Gruyter & Co.
- Scharpf, Fritz (1973): *Planung als politischer Prozeß. Aufsätze zur planenden Demokratie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- (1997): *Games Real Actors Play. Actor-Centered Institutionalism in Policy Research*. Boulder/Colorado, London: Westview Press.
- Schefold, Bertram (2002): „Vom Interventionsstaat zur Sozialen Marktwirtschaft: Der Weg Alfred Müller-Armacks“. In: Rolf H. Hasse und Friedrun Quaa (Hrsg.): *Wirtschaftsordnung und Gesellschaftskonzept. Zur Integrationskraft der Sozialen Marktwirtschaft*. Bern u.a.: Paul Haupt. S. 47-87.
- Schelsky, Helmut (1974): „Macht durch Sprache“. In: *Deutsche Zeitung* Nr. 15 (12. April 1974). S. 2.
- Schindelbeck, Dirk und Volker Ilgen (1999): „Haste was, biste was!“ *Werbung für die Soziale Marktwirtschaft*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Schlager, Edella (1995): „Policy Making and Collective Action: Defining Coalitions within the Advocacy Coalition Framework“. In: *Policy Sciences* 28/3. S. 243-270.
- Schlecht, Otto (1981): „Die Genesis des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft“. In: Otmar Issing (Hrsg.): *Zukunftsprobleme der Sozialen Marktwirtschaft*. Berlin: Duncker & Humblot. S. 9-31.

- (1998): „Leitbild oder Alibi? Zur Rolle der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft in der praktischen Wirtschaftspolitik“. In: Dieter Cassel (Hrsg.): *50 Jahre Soziale Marktwirtschaft. Ordnungstheoretische Grundlagen, Realisierungsprobleme und Zukunftsperspektiven einer wirtschaftspolitischen Konzeption*. Stuttgart: Lucius & Lucius. S. 35-48.
- Schmalz-Bruns, Rainer (1995): *Reflexive Demokratie*. Baden-Baden: Nomos.
- Schmitt, Carl (1996[1932]): *Der Begriff des Politischen*. 4. Nachdruck der Ausgabe von 1963. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schmitter, Philippe C. und Gerhard Lehmbruch (Hrsg.) (1979): *Trends Toward Corporatist Intermediation*. Beverly Hills, London: SAGE.
- Schneider, Volker (2003): „Akteurkonstellation und Netzwerke in der Politikentwicklung“. In: Klaus Schubert und Nils C. Bandelow (Hrsg.): *Lehrbuch der Politikfeldanalyse*. München: Oldenbourg. S. 107-145.
- Schröder, Gerhard (2003): Mut zum Frieden und zur Veränderung (Regierungserklärung zur Agenda 2010). Plenarprotokoll 15/32 des Deutschen Bundestages. S. 2479B-2493C.
- Schubert, Klaus (1994): „Netzwerkanalyse“. In: Jürgen Kriz, Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze (Hrsg.): *Lexikon der Politik (Band 2: Politikwissenschaftliche Methoden)*. Frankfurt/Main: Büchergilde Gutenberg. S. 272-274.
- (1995): „Pluralismus und Korporatismus“. In: Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze (Hrsg.): *Lexikon der Politik (Band 1: Politische Theorien)*. Frankfurt/Main: Büchergilde Gutenberg. S. 407-423.
- (1998): „Akteur“. In: Dieter Nohlen, Rainer-Olaf Schultze und Suzanne S. Schüttemeyer (Hrsg.): *Lexikon der Politik (Band 7: Politische Begriffe)*. Frankfurt/Main: Büchergilde Gutenberg. S. 29.
- Schumann, Hans-Gerd (1991): „Politikwissenschaftliche Semantik- und Rhetorikforschung – Anmerkungen zu einer defizitären Bilanz“. In: Manfred Opp de Hipt und Erich Latniak (Hrsg.): *Sprache statt Politik*. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 14-22.
- Schwab-Trapp, Michael (2001): „Diskurs als soziologisches Konzept. Bausteine für eine soziologisch orientierte Diskursanalyse“. In: Reiner Keller, Andreas Hirsland, et al. (Hrsg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*. (Band 1: Theorien und Methoden). Opladen: Leske + Budrich. S. 261-283.
- (2002): *Kriegsdiskurse. Die politische Kultur des Krieges im Wandel 1991-1999*. Opladen: Leske + Budrich.
- Schwarz, Hans-Peter (1981): *Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik*. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band 2. Stuttgart, Wiesbaden: Deutsche Verlags-Anstalt, Brockhaus.
- Schwemmer, Oswald (1996): „Subjektivismus“. In: Jürgen Mittelstraß (Hrsg.): *Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaftstheorie*. (Band 4: Sp-Z). Stuttgart, Weimar: Metzler. S. 128-130.

- Seidel, Gill (1985): „Political Discourse Analysis“. In: Teun A. van Dijk (Hrsg.): *Handbook of Discourse Analysis, Volume 4 (Discourse Analysis in Society)*. London u.a.: Academic Press. S. 43-59.
- Simon, Thomas (2002): *Theorie der Politik zwischen System und Akteur. Eine vergleichende Untersuchung der Theorien von Niklas Luhmann und Hans Buchheim*. Trier (Dissertation).
- Singer, Otto (1990): „Policy Communities and Discourse Coalitions. The Role of Policy Analysis in Economic Policy Making“. In: *Knowledge: Creation, Diffusion, Utilization* 11/4. S. 428-458.
- (1993a): „Policy Communities und Diskurs-Koalitionen: Experten und Expertise in der Wirtschaftspolitik“. In: Adrienne Héritier (Hrsg.): *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung*. Politische Vierteljahresschrift – Sonderheft 24. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 149-175.
- (1993b): „Die Wirtschaftspolitik und ihre Experten“. In: Roland Czada und Manfred G. Schmidt (Hrsg.): *Verhandlungsdemokratie, Interessenvermittlung, Regierbarkeit*. Festschrift für Gerhard Lehmruch. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 101-122.
- Smith, Anna Marie (1998): *Laclau and Mouffe: The Radical Democratic Imaginary*. London, New York: Routledge.
- Soell, Hartmut (1997): „Ludwig Erhard und die Opposition“. In: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): *Ludwig Erhard und seine Politik*. Berlin: Argon. S. 22-40.
- SPD (1949): *Für ein freies Deutschland in einem neuen Europa*. Wahlaufzug zur Bundestagswahl 1949. Ohne Ort.
- (1963[1953]): „Das Wahlprogramm 1953“. In: Ossip K. Flechtheim (Hrsg.): *Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945*. Dritter Band (Programmatik deutscher Parteien), Zweiter Teil. Berlin: Wendler & Co. S. 123-134.
- (1963[1959]): „Grundsatzprogramm von 1959 (Godesberger Programm)“. In: Ossip K. Flechtheim (Hrsg.): *Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945*. Dritter Band (Programmatik deutscher Parteien), Zweiter Teil. Berlin: Wendler & Co. S. 209-226.
- (1994): *Reformen für Deutschland. Regierungsprogramm der SPD*. Bonn.
- (1998): *Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit. SPD-Programm für die Bundestagswahl 1998*. Bonn.
- (2002): *Erneuerung und Zusammenhalt. Regierungsprogramm 2002-2006*. Download unter: <http://www.spd.de/servlet/PB/show/1016933/RegierungsprogrammPTendg%FCltige%20Fassung.pdf> (abgerufen am 5. Dezember 2004).
- (2005): *Vertrauen in Deutschland. Wahlmanifest der SPD*. Download unter: http://www.spd.de/040705_Wahlmanifest.pdf (abgerufen am 5. Mai 2006).

- SPD und Polis (2002): Deine Meinung zählt. Ergebnisse einer Mitgliederbefragung. Download unter: <http://www.spd.de/servlet/PB/show/1013871/Mitgliederbefragung.pdf> (abgerufen am 5. Dezember 2004).
- SPD, Redaktionsgruppe Programmkommission (2003): Akzente eines neuen Grundsatzprogramms der SPD. Download unter: <http://www.spd.de/servlet/PB/show/1030253/akzente-neues%20grundsatzprogramm-1103.pdf> (abgerufen am 5. Dezember 2004).
- Speth, Rudolf (2004): Die politischen Strategien der *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*. Arbeitspapier der Hans Böckler Stiftung (August 2004).
- Stäheli, Urs (1996): „Der Code als leerer Signifikant? Diskurstheoretische Beobachtungen“. In: *Soziale Systeme* 2. S. 257-281.
- (1999): „Die politische Theorie der Hegemonie: Ernesto Laclau und Chantal Mouffe“. In: André Brodocz und Gary S. Schaal (Hrsg.): *Politische Theorien der Gegenwart*. Opladen: Leske + Budrich. S. 143-166.
- (2001[1999]): „Die politische Theorie der Hegemonie: Ernesto Laclau und Chantal Mouffe“. In: André Brodocz und Gary S. Schaal (Hrsg.): *Politische Theorien der Gegenwart II*. Opladen: Leske + Budrich/utb. S. 193-224.
- Stammen, Theo (1995): „Politik und Sprache“. In: Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze (Hrsg.): *Lexikon der Politik*. Band 1 (*Politische Theorien*). Frankfurt/Main: Büchergilde Gutenberg. S. 443-445.
- Starbatty, Joachim (2003): „50 Jahre Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft – Konzeption und Aufgaben der ASM“. In: *ASM Bulletin* 2003/1. S. 6-10.
- Stavrakakis, Yannis (2000): „On the emergence of Green ideology: the dislocation factor in Green politics“. In: David Howarth, Aletta J. Norval und Yannis Stavarakakis (Hrsg.): *Discourse Theory and Political Analysis. Identities, Hegemonies and Social Change*. Manchester, New York: Manchester UP. S. 100-118.
- Sternberger, Dolf (1984[1978]): *Drei Wurzeln der Politik*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Sternberger, Dolf, Gerhard Storz und Wilhelm Emanuel Süskind (1968[1945]): *Aus dem Wörterbuch des Unmenschlichen*. 3. Auflage (Neue erweiterte Ausgabe mit Zeugnissen des Streites über die Sprachkritik). Hamburg, Düsseldorf: Claassen Verlag.
- Stoltenberg, Gerhard (1996): „Die CDU – Partei der Sozialen Marktwirtschaft“. In: Gerd Langguth (Hrsg.): *In Verantwortung für Deutschland. 50 Jahre CDU*. Köln u.a.: Böhlau. S. 85-98.
- Stötzl, Georg und Martin Wengeler (Hrsg.) (1995): *Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin/New York: Walter de Gruyter.
- Streeck, Wolfgang (1999): *Korporatismus in Deutschland. Zwischen Nationalstaat und Europäischer Union*. Frankfurt/Main, New York: Campus.

- Stubbs, Michael (1983): *Discourse Analysis. The Sociolinguistic Analysis of Natural Language*. Oxford: Blackwell.
- Sturm, Roland (1995): *Politische Wirtschaftslehre*. Opladen: Leske + Budrich.
- (1999): „Staat und Wirtschaft“. In: Thomas Ellwein und Everhard Holtmann (Hrsg.): *50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven*. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S. 193-207.
- Teichmann, Gottfried (1983): *Psychoanalyse und Sprache. Von Saussure zu Lacan*. Würzburg: Königshausen und Neumann.
- Thieme, H. Jörg (1994): *Soziale Marktwirtschaft. Ordnungskonzeption und wirtschaftspolitische Gestaltung*. 2. Auflage. München: C.H. Beck/dtv.
- Tietmeyer, Hans (2000): „Eigeninitiative und Unternehmergeist – wie wir die Soziale Marktwirtschaft erneuern können“. In: *Forum. Vortragsreihe des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln* 50/43. (24.10.2002). S. 1-4.
- Tocqueville, Alexis de (1959): *Über die Demokratie in Amerika*. Erster Teil. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- (1962): *Über die Demokratie in Amerika*. Zweiter Teil. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Topitsch, Ernst (1960): „Über Leerformeln“. In: Ders. (Hrsg.): *Probleme der Wissenschaftstheorie. Festschrift für Victor Kraft*. Wien: Springer. S. 233-264.
- Torfin, Jacob (1998): *Politics, Regulation, and the Modern Welfare State*. Basingstoke: Macmillan.
- (1999): *New Theories of Discourse: Laclau, Mouffe and Žižek*. Oxford, Malden: Blackwell.
- van Dijk, Teun A. (Hrsg.) (1985a): *Handbook of Discourse Analysis*. 4 Bände. London u.a.: Academic Press.
- (1985b): „Introduction: Discourse Analysis as a New Cross-Discipline“. In: Ders. (Hrsg.): *Handbook of Discourse Analysis (Volume 1: Disciplines of Discourse)*. London u.a.: Academic Press. S. 1-10.
- (1985c): „Introduction: The Role of Discourse Analysis in Society“. In: Ders. (Hrsg.): *Handbook of Discourse Analysis (Volume 4: Discourse Analysis in Society)*. London u.a.: Academic Press. S. 1-8.
- Voegelin, Eric (1959): *Die Neue Wissenschaft der Politik. Eine Einführung*. München: Verlag Anton Pustet.
- Vollrath, Ernst (1987): *Grundlegung einer philosophischen Theorie des Politischen*. Würzburg: Königshausen und Neumann.
- (1988): „Zur Problematik eines Begriffs des Politischen“. In: Hans Maier, Ulrich Matz, et al. (Hrsg.): *Politik, Philosophie, Praxis. Festschrift für Wilhelm Hennis zum 65. Geburtstag*. Stuttgart: Klett-Cotta. S. 314-330.
- (1990a): „Hannah Arendt“. In: Karl Graf Ballestrin und Henning Ottmann (Hrsg.): *Politische Philosophie des 20. Jahrhunderts*. München: Oldenbourg. S. 13-32.

- (1990b): „Die Kultur des Politischen. Konzepte politischer Wahrnehmung in Deutschland“. In: Volker Gerhardt (Hrsg.): *Der Begriff der Politik. Bedingungen und Gründe politischen Handelns*. Stuttgart: Metzler. S. 268-290.
- von Hauff, Michael und Leonore Sauer (2004): „„Soziale“ Marktwirtschaft und Reform des Sozialstaates“. In: Uwe Andersen (Hrsg.): *Soziale Marktwirtschaft: eine Einführung*. Schwalbach: Wochenschau Verlag. S. 34-49.
- Wagner, Peter (1990): *Sozialwissenschaften und Staat. Frankreich, Italien, Deutschland 1870-1980*. Frankfurt/Main, New York: Campus.
- Watts, Richard J. (1994): „Diskursanalyse in Großbritannien“. In: Konrad Ehlich (Hrsg.): *Diskursanalyse in Europa*. Frankfurt/Main u.a.: Peter Lang. S. 41-61.
- Weber, Alfred (1950): „Sozialistische Marktwirtschaft“. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 1/9. S. 393-401.
- Weber, Max (1980[1972, 1921/22]): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*. Fünfte, revidierte Auflage, besorgt von Johannes Winkelmann. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- (1997[1919]): „Politik als Beruf“. In: Ders.: *Schriften zur Sozialgeschichte und Politik*. Stuttgart: Reclam. S. 271-339.
- Wengeler, Martin (1994): „„Die Planwirtschaft ist das Unsozialste, was es überhaupt gibt, und nur die Marktwirtschaft ist sozial.“ Zur Geschichte eines bundesdeutschen Fahnwortes“. In: Dietrich Busse, Fritz Hermanns und Wolfgang Teubert (Hrsg.): *Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik*. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 107-123.
- (1995): „„Der alte Streit ›hier Marktwirtschaft, dort Planwirtschaft‹ ist vorbei.“ Ein Rückblick auf die sprachlichen Aspekte wirtschaftspolitischer Diskussionen“. In: Georg Stötzel und Ders. (Hrsg.): *Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin/New York: Walter de Gruyter. S. 35-91.
- (1996): „Vom Jedermann-Programm bis zur Vollbeschäftigung. Wirtschaftspolitische Leitvokabeln“. In: Karin Böke, Frank Liedtke und Ders.: *Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära*. Berlin/New York: Walter de Gruyter. S. 379-434.
- Widmer, Peter (1997[1990]): *Subversion des Begehrens. Eine Einführung in Jacques Lacans Werk*. 3. Auflage. Wien: Turia + Kant.
- Willgerodt, Hans (1999): „Stellungnahme (Antwort auf Hans-Jürgen Papier)“. In: Knut Wolfgang Nörr und Joachim Starbatty (Hrsg.): *Soll und Haben – 50 Jahre Soziale Marktwirtschaft*. Stuttgart: Lucius & Lucius. S. 115-120.
- Williamson, Peter J. (1989): *Corporatism in Perspective. An Introductory Guide to Corporatist Theory*. London, Newbury Park, New Delhi: SAGE.
- Wunderli, Peter (1981): *Saussure-Studien. Exegetische und wissenschaftsgeschichtliche Untersuchungen zum Werk von F. de Saussure*. Tübingen: Narr.

- Wuthnow, Robert (1989): *Communities of Discourse. Ideology and Social Structure in the Reformation, the Enlightenment, and European Socialism*. Cambridge/Mass., London: Harvard UP.
- Yanow, Dvora (1995): „Editorial: Practices of Policy Interpretation“. In: *Policy Sciences* 28/2. S. 111-126.
- Zima, Peter V. (2000): *Theorie des Subjekts. Subjektivität und Identität zwischen Moderne und Postmoderne*. Tübingen und Basel: A. Francke (utb).
- Zinn, Karl Georg (1992): *Soziale Marktwirtschaft. Idee, Entwicklung und Politik der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung*. Mannheim u.a.: B.I.-Taschenbuch Verlag.
- Žižek, Slavoj (1990): „Beyond Discourse-Analysis“. In: Ernesto Laclau: *New Reflections on the Revolution of Our Time*. London, New York: Verso. S. 249-260.
- (2001): *Die Tücke des Subjekts*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Die Neuerscheinungen dieser Reihe

Gabriele Dietze

Weißer Frauen in Bewegung
Genealogien und Konkurrenzen
von Race- und Genderpolitiken

Dezember 2006, 450 Seiten,
kart., ca. 31,80 €,
ISBN: 3-89942-517-0

Susanne Krasemann,
Michael Volkmer (Hg.)

**Michel Foucaults »Geschichte
der Gouvernementalität«
in den Sozialwissenschaften**
Internationale Beiträge

Dezember 2006, ca. 260 Seiten,
kart., ca. 26,80 €,
ISBN: 3-89942-488-3

Tatjana Zimenkova

**Die Praxis der Soziologie:
Ausbildung, Wissenschaft,
Beratung**

Eine professionstheoretische
Untersuchung

Dezember 2006, ca. 300 Seiten,
kart., ca. 27,80 €,
ISBN: 3-89942-519-7

Benjamin Jörissen

Beobachtungen der Realität
Die Frage nach der Wirklichkeit
im Zeitalter der Neuen Medien

November 2006, 230 Seiten,
kart., ca. 24,80 €,
ISBN: 3-89942-586-3

Reinhard Heil,
Andreas Kaminski,
Marcus Stippak,
Alexander Unger,
Marc Ziegler (Hg.)

Tensions
Technological and Aesthetic
(Trans)Formations of Society

November 2006, ca. 350 Seiten,
kart., ca. 31,80 €,
ISBN: 3-89942-518-9

Ulrike Gerhard

Global City Washington, D.C.
Eine politische Stadtgeographie

Oktober 2006, 280 Seiten,
kart., ca. 26,80 €,
ISBN: 3-89942-497-2

Heiner Keupp,

Joachim Hohl (Hg.)

**Subjektdiskurse im
gesellschaftlichen Wandel**
Zur Theorie des Subjekts
in der Spätmoderne

Oktober 2006, ca. 220 Seiten,
kart., ca. 25,80 €,
ISBN: 3-89942-562-6

Heiner Depner

**Transnationale
Direktinvestitionen und
kulturelle Unterschiede**

Lieferanten und Joint Ventures
deutscher Automobilzulieferer
in China

Oktober 2006, ca. 210 Seiten,
kart., ca. 25,80 €,
ISBN: 3-89942-567-7

Sacha-Roger Szabo

Rausch und Rummel
Attraktionen auf Jahrmärkten
und in Vergnügungsparks.
Eine soziologische
Kulturgeschichte

Oktober 2006, 230 Seiten,
kart., zahlr. Abb., ca. 26,80 €,
ISBN: 3-89942-566-9

Florian Feuser

Der hybride Raum
Chinesisch-deutsche
Zusammenarbeit in der
VR China

Oktober 2006, ca. 320 Seiten,
kart., ca. 29,80 €,
ISBN: 3-89942-581-2

Leseproben und weitere Informationen finden Sie unter:
www.transcript-verlag.de

Die Neuerscheinungen dieser Reihe

Christoph Wulf

Anthropologie kultureller Vielfalt

Interkulturelle Bildung in Zeiten der Globalisierung

September 2006, ca. 145 Seiten,
kart., ca. 16,80 €,
ISBN: 3-89942-574-X

Ingrid Jungwirth

Zum Identitätsdiskurs in den Sozialwissenschaften

Eine postkolonial und queer informierte Kritik an George H. Mead, Erik H. Erikson und Erving Goffman

September 2006, ca. 300 Seiten,
kart., ca. 29,80 €,
ISBN: 3-89942-571-5

Martin Voss,

Birgit Peuker (Hg.)

Verschwindet die Natur?

Die Akteur-Netzwerk-Theorie in der umweltsoziologischen Diskussion

August 2006, ca. 180 Seiten,
kart., ca. 22,80 €,
ISBN: 3-89942-528-6

Helen Schwenken

Rechtlos, aber nicht ohne Stimme

Politische Mobilisierungen um irreguläre Migration in die EU

August 2006, ca. 350 Seiten,
kart., 29,80 €,
ISBN: 3-89942-516-2

Sebastian Linke

Darwins Erben in den Medien

Eine wissenschafts- und mediensoziologische Fallstudie zur Renaissance der Soziobiologie

August 2006, ca. 240 Seiten,
kart., ca. 25,80 €,
ISBN: 3-89942-542-1

Jochen Dreher,

Peter Stegmaier (Hg.)

Zur Unüberwindbarkeit

kultureller Differenz
Grundlagentheoretische Reflexionen

August 2006, ca. 260 Seiten,
kart., ca. 25,80 €,
ISBN: 3-89942-477-8

Ivo Mossig

Netzwerke der Kulturökonomie

Lokale Knoten und globale Verflechtungen der Film- und Fernsehindustrie in Deutschland und den USA

Juli 2006, 228 Seiten,
kart., 26,80 €,
ISBN: 3-89942-523-5

Amalia Barboza,

Christoph Henning (Hg.)

Deutsch-jüdische Wissenschaftsschicksale

Studien über Identitätskonstruktionen in der Sozialwissenschaft

Juli 2006, ca. 280 Seiten,
kart., ca. 28,80 €,
ISBN: 3-89942-502-2

Christian Kellermann

Die Organisation des Washington Consensus

Der Internationale Währungsfonds und seine Rolle in der internationalen Finanzarchitektur

Juli 2006, 328 Seiten,
kart., 28,80 €,
ISBN: 3-89942-553-7

Leseproben und weitere Informationen finden Sie unter:
www.transcript-verlag.de

Die Neuerscheinungen dieser Reihe

Andrej Holm

Die Restrukturierung des Raumes

Stadterneuerung der 90er Jahre
in Ostberlin: Interessen und
Machtverhältnisse

Juli 2006, ca. 300 Seiten,
kart., ca. 27,80 €,
ISBN: 3-89942-521-9

Martin Voss

Symbolische Formen

Grundlagen und Elemente
einer Soziologie der
Katastrophe

Juli 2006, ca. 320 Seiten,
kart., ca. 27,80 €,
ISBN: 3-89942-547-2

Christian Berndt,

Johannes Glückler (Hg.)

Denkanstöße zu einer anderen Geographie der Ökonomie

Juli 2006, ca. 150 Seiten,
kart., ca. 15,80 €,
ISBN: 3-89942-454-9

Mark Hillebrand, Paula Krüger,
Andrea Lilge, Karen Struve
(Hg.)

Willkürliche Grenzen

Das Werk Pierre Bourdieus in
interdisziplinärer Anwendung

Juli 2006, ca. 220 Seiten,
kart., ca. 23,80 €,
ISBN: 3-89942-540-5

Renate Grau

Ästhetisches Engineering: Wertschöpfung und Verbreitung von belletristischer Literatur

Eine Studie aus Sicht der
Akteur-Netzwerk-Theorie

Juli 2006, ca. 300 Seiten,
kart., ca. 32,80 €,
ISBN: 3-89942-529-4

Ulrich Heinze

Hautkontakt der Schriftsysteme

Japan im Zeichen der
Globalisierung: Geldflüsse und
Werbetexte

Juli 2006, 206 Seiten,
kart., 25,80 €,
ISBN: 3-89942-513-8

Lutz Leisering, Petra Buhr,
Ute Traiser-Diop

Grundsicherung als globale Herausforderung

Soziale Grundsicherungs-
systeme in Entwicklungs- und
Übergangsgesellschaften –
ein weltweiter Survey.
Mit einer Analyse westlicher
Grundsicherungsmodelle

Juli 2006, ca. 200 Seiten,
kart., ca. 18,80 €,
ISBN: 3-89942-460-3

Wolf-Andreas Liebert,
Marc-Denis Weitze (Hg.)

Kontroversen als Schlüssel zur Wissenschaft?

Wissenskulturen in
sprachlicher Interaktion

Juni 2006, 206 Seiten,
kart., 24,80 €,
ISBN: 3-89942-448-4

Lutz Hieber, Paula-Irene Villa

Images von Gewicht

Soziale Bewegungen,
Queer Theory und Kunst
in den USA

Juni 2006, ca. 150 Seiten,
kart., ca. 16,80 €,
ISBN: 3-89942-504-9

Leseproben und weitere Informationen finden Sie unter:
www.transcript-verlag.de

Die Neuerscheinungen dieser Reihe

Shingo Shimada,
Christian Tagsold
**Alternde Gesellschaften
im Vergleich**

Solidarität und Pflege in
Deutschland und Japan

Juni 2006, 178 Seiten,
kart., 18,80 €,
ISBN: 3-89942-476-X

Andréa Belliger,
David J. Krieger (Hg.)
ANTHology
Ein einführendes Handbuch
zur Akteur-Netzwerk-Theorie

Juni 2006, 584 Seiten,
kart., 29,80 €,
ISBN: 3-89942-479-4

Max Miller
Dissens
Zur Theorie diskursiven und
systemischen Lernens

Juni 2006, ca. 280 Seiten,
kart., ca. 27,80 €,
ISBN: 3-89942-484-0

Martin Nonhoff
**Politischer Diskurs
und Hegemonie**
Das Projekt »Soziale
Marktwirtschaft«

Juni 2006, 424 Seiten,
kart., 29,80 €,
ISBN: 3-89942-424-7

Niels C. Taubert
Produktive Anarchie?
Netzwerke freier
Softwareentwicklung
März 2006, 250 Seiten,
kart., 27,80 €,
ISBN: 3-89942-418-2

Stephen Kalberg
Max Weber lesen

Februar 2006, 150 Seiten,
kart., 11,00 €,
ISBN: 3-89942-445-X

Sina Farzin
Inklusion/Exklusion
Entwicklungen und Probleme
einer systemtheoretischen
Unterscheidung

Januar 2006, 124 Seiten,
kart., 13,80 €,
ISBN: 3-89942-361-5

Sabine Brombach,
Bettina Wahrig (Hg.)
LebensBilder
Leben und Subjektivität
in neueren Ansätzen der
Gender Studies

Januar 2006, 308 Seiten,
kart., zahlr. z.T. farb. Abb., 26,80 €,
ISBN: 3-89942-334-8

Alexander Peine
Innovation und Paradigma
Epistemische Stile in
Innovationsprozessen

Januar 2006, 274 Seiten,
kart., 25,80 €,
ISBN: 3-89942-458-1

Matthias Otten
**Interkulturelles Handeln
in der globalisierten
Hochschulbildung**
Eine kulturosoziologische Studie

Januar 2006, 318 Seiten,
kart., 28,80 €,
ISBN: 3-89942-434-4

Leseproben und weitere Informationen finden Sie unter:
www.transcript-verlag.de